

Das Bürgermeisteramt
der Stadt
Freiburg im Breisgau
- Dezernat I -

Freiburg i. Br., 07.11.2025
Tel.: 0761/201-1110
Herr Knobloch

14. Sitzung des Haupt- und
Finanzausschusses

Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses

Ich lade zu der am

Montag, 17. November 2025, 16:00 Uhr

im Neuen Ratssaal des Rathauses stattfindenden Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
ein.

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

1. Änderungen in der Zusammensetzung gemeinderätlicher Ausschüsse und anderer Gremien

- Drucksache G-25/195 -
beratend

2. Änderung der Verwaltungsgebührensatzung mit Neukalkulation der Verwaltungsgebühren

- Drucksache G-25/096 -
beratend

3. Aktualisierung des Förderprogramms "GebäudeGrün hoch³ - Grüne Dächer | Fassaden | Höfe für Freiburg i. Br."

- Drucksache G-25/104 -
beratend

(bereits zugestellt)

4. Ausstellungshonorare - Richtlinien zur Vergabe

- Drucksache G-25/163 -
beratend

(bereits zugestellt)
5. Änderung der Eintrittspreise für das Augustinermuseum und für das Tagesticket Museen Freiburg

- Drucksache G-25/171 -
beratend

(bereits zugestellt)
6. Kultur-Soli zur Unterstützung der freien Szene Freiburgs

- Drucksache G-25/164 -
beratend

(bereits zugestellt)
7. Jahresabschluss zum 31. August 2024 mit Lagebericht des Eigenbetrieb Theater Freiburg sowie Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses

- Drucksache G-25/179 -
beratend

(bereits zugestellt)
8. Münsterplatzkonzerte 2026, 2027, 2028 - Evaluation und Fortführung

- Drucksache G-25/056 -
zur Information

(bereits zugestellt)

9. "Gefährdung der Stadt Freiburg durch Unfälle in Schweizer Atomkraftwerken"
(Antrag nach § 34 Gemeindeordnung vom 09.07.2025)
- Drucksache G-25/155 -
zur Information
- (bereits zugestellt)
10. Kauf der Grundstücke Flst.Nrn. 12373/2, 12429/1 und 12442 (1/2 Miteigentumsanteil), Dietenbachpark (Baumschulgelände), Gemarkung Freiburg
- Drucksache HFA-25/025 -
beschließend
- (bereits zugestellt)
11. Änderung der Hauptsatzung zur Übertragung des Zustimmungserfordernisses bei Anträgen nach §§ 31 Abs. 3, 34 Abs. 3b und § 246e Baugesetzbuch (BauGB) anlässlich des Gesetzes zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung ("Wohnungsbauturbo") sowie Beschluss über die Anwendungsleitsätze zur Ausübung der übertragenen Zuständigkeiten
- Drucksache G-25/189 -
beratend
- (bereits zugestellt)
12. Jahresabschluss 2023 der Sonderrechnung Dietenbach
1. Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes
2. Feststellung
- Drucksache G-25/148 -
beratend
13. Bekanntgaben und Aktuelles

BESCHLUSSVORLAGE

Dezernat / Amt	Verantwortlich	Tel.Nr.	Datum
I / Referat des Oberbürgermeisters für Steuerung und Koordination	Frau Folkerts	1050	07.11.2025

Betreff:**Änderungen in der Zusammensetzung gemeinderätlicher Ausschüsse und anderer Gremien**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Öff.	N.Ö.	Empfehlung	Beschluss
1. HFA	17.11.2025	X		X	
2. GR	25.11.2025	X			X

Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO): nein

Abstimmung mit städtischen Gesellschaften: nein

Finanzielle Auswirkungen: nein

Auswirkungen auf den Klima- und Artenschutz: nein

Beschlussantrag:

1. Der Gemeinderat überträgt auf Vorschlag des Caritasverband Freiburg-Stadt e. V. dem Oberbürgermeister gemäß § 33 Abs. 3 Gemeindeordnung (GemO) die Befugnis, im Einzelfall bei Bedarf Frau Susanne Kern als ordentliche Sachverständige zu den Sitzungen des Ausschusses für Migration und Integration hinzuzuziehen, bei gleichzeitiger Entpflichtung von Frau Karin Moczygemba.
2. Der Gemeinderat überträgt auf Vorschlag des SWR (Südwestrundfunk) Studio Freiburg dem Oberbürgermeister gemäß § 33 Abs. 3 GemO die Befugnis, im Einzelfall bei Bedarf Frau Jana Lange als ordentliche Sachverständige zu den Sitzungen des Kulturausschusses hinzuzuziehen, bei gleichzeitiger Entpflichtung von Herrn Christoph Ebner.

1. Ausschuss für Migration und Integration

Frau Karin Moczygemba wird aufgrund des Eintritts in den Ruhestand die Funktion als ordentliche Sachverständige zur Hinzuziehung zu einzelnen Angelegenheiten im Ausschuss für Migration und Integration nicht weiter wahrnehmen. Als Nachfolgerin wird Frau Susanne Kern vom Caritasverband Freiburg-Stadt e. V. vorgeschlagen.

2. Kulturausschuss

Herr Christoph Ebner teilte mit, dass er aufgrund seines Eintritts in den Ruhestand die Funktion als ordentlicher Sachverständiger zur Hinzuziehung zu einzelnen Angelegenheiten im Kulturausschuss nicht mehr wahrnehmen kann. Als Nachfolgerin schlägt das SWR Studio Freiburg die Leiterin, Frau Jana Lange, vor.

- Bürgermeisteramt -

BESCHLUSSVORLAGE

Dezernat / Amt	Verantwortlich	Tel.Nr.	Datum
I / Rechtsamt	Frau Recker	1600	30.10.2025

Betreff:

Änderung der Verwaltungsgebührensatzung mit Neukalkulation der Verwaltungsgebühren

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Öff.	N.Ö.	Empfehlung	Beschluss
1. HFA	17.11.2025	X		X	
2. GR	25.11.2025	X			X

Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO):	ja, durchgeführt in - Hochdorf am 10.11.2025 - Opfingen am 10.11.2025 - Lehen am 12.11.2025 - Munzingen am 12.11.2025 - Ebnet am 18.11.2025 - Tiengen am 18.11.2025 - Waltershofen am 18.11.2025
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften:	nein
Finanzielle Auswirkungen:	ja, siehe Anlage 1
Auswirkungen auf den Klima- und Artenschutz:	nein

Beschlussantrag:

- Der Gemeinderat beschließt auf Grundlage der Drucksache G-25/096 die Gebührenkalkulationen mit den dort genannten Gebührevorschlägen gemäß den Anlagen 4 - 6 zur Drucksache.
- Der Gemeinderat beschließt auf Basis der Gebührenkalkulationen nach Beschlussziffer 1 die Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Freiburg i. Br. über die Erhebung von Verwaltungsgebühren (Verwaltungsgebührensatzung) gemäß Anlage 2 zur Drucksache G-25/096.

Anlagen:

1. Finanzielle Auswirkungen
2. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Freiburg i.Br. über die Erhebung von Verwaltungsgebühren
3. Gegenüberstellung alte/neue Gebührensätze (Synopsis)
4. Gebührenkalkulation der Allgemeinen Verwaltungsgebühren für die gesamte Stadtverwaltung gemäß Anlage 1 der Verwaltungsgebührensatzung
5. Gebührenkalkulationen für Selbstverwaltungsangelegenheiten gemäß Anlage 2 der Verwaltungsgebührensatzung:
 - 5 a) Gebührenkalkulation für das Amt für Bürgerservice und Informationsmanagement
 - 5 b) Gebührenkalkulation für das Amt für öffentliche Ordnung
 - 5 c) Gebührenkalkulation für das Amt für Soziales
 - 5 d) Gebührenkalkulation für das Amt für Wohnraumentwicklung und Vermessung
 - 5 e) Gebührenkalkulation für das Baurechtsamt
 - 5 f) Gebührenkalkulation für den Eigenbetrieb Friedhöfe
 - 5 g) Gebührenkalkulation für das Garten- und Tiefbauamt
 - 5 h) Gebührenkalkulation für das Immobilienmanagement Freiburg
 - 5 i) Gebührenkalkulation für das Rechnungsprüfungsamt
 - 5 j) Gebührenkalkulation für das Stadtarchiv / Kulturamt
 - 5 k) Gebührenkalkulation für die Stadtbibliothek
 - 5 l) Gebührenkalkulation für den Eigenbetrieb Stadtentwässerung
 - 5 m) Gebührenkalkulation für die Stadtkämmerei
 - 5 n) Gebührenkalkulation für das Standesamt
6. Gebührenkalkulationen für Aufgaben der unteren Verwaltungsbehörden und unteren Baurechtsbehörde gemäß Anlage 3 der Verwaltungsgebührensatzung:
 - 6 a) Gebührenkalkulation für das Amt für Bürgerservice und Informationsmanagement
 - 6 b) Gebührenkalkulation für das Amt für öffentliche Ordnung
 - 6 c) Gebührenkalkulation für das Amt für Schule und Bildung
 - 6 d) Gebührenkalkulation für das Baurechtsamt
 - 6 e) Gebührenkalkulation für das Forstamt
 - 6 f) Gebührenkalkulation für das Kulturamt / Zentrale Kulturverwaltung
 - 6 g) Gebührenkalkulation für das Standesamt
 - 6 h) Gebührenkalkulation Standesamt Freiburg im Breisgau-Ebnet
 - 6 i) Gebührenkalkulation Standesamt Freiburg im Breisgau-Hochdorf
 - 6 j) Gebührenkalkulation Standesamt Freiburg im Breisgau-Lehen
 - 6 k) Gebührenkalkulation Standesamt Freiburg im Breisgau-Munzingen
 - 6 l) Gebührenkalkulation Standesamt Freiburg im Breisgau-Opfingen
 - 6 m) Gebührenkalkulation Standesamt Freiburg im Breisgau-Tiengen
 - 6 n) Gebührenkalkulation Standesamt Freiburg im Breisgau-Waltershofen
 - 6 o) Gebührenkalkulation für das Umweltschutzamt

1. Ausgangslage

In analoger Anwendung der Regelung im Landesgebührengesetz sollen die den städtischen Verwaltungsgebühren zugrundeliegenden Kalkulationen und die darauf basierenden Gebührensätze sowie die Gebührentatbestände in regelmäßigem Turnus nach jeweils ca. zwei Jahren überprüft werden. Die derzeitigen Gebühren beruhen auf einer Kalkulation aus dem Jahr 2023 (vgl. Drucksache G-23/099), so dass nun eine weitere Aktualisierung erfolgen soll.

2. Ziele

Mit der vorliegenden Drucksache sollen die Verwaltungsgebühren an die Kostenentwicklung angepasst, die bestehenden Gebührentatbestände überprüft und aktualisiert sowie neue Verwaltungsaufgaben gebührenrechtlich aufgearbeitet und entsprechende neue Gebührentatbestände geschaffen werden.

3. Umsetzung

3.1 Die Gebührenkalkulationen der Ämter richten sich nach den Vorgaben des Kommunalabgabengesetzes (KAG) und beruhen auf den Kosten der einzelnen Leistungsbereiche im Jahr 2024 sowie den Prognosen der Kostenentwicklung, insbesondere Tarifierhöhungen bei den städtischen Personalkosten in den einzelnen Dienststellen für 2025 sowie 2026/2027. Die Kosten und Stundensätze entstammen der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) des jeweiligen Amtes. Die Hauptbestandteile bilden die Personal-, Sach- und Gemeinkosten sowie die Kosten für die Steuerungs- und Steuerungsunterstützungsleistungen.

Die Gebühren sollen die mit der öffentlichen Leistung verbundenen Verwaltungskosten aller an der Leistung Beteiligten decken. Bei der Gebührenbemessung ist die wirtschaftliche oder sonstige Bedeutung der öffentlichen Leistung für den Gebührenschuldner zum Zeitpunkt ihrer Beendigung zu berücksichtigen. Werden Gebühren nach festen Sätzen erhoben, kann das wirtschaftliche oder sonstige Interesse der Gebührenschuldner unberücksichtigt bleiben. Die Gebühr darf im Übrigen nicht in einem Missverhältnis zur öffentlichen Leistung stehen.

Beim Verwaltungsaufwand sind die Kosten des Verwaltungszweiges, der sich nach thematischem Zusammenhang bestimmt, maßgeblich. Die Verwaltungsgebühr kann den reinen Verwaltungsaufwand für die konkrete Amtshandlung übersteigen. Gewährleistet muss aber sein, dass die Gesamteinnahmen die Gesamtkosten des Verwaltungszweiges nicht dauerhaft übersteigen. Zum Nachweis dieser Anforderungen haben die Ämter den jeweiligen voraussichtlichen Kostendeckungsgrad berechnet. Gebührenbefreiungen und -verzichte werden im Übrigen von den Kosten abgezogen.

- 3.2** Einzelheiten zu den verschiedenen Gebührentatbeständen können den als Anlage 4 - 6 beigefügten Kalkulationen der Ämter entnommen werden.

Auf Folgendes wird hierzu noch besonders hingewiesen:

- 3.2.1** Gebühren des Amts für öffentliche Ordnung (AföO) - Fundbüro (bisher Lfd.Nrn. 3.1 - 3.1.2.2, Gebührenverzeichnis Anlage 2 zur Satzung und Lfd.Nr. 1.9.5, Gebührenverzeichnis Anlage 3 zur Satzung) bzw. Amt für Bürgerservice und Informationsmanagement (ABI) (jetzt Lfd.Nrn. 1.1.1 - 1.1.2, Gebührenverzeichnis Anlage 2 zur Satzung und Lfd.Nr. 1.5, Gebührenverzeichnis Anlage 3 zur Satzung)

Im Rahmen einer Organisationsänderung vom 29.07.2024 wurde das Fundbüro aus der Verwaltungsabteilung des AföO zum 01.01.2025 in die Abteilung Service Center „Bürgerdienste, Sachgebiet Grundservice“ des ABI zugeordnet. Daher sind diese Gebühren – leicht abgewandelt – nun beim ABI aufgeführt.

- 3.2.2** Gebühren des Amts für Liegenschaften und Wohnungswesen (bisher Lfd.Nr. 2, Gebührenverzeichnis Anlage 2 zur Satzung)

Zum 01.04.2024 wurde im Rahmen der Reorganisation des Dezernats V das „Amt für Gebäudemanagement und Liegenschaften“ durch Zusammenschluss des bisherigen Gebäudemanagement (GMF), der Abteilungen Liegenschaften und der Abteilung Verwaltung des Amtes für Liegenschaften und Wohnungswesen (ALW) gebildet. Zum 01.01.2025 wurde das Amt im Rahmen der Reorganisation des Dezernats V in Immobilienmanagement Freiburg (IMF) umbenannt.

Die Abteilung Wohnen (ohne Wohngeld und Wohnungssuche) des ALW wurde in das neue Amt für Wohnraumentwicklung und Vermessung (AWV) integriert.

Die weiteren Gebühren des ehemaligen ALW befinden sich aufgrund der Umbenennung nun unter Lfd.Nr. 8 Immobilienmanagement Freiburg.

- 3.2.3** Gebühren des Vermessungsamts (bisher Lfd.Nr. 14, Gebührenverzeichnis Anlage 2 zur Satzung)

Zum 01.04.2024 wurde im Rahmen der Reorganisation des Dezernats V das „Amt für bezahlbares Wohnen, Stadterneuerung und Vermessung“ durch Zusammenschluss des Amtes für Projektentwicklung und Stadterneuerung, des Vermessungsamtes und des Referats für bezahlbares Wohnen sowie der Abteilung Wohnen (ohne Wohngeld und Wohnungssuche) des ALW gebildet.

Zum 01.01.2025 wurde das Amt im Rahmen der Reorganisation des Dezernates V in Amt für Wohnraumentwicklung und Vermessung (AWV) umbenannt.

Die Gebühren des ehemaligen Vermessungsamts befinden sich aufgrund der Umbenennung nun unter Lfd.Nr.4 Amt für Wohnraumentwicklung und Vermessung.

4. Resultate und Überprüfung

Mit den vorliegenden Kalkulationen und den darauf beruhenden Verwaltungsgebühren wird das Ziel einer Anpassung der Gebühren an die gestiegenen Kosten erreicht, soweit nicht bei den Gebührenvorschlägen auf eine volle Kostendeckung verzichtet wird.

Die erwarteten Einnahmenveränderungen in den einzelnen Bereichen sind in Anlage 1 dargestellt. Allerdings handelt es sich hierbei aufgrund von Prognoseschwierigkeiten wegen schwankender Fallzahlen lediglich um Schätzungen der Ämter, die auf Grundlage der Vorjahresergebnisse basieren. Die prozentualen Veränderungen der neuen Gebühren gegenüber den bisher festgesetzten Gebühren ergeben sich aus der Gegenüberstellung der Gebühren in Anlage 3. Die Kostendeckungsgrade der einzelnen Gebühren sind der jeweiligen Kalkulation in Anlagen 4 - 6 zu entnehmen.

Ansprechpersonen beim Rechtsamt sind Frau Rosteck, Tel.: 0761/201-1610, und Frau Klatt, Tel.: 0761/201-1616. Für die Ämter sind die Ansprechpersonen jeweils in den Kalkulationen benannt.

- Bürgermeisteramt -

- Finanzielle Auswirkungen -

Bereich: Doppelhaushalt / Stadt Freiburg
 Teilhaushalt / Teilbudget: Stadtweit
 Produktgruppe(n): Verschiedene

Ergebnishaushalt Stadt	2026	2027
<u>Erträge</u>	102.629 EUR	102.629 EUR

Bereich Wirtschaftspl

Eigenbetriebe	2026	2027
<u>Erträge EBF</u>	152.303 EUR	152.303 EUR

Eingestellte Mittel im HHPI./IP: ☐ in voller Höhe ☒ teilweise ☐ keine

Erläuterungen:

Die Verwaltungsgebühren werden über den gesamten Bereich der Stadtverwaltung erhoben. Die Änderungsbeträge je Amt sind in der Ämterübersicht dargestellt:

Ämterübersicht:

Allgemeine Gebühren	Die stadtweit geltenden Verwaltungsgebühren werden über den gesamten Bereich der Stadtverwaltung erhoben und im jeweiligen Teilhaushalt der Ämter und Dienststellen verbucht. Infolgedessen kann keine zuverlässige, auf Daten gestützte Aussage über die Höhe der Veränderung der Erträge getroffen werden. Da insgesamt jedoch eine Gebührenerhöhung erfolgt, ist mit Mehrerträgen gegenüber dem Gebührenzeitraum 2024/2025 zu rechnen.	
Amt für Bürgerservice und Informationsmanagement	Voraussichtlich geringfügige Mehrerträge (unter 1.000 EUR) bei gleichbleibenden Fallzahlen.	
Amt für öffentliche Ordnung	Verwaltungszweig	Gebührenerhöhung pro Jahr gg. HH-Ansatz 2026
	Entfernung abgemeldeter Fahrzeuge (geringere Fallzahlen)	3.300 EUR
	Gebühren für Sondernutzungserlaubnisse	5.376 EUR
	Gewerberegister / Fischereirecht	-1.190 EUR

	Gaststättenrecht, sonstige gewerberechtliche Erlaubnisse / Überwachung von Gaststätten, Gewerbebetrieben, Veranstaltungen	25.630 EUR
	Sonstige Gefahrenabwehr und Waffenrecht (Orts- und Kreispolizeibehörde)	15.520 EUR
	Fleischhygienegebühren Schlachthof	30.000 EUR
	Fleischhygienegebühren Ortsteile	0 EUR
	Lebensmittelüberwachung	8.000 EUR
	Tiergesundheit und Tierschutz	1.898 EUR
	Gesamte Gebührenänderungen	88.535 EUR
	Es handelt sich hierbei um Schätzungen, die je nach Fallzahlen und Ausfüllung der Rahmengebühren differieren können.	
Amt für Schule und Bildung	Seit Jahren befinden sich die Einnahmen aus Verwaltungsgebühren im ASB, trotz geringer Mehreinnahmen in den Jahren 2023 und 2024, konstant im unteren einstelligen Bereich. Das Rechnungsergebnis 2024 betrug lediglich 2.551,31 EUR. Mit den für 2026/2027 geplanten Gebührenänderungen werden nur marginale Veränderungen bei den Einnahmen bewirkt.	
Amt für Soziales	Keine Mehr- oder Mindererträge erwartbar.	
Amt für Wohnraumentwicklung und Vermessung	Wenn die Fallzahlen bei den Bodenrichtwertbescheinigungen weiter rückläufig sind, erwarten wir Mindererträge in diesem Bereich (Ansatz: 800 EUR). Bei den Auszügen aus der Kaufpreissammlung (Ansatz: 14.500 EUR) ist über die vergangenen Jahre eine Zunahme der Fälle zu beobachten. Deshalb gehen wir insgesamt davon aus, dass es nicht zu erheblichen Mehr- oder Mindererträgen kommt.	
Baurechtsamt	Unter der Voraussetzung, dass sich die Fallzahlen und Baukosten gegenüber 2024 wie prognostiziert entwickeln, werden die im Haushaltsjahr 2026 geplanten Erträge im Verwaltungszweig Baurecht erreicht.	
Forstamt	Keine Mehr- oder Mindererträge	
Eigenbetrieb Friedhöfe	Aufgrund der Erhöhung des Personal-Stundensatzes kann grundsätzlich mit Mehrerträgen i.H.v. 152.303,85 EUR gerechnet werden. Dies entspricht einer Steigerung von 12 %.	
Garten- und Tiefbauamt	Prognostizierte Mindererträge: 6.928 EUR	
Immobilienmanagement Freiburg	Durch die steigende Gebührenhöhe ist bei gleichbleibenden Fallzahlen (Basisjahr 2024) damit zu rechnen, dass die Gebühreneinnahmen den Planansatz im Haushalt um ca. 30.000 EUR übersteigen. Verglichen mit dem Basisjahr 2022 bleibt die Anzahl der	

	Gebührentatbestände an sich sowie in Bezug auf die Kaufpreishöhe (ausschlaggebend für die Gebührenhöhe) stabil, weshalb davon auszugehen ist, dass diese Mehrerträge realisiert werden.
Kulturamt	Keine Mehr- oder Mindererträge
Rechnungsprüfungsamt	Mehr- oder Mindererträge sind nicht zu erwarten.
Stadtarchiv	Keine Mehr- oder Mindererträge
Stadtbibliothek	Keine Mehr- oder Mindererträge
Eigenbetrieb Stadtentwässerung	Voraussichtlich keine Mehr- oder Mindereinnahmen.
Stadtkämmerei	Geringfügige Mehreinnahmen
Standesamt	Mindererträge: ca. 9.508 EUR
Standesamt Freiburg-Ebnet	Keine nennenswerten Mehr- oder Mindererträge, da die Gebühren nur geringfügig aufgrund eines höheren Mietpreises und Änderung der Besoldung erhöht wurden.
Standesamt Freiburg-Hochdorf	Geringfügige Mehrerträge aufgrund des gestiegenen Stundensatzes.
Standesamt Freiburg-Lehen	Keine Mehr- oder Mindererträge
Standesamt Freiburg-Munzingen	Keine finanziellen Auswirkungen, da die Nachfrage nach Außen- traungen aktuell sehr gering ist.
Standesamt Freiburg-Opfingen	Keine Mehr- oder Mindererträge
Standesamt Freiburg-Tiengen	Durch die zusätzliche Trauungsmöglichkeit in der Kulturvogtei wird mit einem Zulauf von mehr als fünf Hochzeiten im Jahr gerechnet. Dies würde bedeuten, dass ca. 500 EUR im Jahr mehr Einnahmen generiert werden können.
Standesamt Freiburg-Waltershofen	Die finanziellen Auswirkungen sind vernachlässigbar. Bei jährlich ca. sechs Trauungen auf dem ehemaligen Wasserreservoir kommen jährlich bei einer Gebührenerhöhung von 4,66 EUR Mehrreinnahmen in Höhe von gerundet 30 EUR zusammen.
Umweltschutzamt	Keine Mehr- oder Mindererträge erwartbar.

Satzung
der Stadt Freiburg i. Br.
zur Änderung der Satzung
über die Erhebung von Verwaltungsgebühren
(Verwaltungsgebührensatzung)

vom 25. November 2025

Aufgrund des § 4 Abs. 1 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Juli 2000 (GBl. S. 581, ber. S. 698), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. November 2024 (GBl. Nr. 98, S. 1), der §§ 2 und 11 des Kommunalabgabengesetzes für Baden-Württemberg vom 17. März 2005 (GBl. S. 206), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 2020 (GBl. S. 1233, 1249) und des § 4 Abs. 3 des Landesgebührengesetzes vom 14. Dezember 2004 (GBl. S. 895), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. November 2024 (GBl. Nr. 91, S. 28) hat der Gemeinderat der Stadt Freiburg i. Br. in der Sitzung am 25. November 2025 folgende Satzung beschlossen:

Art. 1
Änderung der Verwaltungsgebührensatzung

Die Satzung der Stadt Freiburg i.Br. über die Erhebung von Verwaltungsgebühren vom 11. April 2006 in der Fassung der Satzungen vom 26. Juni 2007, 10. Februar 2009, vom 1. Dezember 2009, vom 26. Oktober 2010, vom 30. November 2010, vom 14. Dezember 2010, vom 7. Juni 2011, vom 12. Juli 2011, vom 13. Dezember 2011, vom 26. November 2013, vom 28. Januar 2014, vom 17. November 2015, vom 14. November 2017, vom 12. November 2019, vom 30. November 2021 und vom 28. November 2023 wird wie folgt geändert:

- 1. In § 4 Abs. 2 wird die Abkürzung „(EAP BW)“ ersetzt durch die Abkürzung „(EAG BW)“.
- 2. Das Gebührenverzeichnis Anlage 1 zur Verwaltungsgebührensatzung erhält folgende Fassung:

„Anlage 1 zu § 1 Abs. 1 der
Verwaltungsgebührensatzung

Gebührenverzeichnis
für öffentliche Leistungen der Stadt Freiburg i. Br.
für die gesamte Stadtverwaltung

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr in EUR
1.	Auskunft – auch nach dem Landesinformationsfreiheitsgesetz (LIFG) -, soweit sie nicht nach § 3 Abs. 1 Nr. 5 gebührenfrei ist	36,70 bis 3.319,80
2.	Ausnahme, Befreiung von Bestimmungen in Gesetzen, Rechtsverordnungen und Satzungen	7,00 bis 8.692,30
3.	Ausweis, Bescheinigung (auch Zweit- und Mehrfertigungen)	1,90 bis 260,70

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr in EUR
4.	Amtliche Beglaubigung	
4.1	einer Unterschrift, eines Handzeichens oder Siegels	1,90 bis 38,70
	Werden mehrere Unterschriften gleichzeitig in einer Urkunde beglaubigt oder wird die Unterschrift einer Person mehrfach auf verschiedenen Urkunden, aber aufgrund eines gleichzeitig gestellten Antrags beglaubigt, so kommt nur für die erste Unterschrift die volle Gebühr, für jede weitere die Hälfte der für die erste Beglaubigung bzw. Bestätigung erhobenen Gebühr zum Ansatz.	
4.2	der Übereinstimmung einer Fotokopie, Abschrift, eines Auszuges usw. mit der Urschrift; je weitere Fertigung	6,20 2,50
4.3	der Übereinstimmung einer Abschrift eines Schulzeugnisses mit der Urschrift	2,50
	Für Bewerbungszeugnisse in einer Abschlussklasse sowie bei Abgangs- oder Abschlusszeugnissen ist die erste Fertigung und Beglaubigung von Abschriften, Mehrfertigungen oder Kopien nach Bedarf bis maximal 5 Exemplaren gebührenfrei.	
	Zeugnisse, Bescheinigungen, Urkunden etc. aus Beruf und Fortbildung gelten nicht als Schulzeugnisse im Sinne dieser Vorschrift.	
5.	Bewilligung, Erlaubnis, Genehmigung, Konzession, Zulassung	9,60 bis 1.809,60
6.	Einsichtnahme in Akten, Bücher, Karteien usw., es sei denn, es handelt sich um eine Einsichtnahme in Umweltinformationen vor Ort (§ 33 Abs. 2 Nr. 2 UVwG)	9,80 bis 952,00
7.	Rechtsbehelf Zurückweisung eines förmlichen Rechtsbehelfs (insbesondere Widerspruch)	30,20 bis 8.623,20
	Wird ein förmlicher Rechtsbehelf vor der Bekanntgabe einer abschließenden Entscheidung zurückgenommen oder erledigt sich das Rechtsbehelfsverfahren auf andere Weise, kann von der Erhebung einer Verwaltungsgebühr ganz oder teilweise abgesehen werden.	
8.	Kopien, soweit sie nicht nach § 3 Abs. 1 Nr. 6 gebührenfrei sind	
8.1	bis DIN A 3	
8.1.1	für die erste Seite	2,00
8.1.2	für jede weitere Seite	0,30
9.	Ausdruck eines elektronischen Dokuments	
9.1	bis DIN A 3	
9.1.1	für die erste Seite	2,00
9.1.2	für jede weitere Seite	0,30

3. Das Gebührenverzeichnis Anlage 2 zur Verwaltungsgebührensatzung erhält folgende Fassung:

„Anlage 2 zu § 1 Abs. 1 der
Verwaltungsgebührensatzung

Gebührenverzeichnis
für öffentliche Leistungen der Stadt Freiburg i. Br.
in Selbstverwaltungsangelegenheiten

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr in EUR
1.	Amt für Bürgerservice und Informationsmanagement	
1.1	Fundsachen	
1.1.1	Aufbewahrung einschließlich Aushändigung an die/den Empfangsberechtigte*n oder Finder*in	
1.1.1.1	bei Sachen bis 500,00 EUR Wert (ohne Fahrräder)	10 % des Wertes, mindestens 10,00
1.1.1.2	bei Sachen über 500,00 EUR Wert (ohne Fahrräder)	50,00 zzgl. 5 % des 500,00 übersteigenden Wertes
1.1.1.3	bei Fahrrädern	30,00
1.1.2	Ausstellung einer Versicherungsbescheinigung	10,00
1.2	Bescheinigung über die Wählbarkeit eines Bewerbers zur Bürgermeisterwahl (Wählbarkeitsbescheinigung)	18,00
2.	Amt für öffentliche Ordnung	
2.1	Entfernung, Verwahrung und Verwertung nicht ordnungsgemäß abgestellter, insbesondere abgemeldeter Fahrzeuge; Verwahrgebühren gelten auch bei polizeirechtlicher Beschlagnahme von Fahrzeugen.	
2.1.1	Aufforderung zur Fahrzeugentfernung	190,00
2.1.2	Aufforderung zur Fahrzeugentfernung, Verwahrung, Aufforderung zur Abholung des Fahrzeugs und Kostenanforderung	340,00
2.1.3	Aufforderung zur Fahrzeugentfernung, Verwahrung und Verwertung (nur vorbereitende und nachgelagerte Arbeiten) des Fahrzeugs	470,00
2.1.4	Erstellung eines Kostenbescheids im Zusammenhang mit dem Abschleppen eines zum Verkehr zugelassenen Fahrzeugs	76,00 bis 150,00
2.1.5	Stellplatzgebühr für die Verwahrung von Fahrzeugen im Freien	
2.1.5.1	für Fahrzeuge bis 2,8 t zulässiges Gesamtgewicht pro Standtag	3,75
2.1.5.2	für Fahrzeuge über 2,8 t zulässiges Gesamtgewicht pro Standtag	7,50

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr in EUR
	Zu den Gebühren Nr. 3.2.5.1 und 3.2.5.2 sind zusätzlich noch die Auslagen für die Abschlepp- und Verschrottungskosten im Rahmen der Ersatzvornahme bzw. Einziehung nach Polizeirecht jeweils nach Rechnung der Abschlepp- bzw. Verschrottungsfirma zu erstatten.	
2.2	Sondernutzung	
2.2.1	Erlaubnis nach § 16 Abs. 1 StrG BW	57,00 bis 1.190,00
2.2.2	Maßnahmen nach § 16 Abs. 8 StrG BW	110,00 bis 540,00
2.3	Ausfertigung eines Lichtbildes im Bereich des Führerscheins	5,30
3.	Amt für Soziales	
3.1	Ausstellen eines Wohnberechtigungsscheines	gebührenfrei
3.2	Ersatzausstellung	20,00
4.	Amt für Wohnraumentwicklung und Vermessung	
4.1	Erteilung einer Bodenrichtwertbescheinigung nach § 196 Abs. 3 BauGB	64,00 bis 179,00
4.2	Schriftliche Auskunft aus der Kaufpreissammlung nach § 195 Abs. 3 BauGB	99,00 bis 597,00
	Die Gebühren für gutachterliche Stellungnahmen der Geschäftsstelle ergeben sich aus der Gutachterausschussgebührensatzung in der jeweils geltenden Fassung.	
5.	Baurechtsamt	
5.1	Zweckentfremdung von Wohnraum	
5.1.1	Genehmigung einer Zweckentfremdung	315,06 bis 5.251,00
5.1.2	Negativattest	105,02 bis 1.050,20
5.1.3	Aufforderung nach § 13 der Satzung Freiburg i.Br. über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum in der Stadt Freiburg im Breisgau, Wohnräume wieder Wohnzwecken zuzuführen	315,06 bis 5.251,00
5.1.4	Bei der Prüfung von Zweckentfremdungen einschließlich der erforderlichen örtlichen Überprüfungen für ohne Genehmigung anderen Zwecken zugeführten Wohnraum fällt bei nachträglicher Genehmigung das Doppelte der Gebühr nach Lfd.Nr. 5.1.1 an.	
5.1.5	Bei der Prüfung von Zweckentfremdungen einschließlich der erforderlichen örtlichen Überprüfung für ohne Genehmigung abgebrochenen Wohnraum fällt bei nachträglicher Genehmigung das Dreifache der Gebühr nach Lfd.Nr. 5.1.1 an.	

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr in EUR
5.2	Positive Auskunft aus dem Baulastenverzeichnis und der Kulturdenkmalliste	17,50
5.3	Elektronischer Versand eines Dokuments, soweit er nicht nach § 3 Abs. 1 Nr. 6 gebührenfrei ist	17,50
5.4	Milieuschutz	
5.4.1	Erteilung einer erhaltungsrechtlichen Genehmigung (§ 173 i. V. m. § 172 BauGB)	210,04 bis 5.251,00
5.4.2	Zwischenbescheid zur Verlängerung der Entscheidungsfrist nach § 173 Abs. 1 i. V. m. § 22 Abs. 5 S. 3 BauGB	105,02 bis 5.251,00
5.4.3	Bei der Prüfung von Unterlagen, einschließlich der erforderlichen örtlichen Überprüfungen für ohne erhaltungsrechtliche Genehmigung ausgeführte Maßnahmen nach § 172 Abs. 1 S. 1 und 2 BauGB, fällt bei nachträglicher Genehmigung / Zurückweisung das Zweifache der Gebühr nach Ziff. 5.4.1 an.	
5.4.4	Bei der Prüfung von Unterlagen, einschließlich der erforderlichen örtlichen Überprüfungen für ohne erhaltungsrechtliche Genehmigung abgebrochene bauliche Anlagen fällt bei nachträglicher Genehmigung / Zurückweisung das Dreifache der Gebühr nach Ziff. 5.4.1 an.	
6.	Eigenbetrieb Friedhöfe	
6.1	Grabmalgenehmigung	
6.1.1	für Grabmale in Stein	98,94
6.1.2	für Grabmale in Holz mit Sockel/Fundament	98,94
6.1.3	für Abdeckplatten, Schrifttafeln und Kissensteine	98,94
6.1.4	für eine Erweiterung der vorhandenen Grabanlage	98,94
6.2	Sonstige Amtshandlung	
6.2.1	Bearbeitung eines Sterbefalls, der nicht unter die Grundgebühr für die Erdbestattung fällt (z. B. bei Urnenbestattungen, Ausgrabungen / Umbettungen)	158,30
6.2.2	Bearbeitung eines oder mehrerer weiterer Sterbefälle in derselben Grabstätte, die nicht unter die Grundgebühr für die Erdbestattung fallen (z.B. bei mehreren Ausgrabungen / Umbettungen in derselben Grabstätte)	79,15
6.2.3	nachträgliche Änderung eines Auftrags	25,12
6.2.4	Umschreibung eines Nutzungsrechts	79,15
6.2.5	Aufgabe eines Nutzungsrechts vor Nutzungsfristende	146,43
6.2.6	Ausstellen einer Ersatzgraburkunde	26,12

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr in EUR
7.	Garten- und Tiefbauamt	
7.1	Baumschutz	
7.1.1	Bearbeiten von Anträgen im Rahmen des Anzeige-/ Kenntnisgabeverfahrens nach § 7 Abs. 1 bis 3 und Abs. 4 Satz 3 der Baumschutzsatzung	
7.1.1.1	ohne Begutachtung	82,51 bis 825,10
7.1.1.2	mit Begutachtung	137,52 bis 880,11
7.1.2	Bearbeiten von Anträgen im Zusammenhang mit ge- nehmigungspflichtigen Bauvorhaben nach § 7 Abs. 4 Satz 1 und 2 der Baumschutzsatzung	
7.1.2.1	ohne Begutachtung	165,02 bis 1.650,20
7.1.2.2	mit Begutachtung	220,03 bis 1.750,21
7.2	Sondernutzung	
7.2.1	Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis	
7.2.1.1	einfacher Aufwand	109,09
7.2.1.2	mittlerer Aufwand	218,19
7.2.1.3	hoher Aufwand	409,10
7.2.2	Verlängerung einer Sondernutzungserlaubnis	34,09
7.2.3	Zusatzgebühr für Ortsbesichtigung pro Ortstermin	
7.2.3.1	einfacher Aufwand	40,91
7.2.3.2	mittlerer Aufwand	81,82
7.2.3.3	hoher Aufwand	163,64
7.3	Ausstellen einer Anliegerbescheinigung	22,19 bis 532,56
7.4	Auskunft aus dem Nutzungsverzeichnis bei privater Leitungsverlegung	25,78 bis 618,72
7.5	Bearbeitung eines Antrags zur Wertermittlung eines Kleingartens bei Pächterwechsel	176,12
7.6	Zustimmung zur Verlegung von Telekommunikations- leitungen nach § 127 Abs. 1 TKG	49,92 bis 74,88
7.7	Prüfung einer Trassierung	
7.7.1	Einfacher Aufwand bis 30 Minuten	39,10
7.7.2	Mittlerer Aufwand bis 60 Minuten	78,19
7.7.3	Komplexer Aufwand bis 90 Minuten	117,29
7.7.4	Hochkomplexer Aufwand bis 120 Minuten	156,38
8.	Immobilienmanagement Freiburg	
8.1	Bescheinigung über das Nichtbestehen oder die Nicht- ausübung eines Vorkaufsrechts bis zu einem Kaufpreis	
8.1.1	von 50.000,00 EUR	107,00
8.1.2	von 50.001,00 EUR bis 250.000,00 EUR	161,00
8.1.3	von 250.001,00 EUR bis 500.000,00 EUR	214,00
8.1.4	über 500.000,00 EUR	268,00

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr in EUR
9.	Rechnungsprüfungsamt	
	Prüfungstätigkeit für kommunale Stiftungen und Dritte je Stunde	121,00
10.	Stadtarchiv	
10.1	Auskünfte	
10.1.1	Erteilung schriftlicher oder elektronischer Auskünfte einschließlich der dazu erforderlichen Ermittlungen, Aushebungen, Reponierungen und vergleichbare Leistungen je angefangene Viertelstunde, soweit sie nicht nach § 3 Abs. 1 Nr. 5 gebührenfrei sind	15,00
10.1.2	Erteilung schriftlicher oder elektronischer Auskünfte für unterrichtliche, wissenschaftliche oder heimatkundliche Zwecke, soweit das private Interesse nicht überwiegt, bis zu einem Zeitaufwand von einer Stunde	gebührenfrei
10.2	Reproduktionen	
10.2.1	Bearbeiten von Digitalisierungsaufträgen, je angefangene Viertelstunde	15,00 (ggf. zzgl. Kosten externer Dienstleister)
10.2.2	Reproduktionen digitaler Dateien, soweit sie nicht nach § 3 Abs. 1 Nr. 6 gebührenfrei sind.	
10.2.2.1	Bilder, Karten, Pläne, Plakate, je Datei	3,00
10.2.2.2	Audio- und Videodateien, je Datei	7,00
10.2.3	Bearbeitung digitaler Reproduktionen, je angefangene Viertelstunde	7,00
10.2.4	Digitale Übermittlung, soweit sie nicht nach § 3 Abs. 1 Nr. 6 gebührenfrei ist, oder Speichern auf Datenträger (inkl. Datenträger)	5,00
10.2.5	Werden die Reproduktionen für Schüler*innen, Auszubildende oder Studierende im Rahmen von Unterricht, Ausbildung und Studium gefertigt, ermäßigen sich die Gebühren nach lfd. Nrn. 10.2.1. - 10.2.4 um jeweils 50 %.	
10.3	Anfertigung einer beglaubigten Papierkopie aus einem archivierten Personenstandsregister	20,00
10.4	Veröffentlichungsgenehmigung für urheberrechtlich geschützte Werke	
10.4.1	Genehmigung der einmaligen Veröffentlichung im Druck bei Büchern, Broschüren, Zeitungen, Zeitschriften, Kalender und anderen Veröffentlichungsformen, je Vorlage	15,00
10.4.2	Genehmigung der einmaligen Veröffentlichung elektronischer Medien, je Vorlage	
10.4.2.1	nur Online-Publikation	20,00

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr in EUR
10.4.2.2	Herausgabe eines E-Books zusätzlich zu einer gedruckten Publikation	10,00
10.4.3	Genehmigung der einmaligen Wiedergabe und Nutzung im Internet/Einbindung in Online-Dienste mit einer Auflösung von höchstens 80 dpi bzw. 200x300 Pixel unbefristet, je Vorlage	25,00
10.4.4	Genehmigung der Wiedergabe und Nutzung von Archivalien (schriftliche, bildliche, audiovisuelle Quellen) in Filmen, Rundfunk und Fernsehbeiträgen mit dem Recht der einmaligen Veröffentlichung, je Vorlage	35,00
10.4.5	Genehmigung der Verwendung von Vorlagen in Ausstellungen oder bei Präsentationen in gewerblich genutzten Räumen oder zu gewerblichen Zwecken, je Vorlage	50,00
10.4.6	Liegt die Nutzung und Wiedergabe des Archivguts im öffentlichen Interesse, so kann im Einzelfall von der Erhebung einer Gebühr ganz oder teilweise abgesehen werden.	
11.	Stadtbibliothek	
11.1	Ausstellen eines Ersatzausweises	3,50
11.2	Einarbeitung eines ersetzten Mediums je Medium	5,00
11.3	Ermittlung der aktuellen Adresse	4,00
11.4	Vormerkung von Medien je Medium	1,00
12.	Eigenbetrieb Stadtentwässerung	
12.1	Genehmigungspflichtige Vorhaben nach § 11 der Stadtentwässerungssatzung	
12.1.1	Genehmigung eines Entwässerungsantrages für ein Ein- bzw. Zweifamilienhaus oder vergleichbare Bauvorhaben mit Prüfung der Entwässerungspläne und Überprüfung der Grundleitungen und Anschlusskanäle inkl. der Überwachung der Dichtheitsprüfung und der Beratung	554,00
12.1.2	Genehmigung eines Entwässerungsantrages für baugleiche Einfamilienhäuser ab dem zweiten baugleichen Einfamilienhaus vom gleichen Bauherrn mit Prüfung der Entwässerungspläne und Überprüfung der Grundleitungen und Anschlusskanäle inkl. der Überwachung der Dichtheitsprüfung und der Beratung	388,00
12.1.3	Genehmigung eines Entwässerungsantrages für ein gewerblich/industrielles Bauvorhaben bzw. Mehrfamilienhaus oder vergleichbare Bauvorhaben mit Prüfung der Entwässerungspläne und Überprüfung der	786,00

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr in EUR
	Grundleitungen und Anschlusskanäle inkl. der Überwachung der Dichtheitsprüfung und der Beratung	
12.1.4	Genehmigung eines Entwässerungsantrages für ein Ein- bzw. Zweifamilienhaus oder vergleichbare Bauvorhaben mit Prüfung der Entwässerungspläne inkl. Beratung ohne Überprüfung der Grundleitungen und Anschlusskanäle	347,00
12.1.5	Genehmigung eines Entwässerungsantrages für baugleiche Einfamilienhäuser ab dem zweiten baugleichen Einfamilienhaus vom gleichen Bauherrn mit Prüfung der Entwässerungspläne inkl. Beratung ohne Überprüfung der Grundleitungen und Anschlusskanäle	180,00
12.1.6	Genehmigung eines Entwässerungsantrages für ein gewerblich/industrielles Bauvorhaben bzw. Mehrfamilienhaus oder vergleichbare Bauvorhaben mit Prüfung der Entwässerungspläne inkl. Beratung ohne Überprüfung der Grundleitungen und Anschlusskanäle	564,00
12.1.7	Überprüfung der Grundleitungen und Anschlusskanäle inkl. der Überwachung der Dichtheitsprüfungen für ein Ein- bzw. Zweifamilienhaus oder vergleichbare Bauvorhaben	287,00
12.1.8	Überprüfung der Grundleitungen und Anschlusskanäle inkl. der Überwachung der Dichtheitsprüfungen für ein gewerblich/industrielles Bauvorhaben bzw. Mehrfamilienhaus oder vergleichbarer Bauvorhaben	294,00
12.1.9	Überprüfung und Einmessung des neu hergestellten privaten Anschlussstutzens/Abzweigs an den öffentlichen Kanal mittels Kamerabefahrung	420,00
12.2	Verlängerung der Gültigkeit eines Genehmigungsbescheides	95,00
12.3	Zusätzlicher Überwachungsaufwand bei Wiederholung einer Dichtheitsprüfung je Person und angefangener Viertelstunde	48,00
12.4	Überprüfung einer bestehenden Grundstücksentwässerungsanlage auf ihre Funktionsfähigkeit je Person und angefangene Viertelstunde	48,00
12.5	Fachtechnische Beratung außerhalb des Genehmigungsverfahrens je Person und angefangene Viertelstunde	48,00
12.6	Einsicht in Hausentwässerungsakten pauschal	73,00

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr in EUR
12.7	Aktenkopie, soweit nicht nach § 3 Abs. 1 Nr. 6 gebührenfrei:	
12.7.1	DIN A 4 pro Kopie	0,50
12.7.2	DIN A 3 pro Kopie	1,00
12.7.3	DIN A 2 pro Kopie	3,50
12.7.4	DIN A 1 pro Kopie	7,00
12.7.5	DIN A 0 pro Kopie	14,00
12.8	Erstellen einer PDF-Datei je Seite	0,50
12.9	Kanalbeitragsbescheinigungen	45,00
13.	Stadtkämmerei	
13.1	Ausgabe einer Ersatzhundesteuermarke	7,10
13.2	Unbedenklichkeitsbescheinigung	17,20
14.	Standesamt	
14.1	Kirchenaustrittserklärung je Austrittserklärung	
14.1.1	für Personen ab 18 Jahren	28,00
14.1.2	für Personen unter 18 Jahren	10,00
14.1.3	für Berechtigte nach SGB II, SGB XII, AsylbLG und Berechtigte mit Anspruch auf Wohngeld und BAFÖG	gebührenfrei
14.2	Nachträgliche Bescheinigung des Kirchenaustritts	16,50
14.3	Vorabübermitteln von Personenstandsurkunden per Fax oder Mail	6,50

4. Das Gebührenverzeichnis Anlage 3 zur Verwaltungsgebührensatzung erhält folgende Fassung:

„Anlage 3 zu § 1 Abs. 1 der
Verwaltungsgebührensatzung

Gebührenverzeichnis
für öffentliche Leistungen der Stadt Freiburg i. Br.
als untere Verwaltungsbehörde, als untere Baurechtsbehörde und
als Ortspolizeibehörde

1.	Amt für Bürgerservice und Informationsmanagement	Gebühr in EUR
1.1	Ausstellung einer einfachen oder erweiterten Meldebescheinigung	8,50
1.2	Erteilung einer einfachen oder erweiterten Auskunft über Eintragungen im Melderegister je Person	
1.2.1	persönlich oder schriftlich	17,50
1.2.2	per Internet über das Meldeportal	5,00

1.3	Erteilung einer Auskunft über die im Melderegister gespeicherte Steuer-Identifikationsnummer	8,50
1.4	Gruppenauskünfte und Datenübermittlungen der Meldebehörde	
1.4.1	Prüfung und Bearbeitung des Antrags je angefangene Viertelstunde	22,50
1.4.2	Erstellen, Verschlüsseln und Versand der Datei	150,00
1.5	Rückforderung der Kosten für Fundtiertransporte zzgl. Auslagen für den Tiertransport gem. § 8 Abs. 2 PolG	125,00 bis 380,00
2.	Amt für öffentliche Ordnung	
2.1	Fischerei	
2.1.1	Ausstellung eines Fischereischeines auf Lebenszeit (zzgl. Fischereiabgabe)	40,00
2.1.2	Ausstellung eines Jugendfischereischeines	40,00
2.1.3	Ausstellung eines Ersatzfischereischeines	40,00
2.1.4	Eintrag der Entrichtung der Fischereiabgabe für 1, 5 oder 10 Jahre (zzgl. Fischereiabgabe)	20,00
2.2	Gaststättenrecht	
2.2.1	Gaststättenerlaubnis bzw. befristete Gaststättenerlaubnis (§§ 2 bzw. 3 Abs. 2 GastG)	515,00 bis 5.180,00
2.2.2	Stellvertretererlaubnis bzw. vorläufige Stellvertretererlaubnis (§§ 9 bzw. 11 GastG)	255,00 bis 1.550,00
2.2.3	Vorläufige Gaststättenerlaubnis (§ 11 GastG)	100,00 bis 550,00
2.2.4	Zulassung von Ausnahmen von der Verpflichtung zum Ausschank alkoholfreier Getränke (§ 6 Satz 4 GastG)	230,00 bis 345,00
2.2.5	Gestattung (§ 12 GastG)	
2.2.5.1	Gestattung	155,00 bis 1.735,00
2.2.5.2	Gemeinnützige Vereine, Verbände, Parteien und Wählerinitiativen soweit es sich nicht um eine Großveranstaltung handelt.	75 % der nach lfd. Nr. 2.2.5.1 festzusetzenden Gebühr

2.2.6	Zulassung von Ausnahmen vom Verbot der Anmietung von Räumen bei Straußwirtschaften (§ 6 Abs. 2 GastVO)	155,00 bis 230,00
2.2.7	Zulassung von Ausnahmen von den Sperrzeitvorschriften für einzelne Betriebe (§ 12 Satz 1 GastVO)	
2.2.7.1	Sperrzeitverkürzung für einzelne Tage (§ 18 GastG)	82,00 bis 160,00
2.2.7.2	Regelmäßige Sperrzeitverkürzung (§ 18 GastG)	205,00 bis 1.550,00
2.2.8	Untersagung der Beschäftigung einer Person (§ 21 Abs. 1 GastG)	515,00 bis 1.550,00
2.2.9	Entscheidung zur Beschäftigung von Personen (§ 13 GastVO)	255,00 bis 775,00
2.2.10	Auflagen und Anordnungen (§§ 5, 12 Abs. 3 GastG, § 12 Satz 2 GastVO)	255,00 bis 1.190,00
2.2.11	Verlängerung von Fristen zum Betrieb der Gaststätte (§§ 8 Satz 2, 9 Satz 2, 24 Abs. 1 Satz 3 GastG)	77,00 bis 255,00
2.3	Gewerbe- und Handwerksrecht	
2.3.1	Erteilung einer Empfangsbescheinigung (§ 15 Abs. 1 GewO)	35,00 bis 140,00
2.3.2	Zuverlässigkeitsprüfung bei überwachungsbedürftigem Gewerbe (§ 38 GewO), falls Führungszeugnis und Gewerbezentralregisterauszug nicht fristgerecht vorgelegt werden	23,00 bis 64,00
2.3.3	Erlaubnis zum Betrieb von Privatkrankenanstalten (§ 30 GewO)	550,00 bis 3.000,00
2.3.4	Erlaubnis zur Schaustellung von Personen (§ 33 a GewO)	430,00 bis 1.380,00
2.3.5	Erlaubnis zur Aufstellung von Spielgeräten mit Gewinnmöglichkeit (§ 33 c Abs. 1 GewO)	550,00 bis 2.500,00
2.3.6	Geeignetheitsbestätigung (§ 33 c Abs. 3 GewO)	77,00 bis 515,00
2.3.7	Erlaubnis zur Veranstaltung von anderen Spielen mit Gewinnmöglichkeiten (§ 33 d Abs. 1 GewO)	550,00 bis 2.500,00
2.3.8	Erlaubnis zum Betrieb einer Spielhalle oder eines ähnlichen Unternehmens (§ 41 LGlÜG)	515,00 bis 6.000,00
2.3.9	Erlaubnis zum Betrieb des Pfandleih- oder Pfandvermittlungsgewerbes (§ 34 Abs. 1 und 2 GewO)	430,00 bis 1.550,00

2.3.10	Erlaubnis zum Betrieb des Bewachungsgewerbes (§ 34 a Abs. 1 und 2 GewO)	820,00 bis 2.500,00
2.3.11	Zuverlässigkeitsprüfung von Gewerbetreibenden im Bewachungsgewerbe und Wachpersonen (§ 34a GewO)	86,00 bis 620,00
2.3.12	Erlaubnis zum Betrieb des Versteigerungsgewerbes (§ 34 b Abs. 1 und 2 GewO)	430,00 bis 1.550,00
2.3.13	Öffentliche Bestellung von Versteigerern (§ 34 b Abs. 5 GewO)	430,00 bis 715,00
2.3.14	Schließungsverfahren von Betrieben (z. B. Gaststätten, Spielhallen) (§ 15 Abs. 2 GewO)	515,00 bis 5.180,00
2.3.15	Gewerbeuntersagung (§ 35 GewO)	620,00 bis 5.180,00
2.3.16	Gestattung der Wiederausübung eines untersagten Gewerbes (§ 35 Abs. 6 GewO)	430,00 bis 1.550,00
2.3.17	Erlaubnis zur Stellvertretung konzessionierter oder angestellter Personen (§ 47 GewO)	255,00 bis 515,00
2.3.18	Erteilung einer Reisegewerbekarte (§ 55 GewO)	255,00 bis 1.035,00
2.3.19	Erteilung einer Zweitschrift der Reisegewerbekarte (§ 60 c Abs. 2 GewO)	100,00
2.3.20	Erteilung einer Gewerbelegitimationskarte (§ 55 b Abs. 2 GewO)	255,00 bis 415,00
2.3.21	Befreiung von der Reisegewerbekartenpflicht (§ 55 a Abs. 1 Nr. 1 GewO)	77,00
2.3.22	Befreiung von der Reisegewerbekartenpflicht anlässlich Sonderveranstaltungen (§ 55 a Abs. 2 GewO)	170,00 bis 285,00
2.3.23	Festsetzung von Wochenmärkten (§ 69 GewO)	620,00 bis 3.105,00
2.3.24	Festsetzung von Messen, Ausstellungen, Großmärkten, Jahrmärkten, Spezialmärkten sowie Volksfesten (§ 69 GewO)	695,00 bis 3.475,00
2.3.25	Änderung oder Aufhebung der Festsetzung von Märkten, Messen und Ausstellungen (§ 69b GewO)	230,00 bis 1.155,00
2.3.26	Erteilung von Auskünften aus dem Gewerberegister	23,00
2.3.27	Handwerksuntersagung (§ 16 HWO)	515,00 bis 2.590,00

2.4	Veranstaltungsmanagement	
	Koordination und Genehmigung von Veranstaltungen je angefangene Stunde Speziellere Gebührentatbestände bleiben hiervon unberührt.	115,85
2.5	Jugendschutz	
2.5.1	Ausnahmen vom Verbot des Aufenthalts von Kindern und Jugendlichen unter 16 Jahren in Gaststätten (§ 4 Abs. 1 i. V. m. Abs. 3 JugendschutzG)	77,00 bis 345,00
2.5.2	Ausnahmen vom Verbot der Anwesenheit von Kindern und Jugendlichen bei öffentlichen Tanzveranstaltungen (§ 5 Abs. 1 i. V. m. Abs. 3 JugendschutzG)	77,00 bis 345,00
2.5.3	Anordnung der Abwesenheit von Kindern und Jugendlichen an jugendgefährdeten Veranstaltungen (§ 7 JugendschutzG)	100,00 bis 490,00
2.5.4	Maßnahmen zur Abwendung von Gefahren für Kinder oder Jugendliche durch jugendgefährdende Orte (§ 8 JugendschutzG)	100,00 bis 490,00
2.6	Kampfhunde	
2.6.1	Prüfung nach § 1 Abs. 4 der Polizeiverordnung über das Halten gefährlicher Hunde (PolVOgH)	440,00
2.6.2	Überprüfung der Hundehaltung gemäß PolVOgH	165,00 bis 790,00
2.6.3	Erlaubnis für Kampfhunde nach §§ 3 und 4 PolVOgH	215,00 bis 710,00
2.6.4	Ausnahmen nach der PolVOgH	165,00 bis 420,00
2.6.5	Auflagen nach der PolVOgH	225,00 bis 1.060,00
2.6.6	Maßnahmen bezüglich auffälliger Tiere	225,00 bis 1.235,00
2.7	Ladenöffnungsgesetz	
2.7.1	Ausnahmegenehmigung zum Feilbieten von Waren an Sonn- und Feiertagen (§ 11 Abs. 1 LadÖG)	100,00 bis 1.035,00
2.7.2	Ausnahmegenehmigung zum Feilbieten von Waren zum sofortigen Verbrauch (§ 9 Abs. 4 LadÖG)	69,00 bis 430,00

2.8	Veterinärwesen	
2.8.1	Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung	
2.8.1.1	Begutachtung und Beratung bei Anlagen und Betrieben von Lebensmittelunternehmen, auch schriftliche Stellungnahmen einschließlich Hin- und Rückfahrt je angefangene Viertelstunde	29,35
2.8.1.2	Genehmigungen, Bewilligungen, Zulassungen, Bescheinigungen auf Grund lebensmittelrechtlicher Vorschriften	29,00 bis 3.910,00
2.8.1.3	Lebensmittelrechtliche Kontrollen und Überwachungstätigkeiten nach Art. 79 Abs. 2 c VO (EU) 2017/625 je angefangene Viertelstunde pro Person einschließlich Hin- und Rückfahrt	29,35
2.8.1.4	Verwaltungsrechtliche Maßnahmen wie Belehrungen, Mängelberichte und Anordnungen	97,00 bis 1.300,00
2.8.1.5	Auskünfte nach dem Verbraucherinformationsgesetz (§ 6 VIG, § 5 AGVIG) je angefangene Viertelstunde	29,35
2.8.2	Fleischhygiene	
2.8.2.1	Schlachttier- und Fleischuntersuchung einschließlich Tierschutzüberwachung, Probenahme, Beschlagnahme, Nachuntersuchung, Endbeurteilung und Tagebuchführung, Trichinenuntersuchung, Rückstandsuntersuchung und bakteriologischer Untersuchung in Betrieben mit mehr als 1.500 Schlachtungen je Kalendermonat im Jahresdurchschnitt (Großbetriebe) je Tier	
2.8.2.1.1	Rinder / Kälber	14,45
2.8.2.1.2	Schweine/Ferkel mit Trichinenuntersuchung	5,32
2.8.2.1.3	Schweine/Ferkel ohne Trichinenuntersuchung	4,34
2.8.2.1.4	Schafe / Ziegen	4,34
2.8.2.1.5	BSE-Probenahme je Probe zzgl. Auslagen (nur bei Rindern, die nicht im Anhang des jeweils aktuellen Durchführungsbeschlusses der EU gelistet sind)	15,12
2.8.2.2	Schlachttier- und Fleischuntersuchung einschließlich Probenahme, Beschlagnahme, Nachuntersuchung, Endbeurteilung und Tagebuchführung, Trichinenuntersuchung, Rückstandsuntersuchung und bakteriologischer Untersuchung in Betrieben mit weniger als 100 Schlachtungen je Kalendermonat im Jahresdurchschnitt (Kleinbetrieben) je Tier	
2.8.2.2.1	Rind / Kalb	25,30

2.8.2.2.2	Schwein / Ferkel	27,10
2.8.2.2.3	Schaf / Ziege	9,05
2.8.2.2.4	Zuschlag je unter 2.8.2.2.1 – 2.8.2.2.3 aufgeführtem Tier bei bis zu fünf Untersuchungen pro Schlachtstätte und Tag	5,14
2.8.2.2.5	Zuschlag je gefahrene Kilometer anlässlich der Schlachttier- und Fleischuntersuchungen	0,30
2.8.2.2.6	TSE- Probenahme (Schaf)	5,80
2.8.2.2.7	Zuschlag je zusätzlich gefahrene Kilometer für TSE – Proben transport und NRKP Probenahme	0,48
2.8.2.3	Schlachttier- und Fleischuntersuchung bei Haus- schlachtungen je Tier	
2.8.2.3.1	Einhufer	52,75
2.8.2.3.2	Rind / Kalb	30,50
2.8.2.3.3	Schwein / Ferkel	26,25
2.8.2.3.4	Schaf / Ziege	13,90
2.8.2.3.5	Zuschlag je gefahrene Kilometer anlässlich der Schlachttier- und Fleischuntersuchungen	0,30
2.8.2.3.6	TSE-Probenahme (Schaf)	5,80
2.8.2.3.7	Zuschlag je zusätzlich gefahrene Kilometer für TSE – Proben transport	0,48
2.8.2.4	Gebührenerhebung in besonderen Fällen	
2.8.2.4.1	Wird nur die Schlachttier- oder nur die Fleischuntersuchung durchgeführt, wird die Gebühr nach 2.8.2.1 bis 2.8.2.3 im Verhältnis 20 zu 80 für die Schlachttier- bzw. Fleischuntersuchung aufgeteilt.	
2.8.2.4.2	Steht das angemeldete Tier nicht zur angegebenen Zeit zur Untersuchung bereit, wird bei Kleinbetrieben und Hausschlachtungen ein Zuschlag von 80% der Gebühr nach lfd. Nrn. 2.8.2.2.1 bis 2.8.2.2.3 bzw. 2.8.2.3.1 bis 2.8.2.3.4 erhoben.	
2.8.2.5	Gesonderte Trichinenuntersuchung	
2.8.2.5.1	Trichinenuntersuchung auf besonderes Verlangen (mit gesondertem Verdauungsansatz außerhalb der regelmäßigen Schlachtzeiten)	42,40
2.8.2.5.2	Trichinenuntersuchung bei erlegten Wildschweinen	8,35
2.8.2.5.3	Ermäßigte Gebühr ab vier gemeinsam untersuchten Wildschweinen (je Tier)	5,95
2.8.2.5.4	Probenahme bei Wildschweinen, wenn diese nicht anlässlich der Fleischuntersuchung oder durch den amtlich dafür geschulten Jagdausübungsberechtigten erfolgt (zzgl. je Tier)	6,80

2.8.2.6	Fleischuntersuchung bei Haarwild (ohne Trichinenuntersuchung) je Tier; zzgl. 0,30 EUR je km zurückgelegter Wegstrecke	10,95
2.8.2.7	Erhöhungsbetrag für Rechnungsstellung bei lfd. Nr. 2.8.2.5.2 bis 2.8.2.6 (pro Rechnung)	6,75
2.8.2.8	Veterinärrechtliche Kontrollen und Überwachungstätigkeiten nach Art. 79 Abs. 2 c VO (EU) 2017/625 je angefangene Viertelstunde pro Person einschließlich Hin- und Rückfahrt	38,46
2.8.2.9	Sonstige Leistungen	
2.8.2.9.1	Amtliche Bescheinigungen für Tätigkeiten außerhalb der Gebührentatbestände unter 2.8.2.1 (insbes. Viehhändler) je Bescheinigung	10,35
2.8.2.9.2	Überwachung von Fleischsendungen aus anderen Mitgliedstaaten oder anderen Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum je angefangene Viertelstunde	38,46
2.8.2.10	Sonstige gesetzliche oder von der zuständigen Behörde angeordnete Untersuchungen und Kontrollen je angefangene Viertelstunde	38,46
2.8.2.11	Verwaltungsrechtliche Maßnahmen wie Anordnungen und Auflagen	150,00 bis 2.730,00
2.8.3	Tierschutz	
2.8.3.1	Erteilung, Erweiterung, Änderung, Versagung oder Widerruf einer Erlaubnis	125,00 bis 1.390,00
2.8.3.2	Verwaltungsrechtliche Maßnahmen wie tierschutzrechtliche Anordnungen und Belehrungen	125,00 bis 1.390,00
2.8.3.3	Genehmigung und Zulassungen nach Tierschutzrecht, je angefangene Viertelstunde	32,41
2.8.3.4	Einfuhrgenehmigung von Versuchstieren	86,00 bis 320,00
2.8.3.5	Tierschutzrechtliche Kontrollen und Überwachungstätigkeiten einschließlich Hin- und Rückfahrt gem. Art 79 Abs. 2 c VO (EU) 2017/625 (Nachkontrollen, Anlasskontrollen und Kontrollen mit Verstößen) je Viertelstunde	32,41
2.8.4	Tiergesundheit	
2.8.4.1	Verwaltungsrechtliche Maßnahmen im Bereich Tiergesundheit	76,00 bis 2.265,00
2.8.4.2	Genehmigungen, Zulassungen und Registrierungen, je angefangene Viertelstunde	38,46

2.8.4.3	Tierseuchenrechtliche Kontrollen und Überwachungstätigkeiten gem. Art 79 Abs. 2 c VO (EU) 2017/625 (Nachkontrollen, Anlasskontrollen und Kontrollen mit Verstößen)	89,00 bis 820,00
2.8.4.4	Ausstellung von Veterinärzeugnissen und Bescheinigungen für Heimtiere im Reiseverkehr	46,00 bis 190,00
2.8.4.5	Ausstellung von Veterinärzeugnissen und Bescheinigungen bei Ausfuhr und Verbringen von Zucht-, Nutz- und Versuchstieren je angefangene Viertelstunde einschließlich Hin- und Rückfahrt	38,46
2.8.5	Veterinärrechtliche Bescheinigungen und Beglaubigungen einfacher Art, die nicht die Fleischhygiene betreffen	19,00 bis 38,00
2.8.6	Für gebührenpflichtige Leistungen, die in den Ziffern 2.8.1 bis 2.8.5 nicht vorgesehen sind, werden Gebühren nach den Sätzen für vergleichbare Leistungen berechnet.	
2.9	Polizeirecht	
2.9.1	Ausnahmen nach § 15 der Polizeiverordnung zur Sicherung der öffentlichen Ordnung und gegen umweltschädliches Verhalten in der Stadt Freiburg i. Br.	82,00
2.9.2	Erteilung von Wohnungsverweisen, Rückkehr- und Annäherungsverboten und Aufenthaltsverboten	185,00 bis 1.295,00
2.9.3	Verfügungen zur Herstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung	245,00 bis 680,00
2.9.4	Prüfung von polizeirechtlich relevanten Veranstaltungen außerhalb der antragsgebundenen Fälle der Koordination und Genehmigung von Veranstaltungen nach Ziffer 2.4	72,00 bis 3.710,00
2.10	Sonn- und Feiertagsgesetz	
	Erteilung von Befreiungen von Arbeits- und Veranstaltungsverboten gem. § 12 Sonn- und FeiertagsG	165,00 bis 465,00
2.11	Sprengstoffrecht	
2.11.1	Erlaubnis nach § 7 SprengG	
2.11.1.1	Erteilung oder wesentliche Änderung einer Erlaubnis	95,00 bis 3.820,00
2.11.1.2	Erstellung jeder weiteren Ausfertigung	31,00
2.11.2	Befähigungsschein nach § 20 Abs. 1 SprengG	

2.11.2.1	Ausstellung oder wesentliche Änderung eines Befähigungsscheins	95,00 bis 555,00
2.11.2.2	Verlängerung der Geltungsdauer eines Befähigungsscheins	70,00 bis 380,00
2.11.3	Ausstellung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung nach § 21 Abs. 3 SprengG oder § 34 Abs. 2 1. SprengV	55,00 bis 285,00
2.11.4	Erlaubnis nach § 27 Abs. 1 SprengG	
2.11.4.1	Erteilung oder wesentliche Änderung der Erlaubnis	71,00 bis 380,00
2.11.4.2	Verlängerung der Geltungsdauer der Erlaubnis	71,00 bis 380,00
2.11.5	Ersatzausfertigung für in Verlust geratene Erlaubnisse und Befähigungsscheine sowie Genehmigungen nach § 17 SprengG	79,00 bis 235,00
2.11.6	Ausnahmen zum Erwerb von pyrotechnischen Gegenständen der Kategorie 2 nach § 24 Abs. 1 i. V. m. § 23 Abs. 2 1. SprengV	71,00 bis 380,00
2.11.7	Sonstige öffentliche Leistungen auf dem Gebiet des Sprengstoffrechts	47,00 bis 3.820,00
2.12	Titel, Orden und Ehrenzeichen	
	Genehmigung zum Erwerb (Sammeln von Orden und Ehrenzeichen) nach § 14 Abs. 2 des Gesetzes über Titel, Orden und Ehrenzeichen	155,00
2.13	Waffenrecht	
2.13.1	Ausnahmegenehmigung vom Mindestalter (§ 3 Abs. 3, § 27 Abs. 4 WaffG)	47,00 bis 95,00
2.13.2	Anordnung gegenüber Personen, die keine Erlaubnis für Waffenherstellung, -handel, Schießstätte benötigen (§ 9 Abs. 3 WaffG)	95,00 bis 460,00
2.13.3	Erlaubnis zum Schießen außerhalb von Schießstätten (§§ 10 Abs. 5, 16 Abs. 3 WaffG)	47,00 bis 365,00
2.13.4	Ausstellung Munitionserwerbsschein (§ 10 Abs. 3 S. 2 WaffG)	95,00
2.13.5	Waffenschein	
2.13.5.1	nach § 19 Abs. 2 WaffG für gefährdete Personen	365,00
2.13.5.2	nach § 28 Abs. 1 WaffG für Unternehmer	540,00
2.13.5.3	Eintragung einer Wachperson in den Waffenschein einer Bewachungsfirma (§ 28 Abs. 4 WaffG) oder Zustimmung nach § 28 Abs. 3 Satz 2	95,00
2.13.5.4	Verlängerung (§ 10 Abs. 4 S. 2, 2. Halbsatz, § 28 Abs. 1 WaffG, § 19 Abs. 2 WaffG)	270,00

2.13.5.5	Eintragung/Austragung von Waffen im Waffenschein, sonstige Änderungen (§ 10 Abs. 4, § 28 Abs. 1 WaffG)	95,00
2.13.5.6	Erteilung kleiner Waffenschein (§ 10 Abs. 4 S. 4 WaffG)	135,00
2.13.6	Erlaubnis zum Erwerb und Besitz von Schusswaffen oder Munition für eine Person mit gewöhnlichem Aufenthalt in anderem EU-Staat (§ 11 Abs. 1 WaffG)	95,00
2.13.7	Erlaubnis zum Erwerb von Schusswaffen oder Munition in einem EU-Staat für Person mit gewöhnlichem Aufenthalt in Deutschland (§ 11 Abs. 2 WaffG)	47,00
2.13.8	Waffenbesitzkarte	
2.13.8.1	Erteilung (außer lfd.Nr. 2.13.9.1)	115,00
2.13.8.2	Erteilung einer weiteren Waffenbesitzkarte zeitgleich	47,00
2.13.8.3	Erteilung einer Waffenbesitzkarte für mehrere Personen (§ 10 Abs. 2 WaffG)	Gebühr für die jeweilige Waffenbesitzkarte + Zuschlag von 25% pro Person
2.13.8.4	Nachträgliche Eintragung einer Mitinhaberschaft oder weiterer Berechtigter (§ 10 Abs. 2 S. 1 WaffG)	Gebühr für die jeweilige Waffenbesitzkarte
2.13.8.5	Umschreibung Waffenbesitzkarte für Sport-schützen (§ 14 Abs. 6 WaffG) oder einer Vereins-Waffenbesitzkarte nach Änderung der Aufsicht über Vereinswaffen (§ 10 Abs. 2 S. 4 WaffG)	95,00
2.13.8.6	Eintragung einer Waffe, eines Wechsellaufs o.ä., Änderung oder sonstige Eintragung in Waffenbesitzkarte, je Eintrag (§§ 10 Abs. 1 S. 1, 37a, 37g, 14 Abs. 6 WaffG bzw. Anl. 2 Abschnitt 2.1 oder 2.2)	39,00
2.13.8.7	Eintragung einer oder mehrerer ererbter Waffen (zeitgleich) in eine bereits ausgestellte Waffenbesitzkarte (§ 20 Abs. 1 WaffG)	55,00
2.13.8.8	Eintragung einer Erwerbsberechtigung (§§ 13 Abs. 2 Satz 2, 13 Abs. 3 S. 1, 14 Abs. 2 und 14 Abs. 5 WaffG)	115,00
2.13.8.9	Austrag einer Waffe oder zeitgleich mehrerer Waffen aus einer oder mehreren Waffenbesitzkarten, pro Waffenbesitzkarte (§ 37a, 37g WaffG)	39,00

2.13.8.10	Eintragung einer Munitionserwerbsberechtigung in eine Waffenbesitzkarte (§ 10 Abs. 3 S. 1 WaffG)	55,00
2.13.8.11	Eintragung eines oder zeitgleich mehrerer Blockiersysteme (§ 20 Abs. 3, § 37 Abs. 1 WaffG)	39,00
2.13.8.12	Ausnahme Einbau Blockiersystem für Waffen (§ 20 Abs. 6 WaffG)	55,00
2.13.9	Waffenbesitzkarte für Waffen- und Munitionssammler und Sachverständige (§§ 17 Abs. 2, 18 Abs. 2 WaffG)	
2.13.9.1	Erteilung	285,00 bis 890,00
2.13.9.2	Umschreibung wegen Änderung des Sammelthemas	270,00
2.13.10	Waffenhandel, Waffenherstellung	
2.13.10.1	Erlaubnis zur Herstellung, Bearbeitung oder Instandsetzung von Schusswaffen oder Munition (§ 21 Abs. 1 WaffG)	475,00 bis 3.180,00
2.13.10.2	Erlaubnis zum Handel mit Schusswaffen oder Munition (§ 21 Abs. 1 WaffG)	475,00 bis 3.180,00
2.13.10.3	Stellvertretererlaubnis für Waffengewerbe (§ 21a WaffG)	115,00 bis 795,00
2.13.10.4	Bewilligung von Änderungen und Fristverlängerungen (§ 21 Abs. 5 WaffG)	115,00 bis 795,00
2.13.10.5	Erlaubnis zum nicht gewerbsmäßigen Herstellen, Bearbeiten oder Instandsetzen von Schusswaffen (§ 26 Abs. 1 WaffG)	140,00 bis 1.080,00
2.13.10.6	Überprüfung Waffenhandelsbücher (§ 60a WaffG)	95,00 bis 905,00
2.13.11	Anordnung der Kennzeichenanbringung auf Schusswaffe (§ 25a WaffG)	95,00 bis 460,00
2.13.12	Schießstätten	
2.13.12.1	Erlaubnis zum Betrieb/Änderung einer Schießstätte einschl. Abnahmeprüfung (§ 27 Abs. 1, § 27a Abs. 1 WaffG)	190,00 bis 2.160,00
2.13.12.2	Regel- und Sonderprüfungen von Schießstätten (§ 27a WaffG)	95,00 bis 905,00 zzgl. Auslagen für Aufwendungen von Sachverständigen
2.13.12.3	Ausnahmen von Beschränkungen für Schießübungen auf Schießstätten (§ 9 Abs. 2 AWaffV)	95,00 bis 460,00

2.13.12.4	Untersagung der Ausübung der Aufsicht beim Schießen (§ 10 Abs. 4 AWaffV)	190,00 bis 905,00
2.13.13	Zulassung von Ausnahmen bei der Aufbewahrung von Waffen (§ 13 Abs. 4 und 5 AWaffV)	47,00 bis 460,00
2.13.14	Erlaubnis/Zustimmung zum Verbringen oder zur Mitnahme von Waffen (§§ 29, 32 WaffG)	47,00
2.13.15	Erlaubnis zum Verbringen von erlaubnispflichtigen Waffen/Munition durch einen Waffenhersteller oder -händler zu einem Waffenhersteller/-händler eines anderen EU-Staates oder Drittstaates (§ 30 WaffG)	125,00
2.13.16	Europäischer Waffenpass (EFP, § 32 Abs. 6 WaffG)	
2.13.16.1	Ausstellung	95,00
2.13.16.2	Verlängerung der Geltungsdauer	39,00
2.13.16.3	Verlängerung der Geltungsdauer der Einzelgenehmigung im Feld 4 des EFP	39,00
2.13.16.4	Eintrag/Austrag einer oder mehrerer Waffen zeitgleich aus einem bzw. in einen EFP	27,00
2.13.16.5	Änderung einer sonstigen Eintragung im EFP	27,00
2.13.17	Erteilung sonstiger waffenrechtlicher Erlaubnisse oder Anordnungen oder Anzeigebescheinigungen (z.B. §§ 9 Abs. 1 und 2, 12 Abs. 5, 16 Abs. 2, 35 Abs. 3, 36 Abs. 6, 37 c, 37 h, 39 Abs. 3, 42 Abs. 2 WaffG, §§ 23 Abs. 2, 25 Abs. 1 S. 1 AWaffV)	39,00 bis 905,00
2.13.18	Ausstellung einer Ersatzausfertigung für eine in Verlust geratene waffenrechtliche Erlaubnis, Anzeigenbescheinigung etc.	Gebühr in Höhe der Gebühr für die jeweilige waffenrechtliche Erlaubnis
2.13.19	Versagung waffenrechtlicher Erlaubnisse wegen fehlender Voraussetzungen (§ 4 WaffG)	190,00 bis 905,00
2.13.20	Ablehnung einer Anzeigebescheinigung (§ 37 h Abs. 1 WaffG)	47,00
2.13.21	Rücknahme, Widerruf waffenrechtlicher Erlaubnisse (§ 45 WaffG)	190,00 bis 905,00
2.13.22	Festsetzung eines unbefristeten Waffenbesitzverbotes (§ 41 Abs. 1 und 2 WaffG)	180,00 bis 540,00

2.13.23	Anordnung zur Unbrauchbarmachung, Abgabe oder Sicherstellung eines oder mehrerer Gegenstände nach Widerruf, Rücknahme von Erlaubnissen, Waffenbesitzverbot (§ 46 WaffG) oder verbotener Gegenstände (§ 40 Abs. 5 WaffG) oder zur Einziehung (§ 46 Abs. 5 WaffG)	95,00 bis 460,00
2.13.24	Anerkennung eines Lehrgangsanbieters, Anerkennung von Lehrgängen (§ 3 Abs. 2 und 3 AWaffV)	380,00 bis 1.335,00
2.13.25	Waffenrechtliche Unbedenklichkeitsbescheinigung (§ 4 WaffG)	63,00
2.13.26	Vor-Ort-Kontrolle nach § 36 Abs. 3 WaffG	
2.13.26.1	Überprüfung der sicheren Aufbewahrung von Schusswaffen und Munition	61,00 bis 660,00
2.13.26.2	Nachkontrolle nach vorhergehender Beanstandung	61,00 bis 465,00
2.13.26.3	Erfolgloser Kontrollversuch trotz Terminvereinbarung	87,00
2.13.26.4	Erfolgloser Kontrollversuch bei Verweigerung der unangemeldeten Kontrolle	87,00
2.14	Prostituiertenschutzgesetz	
2.14.1	Erlaubnis für ein Prostitutionsgewerbe (§ 12 Prostituiertenschutzgesetz)	775,00 bis 5.180,00
2.14.2	Stellvertretererlaubnis (§ 13 Prostituiertenschutzgesetz)	255,00 bis 1.550,00
2.14.3	Regelüberprüfung der Zuverlässigkeit im Prostitutionsgewerbe (§ 15. Abs. 3 Prostituiertenschutzgesetz)	100,00 bis 515,00
3.	Amt für Schule und Bildung	
3.1	Ausdrucken von im PC gespeicherten Zeugnissen oder Kopieren der Originalzeugnisse über das schuleigene Kopiergerät	5,50
3.2	Ersatzausstellung für einen Schüler*innenausweis	6,30
3.3	Bearbeitungsgebühr bei vorzeitigem Austritt aus den öffentlichen Fachschulen der Stadt Freiburg i.Br.	55,70

4.	Baurechtsamt	
4.1	Allgemeines	
4.1.1	Berechnung der Gebühren	
4.1.1.1	<p>Ist im Zusammenhang mit einer baurechtlichen Entscheidung auch eine weitere Entscheidung zu treffen, z.B. nach</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wasserrecht - Straßenrecht - Naturschutzrecht - Denkmalschutz - Sanierungssatzung - Betriebssicherheitsverordnung - Milieuschutz <p>so sind die dafür entstehenden Kosten mit zu erheben.</p>	
4.1.1.2	<p>Soweit die Gebühren nach den Baukosten berechnet werden (Ifd. Nrn. 4.4.1, 4.4.2, 4.4.6, 4.5.1, 4.9.1) ist von den Kosten nach DIN 276 Teil 4 Kostengliederung Nrn. 300 - 469 (Ausgabe Dezember 2008) auszugehen, die am Ort der Bauausführung im Zeitpunkt der Erteilung der Genehmigung zur Erstellung des Vorhabens erforderlich sind, einschließlich des Wertes etwaiger Eigenleistungen (Material- und Arbeitsleistungen). Die Baukosten sind auf 1.000 EUR aufzurunden. Zu den Baukosten gehört die auf diese Kosten entfallende Umsatzsteuer.</p>	
4.1.2	Gebührenerhöhung	
4.1.2.1	<p>Bei der Prüfung von Bauvorlagen einschließlich der erforderlichen örtlichen Überprüfungen für ohne Baugenehmigung ausgeführte genehmigungs- oder zustimmungsbedürftige bauliche Anlagen, fällt bei nachträglicher Genehmigung oder bei nachträglicher Erteilung einer erforderlichen Befreiung, Ausnahme oder Abweichung in einem selbstständigen Verfahren das Dreifache der Gebühr nach Ziff. 4.4, 4.7.1 und 4.8 an.</p>	
4.1.2.2	<p>Bei der Prüfung von Bauvorlagen einschließlich der erforderlichen örtlichen Überprüfungen für ohne Baugenehmigung ausgeführte Nutzungsänderungen fällt bei nachträglicher Genehmigung maximal das Zweifache der Gebühr nach Ziff. 3.4.3 an.</p>	
4.2	Erteilung einer Abgeschlossenheitsbescheinigung (§ 7 Abs. 4 Nr. 2 und § 32 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 WEG)	

4.2.1	für 5 Sonder- bzw. Teileigentumseinheiten	210,04
4.2.2	für jeweils bis zu 5 weiteren Teileigentumseinheiten	26,26
4.2.3	bei Nachträgen für je 2 geänderte Sonder- bzw. Teileigentumseinheiten	105,02
4.2.4	Mit jeder Bescheinigung nach den Ziffern 4.2.1 – 4.2.3 sind 5 Ausfertigungen abgegolten, für jede weitere Mehrfertigung	26,26
4.3	Kenntnisgabeverfahren (§ 51 LBO) und Teilung von Grundstücken (§ 8 LBO)	
4.3.1	Kenntnisgabeverfahren (§ 51 LBO)	420,08
4.3.2	Teilung von Grundstücken (§ 8 LBO)	157,53
4.4	Baugenehmigung (§ 58 LBO), Genehmigung nach dem vereinfachten Verfahren (§ 52 LBO) und Zustimmung (§ 70 LBO)	
4.4.1	Genehmigung von Anlagen und Einrichtungen (§ 49 Abs. 1 LBO), wenn der Gebührenberechnung Baukosten zugrunde gelegt werden können	7,0 v. T. der Baukosten, mindestens 525,10
4.4.2	Genehmigung nach dem vereinfachten Verfahren (§ 52 LBO)	5,0 v.T. der Baukosten, mindestens 420,08
4.4.3	Genehmigung, wenn der Gebührenberechnung Baukosten nicht zugrunde gelegt werden können	525,10 bis 8.401,60
4.4.4	Genehmigungsfiktion nach § 54 Abs. 5 LBO	4,0 v.T. der Baukosten, mindestens 315,06
4.4.5	Verlängerung der Geltungsdauer einer Baugenehmigung (pro Genehmigung)	315,06 bis 4.200,80
4.4.6	Genehmigung einer Werbeanlage (z.B. Schild, Transparent, Schriftzug (Einzelbuchstaben), Fahne und dgl.)	52,51 bis 1575,30
4.4.7	Erteilung einer Zustimmung nach § 70 Abs. 1 LBO	5,0 v.T. der Baukosten, mindestens 420,08
4.4.8	Rücknahme eines unvollständigen Antrags oder Zurückweisung wegen Unvollständigkeit	315,06
4.5	Erteilung eines Bauvorbescheids § 57 LBO	
4.5.1	wenn der Gebührenberechnung Baukosten zugrunde gelegt werden können	4,0 v. T. der Baukosten, mindestens 420,04

4.5.2	wenn der Gebührenberechnung Baukosten nicht zugrunde gelegt werden können	420,08 bis 8.401,60
4.5.3	„unechter Bauvorbescheid“ bei verfahrensfreien Vorhaben (§ 50 Abs. 5 Satz 2 LBO)	315,06 bis 8.401,60
4.5.4	Verlängerung der Geltungsdauer eines Bauvorbescheids (pro Bescheid)	315,06 bis 4.200,80
4.5.5	Rücknahme eines unvollständigen Antrags oder Zurückweisung wegen Unvollständigkeit	315,06
4.6	Bearbeitung einer Baulasterklärung (§ 71 LBO)	262,55 bis 1575,30
4.7	Abweichung, Ausnahmen und Befreiungen von baurechtlichen Vorschriften und Festsetzungen eines Bebauungsplans	
4.7.1	Bearbeitung eines eigenständigen Verfahrens bei ansonsten verfahrensfreien Vorhaben	315,06
4.7.2	Je Abweichung / Ausnahme / Befreiung	105,02 bis 6.000,00
4.8	Anordnungen im Rahmen des Bauordnungsrechts	420,08 bis 8.401,60
4.9	Bauüberwachung, Bauabnahmen und sonstige Baukontrollen, Gebrauchsabnahmen fliegender Bauten	
4.9.1	Für die Bauüberwachung (§ 66 LBO) und bis zu zwei Abnahmen (§ 67 LBO)	0,8 v.T. der Baukosten, mindestens 420,08
4.9.2	Für jede weitere Bauabnahme, sonstige Bauüberwachung, Gebrauchsabnahme fliegender Bauten außerhalb von Genehmigungsverfahren	105,02 bis 7.876,50
4.10	Brandverhütungsschau vor Ort einschließlich Vor- und Nachbereitung; Nachschau und weitere Verfahrensschritte	315,06 bis 4.200,80
4.11	Schornsteinfegerwesen	
4.11.1	Bestellung als bevollmächtigter Bezirksschornsteinfeger nach § 10 SchfHwG	735,14
4.11.2	Wiederbestellung als bevollmächtigter Bezirksschornsteinfeger nach § 10 SchfHwG	315,06
4.11.3	Aufhebung der Bestellung nach § 12 SchfHwG	315,06
4.11.4	Einziehung der Gebühr nach § 20 Abs. 1 SchfHwG	262,55
4.11.5	Zweitbescheid nach § 25 Abs. 2 SchfHwG	315,06

4.11.6	Mängelbeseitigung nach § 5 SchfHwG i. V. m. § 47 LBO	315,06 bis 1.050,20
4.12	Denkmalschutz	
4.12.1	Erteilung einer Bescheinigung nach §§ 7 i, 10 f, 10 g, 11 b Einkommensteuergesetz zur Inanspruchnahme einer Steuerbegünstigung zu Herstellungs- und Anschaffungskosten sowie zur Absetzung von Erhaltungsaufwand bei Baudenkmalen	
	bei bescheinigten Aufwendungen	
4.12.1.1	bis 2.500 EUR	120,00
4.12.1.2	bis 25.000 EUR	240,00
4.12.1.3	bis 50.000 EUR	360,00
4.12.1.4	bis 250.000 EUR	480,00
4.12.1.5	bis 500.000 EUR	960,00
4.12.1.6	je weitere 500.000 EUR	240,00
4.12.2	Denkmalschutzrechtliche Entscheidung (§ 7 DSchG)	157,50 bis 4.200,00
4.12.3	Rücknahme eines unvollständigen Antrags oder Zurückweisung wegen Unvollständigkeit	78,75
4.12.4	Denkmalrechtliche Genehmigung von Balkonsolaranlagen pro Balkonsolaranlage	50,00
5.	Forstamt	
5.1	Forstverwaltung - Landeswaldgesetz	
5.1.1	Genehmigung zur Beseitigung eines Baumbestandes für betriebliche Einrichtungen (§ 9 Abs. 7 LWaldG)	82,00 bis 218,00
5.1.2	Genehmigung von Kahlhieben > 1 ha (§ 15 Abs. 3 LWaldG)	109,00 bis 437,00
5.1.3	Genehmigung der Nutzung hiebsunreifer Bestände (§ 16 Abs. 1 und 3 LWaldG)	109,00 bis 437,00
5.1.4	Verlängerung der Wiederaufforstungsfrist (§ 17 Abs. 1 und 3 LWaldG)	54,00 bis 437,00
5.1.5	Genehmigung zur Teilung von Waldgrundstücken (§ 24 Abs. 1 LWaldG)	82,00 bis 437,00
5.1.6	Bescheinigung über die Nichtausübung des Vorkaufsrechts (Negativattest) gem. § 25 LWaldG)	82,00 bis 437,00
5.1.7	Verpflichtung zur Duldung der Anlage eines Weges (§ 28 Abs. 1 LWaldG)	82,00 bis 656,00

5.1.8	Genehmigung zur Errichtung oder Erweiterung eines Geheges im Wald (§ 34 Abs. 1 LWaldG)	82,00 bis 1.531,00
5.1.9	Genehmigung organisierter Veranstaltungen (§ 37 Abs. 2 LWaldG)	27,00 bis 1.093,00
5.1.10	Genehmigung zur Kennzeichnung neuer Wanderwege (§ 37 Abs. 5 LWaldG)	82,00 bis 437,00
5.1.11	Anordnung der Beseitigung eines Zaunes (§ 37 Abs. 7 LWaldG)	54,00 bis 546,00
5.1.12	Genehmigung der Sperrung von Wald (§ 38 Abs. 1 und 2 LWaldG)	54,00 bis 546,00
5.1.13	Genehmigung organisierter Veranstaltungen zum Sammeln der in § 40 LWaldG genannten Walderzeugnisse	54,00 bis 437,00
5.1.14	Genehmigung zum Anzünden von Feuer, zur Verwendung von offenem Licht, zum flächenweisen Abbrennen von Bodendecken, Pflanzen oder Pflanzenresten, für Anlagen, die mit der Errichtung oder dem Betrieb einer Feuerstätte verbunden sind, im Abstand von weniger als 100 m vom Wald (§ 41 Abs. 1 LWaldG)	54,00 bis 437,00
5.1.15	Forstaufsichtliche Anordnungen (§ 68 Abs. 1 LWaldG)	54,00 bis 874,00
5.1.16	Verpflichtung von Privatforstbediensteten als Forstschutzbeauftragte (§ 80 Abs. 1 und 2 LWaldG)	27,00 bis 437,00
5.1.17	Sonstige Aufgaben der unteren Forstbehörde je Stunde	27,00 bis 1.093,00
5.2	Kreisjagdamt	
5.2.1	Jagdscheine	
5.2.1.1	Einjahresjagdschein	70,00 zzgl. Jagdabgabe
5.2.1.2	Dreijahresjagdschein	140,00 zzgl. Jagdabgabe
5.2.1.3	Tagesjagdschein	41,00 zzgl. Jagdabgabe
5.2.1.4	Jugendjagdschein	41,00 zzgl. Jagdabgabe

5.2.1.5	Zweitfertigung Jagdschein	41,00
	Anmerkung zu Lfd.Nrn. 5.2.1.1 und 5.2.1.2: Die Gebühr für den Jahresjagdschein und den Dreijahresjagdschein ist unabhängig vom Zeitpunkt der Ausstellung in voller Höhe zu entrichten.	
5.2.1.6	Von der Entrichtung der Jagdscheingebühr sind befreit:	
5.2.1.6.1	Kommunale und staatliche Forstbedienstete, soweit Jagd zu den Dienstaufgaben zählt und Personen, die sich in einer forstlichen Ausbildung befinden (Bescheinigung des Dienstherrn ist erforderlich)	gebührenfrei
5.2.1.6.2	Privatforstbeamte und forstliche Angestellte, die jagdliche Aufgabe erfüllen	gebührenfrei
5.2.1.6.3	Wildtierschützer nach § 48 JWMG, die ihre Tätigkeit hauptberuflich ausüben und ihren Lebensunterhalt für sich und ihre Angehörigen überwiegend aus den Einkünften dieser Tätigkeit bestreiten, und Personen, die sich in der für Berufsjäger vorgeschriebenen Berufsausbildung befinden.	gebührenfrei
5.2.1.7	Versagung eines Jagdscheins (§ 17 BJagdG)	54,00 bis 437,00
5.2.1.8	Einziehung eines Jagdscheins (§ 18 BJagdG)	54,00 bis 874,00
5.2.2	Jagd	
5.2.2.1	Fallensachkundennachweis (§ 32 Abs. 4 JWMG, § 7 JWMG)	109,00
5.2.2.2	Genehmigung zur Jagdausübung im befriedeten Bezirk (§ 13 Abs. 4 JWMG)	54,00 bis 218,00
5.2.2.3	Anerkennung als Wildtierschützer*in (§ 48 Abs. 2 JWMG)	109,00
5.2.2.4	Sonstige Aufgaben der unteren Jagdbehörde	27,00 bis 1.093,00
6.	Kulturamt	
	Ausstellung einer Bescheinigung über die Befreiung von der Umsatzsteuer gem. § 4 Nr. 20 und Nr. 21 des Umsatzsteuergesetzes	70,00
7.	Standesamt	
7.1	Bestattungswesen	
7.1.1	Ausstellung einer Feuerbestattungserlaubnis (§ 35 Abs. 1 BestattG, § 16 BestattVO)	24,50
7.1.2	Ausstellung eines Leichenpasses (§ 44 BestattG, § 28 BestattVO)	33,00

7.1.3	Erlaubnis zur Urnenbeisetzung an anderen Orten, z.B. Seebestattungen (§ 33 Abs. 1, 3 BestattG, § 25 Abs. 2, 3 BestattVO)	82,50
7.1.4	Erlaubnis zur Ausgrabung von Leichen und Aschen z.B. für Umbettungen oder Tieferlegungen (§ 41 BestattG, § 35 BestattVO)	
7.1.4.1	nach Ablauf der Ruhezeit (über 15 Jahre)	82,50
7.1.4.2	während der Ruhezeit (nach 5 Jahren, aber vor Ablauf von 15 Jahren)	157,00
7.1.4.3	während der Ruhezeit (vor Ablauf von 5 Jahren)	282,00
7.1.5	Erlaubnis zur Aufbahrung von Leichen (§ 13 Abs. 2 BestattVO)	82,50
7.2	Namensänderung	
7.2.1	Änderung eines Familiennamens	235,00 bis 1.593,00
7.2.2	Änderung eines Vornamens	198,00 bis 996,00
7.2.3	Nachträglich ausgefertigte Abschrift einer Namensänderungsurkunde	24,50
7.3	Personenstandsangelegenheiten: In Personenstandsangelegenheiten werden ansonsten Gebühren nach der Verordnung des Innenministeriums zur Durchführung des Personenstandsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung erhoben.	
8.	Standesamt Freiburg-Ebnet	
	Trauung Schloss Ebnet: Gartensaal, Fläche vor Freitreppe oder Steinkreis (zzgl. der Gebühren nach Ifd.Nr. 7.3)	413,00 (inkl. Miete für die Kapelle)
9.	Standesamt Freiburg-Hochdorf	
9.1	Trauung im Kastaniengarten (Grundbetrag) (zzgl. der Gebühren nach Ifd.Nr. 7.3)	58,66
9.2	Aufbau Mikrofonanlage	13,04
9.3	Längere Verweildauer im Garten pro angefangene 10 Min.	13,04
10.	Standesamt Freiburg-Lehen	
	Trauung im Lehener Türmle (zzgl. der Gebühren nach Ifd. Nr. 7.3)	238,00 (inkl. Miete für das Türmle)

11.	Standesamt Freiburg-Munzingen	
	Trauung auf der Freifläche auf dem Wasserhochbehälter (zzgl. der Gebühren nach Ifd. Nr. 7.3)	68,00
12.	Standesamt Freiburg-Opfingen	
	Trauung am Opfinger See (zzgl. der Gebühren nach Ifd.Nr. 7.3)	220,00
13.	Standesamt Freiburg-Tiengen	
13.1	Trauung am Reutemattensee ohne Eigenleistung (zzgl. der Gebühren nach Ifd.Nr. 7.3)	127,00
13.2	Trauung am Reutemattensee mit Eigenleistung (zzgl. der Gebühren nach Ifd.Nr. 7.3)	37,00
13.3	Trauung im Tuniberghaus (zzgl. der Gebühren nach Ifd.Nr. 7.3)	71,00
13.4	Trauung im Gewölbekeller der Kulturvogtei (zzgl. der Gebühren nach Ifd.Nr. 7.3)	178,00
14.	Standesamt Freiburg-Waltershofen	
	Trauung auf dem ehemaligen Wasserreservoir (zzgl. der Gebühren nach Ifd.Nr. 7.3)	70,00
15.	Umweltschutzamt	
15.1	Abfall- und Altlastenrecht	
15.1.1	Anordnung und sonstige Entscheidungen zur Durchführung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen in der jeweils geltenden Fassung	52,79 bis 6.334,20
15.1.2	Entscheidungen bei Anzeigen gemeinnütziger und gewerblicher Sammlungen nach § 18 KrWG	52,79 bis 686,21
15.1.3	Bestätigung einer Anzeige für Sammler, Beförderer, Händler und Makler von Abfällen nach § 53 KrWG	52,79 bis 686,21
15.1.4	Erteilung/Änderung einer Erlaubnis für das Sammeln, Befördern, Handeln und Makeln von gefährlichen Abfällen nach § 54 KrWG	79,18 bis 1.689,12
15.1.5	Anordnung zur Untersuchung von Altlasten / schädlichen Bodenveränderungen (SBV) (§ 9 Abs. 1 und Abs. 2 BBodSchG, § 1 Abs. 2, § 4 LBodSchAG)	158,36 bis 4.222,80

15.1.6	Anordnung zur Abwehr SBV und zur Sanierung von Altlasten / SBV (§ 10 Abs. 1 i. V. m. § 4 Abs. 3 BBodSchG, § 1 Abs. 2 LBodSchAG)	211,14 bis 6.334,20
15.1.7	Anordnung zur Überwachung von Altlasten / SBV (§§ 15, 16 BBodSchG, § 1 Abs. 2, § 4 LBodSchAG)	158,36 bis 4.222,80
15.1.8	Anordnung einer Sanierungsuntersuchung, eines Sanierungsplans (SP); Erlass einer Verbindlichkeitserklärung eines SP oder Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrags jeweils bei Altlast / SBV (§ 13 BBodSchG, § 1 Abs. 2, § 4 LBodSchAG)	686,21 bis 131.751,36
15.1.9	Sonstige Anordnungen (§ 10 BBodSchG auch i. V. m. nach BBodSchG erlassenen Rechtsvorschriften)	105,57 bis 2.639,25
15.2	Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit	
15.2.1	Sozialer Arbeitsschutz	
15.2.1.1	Anordnungen, Genehmigungen, Ausnahmebewilligungen, Zulassungen oder Erlaubnisse nach dem Arbeitszeitgesetz (ArbZG), dem Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG) und der Kinderarbeitsschutzverordnung (KinArbSchV) sowie dem Fahrpersonalgesetz (FPersG)	105,57 bis 6.334,20
15.2.1.2	Ausnahmebewilligung nach § 13 Abs. 3 ArbZG	105,57 bis 3.378,24
15.2.1.3	Ausnahmebewilligung nach § 13 Abs. 4 und 5 ArbZG	105,57 bis 4.222,80
15.2.1.4	Ausnahmebewilligung nach § 15 Abs. 1 und 2 ArbZG	105,57 bis 1.689,12
15.2.1.5	Ausnahmebewilligungen nach § 6 i. V. m. § 54 JArbSchG	105,57 bis 1.689,12
15.2.2	Technischer Arbeitsschutz	
15.2.2.1	Anordnungen, Genehmigungen, Ausnahmebewilligungen, Zulassungen oder Erlaubnisse nach dem Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG), dem Geräte- und Produktsicherheitsgesetz (GPSG), dem Chemikaliengesetz (ChemG), dem Gefahrgutbeförderungsgesetz (GGBefG), dem Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG) und dem Sprengstoffgesetz (SprenG) sowie nach den jeweils dazu erlassenen Verordnungen, sofern nicht gesondert geregelt	105,57 bis 9.501,30
15.2.2.2	Erlaubnis nach § 18 Betriebssicherheitsverordnung (BetrSichV)	

15.2.2.2.1	bei Errichtungskosten der Anlage bis 500.000 EUR	4 v.T. der Kosten, mind. 422,28
15.2.2.2.2	bei Errichtungskosten der Anlage bis 5.000.000 EUR	3 v.T. der Kosten, mind. 2.744,82
15.2.2.2.3	bei Errichtungskosten der Anlage über 5.000.000 EUR	20.058,30 zzgl. 1 v.T. des die 5.000.000 übersteigenden Betrages
	Anmerkungen zu lfd. Nr. 15.2.2.2:	
	1. Bei einer Berechnung der Kosten kommen nur diejenigen Teile der Anlage in Betracht, auf die sich die Erlaubnis erstreckt. Der Wert der Grundfläche sowie die Kosten von dazugehörigen Hochbauten werden nicht berücksichtigt.	
	2. Erstreckt sich das Verfahren zugleich auf andere behördliche Entscheidungen, so sind zusätzlich die hierfür vorgesehenen Gebühren zu erheben.	
	3. Werden für die Errichtung und den Betrieb je eine getrennte Erlaubnis erteilt, so sind anzusetzen <ul style="list-style-type: none"> - für die Erlaubnis zur Errichtung - für die Erlaubnis zum Betrieb 	75 v.H. der vorstehenden Beträge 50 v.H. der vorstehenden Beträge
	4. Bei Erlaubnissen mit besonders erhöhtem Bearbeitungsaufwand kann die Gebühr um bis zur Hälfte der errechneten Gebühr erhöht werden.	
15.3	Immissionsschutzrecht	
15.3.1	Genehmigung im <u>förmlichen</u> Verfahren nach § 4 Abs. 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) i. V. m. der 4. BImSchV	686,21 bis 66.509,10
15.3.2	Genehmigung im vereinfachten Verfahren nach § 4 Abs. 1, § 19 BImSchG i. V. m. der 4. BImSchV	131,96 bis 66.509,10
15.3.3	Änderungsgenehmigung nach § 16 BImSchG i.V. mit der 4. BImSchV	131,96 bis 66.509,10

15.3.4	Teilgenehmigung nach § 8 BImSchG	131,96 bis 66.509,10
15.3.5	Vorbescheid nach § 9 BImSchG	131,96 bis 66.509,10
15.3.6	Zulassung vorzeitigen Beginns nach § 8 a BImSchG	131,96 bis 39.588,75
15.3.7	Fristverlängerung nach § 18 Abs. 3 BImSchG	131,96 bis 39.588,75
15.3.8	Zusätzliches Verfahren nach § 6 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) oder § 7 UVPG (Vorprüfung des Einzelfalles)	79,18 bis 66.509,10
15.3.9	Genehmigung von Versuchsanlagen nach § 2 Abs. 3 Satz 1 der 4. BImSchV	131,96 bis 39.588,75
15.3.10	Bearbeitung einer Anzeige nach §§ 15, 67 BImSchG	131,96 bis 39.588,75
15.3.11	Nachträgliche Anordnung nach § 17 BImSchG	131,96 bis 39.588,75
15.3.12	Anordnung nach §§ 20, 21, 24 oder 25 BImSchG	79,18 bis 13.196,25
15.3.13	Messanordnung nach §§ 26, 28, 29 oder 29a BImSchG	79,18 bis 13.196,25
15.3.14	Überwachung nach § 52 BImSchG	79,18 bis 13.196,25
15.3.15	Anordnungen und sonstige Entscheidungen zur Durchführung des BImSchG und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsvorschriften	52,79 bis 6.334,20
	Anmerkungen:	
	Die Kosten für die in den immissionsschutzrechtlichen Bestimmungen vorgeschriebenen Bekanntmachungen werden neben der Verwaltungsgebühr als Auslagen erhoben.	
	Erstreckt sich das Verfahren zugleich auf andere behördliche Entscheidungen (§ 13 BImSchG), so sind zusätzlich die hierfür vorgesehenen Gebühren zu erheben.	

15.4	Naturschutzrecht	
15.4.1	Zulassung von Eingriffen in Natur und Landschaft nach § 15 im Rahmen einer Gestattung nach § 17 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) (Stellungnahmen des Umweltschutzamtes für Entscheidungen anderer Behörden) sowie eigenständige Genehmigungen nach § 17 Abs. 3 BNatSchG	48,40 bis 5.808,00
15.4.2	Genehmigung von Veränderungen der Bodengestalt (u. a. Abbauvorhaben, Abgrabungen, Aufschüttungen, Auffüllen von Bodenvertiefungen) nach § 19 Abs. 1 Naturschutzgesetz (NatSchG) einschließlich deren Verlängerung nach § 19 Abs. 6 NatSchG	48,40 bis 13.552,00
15.4.3	Entscheidungen nach §§ 3 Abs. 2, 17 Abs. 8 und 9, 34 Abs. 3, 42 Abs. 2, 43 Abs. 3 BNatSchG und §§ 19 Abs. 5, 46 Abs. 5 NatSchG	96,80 bis 2.323,20
15.4.4	Untersagungen nach §§ 35 Abs. 4 und 44 Abs. 5 NatSchG	96,80 bis 2.323,20
15.4.5	Erteilung von Erlaubnissen und Befreiungen in Rechtsverordnungen nach §§ 23 - 29 BNatSchG	48,40 bis 2.323,20
15.4.6	Ausnahmen nach §§ 30 Abs. 3, 45 Abs. 7, 61 Abs. 3 BNatSchG und Befreiungen nach § 67 BNatSchG	48,40 bis 3.872,00
	Anmerkungen zu lfd. Nrn. 15.4.1 - 15.4.6:	
	Amtshandlungen, die im Zusammenhang mit der ehrenamtlichen Tätigkeit auf dem Gebiet des Naturschutzes erforderlich werden.	gebührenfrei
	Die Erteilung von Befreiungen, Erlaubnissen und Zulassung von Ausnahmen, soweit diese Forschungs- und Lehrzwecken dienen.	gebührenfrei
	Die Erteilung von Erlaubnissen, Ausnahmen oder Befreiungen an Land- und Forstwirte nach §§ 23 - 29 BNatSchG.	gebührenfrei
15.4.7	Genehmigungen nach § 39 Abs. 4 BNatSchG zum Sammeln für gewerbliche Zwecke	24,20 bis 774,40
15.4.8	Beschlagnahmen und Einziehungen nach § 47 BNatSchG	96,80 bis 2.323,20
15.4.9	Widerrufliche oder befristete Zulassung von Werbeanlagen, Himmelsstrahlern und Einrichtungen ähnlicher Wirkung sowie Ausnahmen zur Fassadenbeleuchtung nach § 21 NatSchG	96,80 bis 2.323,20
15.4.10	Bescheinigungen zum Vorkaufsrecht nach § 66 BNatSchG i. V. m. § 53 NatSchG	48,40 bis 2.323,20

15.4.11	Zustimmung zur Aufnahme einer Ökokonto-Maßnahme in das Ökokonto-Verzeichnis; §§ 3, 4 ÖKVO	96,80 bis 3.872,00
15.4.12	Weitergabe von Unterlagen und Daten der Biotopkartierung (§ 30 BNatSchG) und sonstiger Kartierungen	8,07 bis 774,40
	<ul style="list-style-type: none"> Fotokopien, soweit sie nicht nach § 3 Abs. 1 Nr. 6 gebührenfrei sind <ul style="list-style-type: none"> von Schutzgebietskarten (NSG, LSG, NATURA 2000 etc.) von Verordnungstexten bzw. Gebietsinformationen von Auszügen aus dem Naturdenkmalbuch. 	
	Anmerkung zu lfd. Nr. 15.4.12: Es können nur bestimmte Formate angeboten werden; zusätzlicher Bearbeitungsaufwand wegen komplexer Datenselektion oder Zusatzanforderungen bei den Datenformaten wird nach Aufwand abgerechnet.	
15.5	Wasserrecht	
15.5.1	Erlaubnis für die Benutzung eines Gewässers (§§ 8, 9, 13 Wasserhaushaltsgesetz (WHG), § 14 Wassergesetz (WG))	158,36 bis 8.445,60
15.5.2	Gehobene Erlaubnis für die Benutzung eines Gewässers (§§ 8, 9, 15 WHG, 14 WG)	844,56 bis 10.557,00
15.5.3	Bewilligung für die Benutzung eines Gewässers (§§ 8, 9, 15 WHG, § 14 WG)	950,13 bis 10.557,00
15.5.4	Genehmigung von Abwasseranlagen (§ 60 Abs. 3 WHG, § 48 WG)	158,36 bis 8.445,60
15.5.5	Erlaubnis für Anlagen in, an, über, unter oberirdischen Gewässern (§ 28 WG)	211,14 bis 4.222,80
15.5.6	Ausnahmegenehmigung für bauliche Anlagen im Überschwemmungsgebiet (§ 78 Abs. 5 WHG)	211,14 bis 6.334,20
15.5.7	Ausnahmegenehmigung von sonstigen Schutzvorschriften im Überschwemmungsgebiet (§ 78a Abs. 2 WHG)	211,14 bis 6.334,20
15.5.8	Festsetzung von Wasserschutz- und Quellschutzgebieten (§§ 51, 53 WHG)	1.055,70 bis 8.973,45
15.5.9	Befreiung von Verboten in Wasserschutz- und Quellschutzgebieten (§ 52 WHG i. V. m. der jeweiligen Schutzgebietsverordnung)	211,14 bis 6.334,20

15.5.10	Planfeststellung für Gewässerausbau, Deich- und Dammbauten (§ 67 Abs. 2, 68 Abs. 1 WHG)	844,56 bis 12.070,17
15.5.11	Plangenehmigung für Gewässerausbau, Deich- und Dammbauten (§§ 67 Abs. 2, 68 Abs. 2 WHG)	527,85 bis 12.070,17
15.5.12	Zulassung des vorzeitigen Beginns (§§ 17, 69 Abs. 2 WHG)	105,57 bis 3.167,10
15.5.13	Maßnahmen im Rahmen der Gewässeraufsicht mit/ohne Anordnungen (§ 100 Abs. 1 WHG)	105,57 bis 12.070,17
15.5.14	Maßnahmen im Zusammenhang mit alten Rechten bzw. alten Befugnissen (§§ 20 Abs. 2 WHG, 15 WG)	105,57 bis 2.639,25
15.5.15	Befreiung von Verboten innerhalb des Gewässer- randstreifens (§ 38 Abs. 5 WHG, § 29 Abs. 4 WG)	105,57 bis 2.639,25
15.5.16	Anzeigebestätigungen gem. §§ 40, 41 AwSV	105,57 bis 2.639,25
	Anmerkung zu lfd. Nr. 15.5.6 und 15.5.15: Ist im Zusammenhang mit einer baurechtlichen Entscheidung auch eine wasserrechtliche Entscheidung zu treffen, wird die Gebühr vom Baurechts- amt erhoben.	
15.5.17	Wasserrechtliche Anzeigebestätigung gem. § 43 i. V. m. § 92 WG	105,57 bis 2.639,25
15.5.18	Bei der Prüfung von Anträgen einschl. der erforder- lichen örtlichen Überprüfungen für ohne Erlaubnis/ Ausnahmegenehmigung ausgeführte Maßnahmen kann bei nachträglicher Zulassung das 3-fache der betreffenden Gebühr nach Ziff. 15.5.5 und 15.5.6 erhoben werden.	
15.6	Maßnahmen zur Abwehr umweltbedingter Ge- sundheitsgefahren mit/ohne Anordnung (§§ 1, 3 PolG)	105,57 bis 9.501,30

Art. 2

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 1. Januar 2026 in Kraft.

Freiburg i. Br., den

Martin W. W. Horn
Oberbürgermeister

Synopsis Gebührenverzeichnis

Anlage 1 zu § 1 Abs. 1 der Verwaltungsgebührensatzung				
Gebührenverzeichnis für öffentliche Leistungen der Stadt Freiburg i.Br. für die gesamte Stadtverwaltung				
Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr alt EUR	Gebühr neu EUR	Veränderung in %
1.	Auskunft - auch nach dem Informationsfreiheitsgesetz (LIFG) -, soweit sie nicht nach § 3 Abs. 1 Nr. 5 gebührenfrei ist	25,40 bis 2.399,90	36,70 bis 3.319,80	44,49 38,33
2.	Ausnahme, Befreiung von Bestimmungen in Gesetzen, Rechtsverordnungen und Satzungen	5,20 bis 11.187,30	7,00 bis 8.692,30	34,62 -22,30
3.	Ausweis, Bescheinigung (auch Zweit- und Mehrfertigungen)	2,60 bis 170,20	1,90 bis 260,70	-26,92 53,17
4.	Amtliche Beglaubigung			
4.1	einer Unterschrift, eines Handzeichens oder Siegels	1,70 bis 85,10	1,90 bis 38,70	11,76 -54,52
	Werden mehrere Unterschriften gleichzeitig in einer Urkunde beglaubigt oder wird die Unterschrift einer Person mehrfach auf verschiedenen Urkunden, aber aufgrund eines gleichzeitig gestellten Antrags beglaubigt, so kommt nur für die erste Unterschrift die volle Gebühr, für jede weitere die Hälfte der für die erste Beglaubigung bzw. Bestätigung erhobenen Gebühr zum Ansatz.			
4.2	der Übereinstimmung einer Fotokopie, Abschrift, eines Auszuges usw. mit der Urschrift	4,00	6,20	55,00
	jede weitere Fertigung	1,50	2,50	66,67
4.3	der Übereinstimmung einer Abschrift eines Schulzeugnisses mit der Urschrift:	2,50	2,50	unverändert
	Für Bewerbungszeugnisse in einer Abschlussklasse sowie bei Abgangs- oder Abschlusszeugnissen ist die erste Fertigung und Beglaubigung von Abschriften, Mehrfertigungen oder Kopien nach Bedarf bis maximal 5 Exemplaren gebührenfrei.			
	Zeugnisse, Bescheinigungen, Urkunden etc. aus Beruf und Fortbildung gelten nicht als Schulzeugnisse im Sinne dieser Vorschrift.			
5.	Bewilligung, Erlaubnis, Genehmigung, Konzession, Zulassung	4,40 bis 2.610,30	9,60 bis 1.809,60	118,18 -30,67
6.	Einsichtnahme in Akten, Bücher, Karteien usw., es sei denn, es handelt sich um eine Einsichtnahme in Umweltinformationen vor Ort (§ 33 Abs. 2 Nr. 2 UVwG)	3,40 bis 1.005,90	9,80 bis 952,00	188,24 -5,36
7.	Rechtsbehelf Zurückweisung eines förmlichen Rechtsbehelfs (insbesondere Widerspruch)	42,60 bis 10.478,80	30,20 bis 8.623,20	-29,11 -17,71
	Wird ein förmlicher Rechtsbehelf vor der Bekanntgabe einer abschließenden Entscheidung zurückgenommen oder erledigt sich das Rechtsbehelfsverfahren auf andere Weise, kann von der Erhebung einer Verwaltungsgebühr ganz oder teilweise abgesehen werden.			
8.	Kopien, soweit sie nicht nach § 3 Abs. 1 Nr. 6 gebührenfrei sind			
8.1	bis DIN A 3			
8.1.1	für die erste Seite	2,00	2,00	unverändert
8.1.2	für jede weitere Seite	0,30	0,30	unverändert
8.2	mit einem Format größer DIN A 3	4,20 bis 509,70	 bis 	-100,00 -100,00
9.	Ausdruck eines elektronischen Dokuments			
9.1	bis DIN A 3			
9.1.1	für die erste Seite	2,00	2,00	unverändert
9.1.2	für jede weitere Seite	0,30		unverändert
9.2	mit einem Format größer DIN A 3	4,20 bis 690,60	 bis 	-100,00 -100,00

TB kann entfallen, da die Leistung bei der Stadt nicht mehr anfällt.

TB kann entfallen, da die Leistung bei der Stadt nicht mehr anfällt.

Anlage 2 zu § 1 Abs. 1 der Verwaltungsgebührensatzung				
Gebührenverzeichnis für öffentliche Leistungen der Stadt Freiburg i.Br. in Selbstverwaltungsangelegenheiten				
Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr alt EUR	Gebühr neu EUR	Veränderung in %
1.	Amt für Bürgerservice und Informationsmanagement			
1.1	Fundsachen			
1.1.1	Aufbewahrung einschließlich Aushändigung an die/den Empfangsberechtigte*n oder Finder*in			
1.1.1.1	bei Sachen bis zu 500,00 EUR Wert (ohne Fahrräder)	10 % des Wertes, mindestens 10,00	10 % des Wertes, mindestens 10,00	unverändert
1.1.1.2	bei Sachen über 500,00 EUR Wert (ohne Fahrräder)	50,00 zzgl. 5 % des 500,00 übersteigenden Wertes	50,00 zzgl. 5 % des 500,00 übersteigenden Wertes	unverändert
1.1.1.3	bei Fahrrädern	30,00	30,00	unverändert
1.1.2	Ausstellung einer Versicherungsbescheinigung	10,00	10,00	unverändert
1.2	Bescheinigung über die Wahlbarkeit eines Bewerbers zur Bürgermeisterwahl (Wahlbarkeitsbescheinigung)	16,00	18,00	12,50
2.	Amt für Liegenschaften und Wohnungswesen			
2.1	Bescheinigung über das Nichtbestehen oder die Nichtausübung eines Vorkaufsrechts bis zu einem Kaufpreis		Amt wurde aufgelöst und ins AWW und IMF integriert. TBs jetzt dort	
2.1.1	von 50.000,00 €	84,00		
2.1.2	von 50.001,00 € bis 250.000,00 €	126,00		
2.1.3	von 250.001,00 € bis 500.000,00 €	169,00		
2.1.4	über 500.000,00 €	210,00		
2.2	Mehrfertigung von Nr. 2.1	8,00		
2.3	Erteilung einer Freistellung bzw. eines Erlaubnisbescheides nach § 18 Landeswohnraumförderungsgesetz (LWoFG)	175,00		
2.	Amt für öffentliche Ordnung			
2.1	Fundsachen Aufbewahrung einschließlich Aushändigung an die/den Verlierer/in, Eigentümer/in oder Finder/in			
2.1.1	Fahrrad			
2.1.1.1	Entgegennahme, Aufbewahrung und Aushändigung	30,00		
2.1.1.2	Bescheinigung über das Vorhandensein eines abhanden gekommenen Fahrrades im städtischen Fundfahrradkeller zur Vorlage bei einer Versicherung (Versicherungsbescheinigung)	10,00		
2.1.2	sonstiger Gegenstand			
2.1.2.1	bei einem Wert der Fundsache bis 500,00 Euro für Finder/in und Eigentümer/in	10 % des Wertes, mindestens 10,00 €		
2.1.2.2	bei einem Wert der Fundsache über 500,00 Euro für Finder/in und Eigentümer/in	50,00 Euro zzgl. 5 % des 500,00 € übersteigenden Wertes		
2.1	Entfernung, Verwahrung und Verwertung nicht ordnungsgemäß abgestellter, insbesondere abgemeldeter Fahrzeuge. Verwaltungsgebühren gelten auch bei polizeirechtlicher Beschlagnahme von Fahrzeugen.			
2.1.1	Aufforderung zur Fahrzeugentfernung	170,00	190,00	11,76
2.1.2	Aufforderung zur Fahrzeugentfernung, Verwahrung, Aufforderung zur Abholung des Fahrzeugs und Kostenanforderung	340,00	340,00	unverändert
2.1.3	Aufforderung zur Fahrzeugentfernung, Verwahrung und Verwertung (nur vorbereitende und nachgelagerte Arbeiten) des Fahrzeugs	420,00	470,00	11,90
2.1.4	Erstellung eines Kostenbescheides im Zusammenhang mit dem Abschleppen eines zum Verkehr zugelassenen Fahrzeugs	45,00 bis 110,00	76,00 bis 150,00	68,89 36,36
2.1.5	Stellplatzgebühr für Verwahrung von Fahrzeugen im Freien			
2.1.5.1	für Fahrzeuge bis 2,8 t zulässiges Gesamtgewicht pro Standtag	7,50	3,75	-50,00
2.1.5.2	für Fahrzeuge über 2,8 t zulässiges Gesamtgewicht pro Standtag	15,00	7,50	-50,00
	Zu den Gebühren Nr. 3.2.5.1 und 3.2.5.2 sind zusätzlich noch die Auslagen für die Abschlepp- und Verschrottungskosten im Rahmen der Ersatzvornahme bzw. Einziehung nach Polizeirecht jeweils nach Rechnung der Abschlepp- bzw. Verschrottungsfirma zu erstatten.			
2.2	Sondernutzung			
2.2.1	Erlaubnis nach § 16 Abs. 8 StrG BW	48,00 bis 1.015,00	57,00 bis 1.190,00	18,75 17,24

TBs bisher
AfO unter
3.1 - 3.1.2.2

TBs jetzt
unter ABI
Lfd.Nr. 1.1 -
1.1.2

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr alt EUR	Gebühr neu EUR	Veränderung in %
2.2.2	Maßnahme nach § 16 Abs. 8 StrG BW	97,00	110,00	13,40
		bis	bis	
		460,00	540,00	17,39
2.3	Ausfertigung eines Lichtbildes im Bereich des Führerscheinwesens		5,30	neuer TB
3.	Amt für Soziales			
3.1	Ausstellen eines Wohnberechtigungsscheines	gebührenfrei	gebührenfrei	unverändert
3.2	Ersatzausstellung	20,00	20,00	unverändert
4.	Amt für Wohnraumentwicklung und Vermessung			
4.1	Erteilung einer Bodenrichtwertbescheinigung nach § 196 Abs. 3 BauGB	78,00	64,00	-17,95
		bis	bis	
		222,00	179,00	-19,37
4.2	Schriftliche Auskunft aus der Kaufpreissammlung nach § 195 Abs. 3 BauGB	97,00	99,00	2,06
		bis	bis	
		589,00	597,00	1,36
	Die Gebühren für gutachterliche Stellungnahmen der Geschäftsstelle ergeben sich aus der Gutachterausschussgebührensatzung in der jeweils geltenden Fassung.			
4.3	Erteilung einer Freistellung bzw. eines Erlaubnisbescheides nach § 48 Landeswohnraumförderungsgesetz (LWoFG)	175,00	TB bisher beim ALW; TB kann entfallen, da kaum Fälle.	
5.	Baurechtsamt			
5.1	Zweckentfremdung von Wohnraum			
5.1.1	Genehmigung einer Zweckentfremdung	292,02	315,06	7,89
		bis	bis	
		4.867,00	5.251,00	7,89
5.1.2	Negativattest	97,34	105,02	7,89
		bis	bis	
		486,70	1.050,20	115,78
5.1.3	Aufforderung, nach § 13 der Satzung Freiburg i.Br. über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum in der Stadt Freiburg im Breisgau, Wohnräume wieder Wohnzwecken zuzuführen	292,02	315,06	7,89
		bis	bis	
		4.867,00	5.251,00	7,89
5.1.4	Bei der Prüfung von Zweckentfremdungen einschließlich der erforderlichen örtlichen Überprüfungen für ohne Genehmigung anderen Zwecken zugeführten Wohnraum fällt bei nachträglicher Genehmigung das Doppelte der Gebühr nach Lfd.Nr. 5.1.1 an.			unverändert
5.1.5	Bei der Prüfung von Zweckentfremdungen einschließlich der erforderlichen örtlichen Überprüfungen für ohne Genehmigung abgebrochenen Wohnraum fällt bei nachträglicher Genehmigung das Dreifache der Gebühr nach Lfd. Nr. 5.1.1 an.			neuer TB
5.2	Positive Auskunft aus dem Baulastenverzeichnis und der Kulturdenkmalliste	20,00	17,5	-12,50
5.3	Elektronischer Versand eines Dokuments, soweit er nicht nach § 3 Abs. 1 Nr. 6 gebührenfrei ist	15,00	17,50	16,67
5.4	Milieuschutz			
5.4.1	Erteilung einer erhaltungsrechtlichen Genehmigung (§ 173 i.V.m. § 172 BauGB)		210,04	
			bis	
			5251,00	
5.4.2	Zwischenbescheid zur Verlängerung der Entscheidungsfrist nach § 173 Abs. 1 i.V.m. § 22 Abs. 5 S. 3 BauGB		105,02	
			bis	
			5251,00	
5.4.3	Bei der Prüfung von Unterlagen, einschließlich der erforderlichen örtlichen Überprüfungen für ohne erhaltungsrechtliche Genehmigung ausgeführte Maßnahmen nach § 172 Abs. 1 S. 1 und 2 BauGB, fällt bei nachträglicher Genehmigung / Zurückweisung das Zweifache der Gebühr nach Ziff. 5.4.1 an.			
5.4.4	Bei der Prüfung von Unterlagen, einschließlich der erforderlichen örtlichen Überprüfungen für ohne erhaltungsrechtliche Genehmigung abgebrochene bauliche Anlagen fällt bei nachträglicher Genehmigung / Zurückweisung das Dreifache der Gebühr nach Ziff. 5.4.1 an.			
6.	Eigenbetrieb Friedhöfe			
6.1	Grabmalgenehmigung			
6.1.1	für Grabmale in Stein	96,88	98,94	2,13
6.1.2	für Grabmale in Holz mit Sockel/Fundament	96,88	98,94	2,13
6.1.3	für Abdeckplatten, Schrifttafeln und Kissensteine	96,88	98,94	2,13
6.1.4	für eine Erweiterung der vorhandenen Grabanlage	96,88	98,94	2,13
6.2	sonstige Amtshandlung			
6.2.1	Bearbeitung eines Sterbefalles, der nicht unter die Grundgebühr für die Erdbestattung fällt (z.B. bei Urnenbestattungen, Ausgrabungen/Umbettungen)	155,00	158,30	2,13
6.2.2	Bearbeitung eines oder mehrerer weiterer Sterbefälle in derselben Grabstätte, die nicht unter die Grundgebühr für die Erdbestattung fallen (z.B. bei mehreren Ausgrabungen / Umbettungen in derselben Grabstätte)	77,50	79,15	2,13

neue TBs

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr alt EUR	Gebühr neu EUR	Veränderung in %
6.2.3	nachträgliche Änderung eines Auftrags	25,58	26,12	2,11
6.2.4	Umschreibung eines Nutzungsrechts	77,50	79,15	2,13
6.2.5	Aufgabe eines Nutzungsrechts vor Nutzungsfristende	143,38	146,43	2,13
6.2.6	Ausstellen einer Ersatzgraburkunde	25,58	26,12	2,11
7.	Garten- und Tiefbauamt			
7.1	Baumschutz			
7.1.1	Bearbeiten von Anträgen im Rahmen des Anzeige-/ Kenntnisgabeverfahrens nach § 7 Abs. 1 bis 3 und Abs. 4 Satz 3 der Baumschutzsatzung			
7.1.1.1	ohne Begutachtung	79,00	82,51	4,44
		bis	bis	
		790,00	825,10	4,44
7.1.1.2	mit Begutachtung	131,67	137,52	4,44
		bis	bis	
		842,66	880,11	4,44
7.1.2	Bearbeiten von Anträgen im Zusammenhang mit genehmigungspflichtigen Bauvorhaben nach § 7 Abs. 4 Satz 1 und 2 der Baumschutzsatzung			
7.1.2.1	ohne Begutachtung	158,00	165,02	4,44
		bis	bis	
		1.580,00	1.650,20	4,44
7.1.2.2	mit Begutachtung	210,67	220,03	4,44
		bis	bis	
		1.632,67	1.705,21	4,44
7.2	Sondernutzung			
7.2.1	Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis			
7.2.1.1	einfacher Aufwand	120,96	109,09	-9,81
7.2.1.2	mittlerer Aufwand	241,93	218,19	-9,81
7.2.1.3	hoher Aufwand	453,60	409,10	-9,81
7.2.2	Verlängerung einer Sondernutzungserlaubnis	37,80	34,09	-9,81
7.2.3	Zusatzgebühr für Ortsbesichtigung pro Ortsbesichtigung			
7.2.3.1	einfacher Aufwand	45,36	40,91	-9,81
7.2.3.2	mittlerer Aufwand	90,72	81,82	-9,81
7.2.3.3	hoher Aufwand	181,44	163,64	-9,81
7.3	Ausstellen einer Anliegerbescheinigung	21,30	22,19	4,18
		bis	bis	
		511,26	532,56	4,17
7.4	Auskunft aus dem Nutzungsverzeichnis bei privater Leitungsverlegung	18,39	25,78	40,18
		bis	bis	
		441,36	618,72	40,18
7.5	Bearbeitung eines Antrags zur Wertermittlung eines Kleingartens bei Pächterwechsel	164,45	176,12	7,10
7.6	Zustimmung zur Verlegung von Telekommunikationsleitungen nach § 127 Abs. 1 TKG	59,43	49,92	-16,00
		bis	bis	
		89,15	74,88	-16,01
7.7	Prüfung einer Trassierung			
7.7.1	einfacher Aufwand		39,10	
7.7.2	mittlerer Aufwand		78,19	
7.7.3	komplexer Aufwand		117,29	
7.7.4	hochkomplexer Aufwand		156,38	
8.	Immobilienmanagement Freiburg			
8.1	Bescheinigung über das Nichtbestehen oder die Nichtausübung eines Vorkaufsrechts bis zu einem Kaufpreis			
8.1.1	von 50.000,00 EUR	84,00	107,00	27,38
8.1.2	von 50.001,00 EUR bis 250.000,00 EUR	126,00	161,00	27,78
8.1.3	von 250.001,00 EUR bis 500.000,00 EUR	169,00	214,00	26,63
8.1.4	über 500.000,00 EUR	210,00	268,00	27,62
8.2	Mehrfertigung von Nr. 8.1	8,00	TB wurde gelöscht, da lt. IMF kaum Fälle. Bei Bedarf kann auf § 4 Abs. 1 der Satzung zurückgegriffen werden.	
9.	Rechnungsprüfungsamt			
	Prüfungstätigkeit für kommunale Stiftungen und Dritte je Stunde	120,00	121,00	0,83
10.	Stadtarchiv			
10.1	Auskünfte			
10.1.1	Erteilung mündlicher oder schriftlicher Auskünfte einschließlich der dazu erforderlichen Ermittlungen, Aushebungen, Reponierungen und vergleichbare Leistungen je angefangene Viertelstunde, soweit sie nicht nach § 3 Abs. 1 Nr. 5 gebührenfrei sind	15,00	15,00	unverändert
10.1.2	Erteilung schriftlicher oder elektronischer Auskünfte für unterrichtliche, wissenschaftliche oder heimatkundliche Zwecke, bis zu einem Zeitaufwand von einer Stunde	gebührenfrei	gebührenfrei	unverändert

neue TBs

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr alt EUR	Gebühr neu EUR	Veränderung in %
10.2	Reproduktionen			
10.2.1	Bearbeiten von Digitalisierungsaufträgen, je angefangene Viertelstunde	15 € (ggf. zzgl. Kosten externer Dienstleister)	15 € (ggf. zzgl. Kosten externer Dienstleister)	unverändert
10.2.2	Reproduktionen digitaler Dateien, soweit sie nicht nach § 3 Abs. 1 Nr. 6 gebührenfrei sind.			
10.2.2.1	Bilder, Karten, Pläne, Plakate, je Datei	3,00	3,00	unverändert
10.2.2.2	Audio- und Videodateien, je Datei	7,00	7,00	unverändert
10.2.3	Bearbeitung digitaler Reproduktionen, je angefangene Viertelstunde	7,00	7,00	unverändert
10.2.4	Digitale Übermittlung, soweit sie nicht nach § 3 Abs. 1 Nr. 6 gebührenfrei ist, oder Speichern auf Datenträger (inkl. Datenträger)	5,00	5,00	unverändert
10.2.5	Werden die Reproduktionen für Schüler_innen, Auszubildende oder Studierende im Rahmen von Unterricht, Ausbildung und Studium gefertigt, ermäßigen sich die Gebühren nach lfd.Nrn. 10.2.1. - 10.2.4 um jeweils 50%.			unverändert
10.3	Anfertigung einer beglaubigten Kopie aus einem archivierten Personenstandsregister	20,00	20,00	unverändert
10.4	Veröffentlichungsgenehmigung für urheberrechtlich geschützte Werke			
10.4.1	Genehmigung der einmaligen Veröffentlichung im Druck bei Büchern, Broschüren, Zeitungen, Zeitschriften, Kalender und anderen Veröffentlichungsformen, je Vorlage	15,00	15,00	unverändert
10.4.2	Genehmigung der einmaligen Veröffentlichung elektronischer Medien, je Vorlage			
10.4.2.1	nur Online-Publikation	20,00	20,00	unverändert
10.4.2.2	Herausgabe eines E-Books zusätzlich zu einer gedruckten Publikation	10,00	10,00	unverändert
10.4.3	Genehmigung der einmaligen Wiedergabe und Nutzung im Internet/Einbindung in Online-Dienste mit einer Auflösung von höchstens 80 dpi bzw. 200x300 Pixel unbefristet, je Vorlage	25,00	25,00	unverändert
10.4.4	Genehmigung der Wiedergabe und Nutzung von Archivalien (schriftliche, bildliche, audiovisuelle Quellen) in Filmen, Rundfunk und Fernsehbeiträgen mit dem Recht der einmaligen Veröffentlichung, je Vorlage	35,00	35,00	unverändert
10.4.5	Genehmigung der Verwendung von Vorlagen in Ausstellungen oder bei Präsentationen in gewerblich genutzten Räumen oder zu gewerblichen Zwecken, je Vorlage	50,00	50,00	unverändert
10.4.6	Liegt die Nutzung und Wiedergabe des Archivguts im öffentlichen Interesse, so kann im Einzelfall von der Erhebung einer Gebühr ganz oder teilweise abgesehen werden.			unverändert
11.	Stadtbibliothek			
11.1	Ausstellen eines Ersatzausweises	3,50	3,50	unverändert
11.2	Einarbeitung eines ersetzten Mediums je Medium	5,00	5,00	unverändert
11.3	Ermittlung der aktuellen Adresse	4,00	4,00	unverändert
11.4	Vormerkung von Medien je Medium	1,00	1,00	unverändert
12.	Eigenbetrieb Stadtentwässerung			
12.1	Genehmigungspflichtige Vorhaben nach § 11 der Stadtentwässerungssatzung			
12.1.1	Genehmigung eines Entwässerungsantrages für ein Ein- bzw. Zweifamilienhaus oder vergleichbare Bauvorhaben mit Prüfung der Entwässerungspläne und Überprüfung der Grundleitungen und Anschlusskanäle inkl. der Überwachung der Dichtheitsprüfung und der Beratung	495,00	554,00	11,92
12.1.2	Genehmigung eines Entwässerungsantrages für baugleiche Einfamilienhäuser ab dem zweiten baugleichen Einfamilienhaus vom gleichen Bauherren mit Prüfung der Entwässerungspläne und Überprüfung der Grundleitungen und Anschlusskanäle inkl. der Überwachung der Dichtheitsprüfung und der Beratung	414,00	388,00	-6,28
12.1.3	Genehmigung eines Entwässerungsantrages für ein gewerblich/industrielles Bauvorhaben bzw. ein Mehrfamilienhaus oder vergleichbare Bauvorhaben mit Prüfung der Entwässerungspläne und Überprüfung der Grundleitungen und Anschlusskanäle inkl. der Überwachung der Dichtheitsprüfung und der Beratung	1.022,00	786,00	-23,09
12.1.4	Genehmigung eines Entwässerungsantrages für ein Ein- bzw. Zweifamilienhaus oder vergleichbare Bauvorhaben ohne Überprüfung der Grundleitungen und Anschlusskanäle	289,00	347,00	20,07
12.1.5	Genehmigung eines Entwässerungsantrages für baugleiche Einfamilienhäuser ab dem zweiten baugleichen Einfamilienhaus vom gleichen Bauherren mit Prüfung der Entwässerungspläne inkl. Beratung ohne Überprüfung der Grundleitungen und Anschlusskanäle	185,00	180,00	-2,70
12.1.6	Genehmigung eines Entwässerungsantrages für ein gewerblich/industrielles Bauvorhaben bzw. Mehrfamilienhaus oder vergleichbare Bauvorhaben mit Prüfung der Entwässerungspläne inkl. Beratung ohne Überprüfung der Grundleitungen und Anschlusskanäle	275,00	564,00	105,09
12.1.7	Überprüfung der Grundleitungen und Anschlusskanäle inkl. der Überwachung der Dichtheitsprüfung für ein Ein- bzw. Zweifamilienhaus oder vergleichbare Bauvorhaben	230,00	287,00	24,78
12.1.8	Überprüfung der Grundleitungen und Anschlusskanäle inkl. der Überwachung der Dichtheitsprüfung für ein gewerblich/industrielles Bauvorhaben bzw. ein Mehrfamilienhaus oder vergleichbare Bauvorhaben	497,00	294,00	-40,85

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr alt EUR	Gebühr neu EUR	Veränderung in %
12.1.9	Überprüfung und Einmessung des neu hergestellten privaten Anschlussstutzens/Abzweigs an den öffentlichen Kanal mittels Kamerabefahrung	337,00	420,00	24,63
12.2	Verlängerung der Gültigkeit eines Genehmigungsbescheides	56,00	95,00	69,64
12.3	Zusätzlicher Überwachungsaufwand bei Wiederholung einer Dichtheitsprüfung je Person und angefangener Viertelstunde	50,00	48,00	-4,00
12.4	Überprüfung einer bestehenden Grundstücksentwässerungsanlage auf ihre Funktionsfähigkeit je Person und angefangene Viertelstunde	50,00	48,00	-4,00
12.5	Fachtechnische Beratung außerhalb des Genehmigungsverfahrens je Person und angefangener Viertelstunde	50,00	48,00	-4,00
12.6	Einsicht in Hausentwässerungsakten pauschal	105,00	73,00	-30,48
12.7	Aktenkopie, soweit nicht nach § 3 Abs. 1 Nr. 6 gebührenfrei:			
12.7.1	DIN A 4 pro Kopie,	0,50	0,50	unverändert
12.7.2	DIN A 3 pro Kopie	1,00	1,00	unverändert
12.7.3	DIN A 2 pro Kopie	3,50	3,50	unverändert
12.7.4	DIN A 1 pro Kopie	7,00	7,00	unverändert
12.7.5	DIN A 0 pro Kopie	14,00	14,00	unverändert
12.8	Erstellen einer PDF-Datei je Seite	0,50	0,50	unverändert
12.9	Kanalbeitragsbescheinigungen	47,00	45,00	-4,26
13.	Stadtkämmerei			
13.1	Ausgabe einer Ersatzhundesteuermarke	8,00	7,10	-11,25
13.2	Ausstellung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung	17,00	17,20	1,18
14.	Standesamt			
14.1	Kirchenaustrittserklärung je Austrittserklärung			
14.1.1	für Personen ab 18 Jahren	27,00	28,00	3,70
14.1.2	für Personen unter 18 Jahren	10,00	10,00	unverändert
14.1.3	für Berechtigte nach SGB II, SGB XII, AsylbLG und Berechtigte mit Anspruch auf Wohngeld und BafoG	gebührenfrei	gebührenfrei	unverändert
14.2	Nachträgliche Bescheinigung des Kirchenaustritts	17,00	16,50	-2,94
14.3	Vorabübermittlung von Personenstandsurkunden per Fax oder Mail	6,50	6,50	0,00

Anlage 3 zu § 1 Abs. 1 der Verwaltungsgebührensatzung					
Gebührenverzeichnis für öffentliche Leistungen der Stadt Freiburg i.Br. als untere Verwaltungsbehörde und als untere Baurechtsbehörde					
Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr alt EUR	Gebühr neu EUR	Veränderung in %	
1.	Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung				
1.1	Ausstellung einer einfachen oder erweiterten Meldebescheinigung	8,00	8,50	6,25	bisher im Geb.
1.2	Erteilung einer einfachen oder erweiterten Auskunft über Eintragungen im Melderegister je Person				Verzeichnis
1.2.1	persönlich oder schriftlich	17,00	17,50	2,94	Anlage 2 zur
1.2.2	per Internet über das Meldeportal	5,00	5,00	unverändert	Satzung
1.3	Erteilung einer Auskunft über die im Melderegister gespeicherte Steuer-Identifikationsnummer		8,50	neuer TB	
1.4	Gruppenauskünfte und Datenübermittlungen der Meldebehörde			neuer TB	
1.4.1	Prüfung und Bearbeitung des Auftrags je angefangene Viertelstunde		22,50	neuer TB	
1.4.2	Erstellen, Verschlüsseln und Versand der Datei		150,00	neuer TB	
1.5	Rückforderung der Kosten für Fundtiertransporte zzgl. Auslagen für den Tiertransport gem. § 8 Abs. 2 PolG	110,00	125,00	13,64	bisher AfoO
		bis	bis		TB 1.9.5 im
		340,00	380,00	11,76	Geb.Verz.
					Anlage 3
2.	Amt für öffentliche Ordnung				
2.1	Fischerei				
2.2	Ausstellung eines Fischereischeines auf Lebenszeit (zzgl. Fischereiabgabe)	40,00	40,00	unverändert	
2.1.2	Ausstellung eines Jugendfischereischeines	40,00	40,00	unverändert	
2.1.2.1	Erstmalige Ausstellung	40,00		unverändert	TBs
2.1.2.2	Verlängerung	20,00		unverändert	entfallen
2.1.3	Ausstellung eines Ersatzfischereischeines	40,00	40,00	unverändert	
2.1.4	Eintrag der Entrichtung der Fischereiabgabe für 1, 5 oder 10 Jahre (zzgl. Fischereiabgabe)	20,00	20,00	unverändert	
2.2	Gaststättenrecht				
2.2.1	Gaststättenerlaubnis bzw. befristete Gaststättenerlaubnis (§§ 2 bzw. 3 Abs. 2 GastG)	465,00	515,00	10,75	
		bis	bis		
		4.665,00	5.180,00	11,04	
2.2.2	Stellvertreterenerlaubnis bzw. vorläufige Stellvertreterenerlaubnis (§§ 9 bzw. 11 GastG)	230,00	255,00	10,87	
		bis	bis		
		1.395,00	1.550,00	11,11	
2.2.3	Vorläufige Gaststättenerlaubnis (§ 11 GastG)	93,00	100,00	7,53	
		bis	bis		
		495,00	550,00	11,11	
2.2.4	Zulassung von Ausnahme von der Verpflichtung zum Ausschank alkoholfreier Getränke (§ 6 Satz 4 GastG)	205,00	230,00	12,20	
		bis	bis		
		310,00	345,00	11,29	
2.2.5	Gestattung (§ 12 GastG)				
2.2.5.1	Gestattung	85,00	155,00	82,35	
		bis	bis		
		1.285,00	1.735,00	35,02	
2.2.5.2	Gemeinnützige Vereine, Verbände, Parteien und Wählerinitiativen, soweit es sich nicht um eine Großveranstaltung handelt.	75% der nach lfd. Nr. 2.2.5.1 festzusetzenden Gebühr	75% der nach lfd. Nr. 2.2.5.1 festzusetzenden Gebühr	unverändert	
2.2.6	Zulassung von Ausnahmen vom Verbot der Anmietung von Räumen bei Straußwirtschaften (§ 6 Abs. 2 Gast-VO)	135,00	155,00	14,81	
		bis	bis		
		205,00	230,00	12,20	
2.2.7	Zulassung von Ausnahmen von den Sperrzeitvorschriften für einzelne Betriebe (§ 12 Satz 1 GastVO)				
2.2.7.1	Sperrzeitverkürzung für einzelne Tage (§ 18 GastG)	69,00	82,00	18,84	
		bis	bis		
		135,00	160,00	18,52	
2.2.7.2	Regelmäßige Sperrzeitverkürzung (§ 18 GastG)	185,00	205,00	10,81	
		bis	bis		
		1.395,00	1.550,00	11,11	
2.2.8	Untersagung der Beschäftigung einer Person (§ 21 Abs. 1 GastG)	465,00	515,00	10,75	
		bis	bis		
		1.395,00	1.550,00	11,11	
2.2.9	Entscheidung zur Beschäftigung von Personen (§ 13 GastVO)	230,00	255,00	10,87	
		bis	bis		
		695,00	775,00	11,51	
2.2.10	Auflagen und Anordnungen (§§ 5, 12 Abs. 3 GastG, § 12 Satz 2 GastVO)	230,00	255,00	10,87	
		bis	bis		
		1.070,00	1.190,00	11,21	
2.2.11	Verlängerung von Fristen zum Betrieb der Gaststätte (§§ 8 Satz 2, 9 Satz 2, 24 Abs. 1 Satz 3 GastG)	69,00	77,00	11,59	
		bis	bis		
		230,00	255,00	10,87	

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr alt EUR	Gebühr neu EUR	Veränderung in %
2.3	Gewerbe- und Handwerksrecht			
2.3.1	Erteilung einer Empfangsbescheinigung (§ 15 Abs. 1 GewO)	35,00	35,00	unverändert
		bis 140,00	bis 140,00	unverändert
2.3.2	Zuverlässigkeitsprüfung bei überwachungsbedürftigem Gewerbe (§ 38 GewO), falls Führungszeugnis und Gewerbezentralregisterauszug nicht fristgerecht vorgelegt werden	23,00	23,00	unverändert
		bis 65,00	bis 64,00	-1,54
		465,00	550,00	18,28
2.3.3	Erlaubnis zum Betrieb von Privatkrankenanstalten (§ 30 GewO)	bis 3.000,00	bis 3.000,00	unverändert
		385,00	430,00	11,69
2.3.4	Erlaubnis zur Schaustellung von Personen (§ 33 a GewO)	bis 1.240,00	bis 1.380,00	11,29
		300,00	550,00	83,33
		bis 2.500,00	bis 2.500,00	unverändert
2.3.5	Erlaubnis zur Aufstellung von Spielgeräten mit Gewinnmöglichkeit (§ 33 c Abs. 1 GewO)	69,00	77,00	11,59
		bis 465,00	bis 515,00	10,75
2.3.6	Geeignetheitsbestätigung (§ 33 c Abs. 3 GewO)	450,00	550,00	22,22
		bis 2.500,00	bis 2.500,00	unverändert
		465,00	515,00	10,75
2.3.7	Erlaubnis zur Veranstaltung von anderen Spielen mit Gewinnmöglichkeiten (§ 33 d Abs. 1 GewO)	450,00	550,00	22,22
		bis 2.500,00	bis 2.500,00	unverändert
		465,00	515,00	10,75
2.3.8	Erlaubnis zum Betrieb einer Spielhalle oder eines ähnlichen Unternehmens (§ 41 LGLuG)	bis 6.000,00	bis 6.000,00	unverändert
		385,00	430,00	11,69
		bis 1.395,00	bis 1.550,00	11,11
2.3.9	Erlaubnis zum Betrieb des Pfandleih- oder Pfandvermittlungsgewerbes (§ 34 Abs. 1 und 2 GewO)	450,00	820,00	82,22
		bis 2.500,00	bis 2.500,00	unverändert
		77,00	86,00	11,69
2.3.10	Erlaubnis zum Betrieb des Bewachungsgewerbes (§ 34 a Abs. 1 und 2 GewO)	bis 555,00	bis 620,00	11,71
		385,00	430,00	11,69
		bis 1.395,00	bis 1.550,00	11,11
2.3.11	Zuverlässigkeitsprüfung von Gewerbetreibenden im Bewachungsgewerbe und Wachpersonen (§ 34a GewO)	385,00	430,00	11,69
		bis 645,00	bis 715,00	10,85
		465,00	515,00	10,75
2.3.12	Erlaubnis zum Betrieb des Versteigerungsgewerbes (§ 34 b Abs. 1 und 2 GewO)	bis 4.665,00	bis 5.180,00	11,04
		555,00	620,00	11,71
		bis 4.665,00	bis 5.180,00	11,04
2.3.13	Öffentliche Bestellung von Versteigerern (§ 34 b Abs. 5 GewO)	385,00	430,00	11,69
		bis 645,00	bis 715,00	10,85
		465,00	515,00	10,75
2.3.14	Schließungsverfahren von Betrieben (z. B. Gaststätten, Spielhallen) (§ 15 Abs. 2 GewO)	bis 4.665,00	bis 5.180,00	11,04
		555,00	620,00	11,71
		bis 4.665,00	bis 5.180,00	11,04
2.3.15	Gewerbeuntersagung (§ 35 GewO)	385,00	430,00	11,69
		bis 1.395,00	bis 1.550,00	11,11
		230,00	255,00	10,87
2.3.16	Gestattung der Wiederausübung eines untersagten Gewerbes (§ 35 Abs. 6 GewO)	bis 465,00	bis 515,00	10,75
		230,00	255,00	10,87
		bis 930,00	bis 1.035,00	11,29
2.3.17	Erteilung einer Reisegewerbekarte (§ 55 GewO)	93,00	100,00	7,53
2.3.18	Erteilung einer Zweitschrift der Reisegewerbekarte (§ 60 c Abs. 2 GewO)	230,00	255,00	10,87
2.3.19	Erteilung einer Gewerbelegitimationskarte (§ 55 b Abs. 2 GewO)	bis 465,00	bis 415,00	-10,75
		69,00	77,00	11,59
2.3.20	Befreiung von der Reisegewerbekartenpflicht (§ 55 a Abs. 1 Nr. 1 GewO)	139,00	170,00	22,30
2.3.21	Befreiung von der Reisegewerbekartenpflicht anlässlich Sonderveranstaltungen (§ 55 a Abs. 2 GewO)	bis 230,00	bis 285,00	23,91
		555,00	620,00	11,71
2.3.22	Festsetzung von Wochenmärkten (§ 69 GewO)	bis 2.795,00	bis 3.105,00	11,09
		2.795,00	3.105,00	11,09

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr alt EUR	Gebühr neu EUR	Veränderung in %
2.3.24	Festsetzung von Messen, Ausstellungen, Großmärkten, Jahrmärkten, Spezialmärkten sowie Volksfesten (§ 69 GewO)	555,00	695,00	25,23
		bis	bis	
		2.795,00	3.475,00	24,33
2.3.25	Änderung oder Aufhebung der Festsetzung von Märkten, Messen und Ausstellungen (§ 69b GewO)	185,00	230,00	24,32
		bis	bis	
		930,00	1.155,00	24,19
2.3.26	Erteilung von Auskünften aus dem Gewereregister	23,00	23,00	unverändert
2.3.27	Handwerksuntersagung (§ 16 HWO)	465,00	515,00	10,75
		bis	bis	
		2.330,00	2.590,00	11,16
2.4	Veranstaltungsmanagement			
	Koordination und Genehmigung von Veranstaltungen. Speziellere Gebührentatbestände bleiben hiervon unberührt je angefangene Stunde	85,83	115,85	34,98
2.5	Jugendschutz			
2.5.1	Ausnahmen vom Verbot des Aufenthalts von Kindern und Jugendlichen unter 16 Jahren in Gaststätten (§ 4 Abs. 1 i. V. m. Abs. 3 JugendschutzG)	69,00	77,00	11,59
		bis	bis	
		310,00	345,00	11,29
2.5.2	Ausnahmen vom Verbot der Anwesenheit von Kindern und Jugendlichen bei öffentlichen Tanzveranstaltungen (§ 5 Abs. 1 i. V. m. Abs. 3 JugendschutzG)	69,00	77,00	11,59
		bis	bis	
		310,00	345,00	11,29
2.5.3	Anordnung der Abwesenheit von Kinder und Jugendlichen an jugendgefährdeten Veranstaltungen (§ 7 JugendschutzG)	93,00	100,00	7,53
		bis	bis	
		440,00	490,00	11,36
2.5.4	Maßnahmen zur Abwendung von Gefahren für Kinder oder Jugendliche durch jugendgefährdende Orte (§ 8 JugendschutzG)	93,00	100,00	7,53
		bis	bis	
		440,00	490,00	11,36
2.6	Kampfhunde			
2.6.1	Prüfung nach § 1 Abs. 4 der Polizeiverordnung über das Halten gefährlicher Hunde (PolVOgH)	330,00	440,00	33,33
2.6.2	Überprüfung der Hundehaltung gemäß PolVOgH	125,00	165,00	32,00
		bis	bis	
		600,00	790,00	31,67
2.6.3	Erlaubnis für Kampfhunde nach §§ 3 und 4 PolVOgH	165,00	215,00	30,30
		bis	bis	
		540,00	710,00	31,48
2.6.4	Ausnahmen nach der PolVOgH	125,00	165,00	32,00
		bis	bis	
		320,00	420,00	31,25
2.6.5	Auflagen nach der PolVOgH	170,00	225,00	32,35
		bis	bis	
		810,00	1.060,00	30,86
2.6.6	Maßnahmen bezüglich auffälliger Tiere	170,00	225,00	32,35
		bis	bis	
		940,00	1.235,00	31,38
2.7	Ladenöffnungsgesetz			
2.7.1	Ausnahmegenehmigung zum Feilbieten von Waren an Sonn- und Feiertagen (§ 11 Abs. 1 LadÖG)	93,00	100,00	7,53
		bis	bis	
		930,00	1.035,00	11,29
2.7.2	Ausnahmegenehmigung zum Feilbieten von Waren zum sofortigen Verbrauch (§ 9 Abs. 4 LadÖG)	62,00	69,00	11,29
		bis	bis	
		385,00	430,00	11,69
2.8	Veterinärwesen			
2.8.1	Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung			
2.8.1.1	Begutachtung und Beratung bei Anlagen und Betrieben von Lebensmittelunternehmen, auch schriftliche Stellungnahmen einschließlich Hin- und Rückfahrt je angefangene Viertelstunde	22,21	29,35	32,15
2.8.1.2	Genehmigungen, Bewilligungen, Zulassungen, Bescheinigungen auf Grund lebensmittelrechtlicher Vorschriften	22,00	29,00	31,82
		bis	bis	
		2.960,00	3.910,00	32,09
2.8.1.3	Lebensmittelrechtliche Kontrollen und Überwachungstätigkeiten nach Art. 79 Abs. 2 c VO (EU) 2017/625 je angefangene Viertelstunde pro Person einschließlich Hin- und Rückfahrt	22,21	29,35	32,15
2.8.1.4	Verwaltungsrechtliche Maßnahmen wie Belehrungen, Mängelberichte und Anordnungen	74,00	97,00	31,08
		bis	bis	
		980,00	1.300,00	32,65
2.8.1.5	Auskünfte nach dem Verbraucherinformationsgesetz (§ 6 VIG, § 5 AGVIG) je angefangene Viertelstunde	22,21	29,35	32,15
2.8.2	Fleischhygiene			
2.8.2.1	Schlachtier- und Fleischuntersuchung einschließlich Tierschutzüberwachung, Probenahme, Beschlagnahme, Nachuntersuchung, Endbeurteilung und Tagebuchführung, Trichinenuntersuchung, Rückstandsuntersuchung und bakteriologischer Untersuchung in Betrieben mit mehr als 1.500 Schlachtungen je Kalendermonat im Jahresdurchschnitt (Großbetriebe) je Tier			

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr alt EUR	Gebühr neu EUR	Veränderung in %
2.8.2.1.1	Rinder / Kälber	12,39	14,45	16,63
2.8.2.1.2	Schweine / Ferkel mit Trichinenuntersuchung	5,13	5,32	3,70
2.8.2.1.3	Schweine / Ferkel ohne Trichinenuntersuchung	4,09	4,34	6,11
2.8.2.1.4	Schafe / Ziegen	4,09	4,34	6,11
2.8.2.1.5	BSE-Probenahme je Probe zzgl. Auslagen (nur bei Rindern, die nicht im Anhang des jeweils aktuellen Durchführungsbeschlusses der EU gelistet sind)	14,78	15,12	2,30
2.8.2.2	Schlacht- und Fleischuntersuchung einschließlich Probenahme, Beschlagnahme, Nachuntersuchung, Endbeurteilung und Tagebuchführung, Trichinenuntersuchung, Rückstandsuntersuchung und bakteriologischer Untersuchung in Betrieben mit weniger als 100 Schlachtungen je Kalendermonat im Jahresdurchschnitt (Kleinbetrieben) je Tier			
2.8.2.2.1	Rind / Kalb	24,10	25,30	4,98
2.8.2.2.2	Schwein / Ferkel	20,10	27,10	34,83
2.8.2.2.3	Schaf / Ziege	8,60	9,05	5,23
2.8.2.2.4	Zuschlag je unter 2.8.2.2.1 – 2.8.2.2.3 aufgeführtem Tier bei bis zu fünf Untersuchungen pro Schlachtstätte und Tag	4,99	5,14	3,01
2.8.2.2.5	Zuschlag je gefahrene Kilometer anlässlich der Schlacht- und Fleischuntersuchungen	0,30	0,30	unverändert
2.8.2.2.6	TSE – Probenahme (Schaf)	5,50	5,80	5,45
2.8.2.2.7	Zuschlag je zusätzlich gefahrene Kilometer für TSE – Probenahme und NRKP Probenahme	0,43	0,48	11,63
2.8.2.3	Schlacht- und Fleischuntersuchung bei Hausschlachtungen je Tier			
2.8.2.3.1	Einhufer	50,25	52,75	4,98
2.8.2.3.2	Rind / Kalb	29,05	30,50	4,99
2.8.2.3.3	Schwein / Ferkel	25,00	26,25	5,00
2.8.2.3.4	Schaf / Ziege	13,25	13,90	4,91
2.8.2.3.5	Zuschlag je gefahrene Kilometer anlässlich der Schlacht- und Fleischuntersuchungen	0,30	0,30	unverändert
2.8.2.3.6	TSE – Probenahme (Schaf)	5,55	5,80	4,50
2.8.2.3.7	Zuschlag je zusätzlich gefahrene Kilometer für TSE – Probenahme	0,43	0,48	11,63
2.8.2.4	Gebührenerhebung in besonderen Fällen			
2.8.2.4.1	Wird nur die Schlacht- oder nur die Fleischuntersuchung durchgeführt, wird die Gebühr nach 2.8.2.1 bis 2.8.2.3 im Verhältnis 20 zu 80 für die Schlacht- bzw. Fleischuntersuchung aufgeteilt.			unverändert
2.8.2.4.2	Steht das angemeldete Tier nicht zur angegebenen Zeit zur Untersuchung bereit, wird bei Kleinbetrieben und Hausschlachtungen ein Zuschlag von 80% der Gebühr nach Lfd. Nrn. 2.8.2.2.1 bis 2.8.2.2.3 bzw. 2.8.2.3.1 bis 2.8.2.3.4 erhoben.			unverändert
2.8.2.5	Gesonderte Trichinenuntersuchung			
2.8.2.5.1	Trichinenuntersuchung auf besonderes Verlangen (mit gesondertem Verdauungsansatz außerhalb der regelmäßigen Schlachtzeiten)	41,00	42,40	3,41
2.8.2.5.2	Trichinenuntersuchung bei erlegten Wildschweinen	8,25	8,35	1,21
2.8.2.5.3	Ermäßigte Gebühr ab vier gemeinsam untersuchten Wildschweinen (je Tier)	5,90	5,95	0,85
2.8.2.5.4	Probenahme bei Wildschweinen, wenn diese nicht anlässlich der Fleischuntersuchung oder durch den amtlich dafür geschulten Jagdausübungsberechtigten erfolgt (zzgl. je Tier)	6,50	6,80	4,62
2.8.2.6	Fleischuntersuchung bei Haawild (ohne Trichinenuntersuchung) je Tier; zzgl. 0,30 € je km zurückgelegter Wegstrecke	10,60	10,95	3,30
2.8.2.7	Erhöhungsbetrag für Rechnungsstellung bei Lfd. Nrn. 2.8.2.5.2 bis 2.8.2.6 (pro Rechnung)	6,60	6,75	2,27
2.8.2.8	Veterinärrechtliche Kontrollen und Überwachungstätigkeiten nach Art. 79 Abs. 2 c VO (EU) 2017/625 je angefangene Viertelstunde pro Person einschließlich Hin- und Rückfahrt	33,45	38,46	14,98
2.8.2.9	Sonstige Leistungen			
2.8.2.9.1	Amtliche Bescheinigungen für Tätigkeiten außerhalb der Gebührentatbestände unter 2.8.2.1 (insbesondere Viehhändler) je Bescheinigung	9,75	10,35	6,15
2.8.2.9.2	Überwachung von Fleischsendungen aus anderen Mitgliedstaaten oder anderen Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum je angefangene Viertelstunde	33,45	38,46	14,98
2.8.2.10	Sonstige gesetzliche oder von der zuständigen Behörde angeordnete Untersuchungen und Kontrollen je angefangene Viertelstunde	33,45	38,46	14,98
2.8.2.11	Verwaltungsrechtliche Maßnahmen wie Anordnungen und Auflagen	130,00	150,00	15,38
		bis	bis	
		2.370,00	2.730,00	15,19
2.8.3	Tierschutz			
2.8.3.1	Erteilung, Erweiterung, Änderung, Versagung oder Widerruf einer Erlaubnis	105,00	125,00	19,05
		bis	bis	
		1.175,00	1.390,00	18,30
2.8.3.2	Verwaltungsrechtliche Maßnahmen wie tierschutzrechtliche Anordnungen und Belehrungen	105,00	125,00	19,05
		bis	bis	
		1.175,00	1.390,00	18,30
2.8.3.3	Genehmigungen und Zulassungen nach Tierschutzrecht, je angefangene Viertelstunde	27,42	32,41	18,20
2.8.3.4	Einfuhrgenehmigung von Versuchstieren	73,00	86,00	17,81
		bis	bis	
		270,00	320,00	18,52
2.8.3.5	Tierschutzrechtliche Kontrollen und Überwachungstätigkeiten einschließlich Hin- und Rückfahrt gem. Art 79 Abs. 2 c VO (EU) 2017/625 (Nachkontrollen, Anlasskontrollen und Kontrollen mit Verstoßen) je Viertelstunde	27,42	32,41	18,20

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr alt EUR	Gebühr neu EUR	Veränderung in %
2.8.4	Tiergesundheit			
		66,00	76,00	15,15
2.8.4.1	Verwaltungsrechtliche Maßnahmen im Bereich Tiergesundheit	bis	bis	
		1.970,00	2.265,00	14,97
2.8.4.2	Genehmigungen, Zulassungen und Registrierungen, je angefangene Viertelstunde	33,45	38,46	14,98
		78,00	89,00	14,10
2.8.4.3	Tierseuchenrechtliche Kontrollen und Überwachungstätigkeiten gem. Art 79 Abs 2 c VO (EU) 2017/625 (Nachkontrollen, Anlasskontrollen und Kontrollen mit Verstößen)	bis	bis	
		710,00	820,00	15,49
2.8.4.4	Ausstellung von Veterinärzeugnissen und Bescheinigungen für Heimtiere im Reiseverkehr	40,00	46,00	15,00
		bis	bis	
		165,00	190,00	375,00
2.8.4.5	Ausstellung von Veterinärzeugnissen und Bescheinigungen bei Ausfuhr und Verbringen von Zucht-, Nutz- und Versuchstieren je angefangene Viertelstunde einschließlich Hin- und Rückfahrt	33,45	38,46	14,98
		16,00	19,00	18,75
2.8.5	Veterinärrechtliche Bescheinigungen und Beglaubigungen einfacher Art, die nicht die Fleischhygiene betreffen	bis	bis	
		33,00	38,00	15,15
2.8.6	Für gebührenpflichtige Leistungen, die in den Ziffern 2.8.1 bis 2.8.5 nicht vorgesehen sind, werden Gebühren nach den Sätzen für vergleichbare Leistungen berechnet.			unverändert
2.9	Polizeirecht			
2.9.1	Ausnahmen nach § 15 der Polizeiverordnung zur Sicherung der öffentlichen Ordnung und gegen umweltschädliches Verhalten in der Stadt Freiburg i.Br.	63,00	82,00	30,16
2.9.2	Erteilung von Wohnungsverweisen, Rückkehr- und Annäherungsverboten und Aufenthaltsverboten	140,00	185,00	32,14
		bis	bis	
		990,00	1.295,00	30,81
2.9.3	Verfügungen zur Herstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung	185,00	245,00	32,43
		bis	bis	
		520,00	680,00	30,77
2.9.4	Prüfung von polizeirechtlich relevanten Veranstaltungen außerhalb der antragsgebundenen Fälle der Koordination und Genehmigung von Veranstaltungen nach Gebühren-Nr. 2.4	55,00	72,00	30,91
		bis	bis	
		2.835,00	3.710,00	30,86
2.9.5	Rückforderungen der Kosten für Tiertransporte	110,00	} Jetzt Lfd.Nr. 1.1.3 im Geb.Verz. Anlage 2 zur Satzung.	
		bis		
		340,00		
2.10	Sonn- und Feiertagsgesetz			
	Erteilung von Befreiungen von Arbeits- und Veranstaltungsverboten gem. § 12 Sonn- und FeiertagsG	135,00	165,00	22,22
		bis	bis	
		500,00	465,00	-7,00
2.11	Sprengstoffrecht			
2.11.1	Erlaubnis nach § 7 SprengG			
		94,00	95,00	1,06
2.11.1.1	Erteilung oder wesentliche Änderung einer Erlaubnis	bis	bis	
		3.780,00	3.820,00	1,06
2.11.1.2	Erstellung jeder weiteren Ausfertigung	31,00	31,00	unverändert
2.11.2	Befähigungsschein nach § 20 Abs. 1 SprengG			
		94,00	95,00	1,06
2.11.2.1	Ausstellung oder wesentliche Änderung eines Befähigungsscheins	bis	bis	
		550,00	555,00	0,91
2.11.2.2	Verlängerung der Geltungsdauer eines Befähigungsscheins	70,00	70,00	unverändert
		bis	bis	
		375,00	380,00	1,33
2.11.3	Ausstellung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung nach § 21 Abs. 3 SprengG oder § 34 Abs. 2 1. SprengV	55,00	55,00	unverändert
		bis	bis	
		280,00	285,00	1,79
2.11.4	Erlaubnis nach § 27 Abs. 1 SprengG			
		70,00	71,00	1,43
2.11.4.1	Erteilung oder wesentliche Änderung der Erlaubnis	bis	bis	
		375,00	380,00	1,33
2.11.4.2	Verlängerung der Geltungsdauer der Erlaubnis	70,00	71,00	1,43
		bis	bis	
		375,00	380,00	1,33
2.11.5	Ersatzausfertigung für in Verlust geratene Erlaubnisse und Befähigungsscheine sowie Genehmigungen nach § 17 SprengG	78,00	79,00	1,28
		bis	bis	
		235,00	235,00	unverändert
2.11.6	Ausnahmen zum Erwerb von pyrotechnischen Gegenständen der Kategorie 2 nach § 24 Abs. 1 i.V.m. § 23 Abs. 2 1. SprengV	70,00	71,00	1,43
		bis	bis	
		375,00	380,00	1,33
2.11.7	Sonstige öffentliche Leistungen auf dem Gebiet des Sprengstoffrechts	47,00	47,00	unverändert
		bis	bis	
		3.780,00	3.820,00	1,06

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr alt EUR	Gebühr neu EUR	Veränderung in %
2.12	Titel, Orden und Ehrenzeichen			
	Genehmigung zum Erwerb (Sammeln von Orden und Ehrenzeichen) nach § 14 Abs. 2 des Gesetzes über Titel, Orden und Ehrenzeichen	135,00	155,00	14,81
2.13	Waffenrecht			
2.13.1	Ausnahmegenehmigung vom Mindestalter (§ 3 Abs. 3, § 27 Abs. 4 WaffG)	47,00 bis 94,00	47,00 bis 95,00	unverändert 1,06
2.13.2	Anordnung gegenüber Personen, die keine Erlaubnis für Waffenherstellung, -handel, Schießstätte benötigen (§ 9 Abs. 3 WaffG)	94,00 bis 455,00	95,00 bis 460,00	1,06 1,10
2.13.3	Erlaubnis zum Schießen außerhalb von Schießstätten (§§ 10 Abs. 5, 16 Abs. 3 WaffG)	47,00 bis 360,00	47,00 bis 365,00	unverändert 1,39
2.13.4	Ausstellung Munitionserwerbsschein (§ 10 Abs. 3 S. 2 WaffG)	94,00	95,00	1,06
2.13.5	Waffenschein			
2.13.5.1	Erteilung nach § 19 Abs. 1 WaffG für gefährdete Personen	360,00	365,00	1,39
2.13.5.2	Erteilung nach § 28 Abs. 1 WaffG für Unternehmer	535,00	540,00	0,93
2.13.5.3	Eintragung einer Wachperson in den Waffenschein einer Bewachungsfirma (§ 28 Abs. 4 WaffG) oder Zustimmung nach § 28 Abs. 3 Satz 2	94,00	95,00	1,06
2.13.5.4	Verlängerung (§ 10 Abs. 4 S. 2, 2. Halbsatz, § 28 Abs. 1 WaffG, § 19 Abs. 2 WaffG)	265,00	270,00	1,89
2.13.5.5	Eintragung / Austragung von Waffen im Waffenschein, sonstige Änderungen (§ 10 Abs. 4, § 28 Abs. 1 WaffG)	94,00	95,00	1,06
2.13.5.6	Erteilung kleiner Waffenschein (§ 10 Abs. 4 S. 4 WaffG)	130,00	135,00	3,85
2.13.6	Erlaubnis zum Erwerb und Besitz von Schusswaffen oder Munition für eine Person mit gewöhnlichem Aufenthalt in anderem EU-Staat (§ 11 Abs. 1 WaffG)	94,00	95,00	1,06
2.13.7	Erlaubnis zum Erwerb von Schusswaffen oder Munition in einem EU-Staat für Person mit gewöhnlichem Aufenthalt in Deutschland (§ 11 Abs. 2 WaffG)	47,00	47,00	unverändert
2.13.8	Waffenbesitzkarte			
2.13.8.1	Erteilung (außer lfd.Nr. 2.13.9.1)	115,00	115,00	unverändert
2.13.8.2	Erteilung einer weiteren Waffenbesitzkarte zeitgleich	47,00	47,00	unverändert
2.13.8.3	Erteilung einer Waffenbesitzkarte für mehrere Personen (§ 10 Abs. 2 WaffG)	Gebühr für die jeweilige Waffenbesitzkarte + Zuschlag von 25% pro Person	Gebühr für die jeweilige Waffenbesitzkarte + Zuschlag von 25% pro Person	unverändert
2.13.8.4	Nachträgliche Eintragung einer Mitinhaberschaft oder weiterer Berechtigter (§ 10 Abs. 2 S. 1 WaffG)	Gebühr für die jeweilige Waffenbesitzkarte	Gebühr für die jeweilige Waffenbesitzkarte	unverändert
2.13.8.5	Umschreibung Waffenbesitzkarte für Sportschützen (§ 14 Abs. 6 WaffG) oder einer Vereins-Waffenbesitzkarte nach Übergang Aufsicht Vereinswaffen (§ 10 Abs. 2 S. 4 WaffG)	94,00	95,00	1,06
2.13.8.6	Eintragung einer Waffe, eines Wechsellaufs o.ä., Änderung oder sonstige Eintragung in Waffenbesitzkarte, je Eintrag (§§ 10 Abs. 1 S. 1, 37a, 37g, 14 Abs. 6 WaffG bzw. Anl. 2 Abschnitt 2.1 oder 2.2)	39,00	39,00	unverändert
2.13.8.7	Eintragung einer oder mehrerer ererbter Waffen (zeitgleich) in eine bereits ausgestellte Waffenbesitzkarte (§ 20 Abs. 1 WaffG)	55,00	55,00	unverändert
2.13.8.8	Eintragung einer Erwerbsberechtigung (§§ 13 Abs. 2 Satz 2, 13 Abs. 3 S. 1, 14 Abs. 2 und 14 Abs. 5 WaffG)	115,00	115,00	unverändert
2.13.8.9	Austrag einer Waffe oder zeitgleich mehrerer Waffen aus einer oder mehreren Waffenbesitzkarten, pro Waffenbesitzkarte (§ 37a, 37g WaffG)	39,00	39,00	unverändert
2.13.8.10	Eintragung einer Munitionserwerbsberechtigung in eine Waffenbesitzkarte (§ 10 Abs. 3 S. 1 WaffG)	55,00	55,00	unverändert
2.13.8.11	Eintragung eines oder zeitgleich mehrerer Blockiersysteme (§ 20 Abs. 3, § 37 Abs. 1 WaffG)	39,00	39,00	unverändert
2.13.8.12	Ausnahme Einbau Blockiersystem für Waffen (§ 20 Abs. 6 WaffG)	55,00	55,00	unverändert
2.13.9	Waffenbesitzkarte für Waffen- und Munitionssammler und Sachverständige (§§ 17 Abs. 2, 18 Abs. 2 WaffG)			
2.13.9.1	Erteilung	280,00 bis 880,00	285,00 bis 890,00	1,79 1,14
2.13.9.2	Umschreibung wegen Änderung des Sammelthemas	265,00	270,00	1,89
2.13.10	Waffenhandel, Waffenherstellung			
2.13.10.1	Erlaubnis zur Herstellung, Bearbeitung oder Instandsetzung von Schusswaffen oder Munition (§ 21 Abs. 1 WaffG)	470,00 bis 3.150,00	475,00 bis 3.180,00	1,06 0,95
2.13.10.2	Erlaubnis zum Handel mit Schusswaffen oder Munition (§ 21 Abs. 1 WaffG)	470,00 bis 3.150,00	475,00 bis 3.180,00	1,06 0,95
2.13.10.3	Stellvertreterenerlaubnis für Waffengewerbe (§ 21a WaffG)	115,00 bis 785,00	115,00 bis 795,00	unverändert 1,27

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr alt EUR	Gebühr neu EUR	Veränderung in %
2.13.10.4	Bewilligung von Änderungen und Fristverlängerungen (§ 21 Abs. 5 WaffG)	115,00	115,00	unverändert
		bis	bis	
		785,00	795,00	1,27
2.13.10.5	Erlaubnis zum nicht gewerbsmäßigen Herstellen, Bearbeiten oder Instandsetzen von Schusswaffen (§ 26 Abs. 1 WaffG)	140,00	140,00	unverändert
		bis	bis	
		1.070,00	1.080,00	0,93
2.13.10.6	Überprüfung Waffenhandelsbücher (§ 60a WaffG)	94,00	95,00	1,06
		bis	bis	
		895,00	905,00	1,12
2.13.11	Anordnung der Kennzeichenanbringung auf Schusswaffe (§ 25a WaffG)	94,00	95,00	1,06
		bis	bis	
		455,00	460,00	1,10
2.13.12	Schießstätten			
2.13.12.1	Erlaubnis zum Betrieb/Änderung einer Schießstätte einschl. Abnahmeprüfung (§ 27 Abs. 1, § 27a Abs. 1 WaffG)	185,00	190,00	2,70
		bis	bis	
		2.140,00	2.160,00	0,93
2.13.12.2	Regel- und Sonderprüfungen von Schießstätten (§ 27a WaffG)	94,00	95,00	1,06
		bis	bis	
		895,00	905,00	1,12
2.13.12.3	Ausnahmen von Beschränkungen für Schießübungen auf Schießstätten (§ 9 Abs. 2 AWaffV)	94,00	95,00	1,06
		bis	bis	
		455,00	460,00	1,10
2.13.12.4	Untersagung der Ausübung der Aufsicht beim Schießen (§ 10 Abs. 4 AWaffV)	185,00	190,00	2,70
		bis	bis	
		895,00	905,00	1,12
2.13.13	Zulassung von Ausnahmen bei der Aufbewahrung von Waffen (§ 13 Abs. 4 und 5 AWaffV)	47,00	47,00	unverändert
		bis	bis	
		455,00	460,00	1,10
2.13.14	Erlaubnis/Zustimmung zum Verbringen oder zur Mitnahme von Waffen (§§ 29, 32 WaffG)	47,00	47,00	unverändert
2.13.15	Erlaubnis zum Verbringen von erlaubnispflichtigen Waffen/Munition durch einen Waffenhersteller oder -händler zu einem Waffenhersteller/-händler eines anderen EU-Staates oder Drittstaates (§ 30 WaffG)	125,00	125,00	unverändert
2.13.16	Europäischer Waffenpass (EFP, § 32 Abs. 6 WaffG)			
2.13.16.1	Ausstellung	94,00	95,00	1,06
2.13.16.2	Verlängerung der Geltungsdauer	39,00	39,00	unverändert
2.13.16.3	Verlängerung der Geltungsdauer der Einzelgenehmigung im Feld 4 des EFP	39,00	39,00	unverändert
2.13.16.4	Eintrag/Austrag einer oder mehrerer Waffen zeitgleich aus einem bzw. in einen EFP	26,00	27,00	3,85
2.13.16.5	Änderung einer sonstigen Eintragung im EFP	26,00	27,00	3,85
2.13.17	Erteilung sonstiger waffenrechtlicher Erlaubnisse, Anordnungen oder Anzeigebescheinigungen (z.B. §§ 9 Abs. 1 und 2, 12 Abs. 5, 16 Abs. 2, 35 Abs. 3, 36 Abs. 6, 37 c, 37 h, 39 Abs. 3, 42 Abs. 2 WaffG, §§ 23 Abs. 2, 25 Abs. 1 S. 1 AWaffV)	39,00	39,00	unverändert
		bis	bis	
		895,00	905,00	1,12
2.13.18	Ausstellung einer Ersatzausfertigung für eine in Verlust geratene waffenrechtliche Erlaubnis, Anzeigenbescheinigung etc.	Gebühr in Höhe der Gebühr für die jeweilige waffenrechtliche Erlaubnis	Gebühr in Höhe der Gebühr für die jeweilige waffenrechtliche Erlaubnis	unverändert
2.13.19	Versagung waffenrechtlicher Erlaubnisse wegen fehlender Voraussetzungen (§ 4 WaffG)	185,00	190,00	2,70
		bis	bis	
		895,00	905,00	1,12
2.13.20	Ablehnung einer Anzeigebescheinigung (§ 37 h Abs. 1 WaffG)	47,00	47,00	unverändert
2.13.21	Rücknahme, Widerruf waffenrechtlicher Erlaubnis (§ 45 WaffG)	185,00	190,00	2,70
		bis	bis	
		895,00	905,00	1,12
2.13.22	Festsetzung eines unbefristeten Waffenbesitzverbotes (§ 41 Abs. 1 und 2 WaffG)	180,00	180,00	unverändert
		bis	bis	
		535,00	540,00	0,93
2.13.23	Anordnung zur Unbrauchbarmachung, Abgabe oder Sicherstellung eines oder mehrerer Gegenstände nach Widerruf, Rücknahme von Erlaubnissen, Waffenbesitzverbot (§ 46 WaffG) oder verbotener Gegenstände (§ 40 Abs. 5 WaffG) oder zur Einziehung (§ 46 Abs. 5 WaffG)	94,00	95,00	1,06
		bis	bis	
		455,00	460,00	1,10
2.13.24	Anerkennung eines Lehrganganbieters, Anerkennung von Lehrgängen (§ 3 Abs. 2 und 3 AWaffV)	375,00	380,00	1,33
		bis	bis	
		1.320,00	1.335,00	1,14
2.13.25	Waffenrechtliche Unbedenklichkeitsbescheinigung (§ 4 WaffG)	63,00	63,00	unverändert

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr alt EUR	Gebühr neu EUR	Veränderung in %
2.13.26	Vor-Ort-Kontrolle nach § 36 Abs. 3 WaffG			
2.13.26.1	Überprüfung der sicheren Aufbewahrung von Schusswaffen und Munition	60,00	61,00	1,67
		bis	bis	
		650,00	660,00	1,54
2.13.26.2	Nachkontrolle nach vorhergehender Beanstandung	60,00	61,00	1,67
		bis	bis	
		460,00	465,00	1,09
2.13.26.3	Erfolgloser Kontrollversuch trotz Terminvereinbarung oder Terminankündigung	86,00	87,00	1,16
2.13.26.4	Erfolgloser Kontrollversuch bei Verweigerung der unangemeldeten Kontrolle	86,00	87,00	1,16
2.14.	Prostituiertenschutzgesetz			
2.14.1	Erlaubnis für ein Prostitutionsgewerbe (§ 12 Prostituiertenschutzgesetz)	695,00	775,00	11,51
		bis	bis	
		4.665,00	5.180,00	11,04
2.14.2	Stellvertretungserlaubnis (§ 13 Prostituiertenschutzgesetz)	230,00	255,00	10,87
		bis	bis	
		1.395,00	1.550,00	11,11
2.14.3	Regelüberprüfung der Zuverlässigkeit im Prostitutionsgewerbe (§ 15 Abs. 3 Prostituiertenschutzgesetz)	93,00	100,00	7,53
		bis	bis	
		465,00	515,00	10,75
3.	Amt für Schule und Bildung			
3.1	Ausdrucken von im PC gespeicherten Zeugnissen oder Kopieren der Originalzeugnisse über das schuleigene Kopiergerät	6,10	5,50	-9,84
3.2	Ersatzausstellung für einen Schüler*innenausweis	6,40	6,30	-1,56
3.3	Bearbeitungsgebühr bei vorzeitigem Austritt aus den öffentlichen Fachschulen der Stadt Freiburg i.Br.	51,30	55,70	8,58
4.	Baurechtsamt			
4.1	Allgemeines			
4.1.1	Berechnung der Gebühren			
4.1.1.1	Ist im Zusammenhang mit einer baurechtlichen Entscheidung auch eine weitere Entscheidung zu treffen, z.B. nach - Wasserrecht - Straßenrecht - Naturschutzrecht - Denkmalschutz - Sanierungssatzung - Betriebssicherheitsverordnung - Milieuschutz so sind die dafür entstehenden Kosten mit zu erheben.			
4.1.1.2	Soweit die Gebühren nach den Baukosten berechnet werden (lfd. Nrn. 4.4.1, 4.4.2, 4.4.6, 4.5.1, 4.9.1) ist von den Kosten nach DIN 276 Teil 4 Kostengliederung Nrn. 300 – 469 (Ausgabe Dezember 2008) auszugehen, die am Ort der Bauausführung im Zeitpunkt der Erteilung der Genehmigung zur Erstellung des Vorhabens erforderlich sind, einschließlich des Wertes etwaiger Eigenleistungen (Material- und Arbeitsleistungen). Die Baukosten sind auf 1.000 Euro aufzurunden. Zu den Baukosten gehört die auf diese Kosten entfallende Umsatzsteuer.			
4.1.2	Gebührenerhöhung			
4.1.2.1	Bei der Prüfung von Bauvorlagen einschließlich der erforderlichen örtlichen Überprüfungen für ohne Baugenehmigung ausgeführte genehmigungs- oder zustimmungsbedürftige bauliche Anlagen, fällt bei nachträglicher Genehmigung oder bei nachträglicher Erteilung einer erforderlichen Befreiung, Ausnahme oder Abweichung in einem selbstständigen Verfahren das Dreifache der Gebühr nach lfd.Nr.f. 4.4, 4.7.1 und 4.8 an.			
4.1.2.2	Bei der Prüfung von Bauvorlagen einschließlich der erforderlichen örtlichen Überprüfungen für ohne Baugenehmigung ausgeführte Nutzungsänderungen fällt bei nachträglicher Genehmigung maximal das Zweifache der Gebühr nach lfd.Nr. 4.4.3 an.			
4.2	Erteilung einer Abgeschlossenheitsbescheinigung (§ 7 Abs. 4 Nr. 2 und § 32 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 WEG)			
4.2.1	für 5 Sonder- bzw. Teileigentumseinheiten	194,68	210,04	7,89
4.2.2	für jeweils bis zu weiteren 5 Teileigentumseinheiten	24,34	26,26	7,89
4.2.3	bei Nachträgen für je 2 geänderte Sonder- bzw. Teileigentumseinheiten	97,34	105,02	7,89
4.2.4	Mit jeder Bescheinigung nach den Ziffern 4.2.1 – 4.2.4 sind 5 Ausfertigungen abgegolten, für jede weitere Mehrfertigung	24,34	26,26	7,89
4.3	Kenntnisgabeverfahren (§ 51 LBO) und Teilung von Grundstücken (§ 8 LBO)			
4.3.1	Kenntnisgabeverfahren (§ 51 LBO)	389,36	420,08	7,89
4.3.2	Teilung von Grundstücken (§ 8 LBO)	146,01	157,53	7,89

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr alt EUR	Gebühr neu EUR	Veränderung in %
4.4	Baugenehmigung (§ 58 LBO), Genehmigung nach dem vereinfachten Verfahren (§ 52 LBO) und Zustimmung (§ 70 LBO)			
4.4.1	Genehmigung von Anlagen und Einrichtungen (§ 49 Abs. 1 LBO)	7,0 v.T. der Baukosten, mindestens 486,70 €	7,0 v.T. der Baukosten, mindestens 525,10	Mindestgebühr: 7,89 %
4.4.2	Genehmigung nach dem vereinfachten Verfahren (§ 52 LBO)	5,0 v.T. der Baukosten, mindestens 389,36 €	5,0 v.T. der Baukosten, mindestens 420,08 €	Mindestgebühr: 7,89%
4.4.3	Genehmigung, wenn der Gebührenberechnung Baukosten nicht zugrunde gelegt werden können	486,70 bis 7.787,20	525,10 bis 8.401,60	7,89 7,89
4.4.4	Genehmigungsfiktion nach § 54 Abs. 5 LBO		4,0 v.T. der Baukosten, mindestens 315,06 €	neuer TB
4.4.5	Verlängerung der Geltungsdauer von Bescheiden pro Bescheid	292,02 bis 3.893,60	315,06 bis 4.200,80	7,89 7,89
4.4.6	Genehmigung einer Werbeanlage (z.B. Schild, Transparent, Schriftzug (Einzelbuchstaben), Fahne und dgl.)	48,67 bis 1.460,10	52,51 bis 1.575,30	7,89 7,89
4.4.7	Erteilung einer Zustimmung nach § 70 Abs. 1 LBO	5,0 v.T. der Baukosten, mindestens 389,36 €	5,0 v.T. der Baukosten, mindestens 420,08 €	Mindestgebühr: 7,89%
4.4.8	Rücknahme eines unvollständigen Antrags oder Zurückweisung wegen Unvollständigkeit	292,02	315,06	7,89
4.5	Erteilung eines Bauvorbescheids § 57 LBO			
4.5.1	wenn der Gebührenberechnung Baukosten zugrunde gelegt werden können	4,0 v.T. der Baukosten, mindestens 389,36 €	4,0 v.T. der Baukosten, mindestens 420,04 €	Mindestgebühr: 7,89%
4.5.2	wenn der Gebührenberechnung keine Baukosten zugrunde gelegt werden können	389,36 bis 7.787,20	420,08 bis 8.401,60	7,89 7,89
4.5.3	„unechter Bauvorbescheid“ bei verfahrensfreien Vorhaben (§ 50 Abs. 5 Satz 2 LBO)	292,02 bis 7.787,20	315,06 bis 8.401,60	7,89 7,89
4.5.4	Verlängerung der Geltungsdauer eines Bauvorbescheids (pro Bescheid)	292,02 bis 3.893,60	315,06 bis 4.200,80	7,89 7,89
4.5.5	Rücknahme eines unvollständigen Antrags oder Zurückweisung wegen Unvollständigkeit	292,02	315,06	7,89
4.6	Bearbeitung einer Baulastklärung (§ 71 LBO)	243,35 bis 1.460,10	262,55 bis 1.575,30	7,89 7,89
4.7	Abweichungen, Ausnahmen und Befreiungen von baurechtlichen Vorschriften und Festsetzungen eines Bebauungsplans			
4.7.1	Bearbeitung eines eigenständigen Verfahrens bei ansonsten verfahrensfreien Vorhaben	292,02	315,06	7,89
4.7.2	je Abweichung / Ausnahme / Befreiung	97,34 bis 6.000,00	105,02 bis 6.000,00	7,89 unverändert
4.8	Anordnungen im Rahmen des Bauordnungsrechts	389,36 bis 7.787,20	420,08 bis 8.401,60	7,89 7,89
4.9	Bauüberwachung, Bauabnahmen und sonstige Baukontrollen, Gebrauchsabnahmen fliegender Bauten			
4.9.1	Für die Bauüberwachung (§ 66 LBO) und bis zu zwei Abnahmen (§ 67 LBO)	1,1 v.T. der Baukosten, mindestens 389,36 Euro	0,8 v.T. der Baukosten, mindestens 420,08 Euro	-0,3 v.T., Mindestgebühr 7,89%
4.9.2	Für jede weitere Bauabnahme, sonstige Bauüberwachung, Gebrauchsabnahme fliegender Bauten außerhalb von Genehmigungsverfahren	194,68 bis 7.300,50	105,02 bis 7.876,50	-46,06 7,89
4.10	Brandverhütungsschau vor Ort einschließlich Vor- und Nachbereitung; Nachschau und weitere Verfahrensschritte	292,02 bis 3.893,60	315,06 bis 4.200,80	7,89 7,89

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr alt EUR	Gebühr neu EUR	Veränderung in %
4.11	Schornsteinfegerwesen			
4.11.1	Bestellung als bevollmächtigter Bezirkschornsteinfeger nach § 10 SchfHwG	681,38	735,14	7,89
4.11.2	Wiederbestellung als bevollmächtigter Bezirks-schornsteinfeger nach § 10 SchfHG	292,02	315,06	7,89
4.11.3	Aufhebung der Bestellung nach § 12 SchfHwG	292,02	315,06	7,89
4.11.4	Einziehung der Gebühr nach § 20 Abs. 1 SchfHwG	243,35	262,55	7,89
4.11.5	Zweitbescheid nach § 25 Abs. 2 SchfHwG	292,02	315,06	7,89
4.11.6	Mängelbeseitigung nach § 5 SchfHwG i.V.m. § 47 LBO	292,02	315,06	7,89
		bis	bis	
		973,40	1.050,20	7,89
4.12	Denkmalschutz			
4.12.1	Erteilung einer Bescheinigung nach §§ 7 i, 10 f, 10 g, 11 b Einkommensteuergesetz zur Inanspruchnahme einer Steuerbegünstigung zu Herstellungs- und Anschaffungskosten sowie zur Absetzung von Erhaltungsaufwand bei Baudenkmalen			
	bei bescheinigten Aufwendungen			
4.12.1.1	bis 2.500 EUR	101,00	120,00	18,81
4.12.1.2	bis 25.000 EUR	202,00	240,00	18,81
4.12.1.3	bis 50.000 EUR	303,00	360,00	18,81
4.12.1.4	bis 250.000 EUR	404,00	480,00	18,81
4.12.1.5	bis 500.00 EUR	808,00	960,00	18,81
4.12.1.6	je weitere 500.00 EUR	202,00	240,00	18,81
4.12.2	Denkmalschutzrechtliche Entscheidung (§ 7 DSchG)	73,01	157,50	115,72
		bis	bis	
		3.893,60	4.200,00	7,87
4.12.3	Rücknahme eines unvollständigen Antrags oder Zurückweisung wegen Unvollständigkeit		78,75	neuer TB
4.12.4	Denkmalrechtliche Genehmigung von Balkonsolaranlagen pro Balkonsolaranlage		50,00	neuer TB
5.	Forstamt			
5.1	Forstverwaltung - Landeswaldgesetz			
5.1.1	Genehmigung zur Beseitigung eines Baumbestandes für betriebliche Einrichtungen (§ 9 Abs. 7 LWaldG)	77,00	82,00	6,49
		bis	bis	
		205,00	218,00	6,34
5.1.2	Genehmigung von Kahlhieben > 1 ha (§ 15 Abs. 3 LWaldG)	102,00	109,00	6,86
		bis	bis	
		411,00	437,00	6,33
5.1.3	Genehmigung der Nutzung hiebsunreifer Bestände (§ 16 Abs. 1 und 3 LWaldG)	102,00	109,00	6,86
		bis	bis	
		411,00	437,00	6,33
5.1.4	Verlängerung der Wiederaufforstungsfrist (§ 17 Abs. 1 und 3 LWaldG)	51,00	54,00	5,88
		bis	bis	
		411,00	437,00	6,33
5.1.5	Genehmigung zur Teilung von Waldgrundstücken (§ 24 Abs. 1 LWaldG)	77,00	82,00	6,49
		bis	bis	
		411,00	437,00	6,33
5.1.6	Bescheinigung über die Nichtausübung eines Vorkaufsrechts (Negativattest) gem. § 25 LWaldG	77,00	82,00	6,49
		bis	bis	
		411,00	437,00	6,33
5.1.7	Verpflichtung zur Duldung der Anlage eines Weges (§ 28 Abs. 1 LWaldG)	77,00	82,00	6,49
		bis	bis	
		617,00	656,00	6,32
5.1.8	Genehmigung zur Errichtung oder Erweiterung eines Geheges im Wald (§ 34 Abs. 1 LWaldG)	77,00	82,00	6,49
		bis	bis	
		1.441,00	1.531,00	6,25
5.1.9	Genehmigung organisierter Veranstaltungen (§ 37 Abs. 2 LWaldG)	25,00	27,00	8,00
		bis	bis	
		1.029,00	1.093,00	6,22
5.1.10	Genehmigung zur Kennzeichnung neuer Wanderwege (§ 37 Abs. 5 LWaldG)	77,00	82,00	6,49
		bis	bis	
		411,00	437,00	6,33
5.1.11	Anordnung der Beseitigung eines Zaunes (§ 37 Abs. 7 LWaldG)	51,00	54,00	5,88
		bis	bis	
		514,00	546,00	6,23
5.1.12	Genehmigung der Sperrung von Wald (§ 38 Abs. 1 und 2 LWaldG)	51,00	54,00	5,88
		bis	bis	
		514,00	546,00	6,23
5.1.13	Genehmigung organisierter Veranstaltungen zum Sammeln der in § 40 LWaldG genannten Walderzeugnisse	51,00	54,00	5,88
		bis	bis	
		411,00	437,00	6,33
5.1.14	Genehmigung zum Anzünden von Feuer, zur Verwendung von offenem Licht, zum flächenweisen Abbrennen von Bodendecken, Pflanzen oder Pflanzenresten, für Anlagen, die mit der Errichtung oder dem Betrieb einer Feuerstätte verbunden sind, im Abstand von weniger als 100 m vom Wald	51,00	54,00	5,88
		bis	bis	
		411,00	437,00	6,33

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr alt EUR	Gebühr neu EUR	Veränderung in %
5.1.15	Forstaufsichtliche Anordnungen (§ 68 Abs. 1 LWaldG)	51,00	54,00	5,88
		bis	bis	
		823,00	874,00	6,20
5.1.16	Verpflichtung von Privatforstbediensteten als Forstschutzbeauftragte (§ 80 Abs. 1 und 2 LWaldG)	102,00	27,00	-73,53
			bis	
			437,00	328,34
5.1.17	Sonstige Aufgaben der unteren Forstbehörde	102,00	27,00	-73,53
			bis	
			1.093,00	971,57
5.2	Kreisjagdamt			
5.2.1	Jagdscheine			
5.2.1.1	Einjahresjagdschein	52,50 zzgl. Jagdabgabe	70,00 zzgl. Jagdabgabe	33,33
5.2.1.2	Dreijahresjagdschein	105,00 zzgl. Jagdabgabe	140,00 zzgl. Jagdabgabe	55,90
5.2.1.3	Tagesjagdschein	26,30 zzgl. Jagdabgabe	41,00 zzgl. Jagdabgabe	55,90
5.2.1.4	Jugendjagdschein	26,30 zzgl. Jagdabgabe	41,00 zzgl. Jagdabgabe	55,90
5.2.1.5	Zweitfertigung Jagdschein	26,30	41,00	55,89
	Anmerkung zu Lfd.Nrn. 5.2.1.1 und 5.2.1.2: Die Gebühr für den Jahresjagdschein und den Dreijahresjagdschein ist unabhängig vom Zeitpunkt der Ausstellung in voller Höhe zu entrichten.			
5.2.1.6	Von der Entrichtung der Jagdscheingebühr sind befreit:			
5.2.1.6.1	Kommunale und staatliche Forstbedienstete, soweit Jagd zu den Dienstaufgaben zählt, und Personen, die sich in einer forstlichen Ausbildung befinden (Bescheinigung des Dienstherrn ist erforderlich)	gebührenfrei	gebührenfrei	unverändert
5.2.1.6.2	Privatforstbeamte und forstliche Angestellte, die jagdliche Aufgaben erfüllen	gebührenfrei	gebührenfrei	unverändert
5.2.1.6.3	Wildtierschützer nach § 48 JWMG, die ihre Tätigkeit hauptberuflich ausüben und ihren Lebensunterhalt für sich und ihre Angehörige überwiegend aus den Einkünften dieser Tätigkeit bestreiten, und Personen, die sich in der für Berufsjäger vorgeschriebenen Berufsausbildung befinden.	gebührenfrei	gebührenfrei	unverändert
5.2.1.7	Versagung eines Jagdscheins (§ 17 BJagdG)	51,00	54,00	5,88
		bis	bis	
		411,00	437,00	6,33
5.2.1.8	Einziehung eines Jagdscheins (§ 18 BJagdG)	51,00	54,00	5,88
		bis	bis	
		823,00	874,00	6,20
5.2.2	Jagd			
5.2.2.1	Fallensachkundennachweis (§ 32 Abs. 4 JWMG, § 7 JWMG)	102,00	109,00	6,86
5.2.2.2	Genehmigung zur Jagdausübung im befriedeten Bezirk (§ 13 Abs. 4 JWMG)	51,00	54,00	5,88
		bis	bis	
		205,00	218,00	6,34
5.2.2.3	Anerkennung als Wildtierschützer/in (§ 48 Abs. 2 JWMG)	102,00	109,00	6,86
5.2.2.4	Sonstige Aufgaben der unteren Jagdbehörde je Stunde	102,00	27,00	-73,53
			bis	
			1.093,00	971,57
6.	Kulturamt			
	Ausstellung einer Bescheinigung über die Befreiung von der Umsatzsteuer gem. § 4 Nr. 20 und Nr. 21 des Umsatzsteuergesetzes	70,00	70,00	unverändert
7.	Standesamt			
7.1	Bestattungswesen			
7.1.1	Ausstellung einer Feuerbestattungserlaubnis (§ 35 Abs. 1 BestattG, § 16 BestattVO)	25,50	24,50	-3,92
7.1.2	Ausstellung eines Leichenpasses (§ 44 BestattG, § 28 BestattVO)	34,00	33,00	-2,94
7.1.3	Erlaubnis zur Urnenbeisetzung an anderen Orten, z.B. Seebestattungen (§ 33 Abs. 1, 3 BestattG, § 25 Abs. 2, 3 BestattVO)	85,00	82,50	-2,94
7.1.4	Erlaubnis zur Ausgrabung von Leichen z.B. für Umbettungen oder Tieferlegungen (§ 41 BestattG, § 35 BestattVO)			
7.1.4.1	nach Ablauf der Ruhezeit (über 15 Jahre)	85,00	82,50	-2,94
7.1.4.2	während der Ruhezeit (nach 5 Jahren, aber vor Ablauf von 15 Jahren)	85,00	157,00	84,71
7.1.4.3	während der Ruhezeit (vor Ablauf von 5 Jahren)	85,00	281,00	230,59
7.1.5	Erlaubnis zur Aufbahrung von Leichen (§ 13 Abs. 2 BestattVO)	85,00	82,50	-2,94
7.2	Namensänderung			
7.2.1	Änderung eines Familiennamens	242,00	235,00	-2,89
		bis	bis	
		1.627,00	1.593,00	-2,09

Bisher
einheitlicher
TB 7.1.4,
jetzt in drei
TBs
aufgeteilt.

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr alt EUR	Gebühr neu EUR	Veränderung in %
7.2.2	Aenderung eines Vornamens	204,00	198,00	-2,94
		bis	bis	
		1.013,00	996,00	-1,68
7.2.3	Nachträglich ausgefertigte beglaubigte Abschrift einer Namensänderungsurkunde	25,50	24,50	-3,92
7.3	Personenstandsangelegenheiten: In Personenstandsangelegenheiten werden ansonsten Gebühren nach der Verordnung des Innenministeriums zur Durchführung des Personenstandsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung erhoben.			unverändert
8.	Standesamt Freiburg-Ebnet			
	Trauung Schloss Ebnet: Gartensaal, Fläche vor Freitreppe oder Steinkreis (zzgl. der Gebühren nach Lfd.Nr. 7.3)	365,00	413,00	13,15
9.	Standesamt Freiburg-Hochdorf			
9.1	Trauung im Kastaniengarten (zzgl. der Gebühr nach Lfd.Nr. 7.3)	62,60	58,66	-6,29
9.2	Aufbau Mikrofonanlage		13,04	neuer TB
9.3	Längere Verweildauer im Garten pro angefangene 10 Min.		13,04	neuer TB
10.	Standesamt Freiburg-Lehen			
	Trauung im Lehener Türmle (zzgl. der Gebühr nach Lfd.Nr. 7.3)	230,00	238,00	3,48
11.	Standesamt Freiburg-Munzingen			
	Trauung auf der Freifläche auf dem Wasserhochbehälter (zzgl. der Gebühr nach Lfd.Nr. 7.3)	76,00	68,00	-10,53
12.	Standesamt Freiburg-Opfingen			
	Trauung am Opfinger See (zzgl. der Gebühren nach Lfd.Nr. 7.3)	200,00	220,00	10,00
13.	Standesamt Freiburg-Tiengen			
13.1	Trauung am Reutemattensee ohne Eigenleistung (zzgl. der Gebühren nach Lfd.Nr. 7.3)	101,00	127,00	25,74
13.2	Trauung am Reutemattensee mit Eigenleistung (zzgl. der Gebühren nach Lfd.Nr. 7.3)		37,00	neuer TB
13.3	Trauung im Tuniberghaus (zzgl. der Gebühren nach Lfd.Nr. 7.3)	60,00	71,00	18,33
13.4	Trauung im Gewölbekeller der Kulturturkogel (zzgl. der Gebühren nach Lfd.Nr. 7.3)		178,00	neuer TB
14.	Standesamt Freiburg-Waltershofen			
	Trauung auf dem ehemaligen Wasserreservoir (zzgl. der Gebühren nach Lfd.Nr. 7.3)	66,00	70,00	6,06
15.	Umweltschutzamt			
15.1	Abfall- und Altlastenrecht			
15.1.1	Anordnung und sonstige Entscheidungen zur Durchführung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWtG) und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen in der jeweils geltenden Fassung.	50,93	52,79	3,65
		bis	bis	
		6.111,60	6.334,20	3,64
15.1.2	Entscheidungen bei Anzeigen gemeinnütziger und gewerblicher Sammlungen nach § 18 KrWtG	50,93	52,79	3,65
		bis	bis	
		662,09	686,21	3,64
15.1.3	Bestätigung einer Anzeige für Sammler, Beförderer, Händler und Makler von Abfällen nach § 53 KrWtG	50,93	52,79	3,65
		bis	bis	
		662,09	686,21	3,64
15.1.4	Erteilung/Änderung einer Erlaubnis für das Sammeln, Befördern, Handeln und Makeln von gefährlichen Abfällen nach § 54 KrWtG	76,40	79,18	3,64
		bis	bis	
		1.629,76	1.689,12	3,64
15.1.5	Anordnungen zur Untersuchung von Altlasten / schädlichen Bodenveränderungen (SBV) (§ 9 Abs. 1 und 2 BBodSchG, § 1 Abs. 2, § 4 LBodSchAG)	152,79	158,36	3,65
		bis	bis	
		4.074,40	4.222,80	3,64
15.1.6	Anordnungen zur Abwehr SBV und zur Sanierung von Altlasten / SBV (§ 10 Abs. 1 i.V.m. § 4 Abs. 3 BBodSchG, § 1 Abs. 2 LBodSchAG)	203,72	211,14	3,64
		bis	bis	
		6.111,60	6.334,20	3,64
15.1.7	Anordnung zur Überwachung von Altlasten / SBV (§§ 15, 16 BBodSchG, § 1 Abs. 2, § 4 LBodSchAG)	152,79	158,36	3,65
		bis	bis	
		4.074,40	4.222,80	3,64
15.1.8	Anordnung einer Sanierungsuntersuchung, eines Sanierungsplans (SP): Erlass einer Verbindlichkeitserklärung eines SP oder Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrags jeweils bei Altlast / SBV (§ 13 BBodSchG, § 1 Abs. 2, § 4 LBodSchAG)	662,09	686,21	3,64
		bis	bis	
		127.121,28	131.751,36	3,64
15.1.9	Sonstige Anordnungen (§ 10 BBodSchG auch i.V.m. nach BBodSchG erlassenen Rechtsvorschriften)	101,86	105,57	3,64
		bis	bis	
		2.546,50	2.639,25	3,64
15.2	Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit			
15.2.1	Sozialer Arbeitsschutz			
15.2.1.1	Anordnungen, Genehmigungen, Ausnahmegenehmigungen, Zulassungen oder Erlaubnisse nach dem Arbeitszeitgesetz (ArbZG), dem Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG) und der Kinderarbeitsschutzverordnung (KindArbSchG), dem Gesetz über Ladenöffnung (LadÖG) sowie dem Fahrpersonalgesetz (FPersG)	101,86	105,57	3,64
		bis	bis	
		6.111,60	6.334,20	3,64

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr alt EUR	Gebühr neu EUR	Veränderung in %
15.2.1.2	Ausnahmebewilligungen nach § 13 Abs. 3 ArbZG	101,86	105,57	3,64
		bis	bis	
		3.259,52	3.378,24	3,64
15.2.1.3	Ausnahmebewilligungen nach § 13 Abs. 4 und 5 ArbZG	101,86	105,57	3,64
		bis	bis	
		4.074,40	4.222,80	3,64
15.2.1.4	Ausnahmebewilligungen nach § 15 Abs. 1 und 2 ArbZG	101,86	105,57	3,64
		bis	bis	
		1.629,76	1.689,12	3,64
15.2.1.5	Ausnahmebewilligungen nach § 6 i.V.m. § 54 I ArbSchG	101,86	105,57	3,64
		bis	bis	
		1.629,76	1.689,12	3,64
15.2.2	Technischer Arbeitsschutz			
15.2.2.1	Anordnungen, Genehmigungen, Ausnahmegenehmigungen, Zulassungen oder Erlaubnisse nach dem Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG), dem Geräte- und Produktsicherheitsgesetz (GPSG), dem Chemikaliengesetz (ChemG), dem Gefahrgutbeförderungsgesetz (GGBefG), dem Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG) und dem Sprengstoffgesetz (SprengG) sowie nach den jeweils dazu erlassenen Verordnungen, sofern nicht gesondert geregelt	101,86	105,57	3,64
		bis	bis	
		9.167,40	9.501,30	3,64
15.2.2.2	Erlaubnis nach § 18 Betriebssicherheitsverordnung (BetrSichV)			
15.2.2.2.1	bei Errichtungskosten bis 500.000 EUR	3 v.T. der Kosten, mind. 407,44 €	4 v.T. der Kosten, mind. 422,28 €	1 v.T., Mindestgebühr = 3,64 %
15.2.2.2.2	bei Errichtungskosten bis 5.000.000 EUR	2 v.T. der Kosten, mind. 2.648,36 €	3 v.T. der Kosten, mind. 2.744,82 €	1 v.T., Mindestgebühr = 3,64 %
15.2.2.2.3	bei Errichtungskosten über 5.000.000 EUR	19.353,40 € zzgl. 1 v.T. des die 5.000.000 € übersteigenden Betrages	20.058,30 € zzgl. 1 v.T. des die 5.000.000 € übersteigenden Betrages	Mindestgebühr = 3,64 %
	Anmerkungen zu Lfd.Nrn. 15.2.2.2:			
	1. Bei einer Berechnung der Kosten kommen nur diejenigen Teile der Anlage in Betracht, auf die sich die Erlaubnis erstreckt. Der Wert der Grundfläche sowie die Kosten von dazugehörigen Hochbauten werden nicht berücksichtigt.			
	2. Erstreckt sich das Verfahren zugleich auf andere behördliche Entscheidungen, so sind zusätzlich die hierfür vorgesehenen Gebühren zu erheben.			
	3. Werden für die Errichtung und den Betrieb je eine getrennte Erlaubnis erteilt, so sind anzusetzen			
	für die Erlaubnis zur Errichtung	75 v.H. der vorstehenden Beträge	75 v.H. der vorstehenden Beträge	unverändert
	für die Erlaubnis zum Betrieb	50 v.H. der vorstehenden Beträge	50 v.H. der vorstehenden Beträge	unverändert
	4. Bei Erlaubnissen mit besonders erhöhtem Bearbeitungsaufwand kann die Gebühr um bis zur Hälfte der errechneten Gebühr erhöht werden.			
15.3	Immissionsschutzrecht			
15.3.1	Genehmigung im förmlichen Verfahren nach § 4 Abs. 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) i.V. mit der 4. BImSchV	662,09	686,21	3,64
		bis	bis	
		64.171,80	66.509,10	3,64
15.3.2	Genehmigung im vereinfachten Verfahren nach § 4 Abs. 1, § 19 BImSchG i.V. mit der 4. BImSchV	127,33	131,96	3,64
		bis	bis	
		64.171,80	66.509,10	3,64
15.3.3	Änderungsgenehmigung nach § 16 BImSchG i.V. mit der 4. BImSchV	127,33	131,96	3,64
		bis	bis	
		64.171,80	66.509,10	3,64
15.3.4	Teilgenehmigung nach § 8 BImSchG	127,33	131,96	3,64
		bis	bis	
		64.171,80	66.509,10	3,64
15.3.5	Vorbescheid nach § 9 BImSchG	127,33	131,96	3,64
		bis	bis	
		64.171,80	66.509,10	3,64
15.3.6	Zulassung vorzeitigen Beginns nach § 8 a BImSchG	127,33	131,96	3,64
		bis	bis	
		38.197,50	39.588,75	3,64
15.3.7	Fristverlängerung nach § 18 Abs. 3 BImSchG	127,33	131,96	3,64
		bis	bis	
		38.197,50	39.588,75	3,64

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr alt EUR	Gebühr neu EUR	Veränderung in %
15.3.8	Zusätzliches Verfahren nach § 6 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) oder § 7 UVPG (Vorprüfung des Einzelfalles)	76,40	79,18	3,64
		bis	bis	
		64.171,80	66.509,10	3,64
15.3.9	Genehmigung von Versuchsanlagen nach § 2 Abs. 3 Satz 1 der 4. BImSchV	127,33	131,96	3,64
		bis	bis	
		38.197,50	39.588,75	3,64
15.3.10	Bearbeitung einer Anzeige nach §§ 15, 67 BImSchG	127,33	131,96	3,64
		bis	bis	
		38.197,50	39.588,75	3,64
15.3.11	Nachträgliche Anordnung nach § 17 BImSchG	127,33	131,96	3,64
		bis	bis	
		38.197,50	39.588,75	3,64
15.3.12	Anordnung nach §§ 20, 21, 24 oder 25 BImSchG	76,40	79,18	3,64
		bis	bis	
		12.732,50	13.196,25	3,64
15.3.13	Messanordnung nach §§ 26, 28, 29 oder 29a BImSchG	76,40	79,18	3,64
		bis	bis	
		12.732,50	13.196,25	3,64
15.3.14	Überwachung nach § 52 BImSchG	76,40	79,18	3,64
		bis	bis	
		12.732,50	13.196,25	3,64
15.3.15	Anordnungen und sonstige Entscheidungen zur Durchführung des BImSchG und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsvorschriften	50,93	52,79	3,65
		bis	bis	
		6.111,60	6.334,20	3,64
	Anmerkungen:			
	Die Kosten für die in den immissionsschutzrechtlichen Bestimmungen vorgeschriebenen Bekanntmachungen werden neben der Verwaltungsgebühr als Auslagen erhoben.			
	Erstreckt sich das Verfahren zugleich auf andere behördliche Entscheidungen (§ 13 BImSchG), so sind zusätzlich die hierfür vorgesehenen Gebühren zu erheben.			
15.4	Naturschutzrecht			
15.4.1	Zulassung von Eingriffen in Natur und Landschaft nach § 15 im Rahmen einer Gestattung nach § 17 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) (Stellungnahmen des Umweltschutzamtes für Entscheidungen anderer Behörden) sowie eigenständige Genehmigungen nach § 17 Abs. 3 BNatSchG	43,54	48,40	11,16
		bis	bis	
		5.224,20	5.808,00	11,17
15.4.2	Genehmigung von Veränderungen der Bodengestalt (u.a. Abbauvorhaben, Abgrabungen, Aufschüttungen, Auffüllen von Bodenvertiefungen) nach § 19 Abs. 1 Naturschutzgesetz (NatSchG) einschließlich deren Verlängerung nach § 19 Abs. 6 NatSchG	43,54	48,40	11,16
		bis	bis	
		12.189,80	13.552,00	11,17
15.4.3	Entscheidungen nach §§ 3 Abs. 2, 17 Abs. 8 und 9, 34 Abs. 3, 42 Abs. 2, 43 Abs. 3 BNatSchG und §§ 19 Abs. 5, 46 Abs. 5 NatSchG	87,07	96,80	11,17
		bis	bis	
		2.089,68	2.323,20	11,17
15.4.4	Untersagungen nach §§ 35 Abs. 4 und 44 Abs. 5 NatSchG	87,07	96,80	11,17
		bis	bis	
		2.089,68	2.323,20	11,17
15.4.5	Erteilung von Erlaubnissen und Befreiungen in Rechtsverordnungen nach §§ 23 – 29 NatSchG	43,54	48,40	11,16
		bis	bis	
		2.089,68	2.323,20	11,17
15.4.6	Ausnahmen nach §§ 30 Abs. 3, 45 Abs. 7, 61 Abs. 3 BNatSchG und Befreiungen nach § 67 BNatSchG	43,54	48,40	11,16
		bis	bis	
		3.482,80	3.872,00	11,17
	Anmerkungen zu Lfd.Nr. 15.4.1 - 15.4.6:			
	Amtshandlungen, die im Zusammenhang mit der ehrenamtlichen Tätigkeit auf dem Gebiet des Naturschutzes erforderlich werden.	gebührenfrei	gebührenfrei	unverändert
	Die Erteilung von Befreiungen, Erlaubnissen und Zulassung von Ausnahmen, soweit diese Forschungs- und Lehrzwecken dienen.	gebührenfrei	gebührenfrei	unverändert
	Die Erteilung von Erlaubnissen, Ausnahmen oder Befreiungen an Land- und Forstwirte nach §§ 23 - 29 NatSchG	gebührenfrei	gebührenfrei	unverändert
15.4.7	Genehmigungen nach § 39 Abs. 4 BNatSchG zum Sammeln für gewerbliche Zwecke	21,77	24,20	11,16
		bis	bis	
		696,56	774,40	11,17
15.4.8	Beschlagnahmen und Einziehungen nach § 47 BNatSchG	87,07	96,80	11,17
		bis	bis	
		2.089,68	2.323,20	11,17
15.4.9	Widerrufliche oder befristete Zulassung von Werbeanlagen, Himmelsstrahlern und Einrichtungen ähnlicher Wirkung sowie Ausnahmen zur Fassadenbeleuchtung nach § 21 NatSchG	87,07	96,80	11,17
		bis	bis	
		2.089,68	2.323,20	11,17
15.4.10	Bescheinigungen zum Vorkaufsrecht nach § 66 BNatSchG i.V.m. § 53 NatSchG	43,54	48,40	11,16
		bis	bis	
		2.089,68	2.323,20	11,17
15.4.11	Zustimmung zur Aufnahme einer Ökokonto-Maßnahme in das Ökokonto-Verzeichnis; §§ 3, 4 OKVO	87,07	96,80	11,17
		bis	bis	
		3.482,80	3.872,00	11,17

Lfd.Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr alt EUR	Gebühr neu EUR	Veränderung in %
15.4.12	Weitergabe von Unterlagen und Daten der Biotopkartierung (§ 30 BNatSchG) und sonstigen Kartierungen	7,26	8,07	11,16
		bis	bis	
		696,56	774,40	11,17
	Anmerkungen zu Lfd.Nr. 15.4.12: • Fotokopien, soweit sie nicht nach § 3 Abs. 1 Nr. 6 gebührenfrei sind - von Schutzgebietskarten (NSG, LSG, NATURA 2000 etc.) - von Verordnungstexten bzw. Gebietsinformationen - von Auszügen aus dem Naturdenkmalsbuch: <div style="text-align: right;">Zu Lfd.Nr. 15.4.12:</div> Es können nur bestimmte Formate angeboten werden; zusätzlicher Bearbeitungsaufwand wegen komplexer Datenselektion oder Zusatzanforderungen bei den Datenformaten wird nach Aufwand abgerechnet.			
15.5	Wasserrecht			
15.5.1	Erlaubnis für die Benutzung eines Gewässers (§§ 8, 9, 13 Wasserhaushaltsgesetz (WHG), § 14 Wassergesetz (WG))	152,79	158,36	3,65
		bis	bis	
		8.148,80	8.445,60	3,64
15.5.2	Gehobene Erlaubnis für die Benutzung eines Gewässers (§§ 8, 9, 15 WHG, § 13 WG)	814,88	844,56	3,64
		bis	bis	
		10.186,00	10.557,00	3,64
15.5.3	Bewilligung für die Benutzung eines Gewässers (§§ 8, 9, 15 WHG, § 14 WG)	916,74	950,13	3,64
		bis	bis	
		10.186,00	10.557,00	3,64
15.5.4	Genehmigung von Abwasseranlagen (§§ 60 Abs. 3 WHG, 48 WG)	152,79	158,36	3,65
		bis	bis	
		8.148,80	8.445,60	3,64
15.5.5	Erlaubnis für Anlagen in, an, über, unter oberirdischen Gewässern (§ 28 WG)	203,72	211,14	3,64
		bis	bis	
		4.074,40	4.222,80	3,64
15.5.6	Ausnahmegenehmigung für bauliche Anlagen im Überschwemmungsgebiet (§ 78 Abs. 5 WHG)	203,72	211,14	3,64
		bis	bis	
		6.111,60	6.334,20	3,64
15.5.7	Ausnahmegenehmigung von sonstigen Schutzvorschriften im Überschwemmungsgebiet (§ 78a Abs. 2 WHG)	203,72	211,14	3,64
		bis	bis	
		6.111,60	6.334,20	3,64
15.5.8	Festsetzung von Wasserschutz- und Quellschutzgebieten (§§ 51, 53 WHG)	1.018,60	1.055,70	3,64
		bis	bis	
		8.658,10	8.973,45	3,64
15.5.9	Befreiung von Verboten in Wasserschutz- und Quellschutzgebieten (§ 52 WHG i.V.m. der jeweiligen Schutzgebietsverordnung)	203,72	211,14	3,64
		bis	bis	
		6.111,60	6.334,20	3,64
15.5.10	Planfeststellung für Gewässerabbau, Deich- und Dammbauten (§ 67 Abs. 2, 68 WHG)	814,88	844,56	3,64
		bis	bis	
		11.645,99	12.070,17	3,64
15.5.11	Plangenehmigung für Gewässerabbau, Deich- und Dammbauten (§§ 67 Abs. 2, 68 Abs. 2 WHG)	509,30	527,85	3,64
		bis	bis	
		11.645,99	12.070,17	3,64
15.5.12	Zulassung des vorzeitigen Beginns (§§ 17, 69 Abs. 2 WHG)	101,86	105,57	3,64
		bis	bis	
		3.055,80	3.167,10	3,64
15.5.13	Maßnahmen im Rahmen der Gewässeraufsicht mit/ohne Anordnungen (§ 100 Abs. 1 WHG)	101,86	105,57	3,64
		bis	bis	
		11.645,99	12.070,17	3,64
15.5.14	Maßnahmen im Zusammenhang mit alten Rechten bzw. alten Befugnissen (§ 20 Abs. 2 WHG, § 15 WG)	101,86	105,57	3,64
		bis	bis	
		2.546,50	2.639,25	3,64
15.5.15	Befreiung von Verboten innerhalb des Gewässerrandstreifens (§ 38 Abs. 5 WHG, § 29 Abs. 4 WG)	101,86	105,57	3,64
		bis	bis	
		2.546,50	2.639,25	3,64
15.5.16	Anzeigebestätigungen gem. §§ 40, 41 AwSV	101,86	105,57	3,64
		bis	bis	
		2.546,50	2.639,25	3,64
	Anmerkung zu Lfd. Nr. 15.5.6 und 15.5.15: Ist im Zusammenhang mit einer baurechtlichen Entscheidung auch eine wasserrechtliche Entscheidung zu treffen, wird die Gebühr vom Baurechtsamt erhoben.			
15.5.17	Wasserrechtliche Anzeigebestätigung gem. §§ 43 i.V.m. 92 WG	101,86	105,57	3,64
		bis	bis	
		2.546,50	2.639,25	3,64
15.5.18	Bei der Prüfung von Anträgen einschl. der erforderlichen örtlichen Überprüfungen für ohne Erlaubnis/ Ausnahmegenehmigung ausgeführte Maßnahmen kann bei nachträglicher Zulassung das 3-fache der betreffenden Gebühr nach Ziff. 15.5.5 und 15.5.6 erhoben werden.			
15.6	Maßnahmen zur Abwehr umweltbedingter Gesundheitsgefahren mit/ohne Anordnung nach §§ 1 und 3 PolG	101,86	105,57	3,64
		bis	bis	
		9.167,40	9.501,30	3,64

Gebührenkalkulation der Gebühren, die für die gesamte Stadtverwaltung gelten

Gebührenverzeichnis Anlage 1 zur Satzung

Die Stundensätze zur Berechnung der stadtweiten Gebühren basieren auf einem stadtweiten Durchschnitt der zu berücksichtigten Kosten.

Lfd.Nrn. 1 - 4.1, 5 - 7. (Rahmengebühren)

Nr.	Verwaltungstätigkeit	Zeitaufwand		Kosten		Gebühren vorschlag EUR
		einfach (Minuten)	schwierig (Minuten)	einfach (EUR)	schwierig (EUR)	
1.	Auskunft - auch nach Landesinformations- freiheitsgesetz (LIFG), soweit sie nicht nach § 3 Abs. 1 Nr. 5 gebührenfrei ist	30	1.620	36,78	3.319,82	36,70 - 3.319,80 (Kostendeckungsgrad = 99,79% - 100 %)
2.	Ausnahme, Befreiung von Bestimmungen in Gesetzen, Rechtsverordnungen und Satzungen	6	6.000	7,01	8.692,30	7,00 - 8.692,30 inkl. Wirtschaftl. Vorteil (Kostendeckungsgrad 99,83% - 100%)
3.	Ausweis, Bescheinigung (auch Zweit- und Mehrfertigungen)	2	180	1,92	260,77	1,90 - 260,70 (Kostendeckungsgrad = 98,80% - 99,97%)
4	Amtliche Beglaubigung					
4.1	einer Unterschrift, eines Handzeichens oder Siegels. Werden mehrere Unterschriften gleichzeitig in einer Urkunde beglaubigt oder wird die Unterschrift einer Person mehrfach auf verschiedenen Urkunden, aber aufgrund eines gleichzeitig gestellten Antrags beglaubigt, so kommt nur für die erste Unterschrift die volle Gebühr, für jede weitere die Hälfte der für die erste Beglaubigung bzw. Bestätigung erhobenen Gebühr zum Ansatz.	2	30	1,92	38,78	1,90 - 38,70 (Kostendeckungsgrad = 98,80% - 99,80%)
5.	Bewilligung, Erlaubnis, Genehmigung, Konzession, Zulassung	10	1.440	9,62	1.809,69	9,60 - 1.809,60 (Kostendeckungsgrad = 99,84% - 99,99%)
6.	Einsichtnahme in Akten, Bücher, Karteien usw., es sei denn, es handelt sich um eine Einsichtnahme in Umweltinformationen vor Ort (§ 33 Abs. 2 Nr. 2 UVwG)	8	600	9,81	952,05	9,80 - 952,00 (Kostendeckungsgrad = 99,96% - 99,99%)

Nr.	Verwaltungstätigkeit	Zeitaufwand		Kosten		Gebühren vorschlag EUR
		einfach (Minuten)	schwierig (Minuten)	einfach (EUR)	schwierig (EUR)	
7.	Rechtsbehelf Zurückweisung eines förmlichen Rechtsbehelfs (insbesondere Widerspruch)	30	5.000	30,26	8.623,22	30,20 - 8.623,20 (Kostendeckungsgrad = 99,79% - 100,00%)
	Wird ein förmlicher Rechtsbehelf vor der Bekanntgabe einer abschließenden Entscheidung zurückgenommen oder erledigt sich das Rechtsbehelfsverfahren auf andere Weise, kann von der Erhebung einer Verwaltungsgebühr ganz oder teilweise abgesehen werden.					
		Tatbestände 8.2 und 9.2 können entfallen, da die Leistung bei der Stadt nicht mehr anfällt.				
8.2	Fotokopie mit einem Format größer als DIN A 3	5	600	4,25	509,73	4,20 - 509,70 (Kostendeckungsgrad = 98,88% - 99,99%)
9.2	Ausdruck eines elektronischen Dokuments mit einem Format größer als DIN A 3	5	600	4,25	690,66	4,20 - 690,60 (Kostendeckungsgrad = 98,88% - 99,99%)

Lfd.Nrn. 4.2, 4.3, 8.1, 9.2 (Festgebühren)						
Nr.	Verwaltungstätigkeit	Zeitaufwand (Minuten)	Kosten (EUR)	Gebühren- vorschlag (EUR)	Kosten- deckungs- grad	Bemerkung
4.	Amtliche Beglaubigung					
4.2	der Übereinstimmung einer Fotokopie, Abschrift, eines Auszugs usw. mit der Urschrift	9	6,20	6,20	100,00%	Mittelwert aus Zeitaufwand und Besoldung der ausführenden Personen
	jede weitere Fertigung			2,50		Mittelwert aus Zeitaufwand und Besoldung der ausführenden Personen
4.3	der Übereinstimmung einer Abschrift eines Schulzeugnisses mit der Urschrift;	5	3,90	2,50	64,10%	Aus sozialen Gründen wurden die Gebühren für Beglaubigungen von Schulzeugnissen auf 2,50 Euro festgesetzt.
	Für Bewerbungszeugnisse in einer Abschlussklasse sowie bei Abgangs- oder Abschlusszeugnissen ist die erste Fertigung und Beglaubigung von Abschriften, Mehrfertigungen oder Kopien nach Bedarf bis maximal 5 Exemplaren gebührenfrei.					Da die Beglaubigungen insbesondere für Bewerbungsunterlagen benötigt werden, sollen die ersten fünf Beglaubigungen der Abschlusszeugnisse auf Wunsch der Schulen gebührenfrei sein.
	Zeugnisse, Bescheinigungen, Urkunden etc. aus Beruf und Fortbildung gelten nicht als Schulzeugnisse im Sinne dieser Vorschrift.					
8.	Kopien, soweit sie nicht nach § 3 Abs. 1 Nr. 6 gebührenfrei sind					
8.1	Fotokopie bis Format DIN A3					
8.1.1	für die erste Seite	5	4,40	2,00	45,45%	Die Aufwendungen der einzelnen Dienststellen sind sehr unterschiedlich - je nach Standort des Gerätes. Es wird daher eine am Markt orientierte Gebühr vorgeschlagen.
8.1.2	für jede weitere Seite	1	0,96	0,30	31,25%	Die Aufwendungen der einzelnen Dienststellen sind sehr unterschiedlich - je nach Standort des Gerätes. Es wird daher eine am Markt orientierte Gebühr vorgeschlagen.

Nr.	Verwaltungstätigkeit	Zeitauf-wand (Minuten)	Kosten (EUR)	Gebühren- vorschlag (EUR)	Kosten- deckungs- grad	Bemerkung
9.	Ausdruck eines elektronischen Dokuments bis Format DIN A3					
9.1	für die erste Seite	5	4,40	2,00	45,45%	Die Aufwendungen der einzelnen Dienststellen sind sehr unterschiedlich - je nach Standort des Gerätes. Es wird daher eine am Markt orientierte Gebühr vorgeschlagen.
9.2	für jede weitere Seite	1	0,96	0,30	31,25%	Die Aufwendungen der einzelnen Dienststellen sind sehr unterschiedlich - je nach Standort des Gerätes. Es wird daher eine am Markt orientierte Gebühr vorgeschlagen.

Gebührenkalkulation Amt für Bürgerservice und Informationsmanagement

Gebührenverzeichnis Anlage 2 zur Satzung

Lfd.Nr. 1.1 Fundsachen		
	Bezeichnung	Betrag in Euro
	Hochgerechnete Personalkosten 2026/27 (Sachgebiet Grundservice)	1.386.727,99
+	Gemeinkosten des Amtes einschl. Gebäudekosten IMF (=Umlagen)	737.877,96
+	Service-, Steuerungs- und Steuerungsunterstützungsleistungen (ohne Anteil Verwaltungsvollstreckung)	202.046,27
=	Zwischensumme - Sachgebiet Grundservice	2.326.652,22
	davon Anteil Fundbüro: 14 %	325.731,31
+	Sachkosten	43.077,70
+	Abschreibungen (ohne Abschreibungen, die bereits in den Gebäudekosten enthalten)	-
=	Gesamtkosten	368.809,01
-	abzüglich nicht gebührenfähige Kosten (z.B. Amtshilfe, Äußerungen, Verwaltungsvollstreckung - s.o.)	-
-	abzüglich Kostenanteil für Gebührenbefreiungen	-
-	evtl. abzüglich Kostenanteil für Eigenverbrauch der Stadt	-
-	abzüglich Einnahmen und Kostenerstattungen (z.B. Beiträge, Zuschüsse, Spenden Dritter)	-
=	Gebührenfähige Gesamtkosten	368.809,01
	Geschätzte Gebühreneinnahmen	12.000,00
	Kostendeckungsgrad	3,25%
Stundensatz ABI-Grunderservice (inkl. Tarifsteigerung) 86,09 €		
Lfd.Nr. 1.1.1 Aufbewahrung einschließlich Aushändigung an die/den Empfangsberechtigte*n oder Finder*in		
Lfd.Nr. 1.1.1.1 bei Sachen bis zu 500,00 Euro Wert (ohne Fahrräder)		
Gebührenvorschlag: 10 % des Wertes, mindestens 10,00 Euro		
Lfd.Nr. 1.1.1.2 bei Sachen über 500,00 Euro Wert (ohne Fahrräder)		
Gebührenvorschlag: 50,00 Euro zzgl. 5 % des 500,00 Euro übersteigenden Wertes		

Lfd.Nr. 1.1.1.3 bei Fahrrädern

Dauer der Tätigkeit in Min. ca.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren- vorschlag €	Kosten- deckung
43,00	x	86,09	=	61,70	30,00	48,62%
Es erscheint unbillig, die vollen Kosten weiter zu geben, da diese den Wert der Fundfahrräder oftmals deutlich übersteigen. Als verhältnismäßigen Beitrag zur Kostendeckung wird eine Gebühr von 30,00 € vorgeschlagen.						

Lfd.Nr. 1.1.2 Ausstellung einer Versicherungsbescheinigung

Dauer der Tätigkeit in Min. ca.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren- vorschlag €	Kosten- deckung
7,00	x	86,09	=	10,04	10,00	99,60%

Lfd.Nr. 1.2 Bescheinigung über die Wählbarkeit eines Bewerbers zur Bürgermeisterwahl
(Wählbarkeitsbescheinigung)

Stundensatz ABI-Informationsmanagement (inkl. Tarifsteigerung)						112,82 €
Dauer der Tätigkeit in Min. ca.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren- vorschlag €	Kosten- deckung
10,00	x	112,82	=	18,80	18,00	95,74%

Gebührenkalkulation Amt für öffentliche Ordnung

Gebührenverzeichnis Anlage 2 zur Satzung

Lfd.Nr. 2.1 Entfernung, Verwahrung und Verwertung von nicht ordnungsgemäß abgestellter, insbesondere abgemeldeter Fahrzeugen. Verwahrgebühren gelten auch bei polizeirechtlicher Beschlagnahme von Fahrzeugen.

	Bezeichnung	Betrag in Euro
	Hochgerechnete Personalkosten 2026/2027	76.448,07
+	Sachkosten ohne Abschleppkosten (Auslagen)	0,00
+	Abschreibungen	1.214,44
+	Gemeinkosten des Amtes einschl. Gebäudekosten IMF (= Umlagen)	25.654,23
+	Service-, Steuerungs- und Steuerungsunterstützungsleistungen	8.405,33
=	Gesamtkosten	111.722,07
-	abzüglich 75% nicht gebührenfähige Kosten (Entfernung Kfz durch den Halter nach grünem Punkt, OWI-Anzeigen, erfolglose Eigentümerermittlungen, präventive Kontrollgänge vor Ort, Amtshilfe, Äußerungen, Vollstr.)	-83.791,55
-	abzüglich Kostenanteil für Gebührenbefreiungen	0,00
-	abzüglich Kostenanteil für Eigenverbrauch der Stadt	0,00
-	abzüglich Einnahmen, Zuschüsse und Kostenerstattungen. Versteigerungserlöse können nicht von den Kosten abgezogen werden, da dem Gebührenschuldner zustehend.	-1.757,70
=	Gebührenfähige Gesamtkosten	26.172,82
	Gebührenaufkommen neu (Prognosewert* 2026/2027)	25.000,00
	Kostendeckungsgrad	96%

Der Arbeitsaufwand gliedert sich in drei Stufen:	Minuten durchschn. pro Fall	Kosten Std.-Satz €
		76,26
1. Aufforderung zur Fahrzeugentfernung	150	190,65
2. Arbeitsaufwand für Verwahrung, Aufforderung zur Abholung des Fahrzeugs und Kostenanforderung nach Polizeirecht	120	152,52
3. Einziehung des Fahrzeugs und Vorbereitung von dessen Verwertung oder Verschrottung sowie Erlass eines Kostenbescheids	100	127,10
Summen	370	470,27

Lfd.Nr. 2.1.1 Aufforderung zur Fahrzeugentfernung		
Durchschnittlicher Verwaltungsaufwand für Aufforderung zur Fahrzeugentfernung nach Anhörung in Min.	Kosten €	Gebühren-vorschlag €
150	190,65 €	190,00

Lfd.Nr. 2.1.2 Aufforderung zur Fahrzeugentfernung, Verwahrung, Aufforderung zur Abholung des Fahrzeugs und Kostenanforderung		
Durchschnittlicher Verwaltungsaufwand für Verwahrung, Aufforderung zur Abholung des Fahrzeugs und Kostenanforderung. (Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Abschleppen des Kfz werden nach § 6 LVwVGKO als Ersatzvornahme separat mit 48 € berechnet.	Kosten €	Gebühren-vorschlag €
270	343,17	340,00

Lfd.Nr. 2.1.3 Aufforderung zur Fahrzeugentfernung, Verwahrung und Verwertung (nur vorbereitende und nachgelagerte Arbeiten) des Fahrzeugs		
Durchschnittlicher Verwaltungsaufwand für Fahrzeugentfernung, Verwahrung und Verwertung (nur vorbereitende und nachgelagerte Arbeiten) des Fahrzeugs. Für die Verwertung wird eine Verwertungs-gebühr nach § 4 LVwVGKO erhoben (hier 25 € - 100 € Durchschnitt: 50 €)	Kosten €	Gebühren-vorschlag €
370	470,27	470,00

Lfd.Nr. 2.1.4 Erstellung eines Kostenbescheids im Zusammenhang mit dem Abschleppen eines zum Verkehr zugelassenen Fahrzeugs		
Arbeitsaufwand für die Erstellung eines Kostenbescheides, falls die Abschleppgebühr nicht vor Ort beim Abschleppunternehmer bezahlt wird.		
Bearbeitungsaufwand	Min.	Std.-Satz €
mindestens	60	76,26
höchstens	120	76,26
	Kosten €	76,26
	Kosten €	152,52
Gebührenvorschlag:	76,00 € - 150,00 €	
Im Vollstreckungsverfahren wird für die eigenen Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Auftrag zum Abschleppen eines Fahrzeugs eine Gebühr nach § 6 Abs. 3 der Vollstreckungskostenordnung des Landes erhoben. Dies sind derzeit 10 % der Abschleppkosten des Unternehmers, mindestens aber 48,00 €.		

Lfd.Nr. 2.1.5 Stellplatzgebühr für die Verwahrung von Fahrzeugen im Freien		
Stellplatzmiete einschl. Nebenkosten pro Jahr	25.190 €	
Zahl der verwahrten Fahrzeuge	110	
Durchschnittliche Verweildauer eines Fahrzeugs (Tage)	61	
Stellplatzkosten pro Standtag: 25.189,92 €/(110x61)	3,75 €	
Fahrzeuge über 2,8 t zul. Gesamtgewicht, Wohnwagen und andere große Anhänger benötigen die doppelte Standfläche und verursachen daher doppelte Kosten.	7,51 €	
		Gebühren- vorschlag €
Lfd.Nr. 2.1.5.1 Stellplatzgebühr für Fahrzeuge bis 2,8 t zul. Ges.-Gew. pro Standtag		3,75
Lfd.Nr. 2.1.5.2 Stellplatzgebühr für Fahrzeuge über 2,8 t zul. Ges.-Gew., Wohnwagen und andere große Anhänger pro Standtag		7,50
<p>Darüber hinaus sind die nachfolgend aufgeführten <u>Auslagen</u> zu erstatten:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Abschleppkosten im Rahmen der Ersatzvornahme nach Rechnung des Abschleppunternehmens. 2. Verschrottungskosten im Rahmen der Einziehung nach Polizeirecht je nach Rechnung der Verschrottungsfirma. 		

Lfd.Nr. 2.2 Sondernutzung			
Lfd.Nr. 2.2.1 Erlaubnis nach § 16 Abs. 1 Straßengesetz			
Verwaltungsaufwand	Min.	Std.-Satz*	Kosten
mindestens:	30	114,42 €	57,21 €
höchstens:	630	114,42 €	1.201,41 €
*Durchschnittswert Sachgebiete Gew./Gaststätten und Sicherheit/Ordnung/Veranstaltungen			
Gebührevorschlag:		57,00 - 1.190,00 €	
Lfd.Nr. 2.2.2 Maßnahmen nach § 16 Abs. 8 Straßengesetz			
Verwaltungsaufwand	Min.	Std.-Satz*	Kosten
mindestens:	60	114,42 €	114,42 €
höchstens:	285	114,42 €	543,50 €
*Durchschnittswert Sachgebiete Gew./Gaststätten und Sicherheit/Ordnung/Veranstaltungen			
Gebührevorschlag:		110,00 € - 540,00 €	

Lfd.Nr. 2.3 Ausfertigung eines Lichtbildes im Bereich des Führerscheinwesens

	Bezeichnung	Betrag in Euro
	Hochgerechnete Personalkosten 2026/2027	13.515,51
+	Sachkosten	2.368,10
+	Abschreibungen	9.828,87
+	Gemeinkosten des Amtes einschl. Gebäudekosten IMF (= Umlagen)	843,36
+	Service-, Steuerungs- und Steuerungsunterstützungsleistungen	0,00
=	Gesamtkosten	26.555,84
-	abzüglich nicht gebührenfähige Kosten	0,00
-	abzüglich Kostenanteil für Gebührenbefreiungen	0,00
-	abzüglich Kostenanteil für Eigenverbrauch der Stadt	0,00
-	abzüglich Einnahmen, Zuschüsse und Kostenerstattungen.	0,00
=	Gebührenfähige Gesamtkosten	26.555,84
	Gebührenaufkommen neu (Prognosewert 2026/2027)	26.500,00
	Kostendeckungsgrad	100%

Berechnung der Kosten je aufgenommenem Lichtbild	
Gebührenfähige Gesamtkosten	26.555,84 €
Prognose 2026/2027 für die Anzahl der aufgenommenen Lichtbilder im Bereich des Führerscheinwesens	5.000
Kosten je Lichtbild	5,31 €

Gebührenvorschlag je Lichtbild:	5,30 €
---------------------------------	--------

Erläuterung:

Im Bereich des Bürgerservice im Rathaus im Stühlinger stehen den Bürger*innen vier stadteigene Fotoboxen (Speed Capture) zur Verfügung. Diese SB-Terminals werden für Fotos, Unterschriften und den Fingerabdruck-Scan im Zusammenhang mit der Ausstellung diverser Ausweisdokumente (Pässe, Führerscheine u.ä.) seitens des ABI und des AföO genutzt.

Das ABI erhebt seit 2025 aufgrund von gesetzlichen Vorschriften eine Verwaltungsgebühr. Für das AföO gibt es eine solche gesetzliche Vorschrift nicht, so dass die Gebühren für das Ausfertigen dieser Fotos eigenständig berechnet wurden.

Gebührenkalkulation Amt: Amt für Soziales

Gebührenverzeichnis Anlage 2 zur Satzung

Der gebührenfähige Stundensatz beträgt: 84,16 €

Lfd.Nr. 3.1: Ausstellung eines Wohnberechtigungsscheines

Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
35,00	x	84,16	=	49,09	gebührenfrei	0,00%

Im Jahr 2017 wurde aufgrund eines interfraktionellen Antrags beschlossen, den Wohnberechtigungsschein künftig für alle Antragsstellenden gebührenfrei zu erteilen. Hintergrund war, dass die Ausstellung eines Wohnberechtigungsscheines nicht zur Folge hat, dass man eine etwaige Wohnung in Anspruch nehmen kann, sondern ist lediglich eine Voraussetzung hierfür mit geringen Erfolgsaussichten. Da sich die Wohnungssituation in Freiburg seither nicht verbessert hat, soll aus unserer Sicht weiterhin der Wohnberechtigungsschein gebührenfrei erteilt werden, und lediglich für die Ersatzausstellung eine Gebühr verlangt werden. Damit wären die Gesamtkosten für die Erteilung von Wohnberechtigungsscheinen in Höhe von rund 93.665,- € vom Gesamthaushalt zu tragen.

Lfd.Nr. 3.2: Ersatzausstellung

Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
15,00	x	84,16	=	21,04	20,00	95,06%

Gebührenkalkulation Amt für Wohnraumentwicklung und Vermessung

Gebührenverzeichnis Anlage 2 zur Satzung

Lfd.Nr. 4.1 Erteilung einer Bodenrichtwertbescheinigung nach § 196 Abs. 3 BauGB

Der gebührenfähige Stundensatz beträgt: 76,85 €

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz in €		Kosten in €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens:	50	x	76,85	=	64,04	64,00	99,93%
höchstens:	140	x	76,85	=	179,32	179,00	99,82%

Lfd.Nr. 4.2: Schriftliche Auskunft aus der Kaufpreissammlung nach § 195 Abs. 3 BauGB

Der gebührenfähige Stundensatz beträgt: 99,57 €

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz in €		Kosten in €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens:	60	x	99,57 €	=	99,57	99,00	99,43%
höchstens:	360	x	99,57 €	=	597,42	597,00	99,93%

Gebührenkalkulation Baurechtsamt

Gebührenverzeichnis Anlage 2 zur Satzung

Der Stundensatz des Baurechtsamtes beträgt:

105,02 €

Lfd.Nr. 5.1 Zweckentfremdung von Wohnraum		
Zweckentfremdung von Wohnraum		Betrag in Euro
	Hochgerechnete Personalkosten 2026/27	307.303,68
+	Sachkosten	
+	Abschreibungen (ohne Abschreibungen, die bereits in Gebäudekosten enthalten sind)	204,13
+	Gemeinkosten des Amtes einschl. Gebäudekosten IMF (=Umlagen)	29.419,79
+	Service-, Steuerungs- und Steuerungsunterstützungsleistungen	88.397,80
=	Gesamtkosten	425.325,40
-	abzüglich nicht gebührenfähige Kosten (z.B. Amtshilfe, Äußerungen, Verwaltungsvollstreckung - s.o.)	-552,97
-	abzüglich Kostenanteil für Gebührenbefreiungen	
-	evtl. abzüglich Kostenanteil für Eigenverbrauch der Stadt	
-	abzüglich Einnahmen und Kostenerstattungen (z.B. Beiträge, Zuschüsse, Spenden Dritter)	
=	Gebührenfähige Gesamtkosten	424.772,43

Kalkulation

Lfd.Nr. 5.1.1 Genehmigung einer Zweckentfremdung						
	Verwaltungsaufwand Std.		Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €
Untergrenze	3	x	105,02	=	315,06	315,06
Obergrenze	50	x	105,02	=	5.251,00	5.251,00

Lfd.Nr. 5.1.2 Negativattest						
	Verwaltungsaufwand Std.		Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €
Untergrenze	1	x	105,02	=	105,02	105,02
Obergrenze	10	x	105,02	=	1.050,20	1.050,20

Lfd.Nr. 5.1.3 Aufforderung nach § 13 der Satzung Freiburg i.Br. über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum in der Stadt Freiburg im Breisgau, Wohnräume wieder Wohnzwecken zuzuführen						
	Verwaltungsaufwand Std.		Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €
Untergrenze	3	x	105,02	=	315,06	315,06
Obergrenze	50	x	105,02	=	5.251,00	5.251,00

Lfd.Nr. 5.1.4 nachträgliche Genehmigung / Zurückweisung ausgeführter Maßnahmen						
doppelte Gebühr des Verwaltungsaufwandes nach Lfd.Nr. 5.1.1						

Lfd.Nr. 5.1.5 nachträgliche Genehmigung / Zurückweisung abgebrochener Maßnahmen						
dreifache Gebühr des Verwaltungsaufwandes nach Lfd.Nr. 5.1.1						

Gegenrechnung

	Verwaltungsaufw. Std.	Anzahl der abgeschlossenen Fälle 2024	Einnahmen auf Grund der neuen Gebühren
5.1.1 Genehmigung	137,5	35	14.440,25
5.1.2 Negativattest	3	1	315,06
5.1.3 Aufforderung nach § 13	0	0	0,00
Summe:		36	14.755,31

Kostendeckungsgrad: 3,47%

Zweckentfremdungsverfahren zur Verfolgung gemeldeter Verstöße nach § 13 Zweckentfremdungssatzung (263 Fälle im Jahr 2024) laufen nicht selten über mehrere Jahre und erfordern meist einen extrem hohen Zeitaufwand, für den nur selten eine Gebühr erhoben werden kann. Es gelingt oft, die Eigentümerseite zu einer Beendigung der Zweckentfremdung zu bewegen, ohne dass eine diesbezügliche Verfügung erlassen werden muss.

Die Verfahren auf Genehmigung einer Zweckentfremdung enden meist nicht mit der Festsetzung einer Verwaltungsgebühr, sondern erst nach mehreren Jahren, wenn die Nebenbestimmungen (Errichtung von Ersatzwohnraum) erfüllt ist. Daher wurde ein Großteil der Verfahren des Jahres 2024 noch nicht abgeschlossen (insgesamt 256 Verfahren, davon 36 mit Entscheidungen.).

Es wird vorgeschlagen, die Gebühren für 2026/2027 nur an die geänderten Stundensätze anzupassen und im Hinblick auf die wohnpolitische Bedeutung auf eine weitergehende Kostendeckung zu verzichten.

Der gebührenfähige Stundensatz für den gebührenrelevanten Teilbereich der Kostenstelle Beratung, Information, Fachthemen beträgt:	71,93 €
---	---------

Lfd.Nr. 5.2 Positive Auskünfte aus dem Baulastenverzeichnis und der Kulturdenkmalliste

	Bezeichnung	Betrag in Euro
	Hochgerechnete Personalkosten 2026/27	103.637,16
+	Sachkosten	
+	Abschreibungen (ohne Abschreibungen, die bereits in Gebäudekosten enthalten sind)	
+	Gemeinkosten des Amtes einschl. Gebäudekosten IMF (= Umlagen)	16.398,48
+	Service-, Steuerungs- und Steuerungsunterstützungsleistungen (ohne Anteil Verwaltungsvollstreckung)	31.137,26
=	Gesamtkosten	151.172,90
-	abzüglich nicht gebührenfähige Kosten (z.B. Amtshilfe, Äußerungen, Verwaltungsvollstreckung - s.o.)	-193,25
-	abzüglich Kostenanteil für Gebührenbefreiungen	
-	evtl. abzüglich Kostenanteil für Eigenverbrauch der Stadt	
-	abzüglich Einnahmen und Kostenerstattungen (z.B. Beiträge, Zuschüsse, Spenden Dritter)	
=	Gebührenfähige Gesamtkosten	150.979,65

Kalkulation

Lfd.Nr. 5.2: Positive Auskünfte aus dem Baulastenverzeichnis und der Kulturdenkmalliste

Verwaltungsaufwand pro Flurstück	Stundensatz €		Kosten € / Flurstück	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
Bearbeitungszeit i.d.R. 15 Min.	71,93	=	17,98	17,50	97,32%

Bei der letzten Gebührensatzung wurde beschlossen, für negative Auskünfte 10,00 € in Rechnung zu stellen. In der Umsetzung hat sich sehr schnell gezeigt, dass es beim Baurechtsamt wenige negative Auskünfte gibt, die nicht nach § 3 Abs. 1 Nr. 6 gebührenbefreit sind. Bei den relevanten Fällen ist der Aufwand der Rechnungsstellung unverhältnismäßig zum in Rechnung zu stellenden Betrag. Deshalb wurden beim Baurechtsamt im vergangenen DHH keine Gebühren für negative Auskünfte erhoben.

Lfd.Nr. 5.3: Elektronischer Versand eines Dokuments, soweit er nicht nach § 3 Abs. 1 Nr. 6 gebührenfrei ist

Dauer der Tätigkeit in Min.	Stundensatz €		Kosten € pro Elektron. Versand	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
15,00	71,93	=	17,98	17,50	97,32%

Gegenrechnung

	Fälle 2024	Einnahmen auf Grundlage der neuen Gebühren
5.2 positive Auskunft	527	9.222,50
5.3 Elektronischer Versand	0	
Summe:	527	9.222,50

Kostendeckungsgrad: 6,11%

Der Stundensatz des Baurechtsamtes beträgt:

105,02 €

Lfd.Nr. 5.4 Milieuschutz

Bezeichnung	Betrag in Euro
Hochgerechnete Personalkosten 2026/27	183.796,44
+ Sachkosten	
+ Abschreibungen (ohne Abschreibungen, die bereits in Gebäudekosten enthalten sind)	107,82
+ Gemeinkosten des Amtes einschl. Gebäudekosten IMF (=Umlagen)	11.210,07
+ Service-, Steuerungs- und Steuerungsunterstützungsleistungen	10.224,83
= Gesamtkosten	205.339,16
- abzüglich nicht gebührenfähige Kosten (z.B. Amtshilfe, Äußerungen, Verwaltungsvollstreckung - s.o.)	-252,55
- abzüglich Kostenanteil für Gebührenbefreiungen	
- evtl. abzüglich Kostenanteil für Eigenverbrauch der Stadt	
- abzüglich Einnahmen und Kostenerstattungen (z.B. Beiträge, Zuschüsse, Spenden Dritter)	-147,78
= Gebührenfähige Gesamtkosten	204.938,83

Kalkulation

Lfd.Nr. 5.4.1 Erteilung einer erhaltungsrechtlichen Genehmigung (§ 173 i.V.m. § 172 BauGB)

	Verwaltungsaufwand Std.		Stundensatz €		Kosten €	Gebühren- vorschlag €
Untergrenze	2	x	105,02	=	210,04	210,04
Obergrenze	50	x	105,02	=	5.251,00	5.251,00

Lfd.Nr. 5.4.2 Zwischenbescheid zur Verlängerung der Entscheidungsfrist nach § 173 Abs. 1 i.V.m. § 22 Abs. 5 S. 3 BauGB

	Verwaltungsaufwand Std.		Stundensatz €		Kosten €	Gebühren- vorschlag €
Untergrenze	1	x	105,02	=	105,02	105,02
Obergrenze	50	x	105,02	=	5.251,00	5.251,00

Lfd.Nr. 5.4.3 nachträgliche Genehmigung / Zurückweisung ausgeführter Maßnahmen

doppelte Gebühr des Verwaltungsaufwandes nach Lfd.Nr. 5.4.1

Lfd.Nr. 5.4.4 nachträgliche Genehmigung / Zurückweisung abgebrochener Maßnahmen

dreifache Gebühr des Verwaltungsaufwandes nach Lfd.Nr. 5.4.1

Gegenrechnung			
	Verwaltungsaufw. Std.	Anzahl der abgeschlossenen Fälle 2024	Geschätzte Einnahmen
5.4.1 Erteilung einer Genehmigung	86,5	31	9.084,23
5.4.2 Verlängerung der Entscheidungsfrist		0	0,00
5.4.3 nachträgliche Genehmigung/Zurückweisung		0	0,00
5.4.4 nachträgliche Genehmigung/Zurückweisung		0	0,00
Summe:		31	9.084,23

Kostendeckungsgrad: 4,43%

Die erhaltungsrechtlichen Verfahren (Milieuschutz) untergliedern sich in die Tätigkeitsfelder Beratungen, Bearbeitung repressiver Verfahren, Stellungnahmen zu baurechtlich verfahrenspflichtigen Verfahren und Zuarbeit für das AWW bei der Ausarbeitung von städtebaulichen Verträgen. Die Kosten für diese Tätigkeiten werden den Antragsstellern nicht in Rechnung gestellt, bzw. werden über die Baugenehmigungsgebühr abgedeckt.

Lediglich für baurechtlich verfahrensfreie, aber für erhaltungsrechtlich verfahrenspflichtige Vorhaben wird eine Verwaltungsgebühr erhoben. Im Regelfall handelt es sich um einfache Vorhaben (z.B. Erneuerung Bodenbelag, Erneuerung Badezimmer u.ä.), die jedoch häufig aufgrund von angeordneten Nebenbestimmungen über einen längeren Zeitraum weiter überwacht werden müssen.

Durch die Gebühr für die erhaltungsrechtlich verfahrenspflichtigen Fälle kann beim Milieuschutz zumindest dieser Anteil der anfallenden Kosten durch Einnahmen gedeckt werden.

Gebührenkalkulation Eigenbetrieb Friedhöfe

Gebührenverzeichnis Anlage 2 zur Satzung

Gebührenfähiger Stundensatz:

79,15 €

Lfd. Nr. 6	Gebührentatbestand	Beschreibung der zu erledigenden Tätigkeiten	durchschnittliche Bearbeitungszeit	Stunden-satz in €	rechnerische Gebühr in €
6.1	Grabmalgenehmigung				
6.1.1	für Grabmale in Stein	Entgegennahme des Antrages, Aufrufen und Überprüfen der Grabakte, Überprüfen der Angaben mit der Satzung, Überprüfen der techn. Angaben durch den technischen Leiter nach der TA-Grabmale, Erteilung der Genehmigung und Einpflege in EDV/Grabakte, Festsetzung der Verwaltungsgebühr, Postversand. Überwachung durch Wiedervorlage für die Erstellung der Abnahmebescheinigung, Meldung an Verwaltung. Zusätzliche Bearbeitung von fehlerhaften Anträgen, Schriftverkehr mit Nutzungsberechtigten Verfügungsberechtigten. Der Aufwand ist für alle Punkte etwa gleich groß, daher ist eine differenzierte Verwaltungsgebühr nicht nachvollziehbar.	1,25 Std.	79,15	98,94
6.1.2	für Grabmale in Holz mit Sockel/Fundament				
6.1.3	für Abdeckplatten, Schrifttafeln und Kissensteine				
6.1.4	für eine Erweiterung der vorhandenen Grabmalanlage				
6.2	Sonstige Amtshandlungen				
6.2.1	Bearbeitung eines Sterbefalles, der nicht unter die Grundgebühr für die Erdbestattung fällt (z.B. bei Urnenbestattung, Ausgrabungen-/ Umbettungen)	Annahme eines Antrags zur Urnenbestattung, Urnenumbettung bzw. -ausgrabung, sowie Gebeine- und Leichenumbettung bzw. -ausgrabung, Heraussuchen der Grabakte, Feststellung des Nutzungsberechtigten, Prüfen der Unterlagen, Stellungnahme an Standesamt fertigen, Schriftverkehr mit antragsstellender Person mit Kostenaufstellung und Anlagen, Gebührenübernahme mit antragsstellender Person klären nach Genehmigung durch das Standesamt, Reservierung eines Beisetzungstermines und Mitteilung an Mitarbeitende der technischen Abteilung wegen Arbeitsablauf, evt. Grabneukauf, Überprüfen der Grabstätte durch Mitarbeitende der technischen Abteilung, Festsetzen der Verwaltungsgebühr, Postversand. Evt. Urnenversand/ Überführen von Särgen. Gebührenbescheid fertigen. Verstorbenen in Grabkartei umbetten und Vermerk in Kartei fertigen, evtl. Grab in EDV frei machen.	2,00 Std.	79,15	158,30
6.2.2	Bearbeitung eines oder mehrerer weiterer Sterbefälle in derselben Grabstätte, die nicht unter die Grundgebühr für die Erdbestattung fallen (z.B. bei mehreren Ausgrabungen-/ Umbettungen in derselben Grabstätte)	Prüfen der Unterlagen, Stellungnahme an Standesamt fertigen, Gebührenübernahme mit antragsstellender Person klären nach Genehmigung durch das Standesamt, Festsetzen der Verwaltungsgebühr, Urnenversand/überführen von Särgen. Verstorbenen in Grabkartei umbetten und Vermerk in Kartei	1,00 Std.	79,15	79,15 €
6.2.3	nachträgliche Änderung eines Auftrages	Auftrag heraussuchen, Umschreiben des Antrags, neuen Auftrag erteilen	0,33 Std.	79,15	26,12

Lfd. Nr. 6	Gebührentatbestand	Beschreibung der zu erledigenden Tätigkeiten	durchschnittliche Bearbeitungszeit	Stunden-satz	rechnerische Gebühr
6.2.4	Umschreibung eines Nutzungsrechtes	Entgegennahme eines Antrags, Heraussuchen der Grabakte, Aufrufen des Grabes in EDV, Schriftverkehr mit Nutzungsberechtigten: Versand Anschreiben an alle Beteiligten und Überprüfen des Rücklaufes / Wiedervorlage pflegen, Eingabe des neuen Nutzungsberechtigten, Rolle des ehemaligen Nutzungsberechtigten beenden, Neuausdruck Graburkunde, Festsetzen der Verwaltungsgebühr / Gebührenbescheid fertigen, Postversand	1,00 Std.	79,15	79,15
6.2.5	Aufgabe eines Nutzungsrechtes vor Nutzungsfristende	Entgegennahme des Antrags, Heraussuchen der Grabakte, Schriftverkehr bei vorzeitiger Grabkündigung, Überprüfen von Nutzungs- und Ruhefristen, Wiedervorlage, Überprüfung der Grabstätte durch die Technische Leitung, Erstellen von Gebührenbescheid bei vorzeitiger Kündigung, Eingabe der Nutzungsrechtsaufgabe in EDV, Bereinigung im System WinFried, Postversand.	1,85 Std.	79,15	146,43
6.2.6	Ausstellen einer Ersatzurkunde	Heraussuchen der Grabakte, Aufrufen des Grabes, Neuausdruck, Festsetzen der Verwaltungsgebühr, Postversand.	0,33 Std.	79,15	26,12

Gebühren- vorschlag in €
98,94 Kostendeckung: 100,00 %
158,30 Kostendeckung: 100,00 %
79,15 Kostendeckung: 100,00 %
26,12 Kostendeckung: 100,00 %

Gebühren- vorschlag
79,15 Kostendeckung: 100,00 %
146,43 Kostendeckung: 100,00 %
26,12 Kostendeckung: 100,00 %

Gebührenkalkulation Garten- und Tiefbauamt

Gebührenverzeichnis Anlage 2 zur Satzung

Lfd.Nr. 7.1 Baumschutz

Der gebührenfähige Stundensatz beträgt : 82,51 €

Lfd.Nr. 7.1.1 Bearbeiten von Anträgen im Rahmen des Anzeige-/Kenntnisgabeverfahrens nach § 7 Abs. 1 bis 3 und Abs. 4 Satz 3 der Baumschutzsatzung

Lfd.Nr. 7.1.1.1 ohne Begutachtung

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebührevorschlag €	Kosten-deckung
einfacher Fall	60	x	82,51	=	82,51	82,51 bis	100,00%
schwieriger Fall	600	x	82,51	=	825,10	825,10	100,00%

Lfd.Nr. 7.1.1.2 mit Begutachtung

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebührevorschlag €	Kosten-deckung
einfacher Fall	100	x	82,51	=	137,52	137,52 bis	100,00%
schwieriger Fall	640	x	82,51	=	880,11	880,11	100,00%

Erläuterungen:

Da der Aufwand für die einzelnen Fälle sehr unterschiedlich ist, erscheint eine Rahmengebühr am sinnvollsten.

Die Gebühren decken erstmals 100% der Kosten, da die Bäume einen immer wichtigeren Charakter bekommen.

Lfd.Nr. 7.1.2 Bearbeiten von Anträgen im Zusammenhang mit genehmigungspflichtigen Bauvorhaben nach § 7 Abs. 4 Satz 1 und 2 der Baumschutzsatzung

Der gebührenfähige Stundensatz beträgt : 82,51 €

Lfd.Nr. 7.1.2.1 ohne Begutachtung

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
einfacher Fall	120	x	82,51	=	165,02	165,02	100,00%
schwieriger Fall	1.200		82,51	=	1.650,20	1.650,20	100,00%

Lfd.Nr. 7.1.2.2 mit Begutachtung

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €*	Kosten-deckung
einfacher Fall	160	x	82,51	=	220,03	220,03	100,00%
schwieriger Fall	1.240	x	82,51	=	1.705,21	1.705,21	100,00%

Erläuterungen:

Da der Aufwand für die einzelnen Fälle sehr unterschiedlich ist, erscheint eine Rahmengebühr am sinnvollsten.

Lfd.Nr. 7.2 Sondernutzung							
Der gebührenfähige Stundensatz beträgt :					81,82 €		
Lfd.Nr. 7.2.1 Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis							
	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
Lfd.Nr. 7.2.1.1 einfacher Aufwand	80	x	81,82	=	109,09	109,09	100,00%
Lfd.Nr. 7.2.1.2 mittlerer Aufwand	160		81,82	=	218,19	218,19	100,00%
Lfd.Nr. 7.2.1.3 hoher Aufwand	300	x	81,82	=	409,10	409,10	100,00%
Lfd.Nr. 7.2.2 Verlängerung einer Sondernutzungserlaubnis							
	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
	25	x	81,82	=	34,09	34,09	100,00%
Lfd.Nr. 7.2.3 Zusatzgebühr für Ortsbesichtigung pro Ortstermin							
	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
Lfd.Nr. 7.2.3.1 einfacher Aufwand	30	x	81,82	=	40,91	40,91	100,00%
Lfd.Nr. 7.2.3.2 mittlerer Aufwand	60	x	81,82	=	81,82	81,82	100,00%
Lfd.Nr. 7.2.3.3 hoher Aufwand	120	x	81,82	=	163,64	163,64	100,00%

Lfd.Nr. 7.3 Ausstellen einer Anliegerbescheinigung							
Der gebührenfähige Stundensatz beträgt :				88,76 €			
	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
einfacher Fall	15	x	88,76	=	22,19	22,19	100,00%
schwieriger Fall	360	x	88,76	=	532,56	532,56	100,00%
<p>Erläuterung:</p> <p>Der Bearbeitungsaufwand für die einzelnen Fälle variiert sehr (z.T. aufwändige Recherchen). Eine Rahmengebühr wird diesem Umstand gerecht.</p>							

Lfd.Nr. 7.4 Auskunft aus dem Nutzungsverzeichnis bei privater Leitungsverlegung							
Der gebührenfähige Stundensatz beträgt :				103,12 €			
	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
einfacher Fall	15	x	103,12	=	25,78	25,78	100,00%
schwieriger Fall	360	x	103,12	=	618,72	618,72	100,00%
<p>Erläuterungen:</p> <p>Der Bearbeitungsaufwand für die einzelnen Fälle variiert sehr (z.T. aufwändige Recherchen). Eine Rahmengebühr wird diesem Umstand gerecht.</p>							

Lfd.Nr. 7.5 Bearbeitung eines Antrags auf Wertermittlung eines Kleingartens bei Pächterwechsel

Der gebührenfähige Stundensatz beträgt : 75,48 €

Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
140	x	75,48	=	176,12	176,12	100,00%

Erläuterungen:

Wertermittlung im Zusammenhang mit Pächterwechsel (Bewertung von Aufbauten, Ausstattung, Pflanzen etc.). Die Gebühr wird je zur Hälfte vom abgebenden und neuen Pächter bzw. der Pächterin erhoben.

Lfd.Nr. 7.6 Zustimmung zur Verlegung von Telekommunikationsleitungen nach § 127 Abs. 1 TKG

Der gebührenfähige Stundensatz beträgt : 74,88 €

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebühren-fähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
einfacher Fall	40	x	74,88	=	49,92	49,92	100,00%
						bis	
schwieriger Fall	60	x	74,88	=	74,88	74,88	100,00%

Erläuterungen:

Der Bearbeitungsaufwand für die einzelnen Fälle variiert sehr (z.T. aufwändige Recherchen). Eine Rahmengebühr wird diesem Umstand gerecht.

Der gebührenfähige Stundensatz beträgt:

78,19 €

Lfd.Nr. 7.7 Prüfung einer Trassierung							
	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebühren-fähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
Lfd.Nr. 7.7.1 einfacher Aufwand	bis 30	x	78,19	=	39,10	39,10	100,00%
Lfd.Nr. 7.7.2 mittlerer Aufwand	von 31 bis 60	x	78,19	=	78,19	78,19	100,00%
Lfd.Nr. 7.7.3 komplexer Aufwand	von 61 bis 120	x	78,19	=	117,29	117,29	100,00%
Lfd.Nr. 7.7.4 hochkomplexer Aufwand	über 120	x	78,19	=	156,38	156,38	100,00%

Definition Aufwände:

einfach	Trassierungsantrag läuft ohne Änderungen und Nachforderungen durch.
mittel	Trassierungsantrag muss angepasst werden, Nachforderungen sind notwendig.
komplex	Mehrfach Abstimmung und Nachbesserungen sind notwendig. Einbindung von Stellen außerhalb des GuT sind notwendig. Durchschnittlich fällt hier ein Aufwand von 90 Minuten an.
hochkomplex	Trasse muss aufwändig vorabgestimmt werden, Trassenbegehung ist notwendig.

Gebührenkalkulation Immobilienmanagement Freiburg

Gebührenverzeichnis Anlage 2 zur Satzung

Lfd.Nr. 8: Bescheinigung über das Nichtbestehen oder die Nichtausübung eines Vorkaufsrechts

	Bezeichnung	Betrag in €						
	Hochgerechnete Personalkosten 2026/2027	80.114,20						
+	Sachkosten	0,00						
+	Abschreibungen	0,26						
+	Gemeinkosten des Amtes einschl. Gebäudekosten IMF (= Umlagen)	2.455,92						
+	Service-, Steuerungs- und Steuerungsunterstützungsleistungen	6.232,78						
=	Gesamtkosten	88.803,16						
-	abzüglich nicht gebührenfähige Kosten z.B.: Amtshilfe, Äußerungen, Verwaltungsvollstreckung	147,60						
-	abzüglich Kostenanteil für Gebührenbefreiungen	0,00						
-	abzüglich Kostenanteil für Eigenverbrauch der Stadt	0,00						
-	abzüglich Einnahmen, Zuschüsse und Kostenerstattungen	7.160,78						
=	Gebührenfähige Gesamtkosten	81.494,78						
<table border="1"> <tr> <td>Gesamtkosten</td><td>Anzahl der Fälle</td><td>Kosten pro Fall</td></tr> <tr> <td>81.494,78</td><td>359</td><td>227,00</td></tr> </table>			Gesamtkosten	Anzahl der Fälle	Kosten pro Fall	81.494,78	359	227,00
Gesamtkosten	Anzahl der Fälle	Kosten pro Fall						
81.494,78	359	227,00						

Lfd.Nr. 8.1 Bescheinigung über das Nichtbestehen oder die Nichtausübung eines Vorkaufsrechts bis zu einem

Lfd.Nr.		Anzahl	Faktor	Anzahl*/Faktor	Gebühren- vorschlag €	geschätzte Einnahmen €
8.1.1	50.000 €	58	1,0	58,00	107,00	6.206,00
8.1.2	50.001 € - 250.000 €	31	1,5	46,50	161,00	4.991,00
8.1.3	250.001 € - 500.000 €	41	2,0	82,00	214,00	8.774,00
8.1.4	über 500.000 €	229	2,5	572,50	268,00	61.372,00
Gesamt:		359		759,00		81.343,00

Berechnung je Faktoreinheit = Gesamtkosten/(Anzahl*Faktor) 107,37

Verhältnis der geschätzten Einnahmen an den gebührenfähigen Gesamtkosten 99,81%

Bei der Erhebung der Staffelgebühr werden die wirtschaftlichen Verhältnisse des Gebührenschuldners berücksichtigt.

Gebührenkalkulation Rechnungsprüfungsamt

Gebührenverzeichnis Anlage 2 zur Satzung

Lfd.Nr. 9: Prüfungstätigkeit für kommunale Stiftungen und Dritte je Stunde

Der gebührenfähige Stundensatz beträgt: 121,76 €

Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz in €		Kosten in €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
60,00	x	121,76	=	121,76	121,00	99,38%

Es wird eine auf volle EURO gerundete Gebühr vorgeschlagen.

Gebührenkalkulation Stadtarchiv / Kulturamt

Gebührenverzeichnis Anlage 2 zur Satzung

Der gebührenfähige Stundensatz des Stadtarchivs beträgt: 112,14 €

Lfd.Nr. 10.1 Auskünfte

Lfd.Nr. 10.1.1: Erteilung schriftlicher oder elektronischer Auskünfte einschließlich der dazu erforderlichen Ermittlungen, Aushebungen, Reponierungen und vergleichbare Leistungen, je angefangene Viertelstunde, soweit sie nicht nach § 3 Abs. 1 Nr. 5 gebührenfrei sind

Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
15,00	x	112,14	=	28,04	15,00	53,50%

Begründung:

Die Gebührenhöhe sollte aus Gründen der Benutzer*innenfreundlichkeit beibehalten und nicht erhöht werden.

Lfd.Nr. 10.1.2: Erteilung schriftlicher oder elektronischer Auskünfte für unterrichtliche, wissenschaftliche oder heimatkundliche Zwecke, soweit das private Interesse nicht überwiegt, bis zu einem Zeitaufwand von einer Stunde

Gebührenvorschlag: gebührenfrei

Begründung:

Eine Gebührenbefreiung für wissenschaftliche, unterrichtliche und heimatkundliche Zwecke ist in Archiven durchweg üblich und soll diese Nutzungsarten fördern. Das Steuerungsinstrument der zeitbegrenzten kostenlosen Recherche sollte jedoch eingesetzt werden, um einen ausufernden Personalaufwand in diesem Bereich zu unterbinden. Sinnvoll ist eine feste Zeitvorgabe, bis zu der eine Gebühr für die genannten wissenschaftlichen, heimatkundlichen und unterrichtlichen Zwecke entfällt; die hier vorgeschlagene Zeitvorgabe von einer Stunde bewegt sich im üblichen Bereich.

Lfd.Nr. 10.2 Reproduktionen						
<p>Dis bisherigen Tatbestände für Papierkopien und -ausdrucke wurden in der Vergangenheit de fatco nicht mehr angefragt und können entfallen. Mit Selbstfotografieren und der Beauftragung von Digitalisierungsaufträgen stehen den Benutzer*innen adäquate und gern genutzte zeitgemäße Möglichkeiten der digitalen Reproduktion zur Verfügung. Ansonsten sollten die Gebührenhöhen aus Gründen der Benutzer*innenfreundlichkeit beibehalten und nicht erhöht werden.</p>						
Lfd.Nr. 10.2.1: Bearbeitung von Digitalisierungsaufträgen, je angefangene Viertelstunde (ggf. zuzügl. Kosten externer Dienstleister)						
Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
15,00	x	112,14	=	28,04	15,00	53,50%
<p>Begründung: Die Gebührenhöhe sollte aus Gründen der Benutzer*innenfreundlichkeit beibehalten und nicht erhöht werden.</p>						
Lfd.Nr. 10.2.2: Reproduktionen digitaler Dateien, soweit sie nicht nach § 3 Abs. 1 Nr. 6 gebührenfrei sind						
Die Gebührenhöhen sollten aus Gründen der Benutzer*innenfreundlichkeit beibehalten und nicht erhöht werden.						
Lfd.Nr. 10.2.2.1: Bilder, Karten, Pläne, Plakate, je Datei						
Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
5,00	x	112,14	=	9,35	3,00	32,10%
Lfd.Nr. 10.2.2.2: Audio- und Videodateien, je Datei						
Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
5,00	x	112,14	=	9,35	7,00	74,90%

Lfd.Nr. 10.2.3: Bearbeitung digitaler Reproduktionen, je angefangene Viertelstunde						
Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
15,00	x	112,14	=	28,04	7,00	24,97%
<p>Begründung:</p> <p>Die Gebührenhöhe sollte aus Gründen der Benutzer*innenfreundlichkeit beibehalten und nicht erhöht werden.</p>						

Lfd.Nr. 10.2.4: Digitale Übermittlung, soweit sie nicht nach § 3 Abs. 1 Nr. 6 gebührenfrei ist, oder Speicherung auf Datenträger (inkl. Datenträger)						
Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
15,00	x	112,14	=	28,04	5,00	17,83%
<p>Begründung:</p> <p>Die Gebührenhöhe sollte aus Gründen der Benutzer*innenfreundlichkeit beibehalten und nicht erhöht werden.</p>						

Lfd.Nr. 10.2.5: Werden die Reproduktionen für Schüler*innen, Auszubildende oder Studierende im Rahmen von Unterricht, Ausbildung und Studium gefertigt, ermäßigen sich die Gebühren nach lfd.Nrn. 10.2.1. - 10.2.4 um jeweils 50%.						
<p>Begründung:</p> <p>Um die Archivbenutzung durch Schüler*innen, Auszubildende und Studierende im Rahmen von Unterricht, Ausbildung und Studium zu fördern, sind Ermäßigungen für diese Personengruppen in Archiven Standard. Die vorgeschlagene Ermäßigung um 50 % ist in Archiven durchweg üblich.</p>						

Lfd.Nr. 10.3: Anfertigung einer beglaubigten Papierkopie aus einem archivierten Personenstandsregister						
--	--	--	--	--	--	--

Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
15,00	x	112,14	=	28,04	20,00	71,34%
<p>Begründung:</p> <p>Die Gebührenhöhe sollte identisch mit der vom Standesamt erhobenen Gebühr für die Ausstellung eines beglaubigten Ausdrucks aus dem Personenstandsregisterin sein.</p>						

Lfd.Nr. 10.4: Veröffentlichungsgenehmigung für urheberrechtlich geschützte Werke

Die Erhebung von Gebühren für Veröffentlichungsgenehmigungen ist in Archiven übliche Praxis. Es sollen jedoch nur Gebühren für die Veröffentlichungsgenehmigungen bei urheberrechtlich geschützten Werken, bei denen das Stadtarchiv Nutzungsrechte einräumen kann, erhoben werden; bei gemeinfreien Werken und Vorlagen, die keinen Werkschutz genießen, sollen grundsätzlich keine Gebühren erhoben werden. Archivnutzungen wie Wissenschaft, Heimatforschung und Unterricht/Lehre sollten durch Gebühren im unteren Bereich des hier Üblichen gefördert werden und gegenüber gewerblichen Nutzungen oder rein privaten Nutzungsinteressen privilegiert sein. Die Gebührenhöhen sollte aus Gründen der Benutzer*innenfreundlichkeit beibehalten werden.

Lfd.Nr. 10.4.1 Genehmigung der einmaligen Veröffentlichung im Druck bei Büchern, Broschüren, Zeitungen, Zeitschriften, Kalender und anderen Veröffentlichungsformen, je Vorlage

Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
35,00	x	112,14	=	65,42	15,00	22,93%

Analoge Veröffentlichungen mit oft auch kleinen Auflagenhöhe sind im Bereich der klassischen stadtgeschichtlichen und Heimatforschung noch häufig und sollten mit niedrigen Gebühren belegt und damit gefördert werden.

Lfd.Nr. 10.4.2: Genehmigung der einmaligen Veröffentlichung elektronischer Medien, je Vorlage

Lfd.Nr. 10.4.2.1: nur Online-Publikation

Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
35,00	x	112,14	=	65,42	20,00	30,57%

Aus Gründen der Benutzer*innenfreundlichkeit sollten auch bei elektronischen Veröffentlichungsformen die Gebühren noch im niedrigen Bereich angesiedelt sein.

Lfd.Nr. 10.4.2.2: Genehmigung der Herausgabe eines E-Books zusätzlich zu einer gedruckten Publikation

Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
35,00	x	112,14	=	65,42	10,00	15,29%

Aus Gründen der Benutzer*innenfreundlichkeit sollte die Gebühr bei einem zusätzlichen E-Book nur sehr gering angesiedelt sein.

Lfd.Nr. 10.4.3: Genehmigung der einmaligen Wiedergabe und Nutzung im Internet/Einbindung in Online-Dienste mit einer Auflösung von höchstens 80 dpi bzw. 200x300 Pixel unbefristet, je Vorlage

Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
35,00	x	112,14	=	65,42	25,00	38,22%

Aus Gründen der Benutzer*innenfreundlichkeit sollten die Gebühren eher niedrig sein, können aber insgesamt in Anbetracht hier auch vielfach vorkommender gewerblicher oder rein privater Nutzungen eine höhere Kostendeckung erreichen.

Lfd.Nr. 10.4.4: Genehmigung der Wiedergabe und Nutzung von Archivalien (schriftliche, bildliche, audiovisuelle Quellen) in Filmen, Rundfunk und Fernsehbeiträgen mit dem Recht der einmaligen Veröffentlichung, je Vorlage

Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
35,00	x	112,14	=	65,42	35,00	53,50%

Aus Gründen der Benutzer*innenfreundlichkeit sollten die Gebühren relativ niedrig sein, können aber insgesamt in Anbetracht auch vielfach vorkommender gewerblicher oder rein privater Nutzungen eine höhere Kostendeckung erreichen.

Lfd.Nr. 10.4.5: Genehmigung der Verwendung von Vorlagen in Ausstellungen oder bei Präsentationen in gewerblich genutzten Räumen oder zu gewerblichen Zwecken, je Vorlage

Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
35,00	x	112,14	=	65,42	50,00	76,43%

Bei gewerblichen/kommerziellen Nutzungen sollte bei vertretbarer Gebühr ein höherer Kostendeckungsgrad erreicht werden.

Lfd.Nr. 10.4.6: Liegt die Nutzung und Wiedergabe des Archivguts im öffentlichen Interesse, so kann im Einzelfall von der Erhebung einer Gebühr ganz oder teilweise abgesehen werden.

Begründung:

Das Stadtarchiv Freiburg fühlt sich dem Gedanken von Offenheit und Transparenz verpflichtet. Es will als serviceorientiertes Bürger*innenarchiv und im Bewusstsein, dass seine Benutzer*innen bereits als Steuerzahler*innen für den Unterhalt des Archivs gezahlt haben, Forschung und Publizität, z. B. durch Presseveröffentlichungen, in besonderer Weise fördern.

Gebührenkalkulation Stadtbibliothek

Gebührenverzeichnis Anlage 2 zur Satzung

Lfd.Nr. 11.1: Ausstellen eines Ersatzausweises

	Bezeichnung	Betrag in €
	Hochgerechnete Personalkosten 2026/2027	535,00
+	Sachkosten	
+	Abschreibungen	
+	Gemeinkosten des Amtes einschl. Gebäudekosten IMF (= Umlagen)	372,73
+	Service-, Steuerungs- und Steuerungsunterstützungsleistungen	32,21
=	Gesamtkosten	939,94
-	abzüglich nicht gebührenfähige Kosten z.B.: Amtshilfe, Äußerungen, Verwaltungsvollstreckung	
-	abzüglich Kostenanteil für Gebührenbefreiungen	
-	evtl. abzüglich Kostenanteil für Eigenverbrauch der Stadt	
-	abzüglich Einnahmen, Zuschüsse und Kostenerstattungen	
=	Gebührenfähige Gesamtkosten	939,94

Gesamtkosten	Anzahl der Fälle	Kosten pro Fall	Gebührenvorschlag je Fall	Kosten-deckung
939,94	217	4,33	3,50	80,80%

Entgegen § 78 GemO soll von einer kostendeckenden Gebühr für die Ausstellung eines Ersatzausweises abgewichen werden. Die Gebühr wurde zuletzt zum 01.01.2018 von 3 auf 3,50 Euro erhöht. In Stuttgart und Mannheim werden 3 Euro erhoben und in Karlsruhe 5 Euro für Erwachsene und 3 Euro für Kinder, in Ulm 5 Euro für Erwachsene und 2,50 Euro für Kinder.

Lfd.Nr. 11.2: Einarbeitung eines ersetzten Mediums je Medium				
	Bezeichnung			Betrag in Euro
	Hochgerechnete Personalkosten 2026/2027			11.498,70
+	Sachkosten			
+	Abschreibungen			
+	Gemeinkosten des Amtes einschl. Gebäudekosten IMF (= Umlagen)			8.011,15
+	Service-, Steuerungs- und Steuerungsunterstützungsleistungen			692,22
=	Gesamtkosten			20.202,07
	abzüglich nicht gebührenfähige Kosten			
-	z.B.: Amtshilfe, Äußerungen, Verwaltungsvollstreckung			
-	abzüglich Kostenanteil für Gebührenbefreiungen			
-	evtl. abzüglich Kostenanteil für Eigenverbrauch der Stadt			
-	abzüglich Einnahmen, Zuschüsse und Kostenerstattungen			
=	Gebührenfähige Gesamtkosten			20.202,07
Gesamtkosten	Anzahl der Fälle	Kosten pro Fall	Gebührenvorschlag je Fall	Kosten-deckung
20.202,07	583	34,65	5,00	14,43%
<p>Entgegen § 78 GemO soll von einer kostendeckenden Einarbeitungsgebühr abgewichen werden. Wenn ein Nutzer/eine Nutzerin ein Medium verliert oder beschädigt muss das (i.d.R.) gebrauchte Medium mit dem Neupreis ersetzt werden. Die Einarbeitungsgebühr soll den Aufwand ausgleichen, der dadurch entsteht, dass das ersetzte Medium ausleihfertig gemacht wird (Einbinden, Anbringen einer Signatur, Einkleben eines RFID-Etiketts). Hierfür müssen bereits jetzt sehr konfliktträchtige Gespräche mit Nutzerinnen und Nutzern geführt werden, bei denen es nur schwer zu vermitteln ist, dass neben den reinen Kosten für das neu beschaffte Medium noch weitere Kosten entstehen.</p> <p>Viele Nutzerinnen und Nutzer der Stadtbibliothek sind minderjährig. Es steht zu befürchten, dass Kinder und Jugendliche von ihren Eltern sanktioniert werden könnten, weil sie durch ihre Unachtsamkeit Kosten in Form der erforderlichen Neuanschaffung und darüber hinaus auch noch die entstehenden Verwaltungsgebühren verursacht haben und die Eltern den Kindern und Jugendlichen ggf. den Zugang zur Stadtbibliothek verwehren würden.</p> <p>Die Einarbeitungsgebühren betragen in Stuttgart 3,- Euro, in Ulm und Heidelberg jeweils 5 Euro.</p>				

Lfd.Nr. 11.3: Ermittlung der aktuellen Adresse				
	Bezeichnung			Betrag in €
	Hochgerechnete Personalkosten 2026/2027			252,46
+	Sachkosten			
+	Abschreibungen			
+	Gemeinkosten des Amtes einschl. Gebäudekosten IMF (= Umlagen)			175,89
+	Service-, Steuerungs- und Steuerungsunterstützungsleistungen			15,20
=	Gesamtkosten			443,54
	abzüglich nicht gebührenfähige Kosten			
-	z.B.: Amtshilfe, Äußerungen, Verwaltungsvollstreckung			
-	abzüglich Kostenanteil für Gebührenbefreiungen			
-	evtl. abzüglich Kostenanteil für Eigenverbrauch der Stadt			
-	abzüglich Einnahmen, Zuschüsse und Kostenerstattungen			
=	Gebührenfähige Gesamtkosten			443,54
Gesamtkosten	Anzahl der Fälle	Kosten pro Fall	Gebührevorschlag je Fall	Kosten-deckung
443,54	64	6,93	4,00	57,72%
<p>Entgegen § 78 GemO soll von einer kostendeckenden Gebühr für die Ermittlung der Adresse abgewichen werden. Mit einer Gebühr i.H.v. 4 Euro bewegt sich die Stadtbibliothek Freiburg bereits am oberen Rand in Baden-Württemberg.</p> <p>In Ulm und Karlsruhe werden 5 Euro für die Adressermittlung erhoben.</p>				

Entgegen § 78 GemO soll von einer kostendeckenden Gebühr für die Ausstellung eines Ersatz-
ausweises abgewichen werden. Die Gebühr wurde zuletzt zum 01.01.2018 von 3 auf 3,50 Euro
erhöht. In Stuttgart und Mannheim werden 3 Euro erhoben und in Karlsruhe 5 Euro für
Erwachsene und 3 Euro für Kinder, in Ulm 5 Euro für Erwachsene und 2,50 Euro für Kinder.

Lfd.Nr. 11.4: Vormerkung von Medien		
	Bezeichnung	Betrag in €
	Hochgerechnete Personalkosten 2026/2027	18.273,18
+	Sachkosten	
+	Abschreibungen	
+	Gemeinkosten des Amtes einschl. Gebäudekosten IMF (= Umlagen)	12.730,92
+	Service-, Steuerungs- und Steuerungsunterstützungsleistungen	1.100,05
=	Gesamtkosten	32.104,14
-	abzüglich nicht gebührenfähige Kosten z.B.: Amtshilfe, Äußerungen, Verwaltungsvollstreckung	
-	abzüglich Kostenanteil für Gebührenbefreiungen	
-	evtl. abzüglich Kostenanteil für Eigenverbrauch der Stadt	
-	abzüglich Einnahmen, Zuschüsse und Kostenerstattungen	
=	Gebührenfähige Gesamtkosten	32.104,14

Gesamtkosten	Anzahl der Fälle	Kosten pro Fall	Gebührenvorschlag je Fall	Kosten-deckung
32.104,14	12.353	2,60	1,00	38,48%

Entgegen § 78 GemO soll von einer kostendeckenden Verwaltungsgebühr abgewichen werden. Leider verfügt die Stadtbibliothek gerade bei Neuerscheinungen nicht über die erforderliche Medienanzahl, die von den Nutzerinnen und Nutzern nachgefragt wird. Wenn die Nutzerinnen und Nutzer oftmals vergeblich in die Stadtbibliothek kommen und ihr Ausleihwunsch nicht erfüllt werden kann, könnte dies zu Unzufriedenheit führen. Mit einer Vormerkung können die Nutzerinnen und Nutzer ihr Interesse an einem Medium dokumentieren und werden unverzüglich per e-Mail darüber informiert, wenn das gewünschte Medium verfügbar ist. Es handelt sich um eine reine Serviceleistung der Stadtbibliothek mit dem Ziel, die Nutzerinnen und Nutzer langfristig an die Stadtbibliothek zu binden.

Die Vormerkgebühren betragen in den Bibliotheken Mannheim 0,50 Euro, Karlsruhe 0,60 Euro, Stuttgart und Ulm jeweils 1 Euro.

Gebührenkalkulation Eigenbetrieb Stadtentwässerung**Gebührenverzeichnis Anlage 2 zur Satzung****Lfd.Nr. 12 Eigenbetrieb Stadtentwässerung**

Lfd. Nr.	Öffentliche Leistung	durchschnittliche Bearbeitungszeit badenovaNETZ E + regioDATA in dezimal Std.	durchschnittliche Bearbeitungszeit ESE in dezimal Std.	Ermittelte Gebühr €	Gebühren- vorschlag €	Kosten- deckungsgrad
					EUR	
12.1	Genehmigungspflichtige Vorhaben nach § 11 der Stadtentwässerungssatzung					
12.1.1	Genehmigung eines Entwässerungsantrages für ein Ein- bzw. Zweifamilienhaus oder vergleichbare Bauvorhaben mit Prüfung der Entwässerungspläne und Überprüfung der Grundleitungen und Anschlusskanäle inkl. der Überwachung der Dichtheitsprüfung und der Beratung.	4,89	0,75	554,89	554,00	99,84%
12.1.2	Genehmigung eines Entwässerungsantrages für baugleiche Einfamilienhäuser ab dem zweiten baugleichen Einfamilienhaus vom gleichen Bauherren mit Prüfung der Entwässerungspläne und Überprüfung der Grundleitung und Anschlusskanäle inkl. der Überwachung der Dichtheitsprüfung und der Beratung.	3,30	0,75	388,92	388,00	99,76%
12.1.3	Genehmigung eines Entwässerungsantrages für ein gewerbliches/industrielles Bauvorhaben bzw. Mehrfamilienhaus oder vergleichbare Bauvorhaben mit Prüfung der Entwässerungspläne und Überprüfung der Grundleitungen und Anschlusskanäle inkl. der Überwachung der Dichtheitsprüfung und der Beratung.	7,11	0,75	786,61	786,00	99,92%
12.1.4	Genehmigung eines Entwässerungsantrages für ein Ein- bzw. Zweifamilienhaus oder vergleichbare Bauvorhaben mit Prüfung der Entwässerungspläne inkl. Beratung ohne Überprüfung der Grundleitungen und Anschlusskanäle.	2,90	0,75	347,17	347,00	99,95%
12.1.5	Genehmigung eines Entwässerungsantrages für baugleiche Einfamilienhäuser ab dem zweiten baugleichen Einfamilienhaus vom gleichen Bauherren mit Prüfung der Entwässerungspläne inkl. Beratung ohne Überprüfung der Grundleitungen und Anschlusskanäle.	1,30	0,75	180,16	180,00	99,91%
12.1.6	Genehmigung eines Entwässerungsantrages für ein gewerbliches/industrielles Bauvorhaben bzw. Mehrfamilienhaus oder vergleichbare Bauvorhaben mit Prüfung der Entwässerungspläne incl. Beratung ohne Überprüfung der Grundleitungen und Anschlusskanäle.	4,98	0,75	564,28	564,00	99,95%
12.1.7	Überprüfung der Grundleitungen und Anschlusskanäle inkl. der Überwachung der Dichtheitsprüfungen für ein Ein- bzw. Zweifamilienhaus oder vergleichbare Bauvorhaben.	2,31	0,75	287,54	287,00	99,81%
12.1.8	Überprüfung der Grundleitungen und Anschlusskanäle inkl. der Überwachung der Dichtheitsprüfungen für ein gewerbliches/ industrielles Bauvorhaben bzw. Mehrfamilienhaus oder vergleichbarer Bauvorhaben.	2,38	0,75	294,85	294,00	99,71%
12.1.9	Überprüfung und Einmessung des neu hergestellten privaten Anschlussstutzens/ Abzweig an den öffentlichen Kanal mittels TV-Kamerabefahrung.	4,30	0,75	420,72	420,00	99,83%
12.2	Verlängerung der Gültigkeit eines Genehmigungsbescheides.	0,60	0,50	95,27	95,00	99,72%
12.3	Zusätzlicher Überwachungsaufwand bei Wiederholung einer Dichtheitsprüfung je Person und angefangene Viertelstunde.	0,50	0,00	48,93	48,00	98,10%
12.4	Überprüfung einer bestehenden Grundstücksentwässerungsanlage auf ihre Funktionsfähigkeit je Person und angefangene Viertelstunde.	0,50	0,00	48,93	48,00	98,10%
12.5	Fachtechnische Beratung außerhalb des Genehmigungsverfahrens je Person und angefangene Viertelstunde	0,50	0,00	48,93	48,00	98,10%
12.6	Einsicht in Hausentwässerungsakten pauschal	0,80	0,00	73,28	73,00	99,61%
11.7	Aktenkopie, soweit nicht nach § 3 Abs. 1 Nr. 6 gebührenfrei:					
12.7.1	Aktenkopie: DIN A 4				0,50	
12.7.2	DIN A 3				1,00	
12.7.3	DIN A 2				3,50	
12.7.4	DIN A 1				7,00	
12.7.5	DIN A 0				14,00	
12.8	PDF je Seite				0,50	
12.9	Kanalbeitragsbescheinigungen	0,17	0,50	45,40	45,00	99,12%

Ermittlung der Fremdkosten für ESE hier: Berechnung Anteil Betreiberentgelt für die Hausentwässerung

Stundensatz für die Hausentwässerung badenovaNetze		
Stundensatz aus dem Betriebsführungsvertrag ab 01.07.2025	netto	85,35 €
Tarifierhöhung ab 01.06.2026 um 1,25%	netto	86,42 €
Tarifierhöhung ab 31.03.2027 um 3%	netto	89,01 €
Erhöhung für 2026 und 2027 Mittelwert:	netto	87,71 €
Stundensatz Personal badenovaNETZE Hausentwässerung	brutto	104,38 €
Stundensatz badenovaNETZE Buchhaltung/Verwaltung Sachbearbeiter		
Stundensatz aus dem Betriebsführungsvertrag ab 01.07.2025	netto	74,70 €
Tarifierhöhung ab 01.06.2026 um 1,25%	netto	75,63 €
Tarifierhöhung ab 31.03.2027 um 3%	netto	77,90 €
Erhöhung für 2026 und 2027 Mittelwert:	netto	76,77 €
Stundensatz badenovaNETZE Buchhaltung/Verwaltung Sachbearbeiter	brutto	91,35 €
Stundensatz regioDATA Sachbearbeitung		
Stundensatz aus dem Betriebsführungsvertrag ab 01.07.2025	netto	75,00 €
Tarifierhöhung ab 01.06.2026 um 1,25%	netto	75,94 €
Tarifierhöhung ab 31.03.2027 um 3%	netto	78,22 €
Erhöhung für 2026 und 2027 Mittelwert:	netto	77,08 €
Stundensatz regioDATA Sachbearbeitung	brutto	91,72 €
Stundensatz Fahrzeug Fernaue bei badenovaNETZE		
Stundensatz aus dem Betriebsführungsvertrag ab 01.07.2025	netto	39,36 €
Erhöhung Preisindex von 6%	netto	41,72 €
Erhöhung Preisindex von 6%	netto	44,22 €
Erhöhung für 2026 und 2027 Mittelwert:	netto	42,97 €
	brutto	51,14 €

Satzung Lfd.Nr.	Bearbeitungszeit bei badenova in Stunden	in dezimal Std.	Std.satz	in Euro
12.1.1	Genehmigung und Abnahme Einfamilienhaus	4,64	104,38 €	484,32 €
12.1.2	Genehmigung und Abnahme baugleicher Ein- und Zweifamilienhäuser	3,05	104,38 €	318,36 €
12.1.3	Genehmigung und Abnahme Mehrfamilienhaus	6,86	104,38 €	716,05 €
12.1.4	Genehmigung ohne Abnahme Grundleitungen Einfamilienhaus	2,65	104,38 €	276,61 €
12.1.5	Genehmigung ohne Abnahme Grundleitungen baugleicher Ein- u. Zweifamilienhäuser	1,05	104,38 €	109,60 €
11.1.6	Genehmigung ohne Abnahme Grundleitungen Mehrfamilienhaus	4,73	104,38 €	493,72 €
12.1.7	Überprüfung Grundleitung Einfamilienhaus	2,21	104,38 €	230,68 €
12.1.8	Überprüfung Grundleitung Mehrfamilienhaus	2,28	104,38 €	237,99 €
12.1.9	Überprüfung neue Stutzen Mitarbeiter	2,80	104,38 €	292,26 €
12.1.9	Überprüfung neue Stutzen Fernaue	1,40	51,14 €	71,59 €
12.2	Verlängerung der Gültigkeit eines Genehmigungsbescheides	0,50	104,38 €	52,19 €
	Fakturierung in SAP ohne Stammdatenanlage	0,10	91,35 €	9,14 €
	Fakturierung in SAP incl. Stammdatenanlage	0,25	91,35 €	22,84 €
	Manuelle Buchung incl. Stammdatenanlage	0,17	91,35 €	15,53 €
	Einsicht Hausentwässerungsakte durch regioDATA	0,55	91,72 €	50,45 €

Für die Kalkulation wurden die Ergebnisse der Vorjahre aus den Jahresabschlüssen 2023 bis 2024 für die Hausentwässerung gemittelt.

Hausentwässerungsgenehmigungen				
Anzahl von Genehmigungen lt. badenovaNETZE				165
Personaleinsatz des Eigenbetriebes pro Genehmigung		Bearbeitungszeit	Stundensatz	
		in h		
Stundensatz 2026 / 2027	E 13	0,25	80,63 €	20,16 €
Stundensatz 2026 / 2027	E 9a	0,5	55,14 €	27,57 €
Kostenanteil pro Genehmigung		0,75		47,73 €
Sonstige Kosten ESE *				- €
Gesamtkosten ESE				47,73 €

Verlängerung Hausentwässerungsgenehmigungen				
Anzahl von Verlängerungen lt. badenovaNETZE				1
Personaleinsatz des Eigenbetriebes pro Genehmigung		Bearbeitungszeit	Stundensatz	
		in h		
Stundensatz 2026 / 2027	E 13	0,25	80,63 €	20,16 €
Stundensatz 2026 / 2027	E 9a	0,25	55,14 €	13,79 €
Kostenanteil pro Genehmigung		0,5		33,94 €
Sonstige Kosten ESE *				- €
Gesamtkosten ESE				33,94 €

Kanalbeitragsbescheinigungen				
Anzahl von Genehmigungen aus dem Jahr 2023				79
Anzahl von Genehmigungen aus dem Jahr 2024				67
Mittelwert				73
Personaleinsatz des Eigenbetriebes jeweils pro Genehmigung		Bearbeitungszeit	Stundensatz	
		in h		
Stundensatz Hochrechnung 2026/2027	E 9a	0,5	55,15 €	27,58 €
Stundensatz Hochrechnung 2026/2027	E 9c	0,5	64,33 €	32,17 €
Mittelwert Bearbeitungszeit beider Entgeltgruppen		0,5		29,87 €
Sonstige Kosten ESE *				- €
Gesamtkosten ESE				29,87 €

* Kosten für Abschreibungen auf Forderungen, Ausbuchung Kleinbeträge, Erlöse für Säumniszuschläge und Erlöse für bereits abgeschriebene Forderungen werden nicht berücksichtigt.

Annahmen:

Bei Überprüfungen von Leitungen und bei Verlängerungen von Hausentwässerungsgenehmigungen bestehen die Stammdaten bereits, da hier bereits eine Faktura für Hausentwässerungsgenehmigung erstellt wurde.

Bei neu Ausstellung einer Hausentwässerungsgenehmigung muss ein neuer Debitor angelegt und fakturiert werden.

12.1.1	Genehmigung und Abnahme Einfamilienhaus	
	Aufwand badenovaNETZE pro Einfamilienhaus	484,32 €
	Fakturierung in SAP incl. Stammdatenanlage	22,84 €
	Aufwand ESE	47,73 €
	Aufwand Einfamilienhaus insgesamt	554,89 €
12.1.2	Genehmigung und Abnahme baugleicher Ein- bzw. Zweifamilienhäuser oder vergleichbare Bauvorhaben	
	Aufwand badenovaNETZE pro Einfamilienhaus	318,36 €
	Fakturierung in SAP incl. Stammdatenanlage	22,84 €
	Aufwand ESE	47,73 €
	Aufwand vergl. Bauvorhaben insgesamt	388,92 €
12.1.3	Genehmigung und Abnahme Mehrfamilienhaus	
	Aufwand badenovaNETZE pro Mehrfamilienhaus	716,05 €
	Fakturierung in SAP incl. Stammdatenanlage	22,84 €
	Aufwand ESE	47,73 €
	Aufwand Mehrfamilienhaus insgesamt	786,61 €
12.1.4	Genehmigung ohne Abnahme Grundleitungen Einfamilienhaus	
	Aufwand badenovaNETZE pro Einfamilienhaus	276,61 €
	Fakturierung in SAP incl. Stammdatenanlage	22,84 €
	Aufwand ESE	47,73 €
	Aufwand insgesamt	347,17 €
12.1.5	Genehmigung ohne Abnahme Grundleitungen baugleicher Ein- und Zweifamilienhäuser	
	Aufwand badenovaNETZE pro Einfamilienhaus	109,60 €
	Fakturierung in SAP incl. Stammdatenanlage	22,84 €
	Aufwand ESE	47,73 €
	Aufwand insgesamt	180,16 €
12.1.6	Genehmigung ohne Abnahme Grundleitungen Mehrfamilienhaus	
	Aufwand badenovaNETZE pro Mehrfamilienhaus	493,72 €
	Fakturierung in SAP incl. Stammdatenanlage	22,84 €
	Aufwand ESE	47,73 €
	Aufwand insgesamt	564,28 €
12.1.7	Überprüfung Grundleitung Einfamilienhaus	
	Aufwand badenovaNETZE pro Einfamilienhaus	230,68 €
	Fakturierung in SAP ohne Stammdatenanlage	9,14 €
	Aufwand ESE	47,73 €
	Aufwand Einfamilienhaus insgesamt	287,54 €
12.1.8	Überprüfung Grundleitung Mehrfamilienhaus	
	Aufwand badenovaNETZE pro Mehrfamilienhaus	237,99 €
	Fakturierung in SAP ohne Stammdatenanlage	9,14 €
	Aufwand ESE	47,73 €
	Aufwand Mehrfamilienhaus insgesamt	294,85 €
12.1.9	Überprüfung neue Stutzen	
	Aufwand badenovaNETZE Mitarbeiter	292,26 €
	Fakturierung in SAP ohne Stammdatenanlage	9,14 €
	Aufwand badenovaNETZE Fahrzeug	71,59 €
	Aufwand ESE	47,73 €
	Aufwand Mehrfamilienhaus insgesamt	420,72 €

12.2	Verlängerung der Gültigkeit der Bescheide	
	Aufwand badenovaNETZE pro Mehrfamilienhaus	52,19 €
	Fakturierung in SAP ohne Stammdatenanlage	9,14 €
	Aufwand ESE	33,94 €
	Aufwand Mehrfamilienhaus insgesamt	95,27 €
12.3 bis 12.5	Fachtechnische Beratung pro 15 Minuten	
	Aufwand badenovaNetze	26,09 €
	Fakturierung in SAP incl. Stammdatenanlage	22,84 €
	Aufwand ESE	0,00 €
	Aufwand Mehrfamilienhaus insgesamt	48,93 €
12.6	Einsicht in Entwässerungsakten	
	Aufwand regioDATA	50,45 €
	Fakturierung in SAP incl. Stammdatenanlage	22,84 €
	Aufwand ESE	0,00 €
	Aufwand Mehrfamilienhaus insgesamt	73,28 €
12.7	Kanalbeitragsbescheinigung	
	Manuelle Buchung incl. Stammdatenanlage	15,53 €
	Aufwand ESE	29,87 €
	Aufwand Mehrfamilienhaus insgesamt	45,40 €

Die Kanalbeitragsbescheinigungen werden vom ESE erstellt und von der badenovaNETZE gebucht.

Nachweis der Einhaltung der kalkulatorischen Gebührenobergrenze ab 01.01.2026

1	2	3	4	5	6	7	8	9
Lfd. Nr. im Gebühren- verzeichnis	Öffentliche Leistung	vor. Fallzahl pro Jahr	zeitl. Aufwand	Kostenaufwand Fremdleistung (badenovaNETZE, RegioDATA)	Kosten- aufwand ESE	Aufwand insgesamt	Neue Gebühr ab 2026	Gebühren- einnahmen
		Stück	Std.	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
12.1	Genehmigungspflichtige Vorhaben nach § 11 der Stadtentwässerungssatzung							
12.1.1	Genehmigung eines Entwässerungsantrages für ein Ein- bzw. Zweifamilienhaus oder vergleichbare Bauvorhaben mit Prüfung der Entwässerungspläne und Überprüfung der Grundleitungen und Anschlusskanäle inkl. der Überwachung der Dichtheitsprüfung und der Beratung.	60	338	30.430 €	2.864 €	33.293 €	554 €	33.240 €
12.1.2	Genehmigung eines Entwässerungsantrages für baugleiche Einfamilienhäuser ab dem zweiten baugleichen Einfamilienhaus vom gleichen Bauherren mit Prüfung der Entwässerungspläne und Überprüfung der Grundleitung und Anschlusskanäle inkl. der Überwachung der Dichtheitsprüfung und der Beratung.	5	20	1.706 €	239 €	1.945 €	388 €	1.940 €
12.1.3	Genehmigung eines Entwässerungsantrages für ein gewerbliches/industrielles Bauvorhaben bzw. Mehrfamilienhaus oder vergleichbare Bauvorhaben mit Prüfung der Entwässerungspläne und Überprüfung der Grundleitungen und Anschlusskanäle inkl. der Überwachung der Dichtheitsprüfung und der Beratung.	80	629	59.111 €	3.818 €	62.929 €	786 €	62.880 €
12.1.4	Genehmigung eines Entwässerungsantrages für ein Ein- bzw. Zweifamilienhaus oder vergleichbare Bauvorhaben mit Prüfung der Entwässerungspläne inkl. Beratung ohne Überprüfung der Grundleitungen und	7	26	2.096 €	334 €	2.430 €	347 €	2.429 €
12.1.5	Genehmigung eines Entwässerungsantrages für baugleiche Einfamilienhäuser ab dem zweiten baugleichen Einfamilienhaus vom gleichen Bauherren mit Prüfung der Entwässerungspläne incl. Beratung ohne Überprüfung der Grundleitungen und Anschlusskanäle.	3	6	397 €	143 €	540 €	180 €	540 €
12.1.6	Genehmigung eines Entwässerungsantrages für ein gewerbliches/industrielles Bauvorhaben bzw. Mehrfamilienhaus oder vergleichbare Bauvorhaben mit Prüfung der Entwässerungspläne inkl. Beratung ohne Überprüfung der Grundleitungen und Anschlusskanäle.	10	57	5.166 €	477 €	5.643 €	564 €	5.640 €
12.1.7	Überprüfung der Grundleitungen und Anschlusskanäle inkl. der Überwachung der Dichtheitsprüfungen für ein Ein- bzw. Zweifamilienhaus oder vergleichbare Bauvorhaben.	2	6	480 €	95 €	575 €	287 €	574 €
12.1.8	Überprüfung der Grundleitungen und Anschlusskanäle inkl. der Überwachung der Dichtheitsprüfungen für ein gewerbliches/industrielles Bauvorhaben bzw. Mehrfamilienhaus oder vergleichbarer Bauvorhaben.	2	6	494 €	95 €	590 €	294 €	588 €

12.1.9	Überprüfung und Einmessung des neu hergestellten privaten Anschlussstutzens/ Abzweig an den öffentlichen Kanal mittels TV-Kamerabefahrung.	30	152	11.190 €	1.432 €	12.622 €	420 €	12.600 €
12.2	Verlängerung der Gültigkeit eines Genehmigungsbescheides.	1	1	61 €	34 €	95 €	95 €	95 €
12.3	Zusätzlicher Überwachungsaufwand bei Wiederholung einer Dichtheitsprüfung je Person und angefangene Viertelstunde.	2	1	98 €	0 €	98 €	48 €	96 €
12.4	Überprüfung einer bestehenden Grundstücksentwässerungsanlage auf ihre Funktionsfähigkeit je Person und angefangene Viertelstunde.	1	1	49 €	0 €	49 €	48 €	48 €
12.5	Fachtechnische Beratung außerhalb des Genehmigungsverfahrens je Person und angefangene Viertelstunde.	5	3	245 €	0 €	245 €	48 €	240 €
12.6	Einsicht in Hausentwässerungsakten pauschal	124	99	9.087 €	0 €	9.087 €	73 €	9.052 €
	Aktenkopie: DIN A 4 pauschal je Kopie	3		1,5 €		1,5 €	0,5 €	1,5 €
	Aktenkopie: DIN A 3 pauschal je Kopie	3		3 €		3 €	1 €	3 €
	Aktenkopie: DIN A 2 pauschal je Kopie	1		3,5 €		3,5 €	3,5 €	3,5 €
	Aktenkopie: DIN A 1 pauschal je Kopie	2		14 €		14 €	7 €	14 €
	Aktenkopie: DIN A 0 pauschal je Kopie	0		0 €		0,0 €	14,0 €	0 €
	pdf je Seite	1.837		919 €		919 €	0,5 €	919 €
12.7	Kanalbeitragsbescheinigungen	73	49	1.134 €	2.181 €	3.314 €	45 €	3.285 €
	Summen:		1.394	122.683 €	11.712 €	134.395 €		134.188 €

Gebührenkalkulation Stadtkämmerei

Gebührenverzeichnis Anlage 2 zur Satzung

Lfd.Nr. 13.1: Ausgabe einer Ersatzhundesteuermarke

Der gebührenfähige Stundensatz beträgt: 71,81 €

Dauer der Tätigkeit in		Gebührenfähiger Stundensatz		Kosten	Gebührenvorschlag	Kosten-deckung
6,00	x	71,81 €	=	7,18 €	7,10 €	98,87%

Lfd.Nr. 13.2: Unbedenklichkeitsbescheinigung

Der gebührenfähige Stundensatz beträgt: 79,37 €

Dauer der Tätigkeit in		Gebührenfähiger Stundensatz		Kosten	Gebührenvorschlag	Kosten-deckung
13,00	x	79,37 €	=	17,20 €	17,20 €	100,00%

Gebührenkalkulation Standesamt

Gebührenverzeichnis Anlage 2 zur Satzung

Der gebührenfähige Stundensatz beträgt: 99,47 €

Lfd.Nr. 14.1: Kirchengaustrittserklärung je Austrittserklärung**Lfd.Nr. 14.1.1: für Personen ab 18 Jahren**

Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kostendeckung
17,00	x	99,47	=	28,18	28,00	99,35%

Die Fallzahl wird sich die nächsten 2 Jahre durchschnittlich auf 2.500 Kirchengaustritte belaufen. Die Fallzahlen sind rückläufig, aber immer noch auf hohem Niveau. Durch die Einführung des Kassenbausteins im Bezahlvorgang ist der Zeitaufwand etwas höher (1 Minute). Durch den Rückgang der Fallzahlen ergeben sich trotz leicht erhöhter Gebühr Mindereinnahmen in Höhe von 15.940 €.

Lfd.Nr. 14.1.2: für Personen unter 18 Jahren

Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kostendeckung
17,00	x	99,47	=	28,18	10,00	35,48%

Jugendliche unter 18 Jahren verfügen oft über kein oder nur ein geringes eigenes Einkommen. Wie bereits die letzten Jahre wird aus sozialen Gründen eine um mindestens die Hälfte reduzierte Gebühr vorgeschlagen. Es handelt sich um geringe Fallzahlen, daher entstehen dadurch keine nennenswerten Minder- oder Mehreinnahmen.

Lfd.Nr. 14.1.3: für Berechtigte nach SGB II, SGB XII, AsylbIG und Berechtigte mit Anspruch auf Wohngeld und BaföG

gebührenfrei

Mit Beschluss vom 30.11.2021 hat der Gemeinderat entschieden, dass der Kirchengaustritt für den genannten Personenkreis gebührenfrei sein soll. Die Kosten für diese Kirchengaustritte entsprechen bei Vorliegen der Voraussetzungen den Kosten der Lfd.Nrn. 14.1.1 und 14.1.2.

Lfd.Nr. 14.2: Nachträgliche Bescheinigung des Kirchengaustritts

Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kostendeckung
10,00	x	99,47	=	16,58	16,50	99,53%

Es handelt sich um geringe Fallzahlen, daher keine nennenswerten Mehr- oder Mindereinnahmen.

Lfd.Nr. 14.3: Vorabübermittlung von Personenstandsukunden per Fax oder Mail

Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kostendeckung
4,00	x	99,47	=	6,63	6,50	98,02%

Die Fallzahlen für die Vorabübermittlung per Fax und per Mail (hauptsächlich), sind sehr stark angestiegen auf insgesamt ca. 1000 Fälle pro Jahr. Ukunden werden zwar auch zunehmend im Abrufverfahren angefordert, allerdings werden viele Ukunden zusätzlich zum Datenabruf zur Vorabübermittlung angefordert. Aufgrund der gestiegenen Fallzahlen werden bei gleichbleibender Gebühr Mehreinnahmen in Höhe von 3.250 € erzielt.

Gebührenkalkulation Amt für Bürgerservice und Informationsmanagement

Gebührenverzeichnis Anlage 3 zur Satzung

Stundensatz ABI-Bürgerservice (inkl. Tarifsteigerung):

- Grundsatz 86,09 €

- Fachservice 90,21 €

Lfd.Nr. 1.1 Ausstellung einer einfachen oder erweiterten Meldebescheinigung

Dauer der Tätigkeit in Min. ca.		Gebührenfähiger Stundensatz		Kosten je Bescheini- gung	Gebühren- vorschlag €	Kostendeckung
6,00	x	86,09	=	8,61	8,50	98,72%

Lfd.Nr. 1.2 Erteilung einer einfachen oder erweiterten Auskunft über Eintragungen im Melderegister je Person

Lfd.Nr. 1.2.1 persönlich oder schriftlich

Dauer der Tätigkeit in Min. ca.		Gebührenfähiger Stundensatz		Kosten je Auskunft	Gebühren- vorschlag €	Kostendeckung
12,50	x	86,09	=	17,94	17,50	97,55%

In der Bearbeitungszeit enthalten: aufwendige Recherche, Posteingang und -ausgang, archivieren der Anfrage (scannen/speichern) sowie Buchungsaufwand.

Lfd.Nr. 1.2.2 per Internet über das Meldeportal

Administration sowie Nachbearbeitungen im Fachservice Meldewesen ca. 200 Stunden	18.042,00 €
Jährliche Sachaufwendungen Meldeportal	70.800,00 €
	<u>88.842,00 €</u>

Anzahl gebührenpflichtiger Abrufe 2024: 13.186

Kosten €		Abrufe 2024		Kosten je Abruf €	Gebühren- vorschlag €	Kostendeckung
88.842,00	:	13.186	=	6,74	5,00	74,18%

Der elektronische Auskunftss-Service dvv.Meldeportal bietet schnelle und zuverlässige Online-Auskünfte aus dem Melderegister auf der Basis des zentralen, öffentlich-rechtlichen Datenbestandes in Baden-Württemberg. Grundlage für die Daten ist die Verarbeitung jedes melderechtlich maßgebenden Vorgangs bei den Städten und Gemeinden. In Absprache mit den zehn größten Städten in Baden-Württemberg soll die Gebühr einheitlich 5 € betragen, mit dem Ziel, einen Anreiz zu schaffen, dass Anfragen von Privaten vornehmlich über das Portal abgewickelt werden.

Lfd.Nr. 1.3 Erteilung einer Auskunft über die im Melderegister gespeicherte Steuer-Identifikationsnummer						
Dauer der Tätigkeit in Min. ca.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kostendeckung
6,00	x	86,09	=	8,61	8,50	98,72%
Aus Gründen der Transparenz und aufgrund der Anzahl der Auskünfte wird ein eigener Tatbestand in das Gebührenverzeichnis aufgenommen.						

Lfd.Nr. 1.4 Gruppenauskünfte und Datenübermittlungen der Meldebehörde						
Stundensatz ABI-Fachservice: 90,21 €						
Lfd.Nr. 1.4.1 Prüfung und Bearbeitung des Antrags						
Kosten je angefangene Viertelstunde: 22,55 €						
Gebührenvorschlag:		22,50 €				
Kostendeckungsgrad:		99,78%				
Lfd.Nr. 1.4.2 Erstellen, Verschlüsseln und Versand der Datei						
Dauer der Tätigkeit in Min. ca.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten je Datei €	Gebühren-vorschlag €	Kostendeckung
100,00	x	90,21	=	150,35	150,00	99,77%

Lfd.Nr. 1.5 Rückforderung der Kosten für Fundtiertransporte							
	Verwaltungsaufwand in Min.		Gebühren-fähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens:	90	x	86,09	=	129,14	125,00	96,79%
höchstens:	270	x	86,09	=	387,41	380,00	98,09%
Zuzüglich Auslagen für den Tiertransport gem. § 8 Abs. 2 PolG							

Gebührenkalkulation Amt für öffentliche Ordnung

Gebührenverzeichnis Anlage 3 zur Satzung

Lfd.Nr. 2.1 Fischerei

	Bezeichnung	Betrag in EUR
	hochgerechnete Personalkosten 2026/2027	21.864
+	Abschreibungen	266
+	Sachkosten	0
+	Gemeinkosten des Amtes einschl. Gebäudkosten IMF (=Umlagen)	6.194
+	Service-, Steuerungs- und Steuerungsunterstützungsleistungen	1.426
=	Gesamtkosten	29.750
-	abzüglich 45% nicht gebührenfähige Kosten (Einarbeitung im BSZ, Beratung, Amtshilfe, Äußerungen, Verwaltungsvollstreckung)	-13.387
-	abzüglich Kostenanteil für Gebührenbefreiungen	0
-	abzüglich Kostenanteil für Eigenverbrauch der Stadt	0
-	abzüglich Einnahmen, Zuschüsse und Kostenerstattungen	-21
=	Gebührenfähige Gesamtkosten	16.341
	Gebührenaufkommen neu	7.100
	Kostendeckungsgrad	43%

Lfd.Nr. 2.1.1 Ausstellung eines Fischereischeines (zzgl. Fischereiabgabe)

Gebührenfähige Gesamtkosten	16.341
Zahl der Fischereischeine und Jugendfischereischeine pro Jahr (2024)	115
Eintragungen gem. Lfd.Nr.2.1.4 pro Jahr (2024): 125, entspricht 62,5 LE	62,5
Leistungseinheiten Fischereischein (LE)	177,5
Kosten pro Leistungseinheit (Fischereischein)	92,06
Da wir im interkommunalen Vergleich bei der Gebühr weiterhin sehr hoch liegen, soll die bisherige Gebühr beibehalten werden. <i>Stand 26.08.2025</i>	
Gebührenvorschlag je Fischereischein:	40,00

Lfd.Nr. 2.1.2 Ausstellung eines Jugendfischereischeines

Verwaltungsaufwand wie 2.1.1

Gebührenvorschlag:	40,00
--------------------	-------

Lfd.Nr. 2.1.3 Ausstellung eines Ersatzfischereischeines

Verwaltungsaufwand wie unter 2.1.1 (zahlenmäßig nicht relevant)

Gebührenvorschlag:	40,00
--------------------	-------

Lfd.Nr. 2.1.4 Eintrag der Entrichtung der Fischereiabgabe für 1, 5 oder 10 Jahre (zzgl. Fischereiabgabe)

Verwaltungsaufwand beträgt die Hälfte des Aufwands für die Erteilung eines Fischereischeines.

Gebührenvorschlag:	20,00
--------------------	-------

2.2 Gaststättenrecht (§ 1 Landesgaststättengesetz i.V.m. Gaststättengesetz)

Produktbereich gaststättenrechtliche Erlaubnisse

Bezeichnung		Betrag in EUR
	Hochgerechnete Personalkosten 2026/2027	353.538
+	Sachkosten	0
+	Abschreibungen	2.498
+	Gemeinkosten des Amtes einschl. Gebäudekosten IMF (= Umlagen)	62.724
+	Service-, Steuerungs- und Steuerungsunterstützungsleistungen	20.866
=	Gesamtkosten	439.627
-	abzüglich 55% nicht gebührenfähige Kosten bzw. Bereiche, für die Gebühren nicht erhoben werden (z.B. Stellungnahme zu Bauanträgen, erlaubnisfreie Gaststättenbetriebe, Amtshilfe, Äußerungen, Beratung, Verwaltungsvollstreckung)	-241.795
-	abzüglich Kostenanteil für Gebührenbefreiungen	0
-	abzüglich Kostenanteil für Eigenverbrauch der Stadt	0
-	abzüglich Einnahmen, Zuschüsse und Kostenerstattungen	-90
=	Gebührenfähige Gesamtkosten	197.742
	erwartetes Gebührenaufkommen: 2024 + 11% Stundensatzerhöhung	121.320
	Kostendeckung	61%

Lfd.Nr. 2.2.1 Gaststättenerlaubnis bzw. befristete Gaststättenerlaubnis (§§ 2 bzw. 3 Abs. 2 GastG)

Verwaltungsaufwand pro Fall	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten
mindestens:	300	103,62 €	518,10 €
höchstens:	3.000	103,62 €	5.181,00 €
Gebührevorschlag: 515,00 € - 5.180,00 €			

Lfd.Nr. 2.2.2 Stellvertretererlaubnis bzw. vorläufige Stellvertretererlaubnis (§§ 9 bzw. 11 GastG)

Verwaltungsaufwand pro Fall	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten
mindestens:	150	103,62 €	259,05 €
höchstens:	900	103,62 €	1.554,30 €
Gebührevorschlag: 255,00 € - 1.550,00 €			

Lfd.Nr. 2.2.3 Vorläufige Gaststättenerlaubnis (§ 11 GastG)

Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten
mindestens:	60	103,62 €	103,62 €
höchstens:	320	103,62 €	552,64 €
Gebührevorschlag: 100,00 € - 550,00 €			

Lfd.Nr. 2.2.4 Zulassung von Ausnahmen von der Verpflichtung zum Ausschank alkoholfreier Getränke (§ 6 Satz 4 GastG)			
Verwaltungsaufwand pro Fall	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten
mindestens:	135	103,62 €	233,15 €
höchstens:	200	103,62 €	345,40 €
Gebührevorschlag: 230,00 € - 345,00 €			

Lfd.Nr. 2.2.5 Gestattung (§ 12 GastG)

Lfd.Nr. 2.2.5.1 Gestattung			
Verwaltungsaufwand pro Fall	Min. pro Fall	Std.-Satz*	Kosten
mindestens:	60	115,85 €	115,85 €
höchstens:	900	115,85 €	1.737,75 €
*Sachgebiet Veranstaltungen			
Gebührevorschlag: 155,00 € - 1.735,00 €			

Lfd.Nr. 2.2.5.2 Gemeinnützige Vereine, Verbände, Parteien und Wählerinitiativen soweit es sich nicht um eine Großveranstaltung handelt.	
Gebührevorschlag: 75% der nach Lfd. Nr. 2.2.5.1 festzusetzenden Gebühr	

Lfd.Nr. 2.2.6 Zulassung von Ausnahmen vom Verbot der Anmietung von Räumen bei Straußwirtschaften (§ 6 Abs. 2 GastVO)			
	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten
mindestens:	90	103,62 €	155,43 €
höchstens:	135	103,62 €	233,15 €
Gebührevorschlag: 155,00 € - 230,00 €			

Lfd.Nr. 2.2.7 Zulassung von Ausnahmen von den Sperrzeitvorschriften für einzelne Betriebe (§ 12 Satz 1 GastVO)

Lfd.Nr. 2.2.7.1 Sperrzeitverkürzung für einzelne Tage (§ 18 GastG)			
	Min. pro Fall	Std.-Satz*	Kosten
mindestens:	45	109,74 €	82,31 €
höchstens:	90	109,74 €	164,61 €
Gebührevorschlag: 82,00 € - 160,00 €			

Lfd.Nr. 2.2.7.2 Regelmäßige Sperrzeitverkürzung (§ 18 GastG)			
	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten
mindestens:	120	103,62 €	207,24 €
höchstens:	900	103,62 €	1.554,30 €
Gebührevorschlag: 205,00 € - 1.550,00 €			
Die Gebühr bezieht sich auf die halbjährliche Erteilung der Dauersperrzeitverkürzung.			

Lfd.Nr. 2.2.8 Untersagung der Beschäftigung einer Person (§ 21 Abs. 1 GastG)			
	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten
mindestens:	300	103,62 €	518,10 €
höchstens:	900	103,62 €	1.554,30 €
Gebührenvorschlag: 515,00 € - 1.550,00 €			

Lfd.Nr. 2.2.9 Entscheidung zur Beschäftigung von Personen (§ 13 GastVO)			
	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten
mindestens:	150	103,62 €	259,05 €
höchstens:	450	103,62 €	777,15 €
Gebührenvorschlag: 255,00 € - 775,00 €			

Lfd.Nr. 2.2.10 Auflagen und Anordnungen (§§ 5, 12 Abs. 3 GastG, 12 S. 2 GastVO)			
	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten
mindestens:	150	103,62 €	259,05 €
höchstens:	690	104	1.191,63 €
Gebührenvorschlag: 255,00 € - 1.190,00 €			

Lfd.Nr. 2.2.11 Verlängerung von Fristen zum Betrieb der Gaststätte (§§ 8 Satz 2, 9 Satz 2, 24 Abs. 1 Satz 3 GastG)			
	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten
mindestens:	45	103,62 €	77,72 €
höchstens:	150	103,62 €	259,05 €
Gebührenvorschlag: 77,00 € - 255,00 €			

Lfd.Nr. 2.3 Gewerbe- und Handwerksrecht

Produktbereich gewerberechtliche Erlaubnisse (2.3.2 - 2.3.25; 2.14)

	Bezeichnung	Betrag in EUR
	Hochgerechnete Personalkosten 2026/2027	253.291
	Sachkosten	465
+	Abschreibungen	2.482
+	Gemeinkosten des Amtes einschl. Gebäudekosten IMF (= Umlagen)	51.479
+	Service-, Steuerung- und Steuerungsunterstützungsleistungen	15.002
=	Gesamtkosten	322.720
-	abzüglich 70% nicht gebührenfähige Kosten (z.B. Wegfall Maklererlaubnisse IHK, Vollzug Personenbeförderungsgesetz mit Bundesgebühren, Spielhallenüberprüfungen (Sozialkonzepte), Stellungnahmen zu Bauanträgen, Beschwerdemanagement im Zusammenhang mit einer Erlaubniserteilung, Amtshilfe, Äußerungen, Beratung, Verwaltungsvollstreckung)	-225.904
-	abzüglich Kostenanteil für Gebührenbefreiungen	0
-	abzüglich Kostenanteil für Eigenverbrauch der Stadt	0
-	abzüglich Einnahmen und Kostenerstattungen (z.B. Beiträge, Zuschüsse, Spenden Dritter, Buß- und Zwangsgelder) Mehrerlös Pfandversteigerungen steht dem Land zu (Fiskus)	-2.065
=	Gebührenfähige Gesamtkosten	94.751
	Gebührenaufkommen neu	52.230
	Kostendeckung	55%

Produktbereich Gewerberegister (2.3.1 + 2.3.10 + 2.3.26)

	Bezeichnung	Betrag in EUR
	Hochgerechnete Personalkosten 2026/2027	237.175
+	Sachkosten (insbesondere EDV)	115.796
+	Abschreibungen	2.885
+	Gemeinkosten des Amtes einschl. Gebäudekosten IMF (=Umlagen)	66.085
+	Service-, Steuerung- und Steuerungsunterstützungsleistungen	26.678
=	Gesamtkosten	448.618,36
-	abzüglich 30% nicht gebührenfähige Kosten (z.B. Einarbeitung Einheitssachbearbeiter*innen Bürgerservicezentrum, Beratung, Amtshilfe, Äußerungen, Verwaltungsvollstreckung)	-134.586
-	abzüglich Kostenanteil für Gebührenbefreiungen (Auskünfte)	-26.427,00
-	abzüglich Kostenanteil für Eigenverbrauch der Stadt	0
-	abzüglich Einnahmen und Kostenerstattungen (Buß- und Zwangsgelder)	-216
=	Gebührenfähige Gesamtkosten	287.390
	Gebührenaufkommen neu	170.832,42
	Kostendeckungsgrad	59%

Produktbereich Überwachung von Gewerbebetrieben / Veranstaltungen (2.3.10, 2.3.13 - 2.3.16, 2.3.27)

	Bezeichnung	Betrag EUR
	Hochgerechnete Personalkosten 2026/2027	201.952
+	Sachkosten	0
+	Abschreibungen	1.364,30
+	Gemeinkosten des Amtes einschl. Gebäudekosten IMF (=Umlagen)	35.235
+	Service-, Steuerung- und Steuerungsunterstützungsleistungen	12.092
=	Gesamtkosten	250.644
-	abzüglich 95% nicht gebührenfähige Kosten (z.B. Beschwerdemanagement , Überwachungstätigkeiten, die nicht in gebührenfähige Leistungen münden, Amtshilfe, Äußerungen, Beratung, Verwaltungsvollstreckung)	-238.112
-	abzüglich Kostenanteil für Gebührenbefreiungen	0
-	abzüglich Kostenanteil für Eigenverbrauch der Stadt	0
-	abzüglich Einnahmen und Kostenerstattungen (Buß- und Zwangsgelder)	-2.351
=	Gebührenfähige Gesamtkosten	10.181
	Gebührenaufkommen neu	8.129
	Kostendeckung	80%

Lfd.Nr. 2.3.1 Erteilung einer Empfangsbescheinigung (§ 15 Abs. 1 GewO)			
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten
mindestens:	30	70,90 €	35,45 €
höchstens:	120	70,90 €	141,80 €
Gebührevorschlag: 35,00 € - 140,00 €			

Lfd. Nr. 2.3.2 Zuverlässigkeitsprüfung bei überwachungsbedürftigem Gewerbe (§ 38 GewO), falls Führungszeugnis und Gewerbezentralregisterauszug nicht fristgerecht vorgelegt werden			
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten
mindestens:	20	70,90 €	23,63 €
höchstens:	55	70,90 €	64,99 €
Gebührevorschlag: 23,00 € - 64,00 €			

Lfd.Nr. 2.3.3 Erlaubnis zum Betrieb von Privatkrankenanstalten (§ 30 GewO)			
Die Gebühr setzt sich zusammen aus dem Verwaltungsaufwand und dem wirtschaftlichen Wert für den Antragsteller, wobei die Einzelgebühr aus dem Rahmen in Abwägung beider Faktoren festgesetzt wird.			
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten
mindestens:	300	103,62 €	518,10 €
höchstens:	1250	103,62 €	2.158,75 €
Wirtschaftlicher Wert: Private Krankenanstalten fallen nicht unter die EU-Dienstleistungsrichtlinie (Art. 2 Abs. 2 f EU-DLR) Er bemisst sich in erster Linie nach der Größe der Anstalt (Bettenzahl).			
Gebührevorschlag: 550,00 € - 3.000,00 €			
Untergrenze: Geringster Verwaltungsaufwand und wirtschaftliches Interesse			
Obergrenze: Festsetzung unter Beachtung von Verwaltungsaufwand und Wert der Erlaubnis			

Lfd.Nr. 2.3.4 Erlaubnis zur Schaustellung von Personen (§ 33a GewO)			
Verwaltungsaufwand	Min pro Fall	Std.-Satz	Kosten
mindestens:	250	103,62 €	431,75 €
höchstens:	800	103,62 €	1.381,60 €
Gebührevorschlag: 430,00 € - 1.380,00 €			

Lfd.Nr. 2.3.5 Erlaubnis zur Aufstellung von Spielgeräten mit Gewinnmöglichkeit (§ 33c Abs. 1 GewO)			
Die Gebühr setzt sich zusammen aus dem Verwaltungsaufwand und dem wirtschaftlichen Wert für den Antragsteller, wobei die Einzelgebühr aus dem Rahmen in Abwägung beider Faktoren festgesetzt wird.			
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten
mindestens:	150	103,62 €	259,05 €
höchstens:	900	103,62 €	1.554,30 €
Wirtschaftlicher Wert (Glücksspiele fallen nicht unter die EU-Dienstleistungsrichtlinie (Art. 2 Abs. 2 h EU-DLR): Maßstab: Voraussichtliche Unternehmensgröße			
Gebührevorschlag:		550,00 € - 2.500,00 €	
Untergrenze: Geringster Verwaltungsaufwand und wirtschaftliches Interesse			
Obergrenze: Festsetzung unter Beachtung von Verwaltungsaufwand und Wert der Erlaubnis			

Lfd.Nr. 2.3.6 Geeignetheitsbestätigung (§ 33 c Abs. 3 GewO)

Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
mindestens	45	103,62 €	77,72 €	77,00 €
höchstens*	300	103,62 €	518,10 €	515,00 €

*einschließlich Vor-Ort-Kontrollen

Lfd.Nr. 2.3.7 Erlaubnis zur Veranstaltung von anderen Spielen mit Gewinnmöglichkeit (§ 33 d Abs. 1 GewO) (z.B. Geschicklichkeitsautomaten)

Die Gebühr setzt sich zusammen aus dem Verwaltungsaufwand und dem wirtschaftlichen Wert für den Antragsteller, wobei die Einzelgebühr aus dem Rahmen in Abwägung beider Faktoren festgesetzt wird.

Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten
mindestens:	240	103,62 €	414,48 €
höchstens:	900	103,62 €	1.554,30 €

Wirtschaftlicher Wert (Glücksspiele fallen nicht unter die EU-Dienstleistungsrichtlinie (Art. 2 Abs. 2 h EU-DLR):
Es gilt sinngemäß das unter 2.3.4 Gesagte, wobei auf Art und Umfang der Veranstaltung im Einzelfall abzuheben ist.

Gebührenvorschlag: 550,00 € - 2.500,00 €

Untergrenze: Geringster Verwaltungsaufwand und wirtschaftliches Interesse

Obergrenze: Festsetzung unter Beachtung von Verwaltungsaufwand und Wert der Erlaubnis

Lfd.Nr. 2.3.8 Erlaubnis zum Betrieb einer Spielhalle oder eines ähnlichen Unternehmens (§ 41 Landesglücksspielgesetz)

Die Gebühr setzt sich zusammen aus dem Verwaltungsaufwand und dem wirtschaftlichen Wert für den Antragsteller, wobei die Einzelgebühr aus dem Rahmen in Abwägung beider Faktoren festgesetzt wird.

Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten
mindestens:	300	103,62 €	518,10 €
höchstens:	2800	103,62 €	4.835,60 €

Wirtschaftlicher Wert (Glücksspiele fallen nicht unter die EU-Dienstleistungsrichtlinie (Art. 2 Abs. 2 h EU-DLR):
Maßstab: Größe der Spielfläche
Abschläge bei Spielhallen ausserhalb des Innenstadtbereichs und bei Spielhallen ohne Spielgeräte mit Gewinnmöglichkeit. Bei letzteren ist der Verwaltungsaufwand die Gebührenobergrenze.

Gebührenvorschlag: 515,00 € - 6.000 €

Untergrenze: Geringster Verwaltungsaufwand und wirtschaftliches Interesse

Obergrenze: Festsetzung unter Beachtung von Verwaltungsaufwand und Wert der Erlaubnis.

Lfd.Nr. 2.3.9 Erlaubnis zum Betrieb des Pfandleih- oder Pfandvermittlungsgewerbes (§ 34 Abs. 1 und 2 GewO)			
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten
mindestens:	250	103,62 €	431,75 €
höchstens:	900	103,62 €	1.554,30 €
Gebührenvorschlag: 430,00 € - 1.550,00 €			

Lfd.Nr. 2.3.10 Erlaubnis zum Betrieb des Bewachungsgewerbes (§ 34 a Abs. 1 und 2 GewO)			
Die Gebühr setzt sich zusammen aus dem Verwaltungsaufwand und dem wirtschaftlichen Wert für den Antragsteller, wobei die Einzelgebühr aus dem Rahmen in Abwägung beider Faktoren festgesetzt wird.			
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten
mindestens:	250	103,62 €	431,75 €
höchstens:	900	103,62 €	1.554,30 €
<p>Wirtschaftlicher Wert:</p> <p>Private Sicherheitsdienste fallen nicht unter die EU-Dienstleistungsrichtlinie (Art. 2 Abs. 2 k EU-DLR)</p> <p>Richtet sich nach Art und Umfang des Gewerbes und nach deren Rechtsform:</p> <p>Natürliche Person / juristische Person</p> <p>Objektschutz / Personenschutz oder beides zusammen.</p>			
Gebührenvorschlag: 820,00 € - 2.500,00 €			
<p>Untergrenze: Geringster Verwaltungsaufwand und wirtschaftlicher Wert</p> <p>Obergrenze: Festsetzung unter Beachtung von Verwaltungsaufwand und Wert der Erlaubnis.</p>			

Lfd.Nr. 2.3.11 Zuverlässigkeitsprüfung von Gewerbetreibenden im Bewachungsgewerbe und Wachpersonen (34 a GewO)			
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten
mindestens	50	103,62 €	86,35 €
höchstens	360	103,62 €	621,72 €
Gebührenvorschlag: 86,00 € - 620,00 €			

Lfd.Nr. 2.3.12 Erlaubnis zum Betrieb des Versteigerungsgewerbes (§ 34 b Abs. 1 und 2 GewO)			
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten
mindestens:	250	103,62 €	431,75 €
höchstens:	900	103,62 €	1.554,30 €
Gebührevorschlag:		430,00 € - 1.550,00 €	

Lfd.Nr. 2.3.13 Öffentliche Bestellung von Versteigerern (§ 34 b Abs. 5 GewO)			
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten
mindestens:	250	103,62 €	431,75 €
höchstens:	415	103,62 €	716,71 €
Gebührevorschlag:		430,00 € - 715,00 €	

Lfd.Nr. 2.3.14 Schließungsverfahren von Betrieben (z. B. Gaststätten, Spielhallen) (§ 15 Abs. 2 GewO)			
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten
mindestens:	300	103,62 €	518,10 €
höchstens:	3000	103,62 €	5.181,00 €
Gebührevorschlag:		515,00 € - 5.180,00 €	

Lfd.Nr. 2.3.15 Gewerbeuntersagung (§ 35 GewO)			
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten
mindestens:	360	103,62	621,72 €
höchstens:	3000	103,62 €	5.181,00 €
Gebührevorschlag:		620,00 € - 5.180,00 €	

Lfd.Nr. 2.3.16 Gestattung der Wiederausübung eines untersagten Gewerbes (§ 35 Abs. 6 GewO)			
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten
mindestens:	250	103,62 €	431,75 €
höchstens:	900	103,62 €	1.554,30 €
Gebührevorschlag:		430,00 € - 1.550,00 €	

Lfd.Nr. 2.3.17 Erlaubnis zur Stellvertretung konzessionierter oder angestellter Personen (§ 47 GewO)			
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten
mindestens:	150	103,62 €	259,05 €
höchstens:	300	103,62 €	518,10 €
Gebührevorschlag:		255,00 € - 515,00 €	

Lfd.Nr. 2.3.18 Erteilung einer Reisegewerbekarte (§ 55 GewO)			
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten
mindestens:	150	103,62 €	259,05 €
höchstens:	600	103,62 €	1.036,20 €
Gebührevorschlag: 255,00 € - 1.035,00 €			

Lfd.Nr. 2.3.19 Erteilung einer Zweitschrift der Reisegewerbekarte (§ 60 c Abs. 2 GewO)			
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten
durchschnittlich	60	103,62 €	103,62 €
Gebührevorschlag: 100,00 €			

Lfd.Nr. 2.3.20 Erteilung einer Gewerbelegitimationskarte (§ 55 b Abs. 2 GewO)			
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten
mindestens:	150	103,62 €	259,05 €
höchstens:	300	103,62 €	518,10 €
Gebührevorschlag: 255,00 € - 415,00 €			

Lfd.Nr. 2.3.21 Befreiung von der Reisegewerbekartenpflicht (§ 55 a Abs. 1 Nr. 1 GewO)			
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten
durchschnittlich	45	103,62 €	77,72 €
Gebührevorschlag: 77,00 €			

Lfd.Nr. 2.3.22 Befreiung von der Reisegewerbekartenpflicht anl. Sonderveranstaltungen (§ 55a Abs. 2 GewO)			
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten
mindestens	90	115,85 €	173,78 €
höchstens	150	115,85 €	289,63 €
*SG Veranstaltungen			
Gebührevorschlag: 170,00 € - 285,00 €			

Lfd.Nr. 2.3.23 Festsetzung von Wochenmärkten (§ 69 GewO)			
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten
mindestens:	360	103,62 €	621,72 €
höchstens:	1800	103,62 €	3.108,60 €
Gebührevorschlag: 620,00 € - 3.105,00 €			

Lfd.Nr. 2.3.24 Festsetzung von Messen, Ausstellungen, Großmärkten, Jahrmärkten, Spezialmärkten sowie Volksfesten (§ 69 GewO)			
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten
mindestens:	360	115,85 €	695,10 €
höchstens:	1800	115,85 €	3.475,50 €
*SG Veranstaltungen			
Gebührevorschlag: 695,00 € - 3.475,00 €			

Lfd.Nr. 2.3.25 Änderung oder Aufhebung der Festsetzung von Märkten, Messen und Ausstellungen (§ 69b GewO)

Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten
mindestens:	120	115,85 €	231,70 €
höchstens:	600	115,85 €	1.158,50 €

*SG Veranstaltungen

Gebührevorschlag: 230,00 € - 1.155,00 €

Lfd.Nr. 2.3.26 Erteilung von Auskünften aus dem Gewerberegister

Verwaltungsaufwand		Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten
Durchschnittlich		20	70,90 €	23,63 €

Gebührevorschlag: 23,00 €

Lfd.Nr. 2.3.27 Handwerksuntersagung (§ 16 HWO)

Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten
mindestens:	300	103,62 €	518,10 €
höchstens:	1500	103,62 €	2.590,50 €

Gebührevorschlag: 515,00 € - 2.590,00 €

Lfd.Nr. 2.4 Veranstaltungsmanagement	
Koordination und Genehmigung von Veranstaltungen Speziellere Gebührentatbestände bleiben unberührt.	
Stundensatz Veranstaltungen	115,85 €
Gebührenvorschlag je angefangene Stunde:	115,85 €

Lfd.Nr. 2.5 Jugendschutz				
Lfd.Nr. 2.5.1 Ausnahmen vom Verbot des Aufenthalts von Kindern und Jugendlichen unter 16 Jahren in Gaststätten (§ 4 Abs. 1 i.V.m. Abs. 3 JugendschutzG)				
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag
mindestens:	45	103,62 €	77,72 €	77,00 €
höchstens:	200	103,62 €	345,40 €	345,00 €

Lfd.Nr. 2.5.2 Ausnahmen vom Verbot der Anwesenheit von Kindern und Jugendlichen bei öffentlichen Tanzveranstaltungen (§ 5 Abs. 1 i.V.m. Abs. 3 JugendschutzG)				
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
mindestens:	45	103,62 €	77,72 €	77,00 €
höchstens:	200	103,62 €	345,40 €	345,00 €

Lfd.Nr. 2.5.3 Anordnung der Abwesenheit von Kindern und Jugendlichen an jugendgefährdenden Veranstaltungen (§ 7 JugendschutzG)				
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
mindestens:	60	104	103,62 €	100,00 €
höchstens:	285	103,62 €	492,20 €	490,00 €

Lfd.Nr. 2.5.4 Maßnahmen zur Abwendung von Gefahren für Kinder oder Jugendliche durch jugendgefährdende Orte (§ 8 JugendschutzG)				
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührvorschlag:
mindestens:	60	103,62	103,62 €	100,00 €
höchstens:	285	103,62 €	492,20 €	490,00 €

Lfd.Nr. 1.6 Kampfunde				
Lfd.Nr. 2.6.1 Prüfung nach § 1 Abs. 4 der Polizeiverordnung über das Halten gefährlicher Hunde (PolVOgH)				
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
durchschnittlich	215	123,79 €	443,58 €	440,00 €
Lfd.Nr. 2.6.2 Überprüfung der Hundehaltung gemäß PolVOgH				
Verwaltungsaufwand	Min.	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
mindestens:	80	123,79 €	165,05 €	165,00 €
höchstens:	385	123,79 €	794,32 €	790,00 €
Lfd.Nr. 2.6.3 Erlaubnis für Kampfhunde nach §§ 3 und 4 PolVOgH				
Verwaltungsaufwand	Min.	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
mindestens:	105	123,79 €	216,63 €	215,00 €
höchstens:	345	123,79 €	711,79 €	710,00 €
Lfd.Nr. 2.6.4 Ausnahmen nach der PolVOgH				
Verwaltungsaufwand	Min.	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
mindestens:	80	123,79 €	165,05 €	165,00 €
höchstens:	205	124	422,95 €	420,00 €
Lfd.Nr. 2.6.5 Auflagen nach der PolVOgH				
Verwaltungsaufwand	Min.	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
mindestens:	110	123,79 €	226,95 €	225,00 €
höchstens:	515	123,79	1.062,53 €	1.060,00 €
Lfd.Nr. 2.6.6 Maßnahmen bezüglich auffälliger Tiere				
Verwaltungsaufwand	Min.	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
mindestens:	110	123,79 €	226,95 €	225,00 €
höchstens:	600	123,79 €	1.237,90 €	1.235,00 €
Lfd.Nr. 2.7 Ladenöffnungsgesetz				
Lfd.Nr. 2.7.1 Ausnahmegenehmigung zum Feilbieten von Waren an Sonn- und Feiertagen (§ 11 Abs. 1 LadÖG)				
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
mindestens:	60	103,62 €	103,62 €	100,00 €
höchstens:	600	103,62 €	1.036,20 €	1.035,00 €
Lfd.Nr. 2.7.2 Ausnahmegenehmigung zum Feilbieten von Waren zum sofortigen Verbrauch (§ 9 Abs. 4 LadÖG)				
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
mindestens:	40	103,62 €	69,08 €	69,00 €
höchstens:	250	103,62 €	431,75 €	430,00 €

Lfd.Nr. 2.8 Veterinärwesen

Lfd.Nr. 2.8.1 Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung

Produktbereich Lebensmittelüberwachung, Ernährungs- und Verbraucherinformation Lfd. Nr. 2.8.1		
Bezeichnung		Betrag in EUR
Hochgerechnete Personalkosten 2026/2027		890.199,91
+ Sachkosten		670,22
+ Abschreibungen (ohne Abschreibungen, die bereits in den Gebäudekosten		170,54
+ Gemeinkosten des Amtes einschl. Gebäudekosten IMF		146.857,91
+ Service-, Steuerungs- und Steuerungsunterstützungsleistungen		54.385,28
= Gesamtkosten		1.092.283,86
- abzüglich 97% nicht gebührenfähige Kosten (z.B. Kontrollen, die nicht über den normalen Umfang hinausgehen, Probenahmen ohne Beanstandung, Amtshilfe, Äußerungen, Beratung, Verwaltungsvollstreckung)		-1.059.515,35
- abzüglich Kostenanteil für Gebührenbefreiungen		0,00
- abzüglich Einnahmen und Kostenerstattungen (Verwarn-, Buß- und		-4.673,07
= Gebührenfähige Gesamtkosten		28.095,45
Gebührenaufkommen neu (Grundlage 2024)		25.328,68
Kostendeckung neu		90%

Lfd.Nr. 2.8.1.1 Begutachtung und Beratung bei Anlagen und Betrieben von Lebensmittelunternehmen, auch schriftliche Stellungnahmen einschließlich Hin- und Rückfahrt, je angefangene Viertelstunde			
Verwaltungsaufwand	Min.	Std.-Satz	Kosten in EUR
	15	117,39 €	29,35 €
Gebührevorschlag je angefangene 15 Min:	29,35 €		

Lfd.Nr. 2.8.1.2 Genehmigungen, Bewilligungen, Zulassungen, Bescheinigungen auf Grund lebensmittelrechtlicher Vorschriften			
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten
mindestens:	15,00	117,39 €	29,35 €
höchstens:	2.000	117,39 €	3.913,00 €
Gebührevorschlag:	29,00 € - 3.910,00 €		

Lfd.Nr. 2.8.1.3 Lebensmittelrechtliche Kontrollen und Überwachungstätigkeiten nach Art. 79 Abs. 2c VO (EU) 2017/625 je angefangene Viertelstunde einschließlich Hin- und Rückfahrt			
Verwaltungsaufwand	Min.	Std.-Satz	Kosten
	15,00	117,39 €	29,35 €
Gebührevorschlag je angefangene 15 Min:	29,35 €		

Lfd.Nr. 2.8.1.4 Verwaltungsrechtliche Maßnahmen wie Belehrungen, Mängelberichte und Anordnungen			
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten
mindestens:	50	117,39 €	97,83 €
höchstens:	665	117,39 €	1.301,07 €
Gebührenvorschlag:	97,00 € - 1.300,00 €		

Lfd.Nr. 2.8.1.5 Auskünfte nach dem Verbraucherinformationsgesetz (§ 6 VIG, § 5 AGVIG) je angefangene Viertelstunde			
Verwaltungsaufwand	Min.	Std.-Satz	Kosten
	15	117,39 €	29,35 €
Gebührenvorschlag je angefangene 15 Min:	29,35 €		

Lfd.Nr. 2.8.2 Fleischhygiene

Grundlage: Verordnung (EU) 2017/625, Zahlen aus 2024 zzgl. Tarifsteigerungen

Lfd.Nr. 2.8.2.1 Überwachung der Fleischhygiene Schlachttier- und Fleischuntersuchung in Großbetrieben mit über 1.500 Schlachtungen pro Kalendermonat (nur gebührenfähige Kosten)		
Bezeichnung		Betrag
	Personalkosten 2024 zzgl. Tarifsteigerung	175.709,61 €
+	Sachkosten	38.189,87 €
+	Gemeinkosten des Amtes einschl. Gebäudekosten IMF (Umlagen) 6,42%	25.007,50 €
+	Service-, Steuerungs- und Steuerungsunterstützungsleistungen 8,58%	33.421,24 €
=	Gesamtkosten	272.328 €
	Gebührenaufkommen 2026/2027	240.007 €
	Kostendeckung neu	88%

Lfd.Nr. 2.8.2.2 Schlachttier- und Fleischuntersuchung in Betrieben mit weniger als 100 Schlachtungen je Kalendermonat im Jahresdurchschnitt (Kleinbetriebe, Innenauftrag P122603A0020)		
Bezeichnung		Betrag
	Personalkosten 2024 zzgl. Tarifsteigerung / Abzug Gemeinkosten	5.854 €
+	Sachkosten (Kilometergeld)	323 €
+	Gemeinkosten des Amtes einschl. Gebäudekosten IMF (Umlagen) 40% von 15% der Personalkosten	333 €
+	Service-, Steuerungs- und Steuerungsunterstützungsleistungen 60% von 15% der Personalkosten	499 €
=	Gesamtkosten	7.009 €
	Gebührenaufkommen neu	7.009 €
	Kostendeckung neu	100,00%

Lfd.Nr. 2.8.2 Fleischhygiene

Grundlage: Verordnung (EU) 2017/625, Zahlen aus 2024 zzgl. Tarifsteigerungen sowie Anpassung an Schlachtzahlen und -abläufe seit 2024

Lfd.Nr. 2.8.2.1 Schlachtier- und Fleischuntersuchung einschließlich Tierschutzüberwachung, Probenahme, Beschlagnahme, Nachuntersuchung, Endbeurteilung und Tagebuchführung, Trichinenuntersuchung, Rückstandsuntersuchung und bakteriologischer Untersuchung in Betrieben mit mehr als 1.500 Schlachtungen je Kalendermonat im Jahresdurchschnitt (Großbetriebe) je Tier

(mit Tierschutzüberwachung, Rückstandsuntersuchung, bakteriologischer Untersuchung, amtlichen Bescheinigungen, Probenahmen, Beschlagnahmen, Nachuntersuchungen, Endbeurteilungen, Tagebuchführung, Trichinenuntersuchung)

Personalkosten (ohne Trichinen- und Rückstandsuntersuchung)			
Tätigkeiten	Std.	Std.-Satz	Kosten
Fleischuntersuchungen am Band* (mit Vertret.)			
Amtliche Tierärzt*innen	633,33	68,48 €	43.371 €
nicht vollbeschäftigte Fachassistent*innen	605,83	35,60 €	21.567 €
vollbeschäftigter Fachassistent	528,66	50,39 €	26.640 €
Vertretung	132,17	35,60 €	4.705 €
Zwischensumme:	1.899,99		96.283 €
Sonstige Tätigkeiten			
Amtliche Tierärzt*innen für Lebenduntersuchung	320,40	68,48 €	21.941 €
Vertreter*in der Lebend-Tierärzt*in	80,10	68,48 €	5.485 €
Amtstierärzt*in	187,20	79,37 €	14.859 €
Vertreter*in der Amtstierärzt*in	46,80	79,37 €	3.715 €
vollbeschäftigter Fachassistent	124,80	50,39 €	6.289 €
Vertreterin des vollbeschäftigten Fachassistenten	31,20	35,60 €	1.111 €
Fortbildung 6 h/Jahr und Mitarbeitenden; Dienstbesprechungen 8 h/Jahr je MA (4 Tierärzt*innen. 4 Fachassistent*innen)	140,00	67,85€/35,27	5.775 €
Zwischensumme:	930,50		59.174 €
Gesamtsumme:	2.830,49		155.458 €
Gemeinkostenzuschlag 15% (siehe Erläuterungen)			23.319 €
Summe:			178.776 €

Rückstandsuntersuchung (NRKP)			
Amtstierärzt*in	20,80	79,37 €	1.651 €
Vertretung Amtstierärzt*in	5,20	79,37 €	413 €
vollbeschäftigter Fachassistent	41,60	50,39 €	2.096 €
Vertretung vollbeschäftigter Fachassistent	10,40	35,60 €	370 €
Personalkosten Probenahme / Transport			4.530 €
Gemeinkostenzuschlag 15% (siehe Erläuterungen)			680 €
Laborkosten CVUA			2.550 €
Summe:	78,00		7.760 €

Sachkosten (ohne Trichinen-und-Rückstandsuntersuchung)			
Schutzkleidung (Beschaffung und Reinigung)			6.762 €
Gebäudebewirtschaftung (Energie und Reinigung)			8.016 €
Sonstiges (Geschäftsbedarf, Fortbildung etc.)			1.737 €
Kostensteigerung 2025/2026/2027:			17.354 €
Summe:			33.869 €

Untersuchung der Schweine auf Trichinen			
Personalkosten	422,00	37,26 €	15.722 €
Sachkosten			1.770 €
Gemeinkostenzuschlag 15% (siehe Erläuterungen)			2.358 €
Summe:			19.602 €
Zahl der unters. Schweine / Kosten pro Tier	19.953		0,982 €
Die Kosten der mit untersuchten 264 Wildschweinproben in Höhe von 248,69 € wurden in Abzug			
Gesamtkosten			
240.007 €			
*Bandzeiten lt. Schlachthofspiegel (ohne Vertretungen)	Std.	Untersucher	Ges.-Std.
Schweineband	221,83	3	665,49
Rinderband ohne Pause und ohne Endrüstzeit	304,25	3	912,75
Wartezeit	38,50	3	115,5
Bandstunden	564,58		1.694

Berechnung der Gebühren je Tierart

Tierart	Std.	RE (Sekunden)	Tiere	Gesamtkosten ohne Trich.
Schweine, Ferkel	665,49	2.395.764	19.953	
Rinder, Kälber	912,75	3.285.900	9.257	
Wartezeit abzüglich Pausen	115,50	415.800	29.210	220.405 €
Gesamtzeit	1.693,74	6.097.464		

Tierart	Kosten/RE / GebTB	Unters.-zeit/Tier (Sekunden)	Kosten/Tier*	Trichinenunt.-kosten	Gebühr
Schweine, Ferkel mit Trichinenuntersuchung	2.8.2.1.2	120	4,34 €	0,98 €	5,32 €
Schweine, Ferkel ohne Trichinenuntersuchung	2.8.2.1.3	120	4,34 €	0,000 €	4,34 €
Rinder, Kälber	2.8.2.1.1	400	14,45 €	0,000 €	14,45 €
Schafe /Ziegen	2.8.2.1.4		4,34 €	0,000 €	4,34 €
	0,03615 €				

Gesamtübersicht	Kosten	Gebühren	Kostendeckungsgrad
Schlacht tier- und Fleischuntersuchung	240.007 €	240.007 €	100,00%
Gesamt:	240.007 €	240.007 €	100,00%

Lfd.-Nr. 2.8.2.1.5 BSE-Probenahme			
Personalkosten Probenahme	30 Industrieminuten = 18 Normalminuten	Std.-Satz	Kosten
vollbeschäftigter Fachassistent	0,30	50,39 €	15,12 €
Kosten (Gebühr) je Probe:			15,12 €
Gebührentatbestand gilt nur noch für Rinder, die nicht im Anhang des jeweils aktuellen Durchführungsbeschlusses der EU gelistet sind. Es dürften sich nach den bisherigen Erfahrungen mit den Herkunftsländern der Rinder um wenige Einzelfälle handeln.			

AföO - Schlachttier- und Fleischuntersuchung am Schlachthof Freiburg

Sachkosten 2024, 2025: +2 % lt. Verbr.-Preis-Index Stand 10.07./2025, Prognose 2026/2027: + jeweils 1,5 % bei Blatt 1 berücksichtigt

Kostenarten	Brutto	Abzüge nicht gebührenfähige Aufw.	Abzüge nicht gebührenfähige Aufw.	Trichinenunters.	Trichinenunters.	Rückstandsuntersuchung	Sachkosten in der Pauschalgebühr ohne RU/Tr.
1. Schutzkleidung							
1.1 Neuanschaffung	518 €	10%	52 €	5%	23 €		443 €
1.2 Reinigung und Instandhaltung	7.391 €	10%	739 €	5%	333 €		6.319 €
Zwischensumme	7.909 €		791 €		356 €		6.762 €
2. Bewirtschaftung der Räume							
2.1 Heizung, Wasser, Strom	3.703 €	10%	370 €	8,5%	283 €		3.050 €
2.2 Reinigung lt. GMF	6.031 €	10%	603 €	8,5%	461 €		4.966 €
Zwischensumme	9.734 €		973 €		745 €		8.016 €
3. Sonstiges							
3.1 Fachliteratur	65 €	10%	7 €				59 €
3.2 Fachbedarf	378 €	0%	0 €				378 €
3.3.1 Verbrauchsmittel (ohne Pepsin)	80 €	0%	0 €				80 €
3.3.2 Pepsin	584 €	0%	0 €		584 €		0 €
3.4 Pool-Pkw /Dienstreisen	47 €	10%	5 €				42 €
3.5 Fernsprechkosten/Internet	944 €	10%	94 €				850 €
3.6 Geschäftsbedarf (pauschal)	300 €	10%	30 €				270 €
4. Fortbildung Sachkosten	65 €	10%	7 €				59 €
Zwischensumme	2.463 €		142 €		584 €		1.737 €
5. Laborkosten für 2024							
Rückstandsuntersuchung CVUA		0%	0 €		0 €	2.550	0 €
Gesamt	20.106 €		1.906 €		1.685 €	2.550 €	16.515 €

Erläuterungen:

1. - 4. Die Höhe der Sachkostenabzüge für nicht gebührenfähige Aufwendungen bestimmt sich nach den nicht gebührenfähigen Tätigkeitsanteilen des ltd.
Amtl. Tierarztes und des voll beschäftigten Fachassistenten.
10% nicht gebührenfähige Aufwendungen betreffen insbesondere folgende Tätigkeiten:
Kontrolle in Zerlegebetrieb. Trichinenuntersuchung bei Wildschweinen, Ausbildung von Praktikanten, bestimmte Verwaltungstätigkeiten an Nicht-Schlachttagen
- 1.2 Tätigkeiten: Reinigung der Schutzkleidung, Bügel-, Näh- und Flickarbeiten, Reinigung der zu Fleischuntersuchung benötigten Gerätschaften und Laborgegenständen sowie Spinde des Untersuchungspersonals: 5.400 € Pauschalvergütung + Personalnebenkosten (SozV, ZVK, Unfallvers.) + Verbrauchsbedarf (Waschmittel)
2. Vertragliche Gesamtnutzfläche 238 qm, davon Trichinenraum 51 qm, bei 2 Schlachttagen/Wo. ergibt einen Anteil von 8,5 % der Bewirtschaftungskosten
- 3.2 Geräte und Reparaturen (Messer, sonstige Arbeitsgegenstände): Werte entspricht RE 2024
- 3.4 Dienstreise keine Werte für 2023 und 2024, Umlage Pool-Kfz in Kosten-Leistungsrechnung ausgewiesen (2024: 46,76 €)
- 3.5 Fernspreckgebühren RE 2024
4. Fachfortbildung RE 2024

Ansprechperson beim Amt für öffentliche Ordnung: Herr Schindler, Tel. 4897

Berechnung des Gemeinkostenzuschlags

Fleischhygienegebühren 2026/2027 am Schlachthof Freiburg

Seit 14.12.2019 gilt für die einzubeziehenden Personalkosten Art. 81 der Verordnung (EU) 2017/625: Kosten für die Löhne und Gehälter des Personals -einschließlich des Hilfs- und Verwaltungspersonals - das an der Durchführung amtlicher Kontrollen beteiligt ist, sowie Kosten für die soziale Sicherheit, das Altersruhegeld und die Versicherung des Personals.

Nach obergerichtlicher Rechtsprechung zur VO EG 882/2004 sind dabei sämtliche tatsächlichen Kosten zu berücksichtigen, die durch die gebührenpflichtigen Untersuchungen verursacht werden. Dazu zählen auch die anteiligen indirekte Personalkosten des Fachamtes, der Querschnittsämter sowie Steuerungs- und Steuerungsunterstützungsleistungen:

AfÖO: Amtsleitung, Personalverwaltung, Materialverwaltung, Kasse, Boten- und Schreibdienste, Sekretariat, Personalrat, Haushalts- und Gebührensachbearbeiter, Leitung der Veterinärbehörde

Querschnittsämter: Haupt- und Personalamt, Stadtkasse, Stadtkämmerei, Arbeitsschutz, Rechtsamt, IT-Service, Steuerung/Steuerungsunterstützung: Gemeinderat, Dezernat IV, HPA, Rechtsamt

Nach neuerer Rechtsprechung des VGH Baden-Württemberg und des Bayerischen VGH München können Gemeinkosten in die Gebühren eingerechnet werden. Dabei wurde in den von der Rechtsprechung entschiedenen Fällen die Berücksichtigung von pauschalierten Gemeinkostenzuschlägen akzeptiert. Der Gemeinkosten-Zuschlagssatz der KGSt beträgt für Nicht-Büroarbeitsplätze, wie sie im Zusammenhang mit der Fleischhygiene bestehen, 15 % und umfasst dabei sowohl die amtsinternen, als auch die verwaltungsweiten Gemeinkosten. Diese KGSt-Sätze eignen sich für den Bereich der Fleischhygiene besser als die sich im Rahmen der KLR ermittelbaren Sätze, weil die Umlagenpauschalen für das Amt für öffentliche Ordnung, dem die Untersuchungstätigkeiten am Schlachthof zugeordnet ist, aufgrund spezifischer Umstände hoch sind und sich nicht mit vertretbarem Aufwand abschließend ermitteln lassen. Außerdem sind darin Kosten enthalten, deren Zurechnung zu den am Schlachthof anfallenden Kosten über allgemeingültige, pauschale Schlüssel erfolgte. Die Verwendung von Gemeinkostenpauschalen nach KGSt sind hingegen infolge der neuesten Rechtsprechung einerseits rechtssicher, andererseits nicht abhängig von stets angreifbaren Arbeitszeitschätzungen der jeweils in den Querschnittsämtern zugunsten des Schlachthofs arbeitenden stätischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Gemeinkostenzuschlag von Personalkosten:

15,00%

Lfd.Nr. 2.8.2.2 Schlacht tier- und Fleischuntersuchung einschließlich Probenahme, Beschlagnahme, Nachuntersuchung, Endbeurteilung und Tagebuchführung, Trichinenuntersuchung, Rückstandsuntersuchung und bakteriologischer Untersuchung in Betrieben mit weniger als 100 Schlachtungen je Kalendermonat im Jahresdurchschnitt (Kleinbetrieben) je Tier

Einschließlich Probenahmen, Beschlagnahmen, Nachuntersuchungen, Endbeurteilungen, Tagebuchführung, Trichinenuntersuchung, Rückstandsuntersuchung und bakteriologischen Untersuchungen.

Lfd.Nr. 2.8.2.2.1 - 2.8.2.2.10				
Tierart / Kosten	Rind / Kalb	Schwein / Ferkel	Schaf / Ziege	Probenahme TSE (Schaf)
Stückvergütung Tierärzt*innen 2024	16,70 €	6,94 €	5,74 €	-
Trichinenuntersuchung Digestionsmethode	0,00 €	9,66 €	0,00 €	-
Probenahme Trichinenuntersuchung RU / TSE Schafe	0,00 €	1,29 €	0,24 €	3,85 €
Urlaubsvergütung 11%	1,84 €	1,97 €	0,66 €	0,42 €
Sozialabgaben + ZVK 14%	2,60 €	2,78 €	0,93 €	0,60 €
Verwaltungskosten 15% v. Pers.-K.	3,17 €	3,40 €	1,14 €	0,73 €
Kostensteigerung + 3,11 % Erhöhung ab 1.April 2025 und 2,8% Erhöhung ab Mai 2026 lt. TV FIUnt.	1,03 €	1,10 €	0,37 €	0,24 €
Gesamtkosten	25,33 €	27,14 €	9,07 €	5,84 €
Gebührenvorschlag:	25,30 €	27,10 €	9,05 €	5,80 €
Zuschlag Einzeltierschlachtung	5,14 €	5,14 €	5,14 €	-
Fahrtkosten je km	0,30 €	0,30 €	0,30 €	0,48 €

Grundlage:	Tarifvertrag zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Beschäftigten in der Fleischuntersuchung (TV-Fleischuntersuchung)
Zuschlag Einzeltierschlachtung	Für die Untersuchung bei Schlachtungen von bis zu fünf Tieren pro Schlachtstätte und Tag erhält die/der Beschäftigte neben der Stückvergütung einen Zuschlagssatz je Tier, der als zusätzlicher Gebührenbestandteil erhoben wird: 2024: 3,43 €, + 11% Url.-Verg. + 14% Soz.-Abg. + 15% Verw.-K. + Kostensteigerung = 5,14 €.
Trichinenuntersuchung Digestionsmethode	Kosten pro Ansatz: 1,5 h x 19,32 € = 28,98 €; Zahl der Ansätze: 4; Gesamtkosten: 4 x 28,98 € = 115,92 €;
Probenahme Trichinenuntersuchung; Rückstandsuntersuchung Schafe	Schweine: bis zu 5 Tiere: 1/15 von 19,32 € = 1,29 €/Tier gem. § 8 Abs. 9 TV-Fleischuntersuchung; RU Schafe: Probenahme 5 x 3,50 €, 4 Hemmstofftests zu je 15 €+ 1 RU zu 90 € / 686 Tiere = 0,24 € / Schaf; TSE Schafe: 67% von 5,74 € = 3,85 € gem. § 8 Abs.6 TV-Fleischuntersuchung
Urlaubsvergütung	33 Urlaubstage / 300 Jahrestage = 11%
Sozialabgaben	Tatsächliche Werte der Tierärzte/Tierärztinnen: einschließlich Zusatzversorgung, gewichtet nach anteiligem Personalaufwand 15% x 80; 10% x 20 = 14%
Fahrtkosten werden nach tatsächlichem Aufwand zusätzlich erhoben	Nachrichtlich: Schlachtungen in Freiburger Ortsteilen: 1.076 km x 0,30 €/km / 701 Tiere (darunter 686 Schafe) = 0,62 € / Tier TSE: § 8 Abs. 6 TV: je km 1/40 des Stundenentgelts von 19,32 € nach § 7 Abs.2 Satz 1 c TV für die Fahrtzeit für Proben transport = 0,48 €
Verwaltungskosten	KGSt-Zuschlagssatz von 15 % für Nicht-Büroarbeitsplätze analog der Gebührenkalkulation für Großbetriebe, da in beiden Fällen die VO (EU) 2017/625 ab 14.12.2019 anzuwenden ist.
Kostensteigerung	Kostensteigerung + 3,11 % Erhöhung ab 1.April 2025 und 2,8% Erhöhung ab Mai 2026 lt. TV FIUnt.

Lfd.Nr. 2.8.2.3 Schlacht tier- und Fleischuntersuchung bei Hausschlachtungen

Lfd.Nr. 2.8.2.3.1 - 2.8.2.3.7

Tierart / Kosten	Einhufer	Rind / Kalb	Schwein / Ferkel	Schaf / Ziege	Probenahme TSE (Schaf)
Stückvergütung Tierarzt 2024	22,91 €	16,70 €	6,94 €	5,74 €	3,85 €
Zuschlag Einzeltierschlachtung	3,43 €	3,43 €	3,43 €	3,43 €	0,00 €
Trichinenuntersuchung mikroskopische Methode	8,45 €	0,00 €	6,94 €	0,00 €	0,00 €
Urlaubsvergütung 11%	3,83 €	2,21 €	1,90 €	1,01 €	0,42 €
Sozialabgaben + ZVK 14 %	5,41 €	3,13 €	2,69 €	1,43 €	0,60 €
Verwaltungskosten 15% v. Pers.-K.	6,60 €	3,82 €	3,29 €	1,74 €	0,73 €
Kostensteigerung + 3,11 % Erhöhung ab 1.April 2025 und 2,8% Erhöhung ab Mai 2026 lt. TV FIUnt.	2,15 €	1,24 €	1,07 €	0,57 €	0,24 €
Gesamtkosten	52,78 €	30,54 €	26,26 €	13,91 €	5,84 €
Gebührenvorschlag:	52,75 €	30,50 €	26,25 €	13,90 €	5,80 €
Zusätzlich Fahrtkosten je km	0,30 €	0,30 €	0,30 €	0,30 €	0,48 €

Grundlage:	Tarifvertrag zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Beschäftigten in der Fleischuntersuchung (TV- Fleischuntersuchung)
Zuschlag Einzeltierschlachtung	Für die Untersuchung bei Schlachtungen von bis zu fünf Tieren pro Schlachtstätte und Tag erhält die/der Beschäftigte neben der Stückvergütung einen Zuschlagssatz von 3,43 € je Tier (zzgl. Personalnebenkosten), der in der Gesamtgebühr integriert ist.
Trichinenuntersuchung mikroskopische Methode	Stückvergütung: 8,45 € (Einhufer) / 6,94 € (Schwein), § 8 Abs. 1 Satz 1 TV-Fleischuntersuchung
Urlaubsvergütung	33 Urlaubstage / 300 Jahrestage = 11%
Sozialabgaben	Tatsächliche Werte der amtlichen Tierärzt_innen in Kleinbetrieben
Fahrtkosten werden nach tatsächlichem Aufwand zusätzlich erhoben	TSE: § 8 Abs. 6 TV: je km 1/40 des Stundenentgelts von 19,32 € nach § 7 Abs. 2 Satz 1c TV für die Fahrzeit für Probentransport
Verwaltungskosten	KGSt-Zuschlagssatz von 15 % für Nicht-Büroarbeitsplätze
Kostensteigerung	Basis 2024 + 3,11 % Erhöhung ab 1.April 2025 und 2,8% Erhöhung ab Mai 2026 lt. TV FIUnt.

Lfd.Nr. 2.8.2.5 Gesonderte Trichinenuntersuchung

**Lfd.Nr. 2.8.2.5.1 Trichinenuntersuchung auf besonderes Verlangen
mit gesondertem Verdauungsansatz außerhalb der regelmäßigen Schlachtzeiten**

Untersuchung mit Magnetrührmethode: 1,5 Std.	
Vergütung freiberufliche Tierärztin § 7 IIc TV-Fleischuntersuchung + 11% Url.-Vergütung + 10% Soz.-Vers.	36,89 €
Verwaltungskosten 15%	5,53 €
Gesamtkosten	42,42 €
Gebühreenvorschlag	42,40 €

Diese Gebühr ersetzt in diesen Fällen den regelmäßigen Gebührenanteil für Trichinenuntersuchungen.

Lfd.Nr. 2.8.2.5.2 Trichinenuntersuchung bei erlegten Wildschweinen

Untersuchung in gemeinsamen Verdauungsansätzen (vgl. Lfd.Nr. 2.8.2.1)	0,98 €
Zusätzliche Tätigkeiten Fachassistent TVöD: 7,5 min	6,30 €
Verwaltungskosten: 15% (vgl. Lfd. Nr. 2.8.2.1)	1,09 €
Gesamtkosten	8,37 €
Gebühreenvorschlag	8,35 €

Lfd.Nr. 2.8.2.5.3 Ermäßigte Gebühr ab vier gemeinsam untersuchten Wildschweinen (je Tier)

Untersuchung in gemeinsamen Verdauungsansätzen (vgl. Lfd.Nr. 2.8.2.1)	0,98 €
Zusätzliche Tätigkeiten Fachassistent TVöD: 5 min	4,20 €
Verwaltungskosten: 15% (vgl. Lfd. Nr. 2.8.2.1)	0,78 €
Gesamtkosten	5,96 €
Gebühreenvorschlag	5,95 €

**Lfd.Nr. 2.8.2.5.4 Probenahme bei Wildschweinen, wenn diese nicht anlässlich
der Fleischuntersuchung oder durch den amtlich dafür geschulten
Jagdausübungsberechtigten erfolgt (zzgl. je Tier)**

Stückvergütung nach §§ 8 Abs. 9, 7 Abs. 2 Satz 1 c TV-Fleischuntersuchung	1,58 €
Einzeltierzuschlag § 8 Abs. 10 TV bis zu 5 Tiere pro Tag am selben Ort	4,37 €
Verwaltungskosten 15% (vgl. Lfd.Nr. 2.8.2.1)	0,89 €
Gesamtkosten	6,83 €
Gebühreenvorschlag	6,80 €

Lfd.Nr. 2.8.2.6 Fleischuntersuchung bei Haarwild (ohne Trichinenuntersuchung)			
Stückvergütung nach § 8 Abs. 1 (Anlage 1) TV-Fleischuntersuchung	9,53 €		
Verwaltungskosten 15% (vgl. Lfd.Nr. 2.8.2.1)	1,43 €		
Gesamtkosten	10,96 €		
Gebührevorschlag	10,95 €		
Zusätzlicher Gebührenanteil: Fahrtkosten je km	0,30 €		

Lfd.Nr. 2.8.2.7 Erhöhungsbetrag für Rechnungsstellung bei Lfd. Nrn. 2.8.2.5.2 bis 2.8.2.6 pro Rechnung			
Es handelt sich bei o.a. Gebührensätzen um Barzahlungsvorgänge. Erhöhter Aufwand bei Rechnungsstellung und Überweisung (Bescheid, Versand, Sollstellung)			
Stundensatz voll beschäftigter Fachassistent TVöD	50,39 €	7	5,88 €
Gemeinkostenzuschlag 15% (siehe Erläuterung)			0,88 €
Kosten pro Bescheinigung:			6,76 €
Gebührevorschlag (Zuschlagssatz):			6,75 €

Lfd.Nr. 2.8.2.8 Veterinärrechtliche Kontrollen und Überwachungstätigkeiten nach Art. 79 Abs. 2c der VO (EU) 2017/625 je angefangene Viertelstunde je Person einschließlich Hin- und Rückfahrt			
Gebührevorschlag je angefangene Viertelstunde analog Lfd. Nr. 2.8.3.4 (Stundensatz Tierärzte Tiergesundheit)	38,46 €		

Lfd.Nr. 2.8.2.9 Sonstige Leistungen

Lfd.Nr. 2.8.2.9.1 Amtliche Bescheinigungen außerhalb der Tätigkeiten unter 2.8.2.1 (insbesondere für Viehhändler)			
Durchschnittl. Bearbeitungszeit: 3+6=9 min			
Stundensatz Amtstierarzt am Schlachthof:	79,37 €	3	3,97 €
Stundensatz voll beschäftigter Fachassistent TVöD	50,39 €	6	5,04 €
Gemeinkostenzuschlag 15% (siehe Erläuterung)			1,35 €
Kosten pro Bescheinigung:			10,36 €
Gebührevorschlag:			10,35 €

Lfd.Nr. 2.8.2.9.2 Überwachung von Fleischsendungen aus anderen Mitgliedstaaten oder anderen Vertragsstaaten des Abkommens über den europäischen Wirtschaftsraum		
Gebührenvorschlag je angefangene Viertelstunde analog 2.8.2.8	38,46 €	

Lfd.Nr. 2.8.2.10 Sonstige gesetzliche oder von der zuständigen Behörde angeordnete Untersuchungen und Kontrollen		
Gebührenvorschlag je angefangene Viertelstunde analog 2.8.2.8	38,46 €	

Lfd.Nr. 2.8.2.11 Verwaltungsrechtliche Maßnahmen wie Anordnungen und Auflagen				
Rahmengebühr:	Min.	Std.-Satz	Kosten	Gebühren- vorschlag
Geringster Verwaltungsaufwand:	60	153,85	153,85 €	150,00 €
Größter Verwaltungsaufwand:	1065	153,85	2.730,84 €	2.730,00 €

Produktbereich Tiergesundheit, Tierarzneimittelüberwachung, Tierversuche, allg. Tierschutz lfd. Nr. 2.8.3 - 2.8.6		
	Bezeichnung	Betrag
	Hochgerechnete Personalkosten 2026/2027 (nicht Std.-Satz-Kalk.)	585.781,08 €
+	Sachkosten	12,05 €
+	Abschreibungen	110,54 €
+	Gemeinkosten des Amtes einschl. Gebäudekosten IMF (Umlagen)	181.373,53 €
+	Service-, Steuerungs- und Unterstützungsleistungen	46.188,62 €
=	Gesamtkosten	813.465,82 €
-	abzüglich 90 % nicht gebührenfähige Kosten (z.B. präventiver Tierschutz, tierseuchenrechtliche Vorsorge, Meldung von und vermeintlichen Verstößen in unbegründeten Fällen, Amtshilfe, Äußerungen, Beratung, Verwaltungsvollstreckung)	-732.119,24 €
-	abzüglich Kostenanteil für Gebührenbefreiungen (Versuchstierüberwachung Universität)	-26.967,20 €
-	abzüglich Einnahmen und Kostenerstattungen (z.B. Erstattungen vom Land, Zwangsgeld, Beiträge, Zuschüsse, Spenden Dritter)	-2.131,94 €
=	Gebührenfähige Gesamtkosten	52.247,44 €
	Gebührenaufkommen neu (Basis 2024)	12.917,29 €
	Kostendeckung neu	25%

Lfd.Nr. 2.8.3 Tierschutz

Lfd.Nr. 2.8.3.1 Erteilung, Erweiterung, Änderung, Versagung oder Widerruf einer Erlaubnis			
Verwaltungsaufwand Tierärzte und Verwaltungspersonal	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten
mindestens:	60	129,65 €	129,65 €
höchstens:	645	129,65 €	1.393,74 €
Gebührevorschlag: 125,00 € - 1.390,00 €			

Lfd.Nr. 2.8.3.2 Verwaltungsrechtliche Maßnahmen wie tierschutzrechtliche Anordnungen und Belehrungen			
Verwaltungsaufwand Tierärzte und Verwaltungspersonal	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten
mindestens:	60,00	129,65 €	129,65 €
höchstens:	645	129,65 €	1.393,74 €
Gebührevorschlag: 125,00 € - 1.390,00 €			

Lfd.Nr. 2.8.3.3 Genehmigungen und Zulassungen nach Tierschutzrecht, je angefangene Viertelstunde			
Verwaltungsaufwand	Min.	Std.-Satz	Kosten
	15	129,65 €	32,41 €
Gebührevorschlag je angefangene 15 Min.: 32,41 €			

Lfd.Nr. 2.8.3.4 Einfuhrgenehmigung von Versuchstieren			
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten
mindestens:	40	129,65 €	86,43 €
höchstens:	150,00	129,65 €	324,13 €
Gebührevorschlag: 86,00 € - 320,00 €			

Lfd.Nr. 2.8.3.5 Tierschutzrechtliche Kontrollen und Überwachungstätigkeiten einschließlich Hin- und Rückfahrt gem. § 79 Abs. 2c VO (EU) 2017/625 (Nachkontrollen, Anlasskontrollen und Kontrollen mit Verstößen) je Viertelstunde			
Verwaltungsaufwand	Min.	Std.-Satz	Kosten
	15	129,65 €	32,41 €
Gebührevorschlag je angefangene 15 Min.:		32,41 €	
Lfd.Nr. 2.8.4 Tiergesundheit			

Lfd.Nr. 2.8.4.1 Verwaltungsrechtliche Maßnahmen im Bereich Tiergesundheit			
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten
mindestens:	30	153,85 €	76,93 €
höchstens:	885	153,85 €	2.269,29 €
Gebührevorschlag:		76,00 € - 2.265,00 €	

Lfd.Nr. 2.8.4.2 Genehmigungen, Zulassungen und Registrierungen, je angefangene Viertelstunde			
Verwaltungsaufwand	Min.	Std.-Satz	Kosten
	15	153,85 €	38,46 €
Gebührevorschlag je angefangene 15 Min.:		38,46 €	

Lfd.Nr. 2.8.4.3 Tierseuchenrechtliche Kontrollen und Überwachungstätigkeiten gem. Art. 79 Abs. 2 c VO (EU) 2017/625 (Nachkontrollen, Anlasskontrollen und Kontrollen mit Verstößen)			
Verwaltungsaufwand Tierärzt*innen und Verwaltungspersonal	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten
mindestens:	35	153,85 €	89,75 €
höchstens:	320	153,85 €	820,53 €
Gebührevorschlag: 89,00 € - 820,00 €			

Lfd.Nr. 2.8.4.4 Ausstellung von Veterinärzeugnissen und Bescheinigungen für Heimtiere im Reiseverkehr			
Verwaltungsaufwand Tierärzt*innen	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten
mindestens:	18	153,85 €	46,16 €
höchstens:	75	153,85 €	192,31 €
Gebührevorschlag: 46,00 € - 190,00 €			

Lfd.Nr. 2.8.4.5 Ausstellung von Veterinärzeugnissen und Bescheinigungen bei Ausfuhr und Verbringen von Zucht-, Nutz- und Versuchstieren je angefangene Viertelstunde einschließlich Hin- und Rückfahrt			
Verwaltungsaufwand	Min.	Std.-Satz	Kosten
	15	153,85 €	38,46 €
Gebührevorschlag je angefangene 15 Min.:		38,46 €	

Lfd.Nr. 2.8.5. Veterinärrechtliche Bescheinigungen und Beglaubigungen einfacher Art, die nicht die Fleischhygiene betreffen			
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten
mindestens:	7,5	153,85 €	19,23 €
höchstens:	15	153,85 €	38,46 €
Gebührevorschlag: 19,00 € - 38,00 €			

Lfd.Nr. 2.9 Polizeirecht				
Lfd.Nr. 2.9.1 Ausnahmen nach § 15 der Polizeiverordnung zur Sicherung der öffentlichen Ordnung und gegen umweltschädliches Verhalten in der Stadt Freiburg i.Br.				
Durchschnittl. Verwaltungsaufwand	Min.	Std.-Satz	Kosten	Gebühren-vorschlag:
	40	123,79 €	82,53 €	82,00 €

Lfd.Nr. 2.9.2 Erteilung von Wohnungsverweisen, Rückkehr- und Annäherungsverboten und Aufenthaltsverboten				
Verwaltungsaufwand	Min.	Std.-Satz	Kosten	Gebührvorschlag:
mindestens:	90	123,79 €	185,69 €	185,00 €
höchstens:	630	123,79 €	1.299,80 €	1.295,00 €

Lfd.Nr. 2.9.3 Verfügungen zur Herstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung				
Verwaltungsaufwand	Min.	Std.-Satz	Kosten	Gebührvorschlag:
mindestens:	120	123,79 €	247,58 €	245,00 €
höchstens:	330	123,79 €	680,85 €	680,00 €

Lfd.Nr. 2.9.4 Prüfung von polizeirechtlich relevanten Veranstaltungen außerhalb der Fälle der Koordination und Genehmigung von Veranstaltungen nach Geb.-Nr. 2.4				
Verwaltungsaufwand	Min.	Std.-Satz	Kosten	Gebührvorschlag:
mindestens:	35	123,79 €	72,21 €	72,00 €
höchstens:	1.800	123,79 €	3.713,70 €	3.710,00 €

Lfd.Nr. 2.10 Sonn- und Feiertagsgesetz				
Erteilung von Befreiungen von Arbeits- und Veranstaltungsverboten gem. § 12 Sonn- und FeiertagsG				
Die Gebühr setzt sich zusammen aus dem Verwaltungsaufwand und dem wirtschaftlichen Wert für den Antragsteller, wobei die Einzelgebühr aus dem Rahmen in Abwägung beider Faktoren festgesetzt wird.				
Verwaltungsaufwand SG Veranstaltungen/Gewerbe	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebühren-vorschlag:
mindestens:	90	103,62 €	155,43 €	165,00 €
höchstens:	270	103,62 €	466,29 €	465,00 €
Untergrenze: Geringste Bearbeitungszeit und wirtschaftliches Interesse Obergrenze: Festsetzung unter Beachtung von Verwaltungsaufwand und wirtschaftlichem Wert der Erlaubnis (je nach Gewinnerzielungsmöglichkeit).				

Lfd.Nr. 2.11 Sprengstoffrecht	
Produktbereich Waffen- und Sprengstoffangelegenheiten	
Bezeichnung	Betrag in Euro
Hochgerechnete Personalkosten 2026/2027	409.788
+ Sachkosten	7.952
+ Abschreibungen (ohne Abschreibungen, die bereits in den Gebäudekosten enthalten sind)	6.687
+ Gemeinkosten des Amtes einschl. Gebäudekosten IMF (Umlagen)	95.327
+ Service-, Steuerungs- und Steuerungsunterstützungsleistungen	29.194
= Gesamtkosten	548.948
- abzüglich 75% nicht gebührenfähige Kosten (z.B. erfolglose unangemeldete Kontrollversuche, Anfragen und Mitteilungen der Polizei (Vorkommnisse), Verwarnungen, OWI- und Strafverfahren, Amtshilfe, Äußerungen, Beratung, Verwaltungsvollstreckung)	-411.711
- abzüglich Bereiche, für die Gebühren nicht erhoben werden (608 Regelüberprüfungen der persönlichen Zuverlässigkeit (Drucksache G-10/062), 219 Bedürfnisprüfung bei Sportschützen und Jägern zu je 30 min; Grdl. Durchschnittswert 2020-2024)	-39.517
- abzüglich Kostenanteil für Eigenverbrauch der Stadt	0
- abzüglich Einnahmen und Kostenerstattungen Zwangsgelder	-130
= Gebührenfähige Gesamtkosten	97.590
Gebührenaufkommen neu	71.746
Kostendeckungsgrad	74%

Lfd.Nr. 2.11.1 Erlaubnis nach § 7 SprengG				
Lfd.Nr. 2.11.1.1 Erteilung oder wesentliche Änderung einer Erlaubnis				
Verwaltungsaufwand	Min.	Std.-Satz	Kosten	Gebühervorschlag:
mindestens:	60	95,51 €	95,51 €	95,00 €
höchstens:	2.400	95,51 €	3.820,40 €	3.820,00 €
Lfd.Nr. 2.11.1.2 Erstellung jeder weiteren Ausfertigung				
Durchschnittlicher Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebühervorschlag:
	20,00	95,51 €	31,84 €	31,00 €
Lfd.Nr. 2.11.2 Befähigungsschein nach § 20 Abs. 1 SprengG				
Lfd.Nr. 2.11.2.1 Ausstellung oder wesentliche Änderung eines Befähigungsscheins nach § 20 Abs. 1 SprengG				
Verwaltungsaufwand	Min.	Std.-Satz	Kosten	Gebühervorschlag:
mindestens:	60,00	95,51 €	95,51 €	95,00 €
höchstens:	350	95,51 €	557,14 €	555,00 €
Lfd.Nr. 2.11.2.2 Verlängerung der Geldungsdauer eines Befähigungsscheins				
Verwaltungs-aufwand	Min.	Std.-Satz	Kosten	Gebühervorschlag:
mindestens:	45	95,51 €	71,63 €	70,00 €
höchstens:	240	95,51 €	382,04 €	380,00 €

Lfd.Nr. 2.11.3 Ausstellung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung nach § 21 Abs. 3 SprengG oder § 34 Abs. 2 1. SprengV				
Verwaltungsaufwand	Min.	Std.-Satz	Kosten	Gebührvorschlag:
mindestens:	35	95,51 €	55,71 €	55,00 €
höchstens:	180	95,51 €	286,53 €	285,00 €

Lfd.Nr. 2.11.4 Erlaubnis nach § 27 Abs. 1 SprengG

Lfd.Nr. 2.11.4.1 Erteilung oder wesentliche Änderung der Erlaubnis				
Verwaltungsaufwand	Min.	Std.-Satz	Kosten	Gebührvorschlag:
mindestens:	45	95,51 €	71,63 €	71,00 €
höchstens:	240	95,51 €	382,04 €	380,00 €

Lfd.Nr. 2.11.4.2 Verlängerung der Geltungsdauer der Erlaubnis				
Verwaltungsaufwand	Min.	Std.-Satz	Kosten	Gebührvorschlag:
mindestens:	45	95,51 €	71,63 €	71,00 €
höchstens:	240	95,51 €	382,04 €	380,00 €

Lfd.Nr. 2.11.5 Ersatzausfertigung für in Verlust geratene Erlaubnisse und Befähigungsscheine sowie Genehmigungen nach § 17 SprengG				
Verwaltungsaufwand	Min.	Std.-Satz	Kosten	Gebührvorschlag:
mindestens:	50	95,51 €	79,59 €	79,00 €
höchstens:	150	95,51 €	238,78 €	235,00 €

Lfd.Nr. 2.11.6 Ausnahmen zum Erwerb von pyrotechnischen Gegenständen der Kategorie 2 nach § 24 Abs. 1 i.V.m. § 23 Abs. 2 1. SprengV				
Verwaltungsaufwand	Min.	Std.-Satz	Kosten	Gebührvorschlag:
mindestens:	45	95,51 €	71,63 €	71,00 €
höchstens:	240	95,51 €	382,04 €	380,00 €

Lfd.Nr. 2.11.7 Sonstige öffentliche Leistungen auf dem Gebiet des Sprengstoffrechts				
Verwaltungsaufwand	Min.	Std.-Satz	Kosten	Gebührvorschlag:
mindestens:	30	95,51 €	47,76 €	47,00 €
höchstens:	2400	95,51 €	3.820,40 €	3.820,00 €

Lfd.Nr. 2.12 Titel, Orden und Ehrenzeichen				
Genehmigung zum Erwerb (Sammeln von Orden und Ehrenzeichen) nach § 14 Abs. 2 des Gesetzes über Titel, Orden und Ehrenzeichen				
Durchschnittlicher Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
	90	103,62 €	155,43 €	155,00 €

Lfd.Nr. 2.13 Waffenrecht				
Produktbereich Waffen- und Sprengstoffangelegenheiten				

Kostendeckung siehe 2.11 Sprengstoffrecht

Lfd.Nr. 2.13.1 Ausnahmegenehmigung vom Mindestalter (§ 3 Abs. 3, § 27 Abs. 4 WaffG)				
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
mindestens:	30	95,51 €	47,76 €	47,00 €
höchstens:	60	95,51 €	95,51 €	95,00 €

Lfd.Nr. 2.13.2 Anordnung gegenüber Personen, die keine Erlaubnis für Waffenherstellung, -handel, Schießstätte benötigen (§ 9 Abs. 3 WaffG)				
--	--	--	--	--

Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
mindestens:	60	95,51 €	95,51 €	95,00 €
höchstens:	290	95,51 €	461,63 €	460,00 €

Lfd.Nr. 2.13.3 Erlaubnis zum Schießen außerhalb von Schießstätten (§§ 10 Abs. 5, 16 Abs. 3 WaffG)				
---	--	--	--	--

Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
mindestens:	30	95,51 €	47,76 €	47,00 €
höchstens:	230	95,51 €	366,12 €	365,00 €

Lfd.Nr. 2.13.4 Ausstellung Munitionserwerbsschein (§ 10 Abs. 3 Satz 2 WaffG)				
--	--	--	--	--

Durchschnittlicher Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
	60	95,51 €	95,51 €	95,00 €

Lfd.Nr. 2.13.5 Waffenschein				
-----------------------------	--	--	--	--

Lfd.Nr. 2.13.5.1 Erteilung nach § 19 Abs. 2 WaffG für gefährdete Personen				
---	--	--	--	--

Durchschnittlicher Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
	230	95,51	366,12 €	365,00 €

Lfd.Nr. 2.13.5.2 Erteilung nach § 28 Abs. 1 WaffG für Unternehmer				
---	--	--	--	--

Durchschnittlicher Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
	340	95,51 €	541,22 €	540,00 €

Lfd.Nr. 2.13.5.3 Eintragung einer Wachperson in den Waffenschein einer Bewachungsfirma (§ 28 Abs. 4 WaffG) oder Zustimmung nach § 28 Abs. 3 Satz 2 WaffG

Durchschnittlicher Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
	60	95,51 €	95,51 €	95,00 €

Lfd.Nr. 2.13.5.4 Verlängerung (§ 10 Abs. 4 Satz 2, 2. Halbsatz, § 28 Abs. 1 WaffG, § 19 Abs. 2 WaffG)

Durchschnittlicher Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
	170	95,51 €	270,61 €	270,00 €

Lfd.Nr. 2.13.5.5 Eintragung/Austragung von Waffen im Waffenschein, sonstige Änderungen (§ 10 Abs. 4, § 28 Abs. 1 WaffG)

Durchschnittlicher Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
	60	95,51 €	95,51 €	95,00 €

Lfd.Nr. 2.13.5.6 Erteilung kleiner Waffenschein (§ 10 Abs. 4 Satz 4 WaffG)

Durchschnittlicher Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
	85	95,51 €	135,31 €	135,00 €

Lfd.Nr. 2.13.6 Erlaubnis zum Erwerb und Besitz von Schusswaffen oder Munition für Person mit gewöhnlichem Aufenthalt in anderem EU-Staat (§ 11 Abs. 1 WaffG)

Durchschnittlicher Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
	60	95,51 €	95,51 €	95,00 €

Lfd.Nr. 2.13.7 Erlaubnis zum Erwerb von Schusswaffen oder Munition in einem EU-Land für Person mit gewöhnlichem Aufenthalt in Deutschland (§ 11 Abs. 2 WaffG)

Durchschnittlicher Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
	30	95,51 €	47,76 €	47,00 €

Lfd.Nr. 2.13.8 Waffenbesitzkarte

Lfd.Nr. 2.13.8.1 Erteilung (außer Nr. 2.13.9.1)

Durchschnittlicher Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
	75	95,51 €	119,39 €	115,00 €

Lfd.Nr. 2.13.8.2 Erteilung einer weiteren Waffenbesitzkarte zeitgleich

Durchschnittlicher Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
	30	95,51 €	47,76 €	47,00 €

Lfd.Nr. 2.13.8.3 Erteilung einer Waffenbesitzkarte für mehrere Personen (§ 10 Abs. 2 WaffG)

Gebühr für die jeweilige Waffenbesitzkarte + Zuschlag von 25% pro Person
Der Verwaltungsaufwand für die Ausstellung der Waffenbesitzkarte für eine Person erhöht sich um 25% für jede weitere Person.

Lfd.Nr. 2.13.8.4 Nachträgliche Eintragung einer Mitinhaberschaft oder weiterer Berechtigter (§ 10 Abs. 2 S. 1 WaffG)

Gebühr für jeweilige Waffenbesitzkarte
Der Verwaltungsaufwand für diese Leistung entspricht demjenigen für die Ausstellung einer Waffenbesitzkarte.

Lfd.Nr. 2.13.8.5 Umschreibung Waffenbesitzkarte für Sportschützen (§ 14 Abs. 6 WaffG) oder einer Vereins-Waffenbesitzkarte nach Änderung der Aufsicht über Vereinswaffen (§ 10 Abs. 2 Satz 4 WaffG)

Durchschnittlicher Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
	60	95,51 €	95,51 €	95,00 €

Lfd.Nr. 2.13.8.6 Eintragung einer Waffe, eines Wechsellaufs o.ä., Änderung oder sonstige Eintragung in Waffenbesitzkarte, je Eintrag (§§ 10 Abs. 1 S. 1, 37a, 37g, 14 Abs. 6 WaffG bzw. Anl. 2 Abschnitt 2.1 oder 2.2)

Durchschnittlicher Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
	25	95,51 €	39,80 €	39,00 €

Lfd.Nr. 2.13.8.7 Eintragung einer oder mehrerer ererbter Waffen (zeitgleich) in eine bereits ausgestellte Waffenbesitzkarte (§ 20 Abs. 1 WaffG)

Durchschnittlicher Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
	35	95,51 €	55,71 €	55,00 €

Lfd.Nr. 2.13.8.8 Eintragung einer Erwerbsberechtigung (§§ 13 Abs. 2 Satz 2, 13 Abs. 3 Satz 1, 14 Abs. 2 und 14 Abs. 5 WaffG)				
Durchschnittlicher Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
	75	95,51 €	119,39 €	115,00 €

Lfd.Nr. 2.13.8.9 Austrag einer Waffe oder zeitgleich mehrerer Waffen aus einer oder mehreren Waffenbesitzkarten (§ 37 a, 37 g WaffG)				
Durchschnittlicher Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
	25	95,51 €	39,80 €	39,00 €

Lfd.Nr. 2.13.8.10 Eintragung einer Munitionserwerbsberechtigung in eine Waffenbesitzkarte (§ 10 Abs. 3 S. 1 WaffG)				
Durchschnittlicher Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
	35	95,51 €	55,71 €	55,00 €

Lfd.Nr. 2.13.8.11 Eintragung eines oder zeitgleich mehrerer Blockiersysteme (§ 20 Abs. 3, § 37 Abs. 1 WaffG)				
Durchschnittlicher Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
	25	95,51 €	39,80 €	39,00 €

Lfd.Nr. 2.13.8.12 Ausnahme Einbau Blockiersystem für Waffen (§ 20 Abs. 6 WaffG)				
Durchschnittlicher Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
	35	95,51 €	55,71 €	55,00 €

Lfd.Nr. 2.13.9 Waffenbesitzkarte für Waffen- und Munitionssammler und Sachverständige (§§ 17 Abs. 2, 18 Abs. 2 WaffG)				
Lfd.Nr. 2.13.9.1 Erteilung				
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
mindestens:	180	95,51 €	286,53 €	285,00 €
höchstens:	560	95,51 €	891,43 €	890,00 €

Lfd.Nr. 2.13.9.2 Umschreibung wegen Änderung des Sammelthemas				
Durchschnittlicher Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
	170	95,51 €	270,61 €	270,00 €

Lfd.Nr. 2.13.10 Waffenhandel, Waffenherstellung

Lfd.Nr. 2.13.10.1 Erlaubnis zur Herstellung, Bearbeitung oder Instandsetzung von Schusswaffen oder Munition (§ 21 Abs. 1 WaffG)

Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
mindestens:	300	95,51 €	477,55 €	475,00 €
höchstens:	2000	95,51 €	3.183,67 €	3.180,00 €

Lfd.Nr. 2.13.10.2 Erlaubnis zum Handel mit Schusswaffen oder Munition (§ 21 Abs. 2 WaffG)

Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
mindestens:	300	95,51 €	477,55 €	475,00 €
höchstens:	2000	95,51 €	3.183,67 €	3.180,00 €

Lfd.Nr. 2.13.10.3 Stellvertretererlaubnis für Waffengewerbe (§ 21 a WaffG)

Entsprechend dem Verwaltungsaufwand beträgt die neue Gebühr ein Viertel der nach Lfd.Nr. 2.13.10.1 bzw. 2.13.10.2. errechneten Gebühr.

2.13.10.1

Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
mindestens:	75	95,51 €	119,39 €	115,00 €
höchstens:	500	95,51 €	795,92 €	795,00 €

2.13.10.2

Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
mindestens:	75	95,51 €	119,39 €	115,00 €
höchstens:	500	95,51 €	795,92 €	795,00 €

Lfd.Nr. 2.13.10.4 Bewilligung von Änderungen und Fristverlängerungen (§ 21 Abs. 5 WaffG)

Entsprechend dem Verwaltungsaufwand beträgt die neue Gebühr ein Viertel der nach Lfd.Nr. 2.13.10.1 bzw. 2.13.10.2. errechneten Gebühr.

2.13.10.1

Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
mindestens:	75	95,51 €	119,39 €	115,00 €
höchstens:	500	95,51 €	795,92 €	795,00 €

2.13.10.2

Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
mindestens:	75	95,51 €	119,39 €	115,00 €
höchstens:	500	95,51 €	795,92 €	795,00 €

Lfd.Nr. 2.13.10.5 Erlaubnis zum nicht gewerbsmäßigen Herstellen, Bearbeiten oder Instandsetzen von Schusswaffen (§ 26 Abs. 1 WaffG)

Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
mindestens:	90	95,51 €	143,27 €	140,00 €
höchstens:	680	95,51 €	1.082,45 €	1.080,00 €

Lfd.Nr. 2.13.10.6 Überprüfung Waffenhandelsbücher (§ 60a WaffG)				
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
mindestens:	60	95,51 €	95,51 €	95,00 €
höchstens:	570	95,51 €	907,35 €	905,00 €

Lfd.Nr. 2.13.11 Anordnung der Kennzeichenanbringung auf Schusswaffe (§ 25a WaffG)				
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
mindestens:	60	95,51 €	95,51 €	95,00 €
höchstens:	290	95,51 €	461,63 €	460,00 €

Lfd.Nr. 2.13.12 Schießstätten

Lfd.Nr. 2.13.12.1 Erlaubnis Betrieb / Änderung einer Schießstätte einschl. Abnahmeprüfung (§ 27 Abs. 1, § 27a Abs.1 WaffG)				
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
mindestens:	120	95,51 €	191,02 €	190,00 €
höchstens:	1360	95,51 €	2.164,89 €	2.160,00 €

Lfd.Nr. 2.13.12.2 Regel- und Sonderprüfungen von Schießstätten (§ 27a WaffG)				
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
mindestens:	60	95,51 €	95,51 €	95,00 €
höchstens:	570	95,51 €	907,35 €	905,00 €

Hinzu kommen als Auslagen noch die Aufwendungen für Sachverständige.

Lfd.Nr. 2.13.12.3 Ausnahmen von Beschränkungen für Schießübungen auf Schießstätten (§ 9 Abs. 2 AWaffG)				
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
mindestens:	60	95,51 €	95,51 €	95,00 €
höchstens:	290	95,51 €	461,63 €	460,00 €

Lfd.Nr. 2.13.12.4 Untersagung der Ausübung der Aufsicht beim Schießen (§ 10 Abs. 4 AWaffV)				
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
mindestens:	120	95,51 €	191,02 €	190,00 €
höchstens:	570	95,51 €	907,35 €	905,00 €

Lfd.Nr. 2.13.13 Zulassung von Ausnahmen bei der Aufbewahrung von Waffen (§ 13 Abs. 4 und 5 AWaffV)				
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
mindestens:	30	95,51 €	47,76 €	47,00 €
höchstens:	290	95,51 €	461,63 €	460,00 €

Lfd.Nr. 2.13.14 Erlaubnis / Zustimmung zum Verbringen oder zur Mitnahme von Waffen (§§ 29, 32 WaffG)				
Durchschnittlicher Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
	30	95,51 €	47,76 €	47,00 €

Lfd.Nr. 2.13.15 Erlaubnis zum Verbringen von erlaubnispflichtigen Waffen / Munition durch einen Waffenhersteller oder -händler zu einem Waffenhersteller/-händler eines anderen EU-Staates oder Drittstaates (§ 30 WaffG)				
Durchschnittlicher Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
	80	95,51 €	127,35 €	125,00 €

Lfd.Nr. 2.13.16 Europäischer Feurerwaffenpass (EFP, § 32 Abs. 6 WaffG)				
--	--	--	--	--

Lfd.Nr. 2.13.16.1 Ausstellung				
Durchschnittlicher Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
	60	95,51 €	95,51 €	95,00 €

Lfd.Nr. 2.13.16.2 Verlängerung der Geltungsdauer				
Durchschnittlicher Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
	25	95,51 €	39,80 €	39,00 €

Lfd.Nr. 2.13.16.3 Verlängerung der Geltungsdauer der Einzelgenehmigung im Feld 4 des EFP				
Durchschnittlicher Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
	25	95,51 €	39,80 €	39,00 €

Lfd.Nr. 2.13.16.4 Eintrag / Austrag einer oder mehrerer Waffen zeitgleich aus einem bzw. in einen EFP				
Durchschnittlicher Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
	17	95,51 €	27,06 €	27,00 €

Lfd.Nr. 2.13.16.5 Änderung einer sonstigen Eintragung im EFP				
Durchschnittlicher Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
	17	95,51 €	27,06 €	27,00 €

Lfd.Nr. 2.13.17 Erteilung sonstiger waffenrechtlicher Erlaubnisse oder Anordnungen oder Anzeigebescheinigungen (z.B. §§ 9 Abs. 1 und 2, 12 Abs. 5, 16 Abs. 2, 35 Abs. 3, 36 Abs. 6, 37c,37h, 39 Abs. 3, 42 Abs. 2 WaffG, §§ 23 Abs. 2, 25 Abs. 1 S.1 AWaffV)				
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
mindestens:	25	95,51 €	39,80 €	39,00 €
höchstens:	570	95,51 €	907,35 €	905,00 €

Lfd.Nr. 2.13.18 Ausstellung einer Ersatzausfertigung für eine in Verlust geratene waffenrechtliche Erlaubnis, Anzeigenbescheinigung etc.				
Gebühr in Höhe der Gebühr für die jeweilige waffenrechtliche Erlaubnis				

Lfd.Nr. 2.13.19 Versagung waffenrechtlicher Erlaubnisse wegen fehlender Voraussetzungen (§ 4 WaffG)				
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
mindestens:	120	95,51 €	191,02 €	190,00 €
höchstens:	570	95,51 €	907,35 €	905,00 €

Lfd.Nr. 2.13.20 Ablehnung einer Anzeigebescheinigung (§ 37 h Abs. 1 WaffG)				
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
durchschnittlich	30	95,51 €	47,76 €	47,00 €

Lfd.Nr. 2.13.21 Rücknahme, Widerruf waffenrechtlicher Erlaubnisse (§ 45 WaffG)				
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
mindestens:	120	95,51 €	191,02 €	190,00 €
höchstens:	570	95,51 €	907,35 €	905,00 €

Lfd.Nr. 2.13.22 Festsetzung eines unbefristeten Waffenbesitzverbotes (§ 41 Abs. 1 und 2 WaffG)				
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
mindestens:	115	95,51 €	183,06 €	180,00 €
höchstens:	340	95,51 €	541,22 €	540,00 €

Lfd. Nr. 2.13.23 Anordnung zur Unbrauchbarmachung, Abgabe oder Sicherstellung eines oder mehrerer Gegenstände nach Widerruf, Rücknahme von Erlaubnissen, Waffenbesitzverbot (§ 46 WaffG) oder verbotener Gegenstände (§ 40 Abs. 5 WaffG) oder zur Einziehung (§ 46 Abs. 5 WaffG)				
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
mindestens:	60	95,51 €	95,51 €	95,00 €
höchstens:	290	95,51 €	461,63 €	460,00 €

Lfd. Nr. 2.13.24 Anerkennung eines Lehrgangsanbieters, Anerkennung von Lehrgängen (§ 3 Abs. 2 und 3 AWaffV)				
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
mindestens:	240	95,51 €	382,04 €	380,00 €
höchstens:	840	95,51 €	1.337,14 €	1.335,00 €

Lfd.Nr. 2.13.25 Waffenrechtliche Unbedenklichkeitsbescheinigung (§ 4 WaffG)				
Verwaltungsaufwand	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten	Gebührenvorschlag:
durchschnittlich	40	95,51 €	63,67 €	63,00 €

2.13.26 Vor-Ort-Kontrolle nach § 36 Abs. 3 WaffG

2.13.26.1 Überprüfung der sicheren Aufbewahrung von Schusswaffen und Munition

				Kontrolle mit Begleitperson
Anteil: Aufwand ohne Kontrolle (nur Verw.aufwand+An-/Abfahrt)	An-/Abfahrt Sachbearbeiter	20	Minuten	20
	An-/Abfahrt Begleitung	20	Minuten	20
	Verwaltungsaufwand	15	Minuten	15
	Stundensatz Abt. III SG 3		95,51 €	55
	Gebühr ohne Kontrolle vor Ort			87,55 €
Anteil: Aufwand ohne Kontrolle mit gedritteltem An-/Abfahrtsaufwand wegen Mehrfachkontrolle in gleichem Haushalt (vgl. Drucksache G-11/170, S. 4)	An-/Abfahrt Sachbearbeiter	6,67	Minuten	6,67
	An-/Abfahrt Begleitung	6,67	Minuten	6,67
	Verwaltungsaufwand	15	Minuten	15
	Stundensatz Abt. III SG3		95,51 €	28,34
	Gebühr (Drittel An-/Abfahrt) ohne Kontrolle			45,11 €
Anteil: Kontrollaufwand (nach den bisherigen Erfahrungen der Verwaltung liegt der zeitliche Aufwand für die Kontrollen je nach Fall bei mindestens 5 Minuten und höchstens bei ca. 180 Minuten.)	Stundensatz für die Kontrolle (2 Mitarbeiter à 95,51 €)			191,02 €
	zeitlicher Aufwand für Kontrolle:			
	von	5	Minuten	15,92 €
	bis	180	Minuten	573,06 €
100,00%	Gebührenrahmen			
	von	5	Minuten	61,03 €
	bis	180	Minuten	660,61 €
Gebührenvorschlag: 61,00 € bis 660,00 €				

2.13.26.2 Nachkontrolle nach vorhergehender Beanstandung

				Kontrolle mit Begleitperson
Anteil: Aufwand ohne Kontrolle mit vollem bzw. gedritteltem An-/Abfahrtsaufwand wegen Mehrfachkontrolle in gleichem Haushalt (vgl. Drucksache G-11/170, S. 4)	Gebühr ohne Kontrolle			87,55 €
	Gebühr (Drittel An-/Abfahrt) ohne Kontrolle			45,11 €
Anteil: Kontrollaufwand (nach den bisherigen Erfahrungen der Verwaltung liegt der zeitliche Aufwand für die Kontrollen je nach Fall bei mindestens 5 Minuten und höchstens bei ca. 120 Minuten.)	Stundensatz für die Kontrolle (2 Mitarbeiter à 95,51 €)			191,02 €
	zeitlicher Aufwand für Kontrolle:			
	von	5,00	Minuten	15,92 €
	bis	120	Minuten	382,04 €
100,00%	Gebührenrahmen			
	von	5,00	Minuten	61,03 €
	bis	120	Minuten	469,59 €
Gebührenvorschlag: 61,00 bis 465,00 €				

2.13.26.3 Erfolgreicher Kontrollversuch trotz Terminvereinbarung oder Terminankündigung		
An-/Abfahrt Sachbearbeiter	20	Minuten
An-/Abfahrt Begleitung	20	Minuten
Verwaltungsaufwand Front-Office	15	Minuten
Gesamtaufwand	55	Minuten
Sachgebiets-Stundensatz	95,51 €	
Kosten je Kontrollversuch	87,55 €	
Gebührenvorschlag: 87,00 €		

2.13.26.4 Erfolgreicher Kontrollversuch bei Verweigerung der unangemeldeten Kontrolle		
An-/Abfahrt Sachbearbeiter	20	Minuten
An-/Abfahrt Begleitung	20	Minuten
Verwaltungsaufwand Front-Office	15	Minuten
Gesamtaufwand	55	Minuten
Sachgebiets-Stundensatz	95,51 €	
Kosten je Kontrollversuch	87,55 €	
Gebührenvorschlag: 87,00 €		

Lfd.Nr. 2.14 Prostituiertenschutzgesetz

Lfd.Nr. 2.14.1 Erlaubnis für ein Prostitutionsgewerbe
(§ 12 Prostituiertenschutzgesetz)

Verwaltungsaufwand pro Fall SG Veranstaltungen/Gewerbe	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten
mindestens:	450	103,62 €	777,15 €
höchstens:	3.000	103,62 €	5.181,00 €
Gebührevorschlag: 775,00 € - 5.180 €			

Lfd.Nr. 2.14.2 Stellvertretungserlaubnis
(§ 13 Prostituiertenschutzgesetz)

Verwaltungsaufwand pro Fall	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten
mindestens:	150	103,62 €	259,05 €
höchstens	900	103,62 €	1.554,30 €
Gebührevorschlag: 255,00 € - 1.550,00 €			

Lfd.Nr. 2.14.3 Regelüberprüfung der Zuverlässigkeit im
Prostitutionsgewerbe (§ 15 Abs. 3 Prostituiertenschutzgesetz)

Verwaltungsaufwand pro Fall	Min. pro Fall	Std.-Satz	Kosten
mindestens:	60	103,62 €	103,62 €
höchstens	300	103,62 €	518,10 €
Gebührevorschlag: 100,00 € - 515,00 €			

Verwaltungsgebühren Amt für öffentliche Ordnung

Stundensätze 2026/2027	neu: 2026/2027	bisher: 2024/2025	prozentuale Veränderung	Erläuterungen
Abt. II SG Veranstaltungen	115,85 €	85,83 €	35%	Tariferhöhungen, Änderung Organisations-/ Kostenstellenstruktur
Abt. III SG Gaststätten-/ Gewerberecht / Prostituiertenschutzgesetz	103,62 €	93,30 €	11%	Tariferhöhungen, Gemeinkostenerhöhung
Abt. III Teil-SG Gewerberegister / Fischereirecht	70,90 €	71,71 €	-1%	Veränderte Personalstruktur, Änderung Berechnungsgrundlage
Abt. III SG Sicherheit und Ordnung	123,79 €	94,56 €	31%	Tariferhöhungen, Gemeinkostenerhöhung
Abt. III Teil-SG Waffen- und Sprengstoffrecht	95,51 €	94,56 €	1%	Tariferhöhungen
Abt. V - GVD (ÜW ruhender Verkehr)	76,26 €	68,68 €	11%	Tariferhöhungen
Abt. VI - Lebensmittelüberwachung	117,39 €	88,82 €	32%	Tariferhöhungen, Beförderung, Änderung Berechnungsgrundlage
Abt. VI - Tiergesundheit	153,85 €	133,80 €	15%	Tariferhöhungen, Änderung Berechnungsgrundlage
Abt. VI Tierschutz	129,65 €	109,66 €	18%	Tariferhöhungen, Änderung Berechnungsgrundlage
Durchschnitt Veranstaltungen + Gaststätten-/ Gewerberecht / Prostituiertenschutzgesetz, Sicherheit und Ordnung	109,74 €	89,57 €	23%	

Rundungsregeln bei Gebührenvorschlägen:

Stundensätze	centgenau
Festgebühren/Rahmengebühren bis 100 €	Abrundung auf volle €
Festgebühren/Rahmengeb. über 100 €	Abrundung auf volle 5
Ausnahme Fleischhygienegebühren:	
Großbetriebe	centgenau
Kleinbetriebe / Trichinenunters. z.T. Barzahlung	Abrundung auf volle 5 cent

Gebührenkalkulation Amt für Schule und Bildung

Gebührenverzeichnis Anlage 3 zur Satzung

Der Berechnung der Gebühren liegt ein gebührenfähiger Stundensatz für Büroarbeitsplätze für je eine Verwaltungskraft A8 / EG7 zugrunde. Bei Lfd.Nr. 3.1 und 3.2 ist der Zeitaufwand aufgrund einer schnelleren digitalen Bearbeitung leicht gesunken.

Der Stundensatz beträgt: 66,94 €

Lfd.Nr. 3.1: Ausdrucken von im Pc gespeicherten Zeugnissen oder Kopieren der Originalzeugnisse über das schuleigene Kopiergerät

Dauer der Tätigkeit in		Gebührenfähiger Stundensatz in €		Kosten pro Fall in €		Gebührenvorschlag je Fall in €	Kosten-deckung
5	x	66,94	=	5,58		5,50	99%

Lfd.Nr. 3.2: Ersatzausstellung für einen Schüler-/Schülerinnenausweis

Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz in €		Personal-kosten pro Fall in €		direkte Sachkosten €		Kosten pro Fall in €
5,5	x	66,94	=	6,14	+	0,24	=	6,38
Gebührevorschlag je Fall in €				Kostendeckung in %				
6,30				99%				

Lfd.Nr. 3.3: Bearbeitungsgebühr bei vorzeitigem Austritt aus den öffentlichen Fachschulen der Stadt Freiburg

Dauer der Tätigkeit in		Gebührenfähiger Stundensatz in €		Kosten pro Fall in €		Gebührenvorschlag je Fall in €	Kosten-deckung
50	x	66,94	=	55,78		55,70	99,85%

Gebührenkalkulation Baurechtsamt

Gebührenverzeichnis Anlage 3 zur Satzung

Der Stundensatz des Baurechtsamts beträgt:

105,02 €

Lfd.Nr. 4.2 Erteilung einer Abgeschlossenheitsbescheinigung

Bezeichnung		Betrag in €
	Hochgerechnete Personalkosten 2026/27	29.659,48
+	Sachkosten	
+	Abschreibungen (ohne Abschreibungen, die bereits in den Gebäudekosten enthalten sind)	22,60
+	Gemeinkosten des Amtes einschl. Gebäudekosten IMF (= Umlagen)	2.897,21
+	Service-, Steuerungs- und Steuerungsunterstützungsleistungen (ohne Anteil Verwaltungsvollstreckung)	8.798,40
=	Gesamtkosten	41.377,69
-	abz.nicht gebührenfähige Kosten (z.B. Amtshilfe, Äußerungen, Verwaltungsvollstreckung - s.o.)	-56,71
-	abzüglich Kostenanteil für Gebührenbefreiungen	
-	evtl. abzüglich Kostenanteil für Eigenverbrauch der Stadt	
-	abzüglich Einnahmen und Kostenerstattungen (z.B. Beiträge, Zuschüsse, Spenden Dritter)	
=	Gebührenfähige Gesamtkosten	41.320,98

Kalkulation

Lfd.Nr.	Erteilung einer Abgeschlossenheitsbescheinigung	Dauer der Tätigkeit Std.	x	Stunden-satz in €	=	Kosten €	Gebühren-vorschlag €
4.2.1	für 5 Sonder- bzw. Teileigentumseinheiten	2,0	x	105,02	=	210,04	210,04
4.2.2	für jeweils bis zu 5 weiteren Teileigentumseinheiten	0,25	x	105,02	=	26,26	26,26
4.2.3	bei Nachträgen für je 2 geänderte Sonder- bzw. Teileigentumseinheiten	1,0	x	105,02	=	105,02	105,02
4.2.4	Mit jeder Bescheinigung sind 3 Ausfertigungen abgegolten, für jede weitere Mehrfertigung	0,25	x	105,02	=	26,26	26,26

Gegenrechnung

Lfd.Nr.	Erteilung einer Abgeschlossenheitsbescheinigung	Anzahl	Betrag	Einnahmen auf der Grundlage der neuen Gebühren in €
4.2.1	für 5 Sonder- bzw. Teileigentumseinheiten	76	210,04 €	15.963,04
4.2.2	für jeweils bis zu 5 weiteren Teileigentumseinheiten	114	26,26 €	2.993,07
4.2.3	bei Nachträgen für je 2 geänderte Sonder- bzw. Teileigentumseinheiten	54	105,02 €	5.671,08
4.2.4	Mit jeder Bescheinigung sind 5 Ausfertigungen abgegolten, für jede weitere Mehrfertigung	40	26,26 €	1.050,20
			Summe	25.677,39

Kostendeckungsgrad: 62,14%

Der Stundensatz des Baurechtsamtes beträgt:

105,02 €

Lfd. Nr. 4.3: Kenntnissgabeverfahren und Teilung von Grundstücken

Bezeichnung		Betrag in €
	Hochgerechnete Personalkosten 2026/27	7.792,12
+	Sachkosten	
+	Abschreibungen (ohne Abschreibungen, die bereits in den Gebäudekosten enthalten sind)	0,70
+	Gemeinkosten des Amtes einschl. Gebäudekosten IMF (= Umlagen)	174,66
+	Service-, Steuerungs- und Steuerungsunterstützungsleistungen	422,68
=	Gesamtkosten	8.390,16
-	abzüglich nicht gebührenfähige Kosten (z.B. Amtshilfe, Äußerungen, Verwaltungsvollstreckung - s.o.)	-2,32
-	abzüglich Kostenanteil für Gebührenbefreiungen	
-	evtl. abzüglich Kostenanteil für Eigenverbrauch der Stadt	
-	abzüglich Einnahmen und Kostenerstattungen (z.B. Beiträge, Zuschüsse, Spenden Dritter)	
=	Gebührenfähige Gesamtkosten	8.387,84

Kalkulation

Lfd.Nr. 4.3.1 Kenntnissgabeverfahren (KGV)

	Verwaltungsaufw. Std. pro Fall		Stundensatz €		Kosten €	Gebühren- vorschlag €
KGV	4,00	x	105,02	=	420,08	420,08

Lfd.Nr. 4.3.2 Teilung von Grundstücken

	Verwaltungsaufw. Std. pro Fall		Stundensatz €		Kosten €	Gebühren- vorschlag €
Teilung	1,50	x	105,02	=	157,53	157,53

Der Tatbestand 4.3.2 "Teilung von Grundstücken" kommt nur selten vor und wird daher in die Gegenrechnung nicht eingerechnet.

Im Jahr 2024 gab es keinen Fall.

Gegenrechnung

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Anzahl Fälle	Einnahmen auf Grundlage der neuen Gebühr €
4.3.1	Kenntnissgabeverfahren	17	7.141,36

Kostendeckungsgrad: 85%

Der Stundensatz des Baurechtsamtes beträgt: 105,02 €

Lfd. Nr. 4.4: Baugenehmigung (§ 58 LBO), Genehmigung nach vereinfachtem Verfahren (§ 52 LBO) und Zustimmung (§ 70 LBO)

Bezeichnung		Betrag in €
	Hochgerechnete Personalkosten 2026/27	3.176.567,35
+	Sachkosten	
+	Abschreibungen	2.273,46
+	Gemeinkosten des Amtes einschl. Gebäudekosten IMF (= Umlagen)	290.434,27
+	Service-, Steuerungs- und Steuerungsunterstützungsleistungen	893.024,02
=	Gesamtkosten	4.362.299,10
-	abzüglich nicht gebührenfähige Kosten	-5.672,21
-	abzüglich Kostenanteil für Gebührenbefreiungen	-392.629,34
-	abzüglich Kostenanteil für Eigenverbrauch der Stadt	
-	abzüglich Einnahmen, Zuschüsse und Kostenerstattungen	
=	Gebührenfähige Gesamtkosten	3.963.997,55

Sofern Baukosten bekannt waren, hat sich in der Vergangenheit ein Promillesatz als Wertgebühr als praktikabel erwiesen.

Der Aufwand für das vereinfachte Verfahren im Verhältnis zum Baugenehmigungsverfahren beträgt ca.70%.

Der Aufwand der Genehmigungsfiktion im Vergleich zum vereinfachten Verfahren wird auf 75% geschätzt und bei der

Kalkulation

Berechnung Promille-Satz Wertgebühr/Berechnung Grundlage Wertgebühr	
Kalkulierte Einnahmen (Gebührentatbestände außer Baugenehmig./vereinf.Verf.u.Zustimmung mit Baukosten)	812.224,68 €
Über Wertgebühr auf Baugenehmigung zu verteilen:	3.151.772,87 €
Promille-Satz Baugenehmigungsverfahren	0,008016
Promille-Satz vereinfachtes Baugenehmigungsverfahren	0,005611

Lfd.Nr. 4.4.1 Genehmigung von Anlagen und Einrichtungen (§ 49 Abs. 1 LBO)				
(Baukosten)				
Berechnung:	3.151.772,87 €	/	393.181.805 €	= 0,008016
<p>Der bisherige Satz für die Baugenehmigungsgebühren liegt bei 7,0 Promille und für das vereinfachte Verfahren bei 5,0 Promille. Eine Erhöhung des geltenden Satzes ist in Anbetracht der allgemeinen Wirtschaftslage und der Preissteigerungen in der Bauwirtschaft derzeit politisch nicht darstellbar. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der politischen Bestrebungen, das Bauen günstiger zu machen sowie in Ansehung des Gebührensatzes anderer unterer Baurechtsbehörden in Baden-Württemberg. Bei insgesamt 7 abgefragten Behörden bewegt sich der Gebührenrahmen zwischen 6,0 und 7,0 Promille, wobei lediglich eine Behörde eine Gebühr von 7,0 Promille veranschlagt hat. Eine Überschreitung dieses Gebührenrahmens erscheint daher unangemessen, sodass es bei den bisher veranschlagten Gebühren i.H.v. 7,0 Promille verbleiben soll.</p>				
Gebührevorschlag: 7,0 v.T. der Baukosten, Mindestgebühr 525,10 €				
Mindestgebühr = 5 Std. à 105,02 € = 525,10 €				

Lfd.Nr. 4.4.2 Genehmigung nach dem vereinfachten Verfahren (§ 52 LBO)					
Berechnung:	0,008016	x	0,700000	=	0,005611249
Gebührenvorschlag: 5,0 v.T. der Baukosten, Mindestgebühr 420,08 €					
Mindestgebühr = 4 Std. à 105,02 € = 420,08 €					

Lfd.Nr. 4.4.3 Genehmigung, wenn der Gebührenberechnung Baukosten nicht zugrundegelegt werden können						
	Verwaltungs- aufwand Std.		Stunden- satz €		Kosten €	Gebühren- vorschlag €
Untergrenze	5,00	x	105,02	=	525,10	525,10
Obergrenze	80,00	x	105,02	=	8.401,60	8.401,60
Lfd.Nr. 4.4.4 Genehmigungsfiktion nach § 54 Abs. 58 LBO						
Berechnung:	0,005611	x	0,750000	=	0,004208437	
Gebührenvorschlag: 4,0 v.T. der Baukosten, Mindestgebühr 315,06 €						
Mindestgebühr = 3 Std. à 105,02 € = 315,06 €						

Lfd.Nr. 4.4.5 Verlängerung der Geltungsdauer einer Baugenehmigung (pro Baugenehmigung)						
	Verwaltungs- aufwand Std.		Stunden- satz €		Kosten €	Gebühren- vorschlag €
Untergrenze	3,00	x	105,02	=	315,06	315,06
Obergrenze	40,00	x	105,02	=	4.200,80	4.200,80

Lfd.Nr. 4.4.6 Genehmigung einer Werbeanlage (z.B. Schild, Transparent, Schriftzug (Einzelbuchstaben), Fahne und dgl.)						
	Verwaltungs- aufwand Std.		Stunden- satz €		Kosten €	Gebühren- vorschlag €
Untergrenze	0,50	x	105,02	=	52,51	52,51
Obergrenze	15,00	x	105,02	=	1.575,30	1.575,30

Lfd.Nr. 4.4.7 Erteilung einer Zustimmung nach § 70 Abs. 1 LBO						
Hier wird die Kalkulation zu Nr. 4.4.2 als Grundlage genommen, da es nur wenige Fälle pro Jahr gibt (2024 gab es keinen Fall)						

Lfd.Nr. 4.4.8 Rücknahme eines Bauantrags oder Zurückweisung wegen Unvollständigkeit						
	Verwaltungs- aufwand Std.		Stunden- satz €		Kosten €	Gebühren- vorschlag €
Rücknahme / Zurückweisung	3,00	x	105,02	=	315,06	315,06

Lfd.Nr. 4.6 Bearbeitung einer Baulasterklärung (§ 71 LBO)						
	Verwaltungs- aufwand Std.		Stunden- satz €		Kosten €	Gebühren- vorschlag €
Untergrenze	2,50	x	105,02	=	262,55	262,55
Obergrenze	15,00	x	105,02	=	1.575,30	1.575,30

Gegenrechnung		
Bezeichnung	Einnahmen auf der Grundlage der neuen Gebühren	Anzahl 2024
BG mit Baukosten 4.4.1 (7,0 v.T.)	2.318.053,89 €	160
BG VfV mit Baukosten 4.4.2 (5,0 v.T.)	310.156,25 €	153
BG ohne Baukosten 4.4.3 (15 Std./Fall)	74.039,10 €	47
Genehmigungsfiktion 4.4.4 (4,0 v.T.)	0,00 €	0
Verlängerung BG 4.4.5 (7 Std./Fall)	40.432,70 €	55
Werbeanlagen 4.4.6 (7 Std./Fall)	30.875,88 €	42
Zustimmung 4.4.7 (5,0 v.T.)	0,00 €	0
Rücknahme/ZurückwUnvst. 4.4.8 (3 Std./Fall)	9.766,86 €	31
Ablehnung (7 Std./Fall)	10.291,96 €	14
Baulast 4.6 (3 Std./Fal)	10.396,98 €	33
AABs 4.7.2 (15 Std./Fall)	636.421,20 €	404
Summe	3.440.434,82 €	457
Kostendeckungsgrad:		86,79%

Der Stundensatz des Baurechtsamtes beträgt: 105,02 €

Lfd. Nr. 4.5: Erteilung eines Bauvorbescheids (§ 57 LBO)

Bezeichnung		Betrag in €
	Hochgerechnete Personalkosten 2026/27	138.457,35
+	Sachkosten	
+	Abschreibungen (ohne Abschreibungen, die bereits in den Gebäudekosten enthalten)	101,10
+	Gemeinkosten des Amtes einschl. Gebäudekosten IMF (= Umlagen)	13.241,26
+	Service-, Steuerungs- und Steuerungsunterstützungsleistungen	40.507,12
=	Gesamtkosten	192.306,83
-	abzüglich nicht gebührenfähige Kosten (z.B. Amtshilfe, Äußerungen, Verwaltungsvollstreckung - s.o.)	-260,37
-	abzüglich Kostenanteil für Gebührenbefreiungen	
-	evtl. abzüglich Kostenanteil für Eigenverbrauch der Stadt	
-	abz.Einnahmen und Kostenerstattungen (z.B. Beiträge, Zuschüsse, Spenden Dritter)	
=	Gebührenfähige Gesamtkosten	192.046,46

Sofern Baukosten bekannt waren, hat sich die Zugrundelegung eines Promillesatzes als Wertgebühr als praktikabel erwiesen.

Kalkulation

Berechnung Promille-Satz Wertgebühr/Berechnung Grundlage Wertgebühr	
Kalkulierte Einnahmen (Gebührentatbestände außer Bauvorbescheide mit Baukosten):	121.403,12 €
Über Wertgebühr auf Bauvorbescheide zu verteilen:	70.643,34 €
Promille-Satz Bauvorbescheide (Baukosten 3.500.000 €)	0,02018

Lfd.Nr. 4.5.1 Bauvorbescheid, wenn der Gebührenberechnung Baukosten zugrundegelegt werden können				
Berechnung:	70.643,34 € /	3.500.000,00 €	=	0,020183811
2024 gab es nur 4 Bauvorhaben, bei denen Baukosten zugrunde gelegt werden konnten, das ist für eine Änderung des Promille-Satzes nicht aussagekräftig genug. Der Promille-Satz von 4,0 v.T. soll beibehalten werden.				
Gebührenvorschlag:	4,0 v.T. der Baukosten, Mindestgebühr 420,04 €			
Mindestgebühr = 4 Std. à 105,02 € = 420,08 €				

Lfd.Nr. 4.5.2 Bauvorbescheid, wenn der Gebührenberechnung Baukosten nicht zugrundegelegt werden können						
	Verwaltungsaufwand Std.		Stundensatz €		Kosten €	Gebührenvorschlag €
Untergrenze	4,00	x	105,02	=	420,08	420,08
Obergrenze	80,00	x	105,02	=	8.401,60	8.401,60

Lfd.Nr. 4.5.3 "unechter Bauvorbescheid" bei verfahrensfreien Vorhaben (§ 50 Abs. 5 Satz 2 LBO)						
	Verwaltungsaufwand Std.		Stundensatz €		Kosten €	Gebührenvorschlag €
Untergrenze	3,00	x	105,02	=	315,06	315,06
Obergrenze	80,00	x	105,02	=	8.401,60	8.401,60

Lfd.Nr. 4.5.4 Verlängerung der Geltungsdauer eines Bauvobescheids (pro Bescheid)						
	Verwaltungsaufwand Std.		Stundensatz €		Kosten €	Gebühren- vorschlag €
Untergrenze	3,00	x	105,02	=	315,06	315,06
Obergrenze	40,00	x	105,02	=	4.200,80	4.200,80

Lfd. Nr. 4.5.5 Rücknahme eines unvollständigen Antrags oder Zurückweisung wegen Unvollständigkeit						
	Verwaltungsaufwand		Stundensatz €		Kosten €	Gebühren- vorschlag €
	3,00	x	105,02	=	315,06	315,06

Gegenrechnung

Bezeichnung	Einnahmen auf der Grundlage der neuen Gebühren	Anzahl 2024
4.5.1 BV mit Baukosten (BK 3.500.000 € / 4,0 v.T)	14.000,00 €	4
4.5.2 BV ohne Baukosten (30 Std./Fall)	81.915,60 €	26
4.5.3 unechter BV (3 Std./Fall)	0,00 €	0
4.7.2 Ausn.Abw.Befreiungen für BV (40 Std./Fall)	16.803,20 €	4
4.5.4 Verlängerung BV (3 Std./Fall)	2.835,54 €	9
4.5.5 Rücknahme/ Zurückw.Unvollst. (3 Std./Fall)	5.671,08 €	18
Ablehnung (15 Std/Fall)	14.177,70 €	9
Summe	135.403,12 €	70

Kostendeckungsgrad: 70,51%

Der Stundensatz des Baurechtsamtes beträgt: 105,02 €

Lfd. Nr. 4.7: Abweichungen, Ausnahmen und Befreiungen von baurechtlichen Vorschriften und Festsetzungen eines Bebauungsplans		
Bezeichnung		Betrag in €
	Hochgerechnete Personalkosten 2026/27	28.674,14
+	Sachkosten	
+	Abschreibungen (ohne Abschreibungen, die bereits in den Gebäudekosten enthalten sind)	19,37
+	Gemeinkosten des Amtes einschl. Gebäudekosten IMF (= Umlagen)	2.776,13
+	Service-, Steuerungs- und Unterstützungsleistungen (ohne Anteil Verwaltungsvollstreckung)	8.067,26
=	Gesamtkosten	39.536,90
-	abzüglich nicht gebührenfähige Kosten (z.B. Amtshilfe, Äußerungen, Verwaltungsvollstreckung - s.o.)	-50,46
-	abzüglich Kostenanteil für Gebührenbefreiungen	-660,56
-	evtl. abzüglich Kostenanteil für Eigenverbrauch der Stadt	-660,56
-	abzüglich Einnahmen und Kostenerstattungen (z.B. Beiträge, Zuschüsse, Spenden Dritter)	
=	Gebührenfähige Gesamtkosten	38.165,33

Kalkulation

Lfd.Nr. 4.7.1 Bearbeitung eines eigenständigen Verfahrens bei ansonsten verfahrensfreien Vorhaben						
	Verwaltungsaufwand Std.		Stundensatz €		Kosten €	Gebührenvorschlag €
	3,00	x	105,02	=	315,06	315,06

Lfd.Nr. 4.7.2 je Abweichung / Ausnahme / Befreiung						
	Verwaltungsaufwand Std.		Stundensatz €		Kosten €	Gebührenvorschlag €*
Untergrenze	1,00	x	105,02	=	105,02	105,02
Obergrenze	40,00	x	105,02	=	4.200,80	6.000,00

*Bei den Ausnahmen, Abweichungen und Befreiungen ist eine Schematisierung über eine Festgebühr nicht möglich, da die Erhebung der Gebühren je nach Tatbestand unter Berücksichtigung verschiedener wirtschaftlicher Faktoren (wie z.B. Verkehrswerten, Jahresrohmieten) und Aufwand erfolgt. Wie in der Vergleichsrechnung aufgeführt, werden die im Verwaltungszweig entstehenden Kosten durch die Rahmengebühr insgesamt nicht überschritten.

Gegenrechnung

Bezeichnung	Einnahmen auf der Grundlage der neuen Gebühren	Anzahl 2024
4.7.1 verfahrensfreie Entscheidung	7.246,38 €	23
4.7.2 je Ausnahme/Abweichung/Befreiung (Ø 2Std.)	7.561,44 €	36
SUMME	14.807,82 €	46

Kostendeckungsgrad: 38,80%

Der Stundensatz des Baurechtsamtes beträgt:

105,02 €

Lfd.Nr. 4.8: Anordnungen im Rahmen des Bauordnungsrechts

	Bezeichnung	Betrag in €
	Hochgerechnete Personalkosten 2026/27	123.379,16
+	Sachkosten	
+	Abschreibungen (ohne Abschreibungen, die bereits in Gebäudekosten enthalten sind)	89,74
+	Gemeinkosten des Amtes einschl. Gebäudekosten IMF (= Umlagen)	12.146,58
+	Service-, Steuerungs- und Steuerungsunterstützungsleistungen	36.504,87
=	Gesamtkosten	172.120,35
-	abzüglich 64,36% der Gesamtkosten für Aufwand für Bußgelder	-110.790,11
-	abzüglich nicht gebührenfähige Kosten (z.B. Amtshilfe, Äußerungen, Verwaltungsvollstreckung - s.o.)	-233,23
-	abzüglich Kostenanteil für Gebührenbefreiungen	
-	abzüglich Kosten Verwaltungsvollstreckung	
-	abz. Einnahmen und Kostenerstattungen (z.B. Beiträge, Zuschüsse, Spenden Dritter)	
=	Gebührenfähige Gesamtkosten	61.097,01

Kalkulation

Lfd.Nr. 4.8: Anordnungen im Rahmen des Bauordnungsrechts

	Verwaltungsaufwand Std.		Stundensatz €		Kosten €	Gebührenvorschlag €
Untergrenze	4,00	x	105,02	=	420,08	420,08
Obergrenze	80,00	x	105,02	=	8.401,60	8.401,60

Gegenrechnung

	Einnahmen auf der Grundlage der neuen Gebühren	Anzahl Fälle gesamt 2024	davon Bußgelder
Bauord.behördl.Maßnahm. (6 Std.Fall)	51.669,84 €	82	56
Entscheid.nach § 47 LBO (6 Std. Fall)	3.150,60 €	5	
Summe	54.820,44 €	87	56

Kostendeckungsgrad: 89,73%

Der Stundensatz des Baurechtsamtes beträgt: 105,02 €

Lfd.Nr. 4.9 Bauüberwachung, Bauabnahmen und sonstige Baukontrollen; Gebrauchsabnahmen fliegender Bauten		
Lfd.Nr. 4.9.1 Für die Bauüberwachung (§ 66 LBO) und bis zu zwei Abnahmen (§ 67 LBO)		
	Bezeichnung	Betrag in €
	Hochgerechnete Personalkosten 2026/27	62.871,94
+	Sachkosten	
+	Abschreibungen (ohne Abschreibungen, die bereits in den Gebäudekosten enthalten sind)	49,37
+	Gemeinkosten des Amtes einschl. Gebäudekosten IMF (= Umlagen)	5.158,82
+	Service-, Steuerungs- und Steuerungsunterstützungsleistungen	18.870,57
=	Gesamtkosten	86.950,70
-	abz. nicht gebührenfähige Kosten (z.B. Amtshilfe, Äußerungen, Verwaltungsvollstreckung - s.o.)	-122,65
-	abzüglich Kostenanteil für Gebührenbefreiungen	-4.461,38
-	evtl. abzüglich Kostenanteil für Eigenverbrauch der Stadt	
-	abzüglich Einnahmen und Kostenerstattungen (z.B. Beiträge, Zuschüsse, Spenden Dritter)	
=	Gebührenfähige Gesamtkosten	82.366,67

Da sich die Berechnung der Gebühr nach Promillesatz aus den Baukosten mit Erteilung der Baugenehmigung bewährt hat, soll diese Berechnung beibehalten werden. Ein Promille-Satz von 0,8 v.T ist angemessen. Im Falle, dass von der Baugenehmigung kein Gebrauch gemacht wird oder nachträglich auf die Bauabnahme verzichtet wird, soll die bereits bezahlte Gebühr auf Antrag an den Bauherrn zurück erstattet werden.

Kalkulation

Berechnung Promille-Satz Wertgebühr/Berechnung Grundlage Wertgebühr:			
Kalkulierte Einnahmen Mindestgebühr			22.054 €
Über Wertgebühr auf Bauabnahme zu verteilen			60.312,47 €
Promille-Satz Bauabnahme (Baukosten 76.987.000 €)			0,0008
Berechnung Wertgebühr:	60.312,47 €	/	67.909.000 € = 0,000888
Gebührevorschlag: 0,8 v.T. der Baukosten, Mindestgebühr 420,08 €			
Mindestgebühr = 4 Std. à 105,02 € = 420,08 €			

Gegenrechnung

Bauabnahmen	Einnahmen auf der Grundlage der neuen Gebühren	Anzahl 2024
mit Baukosten 0,8 v.T.	57.111,47 €	28
ohne Baukosten (6 Std.Fall)	22.054,20 €	35
Summe	79.165,67 €	

Kostendeckungsgrad: 96,11%

Der Stundensatz des Baurechtsamtes beträgt: 105,02 €

Lfd.Nr. 4.9 Bauüberwachung, Bauabnahmen und sonstige Baukontrollen; Gebrauchsabnahmen fliegender Bauten
Lfd.Nr. 4.9.2 Für jede weitere Bauabnahme, sonstige Bauüberwachung, Gebrauchsabnahme fliegender Bauten außerhalb von Genehmigungsverfahren

Bezeichnung	Betrag in €
Hochgerechnete Personalkosten 2026/27	10.251,82
+ Sachkosten	
+ Abschreibungen (ohne Abschreibungen, die bereits in den Gebäudekosten enthalten sind)	7,75
+ Gemeinkosten des Amtes einschl. Gebäudekosten IMF (= Umlagen)	773,15
+ Service-, Steuerungs- und Unterstützungsleistungen	2.884,66
= Gesamtkosten	13.917,38
- abzüglich nicht gebührenfähige Kosten (z.B. Amtshilfe, Äußerungen, Verwaltungsvollstreckung - s.o.)	-18,39
- abzüglich Kostenanteil für Aufträge für das AfÖ (z.B. Fluchtwege bei Veranstaltungen)	-3.374,01
- evtl. abzüglich Kostenanteil für Eigenverbrauch der Stadt	
- abzüglich Einnahmen und Kostenerstattungen (z.B. Beiträge, Zuschüsse, Spenden Dritter)	
= Gebührenfähige Gesamtkosten	10.524,98

Kalkulation

Lfd.Nr. 4.9.2 Für jede weitere Bauabnahme, sonstige Bauüberwachung, Gebrauchsabnahme fliegender Bauten außerhalb von Genehmigungsverfahren						
	Verwaltungsaufwand Std.		Stundensatz €		Kosten €	Gebührenvorschlag €
Untergrenze	1,00	x	105,02	=	105,02	105,02
Obergrenze	75,00	x	105,02	=	7.876,50	7.876,50

Gegenrechnung

	Einnahmen auf der Grundlage der neuen Gebühren	Anzahl 2024
4.9.2 Gebrauchsabnahmen (3 Std./ Fall)	1.890,36 €	6
4.9.2 Abnahme Fliegender Bauten (1 Std./ Fall)	7.246,38 €	69
Summe	9.136,74 €	75

Kostendeckungsgrad: 86,81%

Der Stundensatz des Baurechtsamtes beträgt: 105,02 €

Lfd.Nr. 4.10 Brandverhütungsschau vor Ort einschließlich Vor- und Nachbereitung; Nachschau und weitere Verfahrensschritte

Bezeichnung		Betrag in €
	Hochgerechnete Personalkosten 2026/27	50.299,57
+	Sachkosten	
+	Abschreibungen (ohne Abschreibungen, die bereits in den Gebäudekosten enthalten sind)	37,04
+	Gemeinkosten des Amtes einschl. Gebäudekosten IMF (= Umlagen)	5.233,36
+	Service-, Steuerungs- und Steuerungsunterstützungsleistungen	15.010,99
=	Gesamtkosten	70.580,96
-	abzüglich nicht gebührenfähige Kosten (z.B. Amtshilfe, Äußerungen, Verwaltungsvollstreckung - s.o.)	-93,34
-	abzüglich Kostenanteil für Gebührenbefreiungen	
-	evtl. abzüglich Kostenanteil für Eigenverbrauch der Stadt	-45.013,59
-	abzüglich Einnahmen und Kostenerstattungen (z.B. Beiträge, Zuschüsse, Spenden Dritter)	
=	Gebührenfähige Gesamtkosten	25.474,03

Kalkulation

Lfd.Nr. 4.10 Brandverhütungsschau vor Ort einschließlich Vor- und Nachbereitung; Nachschau und weitere Verfahrensschritte

	Verwaltungsaufwand Std.		Stundensatz €		Kosten €	Gebührenvorschlag €
Untergrenze	3,00	x	105,02	=	315,06	315,06
Obergrenze	40,00	x	105,02	=	4.200,80	4.200,80

Gegenrechnung

	Einnahmen auf der Grundlage der neuen Gebühren	Stunden 2024	Fälle 2024
Brandverhütung	10.186,94 €	324,75	97

Kostendeckungsgrad 39,99%

Der Stundensatz des Baurechtsamtes beträgt: 105,02 €

Lfd.Nr. 4.11 Schornsteinfegerwesen

Bezeichnung		Betrag in €
	Hochgerechnete Personalkosten 2026/27	31.730,26
+	Sachkosten	
+	Abschreibungen (ohne Abschreibungen, die bereits in den Gebäudekosten enthalten sind)	20,79
+	Gemeinkosten des Amtes einschl. Gebäudekosten IMF (= Umlagen)	3.172,59
+	Service-, Steuerungs- und Steuerungsunterstützungsleistungen	9.190,97
=	Gesamtkosten	44.114,61
-	abzüglich nicht gebührenfähige Kosten (z.B. Amtshilfe, Äußerungen, Verwaltungsvollstreckung - s.o.)	-55,95
-	abzüglich Kostenanteil für Gebührenbefreiungen	
-	evtl. abzüglich Kostenanteil für Eigenverbrauch der Stadt	
-	abz.Einnahmen und Kostenerstattungen (z.B.Beiträge, Zuschüsse, Spenden Dritter)	
=	Gebührenfähige Gesamtkosten	44.058,66

Kalkulation

Lfd.Nr. 4.11.1 Bestellung als bevollmächtigter Bezirksschornsteinfeger nach § 10 SchfHwG					
Verwaltungsaufwand Std.		Stundensatz €		Kosten €	Gebührenvorschlag €
7,00	x	105,02	=	735,14	735,14

Lfd.Nr. 4.11.2 Wiederbestellung als bevollmächtigter Bezirksschornsteinfeger nach § 10 SchfHwG					
Verwaltungsaufwand Std.		Stundensatz €		Kosten €	Gebührenvorschlag €
3,00	x	105,02	=	315,06	315,06

Lfd.Nr. 4.11.3 Aufhebung der Bestellung nach § 12 SchfHwG					
Verwaltungsaufwand Std.		Stundensatz €		Kosten €	Gebührenvorschlag €
3,00	x	105,02	=	315,06	315,06

Lfd.Nr. 4.11.4 Einziehung der Gebühr nach § 20 Abs. 1 SchfHwG					
Verwaltungsaufwand Std.		Stundensatz €		Kosten €	Gebührenvorschlag €
2,50	x	105,02	=	262,55	262,55

Lfd.Nr. 4.11.5 Zweitbescheid nach § 25 Abs. 2 SchfHwG					
Verwaltungsaufwand Std.		Stundensatz €		Kosten €	Gebührenvorschlag €
3,00	x	105,02	=	315,06	315,06

Lfd.Nr. 4.11.6 Mängelbeseitigung nach § 5 SchfHwG i.V.m.§ 47 LBO					
Verwaltungsaufwand	Std.		Stundensatz €	Kosten €	Gebührenvorschlag €
Untergrenze	3,00	x	105,02	= 315,06	315,06
Obergrenze	10,00	x	105,02	= 1.050,20	1.050,20

Gegenrechnung

Einnahmen auf der Grundlage der neuen Gebühren			Anzahl 2024
4.11.1 Bestellung BezSchfeger § 10 SchfHwG	735,14 €	0,00 €	0
4.11.2 Wiederbestellung BezSchfeger § 10 SchfHwG	315,06 €	0,00 €	0
4.11.3 Aufhebung Bestellung BezSchfeger §12 SchfHwG	315,06 €	0,00 €	0
4.11.4 Einziehung Gebühr § 20 (1) SchfHwG	262,55 €	787,65 €	3
4.11.5 Zweitbescheid § 25 (2) SchfHwG	315,06 €	8.191,56 €	26
4.11.6 Mängelbeseitigung § 5 SchfHwG i.V.m.§ 47 LBO (5 Std. Fall)	525,10 €	24.679,70 €	47
Summe		33.658,91 €	76

Kostendeckungsgrad: 76,40%

Die Anhörung bei vom BezSchf festgestellten Mängeln und bei Zweitbescheid erfolgt aus rechtlichen Gründen gebührenfrei.

Eine Vielzahl der Verfahren erledigt sich nach der Anhörung ohne gebührenpflichtigen Bescheid. Regelmäßig fallen einfache Anfragen oder Beschwerden über Schornsteinfeger an, für deren Bearbeitung keine Gebühren erhoben werden können.

Für die jährlich stattfindende Dienstbesprechung sowie weitere Besprechungen mit den Schornsteinfegern und Kkehrbuchüberprüfungen gemäß § 19 SchfHwG kann keine Gebühr erhoben werden.

Außerdem waren Duldungsverfügungen gemäß § 1 Abs. 3 SchfHwG und Androhungen sowie Festsetzungen von Zwangsmitteln nach LVwVG notwendig.

Der Stundensatz des Baurechtsamtes beträgt: 105,02 €

Lfd.Nr. 4.12 Denkmalschutz	
Lfd.Nr. 4.12.1 Erteilung Bescheinigung nach §§ 7i, 10f, 10g, 11b EStG	
Bezeichnung	Betrag in Euro
Hochgerechnete Personalkosten 2026/27	38.111,36
+ Sachkosten	
+ Abschreibungen (ohne Abschreibungen, die bereits in den Gebäudekosten enthalten sind)	25,29
+ Gemeinkosten des Amtes einschl. Gebäudekosten IMF (= Umlagen)	3.658,92
+ Service-, Steuerungs- und Steuerungsunterstützungsleistungen	10.961,63
= Gesamtkosten	52.757,19
- abzüglich nicht gebührenfähige Kosten (z.B. Amtshilfe, Äußerungen, Verwaltungsvollstreckung - s.o.)	-67,78
- abzüglich Kostenanteil für Gebührenbefreiungen	
- evtl. abzüglich Kostenanteil für Eigenverbrauch der Stadt	
- abzüglich Einnahmen und Kostenerstattungen (z.B. Beiträge, Zuschüsse, Spenden Dritter)	
= Zwischensumme	52.689,41
abzüglich 72,50%-Anteil öffentliches Interesse	38.199,82
= Gebührenfähige Gesamtkosten	14.489,59
Der Erhalt von Kulturdenkmälern liegt im öffentlichen Interesse. Aus diesem Grund ist eine Geltendmachung des vollen behördlichen Aufwands im Rahmen der Gebühren gegenüber der Eigentümerseite bei denkmalrechtlichen Entscheidungen unbillig. Eine Reduzierung um 72,50 % erscheint hier angemessen.	

Kalkulation

Lfd.Nr. 4.12.1 Erteilung einer Bescheinigung nach §§ 7i, 10f, 10g, 11b Einkommensteuergesetz zur Inanspruchnahme einer Steuerbegünstigung zu Herstellungs- und Anschaffungskosten sowie zur Absetzung von Erhaltungsaufwand bei Baudenkmalen		
Lfd.Nr. bei bescheinigten Aufwendungen	Verwaltungsaufwand	Gebührenvorschlag €
4.12.1.1 bis 2.500 €	Faktor 1*	120,00
4.12.1.2 bis 25.000 €	Faktor 2*	240,00
4.12.1.3 bis 50.000 €	Faktor 3*	360,00
4.12.1.4 bis 250.000 €	Faktor 4*	480,00
4.12.1.5 bis 500.000 €	Faktor 8*	960,00
4.12.1.6 je weitere 500.000 €	Faktor 2*	240,00

* Faktor 1 = Gesamtkosten/gewichtete Fallzahl gesamt; Faktor 2 = Faktor 1*2 etc.

Erläuterung: Der Faktor entspricht dem Verwaltungsaufwand zzgl. des wirtschaftlichen Vorteils.

Gegenrechnung

Lfd.Nr.	Einnahmen auf Grundlage der neuen Gebühren	Anzahl 2024	gewichtete Fallzahlen
4.12.1.1 bis 2.500 €	480 €	4	4
4.12.1.2 bis 25.000 €	3.120 €	13	26
4.12.1.3 bis 50.000 €	1.800 €	5	15
4.12.1.4 bis 250.000 €	4.800 €	10	40
4.12.1.5 bis 500.000 €	3.840 €	4	32
4.12.1.6 je weitere 500.000 €	240 €	1	2
Summe	14.280 €	37	119

Kostendeckungsgrad: 27,10%

Der Stundensatz des Baurechtsamtes beträgt: 105,02 €

Lfd.Nr. 4.12 Denkmalschutz
Lfd.Nr. 4.12.2 Denkmalschutzrechtliche Entscheidung

Bezeichnung	Betrag in €
Hochgerechnete Personalkosten 2026/27	71.486,97
+ Sachkosten	
+ Abschreibungen (ohne Abschreibungen, die bereits in den Gebäudekosten enthalten sind)	47,43
+ Gemeinkosten des Amtes einschl. Gebäudekosten IMF (= Umlagen)	6.863,18
+ Service-, Steuerungs- und Steuerungsunterstützungsleistungen	20.561,15
= Gesamtkosten	98.958,74
- abzüglich nicht gebührenfähige Kosten (z.B. Amtshilfe, Äußerungen, Verwaltungsvollstreckung - s.o.)	-127,13
- abzüglich Kostenanteil für Gebührenbefreiungen	
- evtl. abzüglich Kostenanteil für Eigenverbrauch der Stadt	
- abzüglich Einnahmen und Kostenerstattungen (z.B. Beiträge, Zuschüsse, Spenden Dritter)	
= Gebührenfähige Gesamtkosten	94.797,51

Kalkulation

Der Erhalt von Kulturdenkmalen liegt im öffentlichen Interesse. Aus diesem Grund ist eine Geltendmachung des vollen behördlichen Aufwands im Rahmen der Gebühren gegenüber der Eigentümerseite bei denkmalrechtlichen Entscheidungen unbillig. Eine Reduzierung um 50 % erscheint hier angemessen.

Stundensatz BRA 105,02 € abzüglich 50% öffentliches Interesse: 52,50 €

Lfd.Nr. 4.12.2 Denkmalschutzrechtliche Entscheidung						
	Verwaltungsaufwand Std.		Stundensatz €		Kosten €	Gebührenvorschlag €
Untergrenze	3,0	x	52,50	=	157,50	157,50
Obergrenze	80	x	52,50	=	4.200,00	4.200,00

Lfd.Nr. 4.12.3 Rücknahme eines unvollständigen Antrags oder Zurückweisung wegen Unvollständigkeit						
	Verwaltungsaufwand Std.		Stundensatz €		Kosten €	Gebührenvorschlag €
	1,5	x	52,50	=	78,75	78,75

Lfd.Nr. 4.12.4 Denkmalrechtliche Genehmigung von Balkonsolaranlagen						
	Verwaltungsaufwand Std.		Stundensatz €		Kosten €	Gebührenvorschlag €
Pauschalbetrag pro Balkonsolaranlage	2,0	x	52,50	=	105,00	50,00

Gegenrechnung

	Einnahmen auf Grundlage der neuen Gebühren	Anzahl Fälle
Denkmalschutzrechtliche Entscheidungen (6 Std./Fall)	30.240,00 €	96

Kostendeckungsgrad: 31,90%

Lfd.Nr.	Text	Gesamtkosten	kalkulierte Einnahmen	Kostendeckungsgrad
	Baurecht			
4.2	Abgeschlossenheitsbescheinigung	41.320,98	25.677,39	62,14%
4.3	Kenntnisgabeverfahren	8.387,84	7.141,36	85,14%
4.4, 4.6	Baugenehmigung	3.963.997,55	3.440.434,82	86,79%
3.5	Bauvorbescheid	192.046,46	135.403,12	70,51%
4.7	AAB-Anträge	38.165,33	14.807,82	38,80%
4.8	bauordnungsbeh. Maßnahmen	61.097,01	54.820,44	89,73%
4.9.1	Bauabnahmen	82.366,67	79.165,67	96,11%
4.9.2	Gebrauchsabnahmen	10.524,98	9.136,74	86,81%
	Summe	4.397.906,82	3.766.587,35	85,65%
	Bauüberwachung			
4.10	Brandverhütungsschau	25.474,03	10.186,94	39,99%
4.11	Schornsteinfegerwesen	44.058,66	33.658,91	76,40%
	Summe	69.532,69	43.845,85	63,06%
	Denkmalschutz			
4.12.1	Steuerbescheinigung Denkmalschutz	52.689,41	14.280,00	27,10%
4.12.2	Denkmalschutzrechtl. Entscheidung	94.797,51	30.240,00	31,90%
	Summe	147.486,92	44.520,00	30,19%
	Selbstverwaltungsangelegenheiten			
5.1	Zweckentfremdung von Wohnraum	424.772,43	14.755,31	3,47%
5.2, 5.3	Auskünfte, Elektronischer Versand	150.959,64	9.222,50	6,11%
5.4	Milieuschutz	198.341,34	9.084,23	4,58%
	Summe	575.732,07	33.062,04	5,74%

Promille-Sätze

Baukosten Baugenehmigungsverfahren	von 7,0 v.T. belassen
Baukosten Vereinf. Verfahren	von 5,0 v.T. auf 4,6 v.T. gesenkt
Baukosten Genehmigungsfiktion	auf 3,5 v.T. festgelegt
Baukosten Zustimmungsverfahren	bei 5,0 v.T. belassen
Baukosten Bauvorbescheid	bei 4,0 v.T. belassen
Baukosten Bauabnahmen	von 1,1 v.T. auf 0,8 v.T. gesenkt

Erläuterungstext

Unter der Voraussetzung, dass sich die Fallzahlen und Baukosten gegenüber 2024 wie prognostiziert entwickeln, werden die im Doppelhaushalt 2026/2027 geplanten Einnahmen im Verwaltungszweig Baurecht erreicht.

Gebührenkalkulation Forstamt								
Gebührenverzeichnis Anlage 3 zur Satzung								
Stundensatz des Forstamts = 109,37 €								
Lfd. Nr.	5					Gebührenrahmen		
5.1	Forstverwaltung - Landeswaldgesetz							
		Std. Satz €	Aufwand einfach (Std.)	Aufwand schwierig (Std.)	einfach	schwierig	Gebühren- vorschlag in €	Kosten- deckungs- grad %
5.1.1	Genehmigung zur Beseitigung eines Baumbestandes für betriebliche Einrichtungen (§ 9 Abs. 7 LWaldG)	109,37	0,75	2	82,03 €	218,74 €	82,00 - 218,00	99,96 - 99,66
5.1.2	Genehmigung von Kahlhiebsen > 1 ha (§ 15 Abs. 3 LWaldG)	109,37	1	4	109,37 €	437,48 €	109,00 - 437,00	99,66 - 99,90
5.1.3	Genehmigung der Nutzung hiebsunreifer Bestände (§ 16 Abs. 1 u. 3 LWaldG)	109,37	1	4	109,37 €	437,48 €	109,00 - 437,00	99,66 - 99,90
5.1.4	Verlängerung der Wiederaufforstungsfrist (§ 17 Abs. 1 und 3 LWaldG)	109,37	0,5	4	54,69 €	437,48 €	54,00 - 437,00	98,74 - 99,90
5.1.5	Genehmigung zur Teilung von Waldgrundstücken (§ 24 Abs. 1 LWaldG)	109,37	0,75	4	82,03 €	437,48 €	82,00 - 437,00	99,96 - 99,90
5.1.6	Bescheinigung über die Nichtausübung des Vorkaufsrechts (Negativattest) gem. § 25 LWaldG	109,37	0,75	4	82,03 €	437,48 €	82,00 - 437,00	99,96 - 99,90
5.1.7	Verpflichtung zur Duldung der Anlage eines Weges (§ 28 Abs. 1 LWaldG)	109,37	0,75	6	82,03 €	656,22 €	82,00 - 656,00	99,96 - 99,97
5.1.8	Genehmigung zur Errichtung oder Erweiterung eines Geheges im Wald (§ 34 Abs. 1 LWaldG)	109,37	0,75	14	82,03 €	1.531,18 €	82,00 - 1.531,00	99,96 - 99,99
5.1.9	Genehmigung organisierter Veranstaltungen (§ 37 Abs. 2 LWaldG)	109,37	0,25	10	27,34 €	1.093,70 €	27,00 - 1.093,00	98,76 - 99,94
5.1.10	Genehmigung zur Kennzeichnung neuer Wanderwege (§ 37 Abs. 5 LWaldG)	109,37	0,75	4	82,03 €	437,48 €	82,00 - 437,00	99,96 - 99,90
5.1.11	Anordnung der Beseitigung eines Zaunes (§ 37 Abs. 7 LWaldG)	109,37	0,5	5	54,69 €	546,85 €	54,00 - 546,00	98,74 - 99,95
5.1.12	Genehmigung der Sperrung von Wald (§ 38 Abs. 1 u. 2 LWaldG)	109,37	0,5	5	54,69 €	546,85 €	54,00 - 546,00	98,74 - 99,95
5.1.13	Genehmigung organisierter Veranstaltungen zum Sammeln der in § 40 LWaldG genannten Walderzeugnisse	109,37	0,5	4	54,69 €	437,48 €	54,00 - 437,00	98,74 - 99,90
5.1.14	Genehmigung zum Anzünden von Feuer, zur Verwendung von offenem Licht, zum flächenweisen Abbrennen von Bodendecken, Pflanzen oder Pflanzenresten, für Anlagen, die mit der Errichtung oder dem Betrieb einer Feuerstätte verbunden sind, im Abstand von weniger als 100 m vom Wald (§ 41 Abs. 1 LWaldG)	109,37	0,5	4	54,69 €	437,48 €	54,00 - 437,00	98,74 - 99,90
5.1.15	Forstaufsichtliche Anordnungen (§ 68 Abs. 1 LWaldG)	109,37	0,5	8	54,69 €	874,96 €	54,00 - 874,00	98,74 - 99,90
5.1.16	Verpflichtung von Privatforstbediensteten als Forstschutzbeauftragte (§ 80 Abs. 1 u. 2 LWaldG)	109,37	0,25	4	27,34 €	437,48 €	27,00 - 437,00	98,76 - 99,90
5.1.17	sonstige Aufgaben der unteren Forstbehörde	109,37	0,25	10	27,34 €	1.093,70 €	27,00 - 1.093,00	98,76 - 99,94

Lfd.Nr. 5.2	Kreisjagdamt
Lfd.Nr. 5.2.1	Jagdscheine

	Bezeichnung	Betrag in Euro
	Hochgerechnete Personalkosten 2026/2027	34.056,88
+	Sachkosten	2.553,29
+	Abschreibungen	658,31
+	Gemeinkosten des Amtes einschl. Gebäudekosten IMF (= Umlagen)	5.003,74
+	Service-, Steuerungs- und Unterstützungsleistungen	7.629,15
=	Gesamtkosten	49.901,37
-	abzüglich nicht gebührenfähige Kosten z.B.: Amtshilfe, Äußerungen, Verwaltungsvollstreckung	-11,18
-	abzüglich Kostenanteil für Gebührenbefreiungen	-11.976,33
-	abzüglich Kostenanteil für Eigenverbrauch der Stadt	0,00
-	abzüglich Einnahmen, Zuschüsse und Kostenerstattungen	0,00
=	Gebührenfähige Gesamtkosten	37.913,87

Gesamtkosten	Anzahl der Fälle	Kosten pro Fall	Kostendeckung
37.913,87	254	149,27	85,32%

	Verhältnis- zahl (Nutzen- vorteil)	Anzahl ausgestellte kostenpflich- tige Jagdscheine	Recheneinheit (Verhältniszahl x Anzahl Jagdscheine)	relativierte Kosten €	Kosten pro Jagdschein (relativierte Kosten / Anzahl ausgestellte)	Gebühren- vorschlag €	*Jagd- abgabe €	Summe €
Dreijahresjagdschein	2	211	422	34.668,80	164,31	140,00	150,00	290,00
Einjahresjagdschein	1	36	36	2.957,53	82,15	70,00	50,00	120,00
Tagesjagdschein / Jugendjagdschein	0,5	7	3,5	287,54	41,08	41,00	25,00	66,00
Zweitfertigung	0,5	0	0	0,00		41,00	0,00	41,00
Summe		254	461,5	37.913,87		32.347,00		

*Die Jagdabgabe wird als durchlaufender Posten mit den Gebühren für den Jagdschein für das Land Baden-Württemberg erhoben.

Lfd.Nr. 5.2 Kreisjagdamt			
Lfd.Nr. 5.2.1 Jagdscheine			
	Bezeichnung	Gebührenvorschlag in €	
Lfd.Nr.			
5.2.1.1	Einjahresjagdschein	70,00 zzgl. Jagdabgabe	
5.2.1.2	Dreijahresjagdschein	140,00 zzgl. Jagdabgabe	
5.2.1.3	Tagesjagdschein	41,00 zzgl. Jagdabgabe	
5.2.1.4	Jugendjagdschein	41,00 zzgl. Jagdabgabe	
5.2.1.5	Zweitfertigung Jagdschein	41,00	
Anmerkung zu lfd. Nrn. 5.2.1.1 und 5.2.1.2: Die Gebühr für den Jahresjagdschein und Dreijahresjagdschein ist unabhängig vom Zeitpunkt der Ausstellung in voller Höhe zu entrichten.			
5.2.1.6	Von der Entrichtung der Jagdscheingebühr sind befreit		
5.2.1.6.1	Kommunale und staatliche Forstbedienstete, soweit Jagd zu den Dienstaufgaben zählt, und Personen, die sich in einer forstlichen Ausbildung befinden (Bescheinigung des Dienstherrn ist erforderlich)		gebührenfrei
5.2.1.6.2	Privatforstbeamte und forstliche Angestellte, die jagdliche Aufgaben erfüllen		gebührenfrei
5.2.1.6.3	Wildtierschützer nach § 48 JWMG, die ihre Tätigkeit hauptberuflich ausüben und ihren Lebensunterhalt für sich und ihre Angehörigen überwiegend aus den Einkünften dieser Tätigkeit bestreiten, und Personen, die sich in der für Berufsjäger vorgeschriebenen Berufsausbildung befinden		gebührenfrei

	Std.Satz €	Aufwand einfach (Std.)	Aufwand schwierig (Std.)	einfach	schwierig	Gebührenvorschlag in €
Lfd.Nr.						
5.2.1.7 Versagung Jagd-schein (§ 17 BJagdG)	109,37	0,5	4	54,69 €	437,48 €	54,00 - 437,00
5.2.1.8 Einziehung Jagd-schein (§ 18 BJagdG)	109,37	0,5	8	54,69 €	874,96 €	54,00 - 874,00

Ansprechperson beim Forstamt: Herr Henfler, Tel. 6221

Lfd.Nr. 5.2.2 Jagd								
		Std.Satz €	Aufwand einfach (Std.)	Aufwand schwierig (Std.)	einfach	schwierig	Gebühren- vorschlag in €	Kostendeckungsgrad %
5.2.2.1	Fallensachkundenachweis (§ 32 Abs. 4 JWMG, § 7 DVO JWMG)	109,37	1		109,37 €	- €	109,00	99,66
5.2.2.2	Genehmigung zur Jagdausübung im befriedeten Bezirk (§ 13 Abs. 4 JWMG)	109,37	0,5	2	54,69 €	218,74 €	54,00 - 218,00	98,74 - 99,66
5.2.2.3	Anerkennung als Wildtierschützer*in (§ 48 Abs. 2 JWMG)	109,37	1		109,37 €	- €	109,00	99,66
5.2.2.4	sonstige Aufgabe der unteren Jagdbehörde	109,37	0,25	10	27,34 €	1.093,70 €	27,00 - 1.093	98,76 - 99,94

Gebührenkalkulation Amt: Kulturamt / Zentrale Kulturverwaltung

Gebührenverzeichnis Anlage 3 zur Satzung

Lfd.Nr. 6: Ausstellung einer Bescheinigung über die Befreiung von der Umsatzsteuer gemäß
§ 4 Nr. 20 und Nr. 21 des Umsatzsteuergesetzes

Der gebührenfähige Stundensatz beträgt: 107,73 €

Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren- vorschlag €	Kosten- deckung
60,00	x	107,73	=	107,73	70,00	64,97%

Begründung:

Die Gebühr wurde zuletzt zum 01.01.2018 von 50,00 € auf 70,00 € erhöht. Im Vergleich zu den Verwaltungsgebühren anderer Behörden in Baden-Württemberg liegt sie im oberen Bereich der Gebührenerhebung und sollte daher nicht erhöht werden. Bei den Regierungspräsidien Freiburg und Stuttgart beträgt die Gebühr hierfür beispielsweise seit 2024 60,00 €, zuvor 45,00 €.

Gebührenkalkulation Standesamt						
Gebührenverzeichnis Anlage 3 zur Satzung						
Der gebührenfähige Stundensatz beträgt: 99,47 €						
Lfd.Nr. 7.1 Bestattungswesen						
Lfd.Nr. 7.1.1: Ausstellung einer Feuerbestattungserlaubnis (§ 35 Abs. 1 BestattG, § 16 BestattVO)						
Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kostendeckung
15,00	x	99,47	=	24,87	24,50	98,52%
<p>Durch das im Juni 2019 in Südbaden neu eröffnete Krematorium finden insgesamt weniger Kremierungen in Freiburg statt. Aufgrund des Anstieges der Sterbefallzahlen und der Tendenz zu mehr Feuer- statt Erdbestattungen ist aber in Freiburg durchschnittlich von gleichbleibenden Fallzahlen auszugehen, durchschnittlich 1.300. Der Zeitanteil zur Ausstellung einer Feuerbestattungserlaubnis hatte sich durch Optimierung in den Abläufen bereits bei der letzten Gebührenkalkulation verringert. Bei einem etwas gesunkenen Personalstundensatz ergeben sich eine niedrigere Gebühr und somit Mindereinnahmen in Höhe von 1.300 €.</p>						
Lfd.Nr. 7.1.2: Ausstellung eines Leichenpasses (§ 44 BestattG, § 28 BestattVO)						
Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz		Kosten	Gebühren-vorschlag €	Kostendeckung in %
20,00	x	99,47	=	33,16	33,00	99,53%
<p>Da die Zahl der Verstorbenen mit Auslandsbezug, die zur Beisetzung ins Herkunftsland überführt werden, angestiegen ist, wurde die durchschnittliche Fallzahl bei der Planung des DHH 25/26 höher errechnet als nun bei der Gebührenkalkulation. Durch einen gleichzeitigen starken Rückgang der Überführungen Verstorbener ins Ausland zur Kremation, liegt die Fallzahl niedriger, bei 250. Aufgrund des leicht gesunkenen Personalstundensatzes und verringerter Gebühr ergeben sich dadurch Mindereinnahmen in Höhe von 250,00 €.</p>						

Lfd.Nr. 7.1.3: Erlaubnis zur Urnenbeisetzung an anderen Orten (§ 33 Abs. 1, 3 BestattG, § 25 Abs. 2, 3 BestattVO)

Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
50,00	x	99,47	=	82,89	82,50	99,53%

Die Fallzahlen sind jährlich sehr unterschiedlich, lagen in den letzten 5 Jahren zwischen 15 -25. Minder- oder Mehreinnahmen lassen sich dadurch nicht berechnen.

Lfd.Nr. 7.1.4: Erlaubnis zur Ausgrabung von Leichen und Aschen z.B. für Umbettungen oder Tieferlegungen (§ 41 BestattG, § 35 BestattVO)

Die Dauer der Ruhezeit des Leichnams/der Asche bei Antragstellung ist maßgeblich für den Umfang der rechtlichen Prüfung und Gewichtung der Gründe.

Es gibt drei unterschiedlich relevante Zeiträume:

Lfd.Nr. 7.1.4.1 nach Ablauf der Ruhezeit (über 15 Jahre)

Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
50,00	x	99,47	=	82,89	82,50	99,53%

Die Fallzahlen sind insgesamt rückläufig.

Bei einer durchschnittlichen jährlichen Fallzahl von 1 Antrag in dieser Kategorie entstehen keine nennenswerten Minder- oder Mehrerträge.

Lfd.Nr. 7.1.4.2: während der Ruhezeit (nach 5 Jahren, aber vor Ablauf von 15 Jahren)

Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz		Kosten	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
95,00	x	99,47	=	157,49	157,00	99,69%

Die Fallzahlen sind rückläufig. Aufgrund der höheren Gebühr entstehen bei einer durchschnittlichen jährlichen Fallzahl von 7 Anträgen in dieser Kategorie Mehreerträge in Höhe von 521,50 €.

Lfd.Nr. 7.1.4.3: während der Ruhezeit (vor Ablauf von 5 Jahren)						
Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
170,00	x	99,47	=	281,83	281,00	99,70%
Die Fallzahlen sind rückläufig. Aufgrund der höheren Gebühr entstehen bei einer durchschnittlichen jährlichen Fallzahl von 3 Anträgen in dieser Kategorie Mehrerträge in Höhe von 595,50 €.						

Lfd.Nr. 7.1.5: Erlaubnis zur Aufbahrung von Leichen (§ 13 Abs. 2 BestattVO)						
Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
50,00	x	99,47	=	82,89	82,50	99,53%
Da es sich um sehr geringe Fallzahlen handelt, kann keine Aussage zu den Einnahmen gemacht werden.						

Lfd.Nr. 7.2: Namensänderung

	Bezeichnung	Betrag in Euro
	Hochgerechnete Personalkosten 2026/2027	49.279,47
+	Sachkosten	483,00
+	Abschreibungen	2,16
+	Gemeinkosten des Amtes einschl. Gebäudekosten IMF (= Umlagen)	7.794,10
+	Service-, Steuerungs- und	13.697,00
=	Gesamtkosten	71.255,73
-	abzüglich nicht gebührenfähige Kosten z.B.: Amtshilfe, Äußerungen, Verwaltungsvoll- streckung	-14.600,00
-	abzüglich Kostenanteil für Gebührenbefreiungen	-2.000,00
-	abzüglich Kostenanteil für Eigenverbrauch der Stadt	
-	abzüglich Einnahmen, Zuschüsse und Kosten- erstattungen	
=	Gebührenfähige Gesamtkosten	54.655,73
	erwartetes Gebührenaufkommen	17.915,20
	Kostendeckung	32,78%

Der gebührenfähige Stundensatz beträgt: 99,47 €

Lfd.Nr. 7.2.1: Änderung eines Familiennamens

Verwaltungsaufwand pro Fall	Minuten pro Fall	Gebührenfähiger Stundensatz €	Kosten €	Gebühren- vorschlag €
mindestens:	142	99,47	235,41	235,00
höchstens:	720	99,47	1.193,64	1.593,00

Lfd.Nr. 7.2.2: Änderung eines Vornamens

Verwaltungsaufwand pro Fall	Minuten pro Fall	Gebührenfähiger Stundensatz €	Kosten €	Gebühren- vorschlag €
mindestens:	120	99,47	198,94	198,00
höchstens:	360	99,47	596,82	996,00

In dem Gebührenrahmen ist die wirtschaftliche oder sonstige Bedeutung für den Gebührenschuldner berücksichtigt. Die wirtschaftliche oder sonstige Bedeutung wird durch Abstufung der Gebührenbelastung nach der finanziellen Leistungsfähigkeit (Einkommen) der Antragsteller bemessen.

Der Gebührenrahmen und der damit verbundene Kostendeckungsgrad (32,78 %) wird für angemessen erachtet, da die Gebühr für die Antragsteller nicht unverhältnismäßig sein darf (z.B. darf sie nicht zu hoch bemessen sein, dass sie davon abschreckt, die Namensänderung überhaupt zu beantragen). Bei den Antragstellern handelt es sich vorwiegend um Personen, die ihren Namen als Belastung empfinden. Durch eine Namensänderung kann hier Abhilfe geschaffen und den Betroffenen so geholfen werden. Trotz der Einführung des neuen Namensrechts zum 01.05.2025 bleibt die durchschnittliche Fallzahl bei 40 Fällen jährlich. Es können weniger angestrebte Namensänderungen über eine Erklärung nach dem BGB erreicht werden, als erwartet.

Mit einer durchschnittlichen Bearbeitungszeit von vier Stunden gerechnet, werden aufgrund des leicht verringerten gebf. Stundensatzes und des veränderten Gebührenrahmens Erträge i.H.v. 17.915,20 € erwartet, so dass von Mehrerträgen i.H.v. 3.615,20 € ausgegangen wird (Planansatz: 14.300 €).

Lfd.Nr. 7.2.3: Nachträglich ausgefertigte Abschrift einer Namensänderungsurkunde

Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kostendeckung
15,00	x	99,47	=	24,87	24,50	98,52%

Aufgrund der geringen Fallzahlen werden keine nennenswerten Mehreinnahmen erzielt.

Lfd.Nr. 7.3: Personenstandsangelegenheiten

In Personenstandsangelegenheiten werden ansonsten Gebühren nach der Verordnung des Innenministeriums zur Durchführung des Personenstandsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung erhoben.

Gebührenkalkulation Standesamt Freiburg-Ebnet

Gebührenverzeichnis Anlage 3 zur Satzung

Lfd.Nr. 8: Trauung Schloss Ebnet: Gartensaal, Fläche vor Freitreppe oder Steinkreis

Der gebührenfähige Stundensatz beträgt: 103,41 €

Verwaltungsaufwand*	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebühren-fähiger Stundensatz €	Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckungs-grad
Dauer der Tätigkeit:	60	x	103,41	103,41	413,00	99,90%
Benzin für Fahrt zum Schloss:				10,00		
Miete Trauort				300,00		
Summe				413,41		

*Aufwand:

Fahrzeit der/des Standesbeamten*in vom Rathaus zum Schloss.

Die Öffnung des Gartensaals erfolgt 15 Minuten vor der Zeremonie. Nach der Zeremonie darf die Hochzeitsgesellschaft noch 30 Minuten im Bereich des Schlosses verweilen. In dieser Zeit hat die/der Standesbeamte*in das Hausrecht und muss anwesend sein.

Gebührenkalkulation Standesamt Freiburg-Hochdorf						
Gebührenverzeichnis Anlage 3 zur Satzung						
Der gebührenfähige Stundensatz beträgt: 78,21 €						
Lfd.Nr. 9: Trauung im Kastaniengarten						
Lfd.Nr. 9.1: Trauung im Kastaniengarten (Grundbetrag)						
Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz in €		Kosten	Gebühren- vorschlag in €	Kosten- deckung
45	x	78,21	=	58,66	58,66	100,00%
Lfd.Nr. 9.2 Aufbau Mikrofonanlage						
Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz in €		Kosten	Gebühren- vorschlag in €	Kosten- deckung
10	x	78,21 €	=	13,04	13,04	100,00%
Lfd.Nr. 9.2: Längere Verweildauer im Garten pro angefangene 10 Min.						
Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz in €		Kosten	Gebühren- vorschlag in €	Kosten- deckung
10	x	78,21 €	=	13,04	13,04	100,00%

Aufwand:

Standesbeamte*in: Zusätzlicher Zeitaufwand für die Info an die Nachbarn und die Beaufsichtigung des Herrichtens des Kastaniengarten durch das Brautpaar oder ihre Beauftragten.

Bei größeren Gesellschaften ab 20 Personen ist die Nutzung einer Mikrofonanlage notwendig.

Auf Wunsch kann der Garten zusätzlich maximal 30 Minuten für Musikbeiträge, Sektempfang oder ähnliches genutzt werden. Eine Folgetrauung kann dann erst später erfolgen. Die/der Standesbeamte*in kann sich in dieser Zeit keinen anderen Aufgaben widmen.

Ansprechperson bei der OV Hochdorf: Frau Berger, Tel. 07665/94739-13

Gebührenkalkulation Standesamt Freiburg-Lehen						
Gebührenverzeichnis Anlage 3 zur Satzung						
Lfd.Nr. 10: Trauung im Lehener Türmle						
Der gebührenfähige Stundensatz beträgt: 115,25 €						
Verwaltungsaufwand/ Kosten	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €	Kosten €	Gebührenvorschlag €	Kostendeckungs- grad
Dauer der Tätigkeit:	20	x	115,25	38,42	238,00	99,83%
Miete "Lehener Türmle"				200,00		
Summe				238,42		
Aufwand: Standesbeamte*in: zusätzliche Fahrzeit 20 Minuten						

Gebührenkalkulation Standesamt Freiburg-Munzingen

Gebührenverzeichnis Anlage 3 zur Satzung

Lfd.Nr. 10: Trauung auf der Freifläche auf dem Wasserhochbehälter

Der gebührenfähige Stundensatz Verwaltung beträgt: 78,23 €

Der gebührenfähige Stundensatz Techn. Bereich beträgt: 64,91 €

Verwaltungsaufwand	Dauer der Tätigkeit Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €	Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kostendeckungs-grad
Dauer der Tätigkeit Verwaltung*:	15	x	78,23	19,56		
Dauer der Tätigkeit Techn.Bereich**:	45	x	64,91	48,68		
Summe				68,24	68,00	99,65%

Aufwand:

*Standesbeamte*in: zusätzliche Fahrzeit 15 Minuten

**Technischer Mitarbeiter: zusätzliche Fahrzeit und zusätzliches Mähen der Wiese 45 Minuten

Gebührenkalkulation Standesamt Freiburg-Opfingen				
Gebührenverzeichnis Anlage 3 zur Satzung				
Lfd.Nr. 12: Trauung am Opfinger See				
Der gebührenfähige Stundensatz Verwaltung beträgt:			111,70 €	
Der gebührenfähige Stundensatz Techn. Bereich beträgt:			61,21 €	
Verwaltungsaufwand	Dauer der Tätigkeit		Gebührenfähiger Stundensatz	Kosten
Dauer der Tätigkeit Verwaltung:	20	x	111,70 €	37,23 €
Dauer der Tätigkeit Techn.Bereich:	180	x	61,21 €	183,63 €
Summe				220,86 €
Gebührevorschlag: 220,00 €				
Kostendeckungsgrad: 99,61%				

Aufwand:

Standesbeamte*in: zusätzliche Fahrzeit 20 Minuten

Technische Mitarbeiter: Fahrzeit, Auf- und Abbau des Mobiliars durch 2 Mitarbeiter, je 1,5 Stunden

Begründung für die Abrundung der Gebühr:

Da immer noch sehr viele Kunden mit Bargeld bei der Ortsverwaltung bezahlen und wir kein Münzgeld bei der hiesigen Sparkasse einzahlen können halten wir es für gerechtfertigt, dass die Gebühr auf 220,00 € gerundet wird.

Durch die Rundung erreichen wir dennoch einen Kostendeckungsgrad von 99,45 %.

Gebührenkalkulation Standesamt Freiburg-Tiengen

Gebührenverzeichnis Anlage 3 zur Satzung

Lfd.Nr. 13.1: Trauung Reutemattensee (ohne Eigenleistung)

Der gebührenfähige Stundensatz Verwaltung beträgt: 112,43 €

Der gebührenfähige Stundensatz Techn. Bereich beträgt: 59,81 €

Verwaltungsaufwand	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebühren-fähiger Stundensatz €	Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckungs-grad
Dauer der Tätigkeit Verwaltung:	20	x	112,43	37,48		
Dauer der Tätigkeit Techn.Bereich:	90	x	59,81	89,72		
Summe				127,19	127,00	99,85%

Aufwand:

Standesbeamte*in: zusätzliche Fahrzeit 20 Minuten

Technische Mitarbeiter: Fahrzeit, Auf- und Abbau des Mobiliars durch 2 Mitarbeiter, je 0,75 Stunden; die Ortsverwaltung verfügt über 30 Stühle für 30 Personen/Gäste. Diese 30 Stühle werden von den Mitarbeitern der Ortsverwaltung gebracht und am See aufgebaut.

Lfd.Nr. 13.2: Trauung Reutemattensee (mit Eigenleistung)

Verwaltungsaufwand	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebühren-fähiger Stundensatz €	Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckungs-grad
Dauer der Tätigkeit Verwaltung:	20	x	112,43	37,48	37,00	98,73%

Aufwand:

Die Ortsverwaltung verfügt über ein Inventar von 30 Stühlen für 30 Personen/Gäste.

Der Platz am Reutemattensee kann aber grundsätzlich auch für mehr Personen gestuhlt werden. Sollte das Brautpaar die Bestuhlung in diesem Fall selbst übernehmen, ist der Aufwand für das Personal lediglich der Weg der/des Standesbeamten*in.

Die Ortsverwaltung (Standesbeamte*in) bringt in diesem Fall das Inventar für die Trauung (Brautstühle, Tisch, 2 Dekoelemente). Die Dekoration bzw. den Aufbau der Sitzgelegenheiten (z.B. Bierbänke) für die Gäste übernimmt das Brautpaar.

Lfd.Nr. 13.3: Trauung Tuniberghaus

Der gebührenfähige Stundensatz Verwaltung beträgt: 112,43 €
 Der gebührenfähige Stundensatz Techn. Bereich beträgt: 59,81 €

Verwaltungsaufwand	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebühren-fähiger Stundensatz €	Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckungs-grad
Dauer der Tätigkeit Verwaltung:	6	x	112,43	11,24		
Dauer der Tätigkeit Techn.Bereich:	60	x	59,81	59,81		
Summe				71,05	71,00	99,93%

Aufwand:
 Standesbeamte*in: zusätzliche Laufzeit 6 min Minuten
 Technische Mitarbeiter: Auf- und Abbau des Mobiliars

Lfd.Nr. 13.4: Trauung im Gewölbekeller der Kulturvogtei

Der gebührenfähige Stundensatz Verwaltung beträgt: 112,43 €

Verwaltungsaufwand	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebühren-fähiger Stundensatz €	Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckungs-grad
Dauer der Tätigkeit Verwaltung:	15	x	112,43	28,11		
Miete für den Gewölbekeller:				150,00		
Summe				178,11	178,00	99,94%

Aufwand:
 Zusätzliche Gehzeit zur Kulturvogtei und Vorbereitungszeit.
 Die Ortsverwaltung zahlt eine Miete an den Eigentümer des Gewölbekellers der Kulturvogtei

Gebührenkalkulation Standesamt Freiburg-Waltershofen				
Gebührenverzeichnis Anlage 3 zur Satzung				
Lfd.Nr. 14: Trauung auf dem ehemaligen Wasserreservoir				
Der gebührenfähige Stundensatz Verwaltung beträgt: 102,92 € Der gebührenfähige Stundensatz Techn. Bereich beträgt: 59,90 €				
Verwaltungsaufwand	Dauer der Tätigkeit		Gebührenfähiger Stundensatz	Kosten
Dauer der Tätigkeit Verwaltung:	15	x	102,92 €	25,73 €
Dauer der Tätigkeit Techn. Bereich:	45	x	59,90 €	44,93 €
Summe				70,66 €
Gebührevorschlag: 70,00 € Kostendeckungsgrad: 99,07%				

Aufwand:

Standesbeamte*in: zusätzliche Fahrzeit 15 Minuten

Technischer Mitarbeiter: Mähen der Wiese + zusätzliche Fahrzeit

Begründung für die Abrundung der Gebühr:

Da immer noch sehr viele Kunden mit Bargeld bei der Ortsverwaltung bezahlen und wir kein Münzgeld bei der hiesigen Sparkasse einzahlen können, halten wir es für gerechtfertigt, dass die Gebühr auf 70,00 € gerundet wird. Durch die Rundung erreichen wir dennoch einen Kostendeckungsgrad von 99,07 %.

Gebührenkalkulation Umweltschutzamt

Gebührenverzeichnis Anlage 3 zur Satzung

Der gebührenfähige Stundensatz des Umweltschutzamtes beträgt: 105,57 €

Lfd.Nr. 15.1 Abfall- und Altlastenrecht

Lfd.Nr. 15.1.1 Anordnungen und sonstige Entscheidungen zur Durchführung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen in der jeweils geltenden Fassung.

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kostendeckung
mindestens	30	x	105,57	=	52,79	52,79	100,00%
höchstens	3.600	x	105,57	=	6.334,20	6.334,20	100,00%

Lfd.Nr. 15.1.2 Entscheidungen bei Anzeigen gemeinnütziger und gewerblicher Sammlungen nach § 18 KrWG

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kostendeckung
mindestens	30	x	105,57	=	52,79	52,79	100,00%
höchstens	390	x	105,57	=	686,21	686,21	100,00%

Lfd.Nr. 15.1.3 Bestätigung einer Anzeige für Sammler, Beförderer, Händler und Makler von Abfällen nach § 53 KrWG

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kostendeckung
mindestens	30	x	105,57	=	52,79	52,79	100,00%
höchstens	390	x	105,57	=	686,21	686,21	100,00%

Lfd.Nr. 15.1.4 Erteilung/Änderung einer Erlaubnis für das Sammeln, Befördern, Handeln und Makeln von gefährlichen Abfällen nach § 54 KrWG

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kostendeckung
mindestens	45	x	105,57	=	79,18	79,18	100,00%
höchstens	960	x	105,57	=	1.689,12	1.689,12	100,00%

Lfd.Nr. 15.1.5 Anordnung zur Untersuchung von Altlasten/schädlichen Bodenveränderungen (SBV) (§ 9 Abs. 1 und 2 BBodSchG, § 1 Abs. 2, § 4 LBodSchAG)							
	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	90	x	105,57	=	158,36	158,36	100,00%
höchstens	2.400	x	105,57	=	4.222,80	4.222,80	100,00%

Lfd.Nr. 15.1.6 Anordnungen zur Abwehr SBV und zur Sanierung von Altlasten / SBV (§ 10 Abs. 1 i.V.m. § 4 Abs. 3 BBodSchG, § 1 Abs. 2 LBodSchAG)							
	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	120	x	105,57	=	211,14	211,14	100,00%
höchstens	3.600	x	105,57	=	6334,20	6334,20	100,00%

Lfd.Nr. 15.1.7 Anordnung zur Überwachung von Altlasten / SBV §§ 15, 16 BBodSchG, § 1 Abs. 2, § 4 LBodSchAG)							
	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	90	x	105,57	=	158,36	158,36	100,00%
höchstens	2.400	x	105,57	=	4.222,80	4.222,80	100,00%

Lfd.Nr. 15.1.8 Anordnung einer Sanierungsuntersuchung, eines Sanierungsplans (SP); Erlass einer Verbindlichkeitserklärung eines SP oder Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrags jeweils bei Altlast / SBV (§ 13 BBodSchG, § 1 Abs. 2, § 4 LBodSchAG)							
	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	390	x	105,57	=	686,21	686,21	100,00%
höchstens	74.880	x	105,57	=	131.751,36	131.751,36	100,00%

Lfd.Nr. 15.1.9 Sonstige Anordnungen (§ 10 BBodSchG auch i.V.m. nach BBodSchG erlassenen Rechtsvorschriften)							
	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	60	x	105,57	=	105,57	105,57	100,00%
höchstens	1.500	x	105,57	=	2.639,25	2.639,25	100,00%

Lfd. Nr. 15.2 Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit

Lfd. Nr. 15.2.1 Sozialer Arbeitsschutz

Lfd.Nr. 15.2.1.1 Anordnungen, Genehmigungen, Ausnahmegewilligungen, Zulassungen oder Erlaubnisse nach dem Arbeitszeitgesetz (ArbZG), dem Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG) und der Kinderarbeitsschutzverordnung (KindArbSchV) sowie dem Fahrpersonalgesetz (FPersG)

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	60	x	105,57	=	105,57	105,57	100,00%
höchstens	3.600	x	105,57	=	6.334,20	6.334,20	100,00%

x

Lfd.Nr. 15.2.1.2 Ausnahmegewilligung nach § 13 Abs. 3 ArbZG

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	60	x	105,57	=	105,57	105,57	100,00%
höchstens	1.920	x	105,57	=	3.378,24	3.378,24	100,00%

Lfd.Nr. 15.2.1.3 Ausnahmegewilligung nach § 13 Abs. 4 + 5 ArbZG

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	60	x	105,57	=	105,57	105,57	100,00%
höchstens	2.400	x	105,57	=	4.222,80	4.222,80	100,00%

Lfd.Nr. 15.2.1.4 Ausnahmegewilligung nach § 15 Abs. 1 + 2 ArbZG

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	60	x	105,57	=	105,57	105,57	100,00%
höchstens	960	x	105,57	=	1.689,12	1.689,12	100,00%

Lfd.Nr. 15.2.1.5 Ausnahmegewilligungen nach § 6 i.V.m. § 54 JArbSchG							
	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	60	x	105,57	=	105,57	105,57	100,00%
höchstens	960	x	105,57	=	1.689,12	1.689,20	100,00%

Lfd.Nr. 15.2.2 Technischer Arbeitsschutz

Lfd.Nr. 15.2.2.1 Anordnungen, Genehmigungen, Ausnahmegenehmigungen, Zulassungen oder Erlaubnisse nach dem Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG), dem Geräte- und Produktsicherheitsgesetz (GPSG), dem Chemikaliengesetz (ChemG), dem Gefahrgutbeförderungsgesetz (GGBefG), dem Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG) und dem Sprengstoffgesetz (SprengG) sowie nach den jeweils dazu erlassenen Verordnungen, sofern nicht gesondert geregelt

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	60	x	105,57	=	105,57	105,57	100,00%
höchstens	5.400	x	105,57	=	9.501,30	9.501,30	100,00%

Lfd.Nr. 15.2.2.2 Erlaubnis nach § 18 Betriebssicherheitsverordnung (BetrSichV)

x		
	Bezeichnung	Betrag in €
+	Hochgerechnete Personalkosten 2026/2027	5.130,42
+	Sachkosten	47,21
+	Abschreibungen	3,36
+	Gemeinkosten des Amtes einschl. Gebäudekosten IMF (= Umlagen)	366,52
+	Service-, Steuerungs- und Steuerungsunterstützungsleistungen	1.126,00
=	Gesamtkosten	6.673,51
-	abzüglich nicht gebührenfähige Kosten z.B.: Amtshilfe, Äußerungen, Verwaltungsvollstreckung	5,52
-	abzüglich Kostenanteil für Gebührenbefreiungen	0,00
-	evtl. abzüglich Kostenanteil für Eigenverbrauch Stadt	0,00
-	abzüglich Einnahmen, Zuschüsse und Kostenerstattungen	0,00
=	Gebührenfähige Gesamtkosten	6.667,99
Gebührenaufkommen		4.856,22
Kostendeckung		72,83%

Lfd.Nr. 15.2.2.2.1 bei der Anlage bis 500.000 €

Die Gebühr richtet sich nach dem Promillesatz und nach den Errichtungskosten der Anlage

Promillesatz	Mindestgebühr*	Höchstgebühr
4	422,28 €	je nach Errichtungskosten

*Die Mindestgebühr setzt sich wie folgt zusammen:

Dauer der Tätigkeit Min.	x	Stundensatz €	=	Kosten	Gebühren-vorschlag	Kosten-deckung
240		105,57		422,28	422,28	100,00%

Lfd.Nr. 15.2.2.2.2 Errichtungskosten der Anlage bis 5.000.000 €

Die Gebühr richtet sich nach dem Promillesatz und nach den Errichtungskosten der Anlage.

Promillesatz	Mindestgebühr*	Höchstgebühr
3	2.744,82 €	je nach Errichtungskosten

*Die Mindestgebühr setzt sich wie folgt zusammen:

Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren- vorschlag €	Kosten- deckung
1.560	x	105,57	=	2.744,82	2.744,82	100,00%

Lfd.Nr. 15.2.2.2.3 Errichtungskosten der Anlage über 5.000.000 €

Die Gebühr richtet sich nach dem Promillesatz und nach den Errichtungskosten der Anlage.

Promillesatz	
1	20.058,30 € + 1 v.T. des die 5.000.000 € übersteigenden Betrages je nach Errichtungskosten

*Die Mindestgebühr setzt sich wie folgt zusammen:

Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren- vorschlag €	Kosten- deckung
11.400	x	105,57	=	20.058,30	20.058,30	100,00%

Lfd.Nr. 15.3 Immissionsschutzrecht

Der gebührenfähige Stundensatz beträgt: 105,57 €

Lfd.Nr. 15.3.1 Genehmigung im förmlichen Verfahren nach § 4 Abs. 1 Bundes-
Immissionsschutzgesetz (BImSchG) i.V. mit der 4. BImSchV

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	390	x	105,57	=	686,21	686,21	100,00%
höchstens	37.800	x	105,57	=	66.509,10	66.509,10	100,00%

x

Lfd.Nr. 15.3.2 Genehmigung im vereinfachten Verfahren nach § 4 Abs. 1, § 19 BImSchG i.V. mit der 4. BImSchV

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	75	x	105,57	=	131,96	131,96	100,00%
höchstens	37.800	x	105,57	=	66.509,10	66.509,10	100,00%

Lfd.Nr. 15.3.3 Änderungsgenehmigung nach § 16 BImSchG i.V. mit der 4. BImSchV

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	75	x	105,57	=	131,96	131,96	100,00%
höchstens	37.800	x	105,57	=	66.509,10	66.509,10	100,00%

Lfd.Nr. 15.3.4 Teilgenehmigung nach § 8 BImSchG

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	75	x	105,57	=	131,96	131,96	100,00%
höchstens	37.800	x	105,57	=	66.509,10	66.509,10	100,00%

Lfd.Nr. 15.3.5 Vorbescheid nach § 9 BImSchG

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	75	x	105,57	=	131,96	131,96	100,00%
höchstens	37.800	x	105,57	=	66.509,10	66.509,10	100,00%

Lfd.Nr. 15.3.6 Zulassung vorzeitigen Beginns nach § 8 a BImSchG

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	75	x	105,57	=	131,96	131,96	100,00%
höchstens	22.500	x	105,57	=	39.588,75	39.588,75	100,00%

Lfd.Nr. 15.3.7 Fristverlängerung nach § 18 Abs. 3 BImSchG

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	75	x	105,57	=	131,96	131,96	100,00%
höchstens	22.500	x	105,57	=	39.588,75	39.588,75	100,00%

Lfd.Nr. 15.3.8 Zusätzliches Verfahren nach § 6 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) oder § 7 UVP (Vorprüfung des Einzelfalls)

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	45	x	105,57	=	79,18	79,18	100,00%
höchstens	37.800	x	105,57	=	66.509,10	66.509,10	100,00%

Lfd.Nr. 15.3.9 Genehmigung von Versuchsanlagen nach § 2 Abs. 3 Satz 1 der 4. BImSchV

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	75	x	105,57	=	131,96	131,96	100,00%
höchstens	22.500	x	105,57	=	39.588,75	39.588,75	100,00%

Lfd.Nr. 15.3.10 Bearbeitung einer Anzeige nach §§ 15, 67 BImSchG

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	75	x	105,57	=	131,96	131,96	100,00%
höchstens	22.500	x	105,57	=	39.588,75	39.588,75	100,00%

Lfd.Nr. 15.3.11 Nachträgliche Anordnung nach § 17 BImSchG

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	75	x	105,57	=	131,96	131,96	100,00%
höchstens	22.500	x	105,57	=	39.588,75	39.588,75	100,00%

Lfd.Nr. 15.3.12 Anordnung nach §§ 20, 21, 24 oder 25 BImSchG

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	45	x	105,57	=	79,18	79,18	100,00%
höchstens	7.500	x	105,57	=	13.196,25	13.196,25	100,00%

Lfd.Nr. 15.3.13 Messanordnung nach §§ 26, 28, 29 oder 29a BImSchG

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz e		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	45	x	105,57	=	79,18	79,18	100,00%
höchstens	7.500	x	105,57	=	13.196,25	13.196,25	100,00%

Lfd.Nr. 15.3.14 Überwachung nach § 52 BImSchG

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	45	x	105,57	=	79,18	79,18	100,00%
höchstens	7.500	x	105,57	=	13.196,25	13.196,25	100,00%

Lfd.Nr. 15.3.15 Anordnungen und sonstige Entscheidungen zur Durchführung des BImSchG und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsvorschriften

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	
mindestens	30	x	105,57	=	52,79	52,79	100,00%
höchstens	3.600	x	105,57	=	6.334,20	6.334,20	100,00%

Anmerkungen:

Die Kosten für die in den immissionsschutzrechtlichen Bestimmungen vorgeschriebenen Bekanntmachungen werden neben der Verwaltungsgebühr als Auslagen erhoben.

Erstreckt sich das Verfahren zugleich auf andere behördliche Entscheidungen (§ 13 BImSchG), so sind zusätzlich die hierfür vorgesehenen Gebühren zu erheben.

Lfd.Nr. 15.4 Naturschutzrecht

Der gebührenfähige Stundensatz beträgt: 96,80 €

Lfd.Nr. 15.4.1 Zulassung von Eingriffen in Natur und Landschaft nach § 15 im Rahmen einer Gestattung nach § 17 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) (Stellungnahmen des Umweltschutzamtes für Entscheidungen anderer Behörden) sowie eigenständige Genehmigungen nach § 17 Abs. 3 BNatSchG

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	30	x	96,80	=	48,40	48,40	100,00%
höchstens	3.600	x	96,80	=	5.808,00	5.808,00	100,00%

Lfd.Nr. 15.4.2 Genehmigung von Veränderungen der Bodengestalt (u.a. Abbauvorhaben, Abgrabungen, Aufschüttungen, Auffüllen von Bodenvertiefungen) nach § 19 Abs. 1 Naturschutzgesetz (NatSchG) einschließlich deren Verlängerungen nach § 19 Abs. 6 NatSchG

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	30	x	96,80	=	48,40	48,40	100,00%
höchstens	8.400	x	96,80	=	13.552,00	13.552,00	100,00%

Lfd.Nr. 15.4.3 Entscheidung nach §§ 3 Abs. 2, 17 Abs. 8 und 9, 34 Abs. 3, 42 Abs. 2, 43 Abs. 3 BNatSchG und §§ 19 Abs. 5, 46 Abs. 5 NatSchG

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	60	x	96,80	=	96,80	96,80	100,00%
höchstens	1.440	x	96,80	=	2.323,20	2.323,20	100,00%

Lfd.Nr. 15.4.4 Untersagungen nach §§ 35 Abs. 4 und 44 Abs. 5 NatSchG

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	60	x	96,80	=	96,80	96,80	100,00%
höchstens	1.440	x	96,80	=	2.323,20	2.323,20	100,00%

Ansprechperson beim Umweltschutzamt: Frau Joaquin, Tel. 6117

Lfd.Nr. 15.4.5 Erteilung von Erlaubnissen und Befreiungen in Rechtsverordnungen nach §§ 23 - 29 BNatSchG

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	30	x	96,80	=	48,40	48,80	100,00%
höchstens	1.440	x	96,80	=	2.323,20	2.323,20	100,00%

Lfd.Nr. 15.4.6 Ausnahmen nach §§ 30 Abs. 3, 45 Abs. 7, 61 Abs. 3 BNatSchG und Befreiungen nach § 67 BNatSchG

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	30	x	96,80	=	48,40	48,40	100,00%
höchstens	2.400	x	96,80	=	3.872,00	3.872,00	100,00%

Anmerkungen zu lfd. Nr.: 15.4.1 - 15.4.6 - Gebührenfreiheit:

Amtshandlungen, die im Zusammenhang mit der ehrenamtlichen Tätigkeit auf dem Gebiet des Naturschutzes erforderlich werden.

Die Erteilung von Befreiungen, Erlaubnissen und Zulassung von Ausnahmen, soweit diese Forschungs- und Lehrzwecken dienen.

Die Erteilung von Erlaubnissen, Ausnahmen oder Befreiungen an Land- und Forstwirte nach §§ 23-29 BNatSchG.

Lfd.Nr. 15.4.7 Genehmigungen nach § 39 Abs. 4 BNatSchG zum Sammeln für gewerbliche Zwecke

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	15	x	96,80	=	24,20	24,20	100,00%
höchstens	480	x	96,80	=	774,40	774,40	100,00%

Lfd.Nr. 15.4.8 Beschlagnahmen und Einziehungen nach § 47 BNatSchG

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	60	x	96,80	=	96,80	96,80	100,00%
höchstens	1.440	x	96,80	=	2323,20	2323,20	100,00%

Lfd.Nr. 15.4.9 Widerrufliche oder befristete Zulassung von Werbeanlagen, Himmelsstrahlern und Einrichtungen ähnlicher Wirkung sowie Ausnahmen zur Fassadenbeleuchtung nach § 21 NatSchG

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	60	x	96,80	=	96,80	96,80	100,00%
höchstens	1.440	x	96,80	=	2.323,20	2.323,20	100,00%

Lfd.Nr. 15.4.10 Bescheinigungen zum Vorkaufsrecht nach § 66 BNatSchG i.V.m. § 53 NatSchG

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	30	x	96,80	=	48,40	48,40	100,00%
höchstens	1.440	x	96,80	=	2.323,20	2.323,20	100,00%

Lfd.Nr. 15.4.11 Zustimmung zur Aufnahme einer Ökokonto-Maßnahme in das Ökokonto-Verzeichnis; §§ 3, 4 ÖKVO

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	60	x	96,80	=	96,80	96,80	100,00%
höchstens	2.400	x	96,80	=	3.872,00	3.872,00	100,00%

Lfd.Nr. 15.4.12 Weitergabe von Unterlagen und Daten der Biotopkartierung (§ 30 BNatSchG) und sonstigen Kartierungen

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	5	x	96,80	=	8,07	8,07	100,00%
höchstens	480	x	96,80	=	774,40	774,40	100,00%

Anmerkungen:

Fotokopien, soweit sie nicht nach § 3 Abs. 1 Nr. 6 gebührenfrei sind, von

- Schutzgebietskarten (NSG, LSG, NATURA 2000 etc.)
- Verordnungstexten bzw. Gebietsinformationen
- Auszügen aus dem Naturdenkmalbuch.

Zu Lfd.Nr.: 15.4.12:

Es können nur bestimmte Formate angeboten werden; zusätzlicher Bearbeitungsaufwand wegen komplexer Datenselektion oder Zusatzanforderungen bei den Datenformaten wird nach Aufwand abgerechnet.

Lfd.Nr. 15.5. Wasserrecht							
Der gebührenfähige Stundensatz beträgt: 105,57 €							
Lfd.Nr. 15.5.1 Erlaubnis für die Benutzung eines Gewässers (§§ 8, 9, 13 Wasserhaushaltsgesetz (WHG), § 14 Wassergesetz (WG))							
	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	90	x	105,57	=	158,36	158,36	100,00%
höchstens	4.800	x	105,57	=	8445,60	8.445,60	100,00%

x

Lfd.Nr. 15.5.2 Gehobene Erlaubnis für die Benutzung eines Gewässers (§§ 8, 9, 15 WHG, § 14 WG)							
	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	480	x	105,57	=	844,56	844,56	100,00%
höchstens	6.000	x	105,57	=	10.557,00	10.557,00	100,00%

Lfd.Nr. 15.5.3 Bewilligung für die Benutzung eines Gewässers (§§ 8, 9, 15 WHG, § 14 WG)							
	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	540	x	105,57	=	950,13	950,13	100,00%
höchstens	6.000	x	105,57	=	10.557,00	10.557,00	100,00%

Lfd.Nr. 15.5.4 Genehmigung von Abwasseranlagen (§ 60 Abs. 3 WHG, § 48 WG)							
	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	90	x	105,57	=	158,36	158,36	100,00%
höchstens	4.800	x	105,57	=	8.445,60	8.445,60	100,00%

Lfd.Nr. 15.5.5 Erlaubnis für Anlagen in, an, über, unter oberirdischen Gewässern (§ 28 WG)							
	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	120	x	105,57	=	211,14	211,14	100,00%
höchstens	2.400	x	105,57	=	4.222,80	4.222,80	100,00%

Lfd.Nr. 15.5.6 Ausnahmegenehmigung für bauliche Anlagen im Überschwemmungsgebiet (§ 78 Abs. 5 WHG)							
	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz		Kosten	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	120	x	105,57	=	211,14	211,14	100,00%
höchstens	3.600	x	105,57	=	6.334,20	6.334,20	100,00%

Lfd.Nr. 15.5.7 Ausnahmegenehmigung von sonstigen Schutzvorschriften im Überschwemmungsgebiet (§ 78a Abs. 2 WHG)							
	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	120	x	105,57	=	211,14	211,14	100,00%
höchstens	3.600	x	105,57	=	6.334,20	6.334,20	100,00%

Lfd.Nr. 15.5.8 Festsetzung von Wasserschutz- und Quellschutzgebieten (§§ 51, 53 WHG)							
	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	600	x	105,57	=	1.055,70	1.055,70	100,00%
höchstens	5.100	x	105,57	=	8.973,45	8.973,45	100,00%

Lfd.Nr. 15.5.9 Befreiung von Verboten in Wasserschutz- und Quellschutzgebieten (§ 52 WHG i.V.m. der jeweiligen Schutzgebietsverordnung)							
	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	120	x	105,57	=	211,14	211,14	100,00%
höchstens	3.600	x	105,57	=	6.334,20	6.334,20	100,00%

Lfd.Nr. 15.5.10 Planfeststellung für Gewässerausbau, Deich- und Dammbauten (§§ 67 Abs. 2, 68 Abs. 1 WHG)

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	480	x	105,57	=	844,56	844,56	100,00%
höchstens	6.860	x	105,57	=	12.070,17	12.070,17	100,00%

Lfd.Nr. 15.5.11 Plangenehmigung für Gewässerausbau, Deich- und Dammbauten (§§ 67 Abs. 2, 68 Abs. 2 WHG)

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	300	x	105,57	=	527,85	527,85	100,00%
höchstens	6.860	x	105,57	=	12.070,17	12.070,17	100,00%

Lfd.Nr. 15.5.12 Zulassung des vorzeitigen Beginns (§§ 17, 69 Abs. 2 WHG)

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	60	x	105,57	=	105,57	105,57	100,00%
höchstens	1.800	x	105,57	=	3.167,10	3.167,10	100,00%

Lfd.Nr. 15.5.13 Maßnahmen im Rahmen der Gewässeraufsicht mit/ohne Anordnung (§ 100 Abs. 1 WHG)

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	60	x	105,57	=	105,57	105,57	100,00%
höchstens	6.860	x	105,57	=	12.070,17	12.070,17	100,00%

Lfd.Nr. 15.5.14 Maßnahmen im Zusammenhang mit alten Rechten bzw. alten Befugnissen (§ 20 Abs. 2 WHG, § 15 WG)							
	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	60	x	105,57	=	105,57	105,57	100,00%
höchstens	1.500	x	105,57	=	2.639,25	2.639,25	100,00%

Lfd.Nr. 15.5.15 Befreiung von Verboten innerhalb des Gewässerrandstreifens (§ 38 Abs. 5 WHG, § 29 Abs. 4 WG)							
	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	60	x	105,57	=	105,57	105,57	100,00%
höchstens	1.500	x	105,57	=	2.639,25	2.639,25	100,00%

Lfd.Nr. 15.5.16 Anzeigebestätigungen gem. §§ 40, 41 AwSV

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	60	x	105,57	=	105,57	105,57	100,00%
höchstens	1.500	x	105,57	=	2.639,25	2.639,25	100,00%

Anmerkung zu lfd. Nr. 15.5.6 und 15.5.15: Ist im Zusammenhang mit einer baurechtlichen Entscheidung auch eine wasserrechtliche Entscheidung zu treffen, wird die Gebühr vom Baurechtsamt (BRA) erhoben.

Lfd.Nr. 15.5.17 Wasserrechtliche Anzeigebestätigungen gem. § 43 Abs.1 i.V.m. § 92 WG

x

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	60	x	105,57	=	105,57	105,57	100,00%
höchstens	1.500	x	105,57	=	2.639,25	2.639,25	100,00%

Lfd.Nr. 15.5.18 Bei der Prüfung von Anträgen einschl. der erforderlichen örtlichen Überprüfungen für ohne Erlaubnis/Ausnahmegenehmigung ausgeführte Maßnahmen kann bei nachträglicher Zulassung das 3-fache der betreffenden Gebühr nach Ziff. 15.5.5 und 15.5.6 erhoben werden.

Lfd.Nr. 15.6 Maßnahmen zur Abwehr umweltbedingter Gesundheitsgefahren mit/ohne Anordnung (§§ 1, 3 PolG)

	Dauer der Tätigkeit in Min.		Gebührenfähiger Stundensatz €		Kosten €	Gebühren-vorschlag €	Kosten-deckung
mindestens	60	x	105,57	=	105,57	105,57	100,00%
höchstens	5.400	x	105,57	=	9.501,30	9.501,30	100,00%

BESCHLUSSVORLAGE

Dezernat / Amt	Verantwortlich	Tel.Nr.	Datum
II / Umweltschutzamt	Herr Dr. von Zahn	6100	24.10.2025

Betreff:

Aktualisierung des Förderprogramms „GebäudeGrün hoch³ – Grüne Dächer | Fassaden | Höfe für Freiburg i. Br.“

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Öff.	N.Ö.	Empfehlung	Beschluss
1. UKA	04.11.2025	X		X	
2. BaUStA	05.11.2025	X		X	
3. HFA	17.11.2025	X		X	
4. GR	25.11.2025	X			X

Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO): nein

Abstimmung mit städtischen Gesellschaften: nein

Finanzielle Auswirkungen: ja, siehe Anlage 1

Auswirkungen auf den Klima- und Artenschutz: ja¹

Beschlussantrag:

- 1. Der Gemeinderat nimmt die veränderten Rahmenbedingungen und die Erfahrungen aus der ersten Phase des Förderprogramms „GebäudeGrün hoch³ – Grüne Dächer | Fassaden | Höfe für Freiburg i. Br.“ gemäß der Drucksache G-25/104 zur Kenntnis.**
- 2. Der Gemeinderat beschließt die aktualisierte Förderrichtlinie „GebäudeGrün hoch³ – Grüne Dächer | Fassaden | Höfe für Freiburg i. Br.“ gemäß Anlage 2 der Drucksache G-25/104.**

¹ Prüfung der Klima- und Artenschutzrelevanz sowie Auswirkungen auf die Biodiversität bereits erfolgt, siehe Anlage 4 zur DRUCKSACHE G-21/079.

Anlagen:

1. Finanzielle Auswirkungen
2. Förderrichtlinie
3. Übersichtstabelle Aktualisierungen 2025

1. Ausgangslage

Der Klimawandel führt auch in Freiburg zu spürbaren Folgen wie Hitze, Dürre und Starkregen. Sowohl die Anzahl der Hitzetage (Tage über 30°C) und der besonders gesundheitsschädigenden Tropennächte (Temperatur sinkt nachts nicht unter 20°C) werden prognostiziert steigen, wie auch das Risiko für langanhaltende Trockenphasen im Sommer und plötzlicher Starkregenereignisse. Die Stadt begegnet diesen Herausforderungen durch verschiedene Maßnahmen, darunter die Erarbeitung flächenbezogener Daten zu Klimawandelfolgen in den Klimaanpassungskonzepten zu Hitze (vgl. Drucksache G-19/014) und Regenwasser (vgl. Drucksache G-24/058) und der Berücksichtigung der Klimaanpassung bei der Gestaltung des öffentlichen Raums, wie beispielsweise im Rahmen der Kampagne „Grünoasen“ (vgl. Drucksache G-25/016). Zudem stellt die im Mai 2025 beschlossene Klimawandelanpassungsstrategie (vgl. Drucksache G-25/023) sicher, dass die Stadtverwaltung und weitere für den Stadtkreis zuständige Behörden Klimawandelfolgen in allen Handlungsfeldern berücksichtigen.

Auch die Begrünung von Gebäuden und dem Gebäudeumfeld trägt wesentlich zur Anpassung von Städten an den Klimawandel bei. Über 50 % der Siedlungsfläche Freiburgs entfällt auf private Grundstücke und von den über 50.000 Gebäuden in der Stadt Freiburg sind nur etwas mehr als 1.100 Gebäude im Eigentum der öffentlichen Hand. Umso bedeutender ist es daher, dass die Stadt für Bürger*innen sowie Unternehmen und andere Institution eine Fachberatung und finanzielle Anreize schafft, den privaten Gebäudebestand ebenfalls an die Folgen des Klimawandels anzupassen und damit zu einer klimaresilienten Stadtentwicklung beizutragen.

Hierfür wurde die Stadtverwaltung im Jahr 2021 vom Gemeinderat beauftragt, ein Förderprogramm für die Begrünung privater Gebäude und die Entsiegelung von Privatflächen (vgl. Drucksache G-21/079) konzeptionell zu entwickeln und in der Praxis zu etablieren. Durch dieses vom Umweltschutzamt konzipierte und betreute Förderprogramm GebäudeGrün hoch³ unterstützt die Stadt seit vier Jahren die Umsetzung von Dachbegrünungen, Fassadenbegrünungen und Entsiegelungen auf Privatflächen für Freiburger*innen. Nachdem sich die Rahmenbedingungen und Kosten in der Bauwirtschaft in den letzten Jahren deutlich verändert haben und auch neue fachliche Notwendigkeiten entstanden sind, soll das Förderprogramm GebäudeGrün hoch³ nun an die bestehenden Herausforderungen angepasst und auch auf Grundlage der Erfahrungen aus der ersten Förderphase aktualisiert werden.

2. Ziele des Förderprogramms und förderfähige Maßnahmen

Die Zielsetzung des Förderprogramms „GebäudeGrün hoch³“ besteht weiterhin in der Unterstützung der Bürger*innen, Unternehmen und weiterer Institutionen bei der Umsetzung von Begrünungsmaßnahmen bzw. Klimaanpassungsmaßnahmen an Gebäuden. Damit wird zu folgenden städtischen Zielen der neuen städtischen Klimaanpassungsstrategie (vgl. Anlage 3 zur Drucksache G-25/023) beigetragen:

- Reduzierung der Hitzebelastung und Erhöhung der Kühlleistung im Sommer (Ziel 2-1),
- Verbesserung der Luftqualität durch die Bindung von Staub und Schadstoffen (Ziel 4 - 3),
- Schaffung neuer Lebensräume für Flora und Fauna (urbane Trittsteinbiotope) und Förderung der Biodiversität (Ziel 6 - 1),
- Entlastung der kommunalen Entwässerungseinrichtungen durch die Regenwasserrückhaltung und die Stärkung der Versickerung und Verdunstung von Regenwasser (Ziel 7 - 2) sowie den
- Ausbau wohnungsnaher Grünflächen und Attraktivitätssteigerung des Wohnumfelds (Ziel 4 - 2).

Das Förderprogramm GebäudeGrün hoch³ trägt damit nicht nur zur Anpassung der Stadt- und Gebäudestruktur Freiburgs an den Klimawandel (gemäß Klimaanpassungskonzept – Handlungsfeld Hitze und Klimaanpassungskonzept – Handlungsfeld Regenwasser) und zur Förderung der biologischen Vielfalt in der Stadt (Städtische Biodiversitätsziele (vgl. Drucksache G-18/108), Aktionsplan Biodiversität (vgl. Drucksache G-18/283)) bei, sondern unterstützt auch die Freiburger Nachhaltigkeitsziele und die Vision „Green City“. Es fördert die naturverträgliche Regenwasserbewirtschaftung und entspricht der Hochwasserprävention. Ebenso ergänzt es die städtischen Anstrengungen im Klimaschutz und schafft Synergien und Anreize für eine gemeinsame Belegung von Photovoltaik und Begrünung.

Das Förderprogramm wird zur Unterstützung der aufgeführten Ziele auch weiterhin folgende Maßnahmen fördern, allerdings werden die Fördersätze an die deutlich gestiegenen Baukosten angepasst:

1. Kostenlose Erstberatung (Fachberatung zur Umsetzbarkeit der Maßnahme sowie Unterstützung in der Antragsstellung)
2. Dachbegrünung (Grundförderung = Extensivgründach)
 - a) zusätzliches Fördermodul 1: Intensivbegrünung (Dachgarten)
 - b) zusätzliches Fördermodul 2: Retentionsgründach
 - c) zusätzliches Fördermodul 3: Biodiversitätsgründach
 - d) zusätzliches Fördermodul 4: Solar-Gründach
3. Fassadenbegrünung (boden- und wandgebunden)
4. Entsiegelung und anschließende Begrünung

Außerdem wird ein zusätzliches Fördermodul zum Thema Schwammstadt eingeführt:

5. Regenwasserrückhalt / dezentrale Regenwasserversickerung

Bei Neubauten mit verpflichtender Dachbegrünung oder Fassadenbegrünung im Bebauungsplan oder aus städtebaulichen Verträgen ist eine Förderung nur über die zusätzlichen Fördermodule bzw. über den im Bebauungsplan definierten Umfang hinaus möglich. So soll mit den Zusatzmodulen im Bereich der Dachbegrünung ein Anreiz für Bauherr*innen geschaffen werden, ihr Gründach zu einem Solar-Gründach, Dachgarten, Retentionsgründach oder Biodiversitätsgründach aufzuwerten. Im Zuge der Aktualisierung werden insbesondere Maßnahmen der Schwammstadt wie die „Intensivbegrünung“ und das „Retentionsgründach“ gestärkt und das neue Modul dezentraler Regenwasserrückhalt geschaffen, aber auch die Fördersätze für Fassadenbegrünungen als effektives Instrument zur Kühlung von Straßenräumen deutlich erhöht. Weitere Detailinformationen können der aktualisierten Förderrichtlinie (Anlage 2) entnommen werden.

3. Erfahrungen aus der Pilotphase und Ziele der Aktualisierung

In den letzten Jahren konnte über das Förderprogramm GebäudeGrün hoch³ eine große Zahl vielseitiger Begrünungsmaßnahmen an privaten Gebäuden gefördert werden. Außerdem wurden acht Intensivberatungswochen durchgeführt, die jeweils zweimal im Jahr Fachinformationen mit Vorträgen zum Thema Gebäudebegrünung sowie einen Beratungstag im Rathaus im Stühlinger umfasst haben. In Einzelterminen wurden außerdem über 200 Bürger*innen individuell fachlich beraten und in der Umsetzung von Maßnahmen begleitet.

Alle Förderbausteine (Dachbegrünung, Fassadenbegrünung und Entsiegelung) wurden abgerufen, insgesamt konnten 40 konkrete Projekte durch das Programm beraten oder gefördert werden. Dabei hat sich die Dachbegrünung als beliebtester Förderbaustein hervor getan, gefolgt von Entsiegelung und Fassadenbegrünung. Als flächenmäßig größte Projekte wurden eine Dachbegrünung mit knapp 950 m², eine Fassadenbegrünung mit 150 m² sowie eine Entsiegelungsmaßnahme mit rd. 300 m² innerhalb der einzelnen Förderbausteinen gefördert. Die meisten Projekte hatten jedoch einen kleineren Umfang von durchschnittlich ca. 30 m². Die Förderquoten lagen zwischen 35 % bis 50 % der förderfähigen Kosten. Insgesamt wurde der Fördertopf aufgrund der gestiegenen Baukosten und der in der Folge zu geringen Förderquoten zuletzt nur noch zu ca. 25 % ausgeschöpft. Der aktuell nicht zufriedenstellende Abruf der Finanzmittel aufgrund der gestiegenen Baukosten entspricht den Erfahrungen anderer Städte mit vergleichbaren Programmen.

Als wesentliche Ursachen für die fehlende Auslastung von Förderprogrammen zur Gebäudebegrünung gelten die in den letzten Jahren deutlich gestiegenen Baukosten bzw. Kosten für Materialien infolge der gesamtwirtschaftlichen Lage sowie ein dadurch insgesamt geringeres Interesse an Bau- und Sanierungsmaßnahmen, die auch die Projekte der Gebäudebegrünungen bzw. die Umsetzung von Begrünungen im Rahmen einer größeren Sanierung betrifft. Laut Baupreisindex des statistischen Bundesamts sind die Baupreise im Vergleich zu 2021 (Einführungsjahr GebäudeGrün hoch³) über 30 % gestiegen. Als Folge dessen zeigt sich auch, dass im realen Bauvolumen (Zahl an tatsächlich gebauten Wohneinheiten) in den letzten Jahren ein Rückgang zu verzeichnen ist. Es hat sich gezeigt, dass die bislang gewählte maximale Fördersumme von 5.000,00 € (ohne Zusatzmodule) unter den bestehenden Rahmenbedingungen nicht ausreichend ist, um Eigentümer*innen für eine Begrünung zu gewinnen.

4. Aktualisierte Förderbedingungen

Um die Förderung für eine größere Gruppe an Eigentümer*innen attraktiver zu gestalten, die Umsetzung flächenmäßig größerer Maßnahmen zu erreichen und somit eine höhere klimatische Wirksamkeit für die Stadtbevölkerung zu erreichen, wird die maximale Fördersumme von 5.000,00 € auf 15.000,00 € angehoben und auch größere Unternehmen und Institutionen können nun eine Förderung erhalten. Außerdem werden die Fördersätze pro m² in allen Förderbausteinen deutlich angehoben – meist verdoppelt, um vor allem auch die Fassadenbegrünung zu fördern und dem aktuell hohen Niveau der Baukosten und Baumaterialien gerecht zu werden. Um dem Ausbau Freiburgs zur Schwammstadt auch auf Privatflächen im Bestand zu unterstützen, wird der Förderbaustein „Regenwasserrückhalt und dezentrale Regenwasserversickerung“ zusätzlich eingeführt, wobei sowohl oberflächige Versickerungsanlagen als auch Wasserspeicher gefördert werden.

Weiterhin werden grundsätzlich nur freiwillige Maßnahmen gefördert. Die maximale Förderung einer Liegenschaft über mehrere Förderbausteine in Kombination beträgt 25.000,00 €. Die Förderbedingungen des Förderprogramms GebäudeGrün hoch³ sind mit den Programmen „Artenschutz in der Stadt“ und „Klimafreundlich Wohnen“ abgestimmt und kombinierbar, siehe auch Drucksache G-21/079. Eine Übersicht über die Änderungen der Förderbedingungen kann der Anlage 3 entnommen werden.

5. Fazit und weiteres Vorgehen

Die Aktualisierung des Förderprogramms GebäudeGrün hoch³ schafft stärkere finanzielle Anreize für Gebäudebegrünungen und Entsiegelungen und passt die Fördersätze an die in den letzten Jahren stark gestiegenen Baukosten an. Gleichzeitig wird das Maßnahmenportfolio vor allem in Richtung Schwammstadt und der Kreis der Empfänger*innen der Förderung erweitert. Damit wird sichergestellt, dass wieder mehr private Eigentümer*innen die Möglichkeit haben, die klimaangepasste Stadtentwicklung Freiburgs mit Maßnahmen der Gebäudebegrünung, Entsiegelung und dezentralem Regenwasserrückhalt mitzugestalten – somit können auch weiterhin Privatpersonen eine eigene „Grüne Oase“ auf ihren Flächen schaffen.

Die bewährten Maßnahmen der Fachberatung und der Öffentlichkeitsarbeit für das Förderprogramm werden fortgeführt (Pressemitteilung, Intensivberatungswochen, Plakatwerbung, Website und aufsuchende Bürger*innen-Informationen). Das aktualisierte Förderprogramm wird durch eine gezielte Marketingstrategie begleitet werden, um die neuen Fördersätze und -möglichkeiten in der Bevölkerung zu verbreiten. Unter anderem sollen Akteur*innen aus der Planung (Architektur, Bauingenieurswesen etc.) sowie ausführende Betriebe stärker als Multiplikator*innen genutzt werden. Die Wirksamkeit der Änderungen soll im Verlauf der kommenden Jahre wieder überprüft werden, um gegebenenfalls weitere in der Zukunft notwendige Anpassungen vornehmen zu können.

Ansprechpersonen beim Umweltschutzamt sind Herr Dr. Schaich, Tel.: 0761/201-6120, und Frau Niepmann, Tel.: 0761/201-6156.

- Finanzielle Auswirkungen -

Teilhaushalt / Teilbudget: THH-07
 Produktgruppe(n): PG5540-07
 Seite im Entwurf: 103 Zuschüsse an Dritte und 324

Ergebnishaushalt	2025	2026
<u>Aufwendungen</u>		
- Sach- und Transferaufwendungen	- 100.000 EUR	- 100.000 EUR
Nettoressourcenbedarf	- 100.000 EUR	- 100.000 EUR

Auswirkung Folgejahre	2027 ff
Ergebnishaushalt	
<u>Aufwendungen</u>	
- Sach- und Transferaufwendungen	- 100.000 EUR
Nettoressourcenbedarf	- 100.000 EUR

Eingestellte Mittel im HHPI.: ☒ in voller Höhe ☐ teilweise ☐ keine

Erläuterungen:

Die Mittel für das Förderprogramm „GebäudeGrün hoch³ - Grüne Dächer | Fassaden | Höfe für Freiburg i. Br.“ werden durch das Umweltschutzamt seit dem Gemeinderatsbeschluss zur Etablierung und Umsetzung des Förderprogramms (Drucksache G-21/079) für den jeweiligen Doppelhaushalt beantragt. Für die Aktualisierung der Förderrichtlinie durch die vorliegende Drucksache G-25/104 ist der o. g. Ansatz von 100 TEUR/Jahr weiterhin ausreichend.



Richtlinie zum Förderprogramm „GebäudeGrün hoch³ - Grüne Dächer | Fassaden | Höfe für Freiburg i.Br.“ der Stadt Freiburg im Breisgau

1. Warum wird gefördert? – Förderziele.....	2
2. Was, wo und wieviel wird gefördert? - Förderfähige Maßnahmen.....	2
Kostenlose Beratung.....	2
Dachbegrünung	3
Fassadenbegrünung.....	8
Entsiegelung	9
Regenwasserrückhalt / Regenwasserversickerung	11
3. Wer kann eine Förderung erhalten? - Antragsberechtigung.....	12
4. Wie wird ein Antrag gestellt? - Fristen und Verfahren	13
5. Allgemeine Fördervoraussetzungen	15
6. Widerrufsmöglichkeiten.....	17
7. Datenschutz und Nutzung der Ergebnisse.....	17
8. Hinweise zum Steuerrecht.....	18
9. Inkrafttreten.....	18
10. Übersicht der förderfähigen Maßnahmen, Förderkriterien und Förderhöhen.....	19



1. Warum wird gefördert? – Förderziele

Mit dem Förderprogramm „GebäudeGrün hoch³ - Grüne Dächer | Fassaden | Höfe für Freiburg i.Br.“ unterstützt die Stadt Freiburg i. Br. ihre Bürgerinnen und Bürger, bei der Umsetzung von Begrünungsmaßnahmen im urbanen Raum und verfolgt damit die folgenden Ziele:

- Reduzierung der Hitzebelastung und Erhöhung der Kühlleistung im Sommer,
- Verbesserung der Luftqualität durch die Bindung von Staub und Schadstoffen,
- Schaffung neuer Lebensräume für Flora und Fauna (urbane Trittsteinbiotope) und Förderung der Biodiversität,
- Entlastung der kommunalen Entwässerungseinrichtungen durch die Regenwasserrückhaltung und die Stärkung der Versickerung und Verdunstung von Regenwasser sowie
- Ausbau wohnungsnaher Grünflächen und Attraktivitätssteigerung des Wohnumfelds.

Das Förderprogramm „GebäudeGrün hoch³“ trägt damit nicht nur zur Anpassung der Stadt- und Gebäudestruktur Freiburgs an den Klimawandel (gemäß Klimaanpassungskonzept – Handlungsfeld Hitze, G-19/014; Klimaanpassungskonzept – Handlungsfeld Regenwasser G-24/058 und Klimaanpassungsstrategie der Stadt Freiburg G-25/023) und zur Förderung der biologischen Vielfalt in der Stadt (Städtische Biodiversitätsziele G-18/108, Aktionsplan Biodiversität G-18/283) bei, sondern unterstützt auch die Freiburger Nachhaltigkeitsziele und die Vision „Green City“. Es fördert die naturverträgliche Regenwasserbewirtschaftung und entspricht der Hochwasserprävention. Ebenso ergänzt es die städtischen Anstrengungen im Klimaschutz und läuft der Förderung der Photovoltaik nicht entgegen, sondern kann gemeinsam mit ihr umgesetzt werden.

2. Was, wo und wieviel wird gefördert? - Förderfähige Maßnahmen

Die Fördermittel beziehen sich auf das gesamte Stadtgebiet der Stadt Freiburg i.Br. Förderfähige Kosten sind als Brutto-Beträge anzugeben. Förderfähig sind die folgenden Maßnahmen:

Kostenlose Beratung

Die Stadt Freiburg bietet eine standardisierte, kostenlose Beratung für Interessierte an.

Die standardisierte Beratung umfasst eine fachliche Beratung zur Zielsetzung und Umsetzung der Maßnahmen vor Ort zur Auswahl der Produkte, Materialien sowie zur Erhaltungspflege, sowie eine Unterstützung in der Antragsstellung. Je nach Antrag bzw. beantragter



Maßnahmen findet die Beratung telefonisch, persönlich mit einer Beratung im Beratungsbüro oder einer persönlichen Beratung bei Ihnen vor Ort statt. Die Stadt kann auch eine andere Stelle für die Beratung beauftragen.

Dachbegrünung

Die Förderung der Dachbegrünung unterteilt sich in eine Grundförderung und eine Förderung zusätzlicher Fördermodule.

Grundförderung

Mit der Grundförderung wird die Errichtung einer freiwilligen, dauerhaft funktionsfähigen und zusammenhängenden, extensiven Dachbegrünung unterstützt. Die Dachbegrünung kann auf

- Bestandsgebäuden sowie
- Neubauten ohne verpflichtende Dachbegrünung (Festsetzung im Bebauungsplan oder Regelung im städtebaulichen Vertrag)

gefördert werden.

Förderfähige Kosten:

- Planungs-, Material- und Baukosten einer Dachbegrünung ab Oberkante der Dachabdichtung nach den anerkannten Regeln der Technik (FLL- Dachbegrünungsrichtlinien) und ausgeführt durch einen anerkannten Fachbetrieb
- Planungs-, Material- und Baukosten zur nachhaltigen Verbesserung der Tragfähigkeit (Statik) und Wurzelfestigkeit des Daches von bestehenden Gebäuden zur anschließenden Begrünung sowie für notwendige vorbereitende Maßnahmen (z.B. Kiesdach abräumen)
- Kosten der Fertigstellungspflege (12 Monate) nach den anerkannten Regeln der Technik (FLL-Dachbegrünungsrichtlinien) und ausgeführt durch einen anerkannten Fachbetrieb.
- Bei Umsetzung in Eigenleistung: Materialkosten. Entsprechende Rechnungen müssen vorgelegt werden. Bei einer Umsetzung in Eigenleistung sind die notwendigen Arbeitsstunden nicht förderfähig. Bei der Umsetzung in Eigenleistung ist die Wahrnehmung des kostenlosen Beratungsangebots der Stadt im Rahmen der Gebäude-Grün hoch³- Förderung verpflichtend.



Förderhöhen:

- Max. Förderung in € / m²: 60 € / m²
- Max. Förderung in % und €: 60 % der förderfähigen Kosten, max. 15.000 € pro Liegenschaft
- zusätzliche Förderung:
 - o 100 € für die Verwendung von biodiversitätsförderndem Saatgut bestehend aus mind. 30 verschiedenen Pflanzenarten - vorwiegend Kräutern und Gräsern (bevorzugt gebietsheimisch) zur Erhöhung der Verdunstungsleistung - auf einer zusammenhängenden Fläche von mind. 15 m²

Förderbedingungen:

- Förderung ab einem Mindestbetrag der förderfähigen Kosten (brutto) von 500€
- Min. 8 cm Substratdicke bei Dachbegrünung auf Bestandsgebäuden in mehrschichtiger Bauweise mit einer Dachneigung von 0-5 Grad und in mehr- oder einschichtiger Bauweise mit einer Dachneigung von 5-45 Grad (Schrägdachbegrünungen).
- Min. 12 cm Substratdicke bei Dachbegrünung auf Neubauten ohne verpflichtende Dachbegrünung in mehrschichtiger Bauweise mit einer Dachneigung von 0-5 Grad und in mehr- oder einschichtiger Bauweise mit einer Dachneigung von 5-45 Grad (Schrägdachbegrünungen).
- Eine artenreiche Bepflanzung bzw. Ansaat, bestehend aus min. 15 verschiedenen biodiversitätsfördernden, klimaangepassten und bevorzugt gebietsheimischen Pflanzenarten.
- Keine Förderung auf Neubauten mit verpflichtender Dachbegrünung
- Bei einer Sanierung vorhandener Gründächer wird nur die Optimierung bzw. Verbesserung des ursprünglichen Zustands gefördert (Zusatzkosten für eine erhöhte Substratdicke oder Umsetzung von Zusatzmodulen wie bspw. Retentionsgründach)
- Bei Bitumenbahnen sind nur Produkte mit geringer bis mittlerer Mecoprop-Belastung durch Auswaschung (nach VSA-Richtlinie „Abwasserbewirtschaftung bei Regenwetter“, SNR CEN/TS 16637-2) förderfähig. Bei Kunststoffbahnen sind nur Produkte aus FPO (flexible Polyolefine) und EPDM oder mit speziellem Öko-Zertifikat förderfähig
- Dichtungsbahnen aus PVC sind NICHT förderfähig
- Hinweis: Auf eine ausreichende Statik, einen ausreichenden Wurzelschutz und eine ausreichende Absturzsicherung im Rahmen der Arbeitssicherheit muss geachtet werden



- Kosten für die Beauftragung eines Statikers zur Eignungsprüfung sind nur bei anschließender Umsetzung der Begrünung förderfähig.

Zusätzliche Fördermodule

Zur Förderung einer höheren Qualität und Multifunktionalität der Dachbegrünungen werden folgende, zusätzliche Fördermodule gefördert:

- Modul 1: Intensivbegrünung (Dachgarten)
- Modul 2: Retentions Gründach
- Modul 3: Biodiversitäts Gründach
- Modul 4: Solar-Gründach

Bei Bestandsgebäuden und Neubauten ohne verpflichtende Dachbegrünung sind die zusätzlichen Fördermodule mit der Grundförderung kombinierbar. Die Förderung der zusätzlichen Fördermodule wird auf die Grundförderung addiert.

Für Neubauten mit verpflichtender Dachbegrünung sind nur die zusätzlichen Fördermodule förderfähig. Eine Grundförderung ist hier ausgeschlossen. Voraussetzung ist, dass die Art der Dachbegrünung über die Anforderungen aus den bau- und naturschutzrechtlichen Verpflichtungen bzw. Regelungen im städtebaulichen Vertrag hinausgeht.

Das Fördermodul 4 Retentions Gründach ist mit allen weiteren, zusätzlichen Fördermodulen kombinierbar, z.B. Modul 3 + Modul 4 = biodiverses Retentions Gründach. Die maximale Förderhöhe für Zusatzmodule beträgt kumuliert 5.000 €.

Modul 1: Intensivbegrünung (Dachgarten)

Mit diesem Fördermodul werden eine Intensivbegrünung sowie die Freiraumnutzung des Daches und/oder die Möglichkeit der gärtnerischen Nutzung bzw. Urban-Gardening gefördert.

Förderhöhe:

- Förderung in € / m²: 45 € / m² (ab 30 cm Substratdicke)
- Max. Förderung in €: 5.000 € pro Liegenschaft

Förderbedingungen:

- Min. 30 cm Substratdicke
- Vielfältige Bepflanzung mit Stauden und Gehölzen (wie ein ebenerdiger Garten)



- Anteil nicht begrünter Dachfläche max. 20 % (Terrassen, Wege etc.)

Modul 2: Retentions Gründach

Mit diesem Fördermodul sollen besonders abflussreduzierende und wasserspeichernde Gründachsysteme gefördert werden, um durch Verdunstung die Hitze in der Stadt zu minimieren, zur Überflutungsvorsorge bei stärkeren Niederschlägen beizutragen, die städtischen Entwässerungseinrichtungen zu entlasten und eine naturverträgliche Regenwasserbewirtschaftung zu unterstützen.

Förderhöhe:

- Förderung in € / m²: 45 € / m²
- Max. Förderung in €: 5.000 € pro Liegenschaft

Förderbedingungen:

- Erhöhung der Abflussverzögerung und Wasserspeicherung durch technisch-konstruktive Elemente (z. B. Retentionselemente, Abflussschwellen usw.), für deren Wirksamkeit ein Nachweis zu erbringen ist
- Zusätzlicher Retentionsraum von min. 60 l / m² über der Dachabdichtung und unterhalb des Begrünungsaufbaus
- Vollflächige Begrünung über dem Retentionsdach zur Steigerung der Verdunstung.

Modul 3: Biodiversitäts Gründach

Mit diesem Fördermodul sollen biodiversitätssteigernde Maßnahmen gefördert werden, die zusätzliche Lebensräume für Tier- und Pflanzenarten schaffen und die biologische Vielfalt insgesamt auf dem Dach erhöhen.

Förderhöhe:

- Förderung in € / m²: 25 € / m²
- Max. Förderung in €: 5.000 € pro Liegenschaft

Förderbedingungen:

- Min. 12 cm Substratdicke
- Eine artenreiche Bepflanzung, bestehend aus min. 25 verschiedenen biodiversitätsfördernden, klimaangepassten und bevorzugt gebietsheimischen Pflanzenarten.
- Flächige und/oder punktuelle Substratanhügelungen zur Erhöhung der Standortvielfalt mit min. 30 cm Substratdicke auf min. 20 % der Dachfläche.



- Aufwertung der Dachbegrünung durch weitere „Biodiversitätsstrukturen“ bzw. Lebensraumelemente, wie z. B. Totholz, Steine bzw. Steinhaufen, Staudenpflanzungen und Sandlinsen als Versteck- und Nistmöglichkeiten sowie Mulden für temporäre Wasserflächen als Vogel- und Insekentränke, auf ca. 30 % der Dachfläche.

Modul 4: Solar-Gründach

Mit diesem Fördermodul wird die Kombination aus Extensivbegrünung und solarer Energiegewinnung (das Solar-Gründach) gefördert. Die Förderung gilt für die spezielle Ausführung der Dachbegrünung zur Sicherstellung der Kompatibilität mit einer Photovoltaikanlage. Eine Kombination mit dem Förderprogramm „Klimafreundlich Wohnen“ ist möglich und erwünscht.

Förderhöhe:

- Förderung in € / m²: 20 € / m² Bruttokollektorfläche/ -modulfläche
- Max. Förderung in €: 2.000 € pro Liegenschaft

Förderbedingungen:

- Mindestens extensive Dachbegrünung nach den Bedingungen der Grundförderung
- Auflastgehaltene Solar-Gründachsystem (ohne Durchdringung der Dachhaut)
- Vollflächige Ausbringung des Substrats und der Begrünung unter den Solarmodulen
- Substrat und Pflanzenauswahl speziell angepasst auf die darüber befindliche Solaranlage (ausschließlich niedrig wachsende Pflanzen mit entsprechend angepasstem Substrat etc.). Verzicht auf besonders hochwachsende Pflanzen, um Verschattung zu vermeiden.
- Abstand zwischen Solarmodulen und Substratoberfläche von min. 20 cm
- Abstand zwischen den Solarmodulreihen bzw. Solarmoduldoppelreihen von min. 50 cm (für Wartungswege).



Fassadenbegrünung

Mit der Förderung von Fassadenbegrünungen werden freiwillige Nachrüstungen von Fassadenbegrünungen an bereits vorhandenen Gebäuden und Wänden sowie bei Neubauten gefördert, die über die Anforderung aus bau- oder naturschutzrechtlichen Verpflichtungen oder städtebaulichen Verträgen hinausgehen.

Förderfähige Kosten:

- Planungs-, Material- und Baukosten einer bodengebundenen oder wandgebundenen Fassadenbegrünung nach den anerkannten Regeln der Technik (FLL-Fassadenbegrünungsrichtlinien) und ausgeführt durch einen anerkannten Fachbetrieb.
- Planungs-, Material- und Baukosten für vorbereitende Maßnahmen, die im Zusammenhang mit der geplanten Fassadenbegrünung stehen (z. B. Entsiegelungen von Bodenbelägen, Bodenaufbereitung).
- Kosten der Fertigstellungspflege (24 Monate bei bodengebundener Fassadenbegrünung, 12 Monate bei wandgebundener Fassadenbegrünung) nach den anerkannten Regeln der Technik (FLL-Fassadenbegrünungsrichtlinien) und ausgeführt durch einen anerkannten Fachbetrieb.
- Bei Umsetzung in Eigenleistung: Materialkosten. Entsprechende Rechnungen müssen vorgelegt werden. Bei einer Umsetzung in Eigenleistung sind die notwendigen Arbeitsstunden nicht förderfähig. Bei der Umsetzung in Eigenleistung ist die Wahrnehmung des kostenlosen Beratungsangebots der Stadt im Rahmen der Gebäude-Grün hoch³- Förderung verpflichtend.

Förderhöhen

- Max. Förderung in % und €: 60 % der förderfähigen Kosten, max. 15.000 € pro Liegenschaft

Förderbedingungen

- Förderung ab min. 500 € förderfähiger Kosten.
- Statische Belastbarkeit der Fassaden muss für eine Begrünung ausreichend sein
- Kletterhilfen müssen den Begrünungszweck erfüllen.
- Fassadenbegrünungen aus Pflanzgefäßen mit Rankhilfen (Mindestvolumen 200 l, Mindesthöhe Pflanzgefäß 0,5 m und Rankhilfe 1,5 m) und freistehende Vertikalbegrünungen sind ebenfalls förderfähig. Weitere innovative Begrünungsansätze (z.B. Moos-Beton o.Ä.) werden einzelfallbezogen auf Förderfähigkeit geprüft.



- Die Begrünung einer straßenseitigen Fassade darf den gestalterischen, straßenrechtlichen, straßenbautechnischen und verkehrlichen Belangen der Stadt Freiburg i. Br. nicht entgegenstehen. Die Belange der Barrierefreiheit sind zu beachten.
- Keine Förderung von bodengebundener Fassadenbegrünung mit Selbstklimmern (Wurzelkletterer/ Haftscheibenranker) ohne Kletterhilfe.
- Keine Sanierung vorhandener Fassadenbegrünungen.

Entsiegelung

Mit der Förderung von Entsiegelungsmaßnahmen werden freiwillige Entsiegelungen von ebenerdigen Freiflächen an Bestandsgebäuden gefördert zur:

- Wiederherstellung der natürlichen Bodenfunktion und anschließenden Begrünung (vollflächige Entsiegelung)
- Sicherstellung der bestehenden Flächennutzung (z. B. als Stellplatz oder Feuerwehrezufahrt) durch Einbau durchlässiger und begrünbarer Flächenbefestigungen (Teilentsiegelung).

Die Förderung kann zur weiteren Aufwertung der anschließenden Begrünung für mehr Biodiversität in der Stadt mit dem Förderprogramm „[Artenschutz in der Stadt](#)“ kombiniert werden.

Eine Förderung kommt nicht in Betracht, wenn der Rückbau einer versiegelten Fläche (z.B. eines Schottergarten) aufgrund einer behördlichen Anordnung vorgenommen werden muss. Von der Förderung ausgeschlossen sind – aufgrund Änderungen der rechtlichen Vorgaben für Schottergärten im Land Baden-Württemberg - jedenfalls Schottergärten, die ab dem 01. August 2020 angelegt wurden.

Förderfähige Kosten:

- Planungs-, Rückbau- und Entsorgungskosten der Entsiegelung einer vollversiegelten Fläche oder eines Schottergartens nach den anerkannten Regeln der Technik und ausgeführt durch einen anerkannten Fachbetrieb.
- Kosten für vorbereitende Maßnahmen, die im Zusammenhang mit der geplanten Entsiegelung stehen (z. B. Entrümpelungen, Abbruch von Hofmauern, Verlegung von Versorgungs- und Entsorgungsleitungen etc.).



- Planungs-, Material- und Baukosten der Wiederherstellung der natürlichen Bodenfunktion und der anschließenden Begrünung (gärtnerische Gestaltung) oder Teilversiegelung durch durchlässige und begrünbare Flächenbefestigungen nach den anerkannten Regeln der Technik und ausgeführt durch einen anerkannten Fachbetrieb.
- Bei Umsetzung in Eigenleistung: Materialkosten. Entsprechende Rechnungen müssen vorgelegt werden. Bei einer Umsetzung in Eigenleistung sind die notwendigen Arbeitsstunden nicht förderfähig. Bei der Umsetzung in Eigenleistung ist die Wahrnehmung des kostenlosen Beratungsangebots durch die Stadt im Rahmen der GebäudeGrün hoch³- Förderung verpflichtend.

Förderhöhen:

- Max. Förderung in € / m²: 80 € / m²
- Max. Förderung in % und €: 60 % der förderfähigen Kosten, max. 15.000 € pro Liegenschaft
- zusätzliche Förderung:
 - 300 € für die Pflanzung eines standortgerechten, bevorzugt gebietsheimischen Laubbaums (Stammumfang mind. 16-18 cm)
 - 100 € für die Verwendung von biodiversitätsförderndem Saatgut bestehend aus mind. 30 verschiedenen Pflanzenarten (bevorzugt gebietsheimisch z.B. Wiesendruschgut) auf einer zusammenhängenden Fläche von mind. 15 m²

Förderbedingungen:

- Förderung ab min. 500€ förderfähiger Kosten.
- Bei teilversiegelten Flächenbefestigungen: begrünter Flächenanteil (Fugen etc.) mind. 25 %. Es wird keine vollflächige Pflasterung gefördert, auch wenn die Pflastersteine eine Versickerungsfähigkeit aufweisen.
- Auf die Anforderungen an die Druckstabilität der Flächen muss bei der Entsiegelungsmaßnahme geachtet werden (Belastungsklassen).
- Aufstellflächen für die Feuerwehr müssen weiterhin uneingeschränkt nutzbar sein.
- Bei einer Entsiegelung zum Zweck der Begrünung sind die befestigten Flächen auf ein Mindestmaß zu reduzieren.
- Die Maßnahme muss in ihrer Gesamtheit aus fachlicher Sicht geeignet sein, die ökologischen und klimatischen Verhältnisse sowie den Erlebniswert des unmittelbaren Wohnumfeldes zu verbessern. Dementsprechend ist die Herstellung von Schottergärten, Steingärten o.ä. nicht förderfähig.



- Die Boden- und Grundwassergefährdung oder eine Beeinträchtigung des Menschen als Folge der Entsiegelung muss ausgeschlossen sein. Das beim Umweltschutzamt vorliegende Bodenschutz- und Altlastenkataster gibt Auskunft zur jeweiligen Fläche. Wenn eine Altlast oder eine Verdachtsfläche vorhanden ist, ist die geplante Entsiegelung im Einzelfall durch das Umweltschutzamt Fachbereich Bodenschutz vorab zu prüfen. Die Anforderungen nach § 12 Bundes Bodenschutzverordnung (BBodSchV) sind einzuhalten.
Die Auskunft kann über den folgenden Link eingeholt werden: www.freiburg.de - Service/Service A-Z Bodenschutz- und Altlastenkataster - Auskunft und Einsicht beantragen.
- Für die fachgerechte Entsorgung der entfernten Materialien ist ein Nachweis zu erbringen (Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Freiburg i. Br.).
- Keine Förderung von Holzrosten und Holzpflaster.
- Keine Förderung von Mobiliar, Spielgeräten oder aufwändig gärtnerischen Anlagen, wie z. B. Skulpturenbrunnen.

Regenwasserrückhalt / Regenwasserversickerung

Mit der Förderung von Maßnahmen zum dezentralen Regenwasserrückhalt bzw. zur Regenwasserversickerung wird die Abkopplung der Ableitung von Wasser von Dach- und Grundstücksflächen in den Kanal gefördert. Förderfähig sind die Anlage von Versickerungsmulden und Mulden-Rigolen-Systemen, sowie der Einbau von Zisternen und die notwendige Technik zur Einleitung bzw. Überlauf. Nicht förderfähig sind handelsübliche Regentonnen. Oberirdische Tanksysteme sind u.U. förderfähig, hier ist eine Beratung verpflichtend. Die Förderung gilt im Bestand sowie bei Neubauten, bei denen eine lokale Versickerung von Niederschlagswasser nicht verpflichtend vorgegeben ist (z.B. Festsetzung im Bebauungsplan oder Regelung im städtebaulichen Vertrag).

Förderfähige Kosten:

- Planungs-, Material- und Baukosten für Versickerungsmulden, Mulden-Rigolen-Systeme, Zisternen und oberirdische Tanksysteme nach den anerkannten Regeln der Technik und ausgeführt durch einen anerkannten Fachbetrieb.



- Planungs-, Material- und Baukosten für vorbereitende Maßnahmen, die im Zusammenhang mit der geplanten Regenwasserversickerung stehen (z. B. Entsiegelungen von Bodenbelägen, Bodenaufbereitung, Zuleitung und Überlauf, Bodenanalysen).
- Förderhöhen
 - Max. Förderung in % und €: 60 % der förderfähigen Kosten, max. 3.000 € pro Liegenschaft

Förderbedingungen

- Förderung ab min. 500 € förderfähiger Kosten.
- Bei Zisternen gilt ein Mindestvolumen von 1 m³ bzw. 1000 l. Ein Zisternenüberlauf in eine Versickerungsfläche auf dem Grundstück wird empfohlen.
- Anschlüsse und Zuleitungen an vorhandene Regenrinnen bzw. Regenrohre werden gefördert. Regenrinnen und Fallrohre selbst sind nicht förderfähig.
- Die Boden- und Grundwassergefährdung oder eine Beeinträchtigung des Menschen als Folge der Versickerung muss ausgeschlossen sein. Das beim Umweltschutzamt vorliegende Bodenschutz- und Altlastenkataster gibt Auskunft zur jeweiligen Fläche. Wenn eine Altlast oder eine Verdachtsfläche vorhanden ist oder auch künstliche Auffüllungen vorliegen, ist die geplante Entsiegelung bzw. Versickerung im Einzelfall durch das Umweltschutzamt Fachbereich Bodenschutz vorab zu prüfen. Die Anforderungen nach § 12 Bundes Bodenschutzverordnung (BBodSchV) sind einzuhalten.

Die Auskunft zum Bodenschutz_ und Altlastenkataster kann über den folgenden Link eingeholt werden: Service A-Z - www.freiburg.de - Service/Service A-Z Bodenschutz- und Altlastenkataster - Auskunft und Einsicht beantragen.

Die Grundsätze der Stadt Freiburg zur Ausführung sind einzuhalten:
https://www.freiburg.de/servicebw/Merkblatt_01_Versickerung.pdf

3. Wer kann eine Förderung erhalten? - Antragsberechtigung

Für die Förderung von Maßnahmen der Dach- und Fassadenbegrünung sowie Entsiegelung sind folgende natürliche und juristische Personen antragsberechtigt:



- Eigentümer*innen und Eigentümergemeinschaften von Gebäuden und Grundstücken
- Erbbauberechtigte, Mieter*innen und Mietergemeinschaften, Interessensgruppen (Vereine, Initiativen) mit Zustimmung des Grundstückseigentümers bzw. der Grundstückseigentümerin
- Unternehmen
- Städtische Gesellschaften.

4. Wie wird ein Antrag gestellt? - Fristen und Verfahren

Fristen und Ablauf

Anträge müssen vor Umsetzung der Maßnahmen gestellt und bewilligt werden. Schon umgesetzte Maßnahmen können nachträglich nicht mehr gefördert werden.

Es wird empfohlen, vor Antragsstellung eine kostenlose, standardisierte Beratung beim Umweltschutzamt der Stadt Freiburg i.Br. in Anspruch zu nehmen (s. 2. Förderfähige Maßnahmen). Wird die Maßnahme anschließend bewilligt, kann sie umgesetzt werden. Nach Bewilligung eines Antrags beträgt die Frist zur Maßnahmenumsetzung 12 Monate, danach verfällt die erteilte Bewilligung. Bei Interesse kann in diesem Fall ein neuer Förderantrag gestellt werden. Wird die Maßnahme fristgerecht umgesetzt, sind spätestens nach 3 Monaten die Verwendungsnachweise zu erbringen und mit dem Auszahlungsantrag an die Stadt Freiburg zu schicken, um die bewilligten Fördermittel zu erhalten.

Antrags- und Bewilligungsverfahren

Anträge zur Förderung der genannten Maßnahmen sind auf den entsprechenden Formblättern beim Umweltschutzamt der Stadt Freiburg i.Br. einzureichen. Folgende Unterlagen sind einzureichen:

- ausgefülltes Antragsformular
- Lageplan (1:500) oder maßstäbliche Skizze mit Maß- und Flächenangaben,
- Angebot mit detaillierter Kostenaufstellung
- Nachweis der Eigentumsverhältnisse (i. d. R. Grundbuchauszug)
- Erläuterung des Vorhabens, aus der die beabsichtigte Gestaltung ersichtlich ist und die eine ausreichende Prüfung der geplanten Maßnahmen ermöglicht
- Fotodokumentation der Ausgangssituation bei Bestandsgebäuden (Zustimmung zur Verwendung der Fotos durch die Stadt Freiburg i. Br.)



- Nachweis der Eignung des ausführenden Fachbetriebs über eine Referenzliste mit vergleichbaren Projekten
- ggf. Vollmacht bzw. Nachweis der Berechtigung, falls der Antrag nicht von Eigentümer*in gestellt wird.
- ggf. erforderliche behördliche Genehmigungen (z. B. bei Gebäuden unter Denkmalschutz)

Die Stadt kann eine andere Stelle mit der Aufgabenwahrnehmung beauftragen. Eine solche Beauftragung soll öffentlich bekannt gemacht werden.

Anträge werden erst bearbeitet, wenn alle Angaben und Anlagen vorliegen. Anträge die unvollständig sind oder sonstige Mängel aufweisen werden nur unter dem Vorbehalt der Ergänzung und Überarbeitung entgegengenommen. Wenn sie danach innerhalb von drei Monaten nach Antragseingang nicht vollständig und nicht mängelfrei sind, werden die Anträge unbearbeitet zurückgegeben.

Die gewährten Fördermittel werden nach Realisierung der Maßnahme und Vorlage der erforderlichen Verwendungsnachweise ausbezahlt. Eine nachträgliche Erhöhung der bewilligten Fördermittel ist nicht möglich.

Die Stadt Freiburg i. Br. oder die von ihr beauftragte Stelle sind berechtigt einen Ortstermin zur Überprüfung der Angaben des Antragsstellers vorzunehmen.

Verwendungsnachweis / Auszahlungsantrag

Als Verwendungsnachweis müssen folgende Unterlagen beim Umweltschutzamt spätestens 3 Monate nach erfolgter Umsetzung der Maßnahme eingereicht werden:

- Ausgefülltes Formular des Verwendungsnachweises
- Kopie der Rechnungen
- Fotos der Realisierung der Maßnahme (vor der Maßnahme, während der Anlage und Ergebnis)

Die Verwendung der Zuschüsse ist durch die Vorlage der Rechnungsbelege (für Material und Produkte und Umsetzung durch einen Fachbetrieb) nachzuweisen. Der Verwendungsnachweis ist mit dem Auszahlungsantrag einzureichen.



5. Allgemeine Fördervoraussetzungen

- Gefördert werden nur freiwillige Maßnahmen.
- Vor Bewilligung des Zuschusses darf nicht mit der Maßnahme begonnen werden (als Beginn zählt der Abschluss eines Leistungs- oder Liefervertrags). Ausgenommen von dieser Regelung ist die Beauftragung eines Statikers zur Eignungsprüfung.
- Die Finanzierung der Maßnahme ist insgesamt sicherzustellen.
- Jede Maßnahme (Dachbegrünung, Fassadenbegrünung, Entsiegelung) kann nur einmal pro Liegenschaft und Jahr gefördert werden.
- Eine Kombination der Förderbausteine (Dachbegrünung, Fassadenbegrünung, Entsiegelung, dezentraler Regenwasserrückhalt) pro Liegenschaft ist möglich. Die maximale Förder-summe ist hierbei jedoch auf 25.000 € begrenzt.
- Die Planung und Umsetzung der geförderten Maßnahme muss nach den anerkannten Regeln der Technik (u. a. DIN-Normen, FLL-Richtlinien) stattfinden und auf die baulichen Gegebenheiten abgestimmt sein.
- Die Planung und Umsetzung der geförderten Maßnahme muss durch einen anerkannten Fachbetrieb stattfinden. Die Eignung des Fachbetriebs muss bei Antragsstellung nachgewiesen werden. Soll die Umsetzung in Eigenleistung stattfinden, ist eine vorherige kostenlose Beratung durch das Umweltschutzamt der Stadt Freiburg verpflichtend wahrzunehmen.
- Bei der Bauausführung sind Materialien zu verwenden, die in Bezug auf ihre Gewinnung, Verarbeitung, Funktion und Entsorgung keine umweltbelastende Wirkung auslösen.
- Bei der Substratwahl sind das Düngemittelgesetz und die Düngemittelverordnung zu beachten sowie die Bestimmungen nach den FLL-Richtlinien. Es darf kein Torf eingesetzt werden.
- Öffentlich-rechtliche Vorschriften dürfen durch die Maßnahmen nicht verletzt werden.
- Die Gewährung eines Zuschusses ersetzt notwendige öffentlich- oder privat-rechtliche Genehmigungen nicht. Erforderliche Genehmigungen sind bis zur Bewilligung vorzulegen.
- Naturdenkmale oder gemäß der Baumschutzsatzung geschützte Bäume dürfen nicht beeinträchtigt werden.
- Bei einer Entsiegelung muss eine Boden- und Grundwassergefährdung als Folge ausgeschlossen sein. Für zu entsiegelnde Flächen, die sich in Wasserschutzzonen befinden, ist eine Genehmigung der Wasserschutzbehörde vorzulegen.
- Die rechtlichen Vorgaben des Denkmalschutzes und des besonderen Artenschutzes sind zu berücksichtigen (https://www.freiburg.de/pb/site/Freiburg/get/params_E-347004647/1449146/2018_04_Artenschutzflyer.pdf). Auskunft finden Sie im Denkmalsbuch ([Denkmalsbuch - Einsicht nehmen - Serviceportal Baden-Württemberg](#)) und bei der



zuständigen Denkmalschutzbehörde: [Service A-Z - www.freiburg.de](http://www.freiburg.de) - [Service/Service A-Z Denkmalschutz - Denkmalrechtliche Genehmigung beantragen](#).

- Die geförderte Maßnahme darf nicht zum Anlass einer Mieterhöhung genommen werden.
- Die geförderte Maßnahme ist für die Dauer von min. 10 Jahren ab Fertigstellung zu pflegen und zu unterhalten. Geförderte Baumneupflanzungen sind dauerhaft zu erhalten und bei Abgang zu ersetzen.
- Nach Umsetzung der Maßnahme sollen dem Umweltschutzamt in den ersten drei Jahren jedes Jahr mind. zwei Fotos zur Verfügung gestellt werden, so dass auch die Entwicklung der Flächen beobachtet werden kann.
- Der Antragssteller ist verpflichtet, den Mitarbeitenden der Stadt Freiburg i. Br. bzw. von ihr beauftragten Dritten zu ermöglichen, die ordnungsgemäße Ausführung durch Ortsbesichtigungen zu überprüfen. Hierfür ist der Zutritt zu gewähren.
- Der Antragssteller gestattet den Mitarbeitenden der Stadt Freiburg i. Br. bzw. von ihr beauftragten Dritten die fotografische Aufnahme der geförderten Maßnahme und die Verwendung der Fotos zum Zwecke der Veröffentlichung.
- Die Antragsteller geben ebenso ihr Einverständnis für etwaige Kartierungen oder Begutachtungen der Flächen bzw. Maßnahmen nach deren Umsetzung, die selbstverständlich immer in Abstimmung mit Ihnen als Eigentümer bzw. Mieter stattfinden.
- Der Antragsteller muss sämtliche Verpflichtungen, die mit der Zuschussgewährung verbunden sind, auf seine Rechtsnachfolger übertragen und diese für den Fall der Weiterveräußerung entsprechend verpflichten.
- Abweichungen von der Richtlinie sind nur in begründeten Fällen möglich und sind vor Beginn der Maßnahme abzustimmen und vom Umweltschutzamt der Stadt Freiburg schriftlich zu genehmigen.
- Der Zuschuss ist zurückzuzahlen, wenn die eingegangenen Verpflichtungen nicht eingehalten werden oder gegen die Richtlinie verstoßen wird.
- Die Kommunalfördermittel können mit anderen Fördermitteln der Stadt Freiburg (z. B. Förderprogramm „Klimafreundlich Wohnen“ sowie „Artenschutz in der Stadt“) kumuliert werden soweit dies nicht von anderen Fördergebern ausgeschlossen oder eingeschränkt wird.

Allgemeine Ausschlusskriterien einer Förderung

- Maßnahmen, die aufgrund von Gesetzen, Verordnungen oder Satzungen vorgeschrieben sind (z. B. Festsetzungen in Bebauungsplänen, Pflanzverpflichtungen nach der Baumschutzsatzung, Pflanzgebote nach LBO § 9 Abs.1 sowie Kompensationsverpflichtungen nach dem BNatschG § 15.).
- Maßnahmen, die aufgrund von behördlichen Anordnungen durchgeführt werden müssen.



- Maßnahmen, die den bauplanungsrechtlichen oder bauordnungsrechtlichen Vorschriften entgegenstehen.
- Maßnahmen, welche vorhandene oder baurechtlich erforderliche Anlagen wie z. B. Kinderspielflächen, PKW-Stellplätze oder Geh-, Fahr- und Leitungsrechte beeinträchtigen
- Maßnahmen, für die die notwendigen Genehmigungen und Erlaubnisse nicht vorliegen.
- Maßnahmen, von denen nachteilige Wirkungen für Mensch und Umwelt (u. a. Boden, Grundwasser) ausgehen können.
- Wiederherstellung vorhandener Gründächer, begrünter Fassaden oder entsiegelter Flächen bei Sanierungen, sofern der Ursprungszustand nicht deutlich optimiert wird.

6. Widerrufsmöglichkeiten

Die Stadt Freiburg fördert Projekte, solange Fördermittel im Haushalt zur Verfügung stehen. Ein Rechtsanspruch auf Bewilligung besteht nicht.

Die bewilligte Förderung kann ganz oder teilweise widerrufen werden, wenn die Maßnahmen nicht entsprechend den Anforderungen ausgeführt worden sind, der Antragsteller die erforderlichen Nachweise innerhalb der Frist nicht vorlegt oder der Zuschuss aufgrund unvollständiger oder unrichtiger Angaben gewährt wurde.

Bei einer Förderungsbewilligung aufgrund unrichtiger Angaben werden die Antragsteller außerdem zur Erstattung anfallender Kosten wie z.B. die Kosten der Antragsbearbeitung, die Kosten der Überprüfung durch eigenes Personal oder durch Dritte oder die für eine Ortsbegehung entstandenen Fahrtkosten herangezogen. Rückforderungen und Verzinsungen erfolgen nach Maßgabe des § 49a Landesverwaltungsverfahrensgesetzes. Für den Widerruf können Gebühren nach der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt erhoben werden.

7. Datenschutz und Nutzung der Ergebnisse

Die Interessen der Antragsteller am Schutz persönlicher Daten werden von der Stadt Freiburg gewahrt. Daten (z. B. Fotos der Maßnahmen) werden in anonymisierter Form für die Öffentlichkeit verwendet. Die Stadt Freiburg ist berechtigt, Ergebnisse aus den geförderten Maßnahmen kostenlos für eigene Zwecke zu nutzen. Sofern eine geförderte Maßnahme eine besondere Bedeutung für die Stadt Freiburg hat, ist sie nach erteilter Zustimmung durch den Zuwendungsempfänger berechtigt, über diese Maßnahme auch mit Namensnennung und Bild zu berichten.



8. Hinweise zum Steuerrecht

Arbeitskosten für Investitionsmaßnahmen, die mit einem Zuschuss durch dieses Programm finanziert werden, können nicht mehr im Rahmen der Einkommensteuererklärung gemäß § 35 a EStG steuermindernd geltend gemacht werden.

Die Finanzbehörde erhält Nachricht über die Zuschusszahlung bei Beträgen von mehr als 1.500.- €, da die Stadt Freiburg gemäß der Mitteilungsverordnung dazu verpflichtet ist. Fragen hierzu sind mit der Finanzbehörde zu klären.

9. Inkrafttreten

Die aktualisierte Richtlinie tritt am 25.11.2025 in Kraft und ersetzt die Richtlinie vom 15.06.2021



10. Übersicht der förderfähigen Maßnahmen, Förderkriterien und Förderhöhen

Geförderte Maßnahme	Förderbedingungen (Auszug)	Förderhöhe	Kombinationsmöglichkeit
<i>Dachbegrünung</i> <Grundförderung>	<ul style="list-style-type: none"> - Förderung ab min. 500 € förderfähiger Kosten - Bestandsgebäude: Substratdicke min. 8 cm - Neubauten: Substratdicke min. 12 cm - Artenreiche Bepflanzung - Keine Förderung auf Neubauten mit verpflichtender Dachbegrünung - Sanierung vorhandener Gründächer nur bei Verbesserung des Zustands (Nutzung der Zusatzmodule) 	<ul style="list-style-type: none"> - Max. 60 € / m² - Max. 60 % der förderfähigen Kosten oder 15.000 € pro Liegenschaft - 100 € für die Verwendung von biodiversitätsförderndem, bevorzugt gebietsheimischen Saatgut - vorwiegend Kräutern und Gräsern zur Erhöhung der Verdunstungsleistung - auf mind. 15 m² 	<ul style="list-style-type: none"> - Mit allen zusätzlichen Fördermodulen der Dachbegrünung
<i>Dachbegrünung</i> <Intensivbegrünung>	<ul style="list-style-type: none"> - Min. 30 cm Substratdicke - Vielfältige Bepflanzung mit Stauden und Gehölzen - Anteil nicht begrünter Dachfläche max. 20 % 	<ul style="list-style-type: none"> - 45 € / m² - Max. 5.000 € pro Liegenschaft 	<ul style="list-style-type: none"> - Zusätzliches Fördermodul Retentionsgründach
<i>Dachbegrünung</i> <Solar-Gründach>	<ul style="list-style-type: none"> - Auflastgehaltes Solar-Gründachsystem (ohne Durchdringung der Dachhaut) - Vollflächige Ausbringung der Dachbegrünung 	<ul style="list-style-type: none"> - 20 € / m² Bruttokollektorfläche/ -modulfläche - Max. 2.000 € pro Liegenschaft 	<ul style="list-style-type: none"> - Förderprogramm „Klimafreundlich Wohnen“



	<ul style="list-style-type: none"> - Substrat und Pflanzenauswahl speziell angepasst auf die darüber befindliche Solaranlage - Abstand zwischen Solarmodulen und Substratoberfläche von min. 20 cm - Abstand zwischen den Solarmodul- bzw. Solarmoduldoppelreihen von min. 50 cm (für Wartungswege) 		- Zusätzliches Fördermodul Retentionsgründach
<i>Dachbegrünung</i> <Biodiversitätsgründach>	<ul style="list-style-type: none"> - Min. 12 cm Substratdicke - Artenreiche Bepflanzung (min. 25 verschiedenen Pflanzenarten. - Punktuelle Substratanhügelungen - Aufwertung der Dachbegrünung durch weitere „Biodiversitätsstrukturen auf ca. 30 % der Dachfläche 	<ul style="list-style-type: none"> - 25 € / m² - Max. 5.000 € pro Liegenschaft 	- Zusätzliches Fördermodul Retentionsgründach
<i>Dachbegrünung</i> <Retentionsgründach>	<ul style="list-style-type: none"> - Erhöhung der Abflussverzögerung und Wasserspeicherung durch technisch-konstruktive Elemente - Zusätzlicher Retentionsraum von min. 60 l / m² - Vollflächige Begrünung über dem Retentionsdach 	<ul style="list-style-type: none"> - 45 € / m² - Max. 5.000 € pro Liegenschaft 	- Zusätzliches Fördermodul Retentionsgründach
<i>Fassadenbegrünung</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Förderung ab min. 500 € förderfähiger Kosten 	<ul style="list-style-type: none"> - Max. 60 % der förderfähigen Kosten oder 15.000 € pro Liegenschaft 	- Förderprogramm „Artenschutz in der Stadt“



	- Keine Förderung von bodengebundener Fassadenbegrünung mit Selbstklimmern ohne Kletterhilfe		
<i>Entsiegelung</i>	- Förderung ab min. 500 € förderfähiger Kosten	<ul style="list-style-type: none"> - max. 80 € / m² - Max. 60 % der förderfähigen Kosten oder 15.000 € pro Liegenschaft - 300 € für die Pflanzung eines Laubbaums - 100 € für die Verwendung von biodiversitätsförderndem, bevorzugt gebietsheimischen Saatgut auf mind. 15 m² 	- Förderprogramm „Artenschutz in der Stadt“
<i>Regenwasserrückhalt / Regenwasserversickerung</i>	- Förderung ab min. 500 € förderfähiger Kosten	- Max. Förderung in % und €: 60 % der förderfähigen Kosten, max. 3.000 € pro Liegenschaft	- Förderprogramm „Artenschutz in der Stadt“



Förderzeitraum	2021 - 2024	Evaluation	Ab 25.11.2025
Jahresbudget	100.000 €	► Eine Änderung im Jahresbudget ist aktuell nicht notwendig.	100.000 €
Förderquote	50 %	► Eine höhere Förderquote bietet einen stärkeren Anreiz zur Begrünung.	60 %
Max. Fördersumme	5.000 €	► Eine höhere maximale Antragssumme macht Begrünungsprojekte größeren Umfangs attraktiver.	15.000 € + Zusatzmodule max. 5.000 €

Übersicht über die wesentlichen Aktualisierungen des Förderprogramms „GebäudeGrün hoch³“



Förderzeitraum	2021 - 2024	Evaluation	Ab 25.11.2025
Fördersätze			<i>Ab mind. 500 € förderfähigen Kosten</i>
Dachbegrünung	25 €/m ²	<p>► Eine Anhebung der Fördersätze pro m² entspricht den gestiegenen Baukosten.</p> <p>► Auch die Förderbedingungen für die Fassadenbegrünung werden mit der Übernahme von 60 % der Gesamtkosten und einer Erhöhung der Maximalfördersumme pro Liegenschaft deutlich verbessert</p> <p>Neuer Förderbaustein, um Problematik zunehmender Trockenheit sinnvoll zu begegnen</p>	60 €/m ²
Zusatzmodul Intensivbegrünung	+ 20 €/m ² - max. 2.000 €		+ 45 €/m ² - max. 5.000 €
Zusatzmodul Retentionsgründach	+ 10 €/m ² - max. 1.000 €		+ 45 €/m ² - max. 5.000 €
Zusatzmodul Biodiversitätsgründach	+ 10 €/m ² - max. 2.000 €		+ 25 €/m ² - max. 5.000 €
Zusatzmodul Solargründach	+ 5 €/m ² - max. 1.000 €		+ 20 €/m ² - max. 5.000 € ¹
Fassadenbegrünung	Keine Angabe pro m ²		Keine Angabe pro m ²
Entsiegelung	40 €/m ²		80 €/m ²
Regenwasserrückhalt / Regenwasser-versickerung	Neuer Förderbaustein		max. 3.000 €

¹ Die Förderung kann mit dem Förderprogramm „Klima-freundlich Wohnen“ kombiniert werden.

BESCHLUSSVORLAGE

Dezernat / Amt	Verantwortlich	Tel.Nr.	Datum
III / Kulturamt	Frau Maier	2100	05.11.2025

Betreff:**Ausstellungshonorare – Richtlinien zur Vergabe**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Öff.	N.Ö.	Empfehlung	Beschluss
1. KA	13.11.2025	X		X	
2. HFA	17.11.2025	X		X	
3. GR	25.11.2025	X			X

Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO): nein

Abstimmung mit städtischen Gesellschaften: nein

Finanzielle Auswirkungen: ja, siehe Vorlage

Auswirkungen auf den Klima- und Artenschutz: nein

Beschlussantrag:

Der Gemeinderat beschließt das Förderkonzept Ausstellungshonorare im Bereich Bildende Kunst gemäß Ziffer 3 der Drucksache G-25/163.

1. Ausgangslage

Mit der Verabschiedung des Doppelhaushalt 2025/2026 hat der Gemeinderat einen Fördertopf für Ausstellungshonoraren in der Bildenden Kunst eingeführt. Hierfür stehen ab dem Jahr 2026 jährlich 50.000,00 € zur Verfügung. Mit der Erarbeitung eines Förderkonzepts für die Mittelverwendung wurde das Kulturamt beauftragt.

2. Sachstand

Die Verbesserung der sozialen Lage von Künstler*innen und faire Honorierungen im Kulturbetrieb sind wichtige Anliegen des Gemeinderats der Stadt Freiburg wie auch der Kulturverwaltung, was auch im Grundsatz 2 des beschlossenen Strategiepapiers zur nachhaltigen Ausrichtung der kommunalen Kunst- und Kulturförderung festgehalten ist (Drucksache G-24/041). Aktuell liegt das durchschnittliche Jahreseinkommen eines*r bildenden Künstler*in laut Künstlersozialkasse nur knapp über der Armutsgrenze. Ausstellungshonorare stellen somit eine Möglichkeit dar, diesem Missstand in Teilen entgegenzuwirken. In den vergangenen Jahren wurde dieses bereits erfolgreich in anderen Kommunen und Bundesländern eingeführt und praktiziert, so dass die Stadt Freiburg hier auf erprobte Modelle zurückgreifen kann.

Zugleich ist bei der Einführung von Ausstellungshonoraren auch die Solidarität unter den Bildenden Künstler*innen gefragt. Die Honorare sollen darauf abzielen, in erster Linie professionell arbeitende Künstler*innen zu fördern, die ihren Lebensunterhalt hauptsächlich durch ihre künstlerische Arbeit verdienen.

3. Förderkonzept Ausstellungshonorare

Die Ausstellungshonorare sollen an Freiburger Einrichtungen vergeben werden, die im Bereich Bildende Kunst institutionell gefördert sind sowie an Vereine und Off-Spaces, die regelmäßig durch die Projektförderung im Sachgebiet Bildende Kunst unterstützt werden. Die Ausstellungshonorare berücksichtigen keine Produktions-, Transportkosten, Auf- und Abbaukosten etc. Somit ist es erstrebenswert, wenn über die Ausstellungshonorare hinaus weitere Vergütungen durch die jeweiligen Institutionen erfolgen.

3.1 Was wird gefördert

Aus diesem Förderbudget sollen professionell arbeitende Bildende Künstler*innen ein Honorar für die Bereitstellung ihrer künstlerischen Werke in temporären, kuratieren Ausstellungen in Freiburg erhalten.

Als Kunstwerke sind hierbei alle Äußerungen zu verstehen, die bei einer kuratierten Ausstellung gezeigt werden und der Bildenden Kunst zugeordnet werden können. Vergütet werden somit Installationen, Film- und Videoarbeiten, Malerei, Grafik, Zeichnung, Fotografie und Skulptur etc. Im Rahmen von Ausstellungen können auch Performances und Aktionen berücksichtigt werden. Keine Anträge können beispielsweise für musikalische Beiträge, Lesungen oder wissenschaftliche Vorträge gestellt werden.

3.2 Wer wird gefördert

Die Ausstellungshonorare dienen der Förderung professioneller Bildender Künstler*innen in Freiburg.

Kriterien für eine professionelle Tätigkeit sind insbesondere

- ein abgeschlossenes oder laufendes Studium an einer staatlich anerkannten künstlerischen Hochschule in Deutschland oder einer gleichwertigen Institution im Ausland
- der Nachweis künstlerischer Tätigkeit etwa durch regelmäßige Ausstellungstätigkeit, Publikationen, Auszeichnungen, Stipendien, Webpräsenz

Im Rahmen eines Abschlusses öffentlich gezeigte Werke (wie etwa Diplomausstellungen) können nicht berücksichtigt werden.

Das Kulturamt kann bei Bedarf vor Vergabe der Förderung Nachweise für die Professionalität einfordern.

Antragsberechtigte

Antragsberechtigt sind Institutionen, die durch das Kulturamt der Stadt Freiburg im Bereich Bildender Kunst institutionell gefördert werden oder Akteur*innen, die eine verstetigte Projektförderung (mindestens seit drei Jahren in Folge; insbesondere Jahresprogramme von Off-Spaces) erhalten.

Nicht antragsberechtigt sind

- a) städtische Einrichtungen mit einem eigenen Etat,
- b) Institutionen zur künstlerischen Ausbildung,
- c) Einzelkünstler*innen

Für die „Morat-Halle Nord“ übernimmt das Kulturamt die Berechnung und Auszahlung der Ausstellungshonorare an die durch die Kommission ausgewählten Künstler*innen.

Darüber hinaus gelten folgende Voraussetzungen:

- Die ausgestellten künstlerischen Arbeiten müssen überwiegend im Eigentum der Künstler*innen sein
- Die Arbeiten müssen im Rahmen der Präsentation für mindestens vier Wochen öffentlich zugänglich sein. Performances, Aktionen, etc. können als Dokumentationen in die jeweilige Ausstellung integriert werden
- Die beteiligten Künstler*innen müssen für das Honorar eine Rechnung an die jeweilige Einrichtung stellen können

Die Antragstellenden versichern die Einhaltung der genannten Kriterien. Deren Nichteinhaltung kann eine Rückforderung der Fördermittel nach sich ziehen.

3.3 Art und Höhe der Förderung

Zuwendungen aus dem Budget für Ausstellungshonorare werden an die antragstellenden Einrichtungen zur weiteren Ausreichung an die Künstler*innen (nach Rechnungsstellung) vergeben.

Die Gesamthöhe der Zuwendung ergibt sich aus der jährlichen Ausstellungsplanung der jeweiligen Einrichtungen. Die Höhe der einzelnen Ausstellungshonorare bemisst sich an der Anzahl der beteiligten Künstler*innen. Pro Einrichtung können Vergütungen für maximal vier Ausstellungen pro Jahr beantragt werden, abhängig von der Gesamtfördersumme und der Gesamtanzahl der Anträge. Alle angegebenen Beträge sind Bruttobeträge (d. h. inkl. Mehrwertsteuer) und inklusive der Künstlersozialkasse (KSK)-Beiträge.

Daraus ergeben sich gestaffelt nach der Anzahl der beteiligten Künstler*innen folgende Ausstellungshonorare:

	EUR inkl. Mehrwertsteuer
Einzelausstellung	1.260,00
2 bis 3 Künstler*innen	je 420,00
4 bis 6 Künstler*innen	je 262,50
7 bis 10 Künstler*innen	je 105,00

3.4 Förderverfahren

Die Förderanträge für Ausstellungshonorare können jeweils im Vorjahr von den Einrichtungen online beim Kulturamt der Stadt Freiburg eingereicht werden. Das entsprechende Förderformular kann auf der Homepage des Kulturamts abgerufen werden.

Für den erstmaligen Förderzeitraum 2026 muss der Antrag bis zum 15.02.2026 beim Kulturamt eingegangen sein. Für die folgenden Kalenderjahre ist die Frist 31. Oktober des Vorjahres. Die Antragsfristen sind Ausschlussfristen. Verspätete Einreichungen können nicht berücksichtigt werden.

Auf Grundlage der eingereichten Aufstellung wird nach den unter Punkt 3.3 genannten Vergütungspauschalen die Höhe der Zuwendung bewilligt. Ein Anspruch auf Förderung besteht nicht. Die Entscheidung erfolgt im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel.

Die Zuwendung wird zweckgebunden für die Ausstellungshonorare bewilligt. Die Auszahlung und den Nachweis der Zuwendung regelt der Zuwendungsbescheid.

Sollten die Mittel der Ausstellungshonorare für die genannten Antragsberechtigten im Förderzeitraum nicht vollständig ausgeschöpft werden, stehen die verbleibenden Mittel zur Vergabe von Honoraren an Künstler*innen vornehmlich im Rahmen der Projektförderung im Sachgebiet Bildende Kunst zur Verfügung.

4. Ausblick

Mit der Förderung von Ausstellungshonoraren geht die Stadt Freiburg einen entscheidenden Schritt, um die Arbeitsbedingungen von Bildenden Künstler*innen nachhaltig zu verbessern – ganz im Sinne der im Kulturlabor verankerten kulturpolitischen Grundsätze. Mit dem hier vorgestellten Förderkonzept möchte das Kulturamt eine faire und transparente Verteilung der Gelder an die Künstler*innen gewährleisten. Die Erfahrungen aus den Förderrunden in 2026 und 2027 werden in den weiteren Antragsprozess einfließen, um diesen fortlaufend zu optimieren.

- Bürgermeisteramt -

BESCHLUSSVORLAGE

Dezernat / Amt	Verantwortlich	Tel.Nr.	Datum
III / Museen Freiburg	Frau Dr. Götzmann	2500	05.11.2025

Betreff:

Änderung der Eintrittspreise für das Augustinermuseum und für das Tagesticket Museen Freiburg

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Öff.	N.Ö.	Empfehlung	Beschluss
1. KA	13.11.2025		X	X	
2. HFA	17.11.2025	X		X	
3. GR	25.11.2025	X			X

Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO): nein

Abstimmung mit städtischen Gesellschaften: nein

Finanzielle Auswirkungen: ja, siehe Anlage

Auswirkungen auf den Klima- und Artenschutz: nein

Beschlussantrag:

- Der Gemeinderat beschließt gemäß Drucksache G-25/171, Ziffer 3, den Eintritt für das Augustinermuseum und für das Tagesticket Museen Freiburg (gültig für das Augustinermuseum und alle weiteren Museen Freiburg) ab dem 09.03.2026 auf 12,00 €, den ermäßigten Preis auf 8,00 €, festzusetzen.
- Der Gemeinderat stimmt gemäß Drucksache G-25/171, Ziffer 5, zu, dass der Eintritt in das Augustinermuseum zur Eröffnung vom 28.02.2026 bis 08.03.2026 frei ist.

Anlage:
Finanzielle Auswirkungen

1. Ausgangslage

Mit Drucksache G-19/105 wurde im Zuge der Anpassung der Eintrittspreise in den Museen Freiburg beschlossen, zur Eröffnung des 3. Bauabschnitts (BA) im Augustinermuseum den Preis für das Augustinermuseum und für das Tagesticket auf 10,00 € anzuheben. Der ermäßigte Preis sollte dann 7,00 € betragen. Das Tagesticket gilt für alle Museen Freiburg.

Mit Drucksache G-22/067 wurde der freie Eintritt für junge Menschen bis 27 Jahre eingeführt, der Preis für ein Tagesticket/Eintritt Augustinermuseum ab dem 01.05.2022 auf 8,00 € erhöht und der ermäßigte Preis auf 6,00 € festgelegt. Mit der Eröffnung des 3. BA sollten dann wie oben ausgeführt weiterhin die in Drucksache G-19/105 festgelegten Preise gelten.

Die vorliegende Drucksache nimmt Bezug auf die mit der Wiedereröffnung verbundenen Erweiterungen des Augustinermuseums: eine deutlich vergrößerte Ausstellungsfläche, neue Dauer- und Wechselausstellungsräume, eine modernisierte Infrastruktur sowie eine stärkere Sichtbarkeit der Sammlungen. Diese Neuerungen steigern die Attraktivität des Hauses erheblich. Gleichzeitig wird die Preisentwicklung seit 2019 berücksichtigt. Die Wiedereröffnung ist für Ende Februar 2026 vorgesehen.

2. Grundlagen

Das mit der Preisreform 2010 (Drucksache G-09/035) eingeführte System hat sich bewährt. Kern ist, dass die Eintrittskarte des Augustinermuseums zugleich für alle weiteren städtischen Museen gilt und damit ein attraktives Kombiticket bietet. Im regionalen und überregionalen Vergleich liegt Freiburg mit seinen Eintrittspreisen weiterhin im unteren bis mittleren Bereich (z. B. Vitra Design Museum, Weil am Rhein: 16,00 €, Fondation Beyeler, Basel: 30 CHF).

Etabliert hat sich zudem der grenzüberschreitende Museums-PASS-Musées, über den ein erheblicher Teil der Besucherinnen und Besucher freien Eintritt erhält. Im Gegenzug erhalten die Museen über die Geschäftsstelle in Basel einen Anteil der Eintrittsgelder und profitieren so vom internationalen Kulturtourismus.

Als kostengünstige Alternative besteht weiterhin die Jahreskarte der Freiburger Museen für 30,00 €, die intensive Teilhabe zu einem bewusst niedrigschwelligen Preis ermöglicht. Sie richtet sich insbesondere an Bürger*innen der Stadt, die die Museen regelmäßig besuchen möchten.

Besonders erfolgreich ist auch die Regelung des freien Eintritts bis 27 Jahre: 2024 nutzten 63.994 junge Menschen dieses Angebot. Demgegenüber wurde das reguläre Tagesticket 24.507 Mal erworben, in 12.323 Fällen verbunden mit weiteren Besuchen im Verbund. Diese Zahlen belegen, dass das Preissystem sowohl den Zugang junger Zielgruppen fördert als auch Mehrfachbesuche innerhalb der städtischen Museen anregt.

3. Aktualisierung der Eintrittspreise

Die 2019 beschlossene Anpassung beruhte auf dem damaligem Planungs- und Inflationsstand. Aufgrund der seither eingetretenen zeitlichen Verzögerung und der damit verbundenen allgemeinen Preissteigerungen ist eine erneute Festlegung der Eintrittspreise erforderlich. Der vom Gemeinderat 2019 (Drucksache G-19/105) zur Eröffnung des 3. Bauabschnitts im Augustinermuseum beschlossene reguläre Eintrittspreis von 10,00 € (ermäßigt 7,00 €) soll daher aufgehoben und ein neuer Eintrittspreis vorgeschlagen werden. Die übrigen Preise und Ermäßigungen (z. B. freier Eintritt bis 27 Jahre) bleiben hiervon unberührt.

	Bisher gemäß Drucksache G-19/105 ab Eröffnung 3. BA		Neu ab 09.03.2026	
	regulär	ermäßigt	regulär	ermäßigt
Augustinermuseum / Tagesticket Museen Freiburg	10,00 €	7,00 €	12,00 €	8,00 €

4. Finanzielle Auswirkungen

Im Jahr 2024 haben 142.750 Besucher*innen das Augustinermuseum besucht. Davon sind 27.188 Zahlende – ohne Museumspasseintritte (diese Einnahmen gehen über den Museumspass und erhöhen sich durch unsere Eintrittspreiserhöhung folglich nicht) und Besuchende im Rahmen der Museumspädagogik (gehen über die preislich unveränderten Führungsgebühren). Ebenso beinhalten die Besuchszahlen Konzertbesuchende, Museumsnachtbesuchende, Besuche mit dem Jahresticket der Museen Freiburg etc. – die ebenfalls nicht von der Erhöhung tangiert sind. Dazu kommen die vom Gemeinderat beschlossenen Befreiungstatbestände wie z. B. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis 27 Jahre, die kostenlosen Eintritt erhalten. Oder desgleichen auch Besuchende mit dem Freiburg-Pass, der Familiencard, Begleitpersonen Inklusion usw.

Die Besuchszahlen der Museen Freiburg insgesamt haben 2024 ein Rekordniveau von 325.726 Besuchende erreicht. Die Eintrittsgelder des Augustinermuseums (AM), die über das Tagesticket erwirtschaftet werden konnten, betrugen im Jahr 2024 rd. 200.000,00 €. Aufgrund der Erhöhung der Eintrittspreise sowie einer voraussichtlichen Erhöhung der Besucherzahl im AM aufgrund der Eröffnung des 3. BA gehen wir davon aus, dass wir im Jahr 2026 ab 09.03.2026 Mehreinnahmen i. H. v. 40.000,00 € und im

Jahr 2027 i. H. v. 50.000,00 € generieren werden. Die tatsächliche Entwicklung bleibt abzuwarten.

Zu berücksichtigen ist, dass insbesondere in 2026 aufgrund der Ressourcenbindung für die Einrichtung und Eröffnung des 3. BA die Bespielung der Ausstellungshalle für Sonderausstellungen im Augustinermuseum reduziert sein wird, was sich auf den Ticketverkauf auswirken kann.

5. Freier Eintritt in das Augustinermuseum zur Eröffnung am 28.02.2026

Angesichts der langen Schließzeit des Klostergebäudes wird vorgeschlagen, zur Eröffnung des Augustinermuseums als Gesamtgebäude in der Woche vom 28.02. bis 08.03.2026 freien Eintritt zu gewähren. Dieses Angebot versteht sich auch als besondere Geste an die Bürger*innen der Stadt, die die langjährige Sanierung begleitet haben. Die Preisanpassung für das Augustinermuseum tritt daher erst ab dem 09.03.2026 in Kraft.

- Bürgermeisteramt -

- Finanzielle Auswirkungen -

Bereich:

Teilhaushalt / Teilbudget:

Produktgruppe(n):

Seite:

Doppelhaushalt / Stadt Freiburg

THH 12 - Städtische Museen Freiburg

25.20. Kommunale Museen

378 im Haushaltsplan des DHH 2025/2026

Ergebnishaushalt		2026
Erträge		40.000 EUR
- Personalaufwendungen		0 EUR
- Sach- und Transferaufwendungen		0 EUR
- Abschreibungen		0 EUR
Nettoressourcenüberschuss		40.000 EUR

Auswirkung Folgejahre	2027 ff
Ergebnishaushalt	
Erträge	50.000 EUR
Aufwendungen	
- Personalaufwendungen	0 EUR
- Sach- und Transferaufwendungen	0 EUR
- Abschreibungen	0 EUR
Nettoressourcenüberschuss	50.000 EUR

Eingestellte Mittel im HHPI./MiFi:

☐ in voller Höhe
 ☒ teilweise
 ☐ keine

Erläuterungen:

Im Jahr 2024 haben 142.750 Besucher*innen das AM besucht. Die Besuchszahlen der Museen Freiburg insgesamt haben 2024 ein Rekordniveau von 325.726 Besuchende erreicht. Die Eintrittsgelder des AM, die über das Tagedicketet erwirtschaftet werden konnten, betrugen im Jahr 2024 rd. 200.000 EUR. Aufgrund der Erhöhung der Eintrittspreise sowie einer voraussichtlichen Erhöhung der Besucherzahl im AM aufgrund der Eröffnung des 3. BA gehen wir davon aus, dass wir im Jahr 2026 ab 09.03.2026 Mehreinnahmen i. H. v. 40.000 EUR und im Jahr 2027 i. H. v. 50.000 EUR generieren werden. Die tatsächliche Entwicklung bleibt abzuwarten.

Die voraussichtlichen Mehreinnahmen werden entsprechend bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2027/2028 berücksichtigt.

Datum der Inbetriebnahme: ab 09.03.2026

BESCHLUSSVORLAGE

Dezernat / Amt	Verantwortlich	Tel.Nr.	Datum
III / Kulturamt	Frau Maier	2100	07.11.2025

Betreff:**Kultur-Soli zur Unterstützung der freien Szene Freiburgs**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Öff.	N.Ö.	Empfehlung	Beschluss
1. KA	13.11.2025	X		X	
2. HFA	17.11.2025	X		X	
3. GR	25.11.2025	X			X

Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO): nein

Abstimmung mit städtischen Gesellschaften: nein

Finanzielle Auswirkungen: ja, siehe Anlage 1

Auswirkungen auf den Klima- und Artenschutz: nein

Beschlussantrag:

Der Gemeinderat beschließt das Verfahren zur Verteilung der durch den Kultur-Soli generierten finanziellen Mittel gemäß Ziffer 2 der Drucksache G-25/164 sowie das weitere Vorgehen gemäß Ziffer 3 der Drucksache G-25/164.

Anlagen

1. Finanzielle Auswirkungen
2. Antrag im Rahmen des Doppelhaushaltes 2025/2026 zum Kultur-Soli
3. Erläuterungen zur Ausgestaltung des Kultur-Soli

1. Ausgangslage

Das Kulturamt wurde mit der Erarbeitung eines Förderkonzepts für die Mittelverwendung beauftragt. Den Entwurf eines Förderkonzepts hat das Kulturamt im Kulturausschuss am 10.07.2025 mit Einbringung einer Informations-Drucksache (siehe Drucksache KA-25/005) vorgestellt. Der Kulturausschuss hat die Empfehlung zur Verwendung des Kultur-Solis für die Förderung nicht-städtischer Kulturschaffender befürwortet.

2. Verfahren zur Mittelverteilung

Die freie Kulturszene in Freiburg ist in den vergangenen Jahren trotz schwieriger Zeiten (Pandemie) stetig gewachsen, hat neue Orte für sich gewonnen und Strukturen für professionelles künstlerisches Arbeiten geschaffen. Gerade in den Bereichen der freien Darstellenden Künste und Musik, die häufig interdisziplinär agieren und so ein diverses Publikum ansprechen, wurden die Fördersummen in den letzten Jahren nicht angehoben. Demgegenüber steht ein Anstieg der Produktionskosten, insbesondere unter Berücksichtigung von Honoraruntergrenzen. Der Kultur-Soli wird daher als ein Instrument verstanden, das Handlungsspielräume eröffnet und es ermöglicht, die im Kulturlabor entwickelten und vom Gemeinderat verabschiedeten Grundsätze „Kunst- und Kulturförderung zukunftswirksam gestalten“ in der Freiburger Förderlandschaft zu erproben.

Bezugnehmend auf die Sparten des Eigenbetriebs Theater Freiburg, empfiehlt das Kulturamt dem Gemeinderat, nachfolgende Fördermöglichkeiten mithilfe des Kultur-Solis zu finanzieren.

2.1 Wiederaufnahmen/Gastspiele im Bereich freie Darstellende Künste

Bisher können im Rahmen der Projektförderung ausgewählte Produktionen nur einmalig gefördert werden, eine Wiederaufnahme ist nicht vorgesehen. Dies entspricht nicht den Prinzipien nachhaltigen Produzierens, wie sie auch in den o. g. Grundsätzen und Perspektiven festgeschrieben wurden. Eine Wiederaufnahmeförderung würde die Sichtbarkeit der freien Kulturszene erhöhen und zudem nachhaltigeres künstlerisches Arbeiten befördern. Gleiches gilt auch für die Förderung von Gastspielen, welche die lebendige Freiburger Szene über die Stadtgrenzen hinaus bekannt macht und den Austausch einer Szene, die stark auf Vernetzung angewiesen ist, befördert. Der Bedarf an einer nachhaltigen Förderung von bestehenden Produktionen wird auch den wachsenden überregionalen Partnerschaften und Kooperationen der lokalen Szene im Dreiländereck, Baden-Württemberg und bundesweit gerecht.

Insgesamt soll hierfür ein Fördervolumen von 25 % des Gesamtvolumens des Kultur-Solis eingeplant werden (voraussichtlich ca. 22.500,00 € in Abhängigkeit zu den Einnahmen).

Vergabeverfahren

Für das Vergabeverfahren soll es – ergänzend zur Richtlinie zur Förderung von freiem Theater und Tanz durch die Stadt Freiburg i. Br. – folgende Vorgehensweise und Kriterien geben:

- Wiederaufnahmen und Gastspiele bereits geförderter Produktionen innerhalb sowie außerhalb Freiburgs können auf Antrag mit bis zu 5.000,00 € unterstützt werden.
- Wenn sich an eine Wiederaufnahme in Freiburg eine Gastspiel-Tournee an anderen Orten anschließt, erhöht dies die Förderaussicht.
- Projekten, die zwar keine Förderung durch die Stadt Freiburg erhalten haben, aber mit Hilfe anderer öffentlichen Fördermittel (Landes-, Bundesförderung etc.) in Freiburg eine öffentliche Umsetzung realisieren konnten, sollten eine Wiederaufnahme bzw. Gastspielförderung – sofern es die Mittel zulassen – zur Verfügung stehen.
- Die Förderung wird zweimal ausgeschrieben. Die Antragsfristen sind der 1. März und der 1. Oktober 2026. Die Förderentscheidung wird vom Kulturstadtrat getroffen. Dabei wird das Kulturstadtrat von zwei Vertreter*innen zweier Freiburger Spielstätten beraten, die das Kulturstadtrat auswählt.
- Bei Antragsstellung zwingend erforderlich – neben der Darstellung der künstlerischen Zielsetzung und einem Finanzierungsplan – ist das Vorliegen einer Absichtserklärung der Spielstätte sowie im Falle eines Gastspiels die Bestätigung der auswärtigen Spielstätte.
- Bei Gastspielen ist abzubilden, welchen Kostenanteil die auswärtige Spielstätte übernimmt (Raumkosten, Technik, Öffentlichkeitsarbeit o. ä.).
- Wiederaufnahmen/Gastspielproduktionen dürfen in ihrer Erstproduktion und -aufführung nicht länger als fünf Jahre zurückliegen.
- Sollten die Gelder nicht vollumfänglich vergeben werden, werden diese dem Projektförderbudget Darstellende Künste zugerechnet.

2.2 Koproduktionsförderung

Ein weiterer im Kulturlabor entwickelter Grundsatz bezieht sich auf Bündnisse bzw. Kooperationen innerhalb der Kunst- und Kulturszene, aber auch darüber hinaus. Diese zu stärken ist sowohl im Sinne künstlerisch-kreativer Prozesse und Zielgruppenerreichung als auch in Bezug auf die Sichtbarkeit von Kunst und Kultur in der Stadtgesellschaft eine

wichtige Aufgabe. Das Kulturamt möchte mithilfe des Kultur-Solis insbesondere die Synergien zwischen Spielstätten und freischaffenden Künstler*innen befördern. Kollaborationen mit anderen Trägern, etwa aus dem Bildungs- oder Sozialbereich, sind ebenso willkommen, vorausgesetzt, dass ein künstlerischer Prozess und eine entsprechende öffentliche Darbietung im Zentrum stehen.

Dies bietet einerseits Spielorten die Möglichkeit, das eigene Profil weiterzuentwickeln, ihren Spielplan zu erweitern und Räume zu öffnen. Andererseits gibt diese Förderung freien Künstler*innen und Gruppen die Möglichkeit, auf vorhandene Strukturen zurückzugreifen und Neues umzusetzen. Insgesamt werden mit diesem Förderinstrument Austausch, Vernetzung, Wissenstransfer und Professionalisierung auf verschiedenen Ebenen unterstützt.

Insgesamt wird hierfür ein Fördervolumen von 30 % des Gesamtvolumens des Kultur-Soli eingeplant (ca. 27.000,00 € in Abhängigkeit zu den Einnahmen).

Vergabeverfahren

Das Kulturamt sieht für die Vergabe einer solchen Förderung folgende Vorgehensweise und Kriterien vor:

- Das Kulturamt startet im März 2026 einen Aufruf, bei dem sich Freiburger Einrichtungen gemeinsam mit dem*der Künstler*in/künstlerischen Projektgruppe um Fördermittel in Höhe bis max. 10.000,00 € bewerben können.
- Die Förderentscheidung wird durch das Kulturamt getroffen. Das Kulturamt wird dabei von der bereits eingesetzten Fachjury „Darstellende Künste“ beraten.
- Die Produktionen entstehen in Kooperation zwischen der jeweiligen Freiburger Einrichtung und der freien Künstler*innengruppe. Gemeinsam verfolgen sie ihr künstlerisches Ziel, bei dem am Ende eine öffentliche Präsentation steht (Showing, Aufführung, hybride oder interdisziplinäre Formate).
- Im Antrag muss genau aufgezeigt werden, welche Eigenleistungen die Einrichtung einbringt (Räumlichkeiten, technisches Personal, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit etc.) und welche Kosten durch die Koproduktion abgedeckt werden sollen (Aufführungshonorare der Künstler*innen, dramaturgische Mitarbeit usw.).
- Die koproduzierenden Künstler*innen und -gruppen sind ihrerseits als gleichberechtigte und eigenständige Partner*innen verantwortlich für die Realisierung des Projekts und dessen Gesamtfinanzierung.
- Sollten die Gelder nicht vollumfänglich vergeben werden, werden diese dem Projektförderbudget im Bereich Darstellende Künste zugerechnet.

2.3 Musikförderung im Bereich der freien Szene

Freiburg besitzt eine lebendige Musiklandschaft mit zahlreichen Ensembles, Initiativen und innovativen Formaten. Diese können Projektfördermittel beantragen für öffentliche Präsentationen in Freiburg. Insgesamt stehen für diesen Topf im aktuellen Doppelhaushalt 40.000,00 € p. a. zur Verfügung.

Der Projektfördertopf ist seit Jahren überzeichnet und dies führt dazu, dass kaum ein Projekt die volle beantragte Fördersumme erhält. In der letzten Vergaberunde konnten mit diesem Budget ca. 50 % der Projekte unter Kürzung der beantragten Fördersumme bedacht werden. In den meisten Fällen werden daher die Produktionsleistung und die Proben im Vorfeld ehrenamtlich erbracht.

Dies entspricht in keiner Weise dem Kriterium einer nachhaltigen, fairen Honorierung von freien Musikschaaffenden. Dem möchte das Kulturamt perspektivisch Rechnung tragen. Als einen ersten Schritt in diese Richtung empfiehlt das Kulturamt daher mithilfe des Kultur-Solis den Fördertopf der freien Musikförderung im Jahr 2026 anzuheben, insbesondere um in diesem Zeitraum Probenhonorare in Zukunft fairer vergüten zu können.

Insgesamt wird hierfür eine Aufstockung von 45 % des Gesamtvolumens des Kultur-Solis veranschlagt (ca. 40.500,00 € in Abhängigkeit zu den Einnahmen). Die Gelder werden nach dem bisherigen Vergabeverfahren im Bereich freie Musikförderung verausgabt.

3. Weiteres Vorgehen

Der Kultur-Soli wird in der Spielzeit des Theaters 2025/2026 und für die ersten vier Monaten der Spielzeit 2026/2027 (September bis einschl. Dezember 2026) erhoben. Das Theater Freiburg rechnet in diesem Zeitraum mit Einnahmen in Höhe von ca. 90.000,00 € aus dem Kultur-Soli. Sollten die Einnahmen aus dem Kultur-Soli höher ausfallen als angenommen, werden diese entsprechend anteilig auf die in Ziffer 2 genannten Fördermaßnahmen umgelegt; gleiches gilt bei Mindereinnahmen über den Kultur-Soli.

Das Theater Freiburg wird die Einnahmen durch den Kultur-Soli aus dem Zeitraum September 2025 bis Januar 2026 im Februar 2026 an das Kulturamt weitergeben. Ab diesem Zeitpunkt wäre die Fördersumme für das erste Halbjahr 2026 bekannt. Die Vergabe der Mittel ist dann je nach Sparte ab März und Mai 2026 angesetzt. Dasselbe Verfahren würde dann wieder zur Spielzeitpause des Theaters gelten, so dass im Sommer 2026 die Fördersummen für die Vergaben im Oktober und November 2026 in den o. g. Bereichen feststehen würden und ein weiteres Mal für den Zeitraum September 2026 bis Ende Dezember 2026 mit einer Weiterleitung an das Kulturamt im Januar 2027.

Das Kulturamt wird Ende 2026 im Kulturausschuss eine Evaluation des Kultur-Soli- Programms vorstellen und insbesondere über die erzielten Einnahmen, die Auswirkungen auf die Besucher*innenzahlen sowie die Mittelverteilung berichten. Unter Berücksichtigung dieser Erkenntnisse wäre dann ggf. eine Diskussion über den Fortbestand des

Kultur-Soli im nächsten Doppelhaushalt 2027/2028 zu führen und ggf. vom Gemeinderat über den Fortbestand zu beschließen. Sofern sich der Kultur-Soli erheblich auf die Besucher*innenzahlen und das Finanzergebnis des Theaters auswirkt, wäre bei einer Beibehaltung des Kultur-Solis auch die im Jahr 2022 (Drucksache G-22/228) beschlossene Zielvereinbarung 2024 bis 2028 für das Theater zu überprüfen und ggf. anzupassen.

- Bürgermeisteramt -

- Finanzielle Auswirkungen -

Bereich:
 Teilhaushalt / Teilbudget:
 Produktgruppe(n):
 Seite:

Doppelhaushalt / Stadt Freiburg
 THH 12 - Kulturamt
 28.10 Sonstige Kulturpflege
 555 im Haushaltsplan des DHH 2025/2026

Ergebnishaushalt	2025	2026
Erträge	30.000 EUR	60.000 EUR
Aufwendungen		
- Personalaufwendungen	0 EUR	0 EUR
- Sach- und Transferaufwendungen	- 30.000 EUR	- 60.000 EUR
- Abschreibungen	0 EUR	0 EUR
Nettoressourcenbedarf	0,00 EUR	0,00 EUR

Auswirkung Folgejahre	2027 ff
Ergebnishaushalt	
Erträge	0 EUR
Aufwendungen	
- Personalaufwendungen	0 EUR
- Sach- und Transferaufwendungen	0 EUR
- Abschreibungen	0 EUR
Nettoressourcenbedarf	0,00 EUR

Eingestellte Mittel im HHPI./MiFi:
 ☒ in voller Höhe
 ☐ teilweise
 ☐ keine

Erläuterungen:
 Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung im Rahmen des Doppelhaushalts 2025/2026 am 08.04.2025 für den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN gestimmt, der die Einführung eines sog. Kultur-Solis vorsieht. Die beim Theater Freiburg generierten Einnahmen durch einen Euro Erhöhung bei nicht-ermäßigten Karten vor Rabattierung werden an das Kulturamt weitergegeben, um die Förderung nicht-städtischer Kulturschaffender zu stärken. Aktuell werden mit ca. 90.000 EUR Einnahmen durch den Kultur-Soli für den gesamten Zeitraum gerechnet, wobei es sich hierbei natürlich um eine Schätzung handelt.

Sollten die Einnahmen aus dem Kultur-Soli höher ausfallen als angenommen, werden diese entsprechend anteilig auf die in der Vorlage drei genannten Fördermaßnahmen umgelegt; gleiches gilt bei Mindereinnahmen über den Kultur-Soli. Eine Förderung erfolgt nur bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen. Ein Rechtsanspruch auf die Mittel besteht nicht.



Rehlingstr. 16a
79100 Freiburg im Breisgau
Tel: 0761/70 13 23
fraktion@gruene-freiburg.de
<http://fraktion.gruene-freiburg.de>

Die Grünen im Gemeinderat | Rehlingstr. 16a | 79100 Freiburg

Herrn
Oberbürgermeister Martin Horn

per mail an rsk-ratsbuero@stadt.freiburg.de

Freiburg, 08.04.2025

**Kultur-Soli Theater Freiburg (Haushaltsanträge G88/S409)
Erläuterungen zur Ausgestaltung/ Sperrvermerk S409/ Verfahren zur Einführung**

Sehr geehrter Oberbürgermeister Horn,
sehr geehrter Theaterbürgermeister von Kirchbach,

im Rahmen der bisherigen Beratung unserer verbundenen Anträge G88/S409 sowohl in der zweiten Lesung als auch bei einem Termin mit dem Theater sind einige Fragen zur Ausgestaltung des Kultur-Solis aufgekommen. Wir möchten daher ergänzend zur bisherigen Antragsbegründung den Kultursoli weiter erläutern:

1. Der Kultursoli soll als fester Aufschlag von 1 Euro auf nicht-ermäßigte Karten vor Rabattierung (z.B. durch Abos) des Eigenbetriebs Theater erhoben werden.
2. Der Kultursoli soll zur Spielzeit 25/26 eingeführt werden.
3. Die Abwicklung erfolgt, in dem das Theater die durch den Kultursoli tatsächlich erzielten Einnahmen, abzüglich ggfs. anfallender Verlags-Tantieme, mit dem Kulturamt abrechnet und direkt an dieses abführt.
4. Für die Mittelverwendung (S409) schlagen wir einen Sperrvermerk vor: Das Kulturamt wird beauftragt für die Mittelverwendung des Kultur-Solis einen Vergabevorschlag zu erarbeiten, der nach Diskussion im Kulturausschuss und Beschluss des Haupt- und Finanzausschuss beschlossen werden kann.

Mit freundlichen Grüßen
Gez.

Tim Simms,
Bärbel Schäfer

Lfd Nr	Zu- schuss Nr.	Seite Ent- wurf	THH	Empfänger_in Bezeichnung	Haushaltsplan 2025		Haushaltsplan 2026		Bezug auf Vorschla	Erläuterungen / Bemerkungen (Zweck des Antrags)
					Entwurf in Euro	Anderung (+/-) in Euro	Entwurf in Euro	Anderung (+/-) in Euro	Beteili- haushalt?	
66		423	17	Kultursoli Theater Freiburg	0	40000	0	110000	nein	Während die Stadt beim Stadttheater die Personalkostensteigerungen ein- zu-eins übernimmt, erfolgt im Zuschussbereich lediglich eine Teilübernahme, zum einen weil immer nur eine Teilförderung erfolgt, zum anderen weil die Dynamisierung von 2,5 % in der Regel niedriger ausfällt als z.B. entsprechende Tarifbeschlüsse. So liegt die Steigerung des Betriebskostenszuschusses der Stadt zum Theater, das ja bezüglich Personalkosten vollbezuschusst wird, über den 2,5 %. In Köln haben Grüne, CDU und VOLT daher einen Soli-Aufschlag von einem Euro für die dortigen städtischen Bühnen/Orchester beantragt, der aber auf ermässigte Karten nicht anfällt, um mit den Einnahmen die nicht-städtischen Kulturschaffenden zu fördern. Dies regen wir auch für Freiburg an.

23.05.2025

BESCHLUSSVORLAGE

Dezernat / Amt	Verantwortlich	Tel.Nr.	Datum
III / Eigenbetrieb Theater Freiburg	Frau Beecken	2800	05.11.2025

Betreff:

Jahresabschluss zum 31. August 2024 mit Lagebericht des Eigenbetrieb Theater Freiburg sowie Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Öff.	N.Ö.	Empfehlung	Beschluss
1. TH	13.11.2025		X	X	
2. HFA	17.11.2025	X		X	
3. GR	25.11.2025	X			X

Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO): nein

Abstimmung mit städtischen Gesellschaften: nein

Finanzielle Auswirkungen: nein

Auswirkungen auf den Klima- und Artenschutz: nein

Beschlussantrag:

- I. Der Gemeinderat nimmt den Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. August 2024 in der Anlage 2 zur Drucksache G-25/179 und die Stellungnahme des Eigenbetrieb Theater Freiburg zum Prüfbericht (Anlage 3) zur Kenntnis.
- II. Der Gemeinderat beschließt gemäß Drucksache G-25/179:
 1. Aufgrund von § 16 Eigenbetriebsgesetz (EigBG) stellt der Gemeinderat den Jahresabschluss zum 31.08.2024 für den Eigenbetrieb Theater Freiburg mit folgenden Werten fest:

1. Erfolgsrechnung	Euro
1.1 Summe Erträge	18.944.876,16
1.2 Summe Aufwendungen	37.960.738,91
1.3 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-19.015.862,75
nachrichtlich:	
Vorauszahlungen der Gemeinde auf die spätere Fehlbe- tragsabdeckung	18.602.186,23
Vorauszahlungen an die Gemeinde auf die spätere Über- schussabführung	-
Saldo (nach Verrechnung des Jahresüberschusses/ Jah- resfehlbetrages mit den Vorauszahlungen der Gemeinde auf die spätere Fehlbetragsabdeckung)	-413.676,52
2. Liquiditätsrechnung	
2.1 Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus laufender Ge- schäftstätigkeit	-13.026.830,11
2.2 Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitions- tätigkeit	2.025.969,27
2.3 Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	-11.000.860,84
2.4 Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzie- rungstätigkeit	16.936.473,84
2.5 Änderung des Finanzierungsmittelbestand zum Ende des Wirtschaftsjahres	5.935.613,00
2.6 Überschuss/Bedarf aus wirtschaftsplanunwirksamen Ein- zahlungen und Auszahlungen	-
3. Bilanzsumme	42.449.537,56

2. Der Saldo von -413.676,52 € ist auf neue Rechnung vorzutragen.

III. Der Gemeinderat entlastet die Betriebsleitung für das Geschäftsjahr 2023/2024.

Anlagen:

1. Jahresabschluss zum 31. August 2024
2. Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. August 2024 (nur Gemeinderat und Dezernent*in)
3. Stellungnahme des Eigenbetrieb Theater Freiburg zum Prüfungsbericht

1. Ausgangslage

Der Eigenbetrieb Theater Freiburg wurde zum 01.09.2005 gegründet (Drucksachen G-05/016, G-05/016.1 und G-05/027).

Der Eigenbetrieb Theater hat den Jahresabschluss zum 31. August 2024, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang, sowie den Lagebericht entsprechend § 16 Abs. 2 Eigenbetriebsgesetz innerhalb von sechs Monaten nach Ende des Wirtschaftsjahres aufzustellen. Der Jahresabschluss wurde am 28.02.2025 an den Oberbürgermeister übersandt.

Entsprechend § 16 Abs. 3 Eigenbetriebsgesetz ist dieser zusammen mit dem Prüfungsbericht des Rechnungsprüfungsamtes nach Vorberatung im Theaterrausschuss innerhalb eines Jahres nach Ende des Wirtschaftsjahres durch den Gemeinderat festzustellen.

2. Vermögenslage

	Bilanz zum		Bilanz zum		Veränderung
	31.08.2024		31.08.2023		
	T €	%	T €	%	T €
Vermögen					
Anlagevermögen insgesamt	29.271	69,0%	30.492	72,2%	-1.221
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	73	0,2%	75	0,2%	-2
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	119	0,3%	125	0,3%	-6
Forderungen an die Stadt Freiburg bzw. andere Eigenbetriebe	10.853	25,6%	4.708	11,1%	6.145
Forderungen an das Land BW	1.874	4,4%	6.556	15,5%	-4.682
Forderungen an den Bund	104	0,2%	91	0,2%	13
Sonstige Vermögensgegenstände	11	0,0%	30	0,1%	-18
Kassenbestand / Guthaben bei Kreditinstituten	9	0,0%	19	0,0%	-10
Rechnungsabgrenzungsposten	135	0,3%	144	0,3%	-9
Vermögen insgesamt	42.450	100,0%	42.239	100,0%	210
Finanzierungsmittel					
Eigenkapital	4.807	11,3%	5.221	12,4%	-414
Sonderposten für Investitionszuschüsse	28.799	67,8%	27.832	65,9%	967
Rückstellungen	2.500	5,9%	2.123	5,0%	378
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.150	7,4%	4.780	11,3%	-1.630
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	160	0,4%	139	0,3%	21
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	565	1,3%	661	1,6%	-97
Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Freiburg bzw. andere Eigenbetriebe	257	0,6%	105	0,2%	152
Sonstige Verbindlichkeiten	468	1,1%	420	1,0%	48
Rechnungsabgrenzungsposten	1.743	4,1%	959	2,3%	784
Finanzierungsmittel insgesamt	42.450	100,0%	42.239	100,0%	210

Geringe Abweichungen bei der Aufsummierung beruhen auf Rundungsdifferenzen.

Auf die detaillierten Ausführungen zur Vermögenslage im Anhang des Jahresabschlusses und im Lagebericht wird verwiesen.

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 210 T€ erhöht. Die Bilanzkennziffern haben sich wie folgt entwickelt:

	Bilanz zum 31.08.2024	Bilanz zum 31.08.2023	
	%	%	
Eigenkapitalquote	11,32	12,36	Eigenkapital / Gesamtvermögen
Anlagendeckung	16,45	17,12	Eigenkapital / Anlagevermögen
Anlagenintensität	68,85	72,19	Anlagevermögen / Gesamtvermögen

3. Ertragslage

	2023/2024	2022/2023	Veränderung
	T €	T €	T €
Umsatzerlöse	3.601	3.109	492
Andere aktivierte Eigenleistungen	4	20	-16
Sonstige betriebliche Erträge ohne Zuschüsse der Stadt	12.047	11.543	504
Materialaufwand	-2.751	-2.106	-645
Personalaufwand	-27.980	-26.350	-1.630
Abschreibungen	-1.871	-1.779	-92
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.327	-4.737	-589
Finanzergebnis	334	134	200
Vorauszahlung der Stadt auf die spätere Fehlbetragsabdeckung	18.602	17.243	1.360
Weitere Zuschüsse der Stadt	2.941	2.924	17
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Sonstige Steuern	-14	-14	0
Jahresergebnis	-414	-15	-399

Eventuelle geringe Abweichungen bei der Aufsummierung beruhen auf Rundungsdifferenzen.

Auf die detaillierten Ausführungen zur Ertragslage im Anhang des Jahresabschlusses und im Lagebericht wird verwiesen.

4. Feststellungen des Rechnungsprüfungsamtes

Zum Hinweis des Rechnungsprüfungsamtes ist eine Stellungnahme des Eigenbetrieb Theater Freiburg beigelegt.

THEATER FREIBURG

Jahresabschluss zum 31. August 2024

Bilanz zum 31. August 2024

AKTIVA			PASSIVA		
	31.08.2024	31.08.2023		31.08.2024	31.08.2023
	€	€		€	€
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Stammkapital	0,00	0,00
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	36.335,00	32.078,00	II. Rücklagen		
			Allgemeine Rücklage	1.787.000,00	1.787.000,00
II. Sachanlagen			III. Jahresgewinn / Jahresverlust		
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	23.086.823,00	23.773.476,00	Gewinn-/Verlustvortrag	3.433.780,37	3.448.482,42
2. Technische Anlagen und Maschinen	4.457.622,00	5.199.673,00	Jahresergebnis	-413.676,52	-14.702,05
3. Fahrzeuge für Personen- und Güterverkehr	0,00	0,00	Summe Eigenkapital	4.807.103,85	5.220.780,37
4. Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.444.562,00	1.475.948,00	B. Sonderposten		
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	237.664,23	10.767,06	Sonderposten für Investitionszuschüsse	28.798.561,03	27.831.782,42
Summe Sachanlagen	29.226.671,23	30.459.864,06			
III. Finanzanlagen			C. Rückstellungen		
6. Sonstige Ausleihungen	7.500,00	0,00	1. Steuerrückstellungen	290,91	3.510,00
Summe Anlagevermögen	29.270.506,23	30.491.942,06	2. Sonstige Rückstellungen	2.500.079,08	2.119.115,82
			Summe Rückstellungen	2.500.369,99	2.122.625,82
B. Umlaufvermögen			D. Verbindlichkeiten		
I. Vorräte			1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.150.253,24	4.779.901,44
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	73.089,23	75.290,70	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 1.637.934,94		
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	160.030,44	138.856,74
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	119.155,23	124.722,82	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 160.030,44		
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 0,00			3. Verb. aus Lieferungen und Leistungen	564.521,49	661.109,49
2. Ford. an die Stadt Freiburg und andere Eigenbetriebe	10.853.022,53	4.707.651,12	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 564.521,49		
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 0,00			4. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt	257.373,03	104.919,02
3. Forderungen an das Land BW	1.873.623,78	6.555.591,78	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 257.373,03		
4. Forderungen an den Bund	104.486,78	91.309,98	5. Sonstige Verbindlichkeiten	468.046,32	420.012,18
5. Sonstige Vermögensgegenstände	11.217,45	29.684,98	davon		
Summe Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	12.961.505,77	11.508.960,68	a) mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 468.046,32		
			b) aus Steuern: 251.136,32		
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	8.952,00	18.671,56	Summe Verbindlichkeiten	4.600.224,52	6.104.798,87
Summe Umlaufvermögen	13.043.547,00	11.602.922,94			
C. Rechnungsabgrenzungsposten	135.484,33	144.284,14	E. Rechnungsabgrenzungsposten	1.743.278,17	959.161,66
	42.449.537,56	42.239.149,14		42.449.537,56	42.239.149,14

Erfolgsrechnung als Gewinn- und Verlustrechnung zum Jahresabschluss 31. August 2024

Nr. / Position (gem. Anlage 1 EigBVO)	Ergebnis 2022/2023 in €	Ergebnis 2023/2024 in €
1. Umsatzerlöse	3.108.569,17	3.600.767,74
Erlöse aus Eintritten	2.377.996,48	2.816.399,44
Nebenerlöse Ticketing / Theaterkasse	67.875,57	102.832,65
Nebenerlöse Spielbetrieb	56.383,00	63.923,00
Erlöse aus auswärtigen Gastspielen (Abstecher)	78.838,28	23.184,34
Erlöse aus Koproduktionen	59.624,46	54.614,94
Gastronomie	112.910,07	179.815,12
Vermietung und Verpachtung	229.477,54	223.548,63
Werbung und Sponsoring	73.750,00	62.420,70
Sonstige Umsatzerlöse	51.713,77	74.028,92
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	19.722,84	3.927,18
4. Sonstige betriebliche Erträge	14.466.927,20	14.987.928,39
Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse	939.631,60	948.149,00
Landeszuschuss	9.791.125,60	10.071.907,10
Spenden	111.797,00	202.618,56
Projektzuschüsse Spielbetrieb (Dritte)	217.390,77	574.661,93
Sonstige Projektzuschüsse (Dritte)	0,00	66.959,80
Projektzuschüsse Spielbetrieb (Stadt) ¹⁾	0,00	160.322,22
Sonstige Projektzuschüsse (Stadt) ¹⁾	159.348,76	206.260,24
Erträge aus Transferaufwendungen (Stadt) ¹⁾	1.142.103,61	945.166,15
Tilgungszuschuss Gebäudeerwerb (Stadt) ¹⁾	1.622.500,76	1.629.647,61
Sonstige Erträge	483.029,10	182.235,78
5. Materialaufwand	2.106.407,52	2.751.279,97
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	541.651,15	564.365,29
Ausstattung (Bühne/Kostüm/Maske)	469.442,04	459.056,12
Waren und Material Theatergastronomie	43.170,39	58.267,94
Sonstiger Materialaufwand	29.038,72	47.041,23
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.564.756,37	2.186.914,68
Aufw. für Gastspiele anderer Ensembles und Koproduktionen	428.967,89	716.747,09
Reisekosten für Gastspiele	18.955,35	13.423,62
Tantiemen, Noten, Textbücher	234.839,78	344.559,34
Energiekosten	738.414,31	807.327,63
Sonstige bezogene Leistungen	143.579,04	304.857,00
6. Personalaufwand	26.349.960,37	27.979.541,23
a) Löhne und Gehälter	21.133.491,83	22.428.955,14
Löhne/Gehälter festes Personal	18.469.986,85	19.754.811,51
Gasthonorare	2.002.768,75	1.992.546,24
Aushilfen, Statisterie, Garderobe	660.736,23	681.597,39
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	5.216.468,54	5.550.586,09
Sozialversicherungsbeiträge	4.013.274,86	4.296.634,90
Altersversorgung	1.203.193,68	1.253.951,19
7. Abschreibungen	1.778.773,52	1.870.936,23

Erfolgsrechnung als Gewinn- und Verlustrechnung zum Jahresabschluss 31. August 2024

Nr. / Position (gem. Anlage 1 EigBVO)	Ergebnis 2022/2023 in €	Ergebnis 2023/2024 in €
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.737.327,06	5.326.528,65
a) Gebäudekosten	2.606.312,23	3.132.926,84
Mietaufwand	276.487,24	304.526,60
Instandhaltung Gebäude	929.950,54	1.397.902,63
Gebäudeversicherung	105.529,69	117.439,86
Gebäudereinigung	60.486,49	62.583,05
Zuführung Sonderposten (Gebäudeerwerb)	1.207.780,76	1.214.927,61
Sonstige Gebäudekosten	26.077,51	35.547,09
b) Aufwand für den Spielbetrieb	797.021,80	788.470,47
Transportkosten	63.287,07	57.459,10
Instandhaltung Anlagegüter	62.294,83	91.964,91
Instandhaltung Instrumente	159.286,92	133.769,85
Werbung	420.318,93	398.311,16
Vertriebskosten / Nebenkosten Theaterkasse	63.758,65	80.010,23
Sonstiger Aufwand Spielbetrieb	28.075,40	26.955,22
c) Aufwendungen für Dienstleistungen	502.018,29	478.470,99
Innere Verrechnung Stadt Freiburg	390.860,62	382.996,81
Versicherungen	46.898,68	50.310,13
Kopien/Druckaufträge	42.593,43	32.116,81
Rechts- und Beratungskosten	21.665,56	13.047,24
d) Aufwand Büro/Medien	333.245,06	424.011,55
Bürobedarf/ Zeitschriften/ Bücher	42.586,76	47.034,56
Porto	26.526,64	29.172,31
Telekommunikation	99.886,48	94.906,14
EDV-Aufwand	115.780,77	204.602,45
Beiträge	48.464,41	48.296,09
e) Sonstige Aufwendungen	498.729,68	502.648,80
Müllentsorgung	27.961,86	26.804,07
Zuschuss Theaterkantine	0,00	0,00
Sonstige Personalkosten	361.829,30	369.575,32
Übrige Aufwendungen	108.938,52	106.269,41
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	160.067,28	352.252,85
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	25.671,08	18.032,39
16. Sonstige Steuern	14.420,44	14.420,44
Summe Erträge	17.755.286,49	18.944.876,16
Summe Aufwendungen / Steuern	35.012.559,99	37.960.738,91
		0,00
17. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-17.257.273,50	-19.015.862,75
Nachrichtlich:		
18. Vorauszahlungen der Gemeinde auf die spätere Fehlbetragsabdeckung (Betriebskostenzuschuss Stadt Freiburg)	17.242.571,45	18.602.186,23
<u>Verwendung des Jahresüberschusses/</u> <u>Behandlung des Jahresfehlbetrages</u> (nach Verrechnung mit den Vorauszahlungen der Gemeinde auf die spätere Fehlbetragsabdeckung)		
Saldo	-14.702,05	-413.676,52

A N H A N G

Jahresabschluss zum 31. August 2024

1. Allgemeine Angaben zur Bilanzierung und Bewertung

Der Jahresabschluss zum 31. August 2023 wurde durch den Gemeinderat am 25.02.2025 festgestellt. Gleichzeitig wurde beschlossen, den Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres 2022/2023 von 15 T€ auf neue Rechnung vorzutragen.

Erstmalig wurde der Jahresabschluss zum 31. August 2024 nach der Verordnung des Innenministeriums über die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen der Eigenbetriebe auf Grundlage des Handelsgesetzbuchs (Eigenbetriebsverordnung-HGB - EigBVO-HGB) erstellt. Bei Vorjahreswerten wurde die Verknüpfung zwischen Ausweisposition und Sachkonten gemäß den neu umgesetzten Gliederungsvorgaben der EigBVO-HGB durchgeführt.

Vom Bilanzierungswahlrecht nach Artikel 28 Abs. 1 S. 1 EGHGB für Anwartschaften auf eine Pension für sogenannte Altzusagen, auf die vor dem 1. Januar 1987 ein Rechtsanspruch erworben wurde, wird Gebrauch gemacht. Der Barwert dieser Verpflichtung wird im Anhang (siehe 4. Sonstige Angaben) angegeben, eine Rückstellung hierfür wird nicht gebildet.

Das Anlagevermögen wurde zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten vermindert um planmäßige, nutzungsbedingte Abschreibungen angesetzt und soweit nötig außerplanmäßig abgeschrieben. Bei der Bewertung der Herstellungskosten wurden die Pflichtbestandteile gemäß § 255 Abs. 2 HGB angesetzt. Die Abschreibungen werden nach der linearen Methode auf Basis der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer vorgenommen. Bei Zugängen zum Anlagevermögen der umsatzsteuerpflichtigen Betriebe gewerblicher Art erfolgte die Bewertung ohne die gesetzliche Mehrwertsteuer, bei Zugängen zum Anlagevermögen des umsatzsteuerbefreiten Theaterbetriebs einschließlich der gesetzlichen Mehrwertsteuer. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis 250,00 € netto wurden in voller Höhe aufwandswirksam (Sonstige betriebliche Aufwendungen) verbucht. Geringwertige Wirtschaftsgüter zwischen 250,01 € und 800,00 € netto wurden sofort abgeschrieben.

Die Finanzanlagen enthalten die Kautions für die Lagerhalle in Merzhausen als Sonstige Ausleihung.

Die Theaterfundi werden als Erinnerungsposten geführt. Die Vorräte an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen in den Werkstätten sowie der Warenbestand der Theatergastronomie werden mit 73 T€ als Umlaufvermögen ausgewiesen.

Die Bewertung der Forderungen und Sonstigen Vermögensgegenstände erfolgte zu Nennwerten. Bank- und Girokontobestände sind durch Kontoauszüge der Bankinstitute und eine Abrechnung des innerstädtischen Cash-Pooling nachgewiesen, der Barbestand durch Nachweise der internen Kassen zum Bilanzstichtag.

Die Sonstigen Rückstellungen beinhalten die bis zur Bilanzaufstellung erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Kurzfristige Verbindlichkeiten wurden zum Rückzahlungsbetrag angesetzt, Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden mit Ausnahme der Abfindungsrückstellungen gemäß § 253 Abs. 2 HGB abgezinst. Die ungewissen Verpflichtungen wurden anhand einer Einschätzung der Risiken bewertet.

2. Erläuterungen und ergänzende Angaben zur Bilanz

Der Anlagennachweis ist als Anlage zu diesem Anhang beigelegt. Bei den historischen Anschaffungs- oder Herstellungskosten handelt es sich um die Werte aus der Eröffnungsbilanz des Eigenbetriebs Theater Freiburg zum 1. September 2005, sofern der Zugang nicht nach diesem Stichtag erfolgte.

Wesentliche Zugänge des Anlagevermögens stellten im Geschäftsjahr die Maßnahmen im Rahmen der Sanierung des Kleines Haus und Altbau als Anlagen im Bau dar (227 T€). Davon entfielen 147 T€ stadtintern für die Betreuung durch das Immobilienmanagement der Stadt Freiburg (IMF), 64 T€ auf die externe Projektsteuerung und 16 T€ auf Planungsleistungen.

Weitere wesentliche Zugänge fanden bei den immateriellen Vermögensgegenständen durch eine die Erweiterung der technischen Homepagefunktionen (28 T€) statt. Bei den Sachanlagen wurde ein Cimbasso für das Philharmonische Orchester Freiburg angeschafft (21 T€).

Die ausgewiesene Forderung an die Stadt Freiburg bzw. andere Eigenbetriebe von 10.853 T€ resultiert mit 10.550 T€ aus dem innerstädtischen Cash-Pool.

Die ausgewiesene Forderung an das Land Baden-Württemberg von 1.874 T€ umfasst den zum Zeitpunkt des Bilanzstichtages ausstehenden Landeszuschuss 2024.

Die Forderungen an den Bund von 104 T€ beinhalten mit 66 T€ die bewilligten Projektmittel für „Exzellente Orchester“ und 38 T€ für den Umbau auf LED-Leuchtmittel.

Die Sonstigen Vermögensgegenstände bestehen im Wesentlichen aus Forderungen aus Lohn und Gehalt.

Alle Forderungen mit Fälligkeit 31.08.2024 wurden zwischenzeitlich beglichen.

Die Allgemeine Rücklage beträgt zum Bilanzstichtag 1.787 T€. Sie war gemäß Gemeinde-ratsbeschluss vom 26. Juni 2018 (G-18/134.1) von der Stadt Freiburg zum Ausgleich des negativen Eigenkapitals in Höhe von 2.652 T€ zugeführt worden und war in zwei Tranchen (238 T€ + 627 T€) als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung an die Stadt teilweise zurückge-führt worden.

Die liquiden Mittel in Höhe der verbliebenen Allgemeinen Rücklage von 1.787 T€ sollen gemäß Zielvereinbarung 2024-2028 (G-22/228) für die Sanierungsmaßnahmen im Rahmen der „KulturInvest“-Förderung des Bundes als Teil des städtischen Eigenanteils eingesetzt werden.

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse setzt sich wie folgt zusammen:

Sonderposten für Investitionszuschüsse	31.08.2024	31.08.2023
Theatergebäude (ehemaliges Mieterdarlehen)	4.132 T€	4.254 T€
Theatergebäude (Differenz Tilgung/Abschreibung)	11.190 T€	9.975 T€
Gesamtmaßnahme Sanierung Bühnentechnik	7.802 T€	8.525 T€
Sanierung Kleines Haus - vorgezogene Maßnahmen	406 T€	466 T€
<u>Sanierung Kleines Haus - Hauptsanierung ab 2023/2024</u>	222 T€	-
Erhaltene, jedoch noch nicht ausgegebene Mittel für die Sanierung Kleines Haus	4.664 T€	4.188 T€
Sonstige Anlagegüter	381 T€	424 T€
Sonderposten für Investitionszuschüsse	28.799 T€	27.832 T€

Ein wesentlicher Posten ist mit 4.132 T€ ein ehemaliges Mieterdarlehen der Stadt Freiburg, das beim Erwerb des Theatergebäudes durch den Eigenbetrieb als Investitionszuschuss übernommen wurde. Die Auflösung erfolgt analog zur Gebäudeabschreibung mit 2 % jährlich. Ein weiterer Sonderposten von 11.190 T€ gewährleistet, dass die Finanzierung des Theatergebäudes erfolgsneutral bleibt. Die Zuführung errechnet sich als der Betrag, um den der im städtischen Zuschuss erhaltene Tilgungsanteil die mit der Auflösung des obigen Sonderpostens saldierte Gebäudeabschreibung übersteigt. Bis zum Jahr 2026 werden hier Beträge zugeführt und danach in Höhe der jährlichen Gebäudeabschreibung erfolgsneutral aufgelöst.

Der Sonderposten für die Sanierung der Bühnentechnik (7.802 T€) gewährleistet die erfolgsneutrale Abbildung der Investitionen in die Ober- und Untermaschinerie, den Einbau des Aufzugs zur barrierefreien Erschließung des Großen Hauses sowie anteilig für den Umbau der Theaterpassage (jetzt TheaterBar).

Gleiches gilt für die Sonderposten für die vorgezogenen Maßnahmen der Sanierung des Kleinen Hauses (406 T€). Hierin enthalten sind die vorgezogenen Maßnahmen, die vor der Hauptsanierung ab 2023/2024 zwingend notwendig waren, um die Spielfähigkeit aufrechtzuerhalten. Diese vorgezogenen Investitionen wurden aus Gründen der Transparenz seit der Wirtschaftsplanänderung für das Wirtschaftsjahr 2023/2024 (G-24/046) separat ausgewiesen.

Bei der Maßnahme Sanierung Kleines Haus und Altbau - Hauptsanierung ab 2023/2024 - wurde entsprechend den Anlagen im Bau ein Sonderposten von 222 T€ gebildet und bei den erhaltenen, jedoch nicht ausgegebenen Mitteln für die Sanierung des Kleinen Hauses abgezogen.

Der Sonderposten für bereits von der Stadt erhaltene, aber zum 31.08.2024 noch nicht investierte Mittel für die Sanierung des Kleinen Hauses beträgt 4.664 T€.

Die Sonstigen Rückstellungen betreffen:

Sonstige Rückstellungen	31.08.2024	31.08.2023
	T€	T€
Rückstellung für Sabbatical	119	106
Rückstellung für Urlaubsansprüche und Freizeitausgleich	771	744
Rückstellung für die ausstehende Jahreszuwendung TVöD	330	345
Rückstellung für noch nicht abgerechneten Personalaufwand	137	114
Rückstellung für ausstehende Sozialversicherungsbeiträge	303	250
Rückstellung für unterlassene Instandhaltung	329	122
Rückstellung für fehlende Eingangsrechnungen	149	70
Rückstellung für Abfindungen	227	120
Kulanzrückstellung Gutscheine	12	6
Kulanzrückstellung Abo-Guthaben	73	98
Kulanzrückstellung für nicht zurückgegebene Tickets aus Veranstaltungsausfällen	28	-
Rückstellung für Jahresabschlusserstellung	22	22
Rückstellung Rückzahlung Landeszuschuss	0	122
Gesamtsumme	2.500	2.119

Bei der Berechnung der Rückstellung für fünf Beschäftigte, die sich im Geschäftsjahr in der Ansparphase für ein Sabbatical befanden, wurden ggf. bekannte bzw. erwartete jährliche Tarifierhöhungen eingerechnet und eine Abzinsung mit den gemäß § 253 Abs. 2 HGB von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Zinssätzen vorgenommen sowie die

Arbeitgeberanteile zur gesetzlichen Sozialversicherung einberechnet. Per Saldo ergibt sich eine Abzinsung um 5 T€. Im Ergebnis beläuft sich die Rückstellung für Sabbatical zum Bilanzstichtag auf 119 T€, etwas mehr als im Vorjahr, da sich wieder mehr Personen in der Ansparphase befanden.

Die Rückstellung für Urlaubsansprüche erfasst die zum 31. August 2024 ausstehenden Ansprüche der Mitarbeitenden aus Urlaub und Mehrarbeit unter Berücksichtigung der individuellen Vergütung und der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung. Die Rückstellungsbildung stieg gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 27 T€, u. a. aufgrund der gestiegenen Gehälter wegen der Tarifsteigerungen.

Die Rückstellung für die ausstehende Jahreszuwendung TVöD berücksichtigt die anteilige Zuwendung für die Mitarbeitenden nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst einschließlich der Arbeitgeberanteile. Diese wird im November ausgezahlt, der Anspruch entsteht aber im Laufe des Kalenderjahres mit jedem Beschäftigungsmonat. Entsprechend wurden 8/12 des Zuwendungsbetrages zurückgestellt, das sind 330 T€.

Die Rückstellung für noch nicht abgerechneten Personalaufwand in Höhe von 137 T€ wurde gebildet für das anteilige Leistungsentgelt für Beschäftigte nach TVöD (98 T€) und für ausstehende Zahlungen von sonstigen Vergütungen und Sozialversicherungsbeiträgen (39 T€).

Die in den Vorjahren gebildeten Rückstellungen für ausstehende Sozialversicherungsbeiträge wurden neu bewertet und um 53 T€ erhöht (vgl. Lagebericht).

Eine Rückstellung für unterlassene Instandhaltung, die innerhalb der auf den Bilanzstichtag folgenden drei Monate durchgeführt werden, wurde in Höhe von 329 T€ gebildet. Hiervon fallen 311 T€ auf Einzelmaßnahmen zur Instandhaltung des Theatergebäudes und 18 T€ auf die Instandhaltung von Instrumenten. In der Regel werden solche Maßnahmen in der Spielzeitpause bis zum Beginn des Spielbetriebs durchgeführt.

Für Abfindungen, die nach Intendanzwechseln den ausscheidenden Bühnenmitgliedern zu zahlen sind, wurden Rückstellungen von 107 T€ zusätzlich gebildet. Aufgrund des zum 01.09.2025 anstehenden Intendanzwechsels wurde anhand der Gehälter der potenziell betroffenen Personen eine detaillierte Hochrechnung erstellt, die die bisherige pauschale Rückstellungsbildung der letzten Jahre konkretisiert. Mögliche Tarifsteigerungen blieben unberücksichtigt; im Gegenzug wurden keine Abzinsungen getätigt.

Für Gutscheine, Abo-Guthaben und bislang nicht zurückgegebene Tickets aus Veranstaltungsausfällen wurden Kulanzrückstellungen gebildet, um eine kundenfreundliche Vorgehensweise sicherstellen zu können.

Für die Jahresabschlusserstellung wurden analog zum Stundenaufwand für die Erstellung Rückstellungen gebildet (22 T€).

Die im Vorjahr gebildete Rückstellung für drohende Rückzahlungen des Landeszuschusses für das Kalenderjahr 2022 in Höhe von 122 T€ konnte in Höhe von 78 T€ aufgelöst werden, 34 T€ mussten an das Land bezahlt werden.

Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten stellten sich wie folgt dar:

Art der Verbindlichkeit	Restlaufzeit			Summe
	bis zu 1 Jahr	1 - 5 Jahre	über 5 Jahre	
	T€	T€	T€	T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.638	1.512		3.150
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	160			160
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	577			577
4. Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde/anderen Eigenbetrieben	257			257
5. Sonstige Verbindlichkeiten	456			456
Verbindlichkeiten insgesamt	3.088	1.512	0	4.600

Die langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten resultieren mit 3.150 T€ aus der vom Gemeinderat mit Beschluss vom 4. April 2008 genehmigten Kreditaufnahme zur Finanzierung des Erwerbs des Theatergebäudes. Auch nach der Umschuldung am 02.07.2018 (Drucksache G-18/134.1) wurde eine gleichbleibende Annuität vereinbart. Durch die wesentlich günstigeren Zinskonditionen mit 0,44 % p.a. wird seit Juli 2018 ein erheblich höherer Anteil Tilgung geleistet, so dass das Darlehen bereits zum 30.06.2026 vollständig getilgt sein wird.

Die Erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen stellen den Wert von nicht eingelösten Gutscheinen innerhalb der gesetzlichen Gültigkeitsdauer von drei Jahren dar.

Die ausgewiesene Verbindlichkeit gegenüber der Stadt Freiburg und anderen Eigenbetrieben von 257 T€ resultiert im Wesentlichen aus Leistungsverrechnungen mit anderen städtischen Ämtern, die erst zeitlich versetzt in Rechnung gestellt wurden.

Die Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Freiburg sind zwischenzeitlich beglichen. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind überwiegend und die Sonstigen Verbindlichkeiten teilweise beglichen.

Die Sonstigen Verbindlichkeiten betreffen im Wesentlichen die Lohnsteuer der Beschäftigten (219 T€) und die zum Bilanzstichtag an das Publikum ausgestellten Veranstaltungsgutscheine (51 T€), die Abo-Guthaben (85 T€) und der Wert der nicht zurückgegebenen Tickets aus ausgefallenen Veranstaltungen (25 T€) der Theaterkasse.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten umfasst eine rechnerische Verbindlichkeit von 1.524 T€ gegenüber der Stadt Freiburg resultierend aus dem Ende August überwiesenen Betriebskostenzuschuss sowie Einzahlungen aus dem Ticketvorverkauf für die Spielzeit 2024/2025 (220 T€).

3. Erläuterungen und ergänzende Angaben zur Erfolgs- und Liquiditätsrechnung

Die Erfolgsrechnung erfolgt nach der Gliederung des Erfolgsplans (§ 9 EigBVO-HGB), die Liquiditätsrechnung gemäß der Anlage 7 EigBVO-HGB.

Die ausgewiesenen Umsatzerlöse (in T€) setzen sich wie folgt zusammen:

Bezeichnung	2023/2024	2022/2023	Differenz
Erlöse aus dem Spielbetrieb/Theaterkasse	2.868	2.457	411
Gastspiele fremder Ensembles	115	45	70
Erlöse aus auswärtigen Gastspielen und Koproduktionen	78	138	-60
Theatergastronomie	180	113	67
Vermietung und Verpachtung	224	229	-5
Werbung und Sponsoring	62	74	-12
Sonstige Umsatzerlöse	74	52	22
Summe Umsatzerlöse	3.601	3.109	492

Die Umsatzerlöse stiegen gegenüber dem Vorjahr an, insbesondere wegen der höheren Erlöse aus dem Spielbetrieb/Theaterkasse und den Mehreinnahmen der Theatergastronomie.

Bei den Sonstigen betrieblichen Erträgen (in T€) zeigt sich folgendes Bild:

Bezeichnung	2023/2024	2022/2023	Differenz
Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse	948	940	8
Spenden	203	112	91
Projektzuschüsse	1.008	376	632
Landeszuschuss	10.072	9.791	281
Erträge aus Transferaufwendungen	945	1.142	-197
Tilgungszuschuss Gebäudeerwerb	1.630	1.623	7
Sonstige Erträge	182	483	-301
Summe Sonstige betriebliche Erträge	14.988	14.467	521

Die Sonstigen betrieblichen Erträge sind gegenüber dem Vergleichszeitraum gestiegen. Ursache sind im Wesentlichen die erfolgreich eingeworbenen Projektzuschüsse, insbesondere für die Tanzplattform 2024 (451 T€).

Bei den Sonstigen Erträgen konnte ein Teil der Rückstellung für den Landeszuschuss 2022 erfolgswirksam aufgelöst werden (78 T€). Im Vorjahr war der Sondereffekt durch die Auflösung der Rückstellung für den Landeszuschuss 2021 (340 T€) höher.

Der Materialaufwand (in T€) untergliedert sich wie folgt:

Bezeichnung	2023/2024	2022/2023	Differenz
Ausstattung (Bühne/Kostüm)	506	499	7
Waren und Material Theatergastronomie	53	43	10
Sonstiger Materialaufwand	5	0	5
a) RHB-Stoffe und bezogene Waren	564	542	22
Sonst. Mat.aufwand Spielbetrieb	72	71	1
Aufw. für Gastspiele anderer Ensembles	529	285	244
Aufw. für Koproduktionen	188	144	44
Reisekosten für auswärtige Gastspiele	13	19	-6
Tantiemen	272	164	108
Sonstige bezogene Leistungen	156	54	102
Mieten bewegl. Wirtschaftsgüter	149	90	59
Energiekosten	807	738	69
b) Aufwand für bezogene Leistungen	2.186	1.565	621
Summe Materialaufwand	2.751	2.106	645

Die Steigerung der Aufwendungen für Gastspiele anderer Ensembles ist im Wesentlichen auf die Tanzplattform 2024 (240 T€) zurückzuführen, welche in hohem Maße durch Projektzuschüsse unterstützt wurde. Gleiches gilt für die Sonstigen bezogenen Leistungen (138 T€).

Der Personalaufwand in Höhe von 27.980 T€ setzt sich zusammen aus 22.429 T€ für Löhne und Gehälter sowie Sozialabgaben von 5.551 T€. Er ist gegenüber dem Vorjahr um 1.630 T€ gestiegen. Dies liegt an der gestiegenen Anzahl an Mitarbeitenden sowie den Tarifsteigerungen.

Die Abschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachlagen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 92 T€ auf 1.871 T€.

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen (in T€) setzen sich wie folgt zusammen:

Bezeichnung	2023/2024	2022/2023	Differenz
Gebäudekosten	3.133	2.606	527
Aufwand für den Spielbetrieb	788	797	-9
Aufwand für Dienstleistungen	478	502	-24
Aufwand Büro/Medien	424	333	91
Sonstige Aufwendungen	503	499	4
Summe Sonst. betriebl. Aufwendungen	5.327	4.737	590

Der Sonstige betriebliche Aufwand stieg gegenüber dem Vorjahr inflationsbedingt bei beinahe allen Positionen an (+ 590 T€).

Die Zinsaufwand setzte sich aus den Zinsen für die Finanzierung des Theatergebäudes (18 T€) zusammen.

4. Sonstige Angaben

Die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten stellte sich im Geschäftsjahr wie folgt dar:

Anzahl der Mitarbeitenden	2023/2024		2022/2023	
	Stellen/ Vollzeit- äquivalent	Personen	Stellen/ Vollzeit- äquivalent	Personen
Außertariflich	3	3	3	3
Normalvertrag Bühne (Solomitglieder und Bühnentechniker_innen)	110	118	107	116
Normalvertrag Bühne (Chor)	29	30	29	29
TV Kulturorchester	69	73	69	73
TV öffentlicher Dienst	135	172	131	170
Auszubildende	12	11	11	11
Summe	358	406	349	401
<i>nachrichtlich: Beamt_innen</i>	2	3	2	3

Langfristige finanzielle Verpflichtungen resultieren aus einer zusätzlichen Versorgungsregelung der Musiker_innen des Philharmonischen Orchesters vom 21. August 1962. Die Versorgungsregelung gilt nur für Musiker_innen, die vor dem 5. November 1993 Mitglied des Orchesters wurden. Der Barwert beläuft sich bei einer zugrunde gelegten Wahrscheinlichkeit für die Inanspruchnahme von 20 % in Anwendung der gemäß § 253 Abs. 2 HGB von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Abzinsungssätze auf 33 T€.

Versorgungsverpflichtungen aus der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes sind nur mittelbar gegen den Eigenbetrieb Theater Freiburg gerichtet. Diese Ansprüche wurden auf die Zusatzversorgungskasse des KVBW übertragen. Es werden daher gemäß Artikel 28 Abs. 1 Satz 2 EGHGB keine Rückstellungen gebildet.

Die Betriebsleitung bestand im Geschäftsjahr aus folgenden Personen:

Erster Betriebsleiter: Intendant Peter Carp

Zweite Betriebsleiterin: Kaufmännische Direktorin Tessa Beecken

Im Geschäftsjahr betrugen die Gesamtbezüge von Herrn Peter Carp 185 T€ (zuzüglich Vergütung von Regiearbeiten) und von Frau Tessa Beecken 133 T€.

Die Betriebsleitung empfiehlt, den Saldo der Erfolgsrechnung durch eine Minderung des Gewinnvortrags auszugleichen.

Der Theaterausschuss setzte sich im Geschäftsjahr wie folgt zusammen:

- Ulrich von Kirchbach, Erster Bürgermeister (Vorsitzender des Theaterausschusses)
- Felix Beuter, Fraktionsgeschäftsführer
- Pia Federer, Diplom-Sozialarbeiterin
- Claudia Feierling, Diplom-Volkswirtin
- Dr. Johannes Gröger, Rechtsanwalt
- Ismael Hares
- Dr. Carolin Jenkner, Mathematikerin
- Atai Keller, Kulturberater
- Sergio Pax, Jugendkulturelle Bereichsleitung
- Annemarie Reyers, Buchhändlerin im Ruhestand
- Bernhard Schätzle, Kellermeister
- Timothy Simms, Kultursoziologe und Kinomacher
- Anke Wiedemann, Referentin in der Not- und Katastrophenhilfe (bis 26.09.2023)
- Maria Viethen, Rechtsanwältin (ab 26.09.2023)
- Constanze Ganter, Sprachwissenschaftlerin
- Birgit Güde, Kulturpädagogin
- Prof. Dr. Ludwig Holtmeier, Rektor der Musikhochschule Freiburg
- Gernot Hugo, Bankkaufmann und Diplom-Volkswirt
- Dr. Gerhard Kempter (Bankvorstand i.R.)
- Prof. Dr. Sylvia Paletschek, Albert-Ludwigs-Universität
- Dr. Corinna Zimmer, Verlegerin

Die Mitglieder des Theaterausschusses erhielten vom Eigenbetrieb für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr keine Bezüge.

Freiburg, 28.02.20025



Peter Carp
Intendant



Tessa Beecken
Kaufmännische Direktorin

Hinweise: Alle Beträge wurden für die Darstellung im Bericht gerundet, so dass Rundungsdifferenzen auftreten können.

Anlagennachweis zum 31.08.2024

Posten des Anlagevermögens		Anschaffungs- und Herstellungswerte					Abschreibungen				Restbuchwert am Ende des Wirtschaftsjahres	Restbuchwerte am Ende des vorangegangenen Wirtschaftsjahres	Durchschnittlicher Abschreibungssatz ¹	Durchschnittlicher Restbuchwert ²
Anlagegruppe	Bezeichnung	Anfangsstand	Zugang (inkl. Nachaktivierung)	Abgang	Umbuchung	Endstand	Anfangsstand	Abschreibungen im Wirtschaftsjahr	Angesammelte Abschreibungen auf die in Spalte 5 ausgewiesenen Abgänge	Endstand	31.08.2024	31.08.2023		
		Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	%	%
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
10	Software	473.844,90	47.926,22	0,00	0,00	521.771,12	-441.766,90	-43.669,22	0,00	-485.436,12	36.335,00	32.078,00	-8,4	7,0
20	Grund und Boden	226.169,96	0,00	0,00	0,00	226.169,96	-0,96	0,00	0,00	-0,96	226.169,00	226.169,00	0,0	100,0
25	Bauten	32.958.280,86	0,00	0,00	0,00	32.958.280,86	-9.410.973,86	-686.653,00	0,00	-10.097.626,86	22.860.654,00	23.547.307,00	-2,1	69,4
30	Technische Anlagen	12.088.076,02	2.890,88	-27.530,00	0,00	12.063.436,90	-6.968.414,02	-731.861,88	26.362,00	-7.673.913,90	4.389.523,00	5.119.662,00	-6,1	36,4
31	Maschinen + Geräte	196.152,20	0,00	0,00	0,00	196.152,20	-116.141,20	-11.912,00	0,00	-128.053,20	68.099,00	80.011,00	-6,1	34,7
50	PKW	43.821,21	0,00	0,00	0,00	43.821,21	-43.821,21	0,00	0,00	-43.821,21	0,00	0,00	0,0	0,0
51	LKW	29.036,00	0,00	0,00	0,00	29.036,00	-29.036,00	0,00	0,00	-29.036,00	0,00	0,00	0,0	0,0
72	BuG (Betriebs- und Geschäftsausstattung)	4.272.404,17	273.088,08	-173.671,25	0,00	4.371.821,00	-3.025.234,17	-286.021,08	162.255,25	-3.149.000,00	1.222.821,00	1.247.170,00	-6,5	28,0
73	Musikinstrumente	726.072,89	23.396,51	0,00	0,00	749.469,40	-667.595,89	-9.837,51	0,00	-677.433,40	72.036,00	58.477,00	-1,3	9,6
74	Telekommunikation & EDV	755.546,39	51.533,17	-9.818,57	0,00	797.260,99	-585.245,39	-71.894,17	9.583,57	-647.555,99	149.705,00	170.301,00	-9,0	18,8
75	GWG (Geringwertige Wirtschaftsgüter)	154.968,56	29.087,37	-1.527,54	0,00	182.528,39	-154.968,56	-29.087,37	1.527,54	-182.528,39	0,00	0,00	-15,9	0,0
81	AIB	44.182,73	226.897,17	0,00	0,00	271.079,90	-33.415,67	0,00	0,00	-33.415,67	237.664,23	10.767,06	0,0	87,7
106	Sonstige Ausleihungen	0,00	7.500,00	0,00	0,00	7.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	7.500,00	0,00	0,0	100,0
Summe:		51.968.555,89	654.819,40	-212.547,36	0,00	52.410.827,93	-21.476.613,83	-1.870.936,23	199.728,36	-23.147.821,70	29.270.506,23	30.491.942,06		

¹ (Spalte 9 x 100) : Spalte 7² (Spalte 12 x 100) : Spalte 7

Nr.		Ergebnis	Fortgeschriebener Ansatz	Ergebnis	Vergleich Ergebnis/ Ansatz (Spalten 3-2)
		2022/2023 EUR	2023/2024 EUR	2023/2024 EUR	
		1	2	3	4
1	Einzahlungen von Kunden für den Verkauf von Erzeugnissen, Waren und Dienstleistungen	2.722.115,17	3.631.803,04	4.768.295,19	1.136.492,15
2	Sonstige Einzahlungen, die nicht der Investitions- oder der Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	12.088.568,19	16.743.200,04	16.361.711,91	- 381.488,13
3	Ertragsteuerrückzahlungen	-	-	-	-
4	Einzahlungen aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe aus Nummern 1 bis 3)	14.810.683,36	20.375.003,08	21.130.007,10	755.004,02
5	Auszahlungen an Lieferanten und Beschäftigte	33.206.653,81	34.782.204,51	34.088.864,77	- 693.339,74
6	Sonstige Auszahlungen, die nicht der Investitions- oder der Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	14.420,44	14.420,44	67.972,44	53.552,00
7	Ertragsteuerzahlungen	-	-	-	-
8	Auszahlungen aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe aus Nummern 5 bis 7)	33.221.074,25	34.796.624,95	34.156.837,21	- 639.787,74
9	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus laufender Geschäftstätigkeit (Saldo aus Nummern 4 und 8)	- 18.410.390,89	- 14.421.621,87	- 13.026.830,11	1.394.791,76
10	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	-	-	-	-
11	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	459,00	-	82,41	82,41
12	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-
13	Einzahlungen aus der Rückzahlung geleisteter Investitionszuschüsse durch Dritte	-	-	-	-
14	Erhaltene Zinsen	160.067,28	340.000,00	352.252,85	12.252,85
15	Erhaltene Dividenden	-	-	-	-
16	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen	-	-	-	-
17	Einzahlungen aus Investitionszuweisungen der Gemeinde	-	-	-	-
a)	Tilgung Darlehen Gebäudeerwerb	1.621.311,80	1.629.627,00	1.628.453,41	- 1.173,59
b)	Sanierung Kleines Haus und Altbau	3.000.000,00	350.000,00	700.000,00	350.000,00
18	Einzahlungen aus Investitionszuweisungen Dritter (Bundesmittel Sanierung Kleines Haus und Altbau)	-	-	-	-
19	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe aus Nummern 10 bis 18)	4.781.838,08	2.319.627,00	2.680.788,67	361.161,67
20	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	8.840,51	40.000,00	47.926,22	7.926,22
21	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-	241.638,00	226.897,17	- 14.740,83
a)	Sanierung Kleines Haus und Altbau ab 2023/2024	-	341.301,00	379.996,01	38.695,01
b)	Lfd. Theaterbetrieb	961.584,94	-	-	-
22	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-	-	-
23	Auszahlungen für geleistete Investitionszuschüsse an Dritte	-	-	-	-
24	Auszahlungen aus der Rückzahlung von Investitionsbeiträgen	-	-	-	-
25	Auszahlungen aus der Rückzahlung von Investitionszuweisungen der Gemeinde	-	-	-	-
26	Auszahlungen aus der Rückzahlung von Investitionszuweisungen Dritter	-	-	-	-
27	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe aus Nummern 20 bis 26)	970.425,45	622.939,00	654.819,40	31.880,40
28	Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus Nummern 19 und 27)	3.811.412,63	1.696.688,00	2.025.969,27	329.281,27
29	Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf (Saldo aus Nummern 9 und 28)	- 14.598.978,26	- 12.724.933,87	- 11.000.860,84	1.724.073,03
30	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen ¹⁾	17.242.571,45	18.789.043,00	18.602.186,23	- 186.856,77
31	Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen bei der Gemeinde und anderen Eigenbetrieben	-	-	-	-
32	Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen bei Dritten	-	-	-	-
33	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Summe aus Nummern 30 bis 32)	17.242.571,45	18.789.043,00	18.602.186,23	- 186.856,77
34	Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen	-	-	-	-
35	Auszahlungen aus der Tilgung von Investitionskrediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen gegenüber der Gemeinde und anderen Eigenbetrieben	-	-	-	-
36	Auszahlungen aus der Tilgung von Investitionskrediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen gegenüber Dritten	1.647.680,00	1.629.627,00	1.647.680,00	18.053,00
37	Gezahlte Zinsen	25.671,08	18.032,00	18.032,39	0,39
38	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Summe aus Nummern 34 bis 37)	1.673.351,08	1.647.659,00	1.665.712,39	18.053,39
39	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus Nummern 33 und 38)	15.569.220,37	17.141.384,00	16.936.473,84	- 204.910,16
40	Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands zum Ende des Wirtschaftsjahres (Saldo aus Nummern 29 und 39)	970.242,11	4.416.450,13	5.935.613,00	1.519.162,87
41	Wirtschaftsplanunwirksame Einzahlungen (unter anderem durchlaufende Finanzmittel, Rückzahlungen, von angelegten Kassenmitteln, Aufnahme von Kassenkrediten)	-	-	-	-
42	Wirtschaftsplanunwirksame Auszahlungen (unter anderem durchlaufende Finanzmittel, Anlegung von Kassenmitteln, Rückzahlungen von Kassenkrediten)	-	-	-	-
43	Überschuss/Bedarf aus wirtschaftsplanunwirksamen Einzahlungen und Auszahlungen (Saldo aus den Nummern 41 und 42)	-	-	-	-
44	Anfangsbestand an Zahlungsmitteln	3.653.133,61	4.616.876,00	4.623.375,72	6.499,72
45	Veränderung des Bestands an Zahlungsmitteln (Saldo aus den Nummern 40 und 43)	970.242,11	9.033.326,46	5.935.613,00	1.519.162,87
46	Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende des Wirtschaftsjahres (Saldo aus den Nummern 44 und 45)	4.623.375,72	9.033.326,46	10.558.988,72	1.525.662,59
47	nachrichtlich	-	-	-	-
48	Endbestand an liquiden Eigenmitteln zum Jahresende	4.621.403,66	-	10.604.601,50	-
48	voraussichtlicher Bestand an inneren Darlehen zum Jahresende	-	-	-	-

¹⁾ Vorauszahlungen der Gemeinde auf die Fehlbetragsabdeckung (= Betriebskostenzuschuss)

Entwicklung der Liquidität zum Jahresabschluss 31. August 2024

Nr.	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Liquiditätsrechnung	
		2022/2023	2023/2024
		EUR	EUR
		1	2
1	Zahlungsmittelbestand zum Jahresbeginn	3.653.133,61	4.623.375,72
2	+/- Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus laufender Geschäftstätigkeit	- 18.410.390,89	- 13.026.830,11
3	+/- Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	3.811.412,63	2.025.969,27
4	+/- Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit	15.569.220,37	16.936.473,84
5	+/- Überschuss oder Bedarf aus wirtschaftsplanunwirksamen Einzahlungen und Auszahlungen	-	-
6	+ Endbestand an Zahlungsmitteln am Jahresende	4.623.375,72	10.558.988,72
7a	+ Sonstige Einlagen aus Kassenmitteln zum Jahresende	-	-
7b	+ Investmentzertifikate, Kapitalmarktpapiere, Geldmarktpapiere und sonstige Wertpapiere	-	-
7c	+ Forderungen aus Liquiditätsbeziehungen zum Kernhaushalt, zu verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, selbständigen Kommunalanstalten und anderen Eigenbetrieben der Gemeinde	102.946,96	302.985,81
8a	- Bestand an Kassenkrediten zum Jahresende	-	-
8b	- Verbindlichkeiten aus Liquiditätsbeziehungen zum Kernhaushalt, zu verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, selbständigen Kommunalanstalten und anderen Eigenbetrieben der Gemeinde	104.919,02	257.373,03
9	= liquide Eigenmittel zum Jahresende	4.621.403,66	10.604.601,50
10	- mittelübertragungsbedingter Liquiditätsbedarf	-	-
11	= bereinigte liquide Eigenmittel zum Jahresende	4.621.403,66	10.604.601,50
12	- für bestimmte Zwecke gebunden ¹⁾		
12a	Investitionszuwendungen Sanierung Kleines Haus und Altbau	4.186.781,05	4.664.337,30
12b	liquide Mittel in Höhe der Allgemeinen Rücklage für Sanierung Kleines Haus und Altbau	1.787.000,00	1.787.000,00
13	= bereinigte liquide Eigenmittel zum Jahresende ohne gebundene Mittel ²⁾	- 1.352.377,39	4.153.264,20

¹⁾ Nicht verausgabte Investitionskostenzuschüsse der Stadt und des Bundes für die Sanierung Kleines Haus und Altbau

²⁾ Die Zahlung des Landeszuschusses im Kalenderjahr 2023 für das Wirtschaftsjahr 2022/2023 (anteilig 4.904 T€) erfolgte per September 2023. Daher ist sie bei der Liquidität im Wirtschaftsjahr 2023/2024 aufzuführen.

LAGEBERICHT

ENTWICKLUNG DES EIGENKAPITALS UND DER RÜCKSTELLUNGEN

Das Wirtschaftsjahr 2023/2024 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 414 T€ ab und unterschreitet damit den im Wirtschaftsplan vorgesehenen Jahresfehlbetrag von 1.151 T€ um 737 T€.

Der Eigenbetrieb weist zum 31.08.2024 ein positives Eigenkapital von 4.807 T€ aus. Dieses Eigenkapital setzt sich zusammen aus dem Jahresfehlbetrag der Saison 2023/2024, den kumulierten Jahresergebnissen der Vorjahre (3.434 T€) sowie der Allgemeinen Rücklage (1.787 T€).

Die Allgemeine Rücklage war in der Spielzeit 2017/2018 gemäß der Zielvereinbarung in Höhe von 2.652 T€ gebildet worden, um die Belastungen durch die Prüfungen der Deutschen Rentenversicherung zu einem großen Teil auszugleichen. Sie wurde jedoch zur Haushaltskonsolidierung der Stadt Freiburg in Höhe von 865 T€ teilweise zurückgeführt. Die Allgemeine Rücklage soll gemäß Zielvereinbarung 2024-2028 als Eigenanteil bei der Beantragung der Bundesmittel für die Sanierung des Kleinen Hauses und Altbaus verwendet werden, da die Belastungen aus den Prüfungen der Deutschen Rentenversicherungen mittlerweile in den Jahresergebnissen abgebildet werden konnten. Alle Nachforderungen der Deutschen Rentenversicherung für die durchgeführten Prüfungen bis zum Jahr 2017 wurden im Sofortvollzug beglichen, alle vermuteten Risiken für die Folgejahre wurden durch Rückstellungen abgebildet.

Die Rückstellungen für potentielle Nachforderungen aus Prüfungen der Deutschen Rentenversicherung für die Kalenderjahre seit 2018 wurde um potentielle Fälle aus der abgelaufenen Saison erweitert. Die potentiellen Säumniszuschläge wurden aufgrund der im Zeitablauf fortschreitenden Verzinsung erhöht. Insgesamt wurde die bestehende Rückstellung auf 303 T€ erhöht (+ 53 T€).

Beim Sozialgericht Freiburg sind drei Klagen zum Themenkomplex der Selbständigkeit von Gästen im Zeitraum 2009-2013 anhängig (Orchesteraushilfen, Sänger*innen, Choraushilfen und Dirigent*innen). Das Verfahren zur Selbständigkeit von Darsteller*innen, Tänzer*innen und Bühnenmusiker*innen hat das Theater in erster Instanz gewonnen. Die Deutsche Rentenversicherung hat gegen dieses Urteil Berufung eingelegt.

Im Verfahren zur tageweisen Versicherung abhängig Beschäftigter 2006-2013 hat das Theater einen aus diesem Themenkomplex herausgelösten Einzelfall in erster Instanz gewonnen, im Berufungsverfahren hat das Theater allerdings vor dem Landessozialgericht verloren. Das Theater hat Nichtzulassungsbeschwerde zum Bundessozialgericht eingelegt.

Gerichtliche Verfahren zu den Prüfungen 2014-2017 sind noch nicht anhängig, teilweise liegen auch noch keine Widerspruchsbescheide vor.

Über alle anhängigen Verfahren des Zeitraums 2006-2017 wurden mit der Deutschen Rentenversicherung Vergleichsverhandlungen geführt und diese stehen kurz vor dem Abschluss. Vor diesem Hintergrund haben die Gerichte zugestimmt, die anhängigen Verfahren ruhen zu lassen. Ein ausgehandelter Vergleich steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Gemeinderats. Aktuell kann nicht davon ausgegan-

gen werden, dass mit einem Vergleich Rechtssicherheit über den Zeitraum seit 2018 erlangt wird, so dass die Rückstellungspraxis zunächst weitergeführt werden soll.

Die im Vorjahr gebildete Rückstellung für drohende Rückzahlungen des Landeszuschusses für das Kalenderjahr 2022 (122 T€) konnte in Höhe von 78 T€ aufgelöst werden. Mit Vorlage des Verwendungsnachweises 2022 wurde der Landeszuschuss endgültig der Höhe nach festgesetzt.

Die Zusammensetzung der Rückstellungen ist im Anhang dargestellt. Insgesamt entwickelten sich die Rückstellungen im Geschäftsjahr wie folgt:

	T€
Stand 01.09.2023	2.123
Inanspruchnahme	284
Auflösung	119
Zuführung	785
<u>Abzinsung</u>	<u>5</u>
<u>Stand 31.08.2024</u>	<u>2.500</u>

GESCHÄFTSVERLAUF

In der abgelaufenen Spielzeit 2023/2024 waren keine Einschränkungen im Spielbetrieb durch die Corona-Pandemie mehr gegeben. Die Zurückhaltung beim Publikum der Vorjahre beim Besuch von Veranstaltungen in geschlossenen Räumen war nicht mehr wahrnehmbar. Die aufgrund der Corona-Jahre verschobene Eintrittspreiserhöhung wurde zur Saison 2023/2024 umgesetzt.

Die großen Schwankungen der Energiepreise und Inflation des Vorjahres haben sich auf ein kalkulierbares Maß auf hohem Niveau reduziert, Stützungsmaßnahmen des Bundes liefen aus.

Die Steigerungen bei den Personalkosten aufgrund der Tarifabschlüsse wurden gemäß Zielvereinbarung durch den Zuschuss der Stadt Freiburg und des Landes Baden-Württemberg ausgeglichen.

SPIELBETRIEB

Musiktheater

Das Musiktheater der Saison 2023/2024 wurde mit der Märchenoper HÄNSEL UND GRETEL von Engelbert Humperdinck eröffnet. Die Regisseurin Kateryna Sokolova, die mit DAS SCHLAUE FÜCHSLEIN und RUSALKA bereits zwei Opern erfolgreich auf die Bühne des Freiburger Theaters gebracht hat, hatte es sich zur Aufgabe gemacht, die Märchengeschichte sowohl für ein junges Publikum zu erzählen, als auch eine (erwachsene) zweite Ebene einzuziehen, die sich aus der Frage speisen sollte, wie eine Mutter überhaupt in der Lage sein kann, die eigenen Kinder zu verstoßen. Sokolovas Antwort: weil Krieg herrscht, lebensbedrohliche Verhältnisse, in denen man die Kinder weder beschützen, noch ausreichend versorgen kann. Die szenische Umsetzung mitsamt der musikalischen Leitung von André de Ridder erzählte folglich auf zwei Ebenen, ohne die beiden Zielgruppen aus den Augen zu verlieren - um den Spagat zu leisten, die allseits bekannte Märchenoper für Jung und Alt gleichermaßen

interessant auf die Bühne zu bringen. Kateryna Sokolovas Herangehensweise wurde allgemein goutiert und bejubelt, während Alexander Dick als Leiter des Kulturresorts der Badischen Zeitung dazu den Blick auf die Leistung des musikalischen Apparats lenkte: „Dass diese Botschaften für Alt und Jung nicht mit dem pädagogischen Zeigefinger serviert werden, sondern mit viel Liebe zu den Details und empathischer Personenregie, ist faszinierend. [...] Ganz großes Format bekommt der Abend aber auch durch die musikalische Lesart. André de Ridder entlockt Humperdincks vielschichtiger, komplexer und dabei doch so melodiös eingängiger Partitur nicht nur die üblichen Wagnerismen. Dass von dieser romantischen Musik auch Impulse ausgingen, machen der Dirigent und das sich exzellent präsentierende Philharmonische Orchester immer wieder plastisch hörbar.“ (Badische Zeitung). Das Publikum konnte dem folgen - während zeitgleich mit RUSALKA Sokolovas Erfolgs-Produktion aus der Vorsaison als Wiederaufnahme auf dem Programm stand. Die Regisseurin hat sich in Freiburg ein Gütezeichen für Bühnen-Qualität erarbeitet.

Eine weitere Regisseurin der Extraklasse kehrte nach vielen Jahren zurück nach Freiburg, nachdem ihre Regiekarriere in dieser Stadt begonnen hatte: OTELLO, PIQUE DAME und TANNHÄUSER hat Eva-Maria Höckmayr zwischen 2010 und 2014 in Freiburg auf die Bühne gebracht, nach zahlreichen Stationen in Berlin, Dresden, Weimar und anderen Theaterorten kehrte sie 2023 mit Strawinskys Oper THE RAKE'S PROGRESS nach Freiburg zurück: mit einer Studie über die Verführbarkeit des Menschen zum Bösen - in der die Teufels-Figur gleich von zwei Ensemble-Sängern auf der Bühne gedoppelt verkörpert wurde. Eine besondere Konzeption, die es ermöglichte, dass der ewige Widersacher mit sich selbst in den (musikalischen) Dialog treten kann: „Michael Borth und Jakob Kunath sind sowohl darstellerisch als auch stimmlich ein perfekt aufeinander eingestimmtes Teufelspaar“, lobt Bernd Künzig die Aufführung auf SWR2. Getragen wurde die Umsetzung von einer außerordentlichen Bühnenästhetik, von der das Publikum über quasi-hypnotisierende Spiralen in den Abend hineingezogen wurde. „Spannender als ein Tatort“, zitiert der OPERNFREUND Peter Heuberger eine Zuschauerstimme in seiner Rezension. Und Bernd Künzig fasst zusammen: „...ein brillantes Opernabenteuer.“

Auf die Wiederaufnahme der beliebtesten Produktion 2022/2023, Brechts und Weills DREIGROSCHENOPER, folgte ab Januar mit Steven Sondheims Musical COMPANY der Publikumsrenner der neuen Saison: „Komisch und tragisch und mitreißend: alles zugleich [...]. Die Crew des Freiburger Theaters hat sich [...] mal wieder selbst übertroffen. Bravo!“, zieht Chris Libuda ihr Fazit für den SWR. Ein großes Ensemblestück - und eine große Ensembleleistung mit herrlichen kuriosen Partien, in einer gemischten Besetzung aus dem Musik- und Sprechtheater, mit singenden Schauspielerinnen und sprechenden Sängern. Und tanzen mussten sie allesamt - zu den beschwingten Sondheim-Songs aus den 70er Jahren. In ihrer Mitte befand sich mit Bobby das Gravitationszentrum des Abends, verkörpert von Jakob Kunath, der mit seiner Figur die Fragen aufwarf, die der Musical-Abend spielerisch konstant umkreiste: „Das Publikum kann Robert in seinem vielschichtigen Ringen beobachten. Ist er glücklich allein oder sehnt er sich doch nach einer wirklichen Bindung? COMPANY überlässt diese Fragen am Ende dem Publikum.“ (Maya Rollberg, SWR2 Treffpunkt). Das Publikum reagierte hörbar emotional und schloss sich damit dem Vibe des Abends an: „Das Freiburger Publikum bejubelt verdientermaßen das hauseigene Ensemble.“ (musicalzentrale.de)

Neben dem Musical gab es aber auch „große“ Verdi-Oper zu erleben: Mit DON CARLOS schloss das Musiktheater an die Verdis der letzten Spielzeit an: Auf FALSTAFF und MACBETH folgte also DON CARLOS mit einem Commentaire von

Thomas Köck, der die aufklärerisch-freiheitlichen, politischen Positionen ins Heute überführte und damit an das Gedankengut der Posa-Figur anknüpfte - eine dezidiert politische Stellungnahme, die Regisseur Michael von zur Mühlen mit seinem Team ins Geschehen einbrachte. Gleichzeitig ließ er jedoch genügend Raum für die Gesangskünste, auf dass dieser Abend Vorstellung für Vorstellung zu einem Fest der Sängerinnen und Sänger werden konnte: „André de Ridder dirigiert einen einerseits stürmisch drängenden Verdi, in dem andererseits das Rasonierende immer dominierender wird. Orozco brilliert mit seiner Partie vor allem da, wo die Stimme kraftvoll flutet. Ysmanovs lodernder Tenor harmoniert damit prächtig und zeigt unverkünstelt Italianità bis in eine unangestregte Höhe. Jin Seok Lee verkörpert auch stimmlich einen grüblerischen Philipp; sein warmer Bass fokussiert gerade ab dem dritten Akt die Resignation dieser Figur“, so Alexander Dick in der Badischen Zeitung. „Der verdiente Lohn ist frenetischer Schlussbeifall“, resümiert er das Geschehen, das er am Premierenabend aufmerksam verfolgte.

GAME ON: ZAUBERFLÖTE war wohl das „komplexeste“ Projekt der Spielzeit, weil es auf mehreren Ebenen als Experiment angelegt war - und das auf der großen Bühne und mit Mozarts berühmtester Oper DIE ZAUBERFLÖTE. Entstanden ist es aus einer Idee von André de Ridder und dem Regisseur Marco Storman, die auch maßgeblich für Konzeption und Umsetzung des Abends verantwortlich zeichneten. Finanziell wurde das Projekt großzügig von den TheaterFreunden sowie der Renate und Waltraud-Sick-Stiftung unterstützt. Sowohl eine digitale als auch eine interaktive Ebene wurde eingezogen, das gesamte Unterfangen in eine Gaming Show überführt und ein Entscheidungsbaum entwickelt, auf dass das Publikum den Fortgang der Handlung selbst bestimmen konnte. Von Jakob Nolte wurde hierfür eigens Texte geschrieben, der sie jeweils an den Gelenkstellen des Entscheidungsbaumes zur Abstimmungssituation einpasste, indem er den ZAUBERFLÖTEN-Kosmos aufgriff, verhandelte und zur Disposition stellte. Das Publikum zeigte sich hingerissen von der Möglichkeit, den Fortgang der Handlung selbst bestimmen zu können. Vor allem das jüngere Publikum trat zahlreich in Erscheinung. Ein großes Ziel des ZAUBERFLÖTEN-Experiments war es, andere und jüngere Zuschauersegmente anzusprechen und für das Musiktheater zu begeistern. Mit dem neuen Format war ein Schritt in die richtige Richtung getan, da sich der Abend weitaus lockerer und aktiver gestaltete, als dies bei einer „normalen“ Aufführung der ZAUBERFLÖTE der Fall gewesen wäre. Und zusätzlich gab es ja noch die Gaming-Ebene, die sowohl in der Show auf der Bühne, als auch über die eigens entwickelten digitalen Welten, die den Abend erst konstituierten, einen exklusiven Raum einnahm. In der Entwicklung der Computerspielwelten und der zugehörigen Avatare wurde die Münchener Kreativfirma Moby Digg herangezogen, die die digitalen Welten und deren Spielmöglichkeiten für das Projekt kreierten. Dass die selbst gesteckten Ziele nicht auf allen Ebenen zu einhundert Prozent erreicht wurden (was in der Endphase bedauernswerter Weise zur Demission des Regisseurs führte), tat der Begeisterung über den Theaterabend keinen Abbruch: Nicht nur das junge Publikum feierte den Abend, auch das Abo-Publikum zeigte sich überwiegend angetan von den neuen Möglichkeiten, die sich durch die Kreuzung ihrer bekannten, mit Nostalgie behafteten Musiktheaterwelten und den unbekannten Digital Worlds ergaben. Auch die überregionale Presse lobte die Premieren-Variante als „hochinteressantes, mitunter verworrenes Experiment inklusive das Bühnengeschehen präzise weiterführender Digitalwelt“ (Egbert Tholl, Süddeutsche Zeitung), während die Kollegin Ariane Huml vom Kulturjoker die Inszenierung als „Up to date“ beschrieb, die „voll den Nerv der Zeit“ treffe. Spannendes Musiktheater einmal anders gedacht, welches seine Wirkung voll und ganz entfaltet hat und das Publikum regelmäßig zu begeisterten Applausstürmen animierte.

Bleibt die letzte Produktion der Spielzeit: THE HANDMAID'S TALE von Poul Ruders, die in der Regie des Intendanten Peter Carp und der musikalischen Leitung des Kapellmeisters Ektoras Tartanis als deutschsprachige Erstaufführung in Freiburg herauskam. Mit der Wahl dieser zeitgenössischen Oper wurde die inhaltliche Linie, Stoffe der jüngeren Vergangenheit aus Literatur und Film, die auch dem jüngeren Publikum ein Begriff sind, in einer musikalischen Bühnenversion zu befragen und zugänglich zu machen, mit den Mitteln des Theaters fortgesetzt. In diesem Fall beruhte die Oper auf Margaret Atwoods Roman aus den späten 1980er Jahren, mit dem sie schon damals eine große Dystopie auftrat: eine fiktive christlich-fundamentalistische Republik, misogyn und klassistisch, in der das Leben zur Qual wird. Allerdings betonte Atwood schon damals, dass es sich um eine „spekulative Fiktion“ handle, weit entfernt von der Unmöglichkeit: Alles, was in diesem Roman vorkommt, war bis in die 80er Jahre bereits in der realen Welt passiert oder mithilfe der technologischen Möglichkeiten der Zeit zumindest denkbar. Peter Carp schuf gemeinsam mit seinem Ausstattungsteam eindrucksvolle Bildwelten für eine Zwangsgemeinschaft, in der niemand leben möchte. Dass das Anliegen, das die Theaterleitung mit diesem Stück verband, durchaus angekommen ist, bestätigte Bernd Künzig in seiner SWR-Rezension: „Schnörkellos geradlinig, präzise und mit Gespür für drastischen Suspense ist die Regie dieser Romanoper: Filmisch montierte Bildwechsel, raffinierte Zeitsprünge der Erinnerungsszenen, innere Monologe hinter einem malerischen Gazevorhang und eine ausdifferenzierte Personengestaltung. Das ist alles mit großer Hingabe gemacht. [...] Inga Schäfer in der Titelpartie der Offred ist eine Wucht. Sie liefert eine atemberaubende Tour de Force dieser emotional aufzehrenden Partie.“ Und die erneut anwesende Süddeutsche Zeitung sekundiert in Punkto Musik und in Person von Björn Hayer: „Ektoras Tartanis peitscht sein Orchester kraftvoll durch den Abend, mal in Marschrhythmen, mal im hektisch aufwühlenden Unisono. Das Ergebnis: Wucht und stets erneute Wucht. [...] Den Zuschauern weist die Inszenierung eine größere Perspektive: Konsequenterweise dekliniert sie die Entstehung und Verfestigung von Diktaturen durch - Mahnmal für eine Gesellschaft, die zunehmend empfänglich für rechten Populismus wird.“ Ein Statement am Ende einer Spielzeit, das sich sehen und hören lassen kann - und das in Zeiten des erstarkenden Rechtspopulismus in der Tat einen Warnhinweis einschließen soll, in welchen politischen Systemen wir jenseits unserer hart erkämpften Demokratie stranden könnten. Die Fortsetzung der Ur- und Erstaufführungen für die nächste Spielzeit darf mit Spannung erwartet werden.

Tanz

Die Spielzeit 2023/2024 stand für die Tanzsparte am Theater Freiburg ganz im Zeichen der Tanzplattform Deutschland 2024. Das in Deutschland wichtigste Festival für zeitgenössischen Tanz und Performance wurde vom 21.-25. Februar 2024 durch die Tanzsparte ausgerichtet und war ein großer Erfolg. Zehn von einer Fachjury ausgewählte Produktionen wurden in insgesamt 26 Vorstellungen präsentiert, wobei bei einer Auslastung von 80% insgesamt über 6.000 Zuschauer*innen erreicht wurden. Auf besonders großes Interesse stieß das Festival vor allen Dingen bei nationalem sowie internationalem Fachpublikum, was sich an den über 460 Akkreditierten aus über 40 Ländern ablesen lässt, die für das Festival nach Freiburg gereist sind. Zahlreiche wichtige Namen der Tanzwelt aus Baden-Württemberg, Deutschland, Europa und der ganzen Welt fanden sich auf der Akkreditierungsliste. Auch das Medieninteresse war regional, national und international erfreulich hoch und die Resonanz auf das Festival insgesamt sehr positiv.

Der Erfolg der Tanzplattform ist allem voran der guten Zusammenarbeit mit den lokalen Partnerinstitutionen wie dem Tanznetz Freiburg, dem Literaturhaus Freiburg, der

Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und dem Studierendenwerk Freiburg sowie mit den Außenspielstätten, dem E-WERK Freiburg, dem Theater im Marienbad, dem Studio Pro Arte und dem Art'Rhena zu verdanken.

Das aus zehn von einer Fachjury ausgewählten Produktionen bestehende Hauptprogramm wurde durch ein vielseitiges Rahmenprogramm ergänzt. Podiumsdiskussionen, Netzwerktreffen, Bewegungsworkshops, Ausstellungen sowie zahlreiche Instanzen des Austauschs fanden an allen Vormittagen in enger Kollaboration mit verschiedenen Partner*innen statt. Hervorzuheben ist die eng gewachsene Partnerschaft und die breite öffentliche Wahrnehmung derselben mit dem Tanznetz Freiburg, dem Kulturstadt Freiburg und dem internationalen Netzwerk Réseau Grand Luxe. Weiterhin konnten durch die Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut, dem Canada Council for the Arts und der Vertretung der Regierung von Québec in Berlin internationale Referent*innen eingeladen werden, die sich in einem zweitägigen Panelprogramm intensiv über den Themenbereich Dekolonialismus und Perspektiven von BIPOC-Künstler*innen in der deutschen und internationalen Tanzszene austauschten.

Besondere Akzente setzte die Tanzplattform in den Bereichen Accessibility und Awareness. Von den zehn Produktionen des Hauptprogramms wurden vier mit einer Audiodeskription angeboten, Stücke mit gesprochener Sprache auf der Bühne wurden übertitelt oder der Text auf Handouts zur Verfügung gestellt. Die Produktion „Matters of Rhythm“ konnte sogar in allen drei Vorstellungen als Relaxed Performance mit alternativen Sitzmöglichkeiten und Pre-Show-Access (inkl. DGS-Dolmetschung) angeboten werden. Bis auf eine Ausnahme waren alle Spielorte rollstuhlgerecht, in der Kommunikation wurde erhöhter Wert auf Sichtbarkeit und Verständlichkeit gelegt und Informationen zum Festival in einfacher Sprache zur Verfügung gestellt. Im Hinblick auf die Awarenessstruktur des Festivals war an jedem Festivaltag ein Awareness-Team sowohl telefonisch als auch physisch vor Ort als erste Anlaufstelle ansprechbar, den Verträgen mit den geladenen Gastcompanies, Referent*innen, Moderator*innen sowie den Spielorten wurde ein bindender Code of Conduct beigelegt.

Vor und nach der Tanzplattform bot der Tanz erneut ein anspruchsvolles Gastspielprogramm, mit insgesamt sechs Produktionen von der Republik Côte d'Ivoire über Belgien, Frankreich und Spanien bis Brasilien. Der thematische Fokus der eingeladenen Stücke lag auf intersektionalen Perspektiven und diskriminierungskritischen Reflexionen. Migration, soziale Ungleichheit und Ausgrenzung, Selbstbestimmung und Diversität bildeten das Zentrum der Themen, die über die Bewegung und den Körper verhandelt wurden. Neben der großen Spielzeiteröffnung von Aina Alegres THIS IS NOT (AN ACT OF LOVE AND RESISTANCE), waren die beiden programmatischen Highlights der Spielzeit 2023/2024 die Produktion PROPHÉTIQUE (ON EST DÉJÀ NÉ.ES), eine politische und gleichzeitig persönliche Arbeit der in Frankreich lebenden Choreografin Nadie Beugré. Sie porträtiert darin die Transgender-Community in ihrer Heimatstadt Abidjan (Côte d'Ivoire) und arbeitete mit sechs nicht professionellen Darstellenden aus der dortigen Szene zu Geschlechterfragen und zugewiesenen Identitäten. Der zweite Höhepunkt im Juni 2024 wurde im Kontext des Festivals Performing Democracy präsentiert: die Produktion FORESHADOW des Choreografen Alexander Vantournhout. Der belgische Künstler war bereits zum dritten Mal am Theater Freiburg zu Gast und zeigte eine große Gruppenarbeit an der Schnittstelle von Neuem Zirkus, Akrobatik und Tanz. Die acht Tänzer*innen sahen sich darin mit einer rund fünf Meter hohen Wand konfrontiert, experimentierten mit völlig neuen Bewegungsformen in der Horizontalen und ihre beeindruckende Darbietung wurde seitens des Freiburger Publikum mit anhaltenden standing ovations be-

lohnt. Mit Calixto Neto und Volmir Cordeiro wurden im Frühjahr 2024 auf der Bühne im Kleinen Haus eher performative Arbeiten von zwei aufstrebenden brasilianischen und besonders politisch arbeitenden Künstlern gezeigt. Den Abschluss des Gastspielprogramms bildete eine Kreation der algerisch-französischen Choreografin Nacera Belaza. Die ursprünglich für das Programm ausgewählte Produktion L'ENVOL musste seitens der Company durch das Stück L'ONDE ersetzt werden. Ergänzt wurden die Gastspiele jeweils durch eine Stückeinführung vor der Vorstellung sowie ein Nachgespräch mit den eingeladenen Künstler*innen, beide Formate genießen nach wie vor einen großen Zuspruch seitens des Publikums.

Fortgesetzt wurde in 2023/2024 die erfolgreiche internationale Netzwerkarbeit der Tanzsparte vor allen Dingen im Rahmen des Netzwerks Réseau Grand Luxe. Zwei Residenzaufenthalte internationaler Tanzschaffender fanden in diesem Kontext am Theater Freiburg statt, wobei die eingeladenen Künstler*innen im Format DANCE INSIGHTS Einblicke in ihren Schaffensprozess gaben. Im April 2024 fand zudem in Straßburg das Mini-Festival HAPPY DAYS statt indem sich die bisherigen Grand Luxe-Stipendiat*innen einem großen Fachpublikum präsentierten, zu dem auch Vertreter*innen der Tanzsparte zählten. Ebenfalls fortgesetzt wurde der erfolgreiche Bewegungsworkshop TIME TO SHARE MOVEMENTS unter der Leitung der beiden Freiburger Choreograf*innen Emi Miyoshi und Unita Gay Galiluyo.

Als Koproduzent beteiligte sich die Tanzsparte in der Spielzeit 2023/2024 an insgesamt sechs Produktionen und unterstützte auf diese Weise die Künstler*innen Noé Soulier (Frankreich), Zora Snake (Kamerun/Frankreich), Alexander Vantournhout (Belgien), Nadia Beugré (Côte d'Ivoire/Frankreich), Nina Laisné & François Chaignaud (Frankreich) sowie Moritz Ostruschnjak (Deutschland) bei der Entwicklung ihrer neuesten Kreationen.

Schauspiel

Die Spielzeit 2023/2024 war für die Sparte Schauspiel, mit Blick auf die Publikumsresonanz die erfolgreichste der Intendanz von Peter Carp. Eröffnet wurde das Schauspielprogramm mit einer szenischen Installation, die als Koproduktion mit den Wiener Festwochen und Produktionshäusern wie dem HAU, Berlin oder Kampnagel, Hamburg entstand und Mitte September 2023 ihre Deutschland-Premiere in Freiburg feierte: MUSEUM OF UNCOUNTED VOICES der im deutschen Exil lebenden russischen Theaterkünstlerin Marina Davydova befragte angesichts der Entwicklung in ehemaligen Sowjetrepubliken, was im Strudel der postkommunistischen Verwerfungen mit den Menschen passiert. Die Wiener Zeitung konstatierte, Davydova mache „die Vergangenheit selbstreflektiert, düster und schonungslos lebendig. (...) Ein Besuch in einem ‚Museum‘, der sich lohnt.“ Und ein Abend mit Strahlkraft weit über Freiburg hinaus.

Letzteres gilt auch für die erste Schauspiel-Premiere im Großen Haus Ende Oktober: Der israelische Regisseur Yair Sherman, den Intendant Peter Carp bei einer Kulturreise in Freiburgs Partnerstadt Tel Aviv entdeckte, reihte sich ein in die Phalanx von Theaterkünstler*innen, die ihre ersten Arbeiten in Deutschland am „Haus der Entdeckungen“ Theater Freiburg realisierten und von dort eine große Karriere starteten. Sherman und sein Team brachten Shakespeares selten gespieltes WINTERMÄRCHEN als opulentes, bildstarkes und von einer herausragenden Ensembleleistung geprägtes Spektakel auf die Bühne: „ein fulminanter, ein großer Theaterabend“ jubilierte Bettina Schulte in der Fachzeitschrift „Die Deutsche Bühne“.

Parallel dazu feierte eine kleine, aber feine Schauspielproduktion im Kleinen Haus Premiere: Peter Carp brachte mit der Bühnenadaption von Christian Krachts Roman EUROTRASH eine zugleich berührende wie amüsante Mutter-Sohn-Beziehung auf die Bühne, die ganz auf die Schauspielkunst der 84-jährigen Margot Gödrös und von Henry Meyer setzte und sich zu einem lang anhaltenden Publikumsmagneten entwickelte. – In der Kammerbühne erhielt zeitgleich Finn Bühr nach mehreren Spielzeiten als Regieassistent die gut genutzte Chance, sich mit Igor Bauersimas NORWAY.TODAY erstmalig als Regisseur auszuprobieren.

In ihrer dritten Arbeit am Theater Freiburg machte die serbische Regisseurin Bojana Lazić die Titelfigur von Georg Büchners WOYZECK zu einer Frau und untersuchte, wie in heutigen Gesellschaften Gewalt entsteht: Zerrissen zwischen Gelegenheitsjobs, Mutterrolle und Beziehung kämpft die Protagonistin um Selbstbestimmung und gegen ihre eigenen Gewaltphantasien. Die Aufführung erfreut sich nach seiner Wiederaufnahme aktuell schon in der zweiten Spielzeit großer Beliebtheit beim Publikum: nicht nur, weil Büchners Dramenfragment nach wie vor Abiturstoff ist, sondern auch, weil sie in Freiburg – in Sachen häuslicher Gewalt „landesweit an der Spitze“ (Badische Zeitung) – möglicherweise einen Nerv trifft.

Auch Uwe Mengel, Pionier der interaktiven Performance in den USA und in Deutschland, arbeitete zum dritten Mal am Theater Freiburg: mit FUTURE 2000 (Premiere Dezember 2023) spürte er in der Kammerbühne den Utopien der 1950er und 1960er Jahre in Ost und West nach und konfrontierte ein überwiegend junges Publikum mit einer Zeit, als der Blick in die Zukunft noch frei von Ängsten und voller Optimismus war. – Nahezu zeitgleich richtete Jessica Glause mit DER JUNGE MANN / DAS ER-EIGNIS einen anderen Blick zurück in die frühen 1960er Jahre: Ihre Adaption von Texten der Literaturnobelpreisträgerin Annie Ernaux schildert mit schonungsloser Offenheit eine ungewollte Schwangerschaft und die beinahe tödlich endende, damals illegale Abtreibung der Protagonistin: „Dieser Theaterbesuch geht an die Substanz. Ihn bis zum Ende durchstehen aber heißt, belohnt zu werden. (...) Großer Premierenapplaus dafür“, befand Heidi Ossenbergh in der Badischen Zeitung. – Die Uraufführung von MUTTER.LIEBE Anfang Februar 2024 der Filmregisseurin und Autorin Susanne Heinrich eröffnete eine Reihe von neuen Dramentexten, die vom Theater Freiburg in Auftrag gegeben wurden. Wie in ihrem preisgekrönten Film DAS MELANCHOLISCHE MÄDCHEN erzählte Susanne Heinrich in ihrem Theaterdebüt voller Zärtlichkeit und Ironie vom Unbehagen einer jungen Mutter in der spätkapitalistischen Gesellschaft. Die Verfilmung kommt unter dem Titel DIE UNÖGLICHE MUTTER 2025 in die Kinos.

Ein Schwerpunkt lag in der Spielzeit 2023/2024 im Schauspiel auf Werken von Exilanten, die nicht in ihrer Heimat leben und arbeiten können: Nach Marina Davydova gab das Theater Freiburg sowohl bei ihrem Landsmann Viktor Jerofejew als auch beim syrischen Autor Mohammad Al Attar ein Stück in Auftrag und bot ihnen damit eine Möglichkeit, ihrer künstlerischen Tätigkeit auch im Exil nachzugehen. Al Attars DIE BEGEGNUNG VON GESTERN, im März 2024 im Kleinen Haus in der Regie von Omar Abusaada uraufgeführt, nimmt die reale Wiederbegegnung zweier Syrer im deutschen Exil, der eine Opfer, der andere Täter in Assads Regime zum Ausgangspunkt einer Reflektion über Schuld und Vergebung, die weit über den konkreten Fall hinausgeht. Jürgen Reuß befand auf nachtkritik.de: „Das bemerkenswerteste an der Freiburger Uraufführung ist, wie Mohammad Al Attar in seiner syrisch-deutschen Variation dieses Themas die Schraube der Komplexität weiterdreht, weg von agonalen Kämpfen, hin zu Lebensrealitäten. Damit rückt er dem Publikum richtig nahe ... Ein Besuch dieses wichtigen Stücks ist zu empfehlen.“ Vielleicht trug der

Umstand, dass der syrische Bürgerkrieg aufgrund der Konflikte in der Ukraine und in Gaza aus dem Bewusstsein der deutschen Öffentlichkeit verschwunden war und erst anlässlich des aktuellen Geschehens wieder in Erinnerung gelangt dazu bei, dass das Freiburger Publikum nicht im erhofften Umfang der Empfehlung der Kritik folgte.

Der russische Literaturstar Viktor Jerofejew, der den Deutschen als Kolumnist von FAZ und Süddeutscher Zeitung sowie als regelmäßiger Gast in Polittalks Putins Machtsystem erklärt, hat auf Grundlage seines Romanbestsellers DER GROSSE GOPNIK eigens und exklusiv für das Theater Freiburg ein gleichnamiges Theaterstück geschrieben – ein Coup! Im April 2024 gelangte sein Werk im Großen Haus zur Uraufführung: „Eike Weinreich hat das Stück kongenial inszeniert als epische Horrorkomödie und Revue der Grenzüberschreitungen (...) Ein Glücksfall ist Martin Hohner als Darsteller des Großen Gopnik“, lobte Kerstin Holm in der FAZ, und Björn Hayer resümierte in der TAZ: „Fulminant und bildstark erfüllt diese stringente Komposition, was Kunst seit jeher antreibt: falschen Autoritäten, in diesem Fall einer der schlimmsten, mit Widerstand zu begegnen.“ Wie hellsehtig Jerofejew die Entwicklungen in Putins Russland beschreibt, wurde ein halbes Jahr nach der Premiere bei der Wiederaufnahme in der Folgespielzeit deutlich.

Die letzte Schauspiel-Premiere fand dann Anfang Juni wieder im Kleinen Haus statt: Johannes Leppers Inszenierung von Kleists Erstlingswerk FAMILIE SCHROFFENSTEIN setzte ganz auf Kleists Sprache und das hervorragende Schauspielensemble: „Bleibt, das Ensemble zu loben. Textsicherheit, Textverständlichkeit, hoher körperlicher Einsatz und Spielfreude ist bei allen auf der Bühne vorhanden, weshalb der begeisterte Schlussapplaus des Premierenpublikums auch allen galt“, resümierte Heidi Ossenbergl. Der dreistündige Abend wird insbesondere von Schulklassen mit großer Begeisterung und erstaunlicher, erfreulicher Konzentration aufgenommen.

Zu den Wiederaufnahmen aus der vorherigen Saison gehörte 2023/2024 neben Shakespeares Komödie WAS IHR WOLLT, der Adaption von Hermann Hesses DER STEPPENWOLF und Branden Jacons-Jenkins schwarz-humorigen Südstaatedrama APPROPRIATE auch Kamile Gudmonaites Inszenierung von Simon Stones MEDEA: Diese Freiburger Erfolgsproduktion wurde im Rahmen des fortgesetzten Gastspielaustauschs mit den Bühnen Bern „X-Change – Nachhaltigkeit durch Austausch“ in der Schweiz gezeigt. Im Gegenzug kam Mathias Spaans intelligente und gefeierte Interpretation von Schillers DIE RÄUBER für mehrere Vorstellungen aus Bern nach Freiburg.

Junges Theater

Das Junge Theater eröffnete das Theaterjahr 2023/24 mit einem gewaltigen Knall. Denn „das Wut“ war im Anmarsch – und machte (nicht nur) der kleinen Frida das Leben ziemlich schwer: FRIDA UND DAS WUT war ein explosives Figurentheater mit Kult- und Knallfaktor für ganz kleine Theaterbesucher*innen ab 4 Jahren im Werkraum.

Ganz große Oper wurde für alle gezeigt, die Opernfans werden wollten, und für jene, die es schon waren: In DIE OPERNTODE MEINER MUTTER (5+) ging es bunt und lebensfroh zu, wie das so ist, wenn man eine Opersängerin als Mutter hat, die für ihr Leben gerne singend stirbt - auf der Bühne versteht sich! Eine Oper zum Einsteigen und Mitmachen mit Musik von Verdi, Humperdinck und Mozart.

Das neue Kinderstück zur Weihnachtszeit war DIE SCHÖNE UND DAS BIEST (6+). Erzählt wurde, fernab vom Disney-Zuckerguss in einer Fassung des Walisers

Charles Way, die Geschichte von Belle, die sich vor fast allem in der Welt fürchtet, aber eines Tages all ihren Mut zusammennimmt und über sich selbst hinauswächst. Auch im Jahr 2023 wurden zum Stück Informationen in Leichter Sprache zur Verfügung gestellt, Vorstellungen mit Dolmetscher*innen für Deutsche Gebärdensprache (DGS) und Vorstellungen mit Audiodeskription (AD) angeboten.

Für ihre Adaption von DER ZAUBERER VON OZ nahm das Team von KARLSSON VOM DACH und DRACULA eine außergewöhnliche Herausforderung an: Denn in OZ (10+) wurde auf zwei Bühnen - in zwei Räumen - gleichzeitig gespielt, fliegende Wechsel der vier Darstellenden inbegriffen! Kinder und Erwachsene erlebten zwei komplett unterschiedliche Versionen von Dorotheas wundersamer Geschichte.

Im April 2024 wurden Schulen in Freiburg und Umgebung für die Klassenzimmerproduktion UND MORGEN STREIKEN DIE WALE in Theatersäle verwandelt. Das Stück wurde gemeinsam mit Schulklassen ausgewählt und setzte sich kritisch mit den Folgen des Klimawandels auseinander.

In MEIN OPA AUF DEN MARSHALL-INSELN begab sich die FigurentheaterspielerIn Vanessa Valk auf die Spur der deutschen Kolonialgeschichte und erkundete davon ausgehend anhand ihrer eigenen Familiengeschichte, was im Nachkriegsdeutschland unter den Teppich gekehrt wurde. Zeitgleich begannen die Arbeiten am partizipativen Theaterprojekt IAKWE ODER WIE DER REGENBOGEN AUS DEM KELLER KAM, das sich mit marshallischen Objekten in Freiburg beschäftigt.

Zum Abschluss des Theater- und Schuljahres gab es für Schüler*innen aus Freiburg und Umgebung „Theater als Hauptfach“ im Rahmen der SCHULTHEATERTAGE, die im Juli 2024 im Kleinen Haus, im Theater im Marienbad und im Haus der Jugend stattfanden.

Für die Produktionen DIE OPERNTODE MEINER MUTTER, DIE SCHÖNE UND DAS BIEST sowie OZ wurden Gruppen mit Kinderdramaturg*innen zusammengestellt, die den Entstehungsprozess begleitet und reflektiert haben. Selbst auf der Bühne stehen konnten Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene u. a. als Mitglied der SCHOOL OF LIFE AND DANCE, die im Juni 2024 ihre neue Produktion KEEP IT REAL im Großen Haus präsentierte, im KINDER- UND JUGENDCHOR, im HEIM UND FLUCHT ORCHESTER und in einem der THEATERKLUBS.

Konzert

Auch in der Spielzeit 2023/2024 hat das Philharmonische Orchester Freiburg in Sinfonie-, Kammerkonzerten und anderen Konzertformaten, ebenso wie im Musiktheater ein breitgefächertes Programm mit Kompositionen unterschiedlicher Epochen gespielt, wobei ein Fokus auf neuer und neuester Musik lag. So wurden neben dem klassischen Konzertrepertoire auch mehrere Kompositionen zeitgenössischer Komponist*innen gespielt, darunter einige Deutsche Erstaufführungen. Ein ganz besonderes Highlight war die Uraufführung des Konzerts für Harfe, Bariton und Orchester ERATO PSALTRIAN des 1. Kapellmeisters des Theaters Freiburg Ektoras Tartanis.

Das große musikalische Thema der Saison war die Musikgattung der Sinfonie mit all ihren Facetten. Eine „Feier der Sinfonie“ hatte sich GMD André de Ridder gewünscht: von Wolfgang Amadeus Mozart bis Philipp Glass. Dabei erklangen Ausformungen dieser Königsdisziplin klassischer Musik, wie sie unterschiedlicher nicht sein können, inkl. musikalischer (Anti-)Heldensagen von Berlioz, Beethoven und Bowie.

Erneut konnten renommierte internationale Solist*innen und Dirigent*innen für die Sinfoniekonzerte gewonnen werden, allen voran Isata Kanneh-Mason, die im letzten Sinfoniekonzert der Saison das 4. Klavierkonzert von Ludwig van Beethoven gespielt hat, und Daníel Bjarnason, der nach seiner Studienzeit an der Musikhochschule Freiburg in die Stadt zurückkehrte.

Die in der Vorsaison neu entwickelte Konzertreihe Freiburg.Phil Club wurde mit viel Erfolg bei Konzerten im Kleinen Haus, im Jazzhaus und im Slow Club weitergeführt. Wieder traten Musiker*innen den Philharmonischen Orchesters mit Bands aus dem Pop- und Elektrobereich auf.

Auch im Bereich der Musikvermittlung war das Philharmonische Orchester wieder bei zahlreichen Auftritten und Konzerten tätig. Von Klassenkonzerten in verschiedenen Schulen in und um Freiburg, dem großen Weihnachtskonzert PLING GLÖCKCHEN, PLINGELINGELING oder dem (Fastnachts-)Konzert KARNEVAL DER TIERE mit der weltberühmten Musik von Saint-Saëns und den über einhundert Mitgliedern der generationsübergreifenden SCHOOL OF LIFE AND DANCE spielte das Orchester unterstützt von Orchestermaskottchen Rudi Ratte für Freiburger Kinder und Familien. Im Stummfilmkonzert wurde die Chaplin-Klassiker THE IMMIGRANT und THE KID mit Live-Orchesterbegleitung im Großen Haus gezeigt.

Etwas ganz Besonderes war für das Orchester die Mitwirkung bei der Aufzeichnung für die ZDF-Fernsehsendung „Weihnachten mit dem Bundespräsidenten“ in der Klosterkirche in St. Peter. Bei der von Johannes B. Kerner moderierten Sendung tat das Philharmonische Orchester Freiburg vor dem Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier und seiner Frau Elke Büdenbender unter anderem mit der Band PUR, dem Oboisten Albrecht Mayer, der gefeierten Sopranistin Lise Davidsen.

Im Sommer 2024 folgte ein weiteres Highlight mit der Open-Air-Aufführung von Carl Orffs CARMINA BURANA im Rahmen der Münsterplatzkonzerte. Welch großes Glück, dass der starke Regen erst nach dem Schluss-Akkord einsetzte!

UMSATZERLÖSE

Umsatzerlöse aus dem Spielbetrieb und aus Abstechern

Die Entwicklung der Umsatzerlöse aus dem Spielbetrieb ist in der folgenden Tabelle dargestellt. Die nicht aufgeteilten weiteren Erlöse aus dem Spielbetrieb umfassen im Eintrittspreis enthaltene Gebühren (Vorverkaufsgebühr, Kombiticketgebühr, Altersversorgungsabgabe) und sonstige Erlöse (u.a. Garderobengebühr, Erlöse aus Programmheftverkauf, TheaterCard und Führungen) aus dem Spielbetrieb.

Nach den Jahren der Pandemie konnten erstmals wieder Erlöse erwirtschaftet werden, die mit den Jahren vor der Pandemie vergleichbar waren.

	2023/2024			2022/2023		
	Erlöse	Vorstellungen	Besucher*innen	Erlöse	Vorstellungen	Besucher*innen
Großes Haus inkl. Hinterbühne	1.989 T€	183	110.735	1.568 T€	179	97.779
Kleines Haus	335 T€	142	25.918	293 T€	129	22.840
Kammerbühne	17 T€	39	1750	7 T€	14	820
Konzerthaus	322 T€	9	12.017	350 T€	11	13.177
Foyer/Werkraum/Probephöhne etc.	122 T€	137	12.589	80 T€	118	10.539
auswärtige Gastspiele (Abstecher)	23 T€	9	8.091	79 T€	16	7.201
sonst. eigene Veranstaltungen	7 T€	119	21.946	42 T€	73	21.537
Umsatzerlöse aus Ticketverkauf und Abstechern	2.815 T€	638	193.046	2.419 T€	540	173.893
Weitere Erlöse aus Spielbetrieb	190 T€			162 T€		
Erlöse aus Koproduktionen	55 T€			60 T€		
Umsatzerlöse aus Spielbetrieb und Abstechern	3.061 T€			2.641 T€		

Umsatzerlöse aus der Theatergastronomie

Auch in der Gastronomie konnte mit 180 T€ gegenüber 113 T€ im Vorjahr eine deutliche Umsatzsteigerung erzielt werden.

Umsatzerlöse aus Vermietung und Verpachtung

Die Erlöse aus Vermietungen und Verpachtungen lagen im Bereich des letzten Geschäftsjahres (224 T€ gegenüber 229 T€ im Vorjahr).

Umsatzerlöse aus Werbung und Sponsoring

In der Spielzeit 2023/2024 konnte das Niveau des Vorjahres nicht ganz erreicht werden (62 T€ gegenüber 74 T€).

DRITTMITTEL UND SPENDEN

Das Theater Freiburg hat in der abgelaufenen Spielzeit erhebliche Projektzuschüsse Dritter (575 T€ gegenüber 217 T€ im Vorjahr) angeworben. Größte Einzelpositionen waren hierbei die Förderungen der TANZPLATTFORM durch Mittel der Beauftragten für Kultur und Medien der Bundesregierung, des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur des Landes Baden Württemberg, der Baden-Württemberg Stiftung, des Nationale Performance Netzwerks, des Goethe-Instituts, des Canada Councils for the Art und der Regierung von Québec, die Förderung der PHILCLUBS im Rahmen des Programms Exzellente Orchesterlandschaft aus Mitteln der Beauftragten für Kultur und Medien der Bundesregierung, die Förderung von GAME ON ZAUBERFLÖTE durch die Renate und Waltraud-Sick-Stiftung und die Förderung des Projektes CRITICAL FRIENDS aus dem Programm WEITERKOMMEN durch das Zentrum für Kulturelle Teilhabe Baden Württemberg.

In der Spielzeit 2023/2024 konnten 203 T€ Spenden (gegenüber 112 T€ im Vorjahr) eingeworben werden. Die TheaterFreunde unterstützten das Haus mit 60 T€ für das

Opernstudio, 45 T€ für die neue Bestuhlung im Kleinen Haus und 72 T€ für GAME-ON: ZAUBERFLÖTE. Mit 25 T€ wurde die Tanzplattform von der Sick-Glaser-Stiftung unterstützt.

PERSONALAUFWAND

Bezeichnung	2023/2024	2022/2023	Differenz
Gehälter Beamte und TVöD	7.382	6.847	535
Gehälter NV Bühne und TVK (Orchester)	12.363	11.617	746
Gasthonorare / Aushilfen	2.684	2.670	14
Soziale Abgaben	4.288	4.003	285
Aufwendungen für Altersversorgung und Beihilfen	1.262	1.213	49
Personalaufwand insgesamt	27.980	26.350	1.630
Stichtag:	11.09.2023	12.09.2022	
Anzahl Mitarbeiter_innen inkl. Beamte (Vollzeit)	365,11	350,48	14,63

Der Personalaufwand setzte sich im Geschäftsjahr wie folgt zusammen:

Im Berichtsjahr stiegen die Gehälter der Mitarbeiter*innen der unterschiedlichen Tarifwerke zunächst nicht prozentual, sondern es wurden weiterhin einkommensteuerfreie Einmalzahlungen gewährt, die seit Juni 2023 auszubezahlen waren. Erst ab März 2024 fielen prozentuale Tarifsteigerungen an.

Der Mehraufwand für diese Tarifierhöhungen wurde durch den Betriebskostenzuschuss der Stadt Freiburg und den Zuschuss des Landes Baden-Württemberg in voller Höhe ausgeglichen. Neben diesen Mehrkosten stieg der Personalaufwand gegenüber dem Vorjahr auch an, weil die Anzahl der Mitarbeitenden stieg.

Die Anzahl der Mitarbeitenden wird stichtagsbezogen für den ersten Tag nach den Theaterferien, dem üblichen Vertragsbeginn für neue künstlerisch Beschäftigte, ermittelt. Auf die Angabe der durchschnittlichen Beschäftigtenzahl nach Tarifbereichen im Anhang wird verwiesen.

LEISTUNGSINDIKATOREN

Präsenz und Weiterentwicklung des Philharmonischen Orchesters

In der zweiten Saison unter Generalmusikdirektor André de Ridder konnten viele gestartete neue Programmformate fortgesetzt werden. Neben dem vielfältigen Programm der Sinfonie- und Kammerkonzerte, das neben dem klassischen Repertoire auch Akzente durch Uraufführungen und Werke des 21. Jahrhunderts setzen konnte, wurden mit der innovativen Reihen des FREIBURG PHIL.CLUB und „PINSÄ UND JAZZ“ neue Formate etabliert sowie Kooperationen mit städtischen Veranstaltern aufgebaut. Zusätzlich konnte das Philharmonische Orchester bei den MÜNSTER-PLATZKONZERTEN, bei WEIHNACHTEN MIT DEM BUNDESPRÄSIDENTEN und

beim ZMF seine musikalische Vielseitigkeit vor einem breiten Publikum präsentieren, hat aktiv bei der SUMMERSTAGE mitgewirkt und die vielfältigen Programme der Musikvermittlung mitgestaltet. Mit der Musikhochschule wurde neben der intensiven Zusammenarbeit im Opernstudio und bei den Orchesterpraktikant*innen auch eine mehrjährige Zusammenarbeit im sinfonischen Bereich gestartet. Das Philharmonische Orchester hat in diesem Kontext zunächst eine Aufführung des Verdi-Requiems durch den Chor und unter dem Professor für Dirigieren der Musikhochschule mitgestaltet.

Anzahl und Zusammensetzung Besucher*innen / Maßnahmen der Publikumsrückgewinnung

Die Gesamtbesuchszahl lag in der Spielzeit 2023/2024 bei 193.046. Dieser Wert liegt deutlich über dem Vorjahreszeitraum und knüpft damit an die sehr gute Spielzeit 2018/2019 an, mit der Peter Carp gleich in seiner zweiten Saison einen sehr erfreulichen Zuwachs erzielen konnte der dem Ziel von 200.000 Besuchen pro Spielzeit nahekommt.

Das Theater hat im Sommer 2023 eine Besucherumfrage gestartet und zusätzlich im Rahmen eines Projektes des Deutschen Bühnenverein gemeinsam mit ausgewählten anderen Häusern an einem Coaching Prozess zum Audience Development teilgenommen. Auch dieser basierte zunächst auf einer Besucherbefragung.

Neubürger*innen wurden über die Neubürger*innen-Broschüre auf das Theater aufmerksam gemacht. Über Kooperationen mit dem Studierendenwerk, Erstsemesteraktionen und einen Infostand in der Mensa wurden gezielt Studierende angesprochen. Das Theater war Partner des Pilotprojekts zur Förderung des Ehrenamts in Baden-Württemberg und setzt dieses Engagement dauerhaft fort. Die Social-Media-Aktivitäten des Theaters wurden ausgebaut und die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit personell verstärkt.

Zusätzlich zur Gesamtbesuchszahl soll auch die Zahl der verkauften Karten, d. h. die Zahl der zahlenden Zuschauer*innen angegeben werden. In der abgelaufenen Spielzeit wurde für 163.665 Besuche Eintritt bezahlt; 15,2 % der 193.046 Besuche wurden somit entweder bei Veranstaltungen ohne Eintritt (z. B. Lirum Larum Lesefest, Summerstage) oder Gastspielen (z.B. ZMF, Münsterplatzkonzerte) gezählt oder die Besucher*innen hatten eine Freikarte. Hierunter fallen neben den Mitarbeitenden des Theaters beispielsweise auch Betreuer*innen von Schulklassen und Universitätsgruppen und Begleiter*innen von behinderten Menschen sowie Personen, die aus sozialen Gründen im Rahmen des „Kulturwunschs“ eine Freikarte erhielten.

Der Anteil der **Besuche ohne Eintritt** stieg mit der Pandemie an, da in dieser Zeit die Summer Stage als kostenloses Open-Air-Angebot an die Freiburger*innen entwickelt wurde. In der Ausgabe 2024 wurde bei der Summer Stage ein stärkerer Fokus auf die Künstler*innen des Theaters gelegt und die Verbindung zum Programm des Hauses gestärkt. Gleichzeitig bot die Summer Stage auch Freiburger Kulturschaffenden Auftrittsmöglichkeiten und begeisterte insgesamt über 6.000 Besucher*innen.

Es wurden 1.097 Besuche von **Personen, die Grundsicherung oder Leistungen der Sozialhilfe beziehen oder von Geflüchteten** gezählt (gegenüber 921 im Vorjahr). Auch beim Kulturwunsch gab es eine höhere Nachfrage (217 statt 190).

Der Anteil der **Besuche von Kindern, Jugendlichen und Studierenden** lag mit

33 % auf einem hohen Niveau. Der Zielwert von 30 % wurde damit übertroffen.

Der **Anteil der weiblichen Besucherinnen** an der Gesamtzahl lag in der Spielzeit 2023/2024 bei 67 %, der **Anteil der männlichen Besucher** bei 28 % (2 % nichtbinär, 3 % keine Angabe). Der Anteil wurde mittels einer Befragung ermittelt. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass tendenziell mehr Frauen an einer Befragung teilnehmen. Bei der letzten Ermittlung lag die Zahl der weiblichen Besucherinnen bei 65 %.

Angebot eines Vielfältigen Programms - Neuproduktionen

Die Anzahl der Neuproduktionen (ohne Einzelveranstaltungen, Gastspiele und Wiederaufnahmen) in den einzelnen Spielstätten stellte sich in der Spielzeit 2023/2024 wie folgt dar:

	Neuproduktionen Soll laut Zielvereinbarung	Neuproduktionen 2023/2024
Großes Haus	6 - 8	10
Kleines Haus	4 - 6	9
Sonstige Spielstätten	ohne Mindestzahl	8

Die in der Zielvereinbarung festgelegte Anzahl der Neuproduktionen (ohne Einzelveranstaltungen, Gastspiele und Wiederaufnahmen) wurde in der Spielzeit 2023/2024 in allen Kategorien übertroffen. Zusätzlich gab es zehn Wiederaufnahmen. Neben den oben bereits beschriebenen Neuproduktionen erweiterten sechs Tanzgastspiele die Vielfalt des Programms. Im Rahmen der Tanzplattform Deutschland wurden dem Freiburger Publikum neben diversen Panels und Workshops zehn weitere hochkarätige Tanzgastspiele gezeigt.

Kostendeckungsgrad

Der Kostendeckungsgrad lag in der Saison 2023/2024 bei 12,62 % (gegenüber 11,71 % in 2022/2023 und der Basis von 12,7%). Er hat sich damit dem Etappen-Ziel von 13% nach Corona wieder angenähert.

Sanierung Kleines Haus und Altbau, weitere Baumaßnahmen

Der grundsätzliche Bedarf einer Sanierung des Kleinen Hauses und des Altbaus wurde in der Zielvereinbarung 2019-2023 festgestellt. Für die Sanierung des Kleinen Hauses wurden 10 Mio. € veranschlagt, für die Sanierung des Altbaus 15,5 Mio. €. Die Sanierung des Altbaus sollte als neuer kultureller Schwerpunkt nach der Sanierung des Augustinermuseums im DHH 2021/2022 abgebildet werden. Beides konnte im Zielvereinbarungszeitraum nicht umgesetzt werden. Einige dringend notwendige Maßnahmen wurden vorgezogen, um die Spielfähigkeit des Kleinen Hauses zu erhalten.

In der aktuellen Zielvereinbarung für die Jahre 2024-2028 wurde der Bedarf der Sanierung bestätigt. Für die Sanierung des Kleinen Hauses wurden 10 Mio. € zugesichert. Vor dem Hintergrund der im Haushaltsausschuss des Bundestages in Aussicht gestellten Bundesförderung von 13,3385 Mio. € aus dem Bundesprogramm KulturInvest soll auch die Sanierung des Altbaus gemeinsam mit dem Kleinen Haus im Zielvereinbarungszeitraum umgesetzt werden.

Der Gemeinderat hat der Sicherstellung des städtischen Anteils von 50% ohne

Haushaltsvorbehalt zugestimmt. Die beim Eigenbetrieb gebildete allgemeine Rücklage in Höhe von 1,787 Mio. € fließt in diese Finanzierung ein. Zusätzlich stellt die Stadt die notwendigen Haushaltsmittel für die Betreuung der Baumaßnahme durch das städtische Immobilienmanagement, eine externe Projektsteuerung sowie eine Risikoabdeckung von 10 % bereit. Die aus der gestreckten Mittelbereitstellung bis 2033 notwendige Sicherstellung der Liquidität muss je nach Bauablauf möglicherweise durch eine Kreditaufnahme des Eigenbetriebs sichergestellt werden.

Die städtische Organisationsstruktur wurde zur Umsetzung des Sanierungsprojekts angepasst. Das Immobilienmanagement der Stadt Freiburg berät den Eigenbetrieb Theater in seiner Bauherrenfunktion. Die Planungen für das Projekt haben in enger Abstimmung mit der Bundesbau begonnen. Die Landesdenkmalpflege wird ebenfalls einbezogen. Die Entwurfsplanung mit Kostenberechnung soll im vierten Quartal 2025 abgeschlossen werden, so dass der endgültige Förderantrag bis Ende 2025 eingereicht werden kann.

Ebenfalls mit Unterstützung des städtischen Immobilienmanagements wurde die notwendige Sanierung des Gesimses des Bühnenturms umgesetzt. Nach einer Unterbrechung der Arbeiten im Sommer 2023 aufgrund eines deutlich vergrößerten Schadensbildes, konnte die Sanierung im Spätsommer 2024 erfolgreich abgeschlossen werden. Die in 2023 festgestellte Massenerhöhung hatte zu einer deutlichen Kostensteigerung geführt, die die städtische Förderung von 200 T€ deutlich übersteigt und aufgrund derer der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2023/2024 geändert werden musste. Gegenüber den Annahmen der Wirtschaftsplanänderung wurde die Sanierung um 176 T€ günstiger abgerechnet, insbesondere da sich einkalkulierte Risiken nicht realisierten. Über den bei der Landesdenkmalpflege eingereichten Förderantrag wurde noch nicht entschieden.

Digitalisierung

Die Digitalisierung des Theaters wurde an vielen Stellen verbessert, allerdings können viele Chancen der Digitalisierung aufgrund hoher Arbeitsbelastung und Personalwechseln nur verzögert gehoben werden.

In der Personalabrechnungssoftware erhalten Mitarbeitende heute ihre Gehaltsabrechnungen papierlos und können ihre Urlaubsanträge, Vorsorgeuntersuchungen, Dienstreisen und Reisekostenabrechnungen über einen digitalen Zugang abwickeln. Die Digitalisierung der Personalakten wurde fortgeführt.

Die geplante Umstellung des Ticketsystems wird nach einer mittlerweile abgeschlossenen europaweiten Ausschreibung zur Saison 2025/2026 erfolgen. Mit der Umstellung werden ein zeitgemäßer Webshop eingebunden, ein verbessertes CRM-System genutzt und bessere statistische Auswertungen möglich.

Weitere Digitalisierungsschritte in der Verwaltung, insbesondere der Finanzbuchhaltung sowie im künstlerischen Bereich durch die Ausweitung der Module der Dispositionssoftware sind in Planung.

Über eine Ausschreibung wurde eine digitale Kommunikationsplattform ausgewählt, die das fehlende Intranet ersetzt und gleichzeitig neue Formen der innerbetrieblichen Kommunikation und des Wissensmanagements ermöglicht. Eine solche Plattform soll erstmals ermöglichen, auch Mitarbeitende des Theaters ohne berufliche E-Mail-Adressen oder Rechner datenschutzkonform in die innerbetriebliche digitale Kommunikation einzubinden. Gleichzeitig kann eine solche Plattform über bessere

bereitgestellte Informationen die Bindung der Mitarbeitenden an den Arbeitgeber stärken.

Inwieweit der Einsatz von KI-Anwendungen perspektivisch Verwaltungsprozesse vereinfachen wird, kann aktuell noch nicht beurteilt werden. Aktuell werden Praxisbeispiele recherchiert.

NACHHALTIGKEIT

Das Theater ist aktuell nicht verpflichtet, einen Nachhaltigkeitsbericht zu erstellen. Anhand ausgewählter Freiburger Nachhaltigkeitsziele sollen beispielhaft die Bemühungen des Theaters zur Steigerung der Nachhaltigkeit dargestellt werden.

„Klima und Energie“

Auch im Geschäftsjahr 2023/2024 wurden die Klimaneutralitätsziele weiterverfolgt. Mit Erweiterung des Ausbaus der LED-Beleuchtung in den Bereichen Schneiderei, Zwischenmagazin, Requisitenlager, Stofffundus, Beleuchtungswerkstätten und in den Fluren sowie Aufenthaltsräumen des Kleinen Hauses aus Mitteln des Zukunftsfonds der Stadt Freiburg konnte die Energieeffizienz des Theatergebäudes erneut gesteigert und die CO₂-Emissionen weiter gesenkt werden. Des Weiteren wurde aus Mitteln des Freiburger Zukunftsfonds sowie der Bafa der erste Bauabschnitt der Geschossdämmung (Torfboden) erfolgreich abgeschlossen. Ein zweiter Bauabschnitt wurde im Sommer 2024 gestartet

Mit Hilfe der bisher durchgeführten Energieeffizienzmaßnahmen lag der Stromverbrauch in diesem Geschäftsjahr um grob 600 MWh unter dem des Vergleichsjahres 2016/2017, als die ersten Effizienzmaßnahmen gestartet wurden. Das ergibt eine deutliche jährliche Stromeinsparung von 32 % zum Vergleichsjahr.

Seit Anfang Juli 2024 ist eine Stelle für Klimamanagement vergeben. Diese wird ebenfalls aus Mitteln des Zukunftsfonds finanziert. Damit kann den wachsenden bürokratischen Anforderungen an die Berichterstattung Rechnung getragen und die Entwicklungsarbeiten intensiver vorangetrieben werden. Ein Fokus für die genannte Stelle liegt in der Erarbeitung einer Energiezertifizierung nach ISO 50001 und der Ertüchtigung einer erweiterten THG-Bilanzierung mit Hilfe des CO₂-Kulturrcheners, welcher auf dem CO₂-Kulturstandard, der im Auftrag der Bundesregierung für Kultur und Medien und des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg erarbeitet wurde, basiert. Dieser soll zukünftig als Grundlage für die Berichterstattung der CO₂-Entwicklungen dienen und bezieht neben Scope 1 und 2 auch, für den Kulturbereich, wichtige Scope 3-Emissionen mit ein.

„Konsum und Lebensweise“

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden alle Tintenstrahldrucker durch Laserdrucker ersetzt. Damit kann zukünftig der anfallende Müll durch aufgebrauchte Tintenpatronen vermieden werden. Durch das abteilungsübergreifende Druckerkonzept konnten die Drucker aus den einzelnen Büros nahezu vollständig entfernt und damit die Gesamtanzahl an Druckern deutlich gesenkt werden.

Im künstlerischen Bereich wird intensiv an der Verbesserung der Lagerung und Wie-

derverwendung bzw. Recycling ausgewählter Bühnenbilder gearbeitet um die anfallenden Müllmengen weiter zu reduzieren.

Das Theater Freiburg ist Mitglied des Energieeffizienznetzwerkes, nimmt Teil an der Einführung des Energiemanagements im Konvoi der städtischen Gesellschaften, ist Gründungsmitglied des Klimapakts Freiburg und engagiert sich in diesen Zusammenhängen aktiv in der Zusammenarbeit unter den Mitgliedern.

„Mobilität“

Durch Anschaffung eines Lasten-E-Bikes kann bei vielen Besuchen von Produktionen des Vermittlungsprogramms in Schulklassen im Stadtgebiet auf die Nutzung des PKWs verzichtet werden.

„Teilhabe“

Die Bemühungen im Bereich Teilhabe und Inklusion wurden vorangetrieben. Unter anderem konnten durch die „Relaxed Performances“ in ausgewählten Vorstellungen auch in dieser Spielzeit angenehmere Bedingungen für Besucher*innen geschaffen werden, für die, aus den unterschiedlichsten Gründen, langes Sitzen und/oder größeren Menschenansammlungen eine Barriere darstellen. Auch wurde in der Spate des ‚Jungen Theaters‘ gänzlich auf Stroboskoplicht verzichtet, um Besucher*innen mit fotosensitiver Epilepsie zu schützen. In allen Vorstellungen im Großen und Kleinen Haus konnte mit Hilfe von Induktionsschleifen den speziellen Bedarfen von mit geringem Hörvermögen begegnet werden. Ausgewählte Veranstaltungen im Großen Haus wurden mit Audiodescription angeboten, um blinden oder sehbeeinträchtigten Menschen ein Angebot machen zu können. Mit dem Angebot der ‚Leichten Sprache‘ sowie der Verdolmetschung in deutsche Gebärdensprache konnte das Theater Freiburg, für ausgewählte Stücke weiteren Bedarfen gerecht werden.

Außerdem konnten weiterhin wirtschaftliche Barrieren gemildert werden; durch günstige Tickets für Inhaber*innen des Freiburgerpass, der Familiencard, für Ermäßigungsberechtigte (Schüler*innen, Studierende Auszubildende), Menschen mit einem GdB ab 80 sowie einer generell großen Spreizung der Eintrittspreise zwischen den Preisgruppen. Auch die vergünstigten Tickets für die „Relaxed Performances“ und den monatlichen Theatertag konnten wirtschaftliche Barrieren senken.

Im Januar 2024 wurden die „Critical Friends“ ins Leben gerufen. Hierbei handelt es sich um eine inklusive Gruppe, die das Theater bezüglich Zugänglichkeit und Barriere-Abbau berät, um die Bemühungen in diesem Bereich bestmöglich voran zu treiben.

„Kultur und Sport“ sowie „Lebenslanges Lernen“

Kulturelle Ausdrucksformen sind unabhängig von ihren Inhalten selbst ein eigenes Nachhaltigkeitsziel. Zusätzlich zählt ihr Besuch auf das Ziel „lebenslanges Lernen“ ein. Gleichzeitig werden mit kulturellen Projekten über Themensetzungen oftmals auch weitere Nachhaltigkeitsziele adressiert.

In vielen Projekten der abgelaufenen Spielzeit wurden Themen wie Demokratie und Diktatur, Krieg, Migration und Exil, Gerechtigkeit, Inklusion und Diskriminierung, Umweltverschmutzung und Klimafolgen thematisiert. Oftmals werden diese Themen in

Einführungen, Publikumsgesprächen oder einem Rahmenprogramm vertieft.

Einen Schwerpunkt bot u.a. das Festival „Performing Democracy“, in dem das Theater Freiburg gemeinsam mit dem E-Werk und dem Theater im Marienbad im Juni 2024 eine Plattform für die Behandlung der Themen Demokratie und das gemeinsame Miteinander geboten hat. Ein Thematischer Schwerpunkt lag in internationalen künstlerischen Positionen zu Themen „Natur und Klima“.

Im Rahmen der „Tanzplattform“ im Februar 2024 wurde ein umfangreiches Awareness- und Access-Konzept umgesetzt, das alle Personen unabhängig von individuellen Fähigkeiten oder Bedarfen die Möglichkeit geben wollte, teilzunehmen. Die Produktionsauswahl der Jury zielte darauf ab, auch Künstler*innen mit Behinderungen wie die Gruppe „Unusual Symptoms“ im Rahmen des Festivals sichtbar zu machen.

Menschen im Alter bietet die am Theater Freiburg beheimatete Senior*innen-Theatergruppe „die methusalems“ die Möglichkeit, Themen, die jenseits des Rentenalters virulent werden, in Theaterstücken und szenischen Lesungen auf der Bühne zu verhandeln.

CHANCEN UND RISIKEN

Zielvereinbarung

Grundsätzlich liegen die Risiken für die zukünftige Entwicklung des Theaters Freiburg vor allem in der Abhängigkeit von den Zuschüssen der Stadt Freiburg und des Landes Baden-Württemberg, da die Erlöse aus dem Ticketverkauf bei Weitem nicht ausreichen, um die laufenden Kosten zu decken. So ist eine dauerhafte finanzielle Unterstützung notwendig, um den Erhalt des Mehrsparten-Theaters und die Erfüllung des kulturpolitischen Auftrags zu gewährleisten.

Zur Reduktion der Risiken hinsichtlich des städtischen Zuschusses hat sich der Abschluss fünfjähriger Zielvereinbarungen zwischen Stadt Freiburg und Theater Freiburg bewährt. Die Zielvereinbarung 2024-2028 zwischen der Stadt Freiburg und dem Theater Freiburg sieht auch weiterhin die finanzielle Absicherung des Status Quo sowie die Übernahme der Tarifierhöhungen vor, gleichzeitig verpflichtet sie das Theater den Theaterbetrieb nicht nur künstlerisch, sondern auch in Bereichen der Digitalisierung sowie der Nachhaltigkeit weiterzuentwickeln. Für die Digitalisierung sowie für inflationsbedingte Sachkostensteigerungen stehen keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung. Die seit Juli 2024 eingestellte Klimamanagerin wird aus Mitteln des Zukunftsfonds Klimaschutz finanziert.

Zur Haushaltskonsolidierung wurden in den Jahren 2023 und 2024 erneut die Mittel für den Gebäudeunterhalt reduziert. Diese Absenkung führt aufgrund der deutlichen Mehrausgaben für notwendige Sanierungen (insbesondere Bühnenturm) sowie die zu finanzierende Betreuung durch das Gebäudemanagement zu einer Belastung des Jahresergebnisses.

Intendanz-Wechsel

Das Theater Freiburg steht vor einem Wechsel in der Intendanz zur Saison 2025/2026. Ein Intendanz-Wechsel stellt zunächst eine finanzielle Belastung dar, da in der Vorbereitungszeit Zusatzkosten für das Vorbereitungsteam sowie einen Marke-

ting-Relaunch anfallen. Für diese Kosten stellt die Stadt Freiburg abweichend von vorherigen Intendanz- Wechseln kein zusätzliches Budget zur Verfügung, da die Kosten aus den Gewinnvorträgen der Vorjahre getragen werden können.

Jeder Intendanz-Wechsel ist grundsätzlich mit Chancen und Risiken verbunden. Durch die künstlerische Neuausrichtung können neue Zielgruppen erreicht werden, gleichzeitig birgt eine Veränderung in der Programmatik auch Risiken für den Publikumszuspruch. Strukturell ist ein Intendanz-Wechsel einem größeren Change-Projekt gleichzusetzen; auch hiermit sind Chancen und Risiken verbunden und es werden Management-Ressourcen gebunden.

Landeszuschuss

Der Zuschuss des Landes Baden-Württemberg wird seit dem Kalenderjahr 2023 wieder als Festbetragsfinanzierung gewährt. Die Mittel für das Theater Freiburg sind im Staatshaushalt verankert. Allerdings liegen der Staatsaushalt und die Höhe evtl. beschlossener globaler Minderausgaben regelmäßig erst dann vor, wenn die Spielzeit bereits begonnen hat. Tarifierhöhungen werden gemäß den Erhöhungen im TV-L anteilig übernommen und reduziert in dieser Höhe die durch die Stadt vorfinanzierten Tarifierhöhungen. Die Tarifierhöhungen im TV-L werden zeitversetzt zum TVÖD ausgehandelt und sind auch in der Höhe nicht deckungsgleich. Das Land hat wie auch die Stadt Freiburg die tarifvertragliche Erhöhung der Mindestgagen im NV-Bühne anteilig übernommen.

Umsatzerlöse

Durch die Pandemie ist das Risiko von Einbrüchen bei den Umsatzerlösen in einem Maße offenbar geworden, wie es bisher nicht für möglich gehalten wurde. Übliche Schwankungen bei den Umsatzerlösen sind abhängig von der wirtschaftlichen Lage, Trends im Verhalten der Besucher*innen und davon, wie es dem Theater gelingt, das Publikum mit seinem jeweiligen konkreten Angebot zu erreichen.

Nach dem Ende der Pandemie ist eine Normalisierung der Umsatzerlöse zu verzeichnen. Wie sich die wirtschaftlich und weltpolitisch zunehmend unsichere Lage auf das Konsumverhalten und die Nutzung des Kulturangebots auswirken wird, kann aktuell nicht vorhergesehen werden. Seit der Pandemie lässt sich ein Trend zu kurzfristigeren Entscheidungen für Ticketkäufe verzeichnen. Damit steigt das grundsätzliche Umsatz-Risiko.

Die gemäß Zielvereinbarung zur Saison 2023/2024 angehobenen Ticketpreise haben bisher nicht zu einer spürbaren Veränderung im Besuchsverhalten geführt. Für die Saison 2025/2026 sind weitere Preiserhöhungen vorgesehen. Das Theater versucht durch Preis-Aktionen wie den „Theatertag“ und Formate wie „Relaxed Performances“, die Besuchende mit besonderen Bedürfnissen und zu einem reduzierten Preis einladen, die deutlichen Preiserhöhungen für preissensible Besuchende abzufedern. Das Inkludieren der Garderobegebühr ab der Saison 2025/2026 soll die Preiserhöhung durch besseren Service abfedern. Ein neues Ticketsystem soll den Service für die Kunden verbessern und neue Optionen des Marketings eröffnen.

Drittmittel

Spenden, Sponsoring-Leistungen sowie Drittmittel von Stiftungen bieten die Chance zusätzliche Projekte zu finanzieren oder geplante Projekte umfangreicher zu gestalten.

ten. So hat in der zurückliegenden Saison insbesondere die überwiegend Drittmittel-finanzierte internationale Tanzplattform das Programm erheblich erweitert. Gleichzeitig besteht das Risiko, dass Einbrüche bei dieser Art der zusätzlichen Finanzierung zu Schwankungen in der Qualität und Quantität des Spielbetriebs führen und die Planung des Spielbetriebs aufgrund der Kurzfristigkeit der Mittelzusagen erschweren. Das Theater ist sehr erfolgreich im Anwerben von Drittmitteln, sowohl für den Spielbetrieb als auch für Bau- und Klimaschutzmaßnahmen. Allerdings bindet auch das Anwerben von Drittmitteln erhebliche personelle Ressourcen in der Beantragung und Abwicklung.

Gebäude

Die Bausubstanz des Gebäudes ist für das Theater mit deutlichen Risiken verbunden, sowohl mit Blick auf Verkehrssicherungspflichten, personelle Kapazitäten in der Betreuung von Sanierungsmaßnahmen als auch auf finanzielle Ressourcen. Die zeitliche Verzögerung und die Kostensteigerung einer Maßnahme wie der Sanierung des Gesimses des Bühnenturms zeigt dies eindrücklich. Ohne die kumulierten Überschüsse aus den Jahresergebnissen der Vorjahre wäre diese Maßnahme nicht finanzierbar gewesen.

Vor diesem Hintergrund ist die durch die Zielvereinbarung und die Inaussichtstellung von Bundesmitteln in Höhe von 13,3385 Mio. € aus dem Programm KulturInvest mögliche Sanierung der ältesten Gebäudeteile und des Kleinen Hauses als große Chance zu beurteilen, da die dringendsten notwendigen Sanierungen konzentriert und beschleunigt vorangebracht werden können. So können die Zukunft des Gebäudes und der Spielfähigkeit gesichert und der Komfort für das Publikum, der Arbeitsschutz, der Klimaschutz und die Inklusion verbessert werden. Auch das Stadtbild wird von einer Sanierung profitieren. Die neu strukturierte Zusammenarbeit mit dem Immobilienmanagement der Stadt Freiburg bringt die Chance mit sich, komplexere Baumaßnahmen mit fundiertem fachlichen und prozessualen Knowhow umzusetzen und den Theaterbetrieb zu entlasten.

Die Vorbereitung und Umsetzung der Baumaßnahmen wird den Theaterbetrieb dennoch in den kommenden Jahren belasten und personelle Kapazitäten binden. Gemäß Beschlusslage werden dem Theater für diese internen Personalkosten keine weiteren Ressourcen zur Verfügung gestellt.

Es ist vorgesehen, einen Bauablaufplan zu entwickeln, der Beeinträchtigungen des Spielbetriebs möglichst gering hält, da keine Mittel für eine Interimsspielstätte vorgesehen sind.

Aufgrund der Verzögerungen der Baumaßnahmen seit Abschluss der Zielvereinbarung 2019-2023 ist das zur Verfügung stehende Budget trotz der Bundesmittel und der eingebrachten Mittel aus der Allgemeinen Rücklage vor dem Hintergrund der erheblichen Kostensteigerungen bei Baumaßnahmen knapp. Es besteht daher das Risiko, nicht alle notwendigen Maßnahmen mit dem vorhandenen Budget umsetzen zu können und Chancen der Verbesserung des Gebäudes zu verpassen. Während des Baus entstehen Kostenrisiken, aufgrund der weiteren Baupreisentwicklung bis Ende des Jahrzehnts und aufgrund des Bauens im Bestand. Zur Minderung dieser Risiken werden in der Vorplanung umfangreiche Grundlagen ermittelt. Eine Risikomatrix für das Bauprojekt wurde entwickelt und wird fortgeschrieben.

Die Finanzierung der nicht durch Bundesmittel förderfähigen Kosten für die Projektsteuerung, die Bauherrenvertretung (ab 2025) und weitere innerstädtische Kosten

sowie die Abdeckung von Risiken (10 % der Baukosten) im Bauablauf wird dem Theater aus dem Städtischen Haushalt zur Verfügung gestellt und entlastet das Theater von finanziellen Risiken.

Auch die nicht von der Sanierung umfassten jüngeren Gebäudeteile zeigen einen kontinuierlichen Sanierungsbedarf, der für das Theater mit Risiken verbunden ist. Die gestiegenen Wartungs- und Instandhaltungskosten schränken die Handlungsfähigkeit kontinuierlich ein.

Mit Blick auf die Klimafolgen, muss das Gebäude langfristig angepasst werden. Weiße Teile sind heute nicht gekühlt und in den Sommermonaten zunehmend schwer bespielbar und auch für die Mitarbeitenden ist die Situation belastend.

Auch der notwendige Abbau von Barrieren im Gebäude führt absehbar zu deutlichen finanziellen Risiken.

Energiekosten und Inflation

Finanzielle Risiken ergeben sich grundsätzlich aus der gesamtwirtschaftlichen Lage und sind aktuell aufgrund der weltpolitischen Krisen und der daraus resultierenden Inflation besonders ausgeprägt.

Das Inflationsrisiko, steigende Energiekosten, Lieferengpässe und steigende Preise beim Material sind weder durch die Zielvereinbarung mit der Stadt Freiburg, noch durch die Entwicklung des Landeszuschusses gedeckt und müssen durch das Theater aufgefangen werden. Die angekündigte Erhöhung der Eintrittspreise ab der Saison 2025/2026 soll diese Kostensteigerungen zumindest zum Teil auffangen, birgt aber auch das Risiko sinkender Publikumszahlen.

Das Theater forciert aktuell seine kontinuierlichen Anstrengungen zur Energieeinsparung. Mit dem erarbeiteten Klimaneutralitätskonzept zeigt das Theater den technischen Weg zur Klimaneutralität bis 2035. Diese kann bei Umsetzung aller angedachten technischen und baulichen Einsparmaßnahmen und Nutzung der Dachflächen für Solaranlagen erreicht werden. Mit der vorgesehenen Sanierung des Kleinen Hauses und des Altbaus sollen Elemente des vorgelegten Konzepts beschleunigt umgesetzt oder vorbereitet werden. Die für das Erreichen der Klimaneutralität notwendige Installation von PV-Anlagen wird mit der Sanierung und Ertüchtigung der Dächer technisch möglich. Die Genehmigungsfähigkeit im Innenstadtbereich wird mit der Landesdenkmalpflege und der Stadtplanung abgestimmt.

Investitionen

Wirtschaftliche Risiken resultieren neben der notwendigen Gebäudesanierung auch aus dem laufenden Investitionsbedarf in technische Ausstattung und Equipment. Für die Größe des Betriebes sind die zur Verfügung stehenden Investitionsmittel für Ersatzbeschaffungen und Erneuerungen u.a. aufgrund des technischen Fortschritts zu gering. Dies betrifft sowohl theatertechnisches Equipment und Maschinen in den Werkstätten als auch notwendige strukturelle Investitionen des Theaterbetriebs insbesondere um die notwendige Digitalisierung voranzubringen. Auch die Instrumente des Philharmonischen Orchesters bedürfen regelmäßig Reinvestitionen. Die Überschüsse der Vorjahre bieten aktuell die Chance höhere Investitionsmittel einzustellen, dies wurde mit dem Wirtschaftsplan für die Jahre 2025/2026 und 2026/2027 in geringem Maße umgesetzt. Finanziell große notwendige Maßnahmen wie die Erneuer-

erung der Durchrufanlage oder der Publikumsbestuhlung im Großen Haus sprengen allerdings den Rahmen möglicher Investitionen aus eigener Kraft.

Aufgrund der geplanten Erweiterung des Geländes am Mundenhof besteht für das Theater das Risiko eines Abrisses der Fundushalle. Mit der Zielvereinbarung 2024-2028 wurde der Bedarf einer solchen Halle anerkannt, eine Finanzierung einer Ersatzfläche - ob Neubau oder Anmietung - ist allerdings ungeklärt. Ohne eine Fundushalle wäre die Errichtung von Bühnenbildern nicht nur kostenintensiver, auch die Nachhaltigkeit würde sinken, da keine Wiederverwertung von Bühnenbildelementen mehr möglich wäre.

Risiken durch Prüfungen

Risiken durch Prüfungen der Deutschen Rentenversicherung sind aktuell gering. Für die ungeprüften Jahre ab 2018 wurden Rückstellungen gebildet. Eine Prüfung wurde bisher nicht terminiert.

Für die laufende Beurteilung der Statusfeststellung besteht allerdings weiterhin erhebliche Rechtsunsicherheit beim Abschluss von Verträgen für Künstler*innen. Eine Abgrenzung zwischen abhängiger und selbständiger Beschäftigung kann rechtssicher nur am Einzelfall vorgenommen werden.

Im Falle eines positiven Vergleichs mit der Deutschen Rentenversicherung könnte eine Rückzahlung von bereits im Sofortvollzug entrichteten Beiträgen und Säumniszuschlägen den Spielraum für die anstehenden Baumaßnahmen und weitere Risiken vergrößern.

Personal

Durch die Pandemie sind die Bedeutung des Arbeitsschutzes und der Risiken für die Gesundheit der Mitarbeitenden eindrucksvoll in den Blickpunkt gerückt. Mittlerweile ist dieser Aspekt gegenüber anderen Gesundheitsgefahren wieder etwas in den Hintergrund gerückt, eine höhere Sensibilität für Infektionskrankheiten und Rücksichtnahme auf Kolleg*innen ist aber wahrnehmbar.

Das Theater hat die Gefährdungsbeurteilungen aller Bereiche überarbeitet und auch die Prävention durch Vorsorgeuntersuchungen in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsschutz und dem betriebsärztlichen Dienst neu gefasst. Die Brandschutzordnung wurde ebenfalls überarbeitet. Ein Informationsflyer zum Schutz der Mitarbeitenden vor unerwünschtem Verhalten wurde erarbeitet und im Haus verteilt.

Zur Versorgung der Mitarbeitenden wurde seit Frühjahr 2024 halbtags eine Cafeteria eröffnet, die auch als Kommunikationsort den Zusammenhalt und die Bindung der Mitarbeitenden fördern soll.

Insbesondere bei hoch qualifiziertem technischen Personal ist ein Fachkräftemangel zu verzeichnen, er ist mittlerweile aber auch in anderen Berufen spürbar. Das Theater steht in direktem Wettbewerb zu Handwerks- und Wirtschaftsbetrieben, die oftmals höhere Gehälter zahlen und weniger zeitliche Flexibilität erfordern. Eine leichte Entspannung am Arbeitsmarkt resultiert aktuell aus einer schwächeren Konjunktur, langfristig wird die Welle der Verrentungen der geburtenstarken Jahrgänge aber schwer nachzubersetzen sein.

Um diesem Risiko zu begegnen, weitet das Theater seine Anstrengungen aus, Personal selbst auszubilden oder höher zu qualifizieren und investiert in erweiterte Ausschreibungen. Zuletzt ist es auf diesem Weg gelungen, die freien Stellen zu besetzen.

Das Theater nimmt zum Fachkräftemangel an Arbeitsgruppen der Deutschen Theater-technischen Gesellschaft (DTHG) und des Deutschen Bühnenvereins teil. Eine Ausweitung des Personalmarketings wird Aufgabe für die kommenden Spielzeiten sein. Das Ausnutzen der eröffneten finanziellen Spielräume in den Tarifverträgen und einem Wandel des Arbeitsmarkts wird zu Mehrkosten führen. Ein langfristiger Fachkräftemangel insbesondere in den höherqualifizierten technischen Berufen kann die Spielfähigkeit nachhaltig beeinträchtigen und zu einem der größten Risiken für den Theaterbetrieb werden.

Freiburg, 28.02.2025




Peter Carp

Intendant



Tessa Beecken

Kaufmännische Direktorin

A low-angle, upward-looking photograph of a modern building's interior or courtyard. The structure is composed of dark, angular wooden beams that converge towards the top of the frame. A large, rectangular glass skylight is visible in the center, allowing bright blue light to filter through. The building's facade is made of vertical wooden slats, creating a rhythmic pattern. The overall atmosphere is one of architectural grandeur and natural light.

Prüfungsbericht Eigenbetrieb Theater Freiburg i. Br. Wirtschaftsjahr 2023/2024

BERICHT


Prüfung

Jahresabschluss

Eigenbetrieb Theater Freiburg i. Br.

Wirtschaftsjahr 2023/2024

Herausgeberin

 Stadt Freiburg im Breisgau
Rechnungsprüfungsamt
Gauchstraße 17
79098 Freiburg
T 0761 201-1401
E-Mail: rpa@freiburg.de
Auflage: 10

INHALTSVERZEICHNIS

Kurzübersicht wesentlicher Feststellungen zum Jahresabschluss 2024	7
1 Prüfungsauftrag	8
2 Gegenstand, Ablauf, Art und Umfang der Prüfung	9
2.1 Gegenstand der Jahresabschlussprüfung	9
2.2 Art und Umfang der Prüfung	9
2.3 Weitere Prüfungs- und Beratungsleistungen	10
2.3.1 Prüfung der Kasse des Eigenbetriebs	10
2.3.2 Bautechnische Prüfungen	11
2.4 Überörtliche Prüfung	11
3 Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	12
3.1 Vorjahresabschluss	12
3.2 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	12
3.3 Jahresabschluss	13
3.4 Lagebericht	13
3.5 Zusammenfassende Beurteilung	14
4 Feststellungen und Erläuterungen zur Haushaltswirtschaft	15
4.1 Ordnungsmäßigkeit der Haushaltswirtschaft	15
4.1.1 Berichtswesen	15
4.1.2 Wirtschaftsplan	16
5 Gesamtaussage des Jahresabschlusses	18
5.1 Vermögenslage	18
5.2 Ertragslage	19
5.3 Finanzlage	21
6 Abschließendes Prüfungsergebnis	23
Anlage 1 Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse	24
Anlage 2 Erläuterungen zum Jahresabschluss	27
Anlage 3 Abkürzungsverzeichnis	34

Redaktionelle Hinweise

Die Struktur des Prüfungsberichts wurde neu aufgesetzt.

Sämtliche Berechnungen wurden mit Nachkommastellen durchgeführt. Alle Beträge wurden für die Darstellung im Bericht gerundet, so dass Rundungsdifferenzen auftreten können.

Kurzübersicht wesentlicher Feststellungen zum Jahresabschluss 2024

Gegen die Buchführung und den Jahresabschluss ergeben sich – soweit geprüft – keine Einwendungen. Die Ordnungsmäßigkeit und die Richtigkeit des Jahresabschlusses werden bestätigt (Ziffer 6).

**1. Kurzübersicht
Prüfungsfeststellungen**

Unabhängig davon sind folgende Feststellungen aus den Bereichen Finanz- und Rechnungswesen, Recht- und Ordnungsmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu nennen, welche die vorgenannte Gesamtaussage nicht einschränken:

▮ Ausweis Betriebskostenzuschuss

Betriebskostenzuschuss ist im Eigenkapital nicht separat, sondern saldiert mit dem Jahresergebnis ausgewiesen (Seite 19).

Die Prüfungsfeststellungen selbst sowie weitere Hinweise und Anmerkungen sind dem Prüfungsbericht inkl. Randnotizen zu entnehmen.

1 Prüfungsauftrag

Gemäß den gesetzlichen Bestimmungen der §§ 111 Abs. 1, 110 Abs. 1 GemO sowie §§ 11, 13 GemPrO und § 16 Abs. 2 EigBG hat das Rechnungsprüfungsamt den Jahresabschluss vor Feststellung durch den Gemeinderat zu prüfen.

Der Oberbürgermeister hat dem Rechnungsprüfungsamt den Jahresabschluss sowie den Lagebericht des

Eigenbetrieb Theater Freiburg i. Br.

– nachfolgend ETF oder Eigenbetrieb genannt –

für das Wirtschaftsjahr vom 01.09.2023 bis 31.08.2024 zur Prüfung vorgelegt.

Der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.08.2024 wurde der geprüfte Jahresabschluss zum 31.08.2023 zugrunde gelegt und die Prüfung darauf aufgebaut. Die Prüfung erfolgte größtenteils begleitend im Rahmen der Aufstellung des Jahresabschlusses. Notwendige Anpassungen und Korrekturen konnten somit bereits im Aufstellungsprozess vorgenommen werden.

Über das Ergebnis der Abschlussprüfung berichtet dieser Prüfungsbericht.

2 Gegenstand, Ablauf, Art und Umfang der Prüfung

2.1 Gegenstand der Jahresabschlussprüfung

Die gesetzliche Prüfung des Jahresabschlusses nach § 111 GemO, § 16 Abs. 2 EigBG umfasst den Jahresabschluss sowie den Lagebericht und ist auf die Prüfung der Recht- und Ordnungsmäßigkeit ausgerichtet. Gegenstand der Prüfung waren die Buchführung, der Jahresabschluss zum 31.08.2024 sowie der Lagebericht. Der Jahresabschluss besteht aus Bilanz, Erfolgsrechnung, Liquiditätsrechnung und Anhang, welche nach den Vorschriften des EigBG aufgestellt wurden.

Ergänzend haben wir die Ordnungsmäßigkeit der Haushaltswirtschaft - insbesondere die Einhaltung der Haushaltsgrundsätze sowie das Planungswesen - geprüft.

Der Jahresabschluss 2023/2024 einschließlich Lagebericht mit Datum vom 28.02.2025 wurde dem Oberbürgermeister am 28.02.2025 (Eingangsstempel) übersandt. Er ging am 24.03.2025 beim Rechnungsprüfungsamt ein. Die gesetzliche Aufstellungsfrist (bis 28.02.2025) wurde eingehalten.

2. Die gesetzliche Aufstellungsfrist wurde eingehalten

Prüfer für den Finanzbereich war Herr Jochen Baumgartner. Die technische Prüfung erfolgte durch Herrn Thorsten Haverkamp.

Festgestellte Mängel, sofern diese wesentlich sind, sind zu korrigieren. Andernfalls können sich Auswirkungen auf das Prüfungsergebnis ergeben.

2.2 Art und Umfang der Prüfung

Grundlage für die Prüfung ist der risikoorientierte Prüfungsansatz. Danach hat sich das Rechnungsprüfungsamt zunächst einen Überblick über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld, über die Komplexität und Größe des Eigenbetriebes sowie das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem verschafft. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse wurden bei Auswahl und Umfang der Systemprüfungen, der analytischen Prüfungshandlungen und der Einzelfallprüfungen berücksichtigt.

Unter Berücksichtigung der Risikoorientierung wurden im Wesentlichen analytische Prüfungshandlungen und Einzelfallprüfungen durchgeführt. Dabei wurde der Fokus auf folgende Prüffelder gelegt:

- ▮ Entwicklung des Anlagevermögens und Führung der Anlagenbuchhaltung,
- ▮ Bestand, Entwicklung und Bewertung der Forderungen und Verbindlichkeiten,

-
- Liquide Mittel und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten,
 - Ausweis und Bewertung von Rückstellungen,
 - Einhaltung der Vorgaben des Wirtschaftsplans.

Neben der Erfüllung der eigentlichen Prüfungsaufgaben war das Rechnungsprüfungsamt in Form von Beratungsgesprächen präventiv tätig. Aufgrund der zugegangenen Informationen sowie Beratungsunterlagen für den Gemeinderat wurden der Betriebsleitung und der Verwaltung im Vorfeld mündliche und schriftliche Hinweise zur Vermeidung von Prüfungsfeststellungen gegeben.

Der Entwurf des Berichts über die Prüfung des Jahresabschlusses 2023/2024 wurde dem ETF, dem Dez. III und der Stadtkämmerei mit E-Mail vom 07.10.2025 zugeleitet. Ein Abschlussgespräch wurde nicht benötigt.

2.3 Weitere Prüfungs- und Beratungsleistungen

2.3.1 Prüfung der Kasse des Eigenbetriebs

Neben der Prüfung des Jahresabschlusses obliegt dem Rechnungsprüfungsamt gemäß § 112 Abs. 1 GemO

- die laufende Prüfung der Kassenvorgänge zur Vorbereitung der Prüfung des Jahresabschlusses und
- die Kassenüberwachung, insbesondere die Vornahme von Kassenprüfungen.

Gemäß § 112 Abs. 1 GemO i. V. m. §§ 7, 8 GemPrO ist jährlich eine unvermutete Kassenprüfung der Sonderkasse durchzuführen.

Im Berichtsjahr wurde allerdings keine unvermutete Kassenprüfung durchgeführt.

Am 08.04.2025 erfolgte daher eine unvermutete Kassenprüfung durch die GPA. Prüfungsgegenstand war die Sonderkasse. Die Zahlstellen wurden von der GPA nicht geprüft.

Am 22.07.2025 erfolgte eine unvermutete Kassenprüfung der Zahlstellen Theaterkasse, Kaufmännische Direktion und Kantine.

Unterjährig legte der ETF das Kassenbuch regelmäßig zur Kontrolle vor.

Die Prüfungen erfolgten ohne Beanstandungen, so dass eine Ordnungsmäßigkeit der Kassenverwaltung der Sonderkasse bestätigt werden kann.

2.3.2 Bautechnische Prüfungen

Schwerpunktprüfung Bühnentechnik und Soundanlage

Im Bericht zur Jahresabschlussprüfung 2021/2022 haben wir unter Ziffer 8.1 um Übersendung der Schadensanalyse und der Entscheidung über das weitere Vorgehen gebeten. Mit Schreiben vom 18.03.2025 hat das Dez. III Stellung genommen. In die Bewertung war das Rechtsamt einbezogen worden.

Auf Basis der durch das Dezernat III geschilderten Sachstände kann nach Bewertung der Technischen Prüfung die Sichtweise des Dezernats III und des Rechtsamtes nachvollzogen werden. Eine Schadensanalyse macht auf Basis der erläuterten Sachverhalte keinen Sinn mehr. Der durch weitere Betrachtungsschritte entstehende Aufwand erscheint in Relation zu einem noch erwartbaren Erkenntniszugewinn nicht rechtfertigbar. Die in Ziff. 8.1 aufgeführte Prüfungsbemerkung hat sich durch diese Sachstände erledigt.

2.4 Überörtliche Prüfung

Neben der örtlichen Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt unterliegt der ETF der überörtlichen Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg (§ 113 Abs. 1 Satz 1 GemO). Im Gegensatz zur kontinuierlichen Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt findet die überörtliche Prüfung in einem vier- bis fünfjährigen Turnus statt und erfasst dementsprechend einen mehrjährigen Prüfungszeitraum. Sie erfolgt in zwei Teilen: Prüfung der Bauausgaben (technische Prüfung) und Finanzprüfung.

Aktuell führt die Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg eine allgemeine Finanzprüfung bei der Stadt Freiburg durch. Diese beinhaltet auch den ETF. Die letzte Prüfung umfasste die Jahre 2013 bis 2017; der Prüfungsbericht datiert vom 20.01.2021.

Im Bereich der Bauausgaben der Stadt betrachtete die GPA zuletzt die Haushaltsjahre 2014 bis 2018. Der entsprechende Prüfungsbericht datiert vom 12.02.2020.

3 Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

3.1 Vorjahresabschluss

Der Jahresabschluss 31.08.2023 wurde zusammen mit dem Lagebericht und dem Bericht des Rechnungsprüfungsamtes vom 20.12.2024 am 25.02.2025 in der öffentlichen Sitzung des Gemeinderats behandelt und mit den in der Vorlage ausgewiesenen Ergebnisbeträgen festgestellt (Drucksache G-25/006).

Der Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses 2022/2023 wurde in der Zeit vom 14.03.2025 (morgens) bis 26.03.2025 (morgens) ortsüblich bekanntgegeben. Vom 17.03.2025 bis 25.03.2025 wurden der Jahresabschluss 2022/2023 sowie der Lagebericht öffentlich ausgelegt.

3.2 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Das Rechnungswesen erfüllt seine Aufgabe zur Dokumentation und dient als Instrument zur wirtschaftlichen Führung des Eigenbetriebs.

Als Prüfungsunterlagen standen zur Verfügung:

- ▢ Bilanz (gemäß § 8 EigBVO-HGB),
- ▢ Gewinn- und Verlustrechnung (gemäß § 9 EigBVO-HGB),
- ▢ Liquiditätsrechnung (gemäß § 10 EigBVO-HGB)
- ▢ Anhang mit Vermögensübersicht und Schuldenübersicht (gemäß § 11 EigBVO-HGB),
- ▢ Lagebericht (gemäß § 289 HGB i. V. m. § 12 EigBVO-HGB),
- ▢ Wirtschaftsplan, Satzungen, Dienstanweisungen,
- ▢ Weitere Arbeitspapiere, Belege und Nachweise.

In § 12 Abs. 1 der Betriebssatzung ist festgelegt, dass der Eigenbetrieb seine Bücher nach den Regeln der doppelten Buchführung führt. Hierfür setzte der Eigenbetrieb im Wirtschaftsjahr 2023/2024 die Buchhaltungssoftware Diamant ein. Diese umfasste die Finanzbuchhaltung einschließlich der Anlagenbuchhaltung sowie die Debitoren- und Kreditorenbuchhaltung.

3. Dienstanweisung ist zu aktualisieren

Die Dienstanweisung für den Eigenbetrieb wurde am 25.01.2006 erlassen. Sie trat am 01.03.2006 in Kraft. In ihr delegiert der Oberbürgermeister seine Aufgaben gemäß § 10 des Eigenbetriebsgesetzes und der Betriebssatzung auf den/die jeweilige Dezernent*in des Dezernats III.

Dem Rechnungsprüfungsamt wurde für die genutzte Buchhaltungssoftware Diamant eine Leseberechtigung zur Verfügung gestellt.

3.3 Jahresabschluss

Die Gliederungen entsprechen den verbindlichen Mustern der EigBVO-HGB.

Der Jahresabschluss zum 31.08.2024 wurde nach Maßgabe des Eigenbetriebsgesetzes und auf Grundlage der Vorschriften des Handelsgesetzes erstellt.

Zum Anhang ist Folgendes festzustellen:

- ▮ Die angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden im Anhang angegeben (§ 11 EigBVO-HGB),
- ▮ Die sonstigen Angaben umfassen die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten getrennt nach Gruppen, die namentliche Erwähnung der Betriebsleitung mit Höhe der Gesamtbezüge sowie eine Aufstellung über die Zusammensetzung des Betriebsausschusses.
- ▮ § 285 Nr. 34 HGB sieht vor, dass im Anhang der Vorschlag für die Verwendung des Ergebnisses oder der Beschluss über seine Verwendung anzugeben ist. Diese Pflichtangabe hat der ETF in den Anhang aufgenommen und schlägt vor, den Jahresfehlbetrag auf neue Rechnung vorzutragen.

Darüber hinaus erfüllen die weiteren Angaben im Anhang den Vorgaben nach EigBG und EigBVO-HGB.

3.4 Lagebericht

Die Erstellung des Lageberichts erfolgt nach § 12 EigBVO-HGB i. V. m. § 289 HGB. Danach ist im Lagebericht auch die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken zu beurteilen und zu erläutern.

Der Lagebericht enthält eine ausführliche Darstellung des Spielbetriebs des Geschäftsjahres 2023/2024.

Eine zukunftsorientierte Berichtserstattung ist vorhanden. Neben der Erwähnung der Abhängigkeit von den Zuschüssen der Stadt Freiburg und des Landes Baden-Württemberg wurden insbesondere die finanziellen Risiken aus der gesamtwirtschaftlichen Lage auf die Einnahmen- und Ausgabensituation (besonders Energiekosten) sowie die Wichtigkeit der Sanierung des Kleinen Hauses dargestellt.

Als ein Instrument des Risikomanagements zum Umgang mit Risiken und Wahrnehmung von Chancen, besteht eine Zielvereinbarung mit der Stadt Freiburg (G-18/130). Das Controlling ist für den inhaltlichen Bereich dem EBM/Dezernat III und für den Finanzbereich der Stadtkämmerei/Beteiligungsmanagement zugeordnet. Die in der Vereinbarung festgelegten Leistungsindikatoren, deren Erhebung und bisherige Zielerreichung werden von der Betriebsleitung erläutert. Im Einzelnen sind dies

- Präsenz und Weiterentwicklung des Philharmonischen Orchesters
- Anzahl der Besucher*innen
- Anteil der Kinder, Jugendlichen und Studierenden
- Genderbudgeting
- vielfältiges Programm (Anzahl Neuproduktionen)
- Kostendeckungsgrad

Der ETF berichtet über diese Kennzahlen zeitnah in den quartalsweisen vorgelegten Finanzberichten.

Eine Zielvereinbarung für die Jahre 2024 – 2028 wurde mit Drucksache G-22/228 beschlossen, in welcher die Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Theaters gesteckt wurden.

Die finanziellen Belastungen aufgrund des Intendanzwechsels zur Spielzeit 2025/2026 wurden im Lagebericht ebenfalls erläutert.

Der Lagebericht steht aus Sicht des RPA im Einklang mit der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und auch die zukunftsorientierten Bestandteile sind zutreffend dargestellt.

Die Prüfung der Vollständigkeit des Lageberichts im Sinne der Empfehlungen des Deutschen Rechnungslegungs-Standard Nr. 20 (DRS 20) war nicht Prüfungsgegenstand.

3.5 Zusammenfassende Beurteilung

Der Jahresabschluss und der Lagebericht vermitteln ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs.

4 Feststellungen und Erläuterungen zur Haushaltswirtschaft

4.1 Ordnungsmäßigkeit der Haushaltswirtschaft

Organisatorisch ist der Eigenbetrieb seit 01.09.2005 dem Dezernat III zugeordnet.

Die Geschäftsverteilung innerhalb der Betriebsleitung war für den Berichtszeitraum durch die Geschäftsordnung geregelt. Regelungen zu den Aufgaben und Vertretungsbefugnisse finden sich in der Betriebssatzung.

Der Eigenbetrieb dient gem. § 4 der Betriebssatzung ausschließlich und unmittelbar der Förderung von Kunst und Kultur. Er verfolgt damit steuerbegünstigte Zwecke im Sinne der §§ 51 ff. AO. Die gemeinnützigen Zwecke werden insbesondere erfüllt durch das Vorhalten einer Theaterinfrastruktur mit dem Theater Freiburg, den zugehörigen Nebenspielstätten und Probebühnen, die Durchführung von künstlerischen Veranstaltungen und damit zusammenhängenden Tätigkeiten.

Für die Bereiche, in denen der Eigenbetrieb keine gemeinnützigen Zwecke verfolgt, bestehen gem. § 3 der Betriebssatzung Betriebe gewerblicher Art.

Im Rahmen seiner Zweckbestimmung beteiligt sich der ETF nach Möglichkeit auch an Gemeinschaftsprojekten der Stadt Freiburg, die städtepartnerschaftliche Begegnungen nationaler und internationaler Kultur tragen, und an Städte-Kooperationen.

Der Gemeinderat hat die am 01.09.2005 in Kraft getretene Satzung über die Führung des Theaters Freiburg als Eigenbetrieb (Betriebssatzung) am 15.03.2005 beschlossen. Damit waren die rechtlichen Voraussetzungen zur Führung des Theaters in Eigenbetriebsform geschaffen. Die letzte Änderung für das diesem Bericht zugrunde liegende Wirtschaftsjahr erfolgte zum 28.02.2015. Zum 01.07.2024 trat die geänderte Satzung vom 14.05.2024 in Kraft.

4.1.1 Berichtswesen

Im Rahmen der Berichtspflicht (§ 11 Abs. 1 der Betriebssatzung) hat die Betriebsleitung zur Unterrichtung des Oberbürgermeisters insbesondere vierteljährlich über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen zu berichten. Darüber hinaus erstellt die Betriebsleitung für den Theaterausschuss Finanzberichte mit Informationen zur Geschäftsentwicklung.

Der o. g. Berichtspflicht ist der ETF im Wirtschaftsjahr 2023/2024 mit regelmäßigen Finanzberichten nachgekommen.

4.1.2 Wirtschaftsplan

Bei den Eigenbetrieben tritt nach § 14 Abs. 1 EigBG an die Stelle der Haushaltsatzung der Beschluss über den Wirtschaftsplan. Er besteht aktuell aus dem Erfolgsplan, dem Liquiditätsplan mit Investitionsprogramm und der Stellenübersicht.

Entsprechend der Haushaltsplanung der Stadt wurde für den ETF ein Wirtschaftsplan für zwei Jahre aufgestellt.

Die Beschlussfassung des Wirtschaftsplans für die Geschäftsjahre 2023/2024 und 2024/2025 (G-23/008) erfolgte durch den Gemeinderat in der Sitzung vom 07.03.2023. Das Regierungspräsidium Freiburg bestätigte mit Schreiben vom 25.07.2023 die Gesetzmäßigkeit des Wirtschaftsplans.

Mit der Änderung des Wirtschaftsplans (G-24/046) wurden die Ansätze im Erfolgsplan für die Wirtschaftsjahre 2023/2024 aktualisiert. Die Änderung erfolgte gem. § 6 Abs. 1 Satz 2 Nr. 6 der Satzung für den Eigenbetrieb, da für das Wirtschaftsjahr 2023/2024 eine Verschlechterung des Jahresergebnisses von mehr als 700.000 € prognostiziert wurde.

Der Gemeinderat hat mit der Drucksache G-24/046 den Nachtragswirtschaftsplan für die Geschäftsjahre 2023/2024 und 2024/2025 am 23.07.2024 beschlossen.

Planvergleich

Planvergleiche für den Erfolgs- bzw. den Finanzplan wurden im Rahmen der Jahresabschlusserstellung vom ETF durchgeführt und unter Anwendung der verbindlichen Muster im Jahresabschluss dargestellt. Wesentliche Abweichungen werden erläutert.

Verpflichtungsermächtigungen

Im Wirtschaftsplan 2023/2024 sind keine Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen.

Stellenübersicht

Die Stellenübersicht enthält die im Wirtschaftsjahr erforderlichen Stellen für Tarifbeschäftigte. Beamte, die beim Eigenbetrieb beschäftigt werden, sind im Stellenplan der Stadt zu führen und in der Stellenübersicht nachrichtlich anzugeben (§ 3 Abs. 1 EigBVO-HGB).

In der Stellenübersicht des Wirtschaftsplans 2022/2023 und 2023/2024 sind für das Berichtsjahr die nachstehenden Stellen ausgewiesen.

	vorgesehene Stellen für das WJ 2022/2023	vorgesehene Stellen für das WJ 2023/2024	tatsächlich besetzte Stellen zum 31.05.2024 ¹
Außertariflich Beschäftigte	3,00	3,00	3,00
Beschäftigte nach TVöD	126,00	126,00	137,46
Orchestermusiker	70,00	70,00	69,00
Normalvertrag Bühne - Solomitglieder und Bühnentechniker	111,00	111,00	107,29
Normalvertrag Bühne - Chor	30,00	30,00	28,50
Auszubildende	8,00	8,00	13,00
Gesamt	348,00	348,00	358,25
nachrichtlich: Beamte	4,00	4,00	2,33

Nach § 3 EigBVO-HGB entspricht die Stellenübersicht dem in § 57 Satz 2 GemO vorgeschriebenen besonderen Stellenplan.

Die Überschreitung der Anzahl der Mitarbeitenden hinsichtlich des Stellenplans ist in der Drucksache TH-24/005 erläutert. Als Begründung sind temporär geschaffene Stellen für die Bearbeitung der Angelegenheiten zu den Nachforderungen der Deutschen Rentenversicherung, für den Umbau der Gebäudebeleuchtung sowie für die wieder in Eigenregie geführte Kantine benannt.

¹ gem. 3. Finanzbericht für das Geschäftsjahr 2023/2024 (TH-24/005)

5 Gesamtaussage des Jahresabschlusses

5.1 Vermögenslage

Nachfolgend wird der Vermögens- und Kapitalaufbau des Eigenbetriebs ETF zum 31.08.2024 im Vergleich mit den Vorjahreszahlen dargestellt.

AKTIVA	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderung
	€	%	€	%	€
Immaterielle Vermögensgegenstände	36.335	0,1	32.078	0,1	4.257
Sachanlagen	29.226.671	68,9	30.459.864	72,1	-1.233.193
Finanzanlagen	7.500	0,0	0	0,0	7.500
Anlagevermögen	29.270.506	69,0	30.491.942	72,2	-1.221.436
Vorräte	73.089	0,2	75.291	0,2	-2.202
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	12.961.506	30,5	11.508.961	27,2	1.452.545
Kassenbestand	8.952	0,0	18.671	0,0	-9.719
Umlaufvermögen	13.043.547	30,7	11.602.923	27,5	1.440.624
Rechnungsabgrenzungsposten	135.484	0,3	144.284	0,3	-8.800
BILANZSUMME AKTIVA	42.449.537	100,00	42.239.149	100,00	210.388
PASSIVA	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderung
	€	%	€	%	
Rücklagen	1.787.000	4,2	1.787.000	4,2	0
Gewinn-/Verlustvortrag	3.433.780	8,1	3.448.482	8,2	-14.702
Jahresergebnis	-413.676	-1,0	-14.702	0,0	-398.974
Eigenkapital	4.807.104	11,3	5.220.780	12,4	-413.676
Sonderposten	28.798.561	67,8	27.831.782	65,9	966.779
Steuerrückstellungen	291	0,0	3.510	0,0	-3.219
Sonstige Rückstellungen	2.500.079	5,9	2.119.116	5,0	380.963
Rückstellungen	2.500.370	5,9	2.122.626	5,0	377.744
Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	3.150.253	7,4	4.779.901	11,3	-1.629.648
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	160.030	0,4	138.857	0,3	21.173
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	564.522	1,3	661.110	1,6	-96.588
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber der Stadt	257.373	0,6	104.919	0,2	152.454
Sonstige Verbindlichkeiten	468.046	1,1	420.012	1,0	48.034
Verbindlichkeiten	4.600.224	10,8	6.104.799	14,5	-1.504.575
Rechnungsabgrenzungsposten	1.743.278	4,1	959.162	2,3	784.116
BILANZSUMME PASSIVA	42.449.537	100,00	42.239.149	100,00	210.388

Die Veränderungen der immateriellen Vermögensgegenstände sowie der Sachanlagen sind im Anlagennachweis aufgeführt, welcher dem Anhang beigefügt ist. Die Abschreibungen übersteigen die Zugänge, wodurch sich der Wert des Sachanlagevermögens reduziert.

4. Wesentliche Positionen werden im Anhang des Jahresabschlusses erläutert.

Das Guthaben aus der Teilnahme am städtischen Cash-Pool ist in den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen. In der Liquiditätsrechnung wird das Guthaben den Zahlungsmitteln zugerechnet und die Veränderung im Wirtschaftsjahr aufgezeigt.

Das Theater weist den Betriebskostenzuschuss sowohl in der Ergebnis- als auch der Liquiditätsrechnung gemäß der Feststellung der GPA als Eigenkapitalzuführung aus. In der Bilanz erfolgte der Ausweis saldiert mit dem Jahresergebnis. Das Jahresergebnis und die Eigenkapitalzuführung sind separat voneinander auszuweisen.

5. Betriebskostenzuschuss in Eigenkapital auszuweisen.

Der Sonderposten beinhaltet bereits im Vorfeld erhaltene Investitionszuschüsse vom Kernhaushalt in Höhe von 5.293.130 € für die Sanierung des Kleinen Hauses. Der ETF berichtete zuletzt am 10.07.2025 öffentlich im Theaterausschuss über den Sachstand des Kleinen Hauses und des Altbaus (Drucksache TH-25/006).

5.2 Ertragslage

Der ETF stellt die Aufwendungen und Erträge im Rahmen des Jahresabschlusses in einer Erfolgsrechnung gemäß § 9 EigBVO-HGB dar. Diese zeigt für das Wirtschaftsjahr 2024 folgendes Bild der Ertragslage und deren Veränderungen zum Vorjahr:

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung
	€	€	€
Umsatzerlöse	3.600.768	3.108.569	492.199
Andere aktivieren Eigenleistungen	3.927	19.723	-15.796
Sonstige betriebliche Erträge	14.987.928	14.466.927	521.001
Gesamtleistung	18.592.623	17.595.219	997.404
Materialaufwand	2.751.280	2.106.407	644.873
Rohergebnis	15.841.343	15.488.812	352.531
Personalaufwand	27.979.541	26.349.960	1.629.581
Abschreibungen	1.870.936	1.778.774	92.162
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.326.529	4.737.327	589.202

Gesamtkosten	37.928.286	34.972.468	2.955.818
Betriebsergebnis	19.335.663	17.377.249	1.958.414
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	352.252	160.067	192.185
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	18.032	25.671	-7.639
Finanzergebnis	334.220	134.396	199.824
Sonstige Steuern	14.420	14.420	0
Jahresfehlbetrag	19.015.863	17.257.273	1.758.590
Betriebskostenzuschuss	18.602.186	17.242.571	1.359.615
Jahresergebnis nach Verrechnung	413.677	14.702	398.975

Aufgrund der erstmaligen Anwendung des neuen Eigenbetriebsrechts wurden Konten umgegliedert und die Vorjahreswerte angepasst. Die Umgliederungen waren mit Hilfe der strukturierten Saldenliste nachvollziehbar.

Der Eigenbetrieb erzielt im Wesentlichen Erträge aus dem Spielbetrieb sowie aus Verpachtungen. Zur Aufrechterhaltung des Spielbetriebs ist der ETF von den Zuschüssen der Stadt Freiburg und dem Land Baden-Württemberg abhängig. Der Betriebskostenzuschuss wird nach dem Jahresergebnis separat ausgewiesen, der Landeszuschuss in den sonstigen betrieblichen Erträgen.

Rund 73,8 % der Betriebsaufwendungen sind Personalaufwendungen. Weitere Positionen sind die sonstigen betrieblichen Aufwendungen, inkl. der Instandhaltung des Theatergebäudes, sowie der Materialaufwendungen und den Abschreibungen.

5.3 Finanzlage

Gemäß dem neuen Eigenbetriebsrecht ist eine Liquiditätsrechnung zu erstellen.
Die Finanzlage des Wirtschaftsjahres 2023/2024 im Vergleich zum Vorjahr:

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung
	€	€	€
Einzahlungen von Kunden für den Verkauf von Erzeugnissen, Waren und Dienstleistungen	4.768.295	2.722.115	2.046.180
Sonstige Einzahlungen, die nicht der Investitions- oder der Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	16.361.712	12.088.568	4.273.144
Einzahlungen aus laufender Geschäftstätigkeit	21.130.007	14.810.683	6.319.324
Auszahlungen an Lieferanten und Beschäftigte	34.088.865	33.206.654	882.211
Sonstige Auszahlungen, die nicht der Investitions- oder der Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	67.972	14.420	53.552
Auszahlungen aus laufender Geschäftstätigkeit	34.156.837	33.221.074	935.763
Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus laufender Geschäftstätigkeit	-13.026.830	-18.410.391	5.383.561
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	82	459	-377
Erhaltene Zinsen	352.253	160.067	192.186
Einzahlungen aus Investitionszuweisungen der Gemeinde	2.328.453	4.621.312	-2.292.858
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	2.680.789	4.781.838	-2.101.049
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	47.926	8.841	39.086
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	606.893	961.585	-354.692
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	654.819	970.425	-315.606
Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	2.025.969	3.811.413	-1.785.443
Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	-11.000.861	-14.598.979	3.598.118
Einzahlungen aus der Eigenkapitalzuführung	18.602.186	17.242.571	1.359.615
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	18.602.186	17.242.571	1.359.615
Auszahlungen aus der Tilgung von Investitionskrediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen bei Dritten	1.647.680	1.647.680	0
Gezahlte Zinsen	18.032	25.671	-7.639
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	1.665.712	1.673.351	-7.639
Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit	16.936.474	15.569.220	1.367.254
Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf zum Ende des Wirtschaftsjahres	5.935.613	970.242	4.965.371

Wirtschaftsplanunwirksame Einzahlungen (u.a. durchlaufende Finanzmittel, Rückzahlung von angelegten Kassenmitteln, Aufnahme von Kassenkrediten)	0	0	0
Wirtschaftsplanunwirksame Auszahlungen (u.a. durchlaufende Finanzmittel, Anlegung von Kassenmitteln, Rückzahlung von Kassenkrediten)	0	0	0
Überschuss/Bedarf aus wirtschaftsplanunwirksamen Einzahlungen und Auszahlungen	0	0	0
Anfangsbestand an Zahlungsmitteln	4.623.376	3.653.134	
Veränderung des Bestands an Zahlungsmitteln	5.935.613	970.242	
Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende des Wirtschaftsjahres	10.558.989	4.623.376	5.935.613

Im Endbestand an Zahlungsmitteln sind erhaltene Investitionszuwendungen für die Sanierung Kleines Haus und Altbau von 4.664.337 € enthalten. Der Eigenbetrieb hat die Zweckbindung dieser Mittel in der Entwicklung der Liquidität entsprechend ausgewiesen.

Kreditermächtigung

Für den Wirtschaftsplan der Geschäftsjahre 2023/2024 und 2024/2025 waren keine Kreditaufnahmen geplant.

Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wurde mit Beschluss des Gemeinderates vom 07.03.2023 (Drucksache G-23/008) auf 1.000.000 € beschlossen.

Der ETF verfügte im Berichtsjahr über genügend liquide Mittel. Eine Inanspruchnahme von Mitteln des städtischen Cash-Pools war nicht erforderlich.

6 **Abschließendes Prüfungsergebnis**

Der Jahresabschluss und der Lagebericht zum 31.08.2024 wurden nach den Bestimmungen des § 16 EigBG und der §§ 7 - 12 EigBVO-HGB aufgestellt und liegen in der Verantwortung des Eigenbetriebs.

Die Betriebsleitung und die Mitarbeiter*innen des ETF erteilten alle erbetenen Auskünfte und übersandte die angeforderten Unterlagen. Die Vollständigkeit von Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht bestätigte der ETF gegenüber dem Rechnungsprüfungsamt in einer schriftlichen Erklärung vom 08.10.2025.

Gegen Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht sind – soweit geprüft – keine Einwendungen zu erheben, die der Feststellung des Jahresabschlusses durch den Gemeinderat entgegenstehen.

Als Ergebnis unserer Prüfung nach §§ 111 und 112 Abs. 1 und Abs. 2 Nr. 2 GemO sowie entsprechend den Bestimmungen des Eigenbetriebsgesetzes und der Gemeindeprüfungsordnung wird im Rahmen des Prüfungsumfangs

die Ordnungsmäßigkeit und die Richtigkeit des JAHRESABSCHLUSSES 2023/2024

des Eigenbetriebs Theater Freiburg i. Br. bestätigt.

Freiburg i. Br., den 17.10.2025

Abteilungsleiter Finanzprüfung:



Matthias Hoppe

Anlage 1 Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse**Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse**

Name	Eigenbetrieb Theater Freiburg i. Br.
Wirtschaftsjahr	01.09. bis 31.08.
Gegenstand	<p>Der ETF wurde für die Pflege und Förderung der darstellenden Künste und des Konzertwesens, die Förderung der Kommunikation unter der Bevölkerung und deren Identität mit der Stadt Freiburg und ihrer Region, sowie die Unterhaltung und den Betrieb der Einrichtungen und die Durchführung von Theateraufführungen, Konzertveranstaltungen sowie sonstigen künstlerischen und kommunikativen Veranstaltungen zum 01.09.2005 gegründet.</p> <p>Der ETF umfasst die Sparten Musiktheater, Schauspiel und Tanztheater und unterhält ein eigenes Orchester.</p>
Gemeinderat	Die Rechtsstellung und Aufgaben des Gemeinderats ergeben sich aus § 9 EigBG ergänzt durch § 6 Betriebssatzung in der jeweils aktuellen Fassung.
Betriebsausschuss	Die Mitglieder des Theaterausschuss bilden gleichzeitig den beschließenden Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb (§ 7 Abs. 4 Hauptsatzung und § 5 Abs. 1 Betriebssatzung). Seine Zuständigkeiten sind in § 7 Betriebssatzung festgelegt.
Oberbürgermeister	Nach der Dienstanweisung sind die Aufgaben gemäß § 10 EigBG i. V. m. der Betriebssatzung auf den zuständigen Dezernenten übertragen.
Betriebsleitung	<p>Während des Berichtszeitraumes gehörten der Betriebsleitung (§§ 4 bis 6 EigBG) folgende Personen an:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▫ Herr Peter Carp als Erster Betriebsleiter, ▫ Frau Tessa Beecken als Zweite Betriebsleiterin. <p>Ihre Aufgaben ergeben sich aus § 5 EigBG ergänzt durch § 10 Betriebssatzung.</p>

Rechnungslegung	<p>Der Eigenbetrieb führt seine Rechnung nach den geltenden Vorschriften des EigBG i. V. m. EigBVO-HGB. Eine entsprechende Festlegung ist in der Betriebssatzung getroffen.</p> <p>Jahresabschluss und Lagebericht sind innerhalb von sechs Monaten nach Ende des Wirtschaftsjahres aufzustellen und - nach erfolgter Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt - vom Gemeinderat innerhalb eines Jahres nach Ende des Wirtschaftsjahres festzustellen (§ 16 Abs. 2 und 3 EigBG).</p>
Satzung	<p>Der Gemeinderat hat die am 01.09.2005 in Kraft getretene Satzung über die Führung des Theaters Freiburg als Eigenbetrieb (Betriebssatzung) am 15.03.2005 beschlossen. Damit waren die rechtlichen Voraussetzungen zur Führung des Theaters in Eigenbetriebsform geschaffen. Für das diesem Bericht zugrunde liegende Wirtschaftsjahr ist die Satzung in der Fassung vom 28.02.2015 (bis 30.06.2024) und 14.05.2024 (ab 01.07.2024) maßgeblich.</p>
Steuerliche Verhältnisse	<p>Für die Bereiche, in denen der Eigenbetrieb keine gemeinnützigen Zwecke verfolgt, bestehen Betriebe gewerblicher Art.</p> <p>Die Neuregelungen der Umsatzsteuer in Zusammenhang mit der Einführung des § 2b Umsatzsteuergesetz wird die Stadt erst ab dem 01.01.2025 anwenden.</p>

Wesentliche Beschlüsse

Der Gemeinderat fasste im Berichtsjahr sowie im Vorfeld folgende wesentliche Beschlüsse:

28.11.2024	Jahresabschluss zum 31. August 2022 mit Lagebericht des Eigenbetriebs Theater Freiburg sowie Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses (G-23/194)
14.05.2024	Neufassung der Satzung über die Führung des Theater Freiburg als Eigenbetrieb (G-24/047)
23.07.2024	Änderung des Wirtschaftsplans des Eigenbetrieb Theater Freiburg für die Geschäftsjahre 2023/2024 und 2024/2025 (G-24/046)
25.02.2025	Jahresabschluss zum 31. August 2023 mit Lagebericht des Eigenbetriebs Theater Freiburg sowie Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses (G-25/006)

Anlage 2 Erläuterungen zum Jahresabschluss**Bilanz****Aktiva****A. Anlagevermögen**

Das Anlagevermögen sank insgesamt um 1.221.436 € auf 29.270.506 €.

Gemäß Anlagennachweis berechnete sich die Reduzierung wie folgt:

Stand zum 01.09.2023	30.491.942 €
Zugänge	654.819 €
Abgänge	212.547 €
Abschreibungen	-1.870.936 €
Stand zum 31.08.2024	29.270.506 €

Die wesentlichen Zugänge hat der ETF im Anhang aufgeführt.

B. Umlaufvermögen**I. Vorräte**

Bei den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen handelt es sich im Wesentlichen um Arbeitsmaterialien für den Malsaal, die Schreinerei sowie die Schlosserei. Die Bestände wurden im Rahmen einer Inventur zum Bilanzstichtag aufgenommen und mit dem letzten Einkaufspreis bewertet. Aus Gründen der Wesentlichkeit ist dies nicht zu beanstanden.

II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Zum Ende des Wirtschaftsjahres beliefen sich die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen auf 119.155 €. Eine „Offene-Posten-Liste“ zum 31.08.2024 wurde vorgelegt. Wesentliche Zahlungsrückstände gab es zum Stichtag keine.

Die Forderungen gegenüber der Stadt betrugen zum 31.08.2024 insgesamt 10.853.023 €. In dieser Bilanzposition war vor allem das Cash-Pool-Guthaben des ETF von 10.550.037 € enthalten, welches im Vergleich zum Vorjahr um 5.945.333 € gestiegen ist. Der Kontoauszug von der Stadt Freiburg zum 31.08.2024 liegt vor.

Bei den sonstigen Vermögensgegenständen wurden insbesondere Lohn- und Gehaltsvorschüsse, Forderungen gegenüber den Krankenkassen sowie Mietkautionen mit insgesamt 11.217,45 € bilanziert.

IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten

Der Kassenbestand wurde mit 8.952 € ausgewiesen und gliederte sich wie folgt:

- Abteilungsvorschüsse	2.452 €
- Barbestand Theaterkasse	2.848 €
- Handkasse kaufmännische Direktion	852 €
- Barkasse Theatergastronomie (Wechselgeldvorschüsse)	2.800 €
	8.952 €

C. Rechnungsabgrenzungsposten

Bei den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 135.484 € handelte es sich um verschiedene Einzelpositionen, wie z. B. Versicherungen, Steuern, Jahresgebühren und Mieten sowie um die Verrechnung einer Forderung als Vorleistung für einen mehrjährigen Wartungsvertrag. Die Ausgaben erfolgten vor dem Abschlussstichtag; Aufwand stellen sie jedoch für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag dar. Die Abgrenzungen erfolgten, soweit geprüft, ordnungsgemäß.

Passiva

A. Eigenkapital

	2023/2024	2022/2023
Eigenkapital:	4.807.104 €	5.220.780 €

Gemäß § 12 Abs. 2 Satz 3 EigBG ist von der Festsetzung eines Stammkapitals abgesehen worden.

Das stichtagsbezogene Eigenkapital beinhaltet das diesjährige Jahresergebnis von -413.677 €, die vorgetragenen Jahresergebnisse der Vorjahre von 3.433.780 € und die im Jahr 2018 gemäß Gemeinderatsbeschluss eingestellte und im Geschäftsjahr 2021/2022 reduzierte allgemeine Rücklage von 1.787.000 €.

Das Jahresergebnis ist bereits mit dem Betriebskostenzuschuss verrechnet.

B. Sonderposten für erhaltene Investitionszuschüsse

	2023/2024	2022/2023
Sonderposten für Investitionszuschüsse:	28.798.561	27.831.782
Davon:		
Theatergebäude	15.322.586	14.229.496
Kleines Haus	5.293.130	4.652.752
Sonstige Anlagengüter	381.278	424.470
Bühnentechnik	7.801.567	8.525.065

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse für das Theatergebäude erhöht sich in Höhe des Zuschusses, welcher für die Tilgung des Darlehens gewährt wird abzüglich der Auflösung in Höhe der Abschreibung des Gebäudes und den dazu erworbenen Vermögensgegenständen.

Die Sonderposten werden entsprechend der Abschreibungen der bezuschussten Investitionen im Anlagevermögen aufgelöst. Die Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens sind in den sonstigen betrieblichen Erträgen enthalten.

Die Zuordnung von Anlagegut und erhaltenem Zuschuss ist, abgesehen von den vorab erhaltenen Investitionszuschüssen für die Sanierung Kleines Haus und Altbau, nachvollziehbar und die Auflösung rechnerisch korrekt.

C. Rückstellungen

Die Steuerrückstellungen betrafen die Berichtigung des Vorsteuerabzugs nach § 15a UStG aufgrund der Änderung der tatsächlichen Gebäudenutzung (291 €).

Der Bestand der sonstigen Rückstellungen betrug insgesamt 2.500.079 €.

Die sonstigen Rückstellungen werden gem. § 285 Nr. 12 HGB im Anhang gesondert erläutert.

Urlaubsrückstellungen

Die Berechnung der sonstigen Rückstellungen für Urlaubsansprüche erfolgt unter Berücksichtigung tarifvertraglicher Besonderheiten des Normalvertrags Bühne sowie des Besonderen Teils Verwaltung des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst.

Rückstellungen für ausstehende Sozialversicherungsbeiträge

Die Rückstellung für ausstehende Sozialversicherungsbeiträge der Folgejahre zur abgeschlossenen Außenprüfung ab 2018 wurde auf Basis der Erkenntnisse der Prüfung neu bewertet und fortgeschrieben. Die Rückstellung umfasste rund 80 % der möglichen Nachforderungen der DRV zuzüglich zu erwartender Säumniszuschläge.

Die Risiken durch die noch nicht durchgeführte Sozialversicherungsprüfung für die Zeiträume ab dem 01.01.2018 sind im Lagebericht erläutert.

Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen

Für unterlassene Aufwendungen für Instandhaltungen, die im folgenden Geschäftsjahr innerhalb von drei Monaten nachgeholt werden, ist eine Rückstellung zu bilden. Beim ETF umfasst diese im Wesentlichen Instandhaltungen von Musikinstrumenten, welche in der Spielpause durchgeführt werden, und Instandhaltungen von Gebäuden, die bis Ende November 2024 durchgeführt wurden.

Der Verbrauch der Rückstellung für unterlassene Instandhaltungsaufwendungen wurde mit einer Belegeinsicht in Stichproben der im Geschäftsjahr 2024/2025 vorliegenden Rechnungen abgestimmt.

D. Verbindlichkeiten

Gegenüber Kreditinstituten wurden Verbindlichkeiten von 3.150.253 € ausgewiesen. Der Betrag setzte sich im Wesentlichen zusammen aus dem zum Bilanzstichtag bestehenden Darlehensstand (3.147.890 €) sowie aus dem im Dezember 2024 fällig gewordenen Zinsanteil für die Monate Juli und August 2024 (2.308 €). Durch die Umschuldung des bestehenden Darlehens im Juli 2018 konnten erheblich günstigere Zinskonditionen erzielt werden (0,44 % p. a., bisher 4,946 % p. a.). Bei gleichbleibender Annuität erhöhte sich seither der jährliche Tilgungsanteil.

Weiter wurden unter den erhaltenen Anzahlungen die verkauften und noch nicht eingelösten Geschenkgutscheine mit ihrem potentiell einlösbaren Betrag (160.030 €) ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betrugen 564.521 €. Eine "Offene-Posten-Liste" zum 31.08.2024 wurde vorgelegt. Nennenswerte Auszahlungsrückstände wurden nicht festgestellt.

Die sonstigen Verbindlichkeiten sind im Vorjahresvergleich um 48.034 € auf 468.046 € gestiegen. Die Bilanzposition enthält Verbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt (251.136 €) sowie für bestehende Abo-Guthaben und nicht zurückgegebene Tickets für ausgefallene Veranstaltungen (97.163 €).

E. Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Unter dem passiven Rechnungsabgrenzungsposten wurden Erträge von 1.523.766,93 € für die bereits durch die Stadt Freiburg ausgezahlte Rate des Betriebskostenzuschusses für September 2024 passiviert. Weiter beinhaltet der passive Rechnungsabgrenzungsposten Erträge aus bereits verkauften Tickets für Veranstaltungen der folgenden Spielzeit von 219.511 €.

Erfolgsrechnung

Die Erfolgsrechnung orientiert sich an § 9 EigBVO i. V. m. den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches (HGB). Bei der Aufstellung wurde das Gesamtkostenverfahren (§ 275 Abs. 2 HGB i. V. m. § 9 Abs. 1 EigBVO) angewandt.

Nachfolgend wird die Entwicklung der wesentlichen Positionen erläutert:

1. Umsatzerlöse

	2023/2024	2022/2023
Umsatzerlöse:	3.600.768 €	3.108.569 €
davon:		
Erlöse aus dem Spielbetrieb Theaterkasse	2.983.155 €	2.502.255 €
Erlöse aus auswärtigen Gastspielen und Koproduktionen	77.799 €	138.463 €
Theatergastronomie und Bühnenball	179.815 €	112.910 €
Vermietung und Verpachtung	223.549 €	229.478 €
Werbung und Sponsoring	62.421 €	73.750 €
Sonstige Umsatzerlöse	74.029 €	51.714 €

In den Umsatzerlösen waren vor allem Erlöse aus dem Spielbetrieb, aus Gastspielen fremder Ensembles, aus auswärtigen Gastspielen, aus der Theatergastronomie, aus Vermietung/Verpachtung, aus Werbung sowie aus typischen Theaterleistungen (u. a. Programmhefte etc.) enthalten.

Die Eintrittspreise des Theaters basierten im Berichtsjahr auf dem Gemeinderatsbeschluss vom 07.03.2023 (Drucksache G-23/007). Mit der Drucksache G-25/005 wurden die Eintrittspreise ab der Spielzeit 2025/2026 festgelegt.

3. Sonstige betriebliche Erträge

	2023/2024	2022/2023
Sonstige betriebliche Erträge:	14.987.928 €	14.466.927 €

Wesentlicher Posten der sonstigen betrieblichen Erträge sind die Landeszuwendungen aus Mitteln zur Förderung der Kunst von 9.791.126 € (Vorjahr: 9.791.126 €). Dieser errechnet sich aus den abgegrenzten Zuwendungen, welche das Land Baden-Württemberg für ihre Haushaltsjahre 2023 und 2024 gewährte.

Die Bescheide des Landes Baden-Württemberg für 2023 und für 2024 liegen vor.

Aufgrund der Anwendung des neuen Eigenbetriebsrechts wurden städtische Projektzuschüsse, Transferaufwendungen sowie der Tilgungszuschuss zum Theatergebäude erstmals in den Sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen. Die Vorjahreswerte wurden angepasst.

5. Personalaufwendungen

	2023/2024	2022/2023
Personalaufwand:	27.979.541 €	26.349.960 €
davon:		
Löhne und Gehälter	22.428.955 €	21.133.492 €
Soziale Abgaben, Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	5.550.586 €	5.216.469 €
- darunter für Altersversorgung	1.253.951 €	1.203.194 €

Der Anstieg bei den Personalaufwendungen wird vom ETF sowohl im Anhang als auch im Lagebericht erläutert.

7. Sonstige betrieblichen Aufwendungen

	2023/2024	2022/2023
Sonstige betriebliche Aufwendungen:	5.326.529 €	4.737.327 €

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten im Wesentlichen Aufwendungen für Gebäude, den Spielbetrieb, für Dienstleistungen, Büro/Medien sowie sonstigen Aufwendungen. Die wesentlichen Veränderungen werden vom ETF im Anhang erläutert.

18. Vorauszahlungen der Gemeinde auf die spätere Fehlbetragsabdeckung

Bisher wurde der Betriebskostenzuschuss unter Position 11 in der Ergebnisrechnung ausgewiesen. Mit dem Ausweis unter Position 18 folgt der ETF einer Feststellung der GPA, wodurch der Betriebskostenzuschuss als Einzahlung in das Eigenkapital gewertet wird und nachrichtlich nach Ausweis des Jahresergebnisses aufgeführt wird.

Anlage 3 Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Bezeichnung
a. F.	= Alte Fassung
AfA	= Absetzungen für Abnutzung
AiB	= Anlagen im Bau
BgA	= Betrieb gewerblicher Art
Dez.	= Dezernat
EigBG	= Eigenbetriebsgesetz (Gesetz über die Eigenbetriebe der Gemeinden)
EigBVO-HGB	= Eigenbetriebsverordnung
ETF	= Eigenbetrieb Theater Freiburg i. Br.
G	= Gemeinderatsdrucksache
GemHVO	= Gemeindehaushaltsverordnung
GemKVO	= Gemeindekassenverordnung
GemO	= Gemeindeordnung für Baden-Württemberg
GemPrO	= Gemeindeprüfungsordnung
GoBD	= Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff
GPA	= Gemeindeprüfungsanstalt (Baden-Württemberg)
GR	= Gemeinderat
HBdV	= Handbuch der Verwaltung
HFA	= Haupt- und Finanzausschuss
i. d. F.	= In der Fassung

Stellungnahme des Eigenbetrieb Theater Freiburg zu den Hinweisen des vom Rechnungsprüfungsamt erstellten Berichts über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2023/2024 (Anlage 2 der Drucksache)

Der Entwurf des Prüfungsberichts wurde der Betriebsleitung am 06.10.2025 zugeleitet; die endgültige Berichtsversion ging am 17.10.2025 per Mail ein.

Mit dem abschließenden Prüfungsergebnis wurde dem Eigenbetrieb die Ordnungsmäßigkeit und die Richtigkeit des Jahresabschlusses 2023/2024 bestätigt.

Im Folgenden soll auf die Randnotiz Nr. 1 mit Hinweischarakter eingegangen werden: Im Jahresabschluss 2023/2024 war der Betriebskostenzuschuss lediglich in der Erfolgsrechnung als Gewinn- und Verlustrechnung separat ausgewiesen. In der Bilanz jedoch wurde das Jahresergebnis saldiert mit dem Jahresergebnis ausgewiesen. Diese Darstellung in der Bilanz wird zum nächsten Jahresabschluss korrigiert.

Weitere Hinweise und Anmerkungen sind dem Prüfungsbericht zu entnehmen.

Freiburg, 13.10.2025

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Tessa Beecken', with a stylized flourish at the end.

Tessa Beecken
Kaufmännische Direktorin

INFORMATIONSVORLAGE

Dezernat / Amt	Verantwortlich	Tel.Nr.	Datum
IV / Amt für öffentliche Ordnung	Frau Scheuble	4800	05.11.2025

Betreff:

Münsterplatzkonzerte 2026, 2027, 2028 – Evaluation und Fortführung

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Öff.	N.Ö.	Empfehlung	Beschluss
1. KA	13.11.2025	X			
2. HFA	17.11.2025	X			
3. GR	25.11.2025	X			

Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO): nein

Abstimmung mit städtischen Gesellschaften: ja, abgestimmt mit
Freiburg Wirtschaft Touristik und
Messe GmbH & Co. KG

Ergebnis:

Der Gemeinderat nimmt die Drucksache G-25/056 zur Evaluation der vergangenen Münsterplatzkonzerte und zur Fortführung in den kommenden Jahren zur Kenntnis.

Anlage:

Übersicht über Programm Münsterplatzkonzerte 2023 bis 2025

1. Ausgangslage

Zur Nutzung des Münsterplatzes für Konzerte hat der Gemeinderat am 26.07.2022 mit der Drucksache G-22/131 beschlossen, in den Jahren 2023 bis 2025 die Münsterplatzkonzerte als nachhaltiges und genreübergreifendes (inter-)nationales Kultur-Festival jeweils fünftägig auf dem Münsterplatz stattfinden zu lassen.

Im Rahmen der Abstimmung über die nichtöffentliche Drucksache G-23/108 (Offenlage) hat der Gemeinderat die Münsterplatzkonzerte auf Wunsch der Veranstalter*innen um einen weiteren Konzerttag erweitert.

In den am 12.12.2023 vom Gemeinderat beschlossenen neuen Sondernutzungsrichtlinien für die Innenstadt (Drucksache G-23/219) sind die Münsterplatzkonzerte mittlerweile als zulässige Veranstaltung von besonderer Bedeutung für die Stadt mit überregionalem Charakter eigens aufgeführt. Somit können die Münsterplatzkonzerte über 2025 hinaus ohne weiteren Gremienbeschluss stattfinden.

2. Evaluation der Münsterplatzkonzerte 2023 bis 2025

2.1 Durchführung

Durch die verschiedenen Veranstalter*innen (FSF GmbH, Vaddi Concerts GmbH, Freiburger Barockorchester GbR und Albert Konzerte GmbH) wurden in den vergangenen drei Jahren jeweils zwei Klassikkonzerte mit einem überwiegend bestuhlten Publikumsbereich sowie jeweils drei Rock-/Pop-Konzerte und ein Tag mit elektronischer Musik ohne Sitzmöglichkeiten angeboten.

Dabei wurden die 18 Konzerte nach Angaben der Veranstalter*innen von insgesamt 75.500 Menschen (2023: 23.000, 2024: 25.000, 2025: 27.500) besucht. Siehe Programmübersicht in der Anlage.

In den Jahren 2024 und 2025 wurde zudem jeweils am Sonntagvormittag auf der Bühne ein ökumenischer Gottesdienst gefeiert.

Regelmäßig finden die Münsterplatzkonzerte in der Woche nach den Pfingstferien statt. Im Jahr 2025 fanden die Konzerte in der vierten Sommerferienwoche statt, um einen ausreichend großen Abstand zwischen den Münsterplatzkonzerten und dem Freiburger Weinfest zu erreichen.

2.2 Erfahrungen der Beteiligten

2.2.1 Kirche und Anwohner*innen

Die Veranstalter*innen haben frühzeitig Kontakt mit der Kirche und den Anwohner*innen aufgenommen und konnten in den Gesprächen deren Interessenlagen aufnehmen und im Rahmen der Planungen einfließen lassen. Die getroffenen Absprachen z. B. zu den Bedürfnissen der Kirche wurden eingehalten, was zu einer breiten Akzeptanz und vertrauensvollen Zusammenarbeit geführt hat.

2.2.2 (Lärm-)Beschwerden

Alle Konzerte wurden zum Schutz der Anwohner*innen bis 22:00 Uhr begrenzt und mussten beendet sein. Zudem mussten die Veranstalter*innen bei allen Rock-/Pop- und Elektrokonzerten auf eigene Kosten Lärmmessungen durchführen lassen, die im Anschluss durch das Umweltschutzamt überprüft wurden. Bei sämtlichen Konzerten wurden die zeitlichen Vorgaben sowie die vorgegebenen Immissionswerte der Genehmigung eingehalten.

Vereinzelte Beschwerden wegen Lärms sind beim städtischen Vollzugsdienst oder beim Sachgebiet Veranstaltungen beim Amt für öffentliche Ordnung (AföO) oder bei der Polizei eingegangen. Gerichtliche Klageverfahren gegen die Erlaubnisse gab es keine.

2.2.3 Auswirkungen auf den Münstermarkt

Aus Sicht der Freiburg Wirtschaft Touristik und Messe GmbH (FWTM) als Veranstalterin des Münstermarktes verliefen die Kommunikation und die Umsetzung auf dem Münsterplatz ebenfalls in einem sehr konstruktiven und vertrauensvollen Miteinander. Die Zusammenarbeit wird insgesamt als sehr gut und professionell bewertet. Die räumliche Umgestaltung innerhalb des Geländes ab 2024 im Vergleich zum ersten Veranstaltungsjahr (FOH-Turm, Toiletten, Getränkestände) wirkten sich auch auf den Münstermarkt positiv aus, indem die Stände kompakter gestellt werden konnten und für die Kund*innen besser zu finden waren. Auch der tägliche Marktauf- und -abbau funktionierte gut.

2.2.4 Auswirkungen auf den Personenverkehr

Die Steuerung der Besucher*innen der Münsterplatzkonzerte verlief sehr gut. Der Zulauf zum Einlass, zog sich bei manchen Konzerten zwar vom Haupteingang über die Marktgasse, die Kaiser-Joseph-Straße bis hin zur Salzstraße. Dabei kam es weder zu Verkehrsbehinderungen der Freiburger Verkehrs AG (VAG), noch zu Beeinträchtigungen der Geschäfte im Verlauf der Anstehstrecke.

3. Bewertung

Die Münsterplatzkonzerte haben sich in den drei Jahren zu einem Aushängeschild des Freiburger Stadt- und Kulturlebens entwickelt. Vor der beeindruckenden Kulisse des Freiburger Münsters vereinen sie hochkarätige Künstler*innen mit einem breiten Publikum und schaffen damit ein einzigartiges Erlebnis, das Musik, Architektur, Kulturdenkmäler und städtisches Leben harmonisch miteinander verbindet.

Seit ihrer Einführung im Jahr 2023 bereichern die Konzerte nicht nur das kulturelle Angebot der Stadt, sondern wirken weit über den Veranstaltungsrahmen hinaus. Sie beleben die Freiburger Innenstadt auf vielfältige Weise: Restaurants, Cafés und Hotels profitieren von den zahlreichen Besucher*innen, die aus der Region, aber auch darüber hinaus anreisen. Der Münsterplatz wird in diesen Tagen zu einem kulturellen Ort der Begegnung.

Die Münsterplatzkonzerte schlagen eine Brücke zwischen der lokalen Verwurzelung der Veranstalter*innen und einer internationalen Ausstrahlung. Das Freiburger Barockorchester, die Albert Konzerte und renommierte Rock-, Pop- und Elektro-Künstler*innen sorgen gemeinsam für ein kulturelles Ereignis, das den Sommer in Freiburg bereichert. Die frühzeitige Kommunikation mit den Akteur*innen rund um den Veranstaltungsort und die Professionalität der Veranstalter*innen mit der Einhaltung von Absprachen haben dazu beigetragen, dass eine Akzeptanz gegeben ist und die Weiterführung der Münsterplatzkonzerte erfolgen kann.

4. Ausblick

Für das Jahr 2026 sind die Münsterplatzkonzerte für die Zeit vom 9. bis 14. Juni geplant. Erste Künstler*innen wurden bereits von den Veranstalter*innen medial bekanntgegeben.

Programm Münsterplatzkonzerte 2023 bis 2025

2023	Künstler*in
Dienstag, 13.06.2023	Peter Fox
Mittwoch, 14.06.2023	Philharmonisches Orchester Freiburg & Freiburger Bach-Chor
Donnerstag, 15.06.2023	Joris & Philharmonisches Orchester
Freitag, 16.06.2023	Peter Maffay
Samstag, 17.06.2023	SeaYou on Tour: Worakls Orchestra, Carl Cox
Sonntag, 18.06.2023	Freiburger Barockorchester: "Musik for the Royal Fireworks"

2024	Künstler*in
Dienstag, 04.06.2024	Ronan Keating
Mittwoch, 05.06.2024	Parov Stelar und Meute
Donnerstag, 06.06.2024	Philharmonisches Orchester Freiburg: Carl Orff - Carmina Burana
Freitag, 07.06.2024	Montez
Samstag, 08.06.2024	Sea You on Tour: Fritz Kalkbrenner, Klangphonics, James Hype
Sonntag, 09.06.2024	Freiburger Barockorchester: Vivaldi – Le quattro stagioni

2025	Künstler*in
Dienstag, 26.08.2025	Wincent Weiss
Mittwoch, 27.08.2025	Albert Konzerte: Prague Philharmonia
Donnerstag, 28.08.2025	Roy Bianco & die Abbrunzati Boys
Freitag, 29.08.2025	Provinz
Samstag, 30.08.2025	SeaYou on Tour: Boris Brechja
Sonntag, 31.08.2025	Freiburger Barockorchester & Janine de Bique



INFORMATIONSVORLAGE

Dezernat / Amt	Verantwortlich	Tel.Nr.	Datum
IV / Amt für Brand und Katastrophenschutz	Herr Emrich	3300	24.10.2025

Betreff:

**„Gefährdung der Stadt Freiburg durch Unfälle in Schweizer Atomkraftwerken“
(Antrag nach § 34 Gemeindeordnung vom 09.07.2025)**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Öff.	N.Ö.	Empfehlung	Beschluss
1. UKA	04.11.2025	X			
2. HFA	17.11.2025	X			
3. GR	25.11.2025	X			

Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO): nein

Abstimmung mit städtischen Gesellschaften: nein

Ergebnis:

Der Gemeinderat nimmt die Informationen zum Thema Gefährdung der Stadt Freiburg durch Unfälle in Schweizer Atomkraftwerken gemäß Drucksache G-25/155 zur Kenntnis.

Anlage:

Antrag nach § 34 Abs. 1 S. 4 Gemeindeordnung „Gefährdung der Stadt Freiburg durch Unfälle in Schweizer Atomkraftwerken“ vom 09.07.2025

1. Ausgangslage

Mit Antrag gem. § 34 Abs. 1 GemO vom 09.07.2025 (s. Anlage) hat die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN die Beantwortung von Fragen zur Gefährdung der Stadt Freiburg durch Unfälle in Schweizer Atomkraftwerken, basierend auf einer Studie des trinationalen Atomschutzverbandes TRAS, beantragt. Mit Beschluss des Gemeinderats vom 29.07.2025 wurde die Verwaltung beauftragt, eine Drucksache mit dem Inhalt „Gefährdung der Stadt Freiburg durch Unfälle in Schweizer Atomkraftwerken“ in den Gremienlauf einzubringen.

Die Ausführung der Aufgaben nach dem Katastrophenschutzgesetz wird von der Stadt als untere Verwaltungsbehörde wahrgenommen, sodass grundsätzlich die Aufgabe in den Zuständigkeitsbereich des Oberbürgermeisters fällt.

Gleichwohl wirken auch städtische Behörden, Einrichtungen und Stellen im Katastrophenschutz nach § 5 Abs. 1 Landeskatastrophenschutzgesetz (LKatSG) mit. Im Katastrophenschutz sind die Aufgaben, die von der Gemeinde als untere Verwaltungsbehörde wahrgenommen werden und die Aufgaben, die im Rahmen der Selbstverwaltung – beispielsweise im Bereich Feuerwehrwesen – wahrgenommen werden, eng miteinander verzahnt und der Übergang ist fließend.

Aufgrund des engen Zusammenhangs erfolgt in dieser Drucksache eine Information auch über wesentliche Aufgaben zur Gefahrenabwehr, welche die Stadt als untere Verwaltungsbehörde betreffen.

2. Studie des TRAS „Grenzenloses Risiko – Gefährdung Deutschlands durch schwere Unfälle in Schweizer Atomkraftwerken“

Zur „Gefährdung der Stadt Freiburg durch Unfälle in Schweizer Atomkraftwerken“ können wir nach fachlicher Prüfung folgende Informationen geben:

Die Stadt Freiburg ist seit dem 01.07.2006 Mitglied beim trinationalen Atomschutzverband TRAS, der sich durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit (Frankreich, Schweiz und Deutschland) mit der Sicherheit von Kernkraftwerken und Atomkraft in der Region beschäftigt. Im Rahmen der gemeinsamen Zusammenarbeit wird in diesem Zusammenhang auf die Schließung des Atomkraftwerks in Fessenheim hingewiesen. Das älteste Atomkraftwerk Frankreichs stand 25 Kilometer von der Gemarkung der Stadt Freiburg entfernt und wurde im Juni 2020 nach 43 Jahren Betrieb und als Erfolg einer gemeinsamen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit endgültig vom Netz genommen.

Am 26.06.2025 wurde im Rahmen einer Landespressekonferenz die Studie „Grenzenloses Risiko“ von TRAS vorgestellt. Die Studie ist eine Metastudie und befasst sich mit den Gefahren, die von den grenznahen Schweizer Atomkraftwerken (AKW) ausgehen. Die Inhalte fassen im Wesentlichen bereits bestehende Studien und wissenschaftliche Einschätzungen aus unterschiedlichen Quellen zusammen. Sie zeigen die Gefahren für die grenznahe Bevölkerung im Falle eines Fallouts auf.

Organisation des Notfallschutzes bei kerntechnischen Unfällen

Für die grundsätzlichen Informationen zur Organisation des Notfallschutzes bei kerntechnischen Unfällen wird auf die Inhalte der Drucksache G-11/114 „Atomkraftwerk Fessenheim: Notfallschutz – Gefahrenabwehr in der Umgebung der kerntechnischen Anlage“ sowie auf das Protokoll inklusive Anlagen zur 2. Sitzung des Umweltausschusses am 29.05.2017 zu TOP 3 „Katastrophenschutzplanungen Fessenheim“ verwiesen, die weiterhin Gültigkeit haben.

Für den Katastrophenschutz in der Umgebung kerntechnischer Anlagen sowie für Katastrophenschutzaufgaben, die sich über den Bezirk einer unteren Katastrophenschutzbehörde hinaus erstrecken, ist nach § 6 Abs. 2 Landeskatastrophenschutzgesetz Baden-Württemberg¹ das Regierungspräsidium Freiburg als höhere Katastrophenschutzbehörde zuständig. Die nachgeordneten unteren Katastrophenschutzbehörden erstellen auf Basis des Katastropheneinsatzplans des Regierungspräsidiums die sog. Anschlussplanung mit der lokalen Detailplanung. Die Stadt Freiburg und die Landkreise haben im Ereignisfall den Anordnungen des Regierungspräsidiums zu folgen und die dort beschlossenen Notfallschutzmaßnahmen umzusetzen.

Die Planungsgrundlagen sind dabei die Rahmenrichtlinien und Empfehlungen der Strahlenschutzkommission², bei kerntechnischen Unfällen insbesondere die

- „Radiologischen Grundlagen für Entscheidungen über Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung bei Ereignissen mit Freisetzungen von Radionukliden“, Stand Februar 2014,
- „Rahmenempfehlungen für den Katastrophenschutz in der Umgebung kerntechnischer Anlagen“, Stand Februar 2015,
- „Planungsgebiete für den Notfallschutz in der Umgebung von Kernkraftwerken“, Stand Februar 2014,
- „Verwendung von Jodtabletten zur Jodblockade der Schilddrüse bei einem Notfall mit Freisetzung von radioaktivem Jod“, Stand 2024.

Freiburg liegt hinsichtlich der drei schweizerischen Kernkraftwerke (KKW) jeweils in der so genannten Außenzone, d. h. im Bereich zwischen 20 km – 100 km. Bezogen auf das Freiburger Münster liegen die Abstände bei 50,3 km (KKW Leibstadt), 56,8 km (KKW Beznau) und 70,5 km (KKW Gösgen).

¹ § 6 LKatSG und rpf.baden-wuerttemberg.de/abt1/ref16/notfallschutz-faq, abgerufen am 12.08.2025

² [ssk.de/](https://www.ssk.de/), Veröffentlichungen unter „Publikationen“

Für die Außenzone sehen die Rahmenrichtlinien als Planungsmaßnahmen (frühe Notfallschutzmaßnahmen) die Maßnahme „Aufenthalt im Gebäude“ und „Verteilung von Jodtabletten“ an den berechtigten Personenkreis vor. Eine Warnung an die Bevölkerung vor dem Verzehr frisch geernteter Lebensmittel ist vorzubereiten. Weiterhin sind Maßnahmen zur Ermittlung und Überwachung der radiologischen Lage vorzubereiten, deren Bewertung ggf. die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen ergibt.

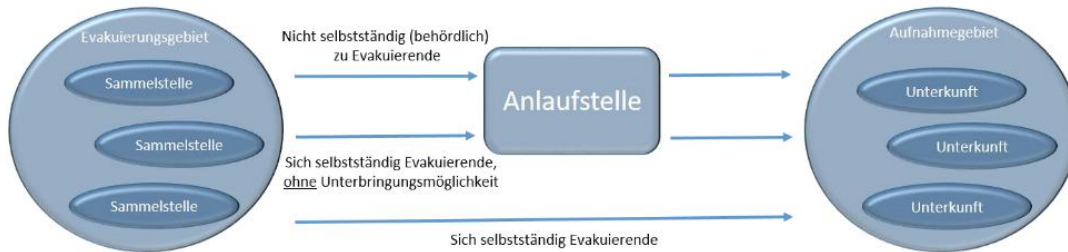
Maßnahme	Eingreifrichtwerte		
	Organdosis (Schilddrüse)	effektive Dosis	Integrationszeiten und Expositionspfade
Aufenthalt in Gebäuden		10 mSv	äußere Exposition in 7 Tagen und effektive Folgedosis durch in diesem Zeitraum inhalierte Radionuklide bei unterstelltem Daueraufenthalt im Freien
Einnahme von Iodtabletten	50 mSv Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren sowie Schwangere, 250 mSv Personen von 18 bis 45 Jahren		Organ-Folgedosis durch im Zeitraum von 7 Tagen inhaliertes Radioiod bei unterstelltem Daueraufenthalt im Freien
Evakuierung		100 mSv	äußere Exposition in 7 Tagen und effektive Folgedosis durch in diesem Zeitraum inhalierte Radionuklide bei unterstelltem Daueraufenthalt im Freien

(mSv = Millisievert)
 1 - Eingreifrichtwerte aus den Radiologischen Grundlagen (SSK) für frühe Notfallschutzmaßnahmen

Mögliche weitere Maßnahmen bestehen aus

- Kontaminationskontrollen von Gegenständen, Fahrzeugen, Waren und Personen beim Verlassen eines radiologischen Gefahrenbereichs sowie
- Schutzmaßnahmen für landwirtschaftliche Produktion und Lebensmittel (z. B. Verzehverbote, Verbot des Inverkehrbringens von Lebens- und Futtermitteln, Ernteverzicht).

Bei der Anordnung einer Evakuierung erfolgt der Aufbau einer Organisationsstruktur gemäß der Rahmenempfehlung Evakuierung des Innenministeriums. Je nach radiologischer Lage bzw. Festlegung des betroffenen Gebiets werden die betroffenen Personen auf andere Landesteile verteilt. Diese Maßnahme geht bei kerntechnischen Unfällen regelmäßig über den Regierungsbezirk hinaus und bedarf dabei der Koordination durch das Land. Die Kreise und Gemeinden im betroffenen Gebiet haben hierbei durch Betrieb von Sammelstellen und durch Transportorganisation zu unterstützen, die Kreise und Gemeinden in den aufnehmenden Gebieten unterstützen durch Betrieb von Anlaufstellen, Notfallstationen und Notunterkünften.



Quelle: Innenministerium Baden-Württemberg 2021

Abbildung 5 - Evakuierungsschema

Die vorgenannten Aufgaben liegen im Zuständigkeitsbereich des Regierungspräsidiums Freiburg. Im Ereignisfall ordnet das Regierungspräsidium dann an, welche Maßnahmen konkret umzusetzen sind.

2.1 Wie wird die Stadt Freiburg mit den Ergebnissen der Studie umgehen? Welche Maßnahmen werden aus der Studie abgeleitet?

Es ist geplant, die aus dem Schließungsprozess des AKW Fessenheim bekannte vernetzende und vermittelnde Rolle weiterhin auszuüben sowie mit den verschiedenen Akteuren transparenzsteigernd und partizipativ zusammenzuarbeiten.

Aus dieser Haltung heraus ergibt sich folgendes konkretes Vorgehen:

- Der Studienersteller wird im November zu politischen Beratungen in den Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz eingeladen, um die Studie vorzustellen.
- Im Rahmen des regelmäßigen Austauschs in der Fachgruppe Umwelt der Region Freiburg wurde das Thema auf die Tagesordnung gesetzt und gemeinsam diskutiert.
- Die bestehende und bewährte Zusammenarbeit mit TRAS soll fortgesetzt werden. Dabei soll TRAS darin unterstützt werden – wie im Rahmen von Fessenheim – ggf. rechtliche und politische Möglichkeiten auszuschöpfen, um eine Schließung der veralteten Reaktoren zu erwirken.
- Die Zusammenarbeit mit dem deutschen Begleitausschuss des Regierungspräsidiums Freiburg wird beibehalten mit dem Ziel, die Öffentlichkeit zu informieren sowie mit der Landes- und Bundesebene in konstruktivem Austausch zu bleiben.
- Die Zusammenarbeit mit dem Schweizer Atomverband ENSI (Eidgenössisches Nuklearsicherheitsinspektorat) soll vertieft werden, um über etwaige Änderungen des Status Quo informiert zu bleiben.

2.2 Wie ist die Stadt Freiburg auf einen möglichen atomaren Ernstfall vorbereitet?

Wie bereits ausgeführt sieht die Anschlussplanung nicht die Entscheidung über, sondern nur die Umsetzung der angeordneten Maßnahmen vor.

Grundsätzlich stehen der Stadt Freiburg als untere Katastrophenschutzbehörde zur Warnung der Bevölkerung das modulare Warnsystem MoWAS (mit der Warn-App NINA) sowie die städtischen Sirenen zur Verfügung. In der Integrierten Leitstelle (ILS) ist eine direkte Schnittstelle zum MoWAS vorhanden, so dass eine Warnung sehr schnell ausgesprochen werden kann – auch bei einem kerntechnischen Unfall.

Im Ereignisfall wird der Verwaltungsstab der Stadt Freiburg alarmiert und aktiviert, im konkreten Fall eines kerntechnischen Unfalls sind hier die folgenden Ämter zusammenzurufen:

- Haupt- und Personalamt
- Amt für Brand- und Katastrophenschutz (Katastrophenschutzbehörde)
- Amt für öffentliche Ordnung (Ortspolizeibehörde und Veterinärbehörde)
- Presse- und Öffentlichkeitsreferat
- Fachbereich 320 Gesundheitsschutz (Gesundheitsamt), Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald
- Umweltschutzamt (Umweltbehörde, Wasserbehörde)
- Fachbereich 580 Landwirtschaft (Landwirtschaftsbehörde), Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald
- Forstamt (Forstbehörde, Jagdbehörde)
- Garten- und Tiefbauamt (Verkehrsbehörde)

Die von diesen Ämtern zu erledigenden Maßnahmen richten sich nach den „Rahmenempfehlungen für den Katastrophenschutz in der Umgebung kerntechnischer Anlagen“ der Strahlenschutzkommission (SSK 2014), Kapitel 4 in Verbindung mit § 5 Abs. 1 S. 1 und Abs. 2 LKatSG. Das Ressortprinzip gilt weiterhin.

Der Aufbau und die Arbeitsweise des Verwaltungsstabs ist im allgemeinen Katastrophenschutzplan der Stadt Freiburg geregelt.

In Räumlichkeiten des Amts für Brand- und Katastrophenschutz lagern insgesamt rd. 825.000 Jodtabletten ein, die im Bedarfsfall an die berechtigten Personengruppen zur sog. Jodblockade ausgegeben werden³. Berechtigte Personen sind dabei Neugeborene, Kleinkinder, Kinder, Schwangere sowie Erwachsene bis zu einem Alter von 45 Jahren. Dies sind in Freiburg rd. 60 % der Wohnbevölkerung (rd. 138.000 Personen). Hinzu käme eine nicht abschätzbare Anzahl von sich gerade vorübergehend in Freiburg aufhaltenden berechtigten Personen.

Die Ausgabe der Jodtabletten ist über sog. Jodausgabestellen zu organisieren, in Freiburg werden hierzu dieselben Stellen verwendet, an denen bei Wahlen die Wahllokale eingerichtet werden. Demzufolge gibt es in der Stadt Freiburg 42 Jodausgabestellen, d. h. im Schnitt soll jede Ausgabestelle, die von städtischen Mitarbeitenden betrieben werden, etwa 3.300 Tablettenberechtigte versorgen.

Die Konzeption Jodtablettenversorgung des Innenministeriums Baden-Württemberg sieht für die Zentralzone eine Vorverteilung vor.

³ Informationen siehe www.jodblockade.de

Das Amt für Brand- und Katastrophenschutz betreibt im Auftrag des Regierungspräsidiums eine sog. Lokale Messzentrale (Probensammelstelle, Sammelplatz und Messleitung für die eingesetzten Strahlenspürtrupps) und stellt einen motorisierten Strahlenspürtrupp zur Messung der radiologischen Lage bereit. Zudem steht eine quasistationäre Ortsdosisleistungs-Sonde der Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg zur Verfügung, mit welcher weiterhin das radiologische Lagebild verdichtet werden kann. Gegebenenfalls unterstützen der ABC-Zug sowie die im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen den Aufbau und Betrieb einer sog. Notfallstation (sofern diese seitens des Regierungspräsidiums angeordnet wurde).

Die Trinkwasserversorgung von Freiburg stammt im Wesentlichen aus den Grundwassereinzugsgebieten des Dreisamtals und des Münstertals, so dass eine Trinkwasserbeeinträchtigung durch kontaminiertes Rheinwasser zunächst ausgeschlossen werden kann. Bei einer Beeinträchtigung des Trinkwassers aus dem Wasserwerk Hausen können die in Freiburg bestehenden Trinkwassernotbrunnen des Katastrophenschutzes verwendet werden (diese sind leitungsungebundene Grundwasserbrunnen, die sich aus dem Aquifer der Freiburger Bucht speisen). Erst wenn die Grundwasserentstehungsgebiete des Freiburger Grundwassers durch Kontamination auch das Grundwasser beeinträchtigen, müsste auf alternative Wasserversorgungen zurückgegriffen werden.

Da die Stadt Freiburg in den Außenzonen zu den drei Schweizer Kernkraftwerken liegt, ist es nicht sehr wahrscheinlich, dass seitens der höheren Katastrophenschutzbehörde im Regierungspräsidium die Maßnahmen „Evakuierung“ oder „Umsiedlung“ angeordnet würden. Einbezogen sind hier auch die Ergebnisse der TRAS-Studie, wonach ein möglicher Unfall nur zum Zeitpunkt von entsprechenden meteorologischen Konstellationen zu einem Überschreiten des Schwellenwerts von 100 mSv in 7 Tagen, also dem Schwellenwert für die Maßnahme „Evakuierung“, führen würde.

2.3 Wie werden die möglichen Szenarien in den Katastrophenschutzplan eingearbeitet?

Grundsätzlich bedarf es keiner Anpassung, da die zu treffenden Maßnahmen in den allgemeinen Planungen enthalten sind.

Hinsichtlich der Warnung und Information der Bevölkerung finden – unabhängig vom auslösenden Ereignis – die uns zur Verfügung stehenden Warnmittel (Sirenen, MoWAS) Anwendung.

Ebenso machen wir – wie das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) – über das Auslegen von Broschüren und über unsere Homepage sowie bei entsprechend passenden Stellen (z. B. Pressebericht) Werbung für einen Notvorrat⁴. Jeder Notvorrat ist besser als kein Notvorrat. Dieser Notvorrat kann bei der Maßnahme „Aufenthalt im Gebäude“, aber auch bei anderen Situationen, verwendet werden.

⁴ www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Mediathek/Publikationen/Buergerinformationen/Ratgeber/ratgeber-notfallvorsorge.pdf?__blob=publicationFile&v=39

Auch die Evakuierungsplanung ist unabhängig vom auslösenden Ereignis. Ob Evakuierung eines Wohngebiets wegen Gefahrstofffreisetzung, eines Stadtteils wegen Hochwassers oder der gesamten Stadt wegen kerntechnischer Unfälle oder kosmischer Ereignisse, den Planungen liegen dieselben Grundlagen zugrunde und es bestehen dieselben Schwierigkeiten.

2.4 Welche Möglichkeiten nutzt die Stadt Freiburg, um ggf. über das Land und den Bund auf die Schweizer Politik hinzuwirken, ihre alten Atomkraftwerke zeitnah vom Netz zu nehmen?

Die Stadt Freiburg ist, wie oben bereits dargelegt, seit dem 01.07.2006 Mitglied beim trinationalen Atomschutzverband TRAS, der sich durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit (Frankreich, Schweiz und Deutschland) mit der Sicherheit von Kernkraftwerken und Atomkraft sowie der Auswirkungen in der Region befasst.

2.5 Welchen Stand hat das Vorhaben der Universitätsklinik im Zusammenhang mit dem Neubau der Nuklearmedizin auch eine Notfalleinheit für Strahlenopfer zu bauen?

Betrieb und Ausbau der Uniklinik Freiburg liegen nicht im Aufgabenfeld der Stadt, sondern sind Sache der Uniklinik.



Die Grünen im Gemeinderat | Rehlingstr. 16a | 79100 Freiburg

Herrn
Oberbürgermeister Martin Horn

per mail an rsk-ratsbuero@freiburg.de

Freiburg, 09.07.2025

Antrag nach §34 GemO: Gefährdung der Stadt Freiburg durch Unfälle in Schweizer Atomkraftwerken

Sehr geehrter Oberbürgermeister Horn,

wir beantragen das Thema „Gefährdung der Stadt Freiburg durch Unfälle in Schweizer Atomkraftwerken“ auf die Tagesordnung des Gemeinderates zu setzten.

Begründung

Im Bericht *Grenzenloses Risiko – Gefährdung Deutschlands durch schwere Unfälle in Schweizer Atomkraftwerken*¹ wird dargestellt, welche dramatischen Folgen ein Unfall der Schweizer Atomkraftwerke in Beznau, Gösgen oder Leibstadt für die anliegende Region und ganz Deutschland hätte. Freiburg wäre massiv von Unfällen betroffen und liegt je nach Schwere des Unfalls und der Wetterlage in einem Gebiet, dass nicht nur kurz- sondern auch langfristige Folgen zu spüren bekommt. Die Reaktoren gehören zu den ältesten der Welt und entsprechen nicht dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik, was die Bedrohung deutlich erhöht.

Vor diesem Grund ist es uns ein Anliegen, mit dem Gemeinderat über die vorgelegte Studie zu diskutieren und Maßnahmen daraus abzuleiten.

Für uns sind dabei folgende Fragen relevant:

- Wie wird die Stadt Freiburg mit den Ergebnissen der Studie umgehen? Welche Maßnahmen werden aus der Studie abgeleitet?

¹ TRAS (2025): Grenzenloses Risiko - Gefährdung Deutschlands durch schwere Unfälle in Schweizer Atomkraftwerken. Verfügbar unter: <https://atomschutzverband.ch/wp-content/uploads/2025/06/TRAS-Studie-Gefaehrdung-Sueddeutschland-2025-06-26.pdf>

- Wie ist die Stadt Freiburg auf einen möglichen atomaren Ernstfall vorbereitet?
- Wie werden die möglichen Szenarien in den Katastrophenschutzplan eingearbeitet?
- Welche Möglichkeiten nutzt die Stadt Freiburg, um ggf. über das Land und den Bund auf die Schweizer Politik hinzuwirken, ihre alten Atomkraftwerke zeitnah vom Netz zu nehmen?
- Welchen Stand hat das Vorhaben der Universitätsklinik im Zusammenhang mit dem Neubau der Nuklearmedizin auch eine Notfalleinheit für Strahlenopfer zu bauen?

Mit freundlichen Grüßen

Simon Sumbert

Bärbel Schäfer

Christine Frank

Bündnis 90 / Die GRÜNEN

BESCHLUSSVORLAGE

Dezernat / Amt	Verantwortlich	Tel.Nr.	Datum
V / Immobilienmanagement Freiburg	Herr Hug	5320	29.10.2025

Betreff:

**Kauf der Grundstücke Flst. Nrn. 12373/2, 12429/1 und 12442 (1/2 Miteigentumsanteil),
Dietenbachpark (Baumschulgelände), Gemarkung Freiburg**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Öff.	N.Ö.	Empfehlung	Beschluss
BaUStA	05.11.2025		X	X	
HFA	17.11.2025	X			X

Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO): nein

Abstimmung mit städtischen Gesellschaften: nein

Finanzielle Auswirkungen: ja, siehe Anlage 1

Auswirkungen auf den Klima- und Artenschutz: nein

Beschlussantrag:

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt gemäß Drucksache HFA-25/025 Ziffer 2 dem Kauf der Grundstücke Flst.Nrn. 12373/2, 12429/1 und 12442 (1/2 Miteigentumsanteil), Dietenbachpark (Baumschulgelände), Gemarkung Freiburg, zu und genehmigt hierfür eine Auszahlung für den Grundstückskauf in Höhe von ca. 227.000,00 € (inkl. Erwerbsnebenkosten).

Anlagen:

1. Finanzielle Auswirkungen
2. Lageplan

1. Ausgangslage

Im Zuge der Entwicklung des neuen Stadtteils Dietenbach mit ca. 16.000 Einwohnern ändert sich der Fokus sowie die Erwartungshaltung an den bestehenden Dietenbachpark. Der Nutzungsdruck auf die Grün- und Freiflächen mit den dazugehörigen Rad- und Fußwegeverbindungen wird steigen. Darüber hinaus besteht bereits heute ein hoher Bedarf an Flächen für sportliche Nutzungen.

Am nord-östlichen Rand des Dietenbachparks befindet sich ein ca. 3 ha großes Gelände, das bisher als Baumschule genutzt wird. Das Gelände befindet sich zum Teil im Eigentum der Stadt, zum Teil im Eigentum einer Privatperson (teilweise in Form von Miteigentumsanteilen an einem Grundstück). Die Stadt ist mit dem privaten Eigentümer seit längerer Zeit in Kontakt, um die Eigentumsverhältnisse sinnvoll neu zu ordnen und damit weitere Flächen für die Öffentlichkeit nutzbar zu machen.

2. Grunderwerb

Der Grundstückseigentümer ist bereit, seine Grundstücke bzw. Miteigentumsanteile vollständig an die Stadt Freiburg zu verkaufen.

2.1 Grundstückssituation

Das Baumschulgelände wird bislang von dem privaten Eigentümer bzw. dessen Betrieb genutzt, wobei die Nutzungsintensität inzwischen recht gering ist.

Bei den nun zum Erwerb stehenden Flächen handelt es sich um die folgenden, in dem als Anlage 2 beigefügten Lageplan rot markierten Grundstücke

Flst.Nr.	Größe
12373/2	321 m ²
12429/1	2.224 m ²
12442 (½ Miteigentumsanteil)	10.304,5 m ²
	<hr/> 12.849,5 m ²

Die Stadt ist bereits zu einem ½ Anteil Miteigentümerin des Grundstücks Flst.Nr. 12442 mit einer Gesamtfläche von 20.609 m², weshalb hiervon nur noch ein rechnerischer Teil von 10.304,5 m² zum Erwerb steht.

Sämtliche an die oben genannten Grundstücke angrenzenden Flächen befinden sich im Eigentum der Stadt. Der städtische $\frac{1}{2}$ Miteigentumsanteil am Grundstück Flst.Nr. 12442 sowie weitere städtische Flächen, auf denen sich aktuell die Baumschule befinden, sind noch an den o. g. Grundstückseigentümer bzw. dessen Betrieb verpachtet (zur Nutzung als Baumschule).

Das Gelände ist umzäunt. In der Mitte (nahe des Robert-Ruh-Weges) befindet sich noch eine kleine Hütte. Im Übrigen ist das Gelände unbebaut.

2.2 Konditionen

Der Grundstückseigentümer ist zu folgenden Konditionen zu einem Verkauf bereit:

Kaufpreis: 212.016,75 € (16,50 €/m²)
Übergabe: Im aktuellen Zustand (= keine Entfernung des Zauns, der Hütte oder von Bewuchs durch den Grundstückseigentümer)

Bei dem Kaufpreis von 16,50 €/m² handelt es sich um den üblichen Kaufpreis für Flächen, die als öffentliche Grünanlage genutzt werden sollen. Dieser Preis wurde dem Grundstückseigentümer daher angeboten.

Mit Abschluss des Kaufvertrages würde der bestehende Pachtvertrag über die städtischen Flächen aufgehoben werden, da die Bewirtschaftung des Baumschulgeländes aufgegeben wird.

Die Kaufnebenkosten liegen bei ca. 15.000,00 € (7 % des Kaufpreises (Grunderwerbsteuer und Notarkosten)).

3. Ausblick

Es ist angedacht, die Baumschulfläche in mehreren Stufen zu entwickeln, um die dortigen Nutzungen wie Freiraum, öffentliche Grün- und Sportflächen sowie ggf. Kulturflächen realisieren zu können. Als erster Schritt wären Klimaanpassungsmaßnahmen wie Baumpflanzungen unter Beachtung der zukünftigen Nutzungsüberlegungen denkbar. Hierfür stehen bereits Fördergelder der KfW-Bank im Rahmen des Zuschussprogrammes „Natürlicher Klimaschutz in Kommunen“ zur Verfügung. Mit weiteren klima- und bedarfsgerechten Qualifizierungsmaßnahmen könnte das ehemalige Baumschulareal dann zu einer zukunftsfähigen Parkanlage mit Integration verschiedener Nutzungen, wie z. B. Sportflächen, in Nachbarschaft zum neuen Stadtteil Dietenbach aufgewertet werden. Aufgrund der verschiedenen Bedarfe sind weitere Planungen / Abwägungen zur Verwendung der Flächen erforderlich. Die gemeinderätlichen Gremien werden über die laufenden Planungen gesondert informiert. In einem ersten Schritt werden zunächst der Zaun und die o. g. Hütte entfernt sowie die jährlich notwendigen Mäharbeiten durchgeführt (Freimachung des Geländes).

4. Votum

Der Erwerb des Baumschulareals ist eine Möglichkeit und Chance, ergänzende und für die Allgemeinheit frei zugängliche Erholungsräume zu schaffen und durch eine verbesserte Freiraumversorgung die bestehenden Flächen zu entlasten.

Im Rahmen einer vorausschauenden, aktiven Liegenschaftspolitik, sollten die Grundstücke zu den genannten, angemessenen Konditionen erworben werden. Hierdurch entstehen vielfältige Möglichkeiten zur künftigen Erweiterung des Dietenbachparks.

Ansprechpartner ist Herr Kübler, Immobilienmanagement Freiburg, Tel.: 0761/201-5384.

- Bürgermeisteramt -

- Finanzielle Auswirkungen -

Bereich: Doppelhaushalt / Stadt Freiburg
 Teilhaushalt / Teilbudget: THH 25 - Immobilienmanagement Freiburg
 Produktgruppe(n): 1133
 Seite: 749 u. 497 im Haushaltsplan des DHH 2025/2026

Ergebnishaushalt	2025	2026
Erträge (Wegfall jährl. Pachtzins) IMF	0 EUR	- 904 EUR
<u>Aufwendungen</u>		
- Freimachungskosten durch das Garten- und Tiefbauamt	- 15.000 EUR	- 30.000 EUR
Nettoressourcenbedarf	- 15.000 EUR	- 30.904 EUR

Finanzhaushalt (für investive Maßnahmen)	2025	2026
Auszahlungen (Kaufpreis inkl. Nebenkosten) IMF	- 227.000 EUR	0 EUR
Finanzierungsmittelbedarf	- 227.000 EUR	0 EUR

Eingestellte Mittel im HHPI./MiFi: ☒ in voller Höhe ☐ teilweise ☐ keine

Erläuterungen:

Die Deckung der Mittel für den Erwerb und die Freimachung erfolgt über den Grunderwerb Sammler I250000W0071.



Datum: 23.09.2025

1:1.500



Dieser Auszug wurde manuell erzeugt.
Vervielfältigungen, Umarbeitungen,
Veröffentlichungen oder die Weitergabe an
Dritte nur mit Zustimmung der Stadt
Freiburg i. Br. (FNP gültig bis 1:10.000)

BESCHLUSSVORLAGE

Dezernat / Amt	Verantwortlich	Tel.Nr.	Datum
V / Stadtplanungsamt	Herr Jerusalem	4100	29.10.2025
I / Rechtsamt	Frau Recker	1600	

Betreff:

Änderung der Hauptsatzung zur Übertragung des Zustimmungserfordernisses bei Anträgen nach §§ 31 Abs. 3, 34 Abs. 3b und § 246e Baugesetzbuch (BauGB) anlässlich des Gesetzes zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung („Wohnungsbauturbo“) sowie Beschluss über die Anwendungsleitsätze zur Ausübung der übertragenen Zuständigkeiten

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Öff.	N.Ö.	Empfehlung	Beschluss
1. BaUStA	05.11.2025		X	X	
2. HFA	17.11.2025	X		X	
2. GR	25.11.2025	X			X

Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO): nein

Abstimmung mit städtischen Gesellschaften: nein

Finanzielle Auswirkungen: nein

Auswirkungen auf den Klima- und Artenschutz: nein

Beschlussantrag:

- 1. Der Gemeinderat beschließt die Satzung zur Änderung der Hauptsatzung gemäß Anlage zur Drucksache G-25/189.**
- 2. Der Gemeinderat beschließt die Anwendungsleitsätze gemäß Nr. 4 der Drucksache G-25/189 zur Ausübung der mit der Beschlussziffer 1 dieser Drucksache übertragenen Zuständigkeiten.**

Anlage:

Satzung zur Änderung der Hauptsatzung

1. Ausgangslage

Der Bundestag hat nach langer politischer Debatte am 09.10.2025 eine umfassende Novellierung des Baugesetzbuches (BauGB) beschlossen. Der Bundesrat hat dem am 17.10.2025 zugestimmt. Anlass für die gesetzgeberische Initiative des Bundes ist der Mangel an Wohnraum. Die Gesetzesänderungen sollen aus Sicht des Gesetzgebers dazu beitragen, die Schaffung von Wohnraum – durch den schnelleren Bau von neuen Wohnungen, der Erweiterung von Wohngebäuden, Aufstockung sowie der Umwandlung von Gebäuden in Wohnraum – zu beschleunigen.

Durch den sog. Bauturbo soll es gemäß der Zielsetzung des Gesetzgebers Städten und Gemeinden ermöglicht werden, Planungs- und Genehmigungsprozesse für den Wohnungsbau zu beschleunigen. Für alle anderen Bauvorhaben (gewerblich genutzte Gebäude, Straßen, Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) ...) findet der Bauturbo keine Anwendung. Ob und in welchem Umfang Städte und Gemeinden von diesen Regelungen Gebrauch machen, liegt im Ermessen der jeweiligen Kommune und wird diesen vom Gesetzgeber freigestellt.

2. Änderungen des Baugesetzbuches

2.1 Befreiungen im Geltungsbereich eines Bebauungsplans für Wohnbauvorhaben (§ 31 Abs. 3 BauGB)

§ 31 Abs. 3 BauGB sah bereits bislang für Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt Befreiungsmöglichkeiten von den Festsetzungen eines Bebauungsplans zugunsten des Wohnungsbaus im Einzelfall vor. Diese Befreiungsmöglichkeit wird nunmehr deutlich ausgeweitet. So ist die Befreiung zukünftig weder auf den Einzelfall noch auf Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt beschränkt. So könnte beispielsweise in ganzen Straßenzügen durch Aufstockung, Anbauten oder Bauen in der zweiten Reihe neuer Wohnraum geschaffen werden. Weiterhin gilt, dass die Befreiung unter Würdigung nachbarlicher Interessen mit den öffentlichen Belangen vereinbar sein muss. Eine Befreiung ist mit öffentlichen Belangen unter anderem dann nicht mehr vereinbar, wenn sie aufgrund einer überschlägigen Prüfung voraussichtlich zusätzliche erhebliche Umweltauswirkungen hat.

2.2 Abweichungen im unbeplanten Innenbereich für Wohnbauvorhaben (§ 34 Abs. 3b BauGB)

Vorhaben im unbeplanten Innenbereich sind grundsätzlich nur dann zulässig, wenn sie sich nach Art und Maß der baulichen Nutzung, der Bauweise und der Grundstücksfläche in die Eigenart der näheren Umgebung einfügen. Abweichungen vom Gebot des Einfügens in die nähere Umgebung waren bislang nur im Einzelfall und unter engen Voraussetzungen zulässig. Im unbeplanten Innenbereich ist gemäß § 34 Abs. 3b

BauGB eine Abweichung vom Einfügungsgebot über die bisher bestehenden Möglichkeiten hinaus nunmehr auch für die Neuerrichtung von Wohngebäuden möglich. Voraussetzung ist die Vereinbarkeit mit nachbarlichen Interessen und öffentlichen Belangen.

2.3 Der „Bauturbo“ als zeitlich befristete Sonderregelung für den Wohnungsbau (§246e BauGB)

Als weitgehende Flexibilisierung für den Wohnungsbau wird – als Experimentierklausel – der neue § 246e in das BauGB aufgenommen. Danach können Wohnbauvorhaben – über die Möglichkeiten der Befreiungen und Abweichungen von § 31 Abs. 3 und § 34 Abs. 3b BauGB hinaus – zugelassen und hierfür von den Vorschriften des Baugesetzbuches oder den aufgrund des Baugesetzbuches erlassenen Vorschriften in erforderlichem Umfang abgewichen werden, wenn die Abweichung unter Würdigung nachbarlicher Interessen mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist. Von der Vorschrift werden Vorhaben erfasst, die der Errichtung von neuen Gebäuden zu Wohnzwecken dienen. Ebenso werden Vorhaben erfasst, die der Erweiterung, Änderung oder Erneuerung von bestehenden Gebäuden zugunsten der Schaffung von zusätzlichen Wohnungen dienen, sowie Nutzungsänderungen zulässigerweise errichteter baulicher Anlagen zu Wohnzwecken. Die Anwendung des § 246e BauGB ist dabei nicht auf den Innenbereich beschränkt, sondern findet auch Anwendung auf Vorhaben im unbeplanten Außenbereich, wenn diese im räumlichen Zusammenhang mit bereits bestehender Bebauung stehen. Dabei sind die Regelungen des Eingriffs-Ausgleichs nach dem Bundesnaturschutzgesetz anzuwenden. Im Zusammenhang mit der Genehmigung von zusätzlichem Wohnraum können ergänzend den Bedürfnissen der Bewohner*innen dienende Anlagen für soziale, kulturelle und gesundheitliche Zwecke sowie Läden zur Deckung des täglichen Bedarfs zugelassen werden.

Die neue Sonderregelung ermöglicht somit sehr viel weitreichendere Abweichungen vom Bauplanungsrecht, als dies mit den oben dargestellten Änderungen in den §§ 31 Abs. 3 und 34 Abs. 3b BauGB möglich ist, da § 246e BauGB sogar ermöglicht, auf ein bisher notwendiges Bebauungsplanverfahren unter den genannten Bedingungen gänzlich zu verzichten. Von der Abweichungsermächtigung soll daher nur in erforderlichem Umfang Gebrauch gemacht werden. Dabei obliegt die Anwendung der Kommune im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit, diese wiederum ist eine der wichtigsten Zuständigkeiten des Gemeinderates. Aufgrund der weitgehenden Wirkung ist § 246e BauGB als Experimentierklausel zeitlich zunächst befristet bis zum 31.12.2030 anwendbar.

2.4 Zustimmungserfordernis der Gemeinde

Befreiungen und Abweichungen nach den §§ 31 Abs. 3, 34 Abs. 3b BauGB und die Anwendung des § 246e BauGB sind nur mit Zustimmung der Gemeinde möglich (§ 36a BauGB). Die Gemeinde erteilt hiernach ihre Zustimmung, wenn das Vorhaben mit den kommunalen Vorstellungen der städtebaulichen Entwicklung und Ordnung vereinbar ist. Sofern die Zustimmung innerhalb von drei Monaten weder erteilt noch verweigert ist, wird die Zustimmung gesetzlich fingiert. Das bedeutet, die kommunale Zustimmung gilt in solchen Fällen unwiderruflich als erteilt. Die Zuständigkeit zur Zustimmung bzw.

Ablehnung der Zustimmung nach § 36a BauGB liegt ohne weitere kommunale Regelung zunächst beim Gemeinderat.

Die kommunale Zustimmung ist nur eine der erforderlichen Voraussetzungen für die Erteilung einer Baugenehmigung nach den neuen gesetzlichen Regelungen. Weitere Voraussetzung ist beispielsweise, dass das Vorhaben mit nachbarlichen Belangen und öffentlichen Interessen, worunter insbesondere die Frage der Umweltauswirkungen fällt, vereinbar sein muss. Wird die kommunale Zustimmung erteilt, bedeutet das also nicht, dass das Vorhaben zwangsläufig zu genehmigen ist. Die Baurechtsbehörde muss auch das Vorliegen der übrigen Voraussetzung für eine Befreiung bzw. Abweichung prüfen. Andersrum bedeutet die Fiktion der gemeindlichen Zustimmung aber auch, dass städtebauliche Erwägungen, die gerade von der Gemeinde im Rahmen der Zustimmung nach § 36a BauGB anzustellen sind, eine Ablehnung des Vorhabens im sonstigen Baugenehmigungsverfahren regelmäßig wohl nicht mehr bewirken können. Denn die städtebaulichen Erwägungen, die die Planungshoheit der Kommune berühren, werden ja gerade von der Zustimmungsfiktion nach § 36a BauGB umfasst.

Zum Verständnis: Die vorgenannten im Baugesetzbuch neu geschaffenen Regelungen betreffen das Bauplanungsrecht. Davon unberührt sind die Regelungen im Bauordnungsrecht zum Baugenehmigungsverfahren, diese werden über die Landesbauordnung geregelt. Hier gab es in den letzten Jahren bereits einige Anpassungen, die im Baurechtsamt bereits umgesetzt werden.

3. Änderung der Hauptsatzung

Der Beschluss des Bauturbo, insbesondere das gemeindliche Zustimmungserfordernis und die beschriebene Zustimmungsfiktion bewirkt einen gewissen Handlungsdruck und macht ein schnelles Reagieren der kommunalen Verwaltungen erforderlich. Sollte dies nicht gelingen, könnte die recht kurze Frist bis zum Eintritt der Fiktion der gemeindlichen Zustimmung dazu führen, dass Vorhaben zu genehmigen sind, die so möglicherweise nicht gewollt sind.

Die Gesetzesnovelle birgt nach Einschätzung der Verwaltung für die Kommunen Chancen und Risiken. Aktuell ist vollkommen unklar, ob und in welchem Umfang der Bauturbo von den Antragstellenden genutzt werden wird. Um allerdings die Steuerung über die planerische und bauliche Entwicklung zu behalten, muss rasch und konsequent reagiert werden können. Hierzu bedarf es verschiedener Änderungen der kommunalen Zuständigkeiten.

Aufgrund der unterschiedlichen Tragweite der jeweiligen mit dem Bauturbo beschlossenen Neuregelungen schlägt die Verwaltung ein gestuftes Verfahren vor. Die Zustimmung zu Vorhaben im Innenbereich (Innentwicklung, Aufstockung, ...) soll auf die Verwaltung delegiert werden, die dazu dem Bau- Umlegungs- und Stadtentwicklungsausschuss (BaUStA) regelmäßig berichten wird. Die Zustimmung zu Vorhaben im Außenbereich soll auf den BaUStA übertragen werden. Außerdem wird die Evaluation dieser Zuständigkeitsübertragungen und eine zeitnahe Überprüfung des Umgangs mit den übertragenen Zuständigkeiten vorgeschlagen.

3.1 Übertragung auf die Verwaltung

Aus Sicht der Verwaltung erscheint es erforderlich, die Kompetenz zur Erteilung bzw. zur Ablehnung der Zustimmung gemäß § 36a BauGB bei Anträgen nach §§ 31 Abs. 3, 34 Abs. 3b sowie 246e BauGB, soweit diese den Innenbereich betreffen, auf die Verwaltung zu übertragen. Dies zum einen wegen der möglicherweise auftretenden Masse an Verfahren – jedes Bauvorhaben, bei dem auch nur hilfsweise eine entsprechende Befreiung bzw. Abweichung nach den neuen Regelungsmöglichkeiten beantragt wird, müsste ansonsten im Gemeinderat behandelt werden. Es fällt momentan schwer, die mögliche Anzahl von solchen Anträgen vorherzusehen. Zu einer möglichen bloßen Anzahl an Verfahren tritt aber noch die gesetzlich vorgesehene Zustimmungsfiktion hinzu. Wird die Zustimmung nicht innerhalb von drei Monaten erteilt oder abgelehnt, gilt sie als erteilt. Es besteht die Gefahr, dass aufgrund des Sitzungskalenders des Gemeinderates im Einzelfall eine Ablehnung nicht rechtzeitig durch den Gemeinderat ausgesprochen werden kann und zudem würde dies erhebliche Kapazitäten der Verwaltung binden. Die inhaltliche Bewertung eines Antrags und die Entscheidungsfindung dürften bereits ohne Gremienlauf in der vorgegebenen Frist – gerade hinsichtlich einer möglicherweise recht hohen Zahl von Anträgen – regelmäßig anspruchsvoll zu schaffen sein. Innerhalb dieser Frist jedoch zusätzlich eine Entscheidung im Gremium herbeizuführen, erscheint kaum möglich.

Um dem gemeinderätlichen Interesse an einer geordneten städtischen Entwicklung gerecht zu werden, soll nun in einem ersten Schritt zunächst die Anwendung des Bauturbos erprobt und eine Vorstellung davon gewonnen werden können, welchen Inhalt Anträge zukünftig regelmäßig haben. Dieser Eindruck soll gemeinsam mit dem BaUStA gewonnen und reflektiert werden, indem die Vorhaben die unter Anwendung des Bauturbos beantragt wurden, im BaUStA regelmäßig vorgestellt werden sollen.

Auf Grundlage der ersten Erfahrungen soll dann wiederum in einem zweiten Schritt die bis dahin erfolgte Anwendung des Bauturbo evaluiert und städtische Kriterien zur Anwendung der Regelungen beschlossen werden. So soll gewährleistet werden, dass ein Regelverfahren zur Anwendung der Bauturbo-Regelungen entsteht, welches das gemeinderätliche Interesse an einer geordneten Stadtentwicklung berücksichtigt. Letztlich werden insbesondere Anträge nach § 31 Abs. 3 und § 34 Abs. 3b BauGB wohl in ein regelmäßiges Genehmigungsverfahren übergehen.

Auch die Zuständigkeit zum Abschluss von städtebaulichen Verträgen – die zur Bedingung für die Erteilung der Zustimmung gemacht werden sollen (siehe dazu unter Nr. 4 – in den oben benannten Verfahren) soll auf die Verwaltung übertragen werden. Für die zum Zustimmungserfordernis korrespondierenden städtebaulichen Verträge gelten die oben angeführten Gründe zur Übertragung des Zustimmungserfordernisses entsprechend.

3.2 Übertragung auf den Bauausschuss

Gemäß dem vorliegenden Vorschlag der Verwaltung soll die notwendige Zustimmung in Verfahren nach § 246e BauGB für Anträge von Vorhaben im Außenbereich nicht auf

den Oberbürgermeister und damit die Verwaltung, sondern vom Gemeinderat auf den BaUStA übertragen werden.

Die Verwaltung sieht zum einen die mögliche Bedeutung solcher Bauanträge für die künftige Stadtentwicklung. Wie bereits geschildert, ermöglicht § 246e BauGB ja gerade auch eine Siedlungserweiterung in den Außenbereich ohne Planverfahren. Die Entscheidung darüber, ob überhaupt und wenn ja unter welchen Bedingungen unter Gebrauchmachen vom Bauturbo in den Außenbereich erweitert werden soll, verbleibt bei einem gemeinderätlichen Gremium, da die kommunale Planungshoheit in deutlich größerem Umfang betroffen ist als bei Vorhaben im Innenbereich. Nach Einschätzung der Verwaltung fällt es in solchen Fällen auch schwerer – anders als bei den Vorhaben im Innenbereich – regelmäßig anwendbare Entscheidungskriterien zu definieren, nach denen eine Verwaltungspraxis ausgebildet werden kann. Momentan rechnet die Verwaltung zudem nicht mit einer vergleichbaren Masse an möglichen Verfahren für Vorhaben im Außenbereich.

Zum anderen erscheint aber wegen der wie oben beschriebenen recht kurzen Frist vor Eintritt der Zustimmungsfiktion, die auch für die Verfahren nach § 246e BauGB gilt, eine Übertragung der Zustimmung in Verfahren nach § 246e BauGB im Außenbereich auf den BaUStA notwendig. Die Verwaltung hält es mit der Übertragung für möglich, in jedem Fall den Eintritt der Zustimmungsfiktion zu verhindern. Ohne die Übertragung vom Gemeinderat auf den BaUStA erscheint dies nicht bei jedem denkbaren Szenario – beispielsweise in Zeiten von Sitzungspausen – ohne weiteres machbar. Dem Gemeinderat bleibt es außerdem unbenommen, im Einzelfall die Entscheidung nach § 36a BauGB, wenn die Fristen es zulassen, auch an sich zu ziehen.

Von Seiten der Verwaltung wird eine Erweiterung des Siedlungsbereiches in den Außenbereich ohne Planverfahren „nur“ unter Gebrauchmachen des § 246e BauGB regelmäßig kritisch gesehen.

4. Anwendungsleitsätze zur Ausübung der auf den Oberbürgermeister übertragenen Entscheidungen

Die unter 3.1 beschriebene, auf die Verwaltung übertragene Kompetenz zur Zustimmung nach § 36a BauGB in Verfahren nach §§ 31 Abs. 3, § 34 Abs. 3b sowie § 246e BauGB (soweit diese den Innenbereich betreffen) sowie die Kompetenz zum Abschluss korrespondierender städtebaulicher Verträge, soll zunächst wie folgt ausgeübt werden. Nach der geplanten Evaluation erster Verfahren soll im zweiten Schritt dann ein möglicherweise konkreterer Kriterienkatalog entwickelt oder der bestehende erweitert werden:

- Eine Zustimmung zu den Befreiungen zugunsten von zusätzlichem Wohnraum kann dann von der Kommune erteilt werden, wenn das Vorhaben mit den kommunalen Vorstellungen der städtebaulichen Entwicklung und Ordnung vereinbar ist. Zur Beurteilung dienen hierbei die vorhandenen städtebaulichen Entwicklungskonzepte wie Rahmenplanungen, Fachkonzepte, Studien sowie Wettbewerbsergebnisse der Stadt- und Freiraumplanung.

- Zudem kann die Zustimmung zur Befreiung oder Abweichung unter einer Bedingung erteilt werden. Die Zustimmung soll unter der Bedingung erteilt werden, dass ein städtebaulicher Vertrag abgeschlossen wird, der die Baulandpolitischen Grundsätze in entsprechender Anwendung für das Baugenehmigungsverfahren berücksichtigt, insbesondere die Verpflichtung zum geförderten Mietwohnungsbau.
- Voraussetzung für die Erteilung der Zustimmung nach § 36a BauGB soll außerdem sein, dass mindestens zwei neue Wohneinheiten mit dem Vorhaben entstehen.

Die städtebauliche und gestalterische Qualität ist in Abhängigkeit der Lage und Bedeutung des Vorhabens zu beurteilen. Für einen städtebaulich bedeutsamen und sensiblen Kontext, wie Stadtteil- oder Ortseingänge, markante städtebauliche Ecksituationen oder vergleichbare Grundstücke, kann eine gestalterische Qualifizierung über den gemeinderätlich bestellten Gestaltungsbeirat gefordert werden. Für Vorhaben mit besonderer städtebaulicher Bedeutung, wie beispielsweise einem großen Bauvolumen können auch konkurrierende Planungsverfahren, wie Mehrfachbeauftragungen und Wettbewerbe, zur gestalterischen Qualitätssicherung erforderlich sein.

Mit dem vorgeschlagenen zunächst sehr weiten Beurteilungsrahmen wird gewährleistet, dass die vielfältigen Regelungen der erfolgten Novellierung Anwendung finden können und nicht von vornherein möglicherweise zu enge Kriterien abgerufen werden, die eigentlich gewünschte Fallgruppen möglicherweise wegen der fehlenden bisherigen Erfahrungen mit den neuen Instrumenten von vornherein ausschließen. Zeitgleich garantiert der vorgeschlagene Rahmen, dass jedes Vorhaben einen Beitrag zu dem Ziel der qualitativen Wohnraumversorgung leistet.

5. Weiteres Vorgehen und Ausblick

Die Änderung der Hauptsatzung tritt am Tag nach der Bekanntmachung in Kraft. Mit der Änderung der Hauptsatzung, die eine Übertragung der Kompetenzen auf die Verwaltung bzw. den BaUStA vorsieht, sollen zukünftige Anträge fristgerecht geprüft und beraten werden können. In einem weiteren Schritt erarbeitet die Verwaltung wie oben beschrieben eine Evaluation und Kriterien, auf deren Grundlage zukünftige Vorhaben die nach § 31 Abs. 3, § 34 Abs. 3b und § 246e BauGB behandelt werden sollen, einer inhaltlichen Prüfung unterzogen werden. Es ist vorgesehen, im Herbst 2026 eine Evaluation der bis dato eingegangenen Bauanträge, die nach den Maßgaben der Novellierung behandelt werden, vorzunehmen. Dabei sollen sowohl die Kompetenzübertragung auf die Verwaltung als auch die Kriterienliste zur Beurteilung überprüft werden. Bis dahin soll über die fachliche Beurteilung der Anträge im BaUStA berichtet werden.

Ansprechpersonen im Stadtplanungsamt sind Herr Geismann, Tel.: 0761/201-4110, und Frau Denecke, Tel.: 0761/201-4170, sowie im Rechtsamt Frau Toussaint, Tel.: 0761/201-1604.

Satzung
zur Änderung der Hauptsatzung
in der Stadt Freiburg i. Br.

Aufgrund des § 4 Abs. 1 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 24. Juli 2000 (GBI. S. 581, ber. S. 698), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Juli 2025 (GBI. 2025 Nr. 71) hat der Gemeinderat in seiner Sitzung am (*Datum des Satzungsbeschlusses*) mit der Mehrheit der Stimmen aller Mitglieder folgende Satzung beschlossen:

§ 1
Änderung der Hauptsatzung

Die Hauptsatzung der Stadt Freiburg i. Br. vom 23. September 2008 in der Fassung vom 17. September 2024 wird wie folgt geändert:

1. § 15 Abs. 4 (Zuständigkeit des Oberbürgermeisters) wird um die Nummer 17 wie folgt ergänzt:

„17. die Zustimmung der Gemeinde nach § 36a Abs. 1 und 2 BauGB bei Entscheidungen der unteren Baurechtsbehörde nach § 31 Abs. 3 und § 34 Abs. 3b BauGB sowie die Zustimmung der Gemeinde nach § 36a Abs. 1 und 2 BauGB bei Entscheidungen nach § 246e BauGB, soweit die betreffenden Vorhaben sich nicht im Außenbereich befinden.“

2. § 15 Abs. 4 (Zuständigkeit des Oberbürgermeisters) wird um die Nummer 18 wie folgt ergänzt:

„18. den Abschluss von städtebaulichen Verträgen gemäß § 11 BauGB in Verfahren nach § 31 Abs. 3 und § 34 Abs. 3b BauGB sowie bei Entscheidungen nach § 246e BauGB, soweit die betreffenden Vorhaben sich nicht im Außenbereich befinden.“

3. § 8 Abs. 2 (Zuständigkeit des Bau-, Umlegungs- und Stadtentwicklungsausschuss) wird um die Nummer 15 wie folgt ergänzt:

„15. die Zustimmung der Gemeinde nach § 36a Abs. 1 und 2 BauGB bei Anwendung des § 246e BauGB, außer in Fällen des § 15 Abs. 4 Nr. 17 der Hauptsatzung.“

4. § 8 Abs. 2 (Zuständigkeit des Bau-, Umlegungs- und Stadtentwicklungsausschuss) wird um die Nummer 16 wie folgt ergänzt:

„16. den Abschluss von städtebaulichen Verträgen gemäß § 11 BauGB bei Entscheidungen nach § 246e BauGB, soweit nicht § 15 Abs. 4 Nr. 18 der Hauptsatzung einschlägig ist.“

- 2 -

§ 2
Inkrafttreten

Die Satzung tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Freiburg i. Br., *(Datum Unterschrift OB)*

Martin W. W. Horn
Oberbürgermeister

BESCHLUSSVORLAGE

Dezernat / Amt	Verantwortlich	Tel.Nr.	Datum
V / Projektgruppe Dietenbach	Herr Pfau	4070	07.11.2025

Betreff:**Jahresabschluss 2023 der Sonderrechnung Dietenbach****1. Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes****2. Feststellung**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Öff.	N.Ö.	Empfehlung	Beschluss
1. HFA	17.11.2025	X		X	
2. GR	25.11.2025	X			X

Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO): nein

Abstimmung mit städtischen Gesellschaften: nein

Finanzielle Auswirkungen: nein

Auswirkungen auf den Klima- und Artenschutz: nein

Beschlussantrag:

1. Der Gemeinderat nimmt den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes zum Jahresabschluss 2023 der Sonderrechnung Dietenbach gemäß der Anlage 2 zur Drucksache G-25/148 zur Kenntnis.
2. Der Gemeinderat stellt den Jahresabschluss 2023 der Sonderrechnung Dietenbach gemäß der Anlage 3 zur Drucksache G-25/148 mit den in der Anlage 1 zur Drucksache G-25/148 dargestellten, wesentlichen Eckdaten fest.

Anlagen:

1. Wesentliche Eckdaten des Jahresabschlusses 2023
2. Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes (nur Gemeinderat und Dezernent*in)
3. Jahresabschluss 2023

1. Jahresabschluss 2023

Der Jahresabschluss 2023 der Sonderrechnung Dietenbach wurde von der Projektgruppe Dietenbach aufgestellt. Er besteht neben dem Anhang und den Anlagen aus der Ergebnis- und Finanzrechnung sowie der Bilanz. Detaillierte Angaben zu den nachfolgenden Zahlen sowie darüberhinausgehende Informationen und Erläuterungen können dem Rechenschaftsbericht des Jahresabschlusses (Anlage 3) entnommen werden. Im Folgenden werden die wesentlichen Ergebnisse und Zahlen zum Jahresabschluss 2023 aufgeführt.

1.1 Gesamtergebnis 2023

	Ergebnis 2023 EUR
Ordentliche Erträge	1.406.187
Ordentliche Aufwendungen	-8.445.757
Ordentliches Ergebnis	-7.039.571
Außerordentliche Erträge	0
Außerordentliche Aufwendungen	0
Sonderergebnis	0
Gesamtergebnis	-7.039.571

Das Haushaltsjahr 2023 schließt mit einem Gesamtergebnis von rd. -7 Mio. € ab. Die ordentlichen Erträge beinhalten größtenteils den konsumtiven Anteil (1,4 Mio. €) des im Geschäftsjahr 2023 erstmals gezahlten Fehlbetrags. In den ordentlichen Aufwendungen sind Kosten für externe Beratungsleistungen, für den Wettbewerb des Schul- und Sportcampus, Planungskosten, Kosten für Baufeldfreimachungen und sonstige Verwaltungsaufwendungen enthalten. Die ordentlichen Aufwendungen beinhalten außerdem auch Zinszahlungen an den städtischen Cash-Pool und an externe Banken für die jeweiligen Kredite, sowie Erstattungen von Personalkosten an den städtischen Haushalt.

1.2 Gesamtfinanzzrechnung 2023

	Ergebnis 2023 EUR
Zahlungsmittelbedarf der Ergebnisrechnung	-7.185.918
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	3.600.000
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-64.753.622
Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit	-61.153.622
Finanzierungsbedarf	-68.339.540
Finanzierungsmittelüberschuss aus Finanzierungstätigkeit (Nettokreditaufnahme)	79.698.045
Änderung des Finanzierungs- mittelbestands zum Ende des Haushaltsjahres	11.358.505

Diese Darstellung der Gesamtfinanzzrechnung beinhaltet alle konsumtiven und investiven Ein- und Auszahlungen des Haushaltsjahres. Im Haushaltsjahr 2023 ergibt sich aus den Ein- und Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit ein Zahlungsmittelbedarf der Ergebnisrechnung von ca. -7,2 Mio. €. Insgesamt wurden im Jahr 2023 Auszahlungen in Höhe von ca. -68,3 Mio. € getätigt. Die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit über ca. -64,8 Mio. € beinhalten größtenteils die Kapitaleinlagen an die Entwicklungsmaßnahme Dietenbach GmbH & Co. KG (EMD) für deren Erwerb der Grundstücke. Die Sonderrechnung Dietenbach hat im Haushaltsjahr 2023 zudem einen Kredit über 80 Mio. € aufgenommen.

1.3 Bilanz zum 31.12.2023

AKTIVA	2022	2023
1. Vermögen	13.438.561	77.626.163
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	911.145	951.580
1.2 Sachvermögen	12.047.416	15.782.224
1.3 Finanzvermögen	480.000	60.892.359
2. Abgrenzungsposten	101.921	1.186.223
Bilanzsumme	13.540.482	78.812.385

PASSIVA	2022	2023
1. Eigenkapital	-21.488.143	-28.527.713
1.1 Basiskapital und Kapitalrücklagen	-410.502	-410.502
1.2 Rücklagen	0	0
1.3 Fehlbeträge des ordentlichen Ergebnisses	-21.077.641	-28.117.212
2. Sonderposten	55.000	3.655.000
3. Rückstellungen	0	0
4. Verbindlichkeiten	34.973.625	103.685.099
5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten	0	0
Bilanzsumme	13.540.482	78.812.385

Die Schlussbilanz 2023 weist eine Bilanzsumme von rd. 78,8 Mio. € aus. Das Bilanzvolumen hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um ca. 65 Mio. € erhöht. Die Aktivseite der Bilanz zeigt die Vermögenswerte der Sonderrechnung. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich vor allem das Finanzvermögen deutlich erhöht. Dies begründet sich mit den Ausgaben der EMD für die Grundstücksankäufe im Plangebiet. Da die Ausgaben der EMD über Kapitaleinlagen der Sonderrechnung finanziert wurden, findet sich dieser Betrag in dieser Bilanzposition wieder. Zudem wurde 2023 im Zuge des Gewässerausbaus weiteres Sachvermögen geschaffen. Bei den knapp 1,2 Mio. € Abgrenzungsposten handelt es sich hauptsächlich um Investitionszuschüsse, die die Sonderrechnung vergibt. 2023 war dies im Wesentlichen die ausbezahlte Kostenerstattung an Terranets für die Verlegung der Erdgashochdruckleitung.

Die Passivseite der Bilanz zeigt die Fehlbeträge des ordentlichen Ergebnisses (-28,1 Mio. €) auf, welche sich aus Fehlbeträgen aus Vorjahren (-21,1 Mio. €) und Fehlbeträgen aus dem laufenden Jahr (ca. -7 Mio. €) zusammensetzen. Die Erhöhung des Fehlbetrags um 7 Mio. € ergibt sich aus dem Endstand der Ergebnisrechnung (vgl. Ziffer 1.1). Zudem werden auf der Passivseite die bestehenden Verbindlichkeiten der Sonderrechnung dargestellt. Die ca. 103 Mio. € Verbindlichkeiten setzen sich zusammen aus Kommunalkrediten i. H. v. insgesamt 100 Mio. € sowie aus Verbindlichkeiten gegenüber dem Cash-Pool der Stadt Freiburg i. H. v. 3,3 Mio. € zum Stand 31.12.2023.

2. Verfahren

Gemäß § 95 Abs. 1 Gemeindeordnung (GemO) ist zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres ein Jahresabschluss nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung aufzustellen. Der Jahresabschluss besteht aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, der Bilanz und dem Anhang, dem als Anlage die Vermögens- und die Schuldenübersicht beigelegt ist. Der Jahresabschluss ist durch einen Rechenschaftsbericht zu erläutern, der einen Überblick über die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses bietet, den Verlauf der Haushaltswirtschaft darstellt und die Entwicklung wesentlicher Sachverhalte erläutert.

Der Jahresabschluss 2023 wurde durch die Verwaltung fristgerecht zum 24.06.2024 aufgestellt und durch das Rechnungsprüfungsamt (RPA) gemäß § 110 Abs. 2 GemO geprüft. Die Feststellungen und Bemerkungen hat das Rechnungsprüfungsamt in einem Schlussbericht zusammengefasst. Der Schlussbericht wird dem Gemeinderat mit dieser Drucksache ebenfalls vorgelegt (Anlage 2).

3. Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes

Der Schlussbericht ist der Projektgruppe Dietenbach am 02.09.2025 zugegangen und enthält folgendes abschließendes Prüfungsergebnis:

„Gegen die Buchführung und den Jahresabschluss ergeben sich – soweit geprüft – keine Einwendungen. Die Ordnungsmäßigkeit und die Richtigkeit des Jahresabschlusses werden bestätigt.“

Feststellungen und Randbemerkungen im Prüfbericht

Das Rechnungsprüfungsamt hat in Zusammenarbeit mit den beteiligten Stellen zahlreiche Sachverhalte und Prozesse geprüft. Der Schlussbericht enthält Feststellungen zu Sachverhalten von besonderer Relevanz. Außerdem ist der Bericht mit Randbemerkungen versehen, die Hinweise auf entsprechende Ausführungen im Text geben.

In der einzig wesentlichen Feststellung (vgl. S. 7 des Prüfberichtes) weist das Rechnungsprüfungsamt darauf hin, dass erstmalige Anwendungsfragen zum Leitfaden für städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen noch nicht abschließend geklärt sind. Grundsätzlich wird zur bilanziellen Abbildung der Sonderrechnung der genannte Leitfaden angewendet. In einzelnen Bereichen, gerade zur bilanziellen und buchhalterischen Abbildung, befinden sich die Stadtkämmerei und das RPA aktuell im Austausch mit der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA). Die Sonderrechnung ist stets darauf bedacht, alle Geschäftsvorfälle transparent und wirtschaftlich darzustellen, was unabhängig von den noch zu klärenden bilanziellen Fragestellungen gegeben ist.

Ansprechpersonen in der Projektgruppe Dietenbach sind Herr Batt, Tel.: 0761/201-4093, und Herr Janzer, Tel.: 0761/201-4096.

Wesentliche Eckdaten des Jahresabschlusses 2023

	Sonderrechnung Dietenbach / Rechenwerke zum 31.12.2023	EUR
1.	Ergebnisrechnung	
1.1	Summe der ordentlichen Erträge	1.406.187
1.2	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-8.445.757
1.3	Ordentliches Ergebnis (<i>Saldo aus 1.1 und 1.2</i>)	-7.039.571
1.4	Außerordentliche Erträge	0
1.5	Außerordentliche Aufwendungen	0
1.6	Sonderergebnis (<i>Saldo aus 1.4 und 1.5</i>)	0
1.7	Gesamtergebnis (<i>Summe aus 1.3 und 1.6</i>)	-7.039.571
2.	Finanzrechnung	
2.1	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.400.270
2.2	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-8.586.188
2.3	Zahlungsmittelüberschuss der Ergebnisrechnung (<i>Saldo aus 2.1 und 2.2</i>)	-7.185.918
2.4	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	3.600.000
2.5	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-64.753.622
2.6	Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit (<i>Saldo aus 2.4 und 2.5</i>)	-61.153.622
2.7	Finanzierungsmittelüberschuss (<i>Saldo aus 2.3 und 2.6</i>)	-68.339.540
2.8	Summe der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	80.000.000
2.9	Summe der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	-301.955
2.10	Finanzierungsmittelüberschuss aus Finanzierungstätigkeit (<i>Saldo aus 2.8 und 2.9</i>)	79.698.045
2.11	Änderung des Finanzierungsmittelbestands zum Ende des Haushaltsjahres (<i>Saldo aus 2.7 und 2.10</i>)	11.358.505
2.12	Zahlungsmittelüberschuss aus haushaltsunwirksamen Einzahlungen und Auszahlungen	-11.358.505
2.13	Anfangsbestand an Zahlungsmitteln	0
2.14	Veränderung des Bestands an Zahlungsmitteln (<i>Saldo aus 2.11 und 2.12</i>)	0
2.15	Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres (<i>Saldo aus 2.13 und 2.14</i>)	0

	Sonderrechnung Dietenbach / Rechenwerke zum 31.12.2023	EUR
3.	Bilanz	
3.1	Immaterielles Vermögen (z. B. Software, Lizenzen, Nutzungs- und Wegerechte)	951.580
3.2	Sachvermögen (z. B. Grundstücke und Gebäude)	15.782.224
3.3	Finanzvermögen (z. B. Anteile an verbundenen Unternehmen, Forderungen, liquide Mittel)	60.892.359
3.4	Abgrenzungsposten (z. B. geleistete Investitionszuschüsse)	1.186.223
3.5	Gesamtbetrag auf der Aktivseite (Summe aus 3.1 bis 3.4)	78.812.385
3.6	Eigenkapital	-28.527.713
3.7	Rücklagen (z. B. Überschüsse des ordentlichen Ergebnisses seit 2015)	0
3.8	Sonderposten (z. B. erhaltene Investitionszuweisungen und -beiträge)	3.655.000
3.9	Rückstellungen (z. B. für Gewerbesteuerrückzahlungen)	0
3.10	Verbindlichkeiten (z. B. aufgenommene Kredite)	103.685.099
3.11	Passive Rechnungsabgrenzungsposten (z. B. erhaltene, zweckgebundene Spenden/Fördermittel)	0
3.12	Gesamtbetrag auf der Passivseite (Summe aus 3.6 bis 3.11)	78.812.385



Prüfungsbericht Sonderrechnung Dietenbach Haushaltsjahr 2023


BERICHT

Prüfung

Jahresabschluss 2023

Sonderrechnung Dietenbach

Herausgeberin

 Stadt Freiburg im Breisgau
Rechnungsprüfungsamt
Gauchstraße 17
79098 Freiburg
T 0761 201-1401
E-Mail: rpa@freiburg.de
Auflage: 10

INHALTSVERZEICHNIS

Kurzübersicht wesentlicher Feststellungen zum Jahresabschluss 2023	7
1 Prüfungsauftrag	8
2 Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	9
2.1 Gegenstand der Jahresabschlussprüfung	9
2.2 Art und Umfang der Prüfung	9
2.3 Weitere Prüfungs- und Beratungsleistungen	10
2.3.1 Prüfung der Kasse der Sonderrechnung	10
2.3.2 Bautechnische Prüfungen und Beratungen	11
2.3.3 Weitere Beratungsleistungen bzw. Tätigkeiten	11
2.4 Überörtliche Prüfung	11
3 Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	12
3.1 Vorjahresabschluss	12
3.2 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	12
3.3 Jahresabschluss	13
3.4 Rechenschaftsbericht	13
3.5 Zusammenfassende Beurteilung	13
4 Feststellungen und Erläuterungen zur Haushaltswirtschaft	14
4.1 Ordnungsmäßigkeit der Haushaltswirtschaft	14
4.1.1 Ausgliederung der Maßnahme in eine Sonderrechnung	14
4.1.2 Finanzsteuerung	15
4.1.3 Planvergleich	15
5 Gesamtaussage des Jahresabschlusses	17
5.1 Ertragslage	17
5.2 Finanzlage	18
5.3 Vermögenslage	19
6 Abschließendes Prüfungsergebnis	22
Anlage 1 Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse	23
Anlage 2 Erläuterungen zum Jahresabschluss	29
Anlage 3 Abkürzungsverzeichnis	36

Redaktionelle Hinweise

Sämtliche Berechnungen wurden mit Nachkommastellen durchgeführt. Alle Beträge wurden für die Darstellung im Bericht gerundet, so dass Rundungsdifferenzen auftreten können.

Kurzübersicht wesentlicher Feststellungen zum Jahresabschluss 2023

Gegen die Buchführung und den Jahresabschluss ergeben sich – soweit geprüft – keine Einwendungen. Die Ordnungsmäßigkeit und die Richtigkeit des Jahresabschlusses werden bestätigt.

Folgende Feststellung aus den Bereichen Finanz- und Rechnungswesen, Recht- und Ordnungsmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit ist zu nennen, welche die vorgenannte Gesamtaussage nicht einschränkt:

- **Komplexe erstmalige Anwendungsfragen zum Leitfaden städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen noch nicht abschließend geklärt**

Die Auslegung des Begriffs Fehlbetrag bzw. die Auswirkung auf die Gesamtlauzeit der Maßnahme und damit die buchhalterische Umsetzung des § 59 Abs. 2 GemHVO (Abdeckung Fehlbetrag) in Verbindung mit dem Leitfaden für städtebaulichen Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen ist aufgrund komplexer Umsetzungsfragen nicht abschließend geklärt. Die GPA hat eine schriftliche Bewertung der aufgeworfenen Fragen zugesagt (siehe Seite 20).

1 Prüfungsauftrag

Gemäß § 110 Abs. 1 GemO und § 13 GemPrO hat das RPA den Jahresabschluss vor Feststellung durch den Gemeinderat zu prüfen.

Herr Bürgermeister Prof. Dr. Haag hat im Rahmen der ständigen Vertretung des Oberbürgermeisters in seinem Geschäftskreis dem RPA den Jahresabschluss sowie den Rechenschaftsbericht zum 31.12.2023 der

Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Dietenbach

- nachfolgend SEM Dietenbach oder Entwicklungsmaßnahme genannt -

für das Haushaltsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2023 zur Prüfung zugeleitet.

Die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme wird nach den Vorschriften der §§ 165 ff. BauGB vorbereitet und durchgeführt. Die Rechnungslegung erfolgt als Sonderrechnung nach § 59 Abs 2 GemHVO nach den für den Gemeindehaushalt geltenden Vorschriften.

Der Gemeinderat hat auf der Grundlage der Drucksache G-20/056 am 27.05.2020 die Einführung einer Sonderrechnung nach § 59 Abs. 2 GemHVO für den neuen Stadtteil Dietenbach zum 01.07.2020 beschlossen.

Der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2023 wurde der geprüfte Jahresabschluss zum 31.12.2022 zugrunde gelegt und die Prüfung darauf aufgebaut.

Über das Ergebnis der Abschlussprüfung berichtet dieser Prüfungsbericht.

2 Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

2.1 Gegenstand der Jahresabschlussprüfung

Die gesetzliche Prüfung des Jahresabschlusses nach § 110 GemO umfasst den Jahresabschluss nach § 95 GemO. Gegenstand der vorliegenden Prüfung war die Buchführung des aus Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Bilanz sowie Anhang bestehenden, nach den Vorschriften der GemO und GemHVO aufgestellten Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2023.

Der Rechenschaftsbericht ist nicht Gegenstand der Prüfung. Sofern aber im Rechenschaftsbericht die finanzielle und wirtschaftliche Lage der Sonderrechnung nicht richtig wiedergegeben wird, müsste im Prüfungsbericht darauf eingegangen werden. Wir haben den Rechenschaftsbericht kursorisch auf wesentliche Unstimmigkeiten gesichtet.

Ergänzend haben wir die Ordnungsmäßigkeit der Haushaltswirtschaft - insbesondere die Einhaltung der Haushaltsgrundsätze sowie das Planungswesen - geprüft.

Der Jahresabschluss zum 31.12.2023 einschließlich Rechenschaftsbericht ging beim RPA als PDF per Mail am 24.06.2024, in Papierform am 25.06.2024 ein. Bürgermeister Prof. Dr. Haag unterzeichnete den Jahresabschluss am 20.06.2024.

Prüfer für den Finanzbereich war Herr Michael Krieg. Technischer Prüfer war Herr Joachim Fuchsberger.

Der Prüfungszeitraum erstreckte sich mit Unterbrechungen von Dezember 2024 bis Juni 2025.

2.2 Art und Umfang der Prüfung

Grundlage für die Prüfung ist der risikoorientierte Prüfungsansatz. Aufgrund dessen hat das RPA sich zunächst einen Überblick über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld, über die Komplexität und Größe der Sonderrechnung sowie das rechnungslegungsbezogene IKS verschafft. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse wurden bei Auswahl und Umfang der Systemprüfung, der analytischen Prüfungshandlungen und der Einzelfallprüfungen berücksichtigt.

Unter Berücksichtigung der Risikoorientierung wurden im Wesentlichen analytische Prüfungshandlungen und Einzelfallprüfungen durchgeführt. Dabei wurde der Fokus auf folgende Prüffelder gelegt:

- Sachvermögen: Zugänge sowie Umbuchungen innerhalb des Sachvermögens
- Finanzvermögen: Erwerb der Gesellschaftsanteile der Entwicklungsmaßnahme Dietenbach GmbH & Co. KG (EMD) und der Sparkasse Entwicklungsmaßnahme Dietenbach GmbH; Einbringungen der Stadt in die Kapitalrücklage der EMD zur Ablösung der bestehenden Kredite der EMD sowie Einbringungen der Stadt der Rückforderungsansprüche aus den Grundstückszahlungen als Kapitalerhöhung
- Annahme der (Grundstücks-) Optionsverträge und Kaufverträge durch die Entwicklungsmaßnahme Dietenbach GmbH & Co. KG und Zahlung des Kaufpreises und der Nebenkosten über die Sonderrechnung (stichprobenweise Prüfung der Fallkonstellationen)
- formelle Umsetzung der Sonderrechnung im Sinne des § 59 Abs. 2 GemHVO
- Anwendung des Leitfadens Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen
- periodengerechte Darstellung
- Liquiditätsmanagement (Cash-Pool und Kreditaufnahmen)

1. Punktuelle präventive Beratungsleistungen aus Anlass der Prüfungen

Neben der Erfüllung der eigentlichen Prüfungsaufgaben war das RPA in Form von Beratungsgesprächen und prüferischen Begutachtungsleistungen punktuell präventiv tätig.

Der Entwurf des Berichts über die Prüfung des Jahresabschlusses 2023 wurde der PG Dietenbach, dem Dez. V und der StKäm mit E-Mail vom 04.08.2025 zugeleitet. Auf ein Schlussgespräch wurde verzichtet.

2.3 Weitere Prüfungs- und Beratungsleistungen

2.3.1 Prüfung der Kasse der Sonderrechnung

Die Sonderrechnung Dietenbach mit einem eigenen Buchungskreis ist in das städtische Girokonto integriert. Die Kassengeschäfte werden von der StKäm als fremde Kassengeschäfte nach § 2 der GemKVO erledigt.

Die fremden Kassengeschäfte sind daher Bestandteil der Prüfung der Stadtkasse.

2.3.2 Bautechnische Prüfungen und Beratungen

Im Berichtszeitraum wurden keine bautechnischen Prüfungen und Beratungen durchgeführt.

2.3.3 Weitere Beratungsleistungen bzw. Tätigkeiten

Das RPA hat im Berichtszeitraum zu verschiedenen Sachverhalten, welche der Entwicklungsmaßnahme Dietenbach zuzuordnen sind, prüferische Hinweise gegeben und war auch prüferisch beratend tätig, unter anderem auch zur Umsetzung des Leitfadens Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen.

2.4 Überörtliche Prüfung

Aktuell führt die Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg eine allgemeine Finanzprüfung bei der Stadt Freiburg durch. Diese beinhaltet auch die Sonderrechnung Dietenbach.

Die letzte überörtliche Prüfung nach § 113 Abs. 1 Satz 1 GemO umfasste die Wirtschaftsjahre 2013 – 2017. Da die Sonderrechnung erst zum 01.07.2020 eingeführt wurde, war sie nicht Teil dieser Prüfung.

3 Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

3.1 Vorjahresabschluss

Der Jahresabschluss zum 31.12.2022 wurde zusammen mit dem Prüfungsbericht des Rechnungsprüfungsamtes vom 03.12.2024 – nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss am 20.01.2025 – in der Sitzung des Gemeinderates am 28.01.2025 behandelt und mit der Vorlage G-25/013 mehrheitlich festgestellt.

Eine ortsübliche Bekanntgabe der Jahresabschlüsse 2020 bis 2022 ist bislang noch nicht erfolgt.

3.2 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Das Rechnungswesen erfüllt seine Aufgabe zur Dokumentation und dient als Instrument zur wirtschaftlichen Führung der Sonderrechnung.

Als Prüfungsunterlagen standen zur Verfügung:

- Buchführung
- Ergebnisrechnung (gemäß § 49 GemHVO i. V. m. § 2 GemHVO)
- Finanzrechnung (gemäß § 50 GemHVO i. V. m. § 3 GemHVO)
- Bilanz (gemäß § 52 GemHVO)
- Anhang mit Vermögensübersicht und Schuldenübersicht (gemäß § 55 Abs. 2 GemHVO)
- Rechenschaftsbericht (gemäß § 54 GemHVO)
- Entwicklungssatzung

Für die Rechnungslegung der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme wurde ein separater Buchungskreis (BuKr 2600) in SAP eingerichtet, dieser wird von der StKäm geführt. Es wird der VwV Kontenrahmen verwendet. Der Jahresabschluss wird von der PGD in Zusammenarbeit mit der StKäm erstellt.

Dem RPA wurde für die genutzte Buchhaltungssoftware SAP eine Leseberechtigung zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wurden Belege teilweise über den städtischen Haushalt eingesehen oder bei der PGD angefordert.

3.3 Jahresabschluss

Die Gliederungen entsprechen grundsätzlich den verbindlichen Mustern nach § 145 GemO.

Auf die Hinweise zum Tabellenaufbau – Spalten- und Zeilensystematik im allgemeinen Teil des Jahresabschlusses (Seite 7) wird hingewiesen.

Der Jahresabschluss zum 31.12.2023 wurde auf der Grundlage der für den Gemeindehaushalt geltenden Vorschriften (NKHR) erstellt.

Darüber hinaus erfüllen die weiteren Angaben im Anhang die Vorgaben nach § 53 GemHVO.

3.4 Rechenschaftsbericht

Wir weisen darauf hin, dass der Rechenschaftsbericht zwar nicht Gegenstand der Prüfung ist, im Prüfungsbericht aber darauf eingegangen werden muss, sofern die finanzielle und wirtschaftliche Lage der Sonderrechnung nicht richtig wiedergegeben wird.

Die finanzielle und wirtschaftliche Lage wurde – soweit betrachtet – für das Jahresabschlussdatum 20.06.2024 richtig wiedergegeben.

3.5 Zusammenfassende Beurteilung

Der Jahresabschluss vermittelt – im Rahmen des dargestellten Prüfungsumfangs und abgesehen von den in diesem Bericht festgestellten Sachverhalten - ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Sonderrechnung.

4 Feststellungen und Erläuterungen zur Haushaltswirtschaft

4.1 Ordnungsmäßigkeit der Haushaltswirtschaft

Die PGD ist dem Dezernat V zugeordnet. Zur Aufgabenerfüllung bedient sich die PGD der anderen Ämter der Stadt Freiburg. Je nach Dezernatszugehörigkeit der Ämter sind deren Leistungen für die Sonderrechnung Dietenbach in die entsprechenden Ausschüsse nach dem Verursachungsprinzip einzubringen. Es gelten die städtischen Regelungen.

4.1.1 Ausgliederung der Maßnahme in eine Sonderrechnung

Da sich die Stadt für die Realisierung des neuen Stadtteils Dietenbach einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme nach dem BauGB bedient, kann sie nach § 59 Absatz 2 Satz 1 GemHVO eine Sonderrechnung nach den für den Gemeindehaushalt geltenden Vorschriften führen. In diesem Fall kann auf die Aufstellung eines Haushalts- und eines Finanzplans verzichtet werden, wenn stattdessen eine vollständige KuF nach § 149 BauGB aufgestellt und diese jährlich fortgeschrieben wird. Vollständig ist eine KuF nur dann, wenn in ihr alle mit der Maßnahme zusammenhängenden Einnahmen und Ausgaben ausgewiesen werden, d. h. auch Einnahmen und Ausgaben, die ggf. bei der Städtebauförderung als nicht zuwendungsfähig gelten.

Auf Grundlage der Drucksache G-23/025 nahm der GR am 31.01.2023 die (Gesamt-)Kosten- und Finanzierungsübersicht zur Kenntnis. Für das Haushaltsjahr 2023 setzte der GR Ausgaben in Höhe von 96,79 Mio. €, die Kreditermächtigung für die vorgesehenen Darlehensaufnahmen auf 96,79 Mio. €, den Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf 53,25 Mio. € sowie den Höchstbetrag der Kassenkredite auf 96,79 Mio. € fest.

Die KuF stellt über die Gesamtlaufzeit des Projektes die gesamten geplanten Einzahlungen sowie Auszahlungen der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme gegenüber. Die letzte angepasste und durch den GR beschlossene Gesamt-KuF (G-24/165) weist ein Finanzmitteldefizit (ohne Berücksichtigung des Betrags zur Abdeckung des absehbaren Fehlbetrags zum Ende der Maßnahme, der durch den Kernhaushalt jährlich anteilig abzudecken und auf 100 Mio. € „gedeckt“ ist) von 103,82 Mio. € aus (gegenüber 108,76 Mio. € in der Gesamt-KuF in der Drucksache G-23/025). Den geplanten Mehrausgaben von ca. 74,13 Mio. € stehen ca. 79,07 Mio. € Mehreinnahmen gegenüber.

Die Planungsrechnung beruht naturgemäß auf prognostisch zu setzenden Parametern (z. B. Entwicklung Zinslandschaft oder zukünftige zu erzielende Grundstückspreise), die sich in beide Richtungen verändern können.

In Bezug auf die Notwendigkeit eines Risikofrüherkennungssystems für Zwecke der internen Steuerung verweisen wir auf unsere Ausführungen in den Prüfungsberichten der Vorjahresabschlüsse (Ziffer 4.1.1). Das Vorhandensein sowie der konkrete Umfang eines solchen Systems wurden bisher nicht näher betrachtet. Grundsätzlich erachten wir ein solches für erforderlich, um frühzeitig einsteuern zu können. Hierzu gehören mögliche Szenarien, z. B. durch „Parameter-Bandbreiten“ sowie Eintrittswahrscheinlichkeiten. Nach Aussage der Projektgruppe wurde bei den in der KuF dargestellten Beträgen ein Risikozuschlag berücksichtigt, um potenzielle Mehrkosten abzufedern. Angesichts der finanziellen Tragweite und der inhärenten Chancen und Risiken des Projektes behält sich das RPA weiterführende Prüfungen vor.

2. Vorhandensein und Umfang eines erforderlichen Risikofrüherkennungssystems bislang vom RPA nicht betrachtet

4.1.2 Finanzsteuerung

Die Finanzsteuerung wird durch die PGD – ggf. unter Einbindung der Stadtkämmerei – wahrgenommen. Bei der finanziellen Abwicklung der Maßnahme wurde zunächst eine externe Beratungsfirma beauftragt. Mit Aufhebungsvertrag vom 23.02./06.03.2024 wurde das zwischen der Stadt und der Auftragnehmerin bestehende Vertragsverhältnis im gegenseitigen Einvernehmen beendet. Die der Beratungsfirma beauftragten Themenfelder werden künftig von der Stadt, insbesondere PG Dietenbach und Stadtkämmerei (KuF), selbst erledigt.

Eine Prüfung des finanzrelevanten IKS wurde durch das RPA noch nicht vorgenommen.

Insbesondere sollten die Kosten und Leistungen verursachungsgerecht der Maßnahme und dem Kernhaushalt zugeordnet werden.

4.1.3 Planvergleich

Mit der Ausübung des Wahlrechts nach § 59 Abs. 2 Satz 3 GemHVO wird die KuF – wie nach BauGB für die Planung und Durchführung von Entwicklungsmaßnahmen vorgesehen – für die Haushalts- und Finanzplanung der Sonderrechnung verwendet.

Die KuF dient somit der Steuerung und Kontrolle der Wirtschaftsführung sowie der Ermittlung des voraussichtlichen Ergebnisses der Entwicklungsmaßnahme.

Für die Anwendung der KuF nach BauGB sind für die Sonderrechnungen Anpassungen vorzunehmen, um die haushaltsrechtlichen Anforderungen des NKHR – insbesondere das Ergebniswirksamkeitsprinzip und die periodische Abgrenzung – zu erfüllen. Eine angepasste KuF ist für einen aussagekräftigen Planvergleich unerlässlich (Überleitung der KuF-Planungsrechnung auf das Gliederungsschema der Finanzrechnung nach NKHR).

Der im Rahmen des Jahresabschlusses 2023 vorgelegte Planvergleich (Seiten 16 bis 18 des Jahresabschlusses) erfüllt grundsätzlich den Zweck eines Planvergleiches nach § 51 Abs. 2 GemHVO. Jedoch sieht die Anlage 21 der VwV Produkt- und Kontenrahmen einen Vergleich von Ergebnis mit dem Ansatz vor, was bei der Darstellung nicht angewendet wurde. Zudem konnte nur ein Planvergleich bezogen auf die Finanzrechnung (nicht auf die Ergebnisrechnung) vorgenommen werden, da die KuF von ihrem Wesen zahlungsbasiert ist.

Als Grundlage für den Planvergleich 2023 wurden richtigerweise die Zahlen aus der Gesamtfinanzrechnung verwendet, es gibt lediglich eine unwesentliche Abweichung zwischen der Gesamtsumme des Ergebnisses 2023 im Planvergleich 2023 und der Gesamtsumme der Auszahlungen in der Gesamtfinanzrechnung (Seite 11 des Jahresabschlusses).

Die ausgewiesenen Ausgabepositionen unter „Projektmanagement“ beinhalten auch die Einstellungen in die Kapitalrücklage (ca. 60 Mio. €). Dies wurde zwar im Rechenschaftsbericht verbal erwähnt, jedoch hätte aus Sicht des RPA dieser Betrag gesondert ausgewiesen werden sollen.

5 Gesamtaussage des Jahresabschlusses

5.1 Ertragslage

Die Ergebnisrechnung des Haushaltsjahres 2023 zeigte folgendes Bild der Ertragslage:

	Berichtsjahr €	Vorjahr €
Ordentliche Erträge	1.406.187	0
Ordentliche Aufwendungen	8.445.757	4.666.090
Ordentliches Ergebnis	-7.039.571	-4.666.090
Außerordentliche Erträge	0	0
Außerordentliche Aufwendungen	0	406.937
Sonderergebnis	0	-406.937
Gesamtergebnis	-7.039.571	-5.073.027

5.2 Finanzlage

Die Finanzrechnung des Haushaltsjahres 2023 zeigte folgendes Bild der Finanzlage:

	Berichtsjahr €	Vorjahr €
Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.400.270	1.940
Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	8.586.188	12.607.559
Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf der Ergebnisrechnung	-7.185.918	-12.605.619
Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	3.600.000	28.669
Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	64.753.622	4.381.872
Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	-61.153.622	-4.353.203
Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	-68.339.540	-16.958.822
Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit	79.698.045	20.000.000
Änderung des Finanzierungsmittelbestandes zum Ende des Haushaltsjahres	11.358.505	3.041.178
Überschuss/Bedarf aus haushaltunwirksamen Einzahlungen und Auszahlungen	-11.358.505	-3.041.178
Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres	0	0

Die Sonderrechnung verfügt über keine eigenen liquiden Mittel. Die Finanzierung erfolgte im Haushaltsjahr 2023 zum Teil über den städtischen Cash-Pool, zum überwiegenden Teil über Kommunalkredite.

5.3 Vermögenslage

Nachfolgenden Erläuterungen legen wir eine zusammenfassende Übersicht der Bilanz des Haushaltsjahres und der Eröffnungsbilanz zugrunde:

AKTIVA	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderung
	€	%	€	%	€
Immaterielle Vermögensgegenstände	951.580	1,2	911.145	6,7	40.435
Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	6.476.392	8,2	6.297.356	46,5	179.036
Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	242.347	0,3	124.585	0,9	117.762
Infrastrukturvermögen	2.742.675	3,5	2.742.617	20,3	58
Betriebs- und Geschäftsausstattung	45.450	0,0	45.450	0,3	0
Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	6.275.359	8,0	2.837.408	21,0	3.437.951
Sachvermögen	15.782.224	20,0	12.047.416	89,0	3.734.808
Anteile an verbundenen Unternehmen	60.831.443	77,2	425.000	3,1	60.406.443
Öffentlich-rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen	60.916	0,0	55.000	0,4	5.916
Finanzvermögen	60.892.359	77,2	480.000	3,5	60.412.359
Sonderposten für geleistete Investitionszuschüsse	1.186.223	1,5	101.921	0,8	1.084.302
Abgrenzungsposten	1.186.223	1,5	101.921	0,8	1.084.302
Bilanzsumme	78.812.385	100,0	13.540.482	100,0	65.271.903

PASSIVA	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderung €
	€	%	€	%	
Basiskapital und Kapitalrücklagen	-410.502	-0,5	-410.502	-3,0	0
Fehlbeträge aus Vorjahren	-21.077.641	-26,7	-16.411.550	-53,9	-4.666.091
Jahresfehlbetrag, soweit eine Deckung im Jahresabschluss durch Entnahme aus den Ergebnissrücklagen nicht möglich ist	-7.039.571	-8,9	-4.666.090	-34,5	-2.373.481
Eigenkapital	-28.527.713	-36,2	-21.488.143	-158,7	-7.039.570
Sonderposten für Investitionszuweisungen	3.655.000	4,6	55.000	0,4	3.600.000
Sonderposten	3.655.000	4,6	55.000	0,4	3.600.000
Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	99.698.045	126,5	20.000.000	147,7	79.698.045
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	675.625	0,9	303.708	2,2	371.917
Sonstige Verbindlichkeiten	3.311.428	4,2	14.669.916	108,3	-11.358.488
Verbindlichkeiten	103.685.099	131,6	34.973.625	258,3	68.711.474
Bilanzsumme	78.812.385	100,0	13.540.482	100,0	65.271.903

3. Komplexe erstmalige Anwendungsfragen zum Leitfaden nicht abschließend geklärt

Nach § 59 Abs. 2 GemHVO soll ein absehbarer Fehlbetrag zum Ende der Maßnahme jährlich anteilig aus dem Kernhaushalt abgedeckt werden. Die diesbezügliche Zahlung des städtischen Haushalts ist bei der vorliegenden Sonderrechnung im Sonderposten für Investitionszuweisungen enthalten.

Seit Herbst 2023 sind die PG Dietenbach, die StKäm und das RPA im Austausch mit der Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg (GPA), da der Leitfaden für städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen des Landes zwar Vorgaben zur Abwicklung im Kernhaushalt, nicht jedoch zur Abwicklung innerhalb der Sonderrechnung enthält. Auch ist die Auslegung des Begriffs Fehlbetrag bzw. die Auswirkung auf die Gesamtlaufzeit der Maßnahme und damit die buchhalterische Umsetzung des § 59 Abs 2 GemHVO in Verbindung mit dem Leitfaden für städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen nicht abschließend geklärt. Nach unserem Kenntnisstand ist die Stadt Freiburg die erste Stadt in Baden-Württemberg, die für große Entwicklungsmaßnahmen eine Sonderrechnung führt und sich daher mit den komplexen Auslegungsfragen zur Anwendung des o. g. Leitfadens

auseinandersetzen muss. Die Zahlungen des jährlich anteiligen Fehlbetrages werden ab 2024 entsprechend dem Ergebnis des Austausches in den zweckgebundenen Rücklagen ausgewiesen, weitere Anwendungsfragen sind noch abschließend zu klären. Die GPA hat eine schriftliche Bewertung der aufgeworfenen Fragen zugesagt.

Der Jahresfehlbetrag beim ordentlichen Ergebnis soll nach § 25 GemHVO unverzüglich gedeckt werden und durch Entnahme aus der Rücklage verrechnet werden. Ein nicht gedeckter Fehlbetrag ist nach drei Jahren auf das Basiskapital zu verrechnen, soweit er nicht mit Ergebnisüberschüssen gedeckt werden kann. In 2023 wurde der nicht gedeckte Fehlbetrag auf das ordentliche Ergebnis folgender Haushaltsjahre vorgetragen.

4. Der nicht gedeckte Fehlbetrag beim ordentlichen Ergebnis aus 2020 ist auf das Basiskapital zu verrechnen

Noch nicht gedeckte Fehlbeträge	Stand 01.01.	Verrechnung mit Jahresüberschuss	Stand 31.12.
Noch nicht abgedeckter Fehlbetrag 2020	12.175.101	0	12.175.101
Noch nicht abgedeckter Fehlbetrag 2021	4.236.449	0	4.236.449
Noch nicht abgedeckter Fehlbetrag 2022	4.666.090	0	4.666.090
Noch nicht abgedeckter Fehlbetrag 2023	7.039.571	0	7.039.571
Fehlbeträge des ordentlichen Ergebnisses	28.117.212	0	28.117.212

Der mit Schreiben der Stadtkämmerei vom 29.09.2021 genehmigte Handvorschuss in Höhe von 150,00 € ist weiterhin sowohl in den liquiden Mitteln als auch bei den Verbindlichkeiten nicht ausgewiesen.

5. Fehlender Ausweis des Handvorschusses

6 Abschließendes Prüfungsergebnis

Der Jahresabschluss zum 31.12.2023 wurde nach den für die Haushaltswirtschaft der Gemeinde geltenden Vorschriften (kommunale Doppik) aufgestellt und liegt in der Verantwortung der Stadt Freiburg. Die Angaben sind, soweit geprüft und nicht anders berichtet, vollständig und zutreffend.

Die Ämter erteilten alle erbetenen Auskünfte und übersandten die angeforderten Unterlagen.

Gegen den Jahresabschluss nach § 95b Abs. 1 GemO sind – soweit geprüft – keine Einwendungen zu erheben.

Als Ergebnis unserer Prüfung nach §§ 110 und 112 Abs. 1, 2 Nr. 2 GemO i. V. m. den Bestimmungen der GemPrO wird im Rahmen des Prüfungsumfangs

die Ordnungsmäßigkeit und die Richtigkeit des JAHRESABSCHLUSSES 2023

der Sonderrechnung zur SEM Dietenbach bestätigt.

Freiburg i. Br., den 01.09.2025

Abteilungsleiter Finanzprüfung



Hoppe

Anlage 1 Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse
Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Name	Sonderrechnung Dietenbach
Haushaltsjahr	Kalenderjahr
Rechtliche Stellung	Die Sonderrechnung ist rechtlich unselbstständig und zeitlich auf die Durchführung der Entwicklungsmaßnahme begrenzt. Anfallende Verpflichtungen werden spätestens mit der Schlussrechnung der Entwicklungsmaßnahme vom Haushalt der Stadt Freiburg übernommen.
Beschluss Entwicklungssatzung	G-18/114 vom 24.07.2018
Beschluss Einrichtung Sonderrechnung	G-20/056 vom 31.03.2020
Gegenstand	<p>Die Ziele und Zwecke der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme Dietenbach wurden in der Anlage 4 der Drucksache G-18/114 dargestellt.</p> <p>Beabsichtigt war insbesondere die erstmalige und zügige Entwicklung eines Gebietes für einen neuen Stadtteil für 6.000 Wohneinheiten (mind. 5.000 Wohneinheiten) als Beitrag zur Deckung des erhöhten Wohnbedarfs in Freiburg, das Erreichen einer dezentralen Eigenständigkeit des Stadtteils, die Errichtung einer nachhaltig tragfähigen Versorgung mit Gemeinbedarfs- und Folgeeinrichtungen sowie die Entwicklung von kleinerem, dem Wohnen untergeordneten wohnaffinem verarbeitendem Gewerbe. Nach den Angaben in der Einführung zum JA 2022 hat sich die Anzahl der Wohneinheiten auf 6.700 bis 6.900 erhöht, nach den Angaben in der Einführung zum JA 2023 hat sich diese Anzahl nicht verändert.</p>

Die Entwicklungsziele wurden als Richtschnur für die entwicklungsrechtliche Genehmigung von Grundstückskaufverträgen fortentwickelt (Anlage 2 zur Drucksache G-22/001 unter Berücksichtigung der als Prüfaufträge der Verwaltung übernommenen Punkte C) – F) des Änderungsantrags von Eine Stadt für alle (OZ 10/1) sowie Ziffer 2 des interfraktionellen Änderungsantrags von BÜNDNIS 89/DIE GRÜNEN, SPD (Kulturliste und JUPI (OZ 10/2).

In 2023 neu hinzugekommen ist das Entwicklungsziel „Revitalisierung der Dreisam im Bereich Betzenhausen – Dietenbach – Lehen“ zur Lenkung des Freizeitverhaltens aus dem neuen Stadtteil Dietenbach entsprechend den Ausführungen in der Drucksache G-23/026.

Gemeinderat

Die Rechtsstellung und Aufgaben des Gemeinderats ergeben sich aus § 24 GemO sowie §§ 2, 3 Hauptsatzung der Stadt Freiburg i. Br. in der jeweils aktuellen Fassung.

Ausschüsse

Beschließende Ausschüsse nach § 39 GemO sowie Beratende Ausschüsse nach § 41 GemO der Stadt Freiburg i. Br. mit den Zuständigkeiten nach § 4 Hauptsatzung für beschließende Ausschüsse sowie nach § 13 Hauptsatzung für beratenden Ausschüsse.

Oberbürgermeister

Gemäß § 42 ff. GemO mit den Zuständigkeiten nach § 15 Hauptsatzung

Projektorganisation

Die PGD ist eine beim Dez. V angesiedelte, eigenständige Steuerungseinheit (Projektgruppe) für die Realisierung des Neuen Stadtteils Dietenbach.

Rechnungslegung

Die Sonderrechnung führt ihre Rechnung nach den für den Gemeindehaushalt geltenden Vorschriften (NKHR). Der Jahresabschluss ist nach § 95b GemO innerhalb von sechs Monaten nach Ende des HJ aufzustellen und vom BM unter Angabe des Datums zu unterzeichnen.

Wesentliche Verträge

Vertrag über das Finanzcontrolling und Entwicklungsmanagement mit einem Planungs- und Projektmanagementunternehmen (Vertragsverhältnis wurde im beiderseitigen Einverständnis in 2024 aufgelöst)

Wesentliche Beschlüsse

Der GR bzw. der Kulturausschuss sowie der Bau-, Umlegungs- und Stadtentwicklungsausschuss fassten im Berichtsjahr sowie im Vorfeld folgende wesentliche Beschlüsse:

31.01.2023	Neuer Stadtteil Dietenbach a) Erwerb von Gesellschaftsanteilen der „Entwicklungsmaßnahme Dietenbach GmbH & Co. KG“ (EMD) und der „Sparkasse Entwicklungsmaßnahme Dietenbach GmbH“ und Neufassung der Gesellschaftsverträge b) Erwerb von Grundstücken durch die EMD c) Angebot eines Optionsvertrags für Baublock 1.20 d) Erstellung eines Konzepts für Erbbaurechts-Schlüsselgrundstücke e) Überleitung der Geschäfte der EMD auf die Stadt Freiburg (G-23/024)
31.01.2023	Beschluss der Sonderrechnung für 2023/2024 mit Kosten- und Finanzierungsübersicht für die Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Dietenbach (G-23/025)
07.02.2023	Straßennamenkonzept Dietenbach (KA-23/002)
07.03.2023	- Modifikation des Energiekonzepts Dietenbach in Bezug auf den Elektrolyseur (Planung im Industriegebiet Nord statt in Dietenbach) - Einsatz von grünem Wasserstoff zur Erreichung der Klimaneutralität (G-23/011)
07.03.2023	Bestellung der Geschäftsführung bei der Entwicklungsmaßnahme Dietenbach GmbH und Abschluss der Anstellungsverträge (G-23/038)
16.03.2023	Quartiershaus Q1 mit Quartiersplatz im Stadtteil Dietenbach Beschluss über die gemeinderätliche Besetzung des Preisgerichts (BaUStA-23/004)

19.04.2023	Sachstand des Projekts „Urbaner Holzbau im Quartiersmaßstab am Beispiel Dietenbach“ (BaUStA-23/008)
25.04.2023	Information über die weitere Beauftragung infolge des Wettbewerbs für den Schulcampus mit Sport- und Bewegungspark im Stadtteil Dietenbach (G-23/094)
16.05.2023	Entwicklungsziel „Revitalisierung der Dreisam im Bereich Betzenhausen – Dietenbach – Lehen“ (G-23/026)
06.07.2023	Entwicklungsmaßnahme Dietenbach Verwaltungs-GmbH – Klarstellung im Gesellschaftsvertrag zur Befreiung von § 181 Bürgerliches Gesetzbuch (G-23/127 – Offenlage)
11.07.2023	Baubeschluss für den Neubau Feuerwehrhaus Lehen mit integrierter Ortsverwaltung (G-23/133)
25.07.2023	Feststellung des Wirtschaftsplanes der Entwicklungsmaßnahme Dietenbach GmbH & Co. KG sowie der Entwicklungsmaßnahme Dietenbach Verwaltungs-GmbH für die Jahre 2023 und 2024 (G-23/161)
26.09.2023	Beginn der Erschließung und Feststellung der Planreife für Teilbereiche des Bebauungsplanentwurfs „Dietenbach - Am Frohnholz“, Plan-Nr. 6-175 (G-23/145)
26.09.2023	Vertrag zwischen der Stadt Freiburg, der DB Energie GmbH und der Netze BW GmbH zur Verlegung der Hochspannungsleitungen (Bauvertrag) (G-23/138)
24.10.2023	Weiterentwicklung und Erweiterung des Mundenhofes und Zukunft des Reitclub 99 e. V. (u. a. interfraktioneller Antrag nach § 34 Gemeindeordnung vom 22.11.2022) (G-23/121)
24.10.2023	Auslobung Wettbewerb Quartiershaus Q1 mit Quartiersplatz im Stadtteil Dietenbach (G-23/198)

28.11.2023	26. Änderung des Flächennutzungsplans 2020 – „Dietenbach“ a) Entscheidung über die im Rahmen der förmlichen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen b) Feststellungsbeschluss (G-23/192 und 192.1)
28.11.2023	Grundstücksgeschäft Heiwog Wohnungsbau GmbH – Abgabe Grundstück Flst. Nr. 25171/64, Am Josefsbergle, im Erbbaurecht gegen langfristige Anpachtung landwirtschaftlicher Ersatzfläche in Breisach und Erwerb von Ökopunkten (G-23/207)
12.12.2023	Angebot eines Optionsvertrags für Baublock 1.11 (G-23/147 und 147.1)

Anlage 2 Erläuterungen zum Jahresabschluss**Bilanz****Aktiva****1. Vermögen****1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände**

Stand zum 01.01.2023	911.145 €
Zugänge	40.435 €
Stand zum 31.12.2023	951.580 €

1.2 Sachvermögen**1.2.1 Unbebaute Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte**

Stand zum 01.01.2023	6.297.356 €
Zugänge	178.640 €
Umbuchungen	396 €
Stand zum 31.12.2023	6.476.392 €

1.2.2 Bebaute Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte

Stand zum 01.01.2023	124.585 €
Zugänge	117.762 €
Stand zum 31.12.2023	242.347 €

1.2.3 Infrastrukturvermögen

Stand zum 01.01.2023	2.742.618 €
Zugänge	58 €
Stand zum 31.12.2023	2.742.675 €

1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung

Stand zum 01.01.2023	45.450 €
Stand zum 31.12.2023	45.450 €

1.2.9 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau

Stand zum 01.01.2023	2.837.408 €
Zugänge	3.438.348 €
Umbuchungen	-396 €
Stand zum 31.12.2023	6.275.359 €

1.3 Finanzvermögen**1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen**

Stand zum 01.01.2023	425.000 €
Zugänge	60.406.443 €
Stand zum 31.12.2023	60.831.443 €

Der Zugang setzt sich zusammen aus dem Erwerb der EMD und der Sparkasse Entwicklungsmaßnahme Dietenbach GmbH (rd. 2,15 Mio. €), den Kapitalerhöhungen der EMD (rd. 0,28 Mio. €), der Einstellung in die Kapitalrücklage zur Tilgung der Bankverbindlichkeiten der EMD (rd. 13,52 Mio. €) und der Einlage der Forderungen aus den Grundstückszahlungen (rd. 44,46 Mio. €), welche ebenso in die Kapitalrücklage in die Gesellschaft eingebracht wurden.

1.3.6 Öffentlich-rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen

Stand zum 01.01.2023	55.000 €
Zugänge	5.916 €
Stand zum 31.12.2023	60.916 €

2 Abgrenzungsposten**2.2 Sonderposten für geleistete Investitionszuschüsse**

Stand zum 01.01.2023	101.921 €
Zugänge	1.084.302 €
Stand zum 31.12.2023	1.186.223 €

Passiva**1. Eigenkapital****1.1 Basiskapital und Kapitalrücklagen**

	31.12.2023	01.01.2023
	€	€
Basiskapital und Kapitalrücklagen	-410.052	-410.502

1.3 Fehlbeträge des ordentlichen Ergebnisses

	31.12.2023	01.01.2023
	€	€
Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses	-28.117.212	-21.077.641

Die Ergebnisverwendung wird entsprechend § 49 Abs. 3 Satz 3 GemHVO in Verbindung mit § 25 Abs. 3 GemHVO dargestellt. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 7.039.571 € wird auf das ordentliche Ergebnis folgender HJe vorgetragen.

Der Jahresfehlbetrag soll nach § 25 GemHVO unverzüglich gedeckt werden und durch Entnahme aus der Rücklage verrechnet werden. Ein nicht gedeckter Fehlbetrag ist nach 3 Jahren auf das Basiskapital zu verrechnen, soweit er nicht mit Ergebnisüberschüssen gedeckt werden kann.

2 Sonderposten

	31.12.2022	01.01.2023
	€	€
Sonderposten für Investitionszuweisungen	3.655.000	55.000

Es handelt sich hierbei überwiegend um den investiven Anteil des jährlich anteilig abzudeckenden absehbaren Fehlbetrages zum Ende der Maßnahme gemäß § 59 Abs. 2 Satz 3 GemHVO.

4. Verbindlichkeiten

4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen

	31.12.2023 €	01.01.2023 €
Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	99.698.045	20.000.000

Für den Zeitraum 15.12.2023 bis zum 15.12.2028 (Zeitpunkt der Fälligkeit zum Nennbetrag) wurde ein festverzinsliches Schuldscheindarlehen über 80 Mio. € aufgenommen.

Für das in 2022 aufgenommene Darlehen fielen in 2023 für die Tilgung 301.955 € an.

4.4 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

	31.12.2023 €	01.01.2023 €
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	675.625	303.708

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen werden in der Kreditorenbuchhaltung geführt. Der Saldo des Nebenbuchs stimmt mit dem Saldo des Hauptbuchs überein, die Offene-Posten-Liste wurde einer kritischen Durchsicht unterzogen. Vereinzelt wurden Belege eingesehen. Es ergaben sich keine Feststellungen.

4.6 Sonstige Verbindlichkeiten

	31.12.2023 €	01.01.2023 €
Sonstige Verbindlichkeiten	3.311.428	14.669.916

Der Saldo des Kassenvorgriffs in Höhe von 3.310.102,77 € stimmt mit dem im Schlussbericht 2023 für den Kernhaushalt unter 8.2 bei Marginale 27 dargestellten Teilbetrag von 3,31 Mio. € überein. Der Restbetrag besteht aus einer sonstigen Verbindlichkeit sowie debitorischen Akontozahlungen aus unklaren Zahlungseingängen.

Ergebnisrechnung**Ordentliche Erträge****2. Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen**

	Berichtsjahr €	Vorjahr €
Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	1.405.916	0
Gesamt	1.405.916	0

Ein Anteil von 1,4 Mio. € aus dem jährlichen anteiligen Fehlbetrag von 5,0 Mio. € wurde für den konsumtiven Anteil ergebniswirksam gebucht. Beim Restbetrag handelt es sich um Fördermittel des Bundes im Rahmen des Verbundvorhabens EnEff: Wärme: H2-Quartier – Dezentrale H2-Produktion im Kontext der Wärmewende im Quartier.

7. Kostenerstattungen und Kostenumlagen

	Berichtsjahr €	Vorjahr €
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	270	0
Gesamt	270	0

Ordentliche Aufwendungen**14. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**

	Berichtsjahr €	Vorjahr €
Mieten und Pachten, Leasing	0	33
Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	72	0
Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	0	667.035
Aufwendungen für sonstige Sach- und Dienstleistungen	2.020.023	1.338.670
Gesamt	2.020.095	2.005.738

Der überwiegende Teil der im Berichtsjahr 2023 angefallenen Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen fiel im Zusammenhang mit dem Wettbewerb für den Schul- und Sportcampus, der Planung bei Umweltthemen, dem Finanzcontrolling, der Energiekonzeption sowie der Weiterentwicklung des Rahmenplans und des Gestaltungshandbuchs an.

16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

	Berichtsjahr €	Vorjahr €
Zinsaufwendungen	2.115.378	63.531
Sonstige Finanzaufwendungen	22.077	0
Gesamt	2.137.455	63.531

Im Berichtsjahr sind sowohl weitergeleitete Zinsaufwendungen der Stadt für die Inanspruchnahme des Cash-Pools als auch Darlehenszinsen angefallen.

18. Sonstige ordentliche Aufwendungen

	Berichtsjahr €	Vorjahr €
Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	88.164	52.554
Geschäftsaufwendungen	8.319	81.122
Reisekosten/KFZ-Vergütung	0	2.790
Erstattungen für Aufwendungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit an Gemeinden und Gemeindeverbände	4.183.214	2.452.296
Säumniszuschläge u. ä.	17	0
Weitere sonstige zahlungswirksame Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	8.493	8.059
Gesamt	4.288.208	2.596.822

Der überwiegende Teil der sonstigen ordentlichen Aufwendungen im Berichtsjahr besteht aus der Personalkostenerstattung 2023.

Außerordentliche Aufwendungen**22. Außerordentliche Aufwendungen**

	Berichtsjahr €	Vorjahr €
Außerordentliche Aufwendungen	0	406.937
Gesamt	0	406.937

Finanzrechnung

Auf die unter Ziffer 5.2 aufgeführte Darstellung im Bericht wird verwiesen.

Anlage 3 Abkürzungsverzeichnis

AHK	=	Anschaffungs- und Herstellungskosten
BauGB	=	Baugesetzbuch
BuKr	=	Buchungskreis
Dez.	=	Dezernat
DezKo	=	Dezernentenkonferenz
EMD	=	Entwicklungsmaßnahme Dietenbach GmbH & Co. KG
G	=	Gemeinderatsdrucksache
GemHVO	=	Gemeindehaushaltsverordnung
GemKVO	=	Gemeindekassenverordnung
GemO	=	Gemeindeordnung für Baden-Württemberg
GemPrO	=	Gemeindeprüfungsordnung
GoBD	=	Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff
GPA	=	Gemeindeprüfungsanstalt (Baden-Württemberg)
GR	=	Gemeinderat
GUT	=	Garten- und Tiefbauamt
HFA	=	Haupt- und Finanzausschuss
HJ	=	Haushaltsjahr
i. d. F.	=	In der Fassung
IKS	=	Internes Kontrollsystem
JA	=	Jahresabschluss
KernHH	=	Kernhaushalt
KuF	=	Kosten- und Finanzierungsübersicht
NKHR	=	Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen
RPA	=	Rechnungsprüfungsamt
StKäm	=	Stadtkämmerei
VgV	=	Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge
VwV	=	Verwaltungsvorschrift



**Jahresabschluss
2023**

AUFSTELLUNGSBESCHLUSS

Hiermit wird der Jahresabschluss zum 31.12.2023 gem. § 95 b I GemO aufgestellt.

Freiburg i. Br., 20.06.2024



Prof. Dr. Rüdiger Engel
Projektleiter



Prof. Dr. Martin Haag
Bürgermeister



Matthias Janzer
Finanzcontrolling

Inhalt

AUFSTELLUNGSBESCHLUSS	1
ALLGEMEINER TEIL	5
EINFÜHRUNG	6
HINWEISE ZUR DARSTELLUNG DER ZAHLEN IM JAHRESABSCHLUSS	7
BILANZ ZUM 31.12.2023	8
GESAMTERGEBNISRECHNUNG	10
GESAMTFINANZRECHNUNG	11
RECHENSCHAFTSBERICHT	13
EINFÜHRUNG ZUM RECHENSCHAFTSBERICHT	15
DAS JAHRESERGEBNIS IM ÜBERBLICK	19
ERGEBNISRECHNUNG	21
FINANZRECHNUNG	23
FAZIT UND AUSBLICK	25
ANHANG	27
ERLÄUTERUNGEN ZU DEN BILANZIERUNGSANSÄTZEN	28
ENTWICKLUNG DER LIQUIDITÄT ZUM JAHRESABSCHLUSS	30
KREDITERMÄCHTIGUNG	31
MÖGLICHE VORBINDUNGEN KÜNFTIGER HAUSHALTSJAHRE	31
VERWALTUNGSORGANE DER STADT FREIBURG	32
ANLAGEN ZUR BILANZ	33
VERMÖGENSÜBERSICHT	34
SCHULDENÜBERSICHT	35
RÜCKLAGENÜBERSICHT	35
IMPRESSUM	36



ALLGEMEINER TEIL



Einführung

Der Gemeinderat hat am 24. Juli 2018 die Durchführung der Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme Dietenbach (SEMD) beschlossen. Zweck der Maßnahme ist die Planung und Umsetzung des neuen Stadtteils Dietenbach. In diesem neuen Stadtteil sollen 6.700 bis 6.900 Wohneinheiten zur Deckung des erheblichen Wohnraumbedarfs in der Stadt Freiburg entstehen. Die Maßnahme refinanziert sich vornehmlich über Einnahmen aus der Vermarktung städtischer Grundstücke und einer Zuführung aus dem städtischen Haushalt.

Am 27. Mai 2020 entschied der Gemeinderat zur haushaltsrechtlichen Umsetzung von der Möglichkeit nach § 59 Abs. 2 GemHVO Gebrauch zu machen und die Maßnahme in Form einer „Sonderrechnung“ durchzuführen. Die Sonderrechnung ist nach den für den Gemeindehaushalt geltenden Vorschriften zu führen. Diese setzen die Aufstellung eines Jahresabschlusses nach NKHR voraus.

Im Jahresabschluss 2023 werden die Ergebnisse in Form einer Bilanz, einer Ergebnisrechnung und einer Finanzrechnung dargestellt. Außerdem wird im Rechenschaftsbericht die wirtschaftliche Lage der Sonderrechnung Dietenbach erläutert und zu den wesentlichen Positionen der einzelnen Rechenwerke Stellung bezogen. Der Jahresabschluss beinhaltet gesetzlich vorgeschriebene Darstellungen und Tabellen, welche bestmöglich auf die Belange der Maßnahme angepasst wurden.

Hinweise zur Darstellung der Zahlen im Jahresabschluss

Unterscheidung Ergebnisrechnung - Finanzrechnung

Im Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) werden Ein- und Auszahlungen in der Finanzrechnung, Erträge und Aufwendungen in der Ergebnisrechnung abgebildet. Nach dem Ergebniswirksamkeitsprinzip werden sämtliche Erträge und Aufwendungen in dem Haushaltsjahr abgebildet, in welchem sie **wirtschaftlich entstanden** sind. Ein- und Auszahlungen hingegen werden dem Haushaltsjahr zugeordnet, in welchem die Zahlungsströme **tatsächlich geflossen** sind.

Vorzeichensystematik

In den nachfolgenden Tabellen werden Zahlenwerte entsprechend der Darstellung in der Finanzwesensoftware SAP der Stadt Freiburg abgebildet. Einzahlungen bzw. Erträge werden grundsätzlich mit positivem Wert, Auszahlungen bzw. Aufwendungen mit negativem Wert dargestellt.

Negative Zahlenwerte (mit Minuszeichen) sind deshalb nicht zwangsläufig negativ zu interpretieren. Demgegenüber bedeuten positive Zahlenwerte (kein Vorzeichen) nicht zwangsläufig positive Ergebnisse.

Rundungsdifferenzen

Zur besseren Lesbarkeit sind Rechnungsergebnisse in diesem Bericht gerundet. Hierdurch können sich Rundungsdifferenzen ergeben.

Tabellenaufbau – Spalten- und Zeilensystematik

Grundsätzlich sind für die Tabellen im Jahresabschluss die in der Verwaltungsvorschrift vorgegebenen Muster zu verwenden. Auf Seite 6 der Verwaltungsvorschrift heißt es: „Nullwerte müssen nicht dargestellt werden; Tabellenzeilen und –spalten ohne Wertangaben können entfallen.“

Die vorgegebenen Muster, besonders im Bereich der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung enthalten einige Spalten, die im Jahresabschluss der Sonderrechnung keine Anwendung finden (z.B. Ermächtigungsübertragungen, Plan/Ist-Vergleich nach Kostenarten gegliedert.) Zur besseren Lesbarkeit wurden in den Tabellen nicht nur Spalten und Zeilen mit Nullwerten, sondern auch solche, ohne Aussagekraft, gestrichen. Dadurch weicht auch die Numerik der Zeilen von den VwV-Mustern ab.

Bilanz zum 31.12.2023

AKTIVA		31.12.2022 EUR	31.12.2023 EUR
1.	Vermögen	13.438.561	77.626.163
1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände	911.145	951.580
1.2	Sachvermögen	12.047.416	15.782.224
1.2.1	Unbebaute Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte	6.297.356	6.476.392
1.2.2	Bebaute Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte	124.585	242.347
1.2.3	Infrastrukturvermögen	2.742.617	2.742.675
1.2.4	Bauten auf fremden Grundstücken	0	0
1.2.5	Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	0	0
1.2.6	Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	0	0
1.2.7	Betriebs- und Geschäftsausstattung	45.450	45.450
1.2.8	Vorräte	0	0
1.2.9	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	2.837.408	6.275.359
1.3	Finanzvermögen	480.000	60.892.359
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	425.000	60.831.443
1.3.2	Sonstige Beteiligungen und Kapitaleinlagen in Zweckverbänden o. anderen komm. Zusammenschlüssen	0	0
1.3.3	Sondervermögen	0	0
1.3.4	Ausleihungen	0	0
1.3.5	Wertpapiere	0	0
1.3.6	Öffentlich- rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen	55.000	60.916
1.3.7	Privatrechtliche Forderungen	0	0
1.3.8	Liquide Mittel	0	0
2.	Abgrenzungsposten	101.921	1.186.223
2.1	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	0	0
2.2	Sonderposten für geleistete Investitionszuschüsse	101.921	1.186.223
3.	Nettoposition (nicht gedeckter Fehlbetrag)	0	0
Summe Aktiva		13.540.482	78.812.385

PASSIVA		31.12.2022 EUR	31.12.2023 EUR
1.	Eigenkapital	- 21.488.143	- 28.527.713
1.1	Basiskapital und Kapitalrücklagen	- 410.502	- 410.502
1.2	Rücklagen	0	0
1.2.1	Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	0	0
1.2.2	Rücklagen aus Überschüssen des Sonderergebnisses	0	0
1.2.3	Zweckgebundene Rücklagen	0	0
1.3	Fehlbeträge des ordentlichen Ergebnisses	- 21.077.641	- 28.117.212
1.3.1	Fehlbeträge aus Vorjahren	- 16.411.550	- 21.077.641
1.3.2	Jahresfehlbetrag	- 4.666.090	-7.039.571
2.	Sonderposten	55.000	3.655.000
2.1	für Investitionszuweisungen	55.000	3.655.000
2.2	für Investitionsbeiträge	0	0
2.3	für Sonstiges	0	0
3.	Rückstellungen	0	0
3.1	Lohn- und Gehaltsrückstellungen	0	0
3.2	Unterhaltungsvorschussrückstellungen	0	0
3.3	Stilllegungs- und Nachsorgerückstellungen für Abfalldeponien	0	0
3.4	Gebührenüberschussrückstellungen	0	0
3.5	Altlastensanierungsrückstellungen	0	0
3.6	Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften und Gewährleistungen	0	0
3.7	Sonstige Rückstellungen	0	0
4.	Verbindlichkeiten	34.973.625	103.685.099
4.1	Anleihen	0	0
4.2	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	20.000.000	99.698.045
4.3	Verbindlichkeiten, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	0	0
4.4	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	303.708	675.625
4.5	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	0	0
4.6	Sonstige Verbindlichkeiten	14.669.916	3.311.428
5.	Passive Rechnungsabgrenzungsposten	0	0
Summe Passiva		13.540.482	78.812.385

Gesamtergebnisrechnung

Nr.	Gesamtergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis Vorjahr 2022 EUR	Ergebnis 2023 EUR
2	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	0	1.405.916
7	Kostenerstattungen	0	270
11	Ordentliche Erträge	0	1.406.187
14	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-2.005.738	- 2.020.095
16	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-63.531	- 2.137.455
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-2.596.822	- 4.288.208
19	Ordentliche Aufwendungen	-4.666.090	- 8.445.757
20	Ordentliches Ergebnis	-4.666.090	- 7.039.571
21	Außerordentliche Erträge	0	0
22	Außerordentliche Aufwendungen	-406.937	0
23	Sonderergebnis	-406.937	0
24	Gesamtergebnis	-5.073.027	- 7.039.571
33*	<i>Fehlbetragsvortrag auf das ordentliche Ergebnis folgender Haushaltsjahre</i>	-4.666.090	-7.039.571
35*	<i>Verrechnung eines Fehlbetrags beim Sonderergebnis mit dem Basiskapital</i>	-406.937	0

*Die kursiv gekennzeichneten Zeilen sind gemäß Verwaltungsvorschrift Pflichtangaben und lediglich nachrichtlich aufgeführt

Gesamtfinanzrechnung

Nr.	Gesamtfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2022 EUR	Ergebnis 2023 EUR
2	Zuweisungen und Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.940	1.400.000
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	270
9	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.940	1.400.270
12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-2.084.121	-2.135.310
13	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	-63.531	-2.137.455
15	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	-10.459.908	-4.313.424
16	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-12.607.559	-8.586.188
17	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf der Ergebnisrechnung	-12.605.619	-7.185.918
20	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	28.669	0
22	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	3.600.000
23	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	28.669	3.600.000
24	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-169.784	-481.422
25	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-4.009.136	-2.376.462
26	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-2.902	0
27	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	-60.784.012
28	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	-101.921	-1.084.302
29	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	-98.129	-27.425
30	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-4.381.872	-64.753.622
31	Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	-4.353.203	-61.153.622
32	Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	-16.958.822	-68.339.540
33	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	20.000.000	80.000.000
34	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	-301.955
35	Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit	20.000.000	79.698.045
36	Änderung des Finanzierungsmittelbestands zum Ende des Haushaltsjahres	3.041.178	11.358.505
37	Haushaltsunwirksame Einzahlungen (u.a. durchlaufende Finanzmittel, Rückzahlung von angelegten Kassenmitteln, Aufnahme von Kassenk	14.669.916	3.310.817
38	Haushaltsunwirksame Auszahlungen (u.a. durchlaufende Finanzmittel, Anlegung von Kassenmitteln, Rückzahlung von Kassenkrediten)	-17.711.094	-14.669.321
39	Überschuss/Bedarf aus haushaltsunwirksamen Einzahlungen und Auszahlungen	-3.041.178	-11.358.505
40	Anfangsbestand an Zahlungsmitteln	0	0
41	Veränderung des Bestands an Zahlungsmitteln	0	0
42	Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres	0	0



RECHENSCHAFTSBERICHT



Inhalt Rechenschaftsbericht

INHALT RECHENSCHAFTSBERICHT	14
EINFÜHRUNG ZUM RECHENSCHAFTSBERICHT	15
RAHMENBEDINGUNGEN	15
WIRTSCHAFTLICHE LAGE	16
DAS JAHRESERGEBNIS IM ÜBERBLICK	19
ÜBERBLICK SCHLUSSBILANZ	19
AKTIVSEITE (VERMÖGEN)	20
PASSIVSEITE (SCHULDENSTAND)	20
ERGEBNISRECHNUNG	21
ECKDATEN DER ERGEBNISRECHNUNG	21
ORDENTLICHES ERGEBNIS	21
AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS	23
FINANZRECHNUNG	23
ECKDATEN DER FINANZRECHNUNG	23
ZAHLUNGSMITTELBEDARF DER ERGEBNISRECHNUNG	24
FINANZIERUNGSMITTELBEDARF AUS INVESTITIONSTÄTIGKEIT	24
FINANZIERUNGSTÄTIGKEIT	25
FAZIT UND AUSBLICK	25

Einführung zum Rechenschaftsbericht

Der Rechenschaftsbericht soll gemäß § 54 GemHVO neben dem Verlauf der Haushaltswirtschaft und der wirtschaftlichen Lage der Kommune auch Vorgänge besonderer Bedeutung sowie Ziele und Strategien darstellen. Die für die Gemeinde gesetzlich vorgeschriebenen Inhalte werden im Folgenden - übertragen auf die Sonderrechnung, bzw. die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme - in Form von textlichen Ausführungen sowie Tabellen zu den einzelnen Rechenwerken dargestellt.

Rahmenbedingungen

Im Rechenschaftsbericht zum Jahresabschluss 2022 ist die Vorgeschichte des Erwerbs der Entwicklungsmaßnahme Dietenbach GmbH&Co KG als zentrale wirtschaftliche Rahmenbedingung dargestellt. Nachdem der Verwaltungsrat der Sparkasse dem Verkauf am 16. Dezember 2022 zugestimmt hatte, beschloss der Gemeinderat am 31. Januar 2023 mit der Drucksache G-23/024 den Erwerb der Gesellschaftsanteile und die hieran angepasste Sonderrechnung für die Haushaltsjahre 2023/24 mit Drucksache G-23/025. Der Gesellschaftserwerb ist als Zwischenstand angelegt, weil die Verschmelzung der Gesellschaft auf die Stadt die im Ergebnis günstigste Handlungsoption ist. Der Erwerb der Gesellschaftsanteile wurde organisatorisch durch Findung einer neuen Geschäftsführung und qualifizierten Personals und Vorbereitung einer Due Diligence-Prüfung der Gesellschaften begleitet. Die Beschlüsse des Gemeinderats vom 31. Januar 2023 sind vom Regierungspräsidium Freiburg im März 2023 genehmigt worden, der Übergang der Gesellschaft erfolgte zum 1. April 2023.

Die EMD hat den Großteil der Optionsverträge im Juli 2023, einzelne restliche Verträge dann bis Dezember 2023 angenommen. Der Grunderwerb für die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme konnte im Berichtsjahr ohne ein einziges Enteignungsverfahren nahezu vollständig abgeschlossen und der Eigentumsübergang im Grundbuch vollzogen werden (Ausnahme: Grundstück einer noch zu ermittelnden Erbengemeinschaft, Grundstücke des Südwestrundfunks und der katholischen Kirchengemeinde, die im 5. Bauabschnitt liegen).

Der Gewässerausbau ist 2023 soweit fertiggestellt worden, dass das Plangebiet kein Überschwemmungsgebiet mehr ist und die Flächennutzungsplanänderung für den neuen Stadtteil vom Gemeinderat im November beschlossen werden konnte. Die Änderung des Flächennutzungsplans ist nach Genehmigung des Regierungspräsidiums im März 2024 wirksam geworden.

In den weiteren Vorbereitungen zur Erschließung des 1. Bauabschnitts konnten substantielle Fortschritte erzielt werden: Der Wettbewerb für die Gemeinschaftsschule und ihre Sportflächen ist im März 2023 abgeschlossen worden, die weiteren Planungsarbeiten laufen. Der Gemeinderat hat im September 2023 beschlossen, mit den Erschließungsarbeiten für den Schmutzwasserkanal vorzeitig zu beginnen und das Regierungspräsidium Freiburg hat im Dezember 2023 den Plan zur Verlegung der Hochspannungsleitungen in eine Gemeinschaftstrasse parallel zur Westrandstraße bzw. dem Autobahnzubringer festgestellt.

Wirtschaftliche Lage

Für das Wirtschaftsjahr 2023 kann festgehalten werden, dass die vom Regierungspräsidium genehmigten Planwerte für das entsprechende Jahr gut ausreichten und die Vorgaben vollumfänglich eingehalten wurden. Aufgrund steigender Zinsen für Fremdkapital, wurden die von der Sonderrechnung finanzierten Grundstücksgeschäfte der EMD weitestgehend über den städtischen Cash-Pool vorfinanziert. Erst zum Jahresende wurde ein Kredit in Höhe von 80 Mio. EUR aufgenommen. Die konkret mit dem Kredit finanzierten Maßnahmen, können im Einzelnen den folgenden Kapiteln entnommen werden.

Gemäß § 51 Abs. 2 GemHVO sind für den Gesamthaushalt und für jeden Teilhaushalt die Planansätze den Werten der Ergebnis- und Finanzrechnung gegenüberzustellen. Die Sonderrechnung Dietenbach übt das Wahlrecht gem. § 59 Abs. 2 GemHVO aus und plant die Maßnahme in einer alljährlich fortgeschriebenen Kosten- und Finanzierungsübersicht (KoFi), statt aufgeteilt in Ergebnis- und Finanzhaushalt. Um eine Vergleichbarkeit herzustellen, wird dementsprechend der Geldfluss des entsprechenden Jahres den Planzahlen der genehmigten KoFi gegenübergestellt. Insgesamt waren für das Jahr 2023 96,8 Mio. EUR an Ausgaben genehmigt, wovon 73,3 Mio. EUR verausgabt wurden. Es verbleibt somit ein Rest von ca. 23,5 Mio. EUR. Diese Mittel werden in großen Teilen in die Folgejahre übertragen und bei der Fortschreibung der KoFi berücksichtigt. Folgende Übersicht zeigt die Abweichungen von Plan und Ist im Einzelnen, heruntergebrochen auf die bekannten KoFi-Positionen.

Ausgaben:

KoFi-Nummer	Bezeichnung	Plan 2023 EUR	Ergebnis 2023 EUR	Vergleich EUR
10000	Projektmanagement	65.930.000	65.362.591	567.409
20000	Grundstücksverkehr	350.000	491.475	- 141.475
30000	Grundstücksneuordnung u. weitere Vorbereitungen	4.640.000	1.437.651	3.192.349
30100	Boden- und Grundstücksneuordnung	3.030.000	1.258.703	1.771.297
30200	Weitere Vorbereitungen	1.610.000	178.948	1.431.052
40000	Technische Infrastruktur	10.800.000	1.476.701	9.323.299
40100	Erschließung innerhalb u. außerhalb	7.240.000	496.705	6.743.295
40200	Gewässer Ausbau	3.560.000	949.996	2.610.004
40300	Zentrale Entwässerung	0	30.000	- 30.000
50000	Grünanlagen und Ausgleichsmaßnahmen	4.980.000	1.010.515	3.969.485
50100	Grünanlagen	440.000	0	440.000
50200	Ausgleichsmaßnahmen	4.540.000	1.010.515	3.529.485
60000	Soziale Infrastruktur	6.610.000	1.301.593	5.308.407
60100	Schule Sport und Bewegung	2.610.000	1.244.852	1.365.148
60200	Quartiershäuser	500.000	31.893	468.107
60300	Sonstige	3.500.000	24.848	3.475.152

KoFi- Nummer	Bezeichnung	Plan 2023 EUR	Ergebnis 2023 EUR	Vergleich EUR
70000	Vermarktung und Öffentlichkeitsarbeit	990.000	79.788	910.212
	Summe Ausgaben (ohne Finanzierungskosten)	94.300.000	71.160.315	23.119.685
80000	Finanzierungskosten	2.510.000	2.155.422	354.578
	Ausgaben inkl. Finanzierungskosten	96.810.000	73.315.737	23.474.263

Im Projektmanagement (10000) stecken Personalkosten, Kosten für externe Projektberatung sowie die Kapitaleinlagen in die EMD. In allen Bereichen sind die veranschlagten Gelder so abgeflossen, so dass prozentual gesehen die Abweichung mit 500 TEUR gering ausfällt. Die Einsparungen konnten vor allem über geschicktes Wirtschaften der EMD erzielt werden.

Die um 140 TEUR erhöhten Ausgaben beim Grundstücksverkehr waren durch vorgezogene Grundstücksauszahlungen bedingt und führen im Folgejahr zu entsprechenden Minderausgaben. Die Mehrausgaben wurden über Einsparungen bei Kapitaleinlagen an die EMD gedeckt.

Die deutlichen Minderausgaben im Bereich der Grundstücksneuordnung, den Grünanlagen und der Infrastruktur (30000 – 60000) sind in großen Teilen darin begründet, dass zum Zeitpunkt der Erstellung der Kosten- und Finanzierungsübersicht 2023/2024 in vielen Bereichen noch unsicher war, wie schnell Teilprojekte voranschreiten und wie sich die jeweiligen Planungen und Vorgehensweisen entwickeln. So bestanden beispielsweise noch Unsicherheiten darin, wie viele Planungsleistungen für die Erschließung des ersten Bauabschnittes bereits vergeben sein werden und bezahlt werden müssen. Es war geplant, die Verlagerung des Brieftaubenzuchtvereins inkl. Entschädigungen bereits gezahlt zu haben. Im Bereich der Quartiersgaragen war unsicher, ob ggf. eine neu zu gründende Gesellschaft mit Kapital ausgestattet werden muss. Für die Brunnenbohrungen im Zusammenhang mit der Energiekonzeption sollten ursprünglich in 2023 Investitionszuschüsse gezahlt werden, welche sich verschoben hatten. Auch im Bereich des Schul- und Sportcampus war unklar, ob bereits Planungsleistungen im Millionenbereich abfließen. Da die Zeit rund um die Aufstellung der KoFi im Jahr 2022 generell sehr volatil war, wurde entsprechend vorsichtig geplant, um jederzeit ausreichend liquide Mittel zur Verfügung zu haben. Da es in verschiedenen Bereichen zu Verzögerungen gekommen ist, sind entsprechend Mittel übrig und können übertragen werden. Dies führte unter anderem auch dazu, dass sämtliche Risikozuschläge in den jeweiligen Positionen (12,5 % des Budgets) nicht gebraucht wurden. Für die Zukunft ist davon auszugehen, dass mit zunehmender Tiefenschärfe der Gesamtzeitplanung auch die Ansätze der Kosten- und Finanzierungsrechnung präziser werden.

Ausgaben für die geplante Programmierung einer Vermarktungsplattform (70000) sind im Jahr 2023 zum größten Teil nicht angefallen, da die Programmierung weitestgehend über das Smart City Projekt der Stadt finanziert werden kann.

Bei den Finanzierungskosten (80000) konnten über die Zwischenfinanzierung der Ausgaben über den städtischen Cash Pool und eine - im Vergleich zum generellen Zinsniveau 2023 – günstige Kreditaufnahme die geplanten Kosten gehalten werden.

Insgesamt reichten die geplanten Budgets im Kalenderjahr 2023 aus und es kam in keinem Bereich zu erheblichen Mehrkosten. Die Minderausgaben folgen, wie oben aufgeführt, aus dem zeitlichen Fortschritt der Teilprojekte und werden als Budgetreste bei weiteren KoFi-Fortschreibungen berücksichtigt.

Einnahmen:

KoFi- Nummer	Bezeichnung	Plan 2023 EUR	Ergebnis 2023 EUR	Vergleich EUR
90020	Einnahmen aus Ausgleichsbeträgen	24.375.843	0	-24.375.843
90040	Einnahmen aus Fördermitteln / sonstige Einnahmen	569.488	270	-569.218
90050	Fehlbetrag	5.000.000	5.000.000	0
	Einnahmen gesamt	29.945.331	5.000.270	-24.945.061

Im Rahmen zweier Abwendungsvereinbarungen mit dem Land (Bau von geförderten Studierendenwohnungen bzw. betrieblichen Wohnungen) und der Kirche (Bau eines Hauses der Kirchen) waren für 2023 Einnahmen aus Ausgleichsbeträgen in Höhe von insgesamt knapp 24,38 Mio. EUR veranschlagt. Die Abwendungsvereinbarung mit dem Land hat sich verzögert und wird 2024 finalisiert, anschließend erfolgt die Vereinnahmung des Ausgleichsbetrags über ca. 20 Mio. EUR.

Bei den Fördermitteln waren im Berichtsjahr Mittel in Höhe von 500 TEUR aus dem Klimaschutzfonds für den Infopavillon veranschlagt. Diese Mittel wurden ins Folgejahr übertragen und werden zu einem späteren Zeitpunkt in der Sonderrechnung Dietenbach vereinnahmt.

2023 erhielt die Sonderrechnung erstmals wie geplant die jährliche Fehlbetragsabdeckung über 5 Mio. EUR aus dem Kernhaushalt.

Das Jahresergebnis im Überblick

Im Folgenden wird das Jahresergebnis anhand der Rechengrößen im Einzelnen erläutert.

Überblick Schlussbilanz

AKTIVA		31.12.2022 EUR	31.12.2023 EUR
1.	Vermögen	13.438.561	77.626.163
1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände	911.145	951.580
1.2	Sachvermögen	12.047.416	15.782.224
1.3	Finanzvermögen	480.000	60.892.359
2.	Abgrenzungsposten	101.921	1.186.223
3.	Nettoposition (nicht gedeckter Fehlbetrag)	0	0
Summe Aktiva		13.540.482	78.812.385

PASSIVA		31.12.2022 EUR	31.12.2023 EUR
1.	Eigenkapital	-21.488.143	-28.527.713
1.1	Basiskapital und Kapitalrücklagen	- 410.502	-410.502
1.2	Rücklagen	0	0
1.3	Fehlbeträge des ordentlichen Ergebnisses	-21.077.641	-28.117.212
1.3.1	<i>Fehlbeträge aus Vorjahren</i>	<i>-16.411.550</i>	<i>-21.077.641</i>
1.3.2	<i>Jahresfehlbetrag</i>	<i>-4.666.090</i>	<i>-7.039.571</i>
2.	Sonderposten	55.000	3.655.000
3.	Rückstellungen	0	0
4.	Verbindlichkeiten	34.973.625	103.685.099
5.	Passive Rechnungsabgrenzungsposten	0	0
Summe Passiva		13.540.482	78.812.385

Aktivseite (Vermögen)

Die Aktivseite einer Bilanz stellt die jeweilige Vermögenslage dar. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich vor allem das Finanzvermögen deutlich erhöht. Die 60 Mio. EUR entsprechen den Ausgaben der EMD für die Grundstücksankäufe im Plangebiet. Da die Ausgaben der Gesellschaft über Kapitaleinlagen der Sonderrechnung finanziert wurden, findet sich der Betrag in dieser Bilanzposition wieder. Mit Auflösung der EMD gehen die Grundstücke an die Sonderrechnung über und das Vermögen wird vom Finanz - in das Sachvermögen wechseln. Darüber hinaus wurde über den Gewässerausbau im Jahr 2023 weiteres Sachvermögen geschaffen. Hinter den 1,1 Mio. EUR Abgrenzungsposten verbergen sich vor allem Investitionszuschüsse, die die Sonderrechnung vergibt. Hier ist das im Wesentlichen die bis dato ausbezahlte Kostenerstattung an Terranets für die Verlegung der Erdgashochdruckleitung.

Passivseite (Schuldenstand)

Die Sonderrechnung Dietenbach schließt im Jahr 2023 im ordentlichen Ergebnis mit einem Fehlbetrag von ca. 28,1 Mio. EUR ab. Dieser Fehlbetrag setzt sich aus Fehlbeträgen aus Vorjahren 21,1 Mio. EUR und Fehlbeträgen aus dem laufenden Jahr i. H. v. ca. 7,0 Mio. EUR zusammen. Die Erhöhung des Fehlbetrages um 7,0 Mio. EUR ergibt sich aus dem Endstand der Ergebnisrechnung. Wie sich der Fehlbetrag zusammensetzt, wird unter dem Kapitel Ergebnisrechnung erläutert.

Mit dem Fortschritt der Maßnahme entstehen Erträge bzw. Überschüsse durch die der Fehlbetrag gedeckt wird (bspw. durch den Verkauf baureifer Grundstücke, Ausgleichsbeträgen von Eigentümer_innen und durch Fördergelder). Zusätzlich hat der Kernhaushalt, entsprechend der Planung in der Kosten- und Finanzierungsübersicht, 2023 erstmalig die jährliche Fehlbetragszahlung von 5 Mio. EUR überwiesen.

Die Sonderrechnung Dietenbach nimmt am städtischen Liquiditätsverbund (Cash-Pool) teil, d.h. Liquiditätsbedarfe der Sonderrechnung werden durch Guthaben der Teilnehmenden des Cash-Pools bzw. durch das Hauptkonto bei der Stadt Freiburg i. Br. ausgeglichen. Zum 31. Dezember 2023 betrugen die Verbindlichkeiten gegenüber dem Cash-Pool ca. 3,3 Mio. EUR. Insgesamt weist die Maßnahme zum 31.12.2023 Verbindlichkeiten (quasi Schulden) in Höhe von knapp 104 Mio. EUR aus. Die verbleibenden Verbindlichkeiten setzen sich aus Kommunalkrediten i. H. v. 20 Mio. EUR und 80 Mio. EUR sowie aus Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (zum Jahresende eingebuchte Rechnungen, die zu Beginn des neuen Jahres beglichen wurden) zusammen.

Im weiteren Verlauf der SEM werden sowohl die Kommunalkredite als auch die Verbindlichkeiten gegenüber dem Cash-Pool über die o.g. Einnahmen aus der Grundstücksvermarktung etc. getilgt werden.

Ergebnisrechnung

Eckdaten der Ergebnisrechnung

	Ergebnis 2023 EUR
Ordentliche Erträge	1.406.187
Ordentliche Aufwendungen	-8.445.757
Ordentliches Ergebnis	-7.039.571
Außerordentliche Erträge	0
Außerordentliche Aufwendungen	0
Sonderergebnis	0
Gesamtergebnis	-7.039.571

Ordentliches Ergebnis

Im Folgenden werden die ordentlichen Erträge und ordentlichen Aufwendungen erläutert.

Ordentliche Erträge

In 2023 ergaben sich in der Ergebnisrechnung ordentliche Erträge von insgesamt ca. 1,4 Mio. EUR, welche sich folgendermaßen verteilten waren:

Ertragsarten	Ergebnis 2023 EUR
Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	1.405.917
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	270
Gesamtsumme	1.406.187

Die 1,4 Mio. EUR bei den Zuweisungen und Zuwendungen entsprechen dem konsumtiven Anteil, des im Geschäftsjahr 2023 erstmals gezahlten Fehlbetrags. Die insgesamt 5 Mio. EUR wurden in einen investiven und einen konsumtiven Anteil aufgeteilt.

Ordentliche Aufwendungen

In 2023 ergaben sich in der Ergebnisrechnung ordentliche Aufwendungen von insgesamt ca. 8,4 Mio. EUR, welche sich folgendermaßen verteilten waren:

Aufwandsarten	Ergebnis 2023 EUR
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-2.020.095
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.137.455
Sonstige ordentliche Aufwendungen	-4.288.207
Gesamtsumme	-8.445.757

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Unter den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen wurden im Geschäftsjahr 2023 unter anderem die Aufwendungen für die externen Beratungsleistungen von Drees und Sommer, Kosten für den Wettbewerb des Schul- und Sportcampus, Planungskosten, Kosten für Baufeldfreimachungen sowie viele kleinere Geschäftsaufwendungen gebucht.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Im Geschäftsjahr 2023 wurden sowohl Zinsen an den städtischen Cash-Pool als auch an externe Banken für die jeweiligen Kredite gezahlt.

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Hierunter fallen insbesondere die Personalkosten von städtischen Mitarbeitenden. Um sämtliche entwicklungsbedingte Kosten in der Sonderrechnung Dietenbach abzubilden, wird der durch den Einsatz städtischen Personals im jeweiligen Kalenderjahr entstehende Personalaufwand abgerechnet und dem Kernhaushalt aus der Sonderrechnung erstattet. Gemäß Dezko-Beschluss 21/070 werden die Personalkosten pauschaliert entsprechend dem für die Entwicklungsmaßnahme bewilligten und von den Amtsleitungen bestätigten Personaleinsatz abgerechnet. Die Berechnung der Personalkosten von durch das HPA bewilligten Stellen städtischer Fachämter erfolgt dabei anhand den vom HPA ermittelten Durchschnittssätzen.

Im Jahr 2023 betrugen die entwicklungsbedingten Personalkosten 2,8 Mio. EUR. Die restlichen ca. 1,4 Mio. EUR waren vorfinanzierte Personalkosten, aus den Jahren 2016 – 2020, welche noch nicht in den Raten der Vorjahre enthalten waren.

Außerordentliches Ergebnis

Im Jahr 2023 gab es keine außerordentlichen Geschäftsvorfälle.

Finanzrechnung

Die Finanzrechnung zeigt im Wesentlichen den Zahlungsfluss der Geschäftsvorfälle gegliedert nach Zahlungsarten.

Eckdaten der Finanzrechnung

	Ergebnis 2023 EUR
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.400.270
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-8.586.188
Zahlungsmittelbedarf der Ergebnisrechnung	-7.185.918
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	3.600.000
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-64.753.622
Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit	-61.153.622
Finanzierungsmittelbedarf	-68.339.540
Einzahlungen Finanzierungstätigkeit - Aufnahme von Darlehen -	80.000.000
Auszahlungen Finanzierungstätigkeit - Tilgung von Darlehen -	-301.955
Finanzierungsmittelüberschuss aus Finanzierungstätigkeit - Nettokreditaufnahme -	79.698.045
Änderung des Finanzierungsmittelbestandes zum Ende des Haushaltsjahres	11.358.505
Haushaltunwirksame Einzahlungen	3.310.817
Haushaltunwirksame Auszahlungen	-14.669.321
Bedarf aus haushaltunwirksamen Einzahlungen und Auszahlungen	-11.358.505
Veränderung des Bestands an Zahlungsmitteln	0

Zahlungsmittelbedarf der Ergebnisrechnung

Die 7,2 Mio. EUR Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit setzen sich aus einer Vielzahl konsumtiver Buchungen wie z.B. Planungskosten, Kosten für vorbereitende Gutachten oder dem Personalaufwand 2023 zusammen.

Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit

Einzahlungen aus Investitionstätigkeiten

Die 3,6 Mio. EUR entsprechen dem investiven Anteil, des im Geschäftsjahr 2023 erstmals gezahltem Fehlbetrag. Die insgesamt 5 Mio. EUR wurden in einen investiven und konsumtiven Anteil aufgeteilt.

Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten

Die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit entwickelten sich im Haushaltsjahr 2023 wie folgt:

Auszahlungsarten	Ergebnis 2023 EUR
Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-481.422
Auszahlungen für Baumaßnahmen	-2.376.462
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	-60.784.012
Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	-1.084.302
Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	-27.425
Gesamtsumme	-64.753.623

In den knapp 65. Mio. EUR finden sich sämtliche Auszahlungen für Investitionen im Geschäftsjahr wieder. Für die Entwicklungsmaßnahme wurden im Jahr 2023 auch Grundstücke direkt von der Stadt und nicht über die EMD erworben. Hinter den Auszahlungen für Baumaßnahmen verbergen sich Baukosten für den Gewässerausbau, Kosten für die Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen sowie Planungsleistungen für die Erschließung des ersten Bauabschnittes. Die ca. 61 Mio. EUR Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen beinhalten die Kapitaleinlagen an die EMD für deren Erwerb der Grundstücke. Die 1,1 Mio. EUR Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen waren für den Investitionszuschuss an die Firma Terranets für die Verlegung der Erdgashochdruckleitung.

Finanzierungstätigkeit

Die Sonderrechnung Dietenbach hat im Haushaltsjahr 2023 einen Kredit über 80 Mio. EUR aufgenommen. Darüber hinaus wird der Liquiditätsbedarf der Maßnahme aktuell über den städtischen Cash-Pool abgedeckt.

Fazit und Ausblick

Durch die Annahme der Optionsverträge der EMD konnte der Grunderwerb für die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme im Jahr 2023 (ohne Enteignungsverfahren) nahezu vollständig abgeschlossen werden. Damit besitzt die Stadt Freiburg nach der geplanten Auflösung der EMD nahezu alle Grundstücke im Plangebiet, womit die Basis für die weitere Entwicklung geschaffen ist. Im Februar 2024 hat der Kanalbau als erste große Erschließungsmaßnahme begonnen, mit der erneuten Offenlage des ersten Bebauungsplans liegen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die weitere Erschließung des Gebiets im Jahr 2024 und den Folgejahren vor.

Darüber hinaus gehen die Arbeiten zur Verlegung der Hochspannungsleitungen, der Erdgashochdruckleitung und die Planung des Schul- und Sportcampus weiter, so dass auch in diesen Bereichen die Erschließung fortschreitet.

Insgesamt ist es durch ein Bündel koordinierter Maßnahmen gelungen, die Entwicklung des neuen Stadtteils Dietenbach trotz massiv geänderter äußerer Rahmenbedingungen stabil zu halten. Dies bestätigt die Bedeutung des Instruments einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme für eine koordinierte gesamtstädtische Entwicklung.

- Ende des Rechenschaftsberichts -



ANHANG



Erläuterungen zu den Bilanzierungsansätzen

Kosten- und Finanzierungsübersicht

Gemäß §59 Abs. 2 GemHVO kann auf die Aufstellung eines Haushaltsplanes verzichtet werden, wenn eine vollständige Kosten – und Finanzierungsübersicht (KoFi) aufgestellt wird. Die Stadt Freiburg hat sich im Falle der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme dafür entschieden.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bei der Bewertung des städtischen Vermögens geht die Stadt Freiburg i. Br. nach den Regelungen der GemHVO vor. Hierbei ermöglicht der Gesetzgeber die Ausübung verschiedener Ansatz- und Bewertungswahlrechte, die sich auf die Vermögens- und Ertragslage auswirken. Die nachfolgenden Ausführungen sollen Informationen über die Ausübung von Entscheidungsspielräumen geben, um eine Beurteilung der Vermögenslage bzw. eine Vergleichbarkeit zu anderen Bilanzen zu ermöglichen. In der Sonderrechnung wird im Grunde analog verfahren.

Gemäß dem Leitfaden zur städtebaulichen Sanierung können Vermögensgegenstände entweder direkt nach Fertigstellung oder am Ende der Maßnahme in die Sonderrechnung übernommen werden. Die Stadt Freiburg hat sich grundsätzlich entschieden, fertig gestellte Vermögensgegenstände direkt in den städtischen Haushalt zu übernehmen, damit dort die entsprechenden Abschreibungen laufen. Vermögensgegenstände, die nicht abgeschrieben werden sowie Vermögensgegenstände, die von weiteren Geschäftsvorfällen der Entwicklungsmaßnahme betroffen sind (z.B. Grundstücke, die veräußert werden), verbleiben in der Sonderrechnung.

Nach § 38 GemHVO hat die Stadt Freiburg i. Br. gemäß Verfügung des Oberbürgermeisters vom 01.01.2011 festgelegt, dass bewegliche und immaterielle Vermögensgegenstände, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten 1.000 EUR netto nicht übersteigen, nicht bilanziert werden. Die Veranschlagung und Verausgabung erfolgt im Ergebnishaushalt.

Abweichungen von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Es wurden keine Abweichungen zu den o.g. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden vorgenommen. Im Vergleich zum Jahresabschluss 2022 gab es zum 31.12.2023 dahingehend keine Änderungen.

Einbeziehung von Zinsen für Fremdkapital in die Herstellungskosten

Zum 31.12.2023 liegt kein Fall vor, bei dem die Fremdkapitalzinsen in die Herstellungskosten einbezogen wurden.

Berichtigungen der Eröffnungsbilanz

Bis dato gibt es keine Korrekturbedarfe.

Teilnahme an städtischem Cash Pool

Die Sonderrechnung ist Teil des städtischen Cash-Pool Verbundes. Sie hat sich in stetiger Absprache mit der Stadtkämmerei über den Cash-Pool vorfinanziert. Für die Sonderrechnung gelten dieselben Zinskonditionen und Regelungen, wie für alle anderen am Cash-Pool Beteiligten. Eine langfristige Finanzierung der Maßnahme über den Cash-Pool ist aktuell nicht angedacht.

Entwicklung der Liquidität zum Jahresabschluss*

Nr.	Einzahlungs- und Auszahlungsarten*	Finanzrechnung	
		2022 EUR	2023 EUR
2	Zahlungsmittelbedarf der Ergebnisrechnung	-12.605.619	-7.185.918
3	Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit	-4.353.203	-61.153.622
4	Finanzierungsmittelüberschuss aus Finanzierungstätigkeit	20.000.000	79.698.045
5	Überschuss/Bedarf aus haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen	-3.041.178	-11.358.505
6	Endbestand an Zahlungsmitteln am Jahresende	0	0
8b	Verbindlichkeiten aus Liquiditätsbeziehungen zu verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	-14.669.321	-3.310.103
9	Liquide Eigenmittel zum Jahresende	-14.669.321	-3.310.103
11	nicht in Anspruch genommene Kreditemächtigungen (auch aus Vorjahren) für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	20.580.000	37.240.000
13	bereinigte liquide Eigenmittel zum Jahresende	5.910.679	33.929.897
14	davon: für zweckgebundene Rücklagen gebunden	0	0
15	für sonstige bestimmte Zwecke gebunden	0	0
16	bereinigte liquide Eigenmittel zum Jahresende ohne gebundene Mittel	5.910.679	33.929.897

*Im Jahresabschluss 2022 kam es versehentlich zu Fehlern in dieser Übersicht. Die Zahlen weichen daher vom Druckwerk 2022 ab.

Kreditermächtigung

Die Kreditermächtigungen zum 31.12.2023 stellen sich wie folgt dar:

Kreditermächtigung	EUR
Verbleibende Kreditermächtigung aus Vorjahr	20.450.000
Genehmigte Kreditermächtigung 2023	96.790.000
Zum 31.12.2023 in Anspruch genommen	80.000.000
Verbleibende Kreditermächtigung zum 31.12.2023	37.240.000

Mögliche Verbindungen künftiger Haushaltsjahre

Nachfolgend sind mögliche Verbindungen künftiger Haushaltsjahre, gem. § 42 GemHVO sogenannte „Vorbelastungen“, die unterhalb der Bilanz in Summe benannt wurden, detailliert aufgeführt:

Mögliche Verbindungen künftiger Haushaltsjahre	EUR
Genehmigte Verpflichtungsermächtigung	53.250.000
In Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen	0
Verbleibende Verpflichtungsermächtigungen	53.250.000

Verwaltungsorgane der Stadt Freiburg

Leitung der Verwaltung

Oberbürgermeister	Martin W. W. Horn
Erster Bürgermeister	Ulrich von Kirchbach
Bürgermeisterin	Christine Buchheit
Bürgermeister	Prof. Dr. Martin Haag
Bürgermeister	Stefan Breiter

Mitglieder des Gemeinderats

Bündnis 90/ Die Grünen

Stadträtin Vanessa Carboni	Stadträtin Pia Maria Federer
Stadträtin Dr. Maria Hehn	Stadträtin Annabelle Gräfin von Kalckreuth
Stadtrat Jan Christian Otto (bis 31.07.2023)	Stadtrat Lars Petersen
Stadtrat Karim Saleh	Stadträtin Sophie Schwer
Stadtrat Timothy Simms	Stadtrat Helmut Thoma (bis 22.04.2023)
Stadträtin Maria Viethen	Stadtrat Hannes Wagner
Stadträtin Anke Wiedemann (bis 25.09.2023)	Stadtrat Dr. Jonathan Ben-Shlomo (ab 23.04.2023)
Stadtrat Jörg Dengler (ab 01.08.2023)	Stadtrat Andreas Hoffmann (ab 26.09.2023)
Stadtrat Simon Sumbert (ab 02.06.2023)	

CDU

Stadträtin Dr. Carolin Jenkner	Stadtrat Peter Kleefass (bis 07.02.2023)
Stadtrat Martin Kotterer	Stadtrat Bernhard Rotzinger
Stadtrat Bernhard Schätzle	Stadtrat Dr. Klaus Schüle
Stadträtin Irmgard Waldner (ab 08.02.2023)	

SPD/ Kulturliste

Stadtrat Julien Bender (bis 06.03.2023)	Stadtrat Ismael Hares (ab 07.03.2023)
Stadtrat Atai Keller	Stadtrat Walter Krögner
Stadtrat Stefan Schillinger	Stadträtin Karin Seebacher
Stadträtin Julia Sophie Söhne	Stadtrat Ludwig Striet

Freiburg Lebenswert

Stadtrat Dr. Wolf-Dieter Winkler

Eine Stadt für alle

Stadtrat Felix Beuter	Stadtrat Gregory Mohlberg
Stadträtin Emriye Gül	Stadtrat Prof. Dr. Günter Rausch
Stadträtin Annemarie Reyers	Stadträtin Irene Vogel
Stadträtin Lina Wiemer-Cialowicz	

JUPI

Stadtrat Ramon Kathrein	Stadträtin Sophie Kessl
Stadtrat Simon Waldenspuhl	Stadtrat Sergio Pax
Stadtrat Simon Sumbert (bis 01.06.2023)	

Freie Wähler

Stadtrat Dr. Johannes Gröger	Stadträtin Gerlinde Schrempp
Stadtrat Kai Vesper	

Freie Demokraten/ Bürger für Freiburg

Stadtrat Sascha Fiek	Stadtrat Christoph Glück
Stadtrat Franco Orlando	Stadträtin Claudia Feierling

AfD

Stadtrat Dr. Detlef Huber	Stadtrat Karl Schwarz
---------------------------	-----------------------

* Im Laufe des Jahres 2023 eingetretene Änderungen sind bei der betreffenden Person jeweils in Klammer vermerkt



ANLAGEN ZUR BILANZ



Vermögensübersicht

Vermögen		Stand des Vermögens	Vermögensveränderungen					Stand des Vermögens
		01.01.2023*	Vermögens- zugänge im Haushalts- jahr	Vermögens- abgänge im Haushalts- jahr**	Umbuch- ungen im Haushalts- jahr	Zuschrei- bungen im Haushalts- jahr	Abschrei- bungen im Haushalts- jahr	31.12.2023 (Σ Sp. 2 - 6)
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4***	5	6	7
1	Immaterielle Vermögensgegenstände	911.145	40.435	0	0	0	0	951.580
2	Sachvermögen (ohne Vorräte)	12.047.416	3.734.808	0	0	0	0	15.782.224
2.1	Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	6.297.356	178.640	0	396	0	0	6.476.392
2.2	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	124.585	117.762	0	0	0	0	242.347
2.3	Infrastrukturvermögen	2.742.618	58	0	0	0	0	2.742.676
2.4	Bauten auf fremden Grundstücken	0	0	0	0	0	0	0
2.5	Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	0	0	0	0	0	0	0
2.6	Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	0	0	0	0	0	0	0
2.7	Betriebs- und Geschäftsausstattung	45.450	0	0	0	0	0	45.450
2.8	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	2.837.407	3.438.348	0	-396	0	0	6.275.359
3	Finanzvermögen (ohne Forderungen und liquide Mittel)	425.000	60.406.443	0	0	0	0	60.831.443
3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	425.000	60.406.443	0	0	0	0	60.831.443
3.2	Sonst. Beteilig. u. Kapitaleinlagen in Zweckverbänden, Stiftungen od. and. kommunalen Zusammenschlüssen	0	0	0	0	0	0	0
3.3	Sondervermögen	0	0	0	0	0	0	0
3.4	Ausleihungen	0	0	0	0	0	0	0
3.5	Wertpapiere	0	0	0	0	0	0	0
Insgesamt		13.383.561	64.181.685	0	0	0	0	77.565.247

* Entspricht Stand zum 31.12. des Vorjahres

** Beinhaltet die Abgänge von Restbuchwerten aufgrund von Veräußerungen, Schenkungen, Umstufungen/Umwidmungen von Straßen, Sacheinlagen in Beteiligungen usw.

*** In dieser Spalte werden Umgliederungen bereits vorhandener Vermögensgegenstände auf andere Positionen der Übersicht abgebildet (z. B. von Nr. 2.8 nach Fertigstellung nach Nr. 2.3).

Schuldenübersicht

Art der Schulden		Gesamt- betrag am 31.12.2022	Gesamt- betrag zum 31.12.2023	davon Tilgungszahlungen mit einem Zahlungsziel			Verän- derung zum Vorjahr
		EUR	EUR	bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	EUR
		1	2	3	4	5	6
1	Schulden gegenüber Kreditinstituten						
1.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	20.000.000	99.698.045	210.520	80.906.980	18.580.545	+79.698.045
1.2.5	Kreditinstitute	20.000.000	99.698.045	210.520	80.906.980	18.580.545	+79.698.045
1.4	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0	0	0	0	0	0
1.	Gesamtschulden SEM Dietenbach	20.000.000	99.698.045	210.520	80.906.980	18.580.545	+79.698.045

nachrichtlich:

2	Schulden aus Cash-Pool-Entnahme						
2.3	Sonstige Verb. aus Kassenvorgriffen	14.669.321	3.310.103	0	0	0	-11.359.218
2.	Gesamtschulden	14.669.321	3.310.103	0	0	0	-11.359.218

3	Schulden insgesamt						
3.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	20.000.000	99.698.045	210.520	80.906.980	18.580.545	+79.698.045
3.3	Kassenkredite (einschl. Cash-Pool)	14.669.321	3.310.103	0	0	0	-11.359.218
3.4	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0	0	0	0	0	0
<i>Zwischensumme 3.2 + 3.3. + 3.4</i>		<i>34.669.321</i>	<i>103.008.148</i>	<i>210.520</i>	<i>80.906.980</i>	<i>18.580.545</i>	<i>+68.338.827</i>
<i>abzüglich Schulden zwischen Kernhaushalt und Sondervermögen mit Sonderrechnung</i>		<i>14.669.321</i>	<i>3.310.103</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>-11.359.218</i>
3.	Konsolidierte Gesamtschulden	20.000.000	99.698.045	210.520	80.906.980	18.580.545	+79.698.045

Rücklagenübersicht

Die Sonderrechnung Dietenbach hat zum Jahresabschluss 2023 keine Rücklagen aus Überschüssen der Ergebnisrechnung. Dies wird hier aufgeführt, da es Pflichtbestandteil des Jahresabschlusses ist.

Impressum

- Herausgeberin: Projektgruppe Dietenbach

Fehrenbachallee 12
79106 Freiburg i. Br.
Vertreten durch den Projektleiter Rüdiger Engel
- Redaktion: Stadt Freiburg i. Br.

Stadtkämmerei
- Abteilung Haushalt und Finanzen -
Fahnenbergplatz 4
79098 Freiburg im Breisgau
Tel. 0761/201-5101
stadtkämmerei@stadt.freiburg.de
www.freiburg.de
- Gestaltung: Projektgruppe Dietenbach
Stadt Freiburg i. Br., Stadtkämmerei
- Bildnachweis: Titelbild: Stadt Freiburg i. Br. / Link3D
S. 5 Allgemeiner Teil: Stadt Freiburg i. Br. / die-grille
S. 13 Rechenschaftsbericht: Stadt Freiburg i. Br. / Link3D
S. 27 Anhang: Stadt Freiburg i. Br. / die-grille
S. 33 Anlagen zur Bilanz: Stadt Freiburg i. Br. / die-grille
- Herstellung/Druck: Stadt Freiburg i. Br., Haupt- und Personalamt

Die Stadt Freiburg i. Br. legt großen Wert auf Nachhaltigkeit. Dieser Jahresabschluss wurde nachweislich ressourcenschonend produziert – von zertifiziertem Papier aus verantwortungsvollen Quellen bis hin zum Einsatz von regenerativen Energiequellen.

Zur Reduzierung des Papierverbrauchs erfolgt der Druck des Jahresabschlusses nur nach Bedarf. Anstelle von Ausdrucken empfehlen wir die digitale Nutzung.

Freiburg i. Br., 20. Juni 2024